DANIELE GANSER

IMPERIUM USA

Die skrupellose Weltmacht

orell füssli

Dieses Buch widme ich allen Menschen,
die Krieg, Terror, Folter und Kriegspropaganda
aus tiefstem Herzen ablehnen und sich mit Ausdauer
und Freude für den Frieden engagieren.

Daniele Ganser

Imperium USA

Die skrupellose Weltmacht

orell füssli Verlag

Orell Füssli Verlag, www.ofv.ch
© 2020 Orell Füssli Sicherheitsdruck AG, Zürich
Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Dadurch begründete Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf andern Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Vervielfältigungen des Werkes oder von Teilen des Werkes sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie sind grundsätzlich vergütungspflichtig.

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich

978-3-280-05708-7
eISBN 978-3-280-09088-6

———

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Inhalt

Dank

Einleitung

1. Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden

Gallup befragt 67000 Menschen in 65 Ländern
Die USA haben nach 1945 am meisten Länder bombardiert
Eisenhower warnt vor dem militärisch-industriellen Komplex
Die US-Militärausgaben sind Weltrekord
Lockheed Martin ist der größte Rüstungskonzern der Welt
Die USA sind eine Atommacht
Die USA haben über 700 Militärstützpunkte in fremden Ländern
Die USA haben mehr als 200000 Soldaten im Ausland stationiert
Die besetzten Länder wehren sich

2. Die USA sind eine Oligarchie

300000 Superreiche lenken das Imperium
Es gibt 100 Millionen Arme in den USA
Es gibt 540 Milliardäre in den USA
Das Ende des amerikanischen Traums
Die Superreichen bestimmen die Politik
US-Wähler haben kaum Einfluss auf die Politik

3. Die Indianerkriege

Die europäischen Großmächte teilen Amerika unter sich auf
Die Engländer gründen 1607 Jamestown
Der Export von Tabak nach London
Die dreizehn Kolonien am Atlantik
Die Unabhängigkeitserklärung von 1776
Der Kampf gegen das britische Imperium
Der Krieg gegen Mexiko 1846
Die Vernichtung der Indianer

Das Massaker bei Wounded Knee 1890
Vier Millionen tote Indianer

4. Die Ausbeutung der Sklaven

Die Verschleppung von 12 Millionen Afrikanern
Bürgerkrieg und Abschaffung der Sklaverei 1865
Der Ku-Klux-Klan will die Vorherrschaft der Weißen
Martin Luther King stärkt die Bürgerrechtsbewegung

5. Nordamerika ist nicht genug

Die Explosion der Maine 1898
Die Eroberung von Kuba und Puerto Rico 1898
Der Putsch in Hawaii 1893
Die Eroberung der Philippinen 1898
Die Warnung von Generalmajor Smedley Butler

6. Die USA und der Erste Weltkrieg

Der Beginn des Ersten Weltkriegs 1914
Die Händler des Todes profitieren vom Krieg
Der Federal Reserve Act 1913
Die Versenkung der Lusitania 1915
Der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917
US-Kriegspropaganda gegen Deutschland
Die Reparationen und der Vertrag von Versailles 1919

7. Die USA und der Zweite Weltkrieg

Der Reichstagsbrand 1933
Das Prinzip Menschheitsfamilie wird verraten
Die USA beliefern Adolf Hitler mit Erdöl
Henry Ford beliefert die Wehrmacht mit Armeefahrzeugen
Die Wiederwahl von Präsident Roosevelt 1940
Die USA unterbrechen die Erdöllieferungen an Japan 1941
Die USA überwachen den Funkverkehr der Japaner
Der Angriff von Japan auf Pearl Harbor 1941
Der US-Kongress erklärt Japan und Deutschland den Krieg
Admiral Kimmel und Generalleutnant Short werden entlassen
Die andauernde Debatte über Pearl Harbor
Die USA werfen Atombomben auf Japan
Die USA eröffnen die Zweite Front erst 1944

8. Verdeckte Kriegsführung

Die USA gründen den Nationalen Sicherheitsrat 1947
Die CIA manipuliert die Wahlen in Italien 1948
Die CIA stürzt die Regierung im Iran 1953
Die CIA stürzt die Regierung in Guatemala 1954

Die CIA ermordet Premierminister Lumumba im Kongo 1961
Die Ermordung von Trujillo in der Dominikanischen Republik 1961
Die Ermordung von Präsident Diem in Vietnam 1963
Die Ermordung von General Schneider in Chile 1970
Che Guevara wird in Bolivien erschossen 1967
Die Mordanschläge der CIA auf Fidel Castro 1961
CIA-Direktor Allen Dulles lenkt die Mörder
Der illegale Angriff der CIA auf Kuba 1961
Kennedy feuert CIA-Direktor Allen Dulles 1961

9. Die Ermordung von Präsident Kennedy

Tatort Dallas, 22. November 1963
Das Märchen vom verrückten Einzeltäter Lee Harvey Oswald
Der Bericht der Warren-Kommission 1964
Jim Garrison rollt den Fall 1967 neu auf
Die CIA behauptet, es gab keine Verschwörung
Die Rache von CIA-Direktor Allen Dulles

10. Der Vietnamkrieg

Frankreich verliert seine Kolonie Indochina 1954
Vietnam wird in zwei Teile gespalten
Die Lüge vom Tonkin-Zwischenfall 1964
Die USA werfen Napalm auf Babys und Buddhisten
Die Friedensbewegung und das Kent-State-Massaker 1970
Die USA stürzen Präsident Sukarno in Indonesien 1965
Das Massaker von My Lai wird aufgedeckt
Der geheime Krieg gegen Kambodscha und Laos
Die Briten und die USA bewaffnen die Roten Khmer in Thailand

11. Die Iran-Contra-Affäre

Der geheime Krieg der USA gegen Nicaragua 1981
Der Kongress verbietet einen Putsch in Nicaragua
Der NSC eröffnet ein geheimes Bankkonto in der Schweiz
Die CIA und der Kokainhandel
Saddam Hussein überfällt Iran und setzt Giftgas ein
Die USA verkaufen trotz Embargo Waffen an den Iran
Die Iran-Contra Affäre erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung
Die Verschwörer müssen nicht ins Gefängnis
Die Brutkastenlüge und der Krieg gegen Kuwait 1991

12. Die Anschläge vom 11. September

Ein neues Pearl Harbor
Die gescheiterte Untersuchung von Kean und Hamilton 2004
Totalausfall der US-Luftabwehr
Millionengewinne mit Put-Optionen
Die Sprengung von WTC7

Im Staub der Zwillingstürme wird Sprengstoff gefunden
Die Türme waren mit Asbest belastet

13. Der sogenannte »Krieg gegen den Terror«

Der Angriff auf Afghanistan 2001
Kampfdrohnen revolutionieren die Kriegsführung
Der illegale Angriff auf den Irak 2003
Wie Leitmedien Kriegspropaganda verbreiten
Die USA produzieren die größte Show der Welt
Alternative Medien stärken die Friedensbewegung

14. Das digitale Imperium

Der Fichenskandal in der Schweiz 1990
Die Überwachung der Bürger in China
Die Überwachung der Bürger in den USA
Das Internet revolutioniert die Welt 1994
Google verdiente 30 Milliarden Dollar in 2018
Facebook verdrängt auf Papier gedruckte Zeitungen
Facebook und die Wahl von Donald Trump 2016
Der Cambridge-Analytica-Skandal wird aufgedeckt
Cambridge Analytica und der Brexit 2016
Mikrotargeting beeinflusst Abstimmungen in der Schweiz
Die Gründung des Online-Lexikons Wikipedia 2001
Die dunkle Seite der Wikipedia

15. Der Kampf um Eurasien

»Teile und herrsche«
Russland ist nur eine Regionalmacht
Die NATO-Osterweiterung verärgert Russland
Der Putsch der USA in der Ukraine 2014
Die USA bombardieren Syrien 2014
Die Demütigung von China im Opiumkrieg 1839
China hat die größte Armee der Welt
China hat die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt
Die neue Seidenstraße 2013

16. Fazit

Chronologie
Anmerkungen
Literatur
Index

Dank

Dieses Buch wäre nicht möglich gewesen ohne die Forschung vieler anderer Menschen, von denen ich lernen durfte. Mein Dank geht zuerst an den US-Linguisten Noam Chomsky, der den US-Imperialismus seit Jahrzehnten kritisch beleuchtet und den ich in den USA getroffen habe. »Verlass dich nicht einfach auf die herkömmlichen Geschichtsdarstellungen und politwissenschaftlichen Schulbücher – greif zurück auf Monographien von Spezialisten und auf die originalen Quellen: Memoranden zur Nationalen Sicherheit und ähnliche Dokumente«, hat Chomsky in seinen Büchern geraten und dies auch bei unserem persönlichen Treffen in seinem Büro in Boston betont. Diesen Rat habe ich befolgt und sehr davon profitiert.[1]

Danken möchte ich auch dem leider kürzlich verstorbenen US-Journalisten William Blum, der die verdeckten Operationen der CIA kritisch aufgearbeitet hat und den ich in Washington und London getroffen habe. Mein Dank geht auch an die US-Amerikaner John Prados, Richard Gage und David Ray Griffin, welche sich kritisch mit der Geschichte der USA auseinandergesetzt haben und die ich in der Schweiz und in den USA getroffen habe. In Deutschland, wo ich in den letzten Jahren viele Vorträge zur internationalen Politik gehalten habe, möchte ich den Publizisten Dirk Müller, Mathias Bröckers, Jürgen Todenhöfer, Rainer Mausfeld, Ken Jebsen, Jens Wernicke und Michael Lüders danken, weil sie sich nie gescheut haben, den US-Imperialismus offen zu kritisieren.

In Europa wird wenig über den US-Imperialismus gesprochen, obwohl dieser einen gewaltigen Einfluss auf die internationale Politik hat. Viele

wissen wohl, dass es ihn gibt, trauen sich aber nicht, darüber zu sprechen, weil sie persönliche Nachteile befürchten. Auch an Schulen und Universitäten wird selten über den US-Imperialismus gelehrt und diskutiert. Dieses Buch habe ich daher auch für junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren geschrieben, die sich zum Thema US-Imperialismus informieren möchten. Mein Anspruch war, so zu schreiben, dass jeder ohne Vorwissen das Buch verstehen kann. Alle zitierten englischen Texte habe ich selbst ins Deutsche übersetzt. Immer wenn ich ein Zitat oder eine Zahl angeführt habe, verweise ich am Ende des entsprechenden Abschnitts durch eine Anmerkung auf die verwendete Quelle, damit jeder alle Angaben in diesem Buch nachprüfen kann.

Über die USA ist schon viel geschrieben worden. Auch dieses Buch ist nur eine Perspektive unter vielen möglichen Perspektiven. Einige Menschen, von denen ich viel gelernt habe, konnte ich nie persönlich treffen, weil sie schon verstorben waren. Zu diesen gehört US-Senator Frank Church aus Idaho, der eine sehr wichtige Untersuchung zu den Mordanschlägen der CIA veröffentlicht hat. Danken möchte ich auch dem jüdischen Pazifisten Murray Polner, der die Stimmen der US-Friedensbewegung gesammelt und publiziert hat. Mein Dank geht auch an den US-Fotografen Robert Stinnett, der mit seiner Forschung ein ganz neues Licht auf Pearl Harbor und den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg geworfen hat. Danken möchte ich auch dem mutigen und scharfsinnigen US-Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison aus New Orleans, der die Ermordung von Präsident John F. Kennedy untersucht hat. Auch wenn diese Autoren nicht mehr unter uns weilen, lebt ihre Arbeit in ihren Texten weiter.

Mein Dank geht auch an mein Heimatland, die Schweiz, wo ich 1972 geboren wurde und immer in Frieden leben durfte. In der Schweiz konnte ich ausgezeichnete Schulen besuchen, wurde von engagierten Lehrern inspiriert und durfte viele spannende Menschen treffen. Bei Wanderungen in den wunderschönen Bergen und in ruhigen Momenten an einem glitzernden See habe ich Kraft und Inspiration getankt. Meiner wundervollen Frau Bea möchte ich danken, weil sie mich immer darin bestärkt hat, nach bestem Wissen und Gewissen meinen Weg zu gehen –

auch dann, als ich Dozent an der Universität war und wegen der Brisanz meiner Forschungsresultate zum US-Imperialismus unter Druck geriet. Unseren zwei Kindern Julia und Noah möchte ich danken, weil sie mit ihrer Lebensfreude aufzeigen, wie wunderbar das Leben ist. Danken möchte ich auch meiner Mutter Jeannette Ganser, meiner Schwester Tea Ganser und meinem 2014 in Lugano verstorbenen Vater Gottfried Ganser sowie den Eltern meiner Frau, Hans und Käthy Schwarz. Durch den Rückhalt meiner wunderbaren Familie wird meine Friedensforschung entscheidend gestärkt.

Ein großes Dankeschön geht an Dominik und Yvonne Graf, weil sie meine Forschung großzügig unterstützt haben und durch ihren Mut eine Inspiration für andere Menschen sind. Mein großer Dank gilt auch meinen langjährigen Freunden Sherpa Hänggi, Tobi Portmann, Marcel Schwendener, Däne Aebischer, Yves Pierre Wirz, Philipp Schweighauser, Laurenz Bolliger, Nick Beglinger, Raymond Schärer, Andreas Zimmermann, Tobi Sutter, Urs Beyeler und Dani Morf. Uns allen liegt der Friede sehr am Herzen, was immer wieder die Grundlage für spannende Gespräche bildet. Mein Dank geht auch an Alexandre Robaulx de Beaurieux und Dirk Wächter für das Erstellen der Grafiken. Meinem Verleger Stephan Meyer danke ich für die Unterstützung bei der Produktion und dem Vertrieb des Buches, und meinem Lektor Alwin Letzkus gebührt mein Dank für die sorgfältige Durchsicht des Manuskriptes. Dem Orell Füssli Verlag in Zürich, der auch meine Bücher »NATO-Geheimarmeen« (2008), »Europa im Erdölrausch« (2012) und »Illegale Kriege« (2016) publiziert hat, danke ich für die langjährige und gute Zusammenarbeit.

Dr. Daniele Ganser
Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER)
Basel, 1. April 2020

Einleitung

Ich habe dieses Buch geschrieben, um die Friedensbewegung zu stärken. Zur Friedensbewegung gehören alle Menschen, die Krieg und Terror ablehnen und auch keine Lügen und keine Kriegspropaganda wollen. Die Friedensbewegung hat es in allen Ländern der Welt immer gegeben, auch in den USA. Um dies zu belegen, zitiere ich in diesem Buch immer wieder Stimmen der US-Friedensbewegung. Darunter auch diejenige des afroamerikanischen Bürgerrechtlers und Pfarrers Martin Luther King, der in klaren Worten zum gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Afroamerikaner und den illegalen Vietnamkrieg aufgerufen hat. Oder die Frauenrechtlerin Jeannette Rankin aus Montana, die als Abgeordnete im Kongress gegen die Teilnahme der USA am Ersten und am Zweiten Weltkrieg gestimmt hat. Oder den früheren NSA-Mitarbeiter Edward Snowden, der die Überwachung der Bürger aufdeckte. Die Mitglieder der Friedensbewegung haben sich immer an ihrem Gewissen orientiert und sind nie mit dem Strom geschwommen. Sie haben Krieg und Kriegslügen auch dann abgelehnt und das öffentlich gesagt, wenn sie in der Minderheit waren. Einige Mitglieder der Friedensbewegung wurden erschossen, wie Martin Luther King. Andere wurden als »Verräter« und »Hure« diffamiert, wie Jeannette Rankin. Andere wiederum mussten die USA verlassen, wie Edward Snowden, der nun in Moskau lebt. Mit ihrem Beispiel haben sie andere Menschen inspiriert, auch dann gegen Krieg, Terror und Kriegspropaganda Stellung zu beziehen, wenn es schwierig ist und Mut braucht.

Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden. Aber bei aller Kritik an den 300000 superreichen US-Amerikanern, die das US-Imperium lenken, darf es der Friedensbewegung nie darum gehen, den Hass zwischen den Nationen zu stärken. Unter den 330 Millionen Bewohnern der USA gibt es viele, die sich für den Frieden engagieren und den Imperialismus ablehnen. Sie sind zwar nicht in führenden Positionen im Weißen Haus und dominieren auch nicht den Kongress. Aber sie engagieren sich mit Herzblut für eine bessere und friedlichere Welt und arbeiten als Lehrerinnen, Künstler, Umweltschützer, Bürgerrechtler, Yogalehrerinnen, Schriftstellerinnen, Gärtner und vieles mehr. Man kennt sie kaum, aber jeder in der Friedensbewegung hat Einfluss, denn alles ist mit allem verbunden.

In meiner Forschung orientiere ich mich an folgenden drei Prinzipien: UNO-Gewaltverbot, Achtsamkeit und Menschheitsfamilie. Das UNO-Gewaltverbot wurde 1945 erlassen und verbietet die Androhung oder Anwendung von Gewalt in der internationalen Politik. Es ist leider in Vergessenheit geraten, und viele Menschen haben noch nie davon gehört. Daher erwähne ich es oft in meinen Büchern und Vorträgen, weil es ein ganz wichtiges Instrument der Friedensbewegung ist. Auch das Prinzip Achtsamkeit ist für die Friedensbewegung ein Juwel. Denn zu oft schon wurden wir Menschen durch Kriegspropaganda getäuscht und verwirrt. Doch das wäre nicht nötig. Wenn wir durch Achtsamkeit lernen, unsere eigenen Gedanken und Gefühle aus einer ruhigen Distanz zu beobachten, stärken wir unsere Klarheit. Wir müssen nicht alles glauben, was uns von den Medien erzählt wird. Durch Achtsamkeit erkennen wir, dass wir nicht unsere Gedanken und Gefühle sind, sondern das klare Bewusstsein, in dem sie aufsteigen und wie Wolken auch wieder vergehen.

Besonders wichtig beim Schreiben dieses Buches war mir das Prinzip Menschheitsfamilie. Denn leider ist es in der Geschichte immer wieder vorgekommen, dass wir als Menschheitsfamilie einzelne Mitglieder ausgeschlossen und getötet haben. Wir haben uns entlang von Nationalität, Religion, Hautfarbe, Geschlecht und Einkommen gespalten und abgewertet. Bei der Hexenverfolgung wurden Frauen der »Zauberei« beschuldigt, aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen und verbrannt. Bei den

Indianerkriegen wurden Indianer als »Wilde« aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen, vertrieben und getötet. Beim Sklavenhandel wurden Afrikaner als »Tiere« aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen, diffamiert und ausgebeutet. Im Zweiten Weltkrieg wurden Juden als »lebensunwert« aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen und in Konzentrationslagern vergast. Im Vietnamkrieg wurden Vietnamesen von US-Soldaten als »Termiten« bezeichnet, aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen und mit Napalm bombardiert. Im sogenannten »Krieg gegen den Terror« wurden Afghanen als »Terroristen« bezeichnet, aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen und getötet.

Das sich wiederholende Muster ist deutlich: Das Prinzip Menschheitsfamilie wird verletzt, indem eine Gruppe aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen, abgewertet und dann getötet wird. Natürlich sehen wir alle ganz unterschiedlich aus. Auch bezüglich Glaube, Nationalität, Ausbildung, Sprache und Einkommen sind wir nicht gleich und werden es nie sein. Doch das ist noch kein Grund, Gewalt einzusetzen. »Wir haben in der Welt ganz sicher ein Problem mit Feindseligkeiten, die außer Kontrolle geraten. Der Mensch ist geradezu ein Spezialist darin, andere auszugrenzen«, erklärt der holländische Zoologe Frans de Waal. »Der Mensch dämonisiert Menschen anderer Nationalität oder Religion, erzeugt Ängste und Wut. Diese Gruppen nennen wir dann schnell Unmenschen oder Tiere. Schon ist es leicht, die Unmenschen zu eliminieren, weil man kein Mitgefühl mehr mit ihnen haben muss.«[2]

Im April 2004 wurde publik, dass US-Soldaten im irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis Iraker gefoltert hatten. Die US-Kriegspropaganda hatte den US-Soldaten eingetrichtert, die Iraker seien schlechte Menschen, dadurch wurden sie aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen. Das hatte konkrete Folgen. Die US-Soldatin Lynndie England führte in Abu-Ghraib einen nackten irakischen Gefangenen an einer Hundeleine durchs Gefängnis. Ein anderer irakischer Gefangener musste mit schwarzer Kapuze auf einer Kiste balancieren, während an seinem Körper Drähte befestigt waren. Ihm wurde von den US-Soldaten angedroht, dass ihm tödliche Stromschläge zugefügt würden, wenn er von der Kiste fiele. »Für Europa waren die Horrorbilder aus Sex, Folter und Erniedrigung

schlichtweg ein Schock«, kommentierte *Die Welt*. Der Abu-Ghraib-Skandal zeigte drastisch, was passieren kann, wenn die Menschen einer ganzen Nation, in diesem Falle die Iraker, aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen werden.[3]

Man darf angesichts dieser Gewalt und Brutalität nicht zu dem Schluss kommen, dass wir Menschen nicht fähig sind, friedlich zusammenzuleben. Wir können es sehr wohl und tun es jeden Tag, an Millionen verschiedenen Orten. »Lassen sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich«, erklärte US-Präsident John F. Kennedy in einer seiner Reden. »Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlussfolgerung, dass der Krieg unvermeidlich ist, dass die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, dass wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.« Doch dies stimmt nicht, das wusste auch Kennedy. »Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst.«[4]

Auch außerhalb der USA haben inspirierende Persönlichkeiten die Friedensbewegung geprägt. In Indien hat der Rechtsanwalt und Pazifist Mahatma Gandhi, der für mich ein großes Vorbild ist, immer wieder das Prinzip Menschheitsfamilie betont. »Die ganze Menschheit ist eine Familie«, sagte Gandhi. Er setzte bei seinem Protest stets auf einen gelassenen und freundlichen Ton, frei von Wut und Hass. Trotz ihres brutalen Vorgehens bezeichnete Gandhi weder die indische Polizei noch die indische Regierung oder die britische Kolonialmacht als Feinde. »Ich betrachte niemanden als meinen Feind«, erklärte Gandhi. »Alle sind meine Freunde. Ich möchte aufklären und die Herzen verändern.«[5]

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Friedensbewegung im 21. Jahrhundert stärker wird, wenn sie sich an den Prinzipen Menschheitsfamilie, Achtsamkeit und UNO-Gewaltverbot orientiert. Die Spaltung nach Nation, Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Schulabschluss oder Einkommen sollte im 21. Jahrhundert durch die Einsicht ersetzt werden, dass alle Menschen zur Menschheitsfamilie gehören. Sie als

Leserin und Leser gehören zur Menschheitsfamilie, egal wo Sie dieses Buch in den Händen halten und unabhängig davon, was Ihre Geschichte ist. Und ich als Autor gehöre auch zur Menschheitsfamilie, ebenso wie alle Personen, die in diesem Buch erwähnt werden, Opfer wie Täter. Zusammen sollten wir lernen, uns nicht zu töten, weil alles Leben heilig ist.

1. Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden

Die USA sind seit 1945 das Imperium. Als Imperium bezeichnet man das militärisch, wirtschaftlich und politisch mächtigste Land einer gegebenen Zeit. Die USA drucken den Dollar, die derzeit wichtigste Weltreservewährung. Sie sind eine Atommacht, haben die höchsten Militärausgaben, die größten Rüstungskonzerne und die meisten Militärstützpunkte in fremden Ländern. Die USA sind Vetomacht im UNO-Sicherheitsrat und können dadurch verhindern, dass sie durch den UNO-Sicherheitsrat verurteilt werden, wenn sie andere Länder illegal bombardieren und das UNO-Gewaltverbot verletzen. Zudem dominieren die USA die NATO, das größte Militärbündnis der Welt mit derzeit 29 europäischen und nordamerikanischen Mitgliedsstaaten.

Wer sich für internationale Politik, Geschichte und Frieden interessiert, darf das Imperium nicht ignorieren, denn die USA hatten direkt oder indirekt Einfluss auf fast alle großen Konflikte der letzten 100 Jahre und prägen die Kriege der Gegenwart. Ein Imperium ist leicht zu erkennen, man muss nur die Flugzeugträger zählen. Die USA haben elf atomar angetriebene Flugzeugträger, mehr als jedes andere Land der Welt. Auf dem Titelbild dieses Buches ist die *USS George Washington* abgebildet, ein Symbol für die militärische Vorherrschaft der USA. Der neueste US-Flugzeugträger, die *USS Gerald Ford*, wurde von US-Präsident Donald Trump 2017 eingeweiht und kann dank Antrieb mit Atomkraft jahrzehntelang auf See bleiben, ohne Brennstoff nachladen zu müssen. Die *USS Gerald Ford* ist mit 13 Milliarden Dollar das teuerste Kriegsschiff aller

Zeiten. China hingegen hat derzeit erst zwei Flugzeugträger. Frankreich, Großbritannien und Russland nur je einen.[6]

Imperien steigen auf und zerfallen wieder. Imperien sind nicht von Dauer. Das römische Imperium, das spanische Imperium, das osmanische Imperium, das französische Imperium und das britische Imperium waren einst groß und furchteinflößend. Doch heute existieren sie nicht mehr. Auch das US-Imperium wird eines Tages zerfallen und von einer anderen Machtstruktur abgelöst werden. Wann und wie das geschehen wird, ist derzeit unbekannt. Wenn Nationen zu viel für Rüstung ausgeben, »dann überanstrengen sie sich wahrscheinlich«, warnt der britische Historiker Paul Kennedy. »Eine Nation ist dann wie ein alter Mann, der eine Arbeit verrichten will, die seine Kraft übersteigt.«[7]

Gallup befragt 67000 Menschen in 65 Ländern

»Welches Land ist heute die größte Gefahr für den Weltfrieden?« Diese spannende Frage stellte das US-amerikanische Meinungsforschungsinstitut *Gallup* mit Hauptsitz in Washington bei einer globalen Umfrage im Jahre 2013. *Gallup* hatte schon seit 1977 jedes Jahr eine globale Umfrage zum Zustand der Welt durchgeführt. Doch erst im neuen Jahrtausend wagten die US-Meinungsforscher, diese brisante Frage zu stellen, nachdem Radiohörer danach verlangt hatten. Im Rahmen der Umfrage wurden, während der Amtszeit von Präsident Barack Obama, zwischen September und Dezember 2013 mehr als 67000 Menschen in 65 Ländern befragt. Die Frage wurde also weltweit gestellt. Und das Resultat war eindeutig.

Von den Befragten bezeichneten 24 Prozent oder rund ein Viertel der Weltbevölkerung die USA als die größte Gefahr für den Weltfrieden. Die *BBC* kommentierte, dass dies »schlechte, aber nicht völlig überraschende Nachrichten für die USA« seien. Auf Platz zwei der gefährlichsten Länder rangierte die muslimische Atommacht Pakistan, mit 8 Prozent der Stimmen weit hinter den USA. Auf Platz drei der gefährlichsten Länder liegt China. Das bevölkerungsreichste Land der Welt wurde von 5 Prozent der Befragten als gefährlichstes Land eingestuft. Das von der kommunistischen Partei kontrollierte China teilte sich den dritten Rang mit Israel (5%), Nordkorea

(5%), Afghanistan (5%) und dem Iran (5%). Auf den danach folgenden Plätzen wurden noch diese Länder als große Gefahr für den Weltfrieden genannt: Indien (4%), der Irak (4%), Japan (4%), Syrien (3%), Russland (2%), Australien (1%), Deutschland (1%), Palästina (1%), Somalia (1%), Südkorea (1%) und Großbritannien (1%).[8]

Dieselbe *Gallup*-Umfrage wollte auch Folgendes wissen: »Wenn es keine Grenzen gäbe, in welchem Land würden Sie am liebsten leben?« Mit 38 Prozent hat die klare Mehrheit der Befragten geantwortet, dass sie am liebsten in dem Land leben, wo sie schon sind. Die Mehrheit der Menschen will nicht auswandern, sondern im Kreise ihrer Familie leben, fast alle Menschen fühlen sich der Kultur, Sprache, Landschaft und dem Essen ihres Heimatlandes verbunden. Aber für jene Menschen, welche auswandern möchten, waren die USA mit 9 Prozent das begehrteste Zielland, gefolgt von Australien (7%), Kanada (7%), der Schweiz (6%), Frankreich (4%), Deutschland (4%), Großbritannien (4%) und Italien (3%).

Dass die USA 2013 als größte Gefahr für den Weltfrieden eingestuft wurden, war keine gänzlich neue Entwicklung. »Ich glaube, den meisten Europäern erscheint Amerika derzeit als das gefährlichste Land der Welt«, hatte der britische Historiker Arnold Toynbee schon 1971 gesagt, ohne dass er auf empirische Daten aus einer Umfrage zurückgreifen konnte. »Nachdem Amerika fraglos das mächtigste Land ist, hat die Wandlung des Amerikabildes in den letzten dreißig Jahren etwas sehr Erschreckendes«, so Toynbee, der vor dem Hintergrund des laufenden Vietnamkrieges schrieb. »Wahrscheinlich noch erschreckender ist es für die große Mehrheit der menschlichen Bevölkerung, die weder Europäer noch Nordamerikaner sind, sondern Lateinamerikaner, Asiaten und Afrikaner.« Denn immer wieder habe die USA mit rücksichtsloser Gewalt in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingegriffen. Daher, so Toynbee, seien die USA »der Alptraum«.[9]

Nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump im Januar 2017 wurden die Werte für die USA nicht besser. »Die Besorgnis über die Macht und den Einfluss der USA ist in vielen Ländern weltweit angestiegen, während das Vertrauen in den US-Präsidenten stark eingebrochen ist«, erklärte das US-Meinungsforschungsinstitut *Pew* im August 2017. *Pew*

befragte Menschen in 30 verschiedenen Ländern aus Nordamerika, Südamerika, Europa, Afrika, Asien und Australien. Diese globale Umfrage wurde erstmals 2013 während der Präsidentschaft von Obama durchgeführt, und dann nochmals 2017, als Präsident Trump im Weißen Haus regierte. Schon unter Präsident Obama wurden die USA als große Gefahr für die Welt eingestuft, doch nachdem Präsident Trump ins Weiße Haus eingezogen war, nahm das Misstrauen gegenüber den USA noch weiter zu.

»In 21 der befragten 30 Länder hat die Anzahl der Menschen zugenommen, welche die USA als eine ernste Gefahr für ihr Land einstufen«, fand *Pew* im Jahre 2017. Die Nachbarn Mexiko und Kanada stuften die USA als eine größere Gefahr ein als China oder Russland. Auch in den NATO-Staaten Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Holland wurden die USA in der Umfrage von 2017 als gefährlicher eingestuft als noch in der Umfrage von 2013. Zudem fand *Pew* heraus, dass Frauen in Australien, Kanada, Japan, Großbritannien und Frankreich die USA als größere Gefahr einstufen als die befragten Männer im selben Land. Ebenso ergab die Umfrage, dass Menschen, die linke Parteien wählen, in Großbritannien, Schweden, Südkorea und Australien die USA als größere Gefahr einstufen als Menschen, die in denselben Staaten rechte Parteien wählen.[10]

Aktuelle Untersuchungen aus Deutschland bestätigen diese kritische Sicht auf die USA. Nach einer im Jahre 2018 publizierten Studie der Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen »geht für 79 Prozent der Deutschen die größte Gefährdung des Weltfriedens vom US-Präsidenten Donald Trump aus. Nur für 13 Prozent ist Putin eine Gefahr für die Welt, für acht Prozent sind beide gleichermaßen furchteinflößend.« Das Ansehen der USA ist in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. »Die USA, die nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg erstaunlich schnell von einer Sieger- zur bewunderten, ja verehrten Schutzmacht wurden, werden von den Deutschen immer kritischer gesehen«, kommentierte die *Augsburger Allgemeine Zeitung* die Forsa-Studie. Einen Bruch in der Beurteilung der USA habe es nach dem Einzug von George W. Bush ins Weiße Haus im Jahr 2001 gegeben, so der deutsche Studienleiter Manfred Güllner. »Er galt spätestens nach dem Irak-

Krieg als im Vergleich zu Putin weit gefährlicherer Kriegstreiber. Bushs Vorgänger Bill Clinton haben die Deutschen noch vertraut.«[11]

Immer neue Umfragen erhärten dieses Bild. »Die Deutschen sehen die USA als größte Bedrohung für den Frieden, vor Nordkorea, der Türkei und Russland«, vermeldete der »Sicherheitsreport 2019«, der seit 2011 jährlich erhoben wird. In der repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurden über 1200 Deutsche ab 16 Jahren durch das Centrum für Strategie und Höhere Führung in Köln befragt. Fast die Hälfte der Befragten gab an, sie habe das Gefühl in besonders unsicheren Zeiten zu leben. »Der Sicherheitsreport 2019 zeigt deutlich: Für die Bundesbürger gibt es einen zentralen Unsicherheitsfaktor, der ihnen Angst macht. Und der heißt USA unter der Führung von Donald Trump«, kommentierte Studienleiter Klaus Schweinsberg das Ergebnis.[12]

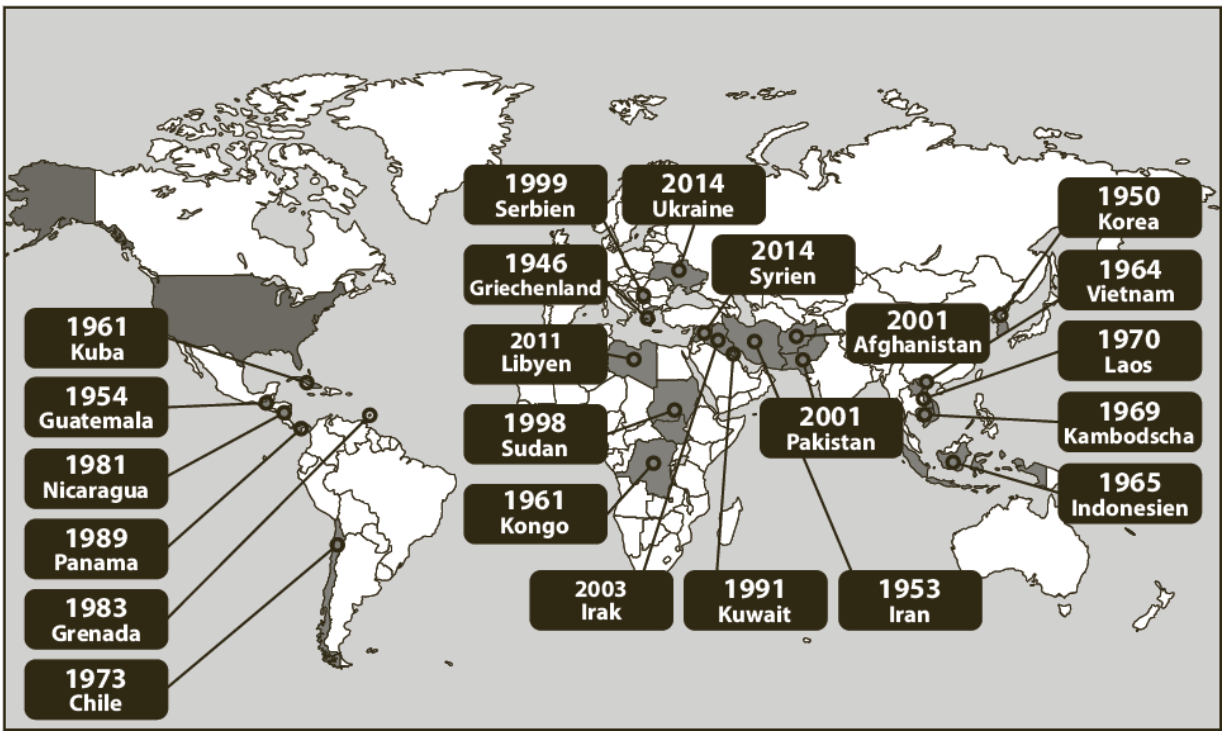
Die Umfrage ergab, dass mehr als 56 Prozent der Deutschen die USA als größte Gefahr für den Weltfrieden sehen. Im Vorjahr 2018 waren es noch 40 Prozent gewesen. Damals hatte die Mehrheit Nordkorea als größte Bedrohung gesehen. Den Marsch der USA an die Spitze der größten Bedrohungen und die Verdrängung von Nordkorea bezeichnete Studienleiter Schweinsberg als »traurige Karriere«. Beobachter erklärten, diese Entwicklung sei nicht völlig überraschend. »Es gab auch in Deutschland schon immer eine kritische Betrachtung der amerikanischen Politik und Gesellschaft. Die dortige Kultur wird oft als oberflächlich empfunden, die Außenpolitik als egoistisch«, kommentierte *RTL*. »Im Osten Deutschlands ist dieser Eindruck sogar noch stärker zu spüren als im Westen.«[13]

Die USA haben nach 1945 am meisten Länder bombardiert

Warum werden die USA von tausenden Menschen in ganz verschiedenen Ländern als die mit Abstand größte Gefahr für den Weltfrieden eingestuft? Die Antwort liegt auf der Hand: Die USA sind das Imperium. Und der Aufstieg zur imperialen Vorherrschaft beruhte in der Geschichte immer auf Gewalt. Der Glaube an Gewalt zeigt sich darin, dass, im Gegensatz zu fast

allen anderen westlichen Staaten, in den USA noch immer die Todesstrafe vollstreckt wird. Vor allem aber hat kein anderes Land seit 1945 so viele andere Länder bombardiert wie die USA. Kein anderes Land hat seit 1945 in so vielen anderen Ländern der Welt die Regierung gestürzt wie die USA. Kein anderes Land der Welt hat seit 1945 so viele verdeckte Kriege geführt wie die USA. Kein anderes Land der Welt unterhält in so vielen anderen Ländern Militärstützpunkte, die oft von den besetzten Ländern abgelehnt werden. »Es ist peinlich geworden, ein Amerikaner zu sein«, kommentierte der US-Amerikaner Paul Craig Roberts, der in der Administration von Ronald Reagan als stellvertretender Finanzminister diente und nach seinem Ausscheiden aus der Politik zu einem scharfen Kritiker des Weißen Hauses wurde. »Unser Land hatte vier kriminelle Präsidenten in Folge: Clinton, Bush, Obama und Trump.«[14]

Der US-Historiker Gabriel Kolko, der an der York University in Toronto in Kanada lehrte, sagt richtig, dass die USA »das Land sind, welches in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts am meisten Kriege geführt hat.« Es ist dieser wiederholte und ständige Einsatz von Gewalt, weshalb die USA heute als größte Gefahr für den Weltfrieden eingestuft werden. Wer die historischen Quellen studiert, erkennt, dass die USA gegen die folgenden Länder nach 1945 offen oder verdeckt Gewalt eingesetzt haben, wobei angemerkt werden muss, dass dies keine vollständige Liste ist: Griechenland 1946, Korea 1950, Iran 1953, Guatemala 1954, Kongo 1961, Kuba 1961, Vietnam 1964, Indonesien 1965, Kambodscha 1969, Laos 1970, Chile 1973, Grenada 1983, Libyen 1986, Nicaragua 1981, Panama 1989, Kuwait 1991, Sudan 1998, Serbien 1999, Afghanistan 2001, Pakistan 2001, Irak 2003, Libyen 2011, Syrien 2014, Ukraine 2014.



Grafik 1: Die USA haben nach 1945 am meisten Kriege gegen andere Länder geführt.

Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat recht, als er 2019 mit Bedauern sagte, dass die Vereinigten Staaten von Amerika »die kriegerischste Nation in der Geschichte der Welt« sind. Nur gerade 16 Jahre von ihren 242 Jahren als Nation habe die USA ohne Krieg verbracht, kritisierte der 94 Jahre alte Carter während eines Gottesdienstes in Georgia.[15]

Eisenhower warnt vor dem militärisch-industriellen Komplex

Krieg ist ein Geschäft. Unter Militärausgaben versteht man alle Ausgaben, die anfallen, wenn ein Land bewaffnete Streitkräfte unterhält und Kriege führt. Dazu gehören Beschaffung und Unterhalt von Waffen wie Flugzeugträger, Panzer und Landminen. Von diesen Ausgaben profitiert die Rüstungsindustrie, weil sie die Produkte herstellt. Zu den Militärausgaben zählen auch die Aufwendungen für militärische Forschung und Entwicklung. Zudem die Ausgaben der Geheimdienste zur Überwachung fremder Militärs und zunehmend auch der eigenen Bevölkerung. Und

natürlich zählen zu den Militärausgaben auch die Aufwendungen für Kriegsoperationen in fremden Ländern sowie das Trainieren und Ausrüsten von fremden Soldaten in Kriegsgebieten.

Einen großen Teil der Militärausgaben betreffen die Personalkosten, also der Lohn und die Rente für das militärische Personal. Noch zur Zeit des Vietnamkriegs unterstanden in den USA alle Männer zwischen 18 und 25 Jahren der Wehrpflicht und mussten sich registrieren lassen. Viele junge Männer demonstrierten, weil sie nicht in den Vietnamkrieg wollten. Um diese Proteste zu schwächen, wurde 1973 in den USA die Wehrpflicht ausgesetzt und eine Berufsarmee auf freiwilliger Basis eingeführt. Ähnlich wie die Mitarbeiter von Ikea einen Vertrag mit dem Möbelhaus haben, sind US-Soldaten heute bezahlte Lohnarbeiter des Pentagons, was das Aufkommen von Protesten stark reduziert hat.

Dwight Eisenhower, der im Zweiten Weltkrieg als General die US-Streitkräfte in Europa gegen Adolf Hitler angeführt hatte und 1953 als Präsident ins Weiße Haus einzog, kannte sowohl das Militär als auch die Politik und die Rüstungsindustrie aus erster Hand. Als Insider warnte er in seiner Abschiedsrede vor dem sogenannten »militärisch-industriellen Komplex«. Eisenhower meinte damit das enge Geflecht zwischen Rüstungsindustrie, Geheimdiensten, Pentagon, Lobbys, Medien und Politik. Die Rüstungsindustrie werde stets versuchen, die Politik zu beeinflussen, um Rüstungsaufträge zu erhalten und ihre Produkte abzusetzen. Auch die Mitarbeiter des Pentagons haben ein Interesse am Krieg, weil ohne Krieg sind sie ohne Arbeit. Doch seine Warnung wurde nicht gehört. »Jobs, jobs, jobs«, twitterte US-Präsident Donald Trump, als er 2017 in Saudi-Arabien ein umfangreiches Abkommen über Waffenlieferungen im Wert von rund 350 Milliarden Dollar unterzeichnet hatte. Und als die USA dem Emirat Katar im selben Jahr F-15-Kampfjets für 12 Milliarden Dollar verkauften, twitterte der katarische Botschafter in den USA begeistert, dies schaffe »60000 neue Jobs in 42 Bundesstaaten der USA.«[16]

Die USA verfügen über »eine permanente Rüstungsindustrie von gewaltigen Größenordnungen«, warnte Eisenhower in seiner Abschiedsrede am 17. April 1961. »Diese Verbindung eines gewaltigen Militärapparates mit einer großen Rüstungsindustrie stellt eine neue Erfahrung in den USA

dar«, betonte der abtretende Präsident und warnte, dass die Rüstungsindustrie einen dominanten Einfluss auf die Politik gewinnen könnte. »In den Gremien der Regierung müssen wir uns verwahren gegen die Inbesitznahme einer unbefugten Einmischung, ob angefragt oder nicht, durch den militärisch-industriellen Komplex. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme deplatzierter Macht existiert und wird weiter bestehen bleiben«, so Eisenhower. Abrüstung in gegenseitigem Respekt und Vertrauen sei ein »immer noch gültiges Gebot«, so der frühere General. »Zusammen müssen wir lernen, wie wir Meinungsverschiedenheiten beilegen, nicht mit Waffen, sondern mit Verstand und in ehrlicher Absicht.«[17]

Die Warnung war richtig, aber sie wurde ignoriert. Als Eisenhower Präsident war, lag das Pentagon-Budget bei 50 Milliarden Dollar pro Jahr. Das Pentagon-Budget stieg auch nach der Abschiedsrede von Eisenhower von Jahr zu Jahr. Die Verbindungen zwischen dem US-Militär und der US-Rüstungsindustrie wurden immer enger. Viele hochrangige US-Offiziere wechselten nach ihrer Pensionierung als Berater in die US-Rüstungsindustrie. Immer neue Kriege verlangten nach immer neuen Produkten. Am Ende des Vietnamkriegs, den die USA 1975 als Verlierer beendeten, lagen die US-Militärausgaben schon bei 100 Milliarden Dollar pro Jahr und hatten sich somit seit der Warnung von Eisenhower verdoppelt.

Während der Präsidentschaft von Ronald Reagan überschritten die Militärausgaben vor der illegalen Invasion der kleinen Karibikinsel Grenada 1983 erstmals die Marke von 200 Milliarden Dollar pro Jahr. Damit hatte sich das Pentagon-Budget gegenüber der Zeit von Eisenhower vervierfacht. Und es wurde weiter kräftig erhöht. Schon 1986 erreichte es die schwindelerregende Höhe von 300 Milliarden Dollar pro Jahr, sechsmal mehr als zur Zeit von Eisenhower. Präsident Ronald Reagan erfüllte die kühnsten Träume der Rüstungsindustrie und stärkte dadurch den militärisch-industriellen Komplex. »Durch die amerikanische Weltmachtpolitik und ihren Rüstungbedarf wurde das Pentagon als Wirtschaftsfaktor erheblich aufgewertet«, erklärt der deutsche Politikwissenschaftler Hartmut Wasser. »Es ist nicht nur selbst Arbeitgeber,

sondern auch Auftraggeber und Beschäftigungsgarant für die an der Rüstung beteiligten Unternehmen.«[18]

Die US-Militärausgaben sind Weltrekord

Nach dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der kommunistischen Sowjetunion hofften Millionen von Menschen in der Friedensbewegung auf eine sogenannte »Friedensdividende«, also auf eine Reduzierung der Streitkräfte und einen Rückgang der Verteidigungsausgaben. Immerhin war der langjährige Feind des Pentagons nun eingebrochen, eine Reduktion der US-Militärausgaben von 300 Millarden auf 200 Milliarden pro Jahr war zumindest denkbar. Denn US-Präsident John F. Kennedy hatte einst weise gefordert: »Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menscheit ein Ende.«[19]

Doch der militärisch-industrielle Komplex wollte auch nach dem Ende des Kalten Krieges keine Budgetkürzung, und die USA traten sogar noch aggressiver auf. »In der Dekade nach dem Fall der Berliner Mauer … haben die USA ihre militärische Macht nicht nur dafür eingesetzt, um auf Krisen zu reagieren«, so der US-Historiker Andrew Bacevich. »Das Militär wurde eingesetzt, um vorzubeugen, einzuschüchtern … und zu kontrollieren. Und zwar routinemäßig und andauernd. Im Zeitalter der Globalisierung hat sich das Verteidigungsministerium endgültig in ein Ministerium der Machtprojektion verwandelt.« Das Pentagon wurde zum Angriffsministerium. Das Ziel der USA, so erkannte Bacevich, bestehe darin, »ein militäsich, politisch, ökonomisch und kulturelles Imperium von globaler Reichweite zu errichten.«[20]

Es ist wenig bekannt, dass die Pentagon-Buchhaltung mitunter äußerst undurchsichtig ist, was auf Korruption hinweist. Am 10. September 2001 erklärte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer bemerkenswerten Rede im Pentagon, dass die Bürokratie im Verteidigungsministerium zu groß sei, und dass zu viel Geld verschwendet werde. »In diesem Gebäude verschwindet das Geld in Aufgaben, die doppelt ausgeführt werden, und einer aufgeblähten Bürokratie«, kritisierte Rumsfeld. Das Verteidigungsministerium habe 660000 zivile Angestellte

und 1,4 Millionen Soldaten im Aktivdienst, dazu noch eine Million Milizsoldaten in der Nationalgarde. Jeder Dollar, der in der Bürokratie verschwinde, fehle den Soldaten an der Front, klagte Rumsfeld. Einsparungen von 18 Milliarden pro Jahr seien durchaus möglich, aber das Umsetzen eines Sparprogramms sei schwierig. »Eine Institution, die mit Billionen von Dollars über die lange Zeit von mehreren Dekaden aufgebaut wurde, lässt sich nicht im Handumdrehen verändern«, mahnte Rumsfeld. »Einige sagen, das sei, wie wenn man ein Kriegsschiff wendet. Ich glaube, es ist noch schwieriger.«[21]

In einem Bericht der *BBC* über die Rede von Rumsfeld steht der erstaunliche Satz, dass »Transaktionen im Umfang von 2,3 Billionen Dollar nicht nachverfolgt werden können«. Das ist eine sehr große Summe und hätte weltweit für Schlagzeilen sorgen müssen. Wer sich die Rumsfeld-Rede im Internet anhört, stellt fest, dass Rumsfeld auf Englisch von unauffindbaren »2,3 Trillions« sprach. Das sind im Deutschen 2,3 Billionen oder 2300 Milliarden Dollar, was dem mehrfachen Jahresbudget des Pentagons entspricht. Rumsfeld meinte vermutlich nicht, dass sich dieses Geld in Luft aufgelöst hatte, aber dass gemäß einer internen Buchprüfung im Pentagon viele Transaktionen nicht den Standards einer sauberen Buchhaltung genügen. Rumsfeld klagte: »Wir können in diesem Gebäude nicht einmal Informationen zwischen den Stockwerken austauschen, weil die Informationen auf dutzenden verschiedenen technischen Systemen gespeichert sind, die untereinander nicht kompatibel sind. Wir haben etwa 20 Prozent zu viel Infrastruktur für das, was wir brauchen, um unsere Streitkräfte zu unterstützen, was den Steuerzahler etwa drei bis vier Milliarden Dollar pro Jahr kostet.«[22]

Am Tag nach der Rumsfeld-Rede ereigneten sich die Terroranschläge vom 11. September. Von Budgetkürzungen war plötzlich keine Rede mehr. Auch wurde nie geklärt, was mit den 2300 Milliarden geschehen war. Vielmehr wurden die Militärausgaben mit der neuen Begründung »Terrorbekämpfung« weiter erhöht. 2001, im Jahr der Terroranschläge, betrugen die Militärausgaben 316 Milliarden Dollar. Im Jahr 2002 kletterten sie auf 345 Milliarden Dollar. Im Jahr 2003, als die USA den Irak angriffen, überstieg das Pentagon-Budget erstmals die Marke von 400 Milliarden

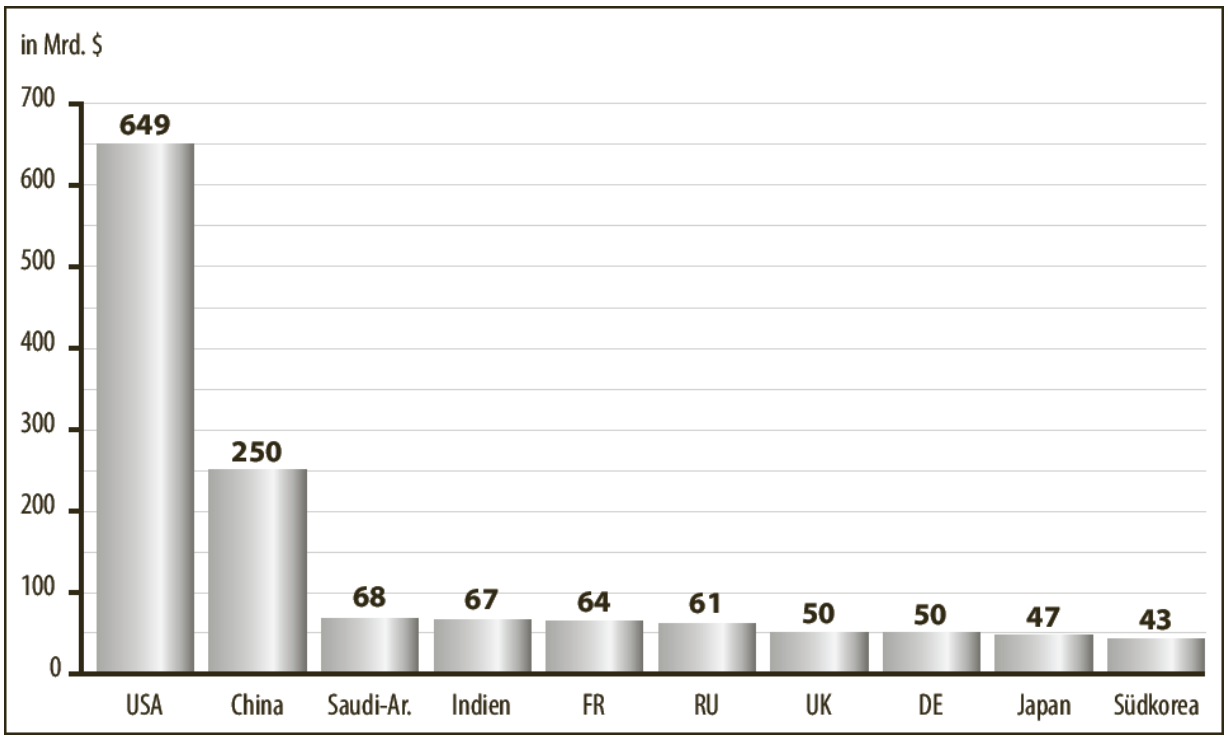
Dollar. 2005 schließlich lagen die Militärausgaben bei 478 Milliarden Dollar. Jedes Jahr kamen einige Milliarden dazu. Die Begründung lautete stets: Krieg gegen den Terror. Im Jahr 2006 lagen die Ausgaben schon bei 534 Milliarden, und im Jahr 2007 wurde erstmals die magische Marke von 600 Milliarden Dollar erreicht. In den sechs Jahren nach 9/11 hatte sich das Pentagon-Budget verdoppelt. Für den militärisch-industriellen Komplex war 9/11 ein Glücksfall.[23]

Es ist interessant, genauer hinzuschauen, für was das US-Imperium im Jahr 2015 die große Summe von 600 Milliarden Dollar ausgab. Für den sogenannten »Krieg gegen den Terror« im Irak, in Syrien und Afghanistan wurden 64 Milliarden Dollar oder rund zehn Prozent des Jahresbudgets ausgegeben. Gleich viel wurde in Forschung und Entwicklung investiert. Für fast 100 Milliarden wurden neue Waffensysteme für die Luftwaffe gekauft, darunter 38 neue Kampfjets des Typs F-35 von der Firma Lockheed Martin, 86 Black-Hawk-Helikopter von der Firma Sikorsky und 9 Jagdflugzeuge des Typs P-8 Poseidon von der Firma Boeing, welche für die Jagd auf U-Boote eingesetzt werden können. Eingekauft wurden auch zwei nuklear getriebene Angriffs-U-Boote der Virginia-Klasse für 6 Milliarden Dollar. Sowie neue Raketen, Abwehrsysteme und Munition im Wert von 17 Milliarden Dollar. Knapp 6 Milliarden wurden für Informations- und Überwachungssysteme ausgegeben. In Satelliten und andere Weltraumsysteme wurden gut 7 Milliarden investiert. Für die Bezahlung und den Unterhalt des militärischen Personals schlugen 135 Milliarden zu Buche. Und den großen Betrag von 195 Milliarden Dollar verbuchten die Pentagon-Bürokraten für Betrieb und Instandhaltung.[24]

Die Friedensbewegung weiß, dass man mit 600 Milliarden Dollar pro Jahr viel Gutes bewirken könnte. Statt in Krieg und Waffen könnte das Geld in Bildung und Aufklärung über Kriegsursachen fließen, oder in den Ausbau der erneuerbaren Energien, oder in Projekte, um das Plastik aus den Meeren zu holen, oder zur Linderung des Hungers in armen Ländern, oder in alternative Medien, die Kriegslügen aufdecken, oder in die Bewältigung von Angst und Trauma, oder in Achtsamkeits-Seminare. All diese Investitionen würden den Frieden und eine intakte Umwelt stärken und wären ein wertvoller Beitrag für eine enkelgerechte Welt. Gerade für junge

Menschen ist es eine Gewissensnot zu sehen, dass tausende Menschen täglich an Hunger sterben, obgleich dieser »mit einem kleinen Teil der Mittel behoben werden könnte, die für immer noch mehr militärische Aufwendungen in Anspruch genommen werden«, so der frühere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt; dies sei »organisierter Wahnsinn«.[25]

Aber das Geld fließt noch immer in die falsche Richtung. Immer wieder erhalten dieselben Rüstungskonzerne den Zuschlag, obwohl sie die Waffensysteme selten zum abgemachten Zeitpunkt liefern, und auch nicht zu den Kosten und dem Leistungsumfang, der versprochen wurde. Auch Präsident Donald Trump erhöhte die Militärausgaben. Gemäß dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut *SIPRI* lagen die US-Militärausgaben im Jahr 2018 bei 649 Milliarden Dollar. Die USA gaben mehr Geld fürs Militär aus als die nächsten acht Länder auf der Top-Ten-Liste zusammen. Auf Platz zwei folgte China mit 250 Milliarden Dollar. Danach Saudi-Arabien mit 68 Milliarden Dollar, gefolgt von Indien mit 67 Milliarden Dollar und Frankreich mit 64 Milliarden Dollar. Russland auf Platz sechs gab im selben Jahr 61 Millilarden und damit nur gut ein Zehntel so viel aus wie die USA. Auf den weiteren Plätzen folgten Großbritannien und Deutschland mit je 50 Milliarden Dollar pro Jahr. Derzeit wird Deutschland von den USA bedrängt, die Militärausgaben in den kommenden Jahren auf 80 Milliarden pro Jahr zu erhöhen, was die Steuerzahler enorm belasten würde.[26]



Grafik 2: Die zehn Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben (2018).

Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Präsident Donald Trump erhöhte das Pentagon-Budget für das Jahr 2019 erstmals auf 716 Milliarden Dollar. Dies entspricht fast 2 Milliarden Dollar pro Tag. »Wie der Himmel, die Erde und das Meer ist der Weltraum zum Schlachtfeld geworden«, erklärte Trump bei der Unterzeichnung des Budgets auf einer Militärbasis im Bundesstaat New York. Um die Vorherrschaft im Weltraum für die USA zu sichern, seien entsprechend hohe Militärausgaben notwendig. Das Pentagon und der militärisch-industrielle Komplex waren begeistert. Als Trump am 17. Januar 2019 im Pentagon weitere Rüstungsausgaben versprach, erhielt er tosenden Applaus. »Sie machen das nur, weil ich Ihnen das größte und umfassendste Militärbudget in unserer ganzen Geschichte gegeben habe«, erwiderte Trump, als er sich für den Applaus der Militärs bedankte.[27] Im Dezember 2019 stimmte sowohl die Mehrheit der Demokraten wie auch der Republikaner im Senat und im Repräsentantenhaus einer nochmaligen Erhöhung der Militärausgaben auf 738 Millarden Dollar für das Jahr 2020 zu. Nie zuvor in ihrer Geschichte haben die USA mehr Geld für Krieg und Rüstung ausgegeben.

Kritiker des militärisch-industriellen Komplexes haben die enorm hohen US-Rüstungsausgaben wiederholt angeprangert. Der Republikaner David Stockman, der von 1977 bis 1981 den Bundesstaat Michigan im US-Repräsentantenhaus vertrat, bezeichnet den militärisch-industriellen Komplex in Washington als den »Sumpf«. Ein reduziertes Militärbudget von 250 Milliarden Dollar pro Jahr reiche, um die USA zu verteidigen, so Stockman, mehr brauche es nicht. Doch der Sumpf in Washington, bestehend aus »Waffenhändlern, Geheimdienstmitarbeitern, Bürokraten für nationale Sicherheit, NGOs, Denkfabriken, Lobbyisten und Rechtsanwälten«, wolle keine Sparrunde. »Es ist ganz klar, dass die Befürworter des Imperiums wollen, dass dieser fahrende Zug nicht anhält«, so Stockman. »Daher werden stets Bedrohungen für das amerikanische Land erfunden und übertrieben. Zudem werden scheußliche Kriege gegen weit entfernte Länder vom Zaun gebrochen, um die globale Hegemonie von Washington abzusichern.«[28]

Lockheed Martin ist der größte Rüstungskonzern der Welt

Weil die USA mit Abstand die höchsten Militärausgaben haben, erstaunt es nicht, dass die größten Rüstungskonzerne ihren Hauptsitz in den USA haben. US-Rüstungskonzerne profitieren vom großen Heimatmarkt. Die Rüstungsunternehmen sind in allen Bundesstaaten vertreten, weil die Kongressabgeordneten nur dann für ein neues Rüstungsprogramm stimmen, wenn ihr Wahlkreis Aufträge erhält.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut *SIPRI* publiziert jedes Jahr eine Liste mit den 100 größten Rüstungskonzernen der Welt. Diese zeigt, dass 42 oder fast die Hälfte der größten Rüstungskonzerne der Welt ihren Hauptsitz in den USA haben. Diese US-Rüstungsgiganten haben im Jahr 2017, mit einem Umsatz von 226 Milliarden Dollar, 57 Prozent aller Waffenverkäufe der 100 größten Waffenkonzerne abgewickelt. Insgesamt hatten die 100 größten Rüstungskonzerne der Welt im untersuchten Jahr fast 400 Milliarden Dollar mit dem Verkauf von Waffen eingenommen. Krieg ist ein Geschäft. Und kein anderes Land der Welt dominiert den globalen

Waffenhandel so stark wie die USA. »Die US-Unternehmen profitieren direkt von der anhaltenden Nachfrage des US-Verteidigungsministeriums nach Waffen«, kommentiert *SIPRI*-Expertin Aude Fleurant.[29]

Der mit Abstand größte Waffenhersteller der Welt ist der US-Rüstungsgigant Lockheed Martin mit 100000 Angestellten und Waffenverkäufen im Wert von 45 Milliarden Dollar im Jahr 2017. Auf Platz zwei folgte der US-Flugzeugbauer Boeing, der mit über 140000 Mitarbeitern Waffen im Wert von 26 Milliarden Dollar verkauft hat. Der US-Konzern Raytheon mit über 60000 Mitarbeitern lag mit Waffenverkäufen im Wert von 23 Milliarden Dollar auf Platz drei der Liste. Die Medaillien Gold, Silber und Bronze gingen also beim Ranking der weltweit größten Rüstungskonzerne im Jahr 2017 alle an die USA, wie schon in den Jahren zuvor. Auf Platz vier folgte der größte europäische Rüstungskonzern BAE Systems aus Großbritannien mit Verkäufen im Umfang von 23 Milliarden. Auf den Plätzen fünf und sechs der größten Rüstungskonzerne der Welt folgten mit Northrop Grumman (22 Milliarden) und General Dynamics (19 Milliarden) wieder US-Konzerne.[30]

Die Dominanz der US-Rüstungskonzerne in den Top 100 ist erdrückend. Zum Vergleich: Rüstungsfirmen aus Deutschland hatten im selben Jahr nur einen Anteil von 2 Prozent am globalen Waffengeschäft der hundert größten Konzerne. Die größten deutschen Rüstungskonzerne waren, gemessen am Umsatz, Rheinmetall (Platz 25), Thyssen-Krupp (Platz 53), Krauss-Maffei Wegmann (Platz 56) und Hensoldt (Platz 74). Vor allem der Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann konnte seinen Umsatz steigern. »Neben Lieferungen an die Bundeswehr stecken hinter dieser Zahl vor allem Waffenexporte nach Katar«, kommentierte die *TAZ*. Aus der Schweiz zählte nur der Rüstungskonzern RUAG (Platz 95) zu den 100 weltweit größten Rüstungskonzernen. Insgesamt verkauften die USA und die europäischen Staaten am meisten Waffen. Dieselben Staaten sind auch die Zielländer für Flüchtlinge, obschon dieser Zusammenhang selten diskutiert wird.[31]

Die USA sind eine Atommacht

Das vermutlich bekannteste Produkt der US-Rüstungsindustrie ist die zerstörerische Atombombe. Unter dem Codenamen »Dreifaltigkeit« (Trinity) wurde am 16. Juli 1945 im US-Bundesstaat New Mexiko vom US-Militär erstmals in der Menschheitsgeschichte eine Atombombe gezündet. Der Test zeigte, dass mit einer Atombombe eine unglaublich große Verwüstung angerichtet werden kann. Als oberster Befehlshaber ließ US-Präsident Harry Truman am 6. August 1945 die vom US-Militär als »Little Boy« bezeichnete Atombombe über Hiroshima abwerfen. Am 9. August warfen die USA die Atombombe »Fat Man« auf Nagasaki. Beide Städte wurden völlig zerstört. In Hiroshima starben in den Sekunden nach der Explosion mindestens 140000 und in Nagasaki 70000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Weitere 130000 Einwohner der beiden Städte starben in den darauffolgenden fünf Jahren an der Strahlenkrankheit, so der US-Historiker Howard Zinn. Die Friedensbewegung hat den Abwurf der beiden Atombomben immer abgelehnt. Die britische Philosophin Elizabeth Anscombe, Dozentin für Ethik an der Universität Oxford, bezeichnete Truman wegen des Abwurfes der zwei Atombomben auf Zivilisten zu Recht als Kriegsverbrecher.[32]

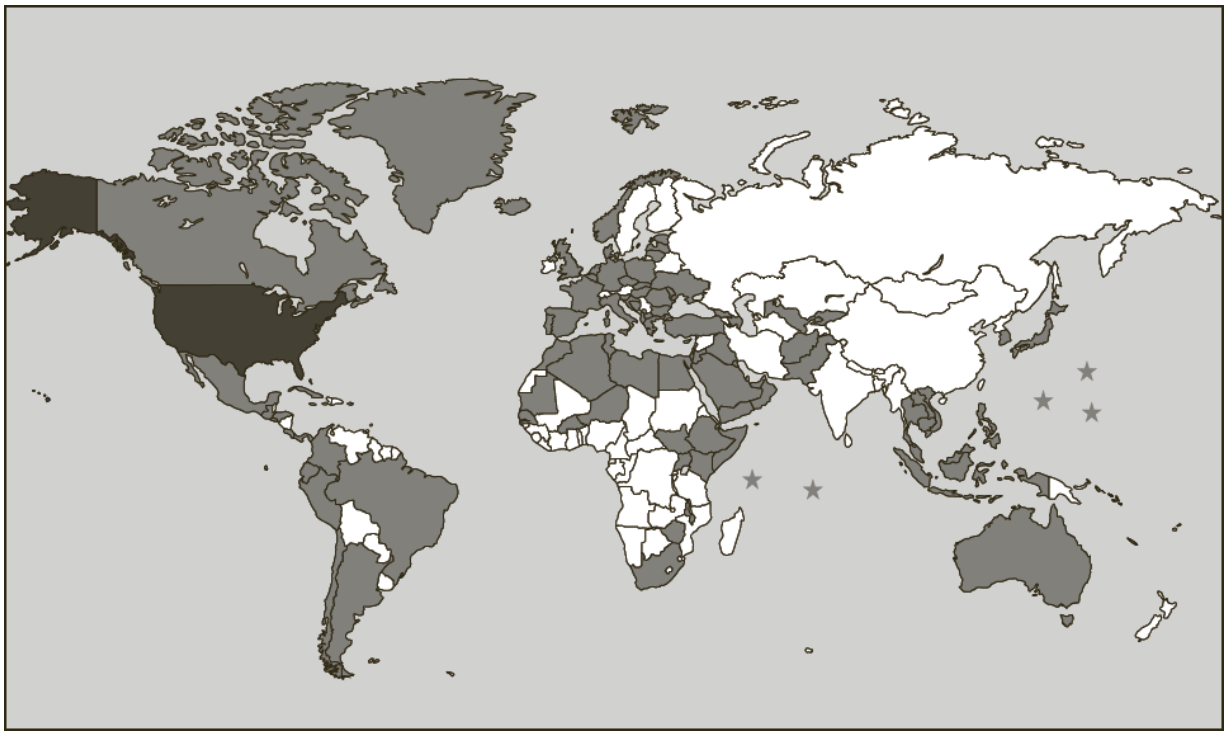
Sofort wollten auch andere Länder Atombomben. Die Sowjetunion war ab 1949 in der Lage, Atombomben zu zünden. Großbritannien verfügt seit 1952 über Atombomben, Frankreich seit 1960, während China 1964 seine erste Atombombe zündete. Diese fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sind die bekannten Atommächte, und hätten am liebsten jede weitere Ausbreitung von Atombomben verhindert. Der Atomwaffensperrvertrag, der 1970 in Kraft getreten ist und von fast allen Ländern der Welt unterzeichnet wurde, verbietet allen Vertragsstaaten, Atomwaffen zu bauen. Doch Indien, Israel und Pakistan haben den Atomwaffensperrvertrag nie unterzeichnet und verfügen heute auch über Atombomben. Genauso wie Nordkorea, das 2003 aus dem Vertrag ausgetreten ist und Atombomben baute, was die Zahl der Atommächte auf heute insgesamt neun Länder erhöht hat.[33]

Vertreter der Friedensbewegung wie die Gruppe »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW) verlangen seit Jahren die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit, denn einen internationalen

Atomkrieg kann niemand wollen. Der Atomwaffensperrvertrag verpflichtet alle Staaten, die Atombomben haben, zur Abrüstung. Artikel sechs verlangt, dass sie »in naher Zukunft« Verhandlungen aufnehmen, welche zur »vollständigen Abrüstung« führen. Doch diese Verpflichtung wurde nicht eingehalten. Kein einziges Land hat sich von seinen Atomwaffen getrennt. Gegenwärtig lagern rund 14000 Atombomben auf der Welt, die meisten davon in Russland und den USA, die beide über mehr als 6000 Atombomben verfügen. Das Arsenal der Zerstörung ist riesig. Die Atommächte Frankreich, China, Großbritannien, Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea haben alle einen Bestand, der kleiner als 300 Atombomben ist.[34]

Die USA haben über 700 Militärstützpunkte in fremden Ländern

Neben den vielen Atombomben, den höchsten Militärausgaben und den größten Rüstungskonzernen hat das US-Imperium auch mehr Militärstützpunkte als jedes andere Land. Auf Militärstützpunkten sind US-Truppen stationiert, die jederzeit aktiviert werden können. Zivilisten ist der Zugang zu einem Militärstützpunkt verboten. In Katar bin ich vor Jahren mit dem Taxi zur US-Militärbasis gefahren, nur um zu testen, ob ich sie besichtigen darf, was mir verwehrt wurde. Zählt man nur die großen Militärstützpunkte mit einem Wert von mindestens 10 Millionen Dollar, dann hat das Pentagon gemäß seinen eigenen Angaben mehr als 4000 Militärstützpunkte in den USA und dazu noch über 500 Militärstützpunkte im Ausland, insgesamt also weltweit 4500 Militärstützpunkte.



Grafik 3: Die USA unterhalten mehr als 700 Militärstützpunkte in den grau markierten Ländern.

Im Ausland ist Deutschland mit 194 Militärstützpunkten das am stärksten mit US-Militärstützpunkten überzogene Land, gefolgt von Japan mit 121 und Südkorea mit 83 Militärstützpunkten. Die USA unterhalten auch Militärstützpunkte in Australien, auf den Bahamas, in Bahrain, Belgien, Bulgarien, Kambodscha, Kanada, Kolumbien, Costa Rica, Djibouti, Ägypten, El Salvador, Griechenland, Kuba, Honduras, Island, Italien, Kenia, Kuwait, Holland, Norwegen, Oman, Peru, Portugal, Katar, Rumänien, Singapur, Spanien, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Großbritannien und anderen Ländern.[35]

Wer die Weltkarte mit den US-Militärstützpunkten studiert, erkennt leicht, dass China, Russland, Indien, die Schweiz, Österreich, Iran und andere Länder keine US-Militärstützpukte auf ihrem Boden erlauben. Aber viele andere Länder sind besetzt. Wenn man nicht nur die großen Militärstützpunkte mit einem Wert von 10 Millionen Dollar oder mehr zählt, gibt es außerhalb der USA weit mehr als 500 US-Militärstützpunkte. Der US-Politikwissenschaftler Chalmers Johnson, der an der University of California in San Diego lehrte, hat die Militärstützpunkte der USA gezählt

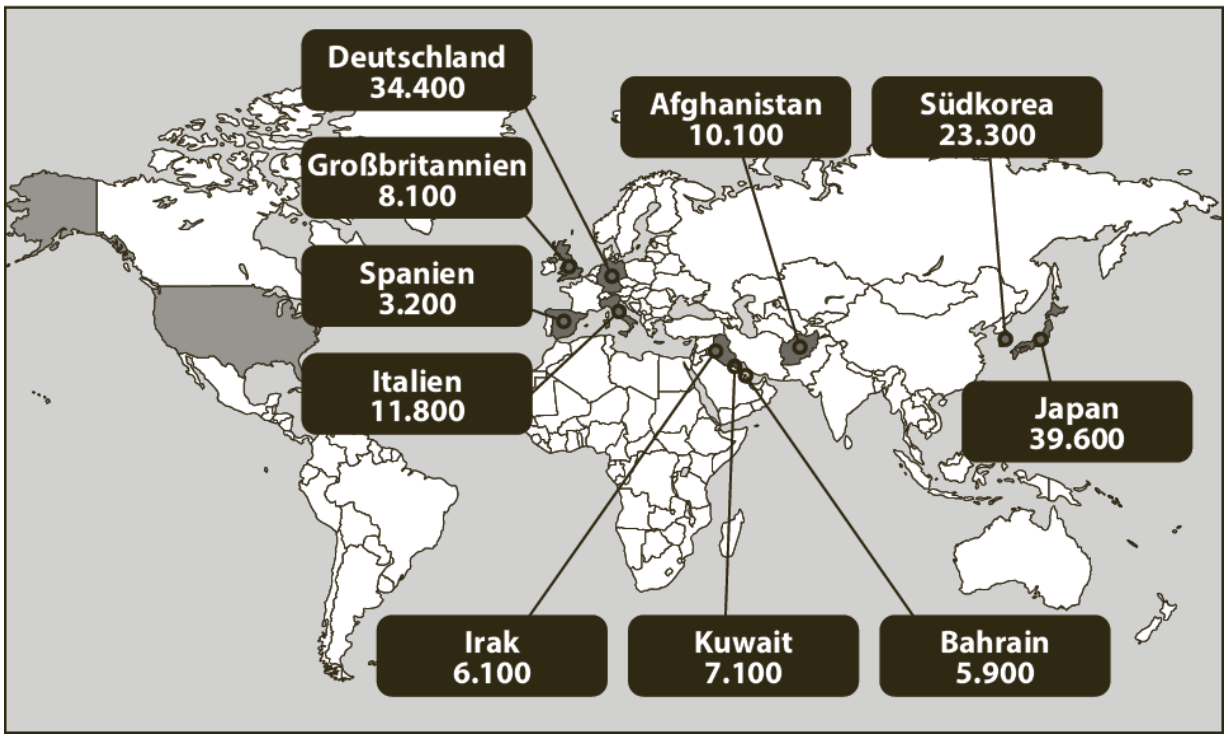
und kommt zu dem Ergebnis, dass die USA im Jahre 2005 737 Militärstützpunkte außerhalb der USA unterhielten. Aber das Pentagon manipuliere die Daten. »Wenn man ehrlich zählen würde«, erklärt Johnson, »würde die Größe unseres militärischen Imperiums vermutlich 1000 verschiedene Militärstützpunkte im Ausland übertreffen. Aber niemand – vermutlich nicht einmal das Pentagon – kennt die genauen Zahlen mit Sicherheit.« Chalmers Johnson hat erkannt, dass diese Militärstützpunkte die militärische Vorherrschaft der USA aufzeigen. »Es gab einmal eine Zeit, da konnte man die Ausbreitung des Imperialismus messen, indem man die Kolonien zählte. Die amerikanische Version der Kolonie ist der Militärstützpunkt«, so die kluge Beobachtung von Johnson. »Indem man die weltweite Verteilung unserer Militärstützpunkte verfolgt, kann man viel über unseren stets anwachsenden imperialen Fußabdruck lernen, wie auch über die Militarisierung der Politik, welche damit einhergeht.«[36]

Weil die US-Luftwaffe auf Militärstützpunkten rund um den Globus verteilt ist, kann Washington fast jedes Land der Welt bombardieren. Gleichzeitig beherschen US-Kriegsschiffe die Ozeane. »Die USA kontrollieren alle Weltmeere. Keine Macht hat das jemals getan«, erklärte US-Stratege George Friedman 2015 in Chicago. »Daher können wir in anderen Ländern einmarschieren, aber sie können nicht bei uns einmarschieren. Das ist eine sehr schöne Sache.«[37]

Die USA haben mehr als 200000 Soldaten im Ausland stationiert

In den Militärstützpunkten, die auf der ganzen Welt verteilt sind, haben die USA mehr als 200000 US-Soldaten stationiert. Kein anderes Land hat mehr eigene Soldaten in fremde Länder geschickt. Sicherlich gäbe es mehr Frieden auf der Erde, wenn jedes Land seine Soldaten als reine Verteidigungsarmee nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen stationieren würde. Am stärksten besetzt ist derzeit Japan mit 39000 US-Soldaten. Am zweitstärksten besetzt ist Deutschland mit 34000 US-Soldaten. In Südkorea sind 23000 US-Soldaten stationiert, in Afghanistan befanden sich im Jahr

2018 rund 10000 US-Soldaten, im Irak waren 6100 US-Soldaten im Einsatz, sagen die vom Pentagon veröffentlichte Zahlen (2018).[38]



Grafik 4: In Japan, Deutschland und Südkorea sind am meisten US-Soldaten stationiert. (Stand 2018).

Um die Stationierung ihrer Truppen zu legitimieren, werden immer wieder verschiedene Gründe aufgeführt. Im Kalten Krieg erklärte das Pentagon, man müsse die Sowjetunion bekämpfen. Doch als diese zusammenbrach, blieben die Militärstützpunkte bestehen. Danach erklärte das Pentagon, man brauche die Militärstützpunkte, um Terroristen zu jagen. »Mit dem Krieg gegen den Terrorismus hat der US-Imperialismus endlich eine Doktrin gefunden, die – anders als der vergleichsweise geographisch beschränkte Frontverlauf des Kalten Krieges – eine militärische Präsenz an buchstäblich jedem Ort der Welt legitimieren kann«, erklärt der deutsche Journalist Knut Mellenthin. »Terroristen können sich im Prinzip überall befinden, überall und jederzeit zuschlagen.« In Tat und Wahrheit schützt natürlich ein Militärstützpunkt nicht gegen einen Terroranschlag. Die 4000 Militärstützpunkte in den USA haben gar nichts dazu beigetragen die

Terroranschläge vom 11. September 2001 zu verhindern. Das Gerede über Terrorbekämpfung ist Kriegspropaganda. Die US-Militärstützpunkte dienen, wie im alten Rom, zur Absicherung der imperialen Vorherrschaft der USA.[39]

Dem Durchschnittsamerikaner ist nicht bewusst, dass die USA so viele Militärstützpunkte unterhalten und so viele Soldaten in fremden Ländern stationiert haben. »Die meisten Amerikaner wissen nicht, dass die Vereinigten Staaten die Welt mit ihrer Militärmacht dominieren«, erklärt Chalmers Johnson, der selbst im Koreakrieg diente und später als Berater für die CIA arbeitete, bevor er zu einem scharfen Kritiker des US-Imperiums wurde. Diese Ignoranz sei dadurch begründet, dass in den US-Massenmedien nie oder fast nie von den über 700 Militärstützpunkten und den mehr als 200000 im Ausland stationierten Soldaten gesprochen werde.[40]

Einflussreiche Politiker und Militärs in Washington, so Chalmers Johnson, sehen die USA als »ein neues Rom, als das mächtigste Reich in der Menschheitsgeschichte, das sich nicht länger an das internationale Recht, die Interessen von Alliierten oder sonstige Beschränkungen hinsichtlich des Einsatzes von Waffen gebunden fühlt«. Das Gewaltverbot der UNO, das den Einsatz von Gewalt in der internationalen Politik verbietet, wird von den Eliten in den USA immer wieder ignoriert, weil es die imperiale Macht einschränken würde. In den USA gibt es ein Übergewicht an Offizieren und Vertretern der Rüstungsindustrie in hohen Regierungsämtern. Die Verherrlichung von Krieg, Macht und Militär, kombiniert mit Propaganda und Fake News, werde zum wirtschaftlichen Ruin des Landes führen, prophezeit Johnson, weil immer mehr Ressourcen in immer ehrgeizigere Militärprojekte gesteckt würden.[41]

Die besetzten Länder wehren sich

Zumindest ein Teil der Bevölkerung in den besetzten Ländern will, dass die US-Truppen abziehen. Die Kubaner fordern schon lange die Schließung der US-Militärbasis Guantanamo. US-Präsident Barack Obama hatte versprochen, zumindest das berüchtigte Foltergefängnis auf Guantanamo zu

schließen. Obama hat dieses Versprechen aber nicht eingehalten, und sein Nachfolger Präsident Trump erklärte, er werde weder das Gefangenenlager noch den US-Militärstützpunkt auf Kuba je aufgeben. Aber die Probleme der »imperialen Überdehnung« und die Grenzen der amerikanischen Macht werden in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts immer deutlicher, so der deutsche Historiker Manfred Berg, der an der Universität Heidelberg lehrt.[42]

In Japan, dem am stärksten von den USA besetzten Land, wehren sich vor allem die Bewohner der Insel Okinawa gegen die US-Truppen. »Manche Bewohner der Inselgruppe sagen, für sie sei der Krieg noch heute nicht vorbei, sie fühlen sich von den USA weiter besetzt und von der Zentralregierung als Japaner zweiter Klasse behandelt«, berichtet *Die Welt*. Die Japaner beschweren sich über den Lärm der Kriegsflugzeuge, gewalttätige Zusammenstöße, Vergewaltigungen und Morde. Als ungerecht empfinden viele Japaner vor allem das Stationierungsabkommen, das US-Soldaten, die in Verbrechen verwickelt sind, vor der Verfolgung durch die japanische Justiz schützt. Wenn nach Vergewaltigungen von japanischen Frauen US-Soldaten nicht zur Rechenschaft gezogen werden, ist das für Japan sehr schmerzhaft. Die USA aber wollen ihre Militärbasen in Japan nicht aufgeben, weil sie von dort aus die aufstrebende Wirtschaftsmacht China beobachten.[43]

Auch in Deutschland gibt es Widerstand gegen die US-Truppen und die auf dem Fliegerhorst Büchel an der Grenze zu Belgien und Luxemburg gelagerten 20 Atombomben, die den USA gehören. »Das US-Militär schützt uns nicht, sondern wird dazu beitragen, dass Europa im Kriegsfall total zerstört wird«, kritisiert Leutnant Uwe Schierhorn in der deutschen Militärzeitschrift *Loyal*. »Von den US-Basen in Deutschland werden Kriege unterstützt, die dem Primat des Völkerrechts widersprechen.« Das sei nicht akzeptabel, so Schierhorn. Deutschland brauche eine freundschaftliche Beziehung zu Russland und allen Ländern der Welt, und dürfe sich nicht an den Angriffskriegen von Washington beteiligen. Das US-Militär solle daher aus Deutschland abziehen.[44]

Auch Albrecht Müller, der unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt im Bundeskanzleramt diente, kritisiert die amerikanische

Militärpräsenz in Deutschland. Kanzlerin Angela Merkel sei zu »eng angebunden an die US-amerikanische Politik«, so Müller, daher werde von Berlin gegenüber Washington kein Truppenabzug gefordert. »Die Bundesregierung verliert kein Sterbenswörtchen gegen die Nutzung der Militärbasen in Deutschland für die Kriege des Westens, und schon gar nicht sagt sie etwas gegen die Lagerung und Modernisierung von Atomwaffen und die Nutzung von Ramstein für die Drohnenkoordination«, kritisiert Müller in den *Nachdenkseiten*. Deutschland sei den amerikanischen Kriegsvorbereitungen »schutzlos ausgeliefert«.[45]

Das *ZDF* berichtet, dass Deutschland für die US-Militärstützpunkte auf deutschem Boden jedes Jahr eine Milliarde Dollar bezahlen muss. Dieses Geld muss von den deutschen Steuerzahlerinnern und Steuerzahlern aufgebracht werden. Die besetzten Länder werden zur Kasse gebeten. Derzeit werde in den USA darüber nachgedacht, ob Länder mit großen US-Millitärbasen, wie Deutschland, Italien und die Türkei, »sogar die Gehälter amerikanischer Soldaten und die Besuche von US-Flugzeugträgern und U-Booten bezahlen sollen«, berichtet das *ZDF*. »Besondere Rabatte könne es dagegen geben, wenn ein Land seine Politik mit der amerikanischen Politik in Einklang bringt.«[46]

Immer mehr Menschen in Deutschland lehnen diese Bevormundung durch die USA ab. Fast jeder zweite Deutsche ist heute für einen Abzug aller US-Soldaten. Besonders stark, so ergab eine Umfrage 2018, wird in Deutschland ein Abzug der US-Truppen von den Wählern der Linken (67 Prozent), der AfD (55 Prozent) und der Grünen (48 Prozent) befürwortet. Wiederholt fanden Demonstrationen vor der berüchtigten US-Basis in Ramstein statt, weil von dort der Einsatz von US-Drohnen unterstützt wird, welche in Afghanistan und anderen Ländern Menschen töten. Auch ich bin ein Gegner des US-Drohenkriegs und unterstütze die Forderung, dass alle US-Soldaten friedlich wie die Russen aus Deutschland abziehen sollten. Am 8. September 2017 habe ich daher an der »Stopp Air Base Ramstein«-Demonstration in der Erlöserkirche in Kaiserslautern eine Rede gehalten, um die Friedensbewegung zu stärken. Vor mir hat der mutige Theologe Eugen Drewermann gesprochen und mit Nachdruck gefordert, dass sich Deutschland in keiner Weise an den Kriegen des US-Imperiums beteiligen

dürfe. Ich teile diese Ansicht und bin der Meinung, dass Deutschland aus der NATO austreten und, in Erinnerung der eigenen Geschichte, keine Truppen mehr ins Ausland schicken, sondern sich als neutrales Land für das Völkerrecht und friedliche Konfliktlösungen einsetzen sollte. Die Bundeswehr sollte als reine Verteidigungsarmee im Inland stationiert sein.[47]

2. Die USA sind eine Oligarchie

Wenn die Welt heute von »Amerika« spricht, es bewundert oder fürchtet, dann ist in der Regel das Territorium der USA gemeint, und nicht eines der Länder aus Südamerika wie Chile oder Brasilien, obwohl alle Menschen, die dort leben, ohne Zweifel Amerikaner sind. Für eine präzise Analyse ist es aber unabdingbar, dass man nicht pauschal von »Amerika«, sondern spezifisch von den USA und den dort wohnhaften 330 Millionen US-Amerikanern spricht. Und selbst das ist noch nicht präzise genug. Denn die meisten US-Amerikaner haben überhaupt keinen Einfluss auf die internationale Politik. Es sind nur die Superreichen, eine kleine Gruppe von rund 300000 US-Amerikanern, welche die US-Außenpolitik steuern und vom US-Imperialismus profitieren. Die USA sind keine Demokratie, sondern eine Oligarchie, ein Land, in dem die Reichen regieren. Wer die bestehende große Kluft zwischen Arm und Reich in den USA ignoriert, verdeckt die Tatsache, dass auch Millionen von US-Amerikanern unter den Folgen des US-Imperialismus leiden, weil die Regierung das Geld in Rüstung und Krieg investiert, anstatt auch der Unterschicht ein würdiges Leben zu ermöglichen.

300000 Superreiche lenken das Imperium

»Die heutige Ungleichheit ist nahezu beispiellos«, protestierte im Jahre 2019 Noam Chomsky, einer der einflussreichsten Intellektuellen der Vereinigten Staaten, der viele Jahre am Massachusetts Institute of Technologiy (MIT) in Boston lehrte. Über Jahrzehnte hat die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in den USA darin bestanden, den Reichen Vorteile zu

verschaffen. Dieses Prinzip hat die Politik dominiert. Daher konzentriert sich heute die wirkliche Macht »in einem Bruchteil von einem Prozent der Bevölkerung«, so Chomsky. Diese »Superreichen«, wie Noam Chomsky sie nennt, lenken das Imperium. »Sie bekommen einfach, was sie wollen, sie bestimmen im Grunde, was läuft.«[48]

Diese Einschätzung deckt sich mit den Resultaten von anderen US-Forschern. Gemäß dem Politologen Jeffrey Winters, der an der Northwestern University in Illinois lehrt, steuern die Superreichen mit ihrem Geld die Politik und die Medien in den USA. Zu den Superreichen gehören gemäß Winters nur ein Zehntel von einem Prozent der US-Bevölkerung, also 300000 Menschen. Diese Superreichen sitzen entweder selbst im Weißen Haus und im Parlament, das in den USA aus Senat und Repräsentantenhaus besteht und als Kongress bezeichnet wird. Oder sie können dort anrufen, ein Treffen mit dem Präsidenten oder Senator arrangieren und ihre Wünsche einbringen, was die Armen nicht können. Die Superreichen können einen Teil ihres Geldes in Politik, Medien und Think Tanks investieren, was für arme US-Amerikaner undenkbar ist. »Es ist nicht mehr plausibel (wenn es das überhaupt je war) zu argumentieren, dass die Politik in den USA durch die Bevölkerung auf demokratische Weise gesteuert wird, wobei jeder Bürger eine gleichstarke Stimme hat«, erklärt Winters. »Reichtum und Einkommen spielen eine zentrale Rolle.«[49]

In der Innenpolitik haben die Vertreter der Superreichen wiederholt die Steuern für die Reichsten gesenkt oder Schlupflöcher kreiert. Es kümmert die Superreichen nicht, wenn der Staat immense Schulden anhäuft, die er nicht zurückbezahlen kann, solange ihr Vermögen nicht gefährdet ist. Während der Finanzkrise von 2008, als die Lehman Brothers Bank pleite ging, hat der Staat im Sinne der Superreichen interveniert und Milliarden von Dollars zur Rettung von Banken und Investoren ausgegeben, was die Staatsverschuldung in die Höhe trieb. Doch Hausbesitzern aus der Mittelklasse wurde nicht geholfen, was in einer Oligarchie nicht anders zu erwarten ist. Auch wenn ein Unternehmer aus der Mittelschicht mit seiner Firma pleite geht, hilft ihm der Staat nicht. Nur die Superreichen können auf die Hilfe des Staates zählen, wenn ihre Investitionen leiden, weil sie die Schlüsselstellen des Staates kontrollieren.

In der Außenpolitik haben sich die Superreichen Absatzmärkte für US-Produkte und Zugang zu billigen Rohstoffen und Arbeitskräften gesichert. Wenn das US-Imperium in einem fremden Land die Regierung stürzt, stehen dahinter die Interessen der 300000 Superreichen und ihrer Konzerne, welche sprichwörtlich über Leichen gehen, um ihre Profite zu sichern. Es ging in der US-Außenpolitik nie um Demokratie, Freiheit oder Menschenrechte. Krieg dient der Wirtschaft und befriedigt die Gier der Superreichen. US-Regierungen haben darauf hingearbeitet, den Zugang zu Erdöl- und Erdgasquellen und anderen Rohstoffen zu sichern, Rivalen zu schwächen und Absatzmärkte für die Produkte der US-Konzerne zu eröffnen. Die imperiale Macht dient dem Geldadel. Eine Kritik am US-Imperialismus richtet sich daher nicht an die armen Menschen in den USA, die auf Parkbänken übernachten, sondern an die Superreichen.

Diese Zusammenhänge sind auch in den USA bekannt. »Durch das ganze zwanzigste Jahrhundert und bis in den Anfang des einundzwanzigsten hinein haben die Vereinigten Staaten immer wieder die Macht ihrer Streitkräfte und ihrer Geheimdienste eingesetzt, um Regierungen zu stürzen, die den amerikanischen Interessen ihren Schutz verweigerten«, erklärt US-Journalist Stephen Kinzer. »Jedes Mal bemäntelten sie ihre Einmischung mit dem schönfärberischen Hinweis auf Sicherheitsbedürfnisse der Nation und den Kampf für die Freiheit. In den meisten Fällen indes lagen ihren Aktionen hauptsächlich ökonomische Motive zugrunde – vor allem der Anspruch, amerikanische Geschäftsinteressen rund um die Welt zu untermauern, zu befördern und zu verteidigen und jede Störung von ihnen fernzuhalten.«[50]

Auch der US-Soziologe Peter Phillips, der an der Sonoma State University in Kalifornien unterrichtet hat, kommt in seiner Forschung zu dem Schluss, dass die Superreichen in den USA die Medien, die Regierung und das Militär kontrollieren. Die Militärallianz NATO, der auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere europäische Länder angehören, ist gemäß dem Soziologen Phillips nur ein Instrument, um die Investitionen der Superreichen zu schützen. Krieg ist ein Geschäft, und durch den Verkauf von Kriegsmaterial können besonders hohe Renditen erzielt werden. Das primäre Ziel der Superreichen besteht darin, stets eine

Rendite von 3 bis 10 Prozent oder mehr auf ihre Investitionen zu erzielen, egal welcher Schaden dabei für die Gesellschaft entsteht, erklärt Phillips. Die Superreichen investieren weltweit in alles, was die angestrebte Rendite bringt, darunter Agrarland, Erdöl, Immobilien, Informationstechnologie, Gentechnologie, Kriegsindustrie und Tabak.[51]

Für ihre Investitionen nutzen die Superreichen Banken und Investitionsfirmen wie Black Rock, Barclays Bank, JPMorgan Chase und Goldman Sachs, welche den Superreichen helfen, ihren Reichtum zu vergrößern. Die Superreichen teilen den Glauben, dass der Kapitalismus nicht nur gut für sie selbst, sondern auch für die Entwicklung der ganzen Welt sei. Fehlentwicklungen wie Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg werden zwar auch von den Superreichen registriert, spielen aber für die Investitionsentscheide nur eine sekundäre Rolle, weil primär die Rendite auf das eingesetzte Kapital zählt. »Diese Konzentration von Reichtum hat zu einer Krise der Menschheit geführt. Armut, Krieg, Hunger, Entfremdung, Medienpropaganda und Umweltzerstörung sind derart stark angestiegen, dass dadurch das Überleben der Spezies Mensch gefährdet wird«, warnt der Soziologe Phillips.[52]

Immer mehr Menschen verstehen, dass es bei der imperialen Politik nie um Werte geht, sondern immer nur um Macht und wirtschaftliche Interessen. Dies trifft auch auf den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu. Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler hatte 2010 gewagt, dies offen auszusprechen. Auf dem Rückflug von einem Bundeswehr-Besuch in Afghanistan sagte er in einem Interview, ein Land wie Deutschland, »mit dieser Außenhandelsorientierung«, müsse wissen, dass »im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren«. Diese Aussage kostete ihn sein Amt. »Er sprach aus, was andere westliche Politiker täglich denken und praktizieren«, so der deutsche Journalist Jürgen Todenhöfer. Der Bundespräsident verstieß gegen das eiserne »Heuchelei-Gebot«, erklärt Todenhöfer, das seit langem Grundkonsens der westlichen Zivilisation ist: Stets an die eigenen Interessen denken, nie davon reden! Anstatt von »Interessen« und »Außenhandelsorientierung« hätte Köhler einfach von »Werten« sprechen müssen. Dann wäre er Bundespräsident geblieben, glaubt Todenhöfer. »Egal, ob Amerikaner oder Europäer, stets

ging es ihnen um Macht, Märkte und Geld. Um ihren Wohlstand, ihre sozialen Errungenschaften, ihre Freiheit. Nie um die Freiheit der anderen.«[53]

In den USA werben die Superreichen gut ausgebildete Menschen aus der oberen Mittelschicht an, die gegen Bezahlung die Interessen der Superreichen öffentlich vertreten und verteidigen. In modernen Gesellschaften finden sich diese Akteure in den Medien, Stiftungen, Think Tanks, Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Lobbys. Die Armen können jedoch nicht in Politiker, Anwälte, Journalisten und Lobbys investieren. Es ist für diese Bevölkerungsgruppe nicht möglich, von ihrem Einkommen einen Teil abzuzweigen und damit Politik zu machen. »Es gibt keinen Zweifel daran«, kommentiert der Politologe Jeffrey Winters, »dass die reichsten US-Haushalte über enormen Reichtum verfügen, mit dem sie die Politik beeinflussen können, während die meisten Amerikaner das nicht können.« Politik ist in den USA zu einem Privileg der Reichen geworden.[54]

Es gibt 100 Millionen Arme in den USA

Die Armen in den USA leben zwar im selben Staat wie die 300000 Superreichen, aber trotzdem in einer völlig anderen Welt. Durch die extrem hohen Rüstungsausgaben ist viel Geld aus zivilen Projekten abgeflossen, wo es weit sinnvoller eingesetzt werden könnte. »Die Überschuldung des Bundeshaushaltes, der Verfall der Städte, der Zusammenbruch des Sozialsystems, die hohe Analphabetenquote, die für europäische Verhältnisse unvorstellbar hohe Mordrate, die vielen Familien und Halbfamilien, die unterhalb der Armutsgrenze leben, die Zahl der in Gefängisanstalten einsitzenden Menschen sind das Spiegelbild dieser Entwicklung«, mahnt Andreas von Bülow, der in Deutschland als Bundesminister für Forschung und Technologie diente.[55]

Die USA haben über 2 Millionen Gefängnisinsassen, mehr als jedes andere Land der Welt. Die Sorgen in der US-Unterschicht sind groß. In den meisten US-Bundesstaaten wird nach einem halben Jahr kein Arbeitslosengeld mehr bezahlt. Viele Langzeitarbeitslose leiden unter Armut. Um die Not der Unterschicht zu lindern, verteilt das US-

Landwirtschaftsministerium Lebensmittelmarken, sogenannte Food Stamps. Menschen im arbeitsfähigen Alter zwischen 16 und 60 Jahren dürfen sich um Food Stamps bewerben, wenn sie sich um Arbeit bemühen, aber ihr Haushaltseinkommen trotzdem unterhalb der Armutsgrenze liegt. Die Gruppe der Menschen, die solche Food Stamps beziehen, ist erstaunlich groß. Im Jahr 2018 waren es 40 Millionen Menschen oder 12 Prozent der US-Bevölkerung.[56]

Seit den 1960er Jahren ist die Anzahl der Menschen, die Lebensmittelmarken beziehen, stetig angewachsen, obschon viele Menschen aus Scham oder Unwissenheit keinen Antrag stellen. Wer weniger als 1000 Dollar pro Monat verdient und alleine lebt, darf einen Antrag stellen, ebenso ein Vierpersonenhaushalt, der weniger als 2000 Dollar pro Monat zur Verfügung hat. »Niemand muss hier verhungern, wir sind nicht Äthiopien«, erklärt Joel Berg, der Suppenküchen in New York koordiniert. »Aber die Situation ist dramatisch. Nur in der Großen Depression in den 30er Jahren ging es den Menschen in diesem Land dreckiger.«[57]

Eine alleinstehende Person erhält maximal Food Stamps im Wert von 190 Dollar pro Monat auf eine spezielle Kreditkarte überwiesen, mit der sie in den dafür gekennzeichneten Läden in der Schlange anstehen kann, um die Food Stamps einzulösen. »Die Schlangen sind ein Symbol geworden für das neue, ärmere Amerika«, kommentiert *Die Welt* die soziale Misere. In den Speisekammern besteht nur die Wahl zwischen zwei verschiedenen Produkten, zwischen Apfel- oder Orangensaft etwa. Zigaretten und Alkohol kann man mit den Essensmarken nicht kaufen. Hanna Lupien, die in New York die Armen versorgt, sagt, die Situation sei dramatisch. Der Vorwurf, viele Bedürftige seien zu faul zum Arbeiten, stimme nicht, so Lupien. »Man trifft hier keine unwilligen Menschen, sondern Eltern, die ihre Kinder satt kriegen wollen. Wie oft habe ich schon den Satz gehört: Ich habe vier Tage nichts gegessen, weil ich alles meinen Kindern gegeben habe.«[58]

Die Armut in den USA kann nicht mehr länger übersehen werden. Auch Nobelpreisträger Angus Deaton, der an der Universität Princeton Wirtschaftswissenschaften lehrte, kritisiert die große Kluft zwischen den Superreichen und der Unterschicht und fordert, dass die Lage der

Schwächsten in den USA unbedingt verbessert werden müsse. »Es gibt Millionen von Amerikanern, deren Leiden auf Grund von materieller Armut und schlechter Gesundheit gleich groß oder schlimmer ist als das von Menschen in Afrika oder Asien«, beklagt Deaton. Die USA sollten daher ihr großes Problem mit der Armut nicht länger verstecken, sondern ihrer eigenen Unterschicht helfen, bevor sie sich in die Politik von anderen Ländern einmischen.[59]

Die Kluft zwischen Arm und Reich zeigt sich auch beim Vermögen. Gemäß einer Studie der US-Notenbank FED aus dem Jahre 2017 haben 100 Millionen Menschen in den USA oder rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung keine oder fast keine Ersparnisse. Diese Menschen können nicht für Notfall-Kosten von 400 Dollar aufkommen. Sie haben also zum Beispiel nicht genügend Geld, um ihr Auto reparieren zu lassen, wenn es kaputt geht, oder um einen größeren Schaden im Haus oder in der Wohnung zu beheben. Sie würden in einem Notfall von Freunden Geld ausleihen, einen Kredit aufnehmen oder etwas verkaufen, das sie besitzen, sagten die Befragten, von denen in etwa die Hälfte Food Stamps bezieht. Jeder Zweite aus dieser Gruppe, so stellte die FED-Studie fest, war nicht in der Lage, die Rechnungen des letzten Monats vollständig zu begleichen, und viele sagten, er oder sie habe im letzten Jahr notwendige medizinische Versorgung nicht in Anspruch genommen, da er oder sie sich diese nicht leisten konnte. Zudem hat von den arbeitenden Erwachsenen ein Viertel oder 60 Millionen Menschen »keinerlei Pension oder Ersparnisse für das Alter«, so fand die FED-Studie heraus. Die Angst vor Altersarmut ist daher bei den Betroffenen groß.[60]

Es gibt 540 Milliardäre in den USA

Ein ganz anderes Leben führen die Reichen. Weltweit gab es im Jahr 2017 insgesamt 18 Millionen Dollarmillionäre, das sind weniger als 0,25 Prozent der Weltbevölkerung und entspricht in etwa der Bevölkerung der Niederlande. Nie zuvor in der Geschichte hat es so viele Dollarmillionäre gegeben. Von diesen wohnten die meisten, nämlich mehr als 5 Millionen, in den USA. Auf Platz zwei folgte mit 3 Millionen Millionären Japan. Je eine

Million Millionäre lebten in Deutschland und in China. In der Schweiz lebten rund 400000 Millionäre, weitere 300000 Millionäre lebten in Indien. Einige Millionäre sind gierig, brutal und rücksichtslos und beuten andere Menschen aus, um noch reicher zu werden. Doch andere Millionäre sind klug und einfühlsam und engagieren sich für eine bessere Welt. Es besteht die Hoffnung, dass sich zumindest ein Teil der Millionäre der Friedensbewegung anschließen wird, wenn ihre materiellen Bedürfnisse gestillt sind und sie nach Sinn in ihrem Leben suchen. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, dass einige Schweizer Millionäre die Anliegen der Friedensbewegung mit ganzem Herzen unterstützen. Diese Menschen verfügen über eine hohe Bildung und sind finanziell vollkommen unabhängig. Sie wollen keine weiteren Kriege und lehnen Kriegspropaganda ab.[61]

Innerhalb der Gruppe der Millionäre gibt es große Unterschiede. Rund 90 Prozent, und damit die große Mehrheit, verfügen über ein Vermögen zwischen 1 und 5 Millionen Dollar. Privatpersonen mit einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Dollar hingegen sind selten und werden von den Banken und Vermögensverwaltern als »high-net-worth individuals« (HNWI) bezeichnet. Jene, welche sogar über mehr als 30 Millionen Dollar verfügen, sind sehr selten. Sie bezeichnet man in der Finanzbranche als »ultra-high-net-worth-individuals« (UHNWI). Nur wenig mehr 1 Prozent der Millionäre oder weltweit nur rund 250000 Menschen zählen zur Gruppe der UHNWI. Dies entspricht in etwa der Bevölkerung der Stadt Eindhoven in den Niederlanden oder 0,003 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Große Vermögensverwalter wie Black Rock, UBS und Goldman Sachs suchen den Kontakt zu diesen sehr vermögenden Privatpersonen, um ihr Vermögen zu verwalten und zu vergrößern und selbst durch Gebühren auf dem verwalteten Vermögen reich zu werden. Gemäß dem *World Ultra Wealth Report* lebten im Jahr 2017 mit 80000 Menschen die meisten der sehr vermögenden Personen aus der Gruppe UHNWI in den USA.[62]

An der Spitze der Pyramide der reichsten Menschen stehen schließlich die Milliardäre. Sie verfügen über ein Vermögen von mehr als 1000 Millionen Dollar. Gemäß dem US-Wirtschaftsmagazin *Forbes* gab es im Jahr 2017 weltweit rund 2000 Milliardäre. Davon waren 540 US-

Amerikaner, 250 Milliardäre waren Chinesen und 120 Milliardäre waren Deutsche. In Indien gab es 84 Milliardäre, in Russland 77 Milliardäre und in der Schweiz gab es laut *Forbes* 32 Milliardäre. In den USA leben also mehr Milliardäre als in jedem anderen Land der Welt. Die 400 reichsten US-Milliardäre werden von *Forbes* jedes Jahr mit Foto und dem Namen in einer Liste aufgeführt. Derzeit liegt Amazon-Chef Jeff Bezos mit einem Vermögen von über 100 Milliarden Dollar auf Platz eins. Er ist damit der reichste Mann der Welt. Auf Rang zwei der *Forbes*-Liste folgt Microsoft-Gründer Bill Gates. Auf Rang drei liegt derzeit der Investor Warren Buffett. Der Milliardär Mark Zuckerberg, CEO von *Facebook*, rangiert auf Platz vier.[63]

Auch die Gebrüder Charles und David Koch finden sich auf der *Forbes*-Liste unter den Top Ten mit einem geschätzten Vermögen von je 50 Milliarden Dollar. Mit ihrem Netzwerk aus Think Tanks, gesponserten Lehrstühlen und Interessengruppen wie *Americans for Prosperity* sind sie ein bekanntes Beispiel dafür, wie Milliardäre Einfluss auf die Politik nehmen können. So haben die Kochs zum Beispiel den Politiker Mike Pence, der unter Donald Trump als Vizepräsident ins Weiße Haus einzog, mit Millionen Dollars unterstützt. Eine »schwerreiche Clique hat sich des Staates bemächtigt«, kritisierte daher *Zeit Online* den Einfluss der beiden Milliardäre. Auch US-Präsident Donald Trump, der im Januar 2017 ins Weiße Haus einzog, ist ein Milliardär. Er wird von *Forbes* mit einem Vermögen von mehr als 3 Milliarden Dollar eingestuft und rangiert auf Platz 259 der reichsten US-Amerikaner. Dies sah Trump indes als Beleidigung an, sein Vermögen sei mehr als doppelt so groß, behauptete er.[64]

Das Ende des amerikanischen Traums

Während die mehr als 500 US-Milliardäre immer reicher werden, zerfällt in den USA die Infrastruktur, und die Kriegsveteranen schlafen auf Parkbänken. »Wer nach Europa, Japan oder selbst China reist, dem fällt bei seiner Rückkehr sofort auf, dass sich die USA im Verfall befinden, und er hat oft das Gefühl, in ein Land der sogenannten Dritten Welt

zurückzukehren«, so der US-Amerikaner Noam Chomsky. »Die Infrastruktur ist marode, das Gesundheitssystem ist völlig zerrüttet, das Bildungssystem liegt in Trümmern, nichts funktioniert, und all das in einem Land, das über unglaubliche Mittel verfügt.« Da der Reichtum in den USA extrem ungleich verteilt ist, werden nur die Anliegen der Superreichen berücksichtigt. Die Unterschicht und Mittelschicht ist gegenüber den Superreichen zwar deutlich in der Überzahl, fühlt sich aber machtlos. Weil ihre Mitglieder viel schlechter ausgebildet und organisiert sind als die Superreichen, gelingt es ihnen nicht, ihre missliche Lage zu artikulieren und durch politische Reformen zu verbessern. »Es bedarf schon einer äußerst effektiven Propaganda, damit Menschen angesichts einer solchen Realität passiv bleiben«, bemerkt Noam Chomsky.[65]

Oft wurden Programme, die der Unterschicht dienen, gestrichen und Gesetze eingeführt, welche die Superreichen noch reicher machen. Die Superreichen schwächen all jene Institutionen, die soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheit bekämpfen, wie öffentliche Bildung, Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Sozialversicherung, ein gerechtes Steuersystem, Lebensmittelmarken, öffentliche Verkehrsmittel und Infrastruktur. Gleichzeitig stärken die Superreichen jene Institutionen, welche die US-Bevölkerung dauerhaft unterdrücken, darunter innerstaatliche Sicherheitsund Überwachungssysteme, die militarisierte Polizei, das Departement of Homeland Security und das Militär mit seinem Netz von weltweiten Militärbasen. »Für die Superreichen besitzt nichts einen Wert an sich. Menschliche Wesen, soziale Institutionen und die Natur sind Waren, die für den persönlichen Gewinn ausgeschlachtet werden – bis sie erschöpft sind oder kollabieren«, so die Kritik von US-Journalist Chris Hedges.[66]

Noam Chomsky wurde 1928 in Philadelphia geboren und konnte die Spaltung der USA in Arm und Reich während seines Lebens beobachten. Lange habe der »amerikanische Traum« die Menschen inspiriert, also die Hoffnung, vom Tellerwäscher zum Millionär aufzusteigen. »Auch wer arm geboren ist, kann es durch harte Arbeit zu Wohlstand bringen«, lautete der amerikanische Traum. »Gemeint ist damit, dass jeder einen gut bezahlten Job finden, sich ein Haus und ein Auto leisten und seinen Kindern eine

Ausbildung finanzieren kann«, erklärt Chomsky. Doch vom amerikanischen Traum ist nichts mehr übrig. Die soziale Mobilität ist heute in den USA deutlich geringer als in Europa. Wer in den USA in eine arme Familie geboren wird, bleibt mit großer Wahrscheinlichkeit arm. Die Geschichte vom Tellerwäscher zum Millionär kann er oder sie sich nur noch im Kino oder auf *Netflix* anschauen.[67]

Unter den vier großen ethnischen Gruppen in den USA haben die Schwarzen und Latinos im Durchschnitt weniger Schulbindung absolviert und sind im Durchschnitt auch mehr von Armut betroffen als Weiße und Asiaten. Doch auch Millionen von gut ausgebildeten weißen US-Amerikanern sind heute arm. »Dem Mittelstand in Amerika geht es schlecht. Neu trifft es auch gut ausgebildete Weiße«, berichtete die *Neue Zürcher Zeitung* im Jahr 2016. »Das Vermögen ist zunehmend in den Händen einer kleinen Oberschicht konzentriert.« Der Aufstieg in diese Oberschicht ist für viele nicht mehr möglich. Auch gut ausgebildete Frauen und Männer »müssen plötzlich feststellen, dass die amerikanische Formel, nach der jeder es schaffen kann, wenn er nur hart arbeitet, nicht mehr gilt«.[68]

Um auf die bestehenden großen Missstände aufmerksam zu machen, zogen 2011 in New York im Rahmen der Occupy-Wall-Street-Bewegung tausende von Demonstranten durch Manhattans Finanzdistrikt und erklärten: »Wir sind die 99 Prozent!« Die Occupy-Bewegung prangerte den übermächtigen Einfluss der reichsten 1 Prozent gegenüber den 99 Prozent der amerikanischen Bevölkerung an und forderte eine stärkere Kontrolle des Banken- und Finanzsektors durch die Politik und die Verringerung des Einflusses der Wirtschaft auf politische Entscheidungen. Weil aber die 300000 Superreichen sowohl die Wirtschaft wie auch die Politik kontrollieren, hat sich nichts geändert. Louis Brandeis, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, hatte einst weise gesagt: »Wir können in diesem Land eine Demokratie oder großen Reichtum, konzentriert in den Händen von wenigen, haben, aber nicht beides.«[69]

Die Superreichen bestimmen die Politik

Der Präsident ist der oberste Befehlshaber der US-Streitkräfte und daher der formell mächtigste Mann im Lande. Der Präsident führt die Kriege und steht im Fokus der Medien und auch der Historiker. Doch hinter dem Präsidenten ziehen die Superreichen die Fäden und bestimmen, wer überhaupt ins Weiße Haus einzieht. Die Präsidentschaftswahlen, die in den USA alle vier Jahre mit viel Getöse und einem erbitterten Kampf zwischen Republikanern und Demokraten durchgeführt werden, erlauben dem Volk nur, aus einer Auswahl von Reichen ihren Favoriten auszuwählen. Niemals könnte jemand aus der Mittelschicht oder gar Unterschicht zum Präsidenten gewählt werden, wenn er nicht von den Superreichen unterstützt wird, weil diesen Bevölkerungsgruppen die finanziellen Mittel für den Wahlkampf fehlen. Zu konkreten Sachfragen, also zum Beispiel zum Angriff auf den Irak 2003, werden die US-Bürger nicht befragt, ihre Meinung zählt nicht, weil die USA keine direkte Demokratie sind. Solche Entscheide fällt allein der Präsident, zusammen mit seinem mächtigen Nationalen Sicherheitsrat (NSC) und dem Kongress, und dies immer in enger Abstimmung mit den Wünschen der Superreichen, die sowohl das Weiße Haus und auch den Kongress steuern.

Der frühere amerikanische Präsident Jimmy Carter bestätigte 2015, dass in den USA die Superreichen die Fäden der Macht in der Hand halten. »Heute sind die USA eine Oligarchie. Politische Bestechung entscheidet darüber, wer als Präsidentschaftskandidat nominiert und zum Präsidenten gewählt wird«, so Carter resigniert. »Und dasselbe gilt für die Gouverneure der Bundesstaaten, wie auch für die Senatoren und die Abgeordneten des Kongresses.« Über finanzielle Zuwendungen bestimmen die Superreichen, wer Präsident wird und wer in den Kongress einzieht. Alle US-Präsidentschaftskandidaten müssen mindestens über 300 Millionen Dollar für den Wahlkampf verfügen, erklärte Carter im Gespräch mit der bekannten US-Fernsehjournalistin Oprah Winfrey. So viel Geld können Menschen aus der Unterschicht und Mittelschicht niemals aufbringen. Nicht nur das Weiße Haus, sondern auch der Senat mit seinen 100 Abgeordneten, wie auch das Repräsentantenhaus mit seinen 435 Abgeordneten, seien fast vollständig in den Händen der Superreichen. Zwischen den Demokraten und den Republikanern gäbe es diesbezüglich keine Unterschiede, so

Carter, und eine einflussreiche dritte Partei gibt es in den USA nicht. »Die Stelleninhaber, sowohl Demokraten als auch Republikaner, sehen diesen unbeschränkten Geldfluss als großen Vorteil für sich. Wer schon im Kongress sitzt, kann seinen Einfluss teuer verkaufen«, erklärt Carter. »Wir sind jetzt eine Oligarchie geworden anstatt einer Demokratie«, beklagt Carter. »Und ich glaube, das ist der größte Schaden an den fundamentalen ethischen und moralischen Standards des amerikanischen politischen Systems, den ich je in meinem Leben gesehen habe.«[70]

Solche Aussagen hört man in den US-Medien nur sehr selten. Es ist verdienstvoll, dass Oprah Winfrey, die mit einem geschätzten Vermögen von fast drei Milliarden Dollar selbst zu den Superreichen gehört, die Kritik von Carter auf ihrem eigenen Fernsehsender ausgestrahlt hat. Denn die Aussage ist brisant und wichtig. Als früherer Präsident kennt Carter die politischen Prozesse in den USA genau. Und weil er nicht mehr im Amt ist, kann er seine Meinung als Pensionär offen kundtun. In den deutschsprachigen Massenmedien in Europa wurde die Analyse von Carter aber ignoriert. Die Leitmedien *ARD, ZDF, ORF, SRF, Spiegel, Süddeutsche Zeitung* und *Neue Zürcher Zeitung* bezeichnen die USA weiterhin als Demokratie und nicht als Oligarchie, wodurch die tatsächliche Herrschaft der 300000 Superreichen verschleiert wird.

Große US-Unternehmen wie der Rüstungskonzern Lockheed Martin, der Erdölkonzern ExxonMobil, der Onlinehändler Amazon, die Investmentbank Goldman Sachs oder der Vermögensverwalter Black Rock beschäftigen eine Vielzahl von Lobbyisten, um die Interessen der Superreichen, die deckungsgleich mit den Interessen der größten US-Unternehmen sind, durchzusetzen. Die schwachen US-Gewerkschaften und Umweltschutzverbände sind dagegen fast machtlos. »Die größten Unternehmen beschäftigen teilweise mehr als 100 Lobbyisten, was es ihnen ermöglicht, überall und jederzeit präsent zu sein«, erklärt US-Politologe Lee Drutman, der an der Johns Hopkins University unterrichtet. Unternehmen deklarieren jedes Jahr mehr als 2,6 Milliarden Dollar an Aufwendungen für Lobbyarbeit. »Für jeden Dollar, den Gewerkschaften und öffentliche Interessenvertretungen aufbringen, wenden Großunternehmen und ihre Verbände mittlerweile 34 Dollar auf.«[71]

Hin und wieder werden Vertreter ins Repräsentantenhaus gewählt, die sich weigern, den Superreichen zu dienen. Zu diesen mutigen Politikerinnen zählt Alexandria Ocasio-Cortez aus New York. Im Januar 2019 zog sie mit nur 29 Jahren als jüngste Abgeordnete ins Repräsentantenhaus ein. »Wir haben ein System, das grundlegend kaputt ist«, kritisierte die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez während einer Sitzung des Kongressausschusses für Kontrolle und Reformen in Washington. Wer Präsident werden möchte, könne seinen Wahlkampf durch Ölfirmen und die Pharmaindustrie finanzieren lassen und danach, sobald er im Weißen Haus ist, die Gesetze im Sinne der Erdölindustrie und Pharmaindustrie anpassen. Daher seien die USA in der Hand der Konzerne und ihrer Besitzer, der Superreichen.[72]

In meinem Heimatland, der Schweiz, treffen sich jedes Jahr die Superreichen aus ganz verschiedenen Ländern und diskutieren mit einflussreichen Politikern und Wirtschaftsführern im verschneiten Bergdorf Davos beim World Economic Forum (WEF). Im Januar 2015 erklärte dort US-Ökonom Nouriel Roubini von der New Yorker Stern School of Business gegenüber *Bloomberg*, dass sich die USA in eine Plutokratie, also eine Herrschaft der Reichen, verwandelt haben. Der Graben zwischen Arm und Reich werde in den USA immer größer, beklagte Roubini. »Eigentlich sollte in einer Demokratie das Prinzip gelten: Jeder Stimmbürger eine Stimme«, so Roubini. Doch die Macht der Superreichen habe in den USA dazu geführt, dass diese nun die Zügel der Macht in der Hand halten und über Lobbys und ihre Vertreter im Parlament die Gesetzgebung nach ihrem Gutdünken steuerten. »Wenn man darüber nachdenkt, kommt man zu dem Schluss, dass die USA nun ein System der legalisierten Korruption haben«, so die scharfe Kritik des Ökonomen. »Jene mit viel Geld haben einen größeren Einfluss als jene mit wenig Geld. Wir haben keine echte Demokratie in den USA, es ist eine Plutokratie.«[73]

US-Wähler haben kaum Einfluss auf die Politik

Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen diese Aussage des Ökonomen Roubini. Im April 2014 berichtete die *BBC* mit Bezug auf eine Studie der Universität Princeton, dass die USA »eine Oligarchie, keine

Demokratie« mehr sind. Es war eine jener seltenen Meldungen, bei der die europäischen Medien die USA korrekt als Oligarchie bezeichneten. »Die USA werden durch eine reiche und mächtige Elite dominiert«, erklärte die *BBC* richtig. Die Autoren der Princeton-Studie, die Professoren Martin Gilens und Benjamin Page, hatten die Situation in den USA sehr systematisch untersucht. Sie hatten einen Zeitraum von zwei Dekaden (1981 bis 2002) ausgewertet, in welchem durch öffentliche Umfragen die Meinung der US-Bevölkerung zu insgesamt 1779 verschiedenen Sachfragen erhoben und dokumentiert worden war. Für jede der Sachfragen konnten Gilens und Page angeben, ob die US-Bevölkerung mehrheitlich dafür oder dagegen war. Zudem verwendeten die Forscher nur Umfragen, bei denen auch das Einkommen der Befragten erhoben worden war, also die Klassenzugehörigkeit. Diese Daten glichen sie mit den tatsächlichen Entscheidungen der US-Politiker ab und fanden heraus, dass die Entscheidungen der Politiker gar nicht mit den Wünschen der Masse der Bevölkerung übereinstimmten, und dass die Wünsche der Unterschicht und Mittelschicht ignoriert werden.[74]

»Die Wünsche des durchschnittlichen Amerikaners scheinen nur einen ganz kleinen, fast nicht vorhandenen und statistisch nicht signifikanten Einfluss auf die Politik zu haben«, fanden die Forscher der Universität Princeton heraus. Daher könne man nicht von einer Herrschaft des Volkes sprechen, so Gilens und Page. »In den USA, so zeigen unsere Resultate, regiert nicht die Mehrheit – zumindest nicht in dem Sinne, dass sie tatsächlich einen Einfluss auf politische Entscheidungen hätte. Wenn eine Mehrheit der Bürger eine andere Meinung hat als die wirtschaftliche Elite oder organisierte Lobbys, dann verliert sie in der Regel.« Es seien die Superreichen und ihre Lobbys, die in den USA über die Politik entscheiden: »Unsere Studie kommt zu dem Schluss, dass die Mehrheit der Amerikaner wenig Einfluss auf die Entscheidungen hat, die unsere Regierung fällt. Wir Amerikaner zeichnen uns zwar durch viele Merkmale aus, die für ein demokratisches System kennzeichnend sind, darunter regelmäßige Wahlen, Rede- und Versammlungsfreiheit und eine breite Wahlberechtigung«, so Gilens und Page. »Aber wir glauben, dass, wenn die Politik durch mächtige Wirtschaftsorganisationen und eine kleine Zahl von sehr reichen

Amerikanern dominiert wird, auch der Anspruch von Amerika, eine Demokratie zu sein, wirklich in Gefahr ist.«[75]

Weil in den USA die Redefreiheit garantiert ist, können sich auch die Kritiker der Superreichen öffentlich äußern. Und das tun sie auch, wenn auch nicht in den Massenmedien mit großer Reichweite, die ihnen verwehrt sind. Der amerikanische Historiker Eric Zuesse bedauert ausdrücklich, dass sich die USA in eine Oligarchie verwandelt haben, und kritisiert diese Entwicklung scharf. »Die amerikanische Demokratie ist nur ein Schwindel und Augenwischerei, egal wie oft die Oligarchen, welche unser Land regieren und auch die Medien kontrollieren, das Gegenteil behaupten«, so Zuesse in der kleinen Zeitschrift *Counterpunch*. »Die USA sind, mit anderen Worten, eigentlich sehr ähnlich wie Russland oder viele andere obskure ›Wahldemokratien‹. Früher waren wir das nicht, aber jetzt sind wir eine Oligarchie.«[76]

Große Unterschiede zwischen Reich und Arm existieren nicht nur in den USA, sondern in vielen Ländern, auch in China. Wird es im 21. Jahrhundert gelingen, eine gerechtere Welt aufzubauen? Dies ist zumindest denkbar, und viele engagierte Menschen setzen sich für dieses Ziel ein. Die Menschen gestalten das Miteinander selbst, gemäß ihrem Bewusstsein. »Die Grundbedürfnisse aller Menschen der Erde nach Nahrung, Wasser, Obdach und Kleidung könnten befriedigt werden, wenn nicht das irrwitzige, habgierige Verlangen nach mehr, die Gier des Ego, für ein solches Ungleichgewicht bei der Verteilung der Ressourcen sorgen würde«, erklärt der in Kanada wohnhafte deutsche Bestsellerautor Eckhart Tolle. Für den Frieden in der Welt sei es unabdingbar, so Tolle, dass durch Achtsamkeit die Identifikation des Menschen mit dem eigenen Ego und der Gier überwunden werde.[77]

3. Die Indianerkriege

Ab dem Jahre 1500 sind die Europäer in alle Teile der Welt ausgewandert und haben bis ins Jahr 1900 Nordamerika, Südamerika, Afrika, Australien, Neuseeland, Indien und die Küsten von China erobert und besetzt. Das primäre Ziel der Europäer war es, Handel zu treiben und Gewinne zu realisieren. Wenn die Einheimischen Widerstand leisteten, wurden sie von den Europäern versklavt und getötet. Einige Einheimische wurden verschleppt und in den europäischen Zoos als Attraktion ausgestellt. Die imperiale Herrschaft der Europäer über weite Teile der Welt war ein brutales System der Unterdrückung, basierend auf Gier nach Geld und Rohstoffen, Rassismus und missionarischem Eifer.

Die Europäer handelten sehr unbewusst und brutal, sie waren nicht willens oder fähig, die anderen Menschen als gleichberechtigte Mitglieder der Menschheitsfamilie zu betrachten. Das UNO-Gewaltverbot gab es damals noch nicht. Das christliche Gebot »Du sollst nicht töten« wurde von den Imperialisten missachtet. In Nordamerika wurde die indianische Urbevölkerung ausgerottet. Von fünf Millionen Indianern, die vor der Ankunft der Engländer in Nordamerika lebten, waren nach den Indianerkriegen nur noch 250000 übrig, weggesperrt in Reservate. Dies bedeutet, dass mehr als vier Millionen Indianer durch Krieg und aus Europa eingeschleppte Krankheiten dahingerafft wurden. Diese vier Millionen Toten sind »die erste Ursünde der amerikanischen Gesellschaft«, erklärt der einflussreiche US-Intellektuelle Noam Chomsky. Über diese Ursünde wird in den USA noch heute aus Scham nur wenig gesprochen.[78]

Das Gefühl der Überlegenheit gegenüber fremden Kulturen und der Glaube an Gewalt sind nicht von den USA erfunden worden, sondern entstammen dem europäischen Kolonialismus. Heute gibt es zum Glück auf beiden Seiten des Atlantiks immer mehr Menschen, die ein anderes Bewusstsein haben, sich in Achtsamkeit üben und sich der Friedensbewegung verpflichtet fühlen. Sie teilen die feste Überzeugung, dass wir die größten Probleme im 21. Jahrhundert nicht mit Gewalt lösen können, und dass keine Kultur der anderen überlegen ist, weil alle Menschen zur Menschheitsfamilie gehören.

Die europäischen Großmächte teilen Amerika unter sich auf

Als der italienische Seefahrer Christoph Kolumbus im Auftrag von Spanien und im Wettstreit mit Portugal den Seeweg nach dem sagenhaft reichen Indien suchte, segelte er fast drei lange Monate unter großen Entbehrungen über den Atlantik und landete 1492 mit seinen Schiffen auf einer Insel der Bahamas. Die beiden Kontinente Nord- und Südamerika waren damals in Europa unbekannt. Europäische Kartographen des 15. Jahrhunderts zeichneten eine Welt, die allein aus Europa, Asien und Afrika bestand. Von der Existenz Amerikas und Australiens wussten sie nichts. Kolumbus glaubte bis zu seinem Lebensende irrtümlich, er sei in Indien gelandet. Die europäischen Seefahrer nannten die verschiedenen indigenen Völker Nordamerikas, die heute auf Englisch als Native Americans oder American Indians bezeichnet werden, daher Indianer.[79]

Erst der italienische Seefahrer Amerigo Vespucci, der im Auftrag von Portugal 1501 die Ostküste Südamerikas erkundete, vermutete richtig, dass es sich bei dem entdeckten Land nicht um Indien, sondern um einen neuen Kontinent handelt. Amerigo Vespucci sah die Neue Welt mit den Augen eines Europäers und gab den erkundeten Gebieten erfundene Namen wie »Venezuela«, also Klein-Venedig, weil die an den Küsten von der einheimischen Bevölkerung errichteten Pfahlbauten ihn an die italienische Stadt Venedig erinnerten. Die von Amerigo Vespucci angefertigten Karten

waren sehr präzise, weshalb in Europa der neue Kontinent nach ihm benannt und fortan als »Amerika« bezeichnet wurde.[80]

Nach der Entdeckungsfahrt von Kolumbus teilten 1494 die starken Seefahrermächte Portugal und Spanien im Vertrag von Tordesillas die Welt untereinander auf. Ohne dass die betroffenen Kulturen in den fremden Ländern davon wussten, erklärten die Spanier und Portugiesen sich zu den führenden Weltmächten. Die spanischen Imperialisten sicherten sich den größten Teil der »Neuen Welt«, wie sie Amerika nannten, also Süd- und Mittelamerika, dazu die Karibik, Mexiko, Florida und Südkalifornien. Die Portugiesen erhielten in Amerika nur Brasilien und außerhalb der Neuen Welt wichtige Häfen in Afrika, Arabien und Indien. 1498 segelte der Portugiese Vasco da Gama als erster Europäer um die Südküste Afrikas, durchquerte den Indischen Ozean und erreichte die indische Handelsstadt Calicut. Der Seeweg nach Indien war damit gefunden. Die portugiesischen Imperialisten gründeten den Handelsstützpunkt Goa an der indischen Westküste und eroberten Malakka an der Meerstraße zwischen dem Indischen Ozean und Südchinesischem Meer.

Die Kolonialmächte Spanien und Portugal haben die europäische Unterwerfung der Welt begonnen. Die europäischen Großmächte England und Frankreich drängten erst ab 1600 über den Atlantik nach Nordamerika, dem verbleibenden Teil der Neuen Welt, weil sowohl die Spanier wie auch die Portugiesen irrtümlich glaubten, Nordamerika sei vergleichsweise arm an Bodenschätzen. Auch die Niederlande gehörten zu den europäischen Kolonialmächten. Sie sicherten sich in Asien mit Gewalt das heutige Indonesien. Deutschland wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Kolonialmacht und sicherte sich Gebiete in Afrika und pazifische Inseln, und stieg bis 1914 hinter Großbritannien und Frankreich zur, gemessen an der Fläche, drittgrößten europäischen Kolonialmacht auf, die dann aber im Ersten Weltkrieg von den anderen Imperialmächten zerschlagen wurde.

Noch heute kann man an den Sprachen in Amerika ablesen, wie damals die Würfel gefallen sind. Weil Portugal sich Brasilien sicherte, spricht man dort Portugiesisch. Spanisch spricht man im Rest von Südamerika, bis hinauf nach Mexiko. Frankreich kontrollierte eine Zeit lang große Teile von Nordamerika, verlor und verkaufte diese dann aber später, weshalb man

heute nur noch in der kanadischen Provinz Quebec Französisch spricht. Es waren die englischen Siedler, welche die heutige Landmasse der USA und große Teile von Kanada eroberten, weshalb man dort heute die englische Sprache spricht. Die ursprünglichen Sprachen der Indianer, darunter zum Beispiel die Sprache der Sioux oder Apachen, sind weitgehend ausgestorben. Sowohl in Nord- wie auch in Südamerika werden heute fast nur noch europäische Sprachen gesprochen. Die Alte Welt Europa hat ab 1500 die Neue Welt Amerika kolonialisiert und die meisten dort ansässigen Kulturen ausgelöscht.

Die Engländer gründen 1607 Jamestown

Nordamerika war nicht unbewohnt, als die Europäer den neuen Kontinent entdeckten. Rund fünf Millionen Indianer lebten in Nordamerika auf dem heutigen Gebiet der Vereinigten Staaten und von Kanada. Die Indianer Nordamerikas lebten seit Jahrhunderten in verschiedenen, häufig nomadisch umherziehenden Stämmen, darunter die Cherokee, die Creek, die Irokesen, die Apachen, die Sioux und die Powhatan. Vor dem Kontakt mit den Europäern besaßen die Indianer keine Feuerwaffen, keine Pferde und keine Eisenbahn. Einige Indianer siedelten in Dörfern und betrieben Ackerbau. Aber die meisten Indianer waren Jäger, die dem Wild, vor allem den Büffeln, hinterherzogen. Die Indianer lebten angepasst an eine weitläufige Natur und fischten an Flüssen und in Seen. Viele Stämme waren davon überzeugt, dass die Natur von unsichtbaren heiligen Wesen bewohnt ist und dass man den Boden weder besitzen noch verkaufen kann. Umweltverschmutzung gab es damals in Nordamerika nicht.[81]

Von Küste zu Küste misst Nordamerika fast 5000 Kilometer. Vom Atlantik herkommend breitet sich zuerst die Ostküstenebene aus, die bis zur Appalachen-Bergkette reicht. Das gut bewässerte Gebiet mit kurzen, aber schiffbaren Flüssen und fruchtbarem Boden wurde von den Europäern nach ihrer Ankunft zuerst besiedelt. Hinter den Appalachen folgen Richtung Westen die weitläufigen und flachen Great Plains, die bis zum Gebirge der Rocky Mountains reichen. In den Great Plains liegt der Fluss Mississippi, der in den Golf von Mexiko fließt und von den Kolonialisten als

Wasserstraße genutzt wurde, da damals keine Straßen durch die USA führten und vor dem Bau der Eisenbahn das Reisen sehr anstrengend war. Hinter den Rocky Mountains liegt eine schmale Küstenebene, bevor man an die Pazifikküste gelangt. Nordamerika, so kann jeder Besucher feststellen, verfügt über eine wunderschöne und vielfältige Natur. Auf meinen Reisen hat mich vor allem der Yosemite-Nationalpark in Kalifornien mit seiner Schönheit beeindruckt sowie die wilde Pazifikküste im Bundesstaat Washington, und in Kanada im Bundesstaat British Columbia die türkisblauen Seen in der Region um Banff und Jasper.

Grafik 5: 1607: Jamestown – die erste ständig bewohnte englische Kolonie in Nordamerika.

Im Jahr 1607 gründeten die Engländer mit Jamestown die erste ständig bewohnte englische Kolonie an der Ostküste von Nordamerika. Es waren nur 104 Männer, englische Söldner und Abenteurer, die nach einer langen Schiffsfahrt über den Atlantik Nordamerika erreichten und das Land, das sie betraten, zur englischen Kolonie Virginia erklärten, benannt nach der unverheiratet verstorbenen britischen Königin Elisabeth I. Die englischen Kolonialisten wählten eine kleine Halbinsel in einem Fluss, fast 100

Kilometer von der Küste entfernt, um dort ihre befestigte Basis zu errichten. Den Fluss nannten sie zu Ehren ihres damals in England regierenden Königs River James und ihre Siedlung Jamestown. Die Engländer bauten ihre Basis nicht an der Küste, weil sie Überfälle der Spanier fürchteten, die Anspruch auf die gesamte Neue Welt erhoben. Auf drei Seiten von Wasser umgeben, konnte die Halbinsel gut verteidigt werden. Nur durch eine schmale Landbrücke war die Halbinsel mit dem Festland verbunden. Zudem erlaubte die Tiefe des Flusses, dass das gesicherte Fort auf der Insel mit Schiffen direkt vom Atlantik erreicht werden konnte. In Jamestown begann eine Entwicklung, die schließlich zum Entstehen des US-Imperiums führen sollte. Von Anfang an war diese Geschichte geprägt durch Gewalt und den Einsatz von Waffen.

Für die Indianer war die Ankunft der Europäer der Anfang vom Ende, der Beginn eines großen Sterbens. Als immer mehr Engländer mit Schiffen über den Atlantik kamen und sich an der Ostküste niederließen, intensivierten sich die Spannungen mit den Powhatan-Indianern, die seit Jahrhunderten an der Ostküste von Nordamerika lebten. Mit dem Powhatan-Krieg begann 1608 die lange und brutale Zeit der Indianerkriege. Die Powhatan versuchten die Engländer von ihrem Land zu vertreiben und führten den Kolonisten schwere Verluste zu. Die Engländer raubten den Indianern Korn, brannten ihre Häuser nieder und massakrierten die Einwohner. Die Indianer belagerten Jamestown, und die Engländer verschanzten sich in ihrem Fort. Die Belagerung dauerte mehrere Monate und viele Kolonialisten starben an Unterernährung und Krankheiten. Um zu überleben, waren die Bewohner von Jamestown gezwungen, Pferde, Hunde und Ratten zu essen. Im Mai 1610 waren nur noch 60 Siedler am Leben, sie verließen Jamestown und segelten flussabwärts. Die Powhatan glaubten, einen sicheren Sieg errungen zu haben, aber sie irrten sich.

Bald kamen weitere Europäer über den Atlantik und landeten in Nordamerika. Diese überfielen die Dörfer der Powhatan, brannten sie nieder und massakrierten die Bewohner. Aus Sicht der Indianer war der Zustrom von neuen Siedlern aus Europa unerschöpflich. Im großen Aufstand der Powhatan, der von den Engländern als das »Große Massaker« bezeichnet wird, überfielen die Powhatan 1622 Jamestown und töteten 347

der 1200 Kolonisten. Die Engländer übten Vergeltung und löschten bis zum Ende des Powhatan-Krieges 1646 die Powhatan fast völlig aus. Die Überlebenden wurden verdrängt und zu jährlichen Tributzahlungen an Virginia in Form von Pelzen verpflichtet. Für die Powhatan hatte der Kontakt mit den Engländern in einer Katastrophe geendet.[82]

Der Export von Tabak nach London

Die Bewohner von Jamestown bauten im Umland des Forts Tabak an, der in Virginia hervorragend wuchs. Die getrockneten Blätter waren von hoher Qualität. 1617 wurde die erste Ladung Tabak per Schiff nach England exportiert und dort mit Gewinn verkauft. Der Tabak fand reißenden Absatz und Virginia wurde zum Hauptlieferanten für Europa. Mit dem Export von Tabak hatten die britischen Kolonialisten aus Virginia eine Einkommensquelle gefunden. Die Kolonie Virginia war aber nicht unabhängig. Über Jamestown wehte der Union Jack, die britische Flagge. Virginia unterstand direkt dem englischen König, der vor Ort einen Gouverneur einsetzte, der die Kolonie verwaltete und Steuern einzog, die nach London flossen, dem Zentrum des britischen Imperiums. Für Gewichte und Entfernungen wurden in der Kolonie die in England üblichen Einheiten Inch, Foot und Mile verwendet. Eine Meile entspricht 1609 Metern, ein Foot 30,48 cm und ein Inch 2,54 Zentimetern. Noch heute wird in den USA die Körpergröße nicht in Zentimetern, sondern in Foot und Inches angegeben, und auch die Geschwindigkeit im Straßenverkehr wird in Meilen pro Stunde gemessen, was daran erinnert, dass die USA einst Teil des britischen Imperiums waren.

Einige der Europäer, die nach Nordamerika auswanderten, sahen in der Katholischen Kirche ihren religiösen und politischen Gegner. Denn seit in Deutschland der Reformator Martin Luther 1517 seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg geschlagen hatte und darin die Korruption der Katholischen Kirche beim Ablasshandel angeprangert hatte, spaltete die Reformation Europa. Katholiken und Protestanten töteten sich gegenseitig in blutigen Religionskriegen. Der Papst hatte als Oberhaupt der Katholischen Kirche das in der Neuen Welt entdeckte Land dem

katholischen Spanien zugesprochen. Doch seit der Gründung der Anglikanischen Kirche 1534 erkannten die Briten die Oberhoheit des Papstes in Glaubensfragen nicht länger an, sodass seine Weisungen zur Aufteilung der Welt sie auch nicht mehr interessierten. Ein Teil der Protestanten, die mit dem Schiff nach Nordamerika fuhren, wollte in Nordamerika ein protestantisches Reich erschaffen, das als machtpolitisches Gegengewicht zum expansiven spanischen Katholizismus dienen konnte, der Mittel- und Südamerika dominierte. Die religiösen Auswanderer beriefen sich auf den Reformator Johannes Calvin. Dieser hatte gepredigt, dass göttliche Gnade am privaten und vor allem wirtschaftlichen Erfolg ablesbar sei. Diese protestantische Ethik begründete nicht zuletzt den Geist des Kapitalismus, der die USA bis heute prägt. Nicht wenige religiöse Dissidenten aus Europa glaubten, in Nordamerika das in der Bibel verheißene Gelobte Land gefunden zu haben. Nach Virginia entstand mit Massachusetts 1629 die zweite britische Kolonie in Nordamerika, welche mit Boston über einen wichtigen Hafen verfügte. Der Engländer John Winthrop, der 1630 mit über 1000 Puritanern in Massachusetts landete und Gouverneur der Kolonie wurde, forderte seine Glaubensgenossen in einer Predigt auf, in der Wildnis ein »Neues Jerusalem« zu errichten, eine »Stadt auf dem Hügel«, an der sich die sündige Welt ein moralisches Beispiel nehmen sollte. Dieses Sendungsbewusstsein prägt die USA bis heute.

Nach der Gründung von Jamestown im heutigen Virginia wanderten tausende Engländer, Schotten und Iren nach Nordamerika aus, aber auch Deutsche, Polen, Schweden, Holländer und Schweizer. Neue Siedler aus Europa wurden dadurch angeworben, dass man ihnen rund zwei Hektar Farmland, das man den Indianern geraubt hatte, gratis zur Verfügung stellte. Dass die Siedler Viren und Bakterien einschleppten, gegen die die Indianer keinerlei Abwehrkräfte entwickelt hatten, war fatal. Pocken, Masern, Scharlach und Diphterie löschten ganze Dörfer der Indianer aus. Nach Virginia und Massachusetts folgte die Gründung der Kolonien Rhode Island (1636), Connecticut (1636) und Maryland (1634). Die Kolonien New York, New Jersey und Delaware waren zuerst von den Holländern und Schweden erschlossen worden, kamen dann aber in den Besitz des englischen Königreiches. Die Holländer gründeten in Neu-Amsterdam am Atlantik den

Verwaltungssitz ihrer Kolonie Neu-Niederlande. Doch die Holländer konnten sich gegen die Briten nicht durchsetzen. Die Briten eroberten 1664 Neu-Amsterdam und änderten den Namen der Stadt in New York. Mit Carolina (1663), New Hampshire (1680) und Pennsylvania (1681) erweiterten die Briten ihren Kolonialbestand in Nordamerika auf insgesamt zwölf Kolonien. Carolina, benannt nach König Karl I. von England (lateinisch Carolus), wurde 1729 in North Carolina und South Carolina geteilt. 1732 kam mit Georgia im Süden die dreizehnte Kolonie hinzu.

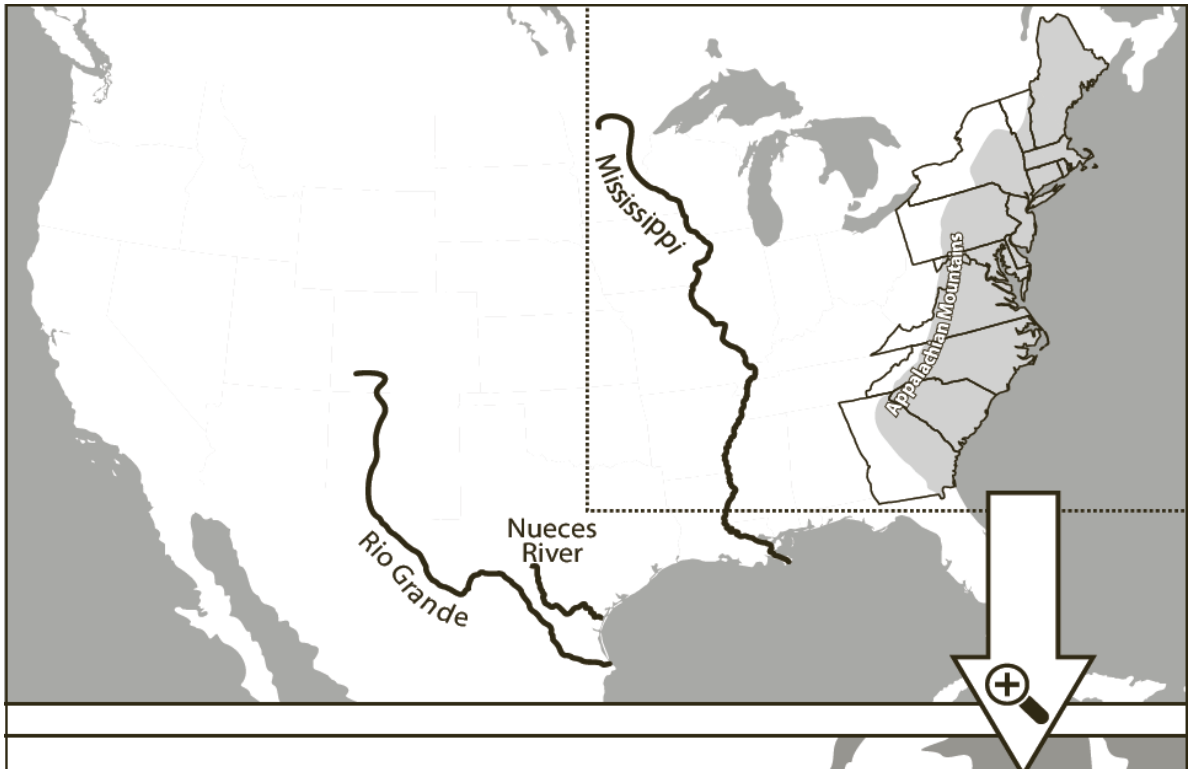
Die dreizehn Kolonien am Atlantik

Die berühmten dreizehn britischen Kolonien sind das Kernland der heutigen USA. Alle Kolonien befanden sich am Atlantik und konnten dadurch von Europa direkt mit dem Schiff angesteuert werden. Die Bevölkerung in den Kolonien wuchs stark an, um 1760 lag sie schon bei über 2 Millionen Menschen, darunter 400000 schwarze Sklaven. Niemand in London ahnte damals, dass diese Kolonien nur wenige Jahre später sich zuerst vom britischen Imperium lossagen und danach einen eigenen Staat gründen würden. Kaum jemand hätte vorhergesagt, dass der kleine Staat USA danach den großen Raum bis an den Pazifik erobern und schließlich sogar zu einem globalen Imperium mit Militärbasen in Kuba, Deutschland und Japan aufsteigen würde.

Heute dauert der Flug von Frankfurt nach New York nur neun Stunden. Die USA sind dank der Luftfahrt nicht mehr weit von Europa entfernt. Im Flugzeug wird den Gästen ein Essen mit Nachtisch serviert, dazu auch sauberes Wasser oder Wein. Zudem können die Gäste aus einer Vielzahl von Filmen auswählen, um sich die Zeit zu vertreiben. Doch das war nicht immer so. Die Überfahrt mit dem Segelschiff in die Neue Welt dauerte noch im 18. Jahrhundert bei schlechtem Wind zwölf Wochen, und auch bei gutem Wind mussten die europäischen Kolonialisten sieben Wochen auf dem Schiff ausharren, was nicht alle überlebten.

Die Qual auf den Schiffen war groß, wie ein deutscher Augenzeuge berichtet, der 1750 mit dem Schiff nach Philadelphia fuhr: »Es werden die Menschen teils in Rotterdam, teils in Amsterdam in die großen Seeschiffe

sehr nahe, bald sozusagen wie Heringe zusammengeladen … Während der Seefahrt aber entsteht in den Schiffen ein jammervolles Elend, Gestank, Dampf, Grauen, Erbrechen, mancherlei Seekrankheiten, Fieber, Ruhr, Kopfweh, Hitzen, Verstopfungen des Leibes, Geschwulsten, Skorbut, Krebs, Mundfäule und dergleichen, welches alles von alten und sehr scharf gesalzenen Speisen und Fleisch, auch von dem sehr schlimmen und wüsten Wasser herrührt, wodurch viele elendiglich verderben und sterben. Dazu kommt ferner Mangel der Lebensmittel, Hunger, Durst, Frost, Hitze, Nässe, Angst, Not, Anfechtung und Wehklagen nebst anderer Ungemach … Dieser Jammer steigt alsdann aufs höchste, wenn man noch zwei bis drei Tag und Nacht Sturm ausstehen muss, dabei jedermann glaubt, dass das Schiff samt den Menschen werde zu Grunde gehen.«[83] Viele arme Auswanderer aus Europa konnten die Fahrt über den Atlantik nicht bezahlen. Die Schiffskapitäne nahmen sie nur mit, wenn sie versprachen, die Kosten für die Überfahrt in der Neuen Welt als Schuldknechte abzuarbeiten. In Nordamerika wurden sie vom Kapitän an ihren neuen Herrn verkauft und mussten diesem, als Knecht oder Magd, in der Regel vier Jahre ohne Bezahlung dienen, bis sie schuldenfrei waren.



Grafik 6: 1732: Die 13 britischen Kolonien bilden das Kernland der späteren USA.

Wer die entbehrungsreiche Überfahrt über den Atlantik überlebte, versuchte sich in Nordamerika eine neue Existenz aufzubauen. Die europäischen Siedler brachten auf ihren Schiffen eine Vielzahl von Nutztieren aus Europa mit, die zuvor in Nordamerika nicht bekannt gewesen waren, darunter vor allem das Pferd, aber auch Ziegen, Schafe und Rinder. Die Indianer, welche in der weitläufigen und flachen Prärie lebten, erkannten den Nutzen des aus Europa importierten Pferdes als Reit- und Transporttier schnell, weshalb sich die Pferde in Nordamerika auch unter den Indianern verbreiteten. Umgekehrt brachten Reisende, die aus der Neuen Welt nach Europa zurückkehrten, Pflanzen mit, die zuvor in Europa unbekannt gewesen waren, sich dann aber bald großer Beliebtheit erfreuten, darunter die Kartoffel, die Tomate und den Mais.

Die Unabhängigkeitserklärung von 1776

Im Jahre 1770 zählte Großbritannien zu den führenden Kolonialmächten in Europa. Die Briten besaßen in Indien, der Karibik und Nordamerika wertvolle Handelsstützpunkte. Doch die dreizehn Kolonien in Nordamerika rebellierten. Die Kolonisten waren erzürnt darüber, dass sie nur mit dem britischen Mutterland Handel treiben durften. Zudem hatte der britische König George III. erklärt, die Kolonisation von Nordamerika sei beendet und werde nicht über die Bergkette der Appalachen hinausgehen. Das sahen die landhungrigen Siedler aber ganz anders, denn sie wollten nach Westen expandieren. Es gefiel den Siedlern nicht, dass ihre Kolonien von einem britischen Gouverneur regiert wurden, den sie nicht gewählt hatten. Auch dass die Siedler Steuern an London abgeben mussten, aber keinen Abgeordneten ins britische Unterhaus entsenden durften, empfanden sie als ungerecht. Besteuerung ohne Mitsprache sei Tyrannei, erklärten jene Siedler, die den Bruch mit London wollten.

Als die Krone in England damit begann, Zölle auf Leder, Papier, Tee und andere Produkte zu erheben, die von Europa nach Nordamerika exportiert wurden, reagierten die Bewohner der dreizehn Kolonien mit Unmut. Obwohl nur wenig britischer Tee in den Kolonien getrunken und verkauft wurde und der Ertrag aus der Teesteuer entsprechend gering war, waren die Siedler in den Kolonien über die Teesteuer besonders erzürnt. Um ihren Unmut zu zeigen, veranstalteten sie im Hafen von Boston in der Kolonie Massachusetts 1773 einen Aufstand, die sogenannte »Boston Tea Party«: Sechzig als Indianer verkleidete Siedler enterten ein britisches Schiff und warfen 342 Kisten des wertvollen Tees ins Wasser. Sie zerstörten also fremdes Eigentum. Die Regierung in London unter König George III. reagierte scharf auf die Provokation und schickte Truppen, die den Befehl hatten, die Rebellion in den Kolonien zu beenden. Öffentliche Versammlungen wurden verboten.

Ein Teil der Siedler, die Loyalisten, wollte auch in Zukunft zum britischen Imperium gehören. Doch ein anderer Teil, die Patrioten, wollten genau dies nicht. Die Patrioten schürten die Rebellion und forderten den Austritt aus dem britischen Imperium, das sie als ungerecht und despotisch

bezeichneten. Am 19. April 1775 kam es zum ersten Gefecht. Die Briten töteten sich nun gegenseitig in Nordamerika. Am ersten Tag der Zusammenstöße in der Nähe von Boston starben bereits 368 Menschen, darunter 273 britische Soldaten und 95 Siedler. Im August 1775 erklärte der König die nordamerikanischen Kolonisten offiziell zu Rebellen. Die Siedler radikalisierten sich, erklärten gegenüber London den Kriegszustand und ernannten George Washington, einen 43-jährigen Plantagenbesitzer aus Virginia, zum Oberbefehlshaber ihrer neu geschaffenen Armee. Wie viele andere Patrioten hatte auch George Washington enge Verbindungen zu England. Er war zwar wie sein Vater in der Kolonie Virginia geboren, doch sein Urgroßvater war ein Engländer aus Essex, nordöstlich von London.[84]

Die Patrioten könnte man als »Terroristen« bezeichnen, weil sie Gewalt einsetzten, vor Mord nicht zurückschreckten und ein politisches Ziel verfolgten, nämlich den Abzug der britischen Soldaten aus den dreizehn Kolonien. Doch diese Bezeichnung wurde nicht verwendet. Die Patrioten sahen sich als Kämpfer für eine gerechte Sache, den Widerstand gegen das despotische britische Imperium. In der US-Geschichtsschreibung werden sie daher als »Freiheitskämpfer« bezeichnet. Wer Terrorist und wer Freiheitskämpfer ist, kann auch heute nicht einfach erkannt werden, denn beide setzen auf Gewalt. Die Wortwahl ist letztendlich einzig eine Frage der Perspektive.

Am 4. Juli 1776 erklärten die dreizehn britischen Kolonien in Nordamerika ihre Loslösung von Großbritannien und ihr Recht, einen eigenen souveränen Staatenbund zu bilden. Mit der von Thomas Jefferson verfassten Unabhängigkeitserklärung entstanden die USA. Als »Independence Day« ist der 4. Juli bis heute der US-Nationalfeiertag. In der Präambel deklarierten die Siedler weise, dass jeder Mensch zur Menschheitsfamilie gehört und dass niemand unterdrückt werden darf: »Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen worden sind, und dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt wurden, worunter sind Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit.« Diese Formulierung war für die damalige Zeit revolutionär und weitsichtig. Die USA entstanden aus edlen Werten. Die Friedensbewegung orientiert sich auch heute noch an der

Unabhängigkeitserklärung und dem Prinzip Menschheitsfamilie, das im Kern besagt, dass das Leben heilig ist.[85]

»Einem bei vielen Amerikanern populären Geschichtsbild zufolge ist die Geschichte der Vereinigten Staaten eine Geschichte des Triumphs von Freiheit, Fortschritt und Demokratie«, erklärt Manfred Berg, der Geschichte an der Universität Heidelberg lehrt. Aber diese »Meistererzählung« deckt sich nicht mit den Fakten. Es muss daran erinnert werden, dass die in der Unabhängigkeitserklärung deklarierten Werte schon damals nicht umgesetzt wurden, weil die Siedler in den dreizehn Kolonien gleichzeitig Sklaven hielten und diesen keineswegs die gleichen Rechte oder sogar Freiheit einräumten. Im Weiteren wurden auch die Indianer nicht zur Menschheitsfamilie gezählt, ihr Recht auf Leben haben die Siedler nie geachtet. Auch ihre Frauen sahen die Siedler keineswegs als den Männern gleichwertig an, erst 1920 wurde in den USA den Frauen das Wahlrecht zugestanden. Nur gegenüber dem britischen Imperium legten sie eine andere Messlatte an und forderten, dass jede Regierung die Freiheit des Individuums und sein Recht auf Leben zu schützen habe.[86]

Die Siedler proklamierten auch ein Recht des Volkes auf Widerstand gegen eine tyrannische Regierung. Wenn eine Regierung, gemeint war das britische Imperium und König George III., despotischen Machtmissbrauch betreibe, dann müsse das Volk diese Regierung stürzen, erklärten die Siedler in der Unabhängigkeitserklärung. »Zwar gebietet Klugheit, dass von langer Zeit her eingeführte Regierungen nicht um leichter und vergänglicher Ursachen willen verändert werden sollen; und demnach hat die Erfahrung von jeher gezeigt, dass Menschen, so lang das Übel noch zu ertragen ist, lieber leiden und dulden wollen, als sich durch Umstoßung solcher Regierungsformen, an die sie gewöhnt sind, selbst Recht und Hilfe verschaffen. Wenn aber eine lange Reihe von Misshandlungen und gewaltsamen Eingriffen, auf ein und dieselbe Gruppe gerichtet, ein Ausmaß erreicht, das an Despotismus grenzt, so ist es ihr Recht, ja ihre Pflicht, eine solche Regierung abzuwerfen und sich für ihre künftige Sicherheit neue Gewähren zu verschaffen.«[87]

Despoten, die ihre Macht missbrauchen, müssen durch das Volk gestürzt werden. Darin besteht der Kerngedanke des Patriotismus. Die Patrioten

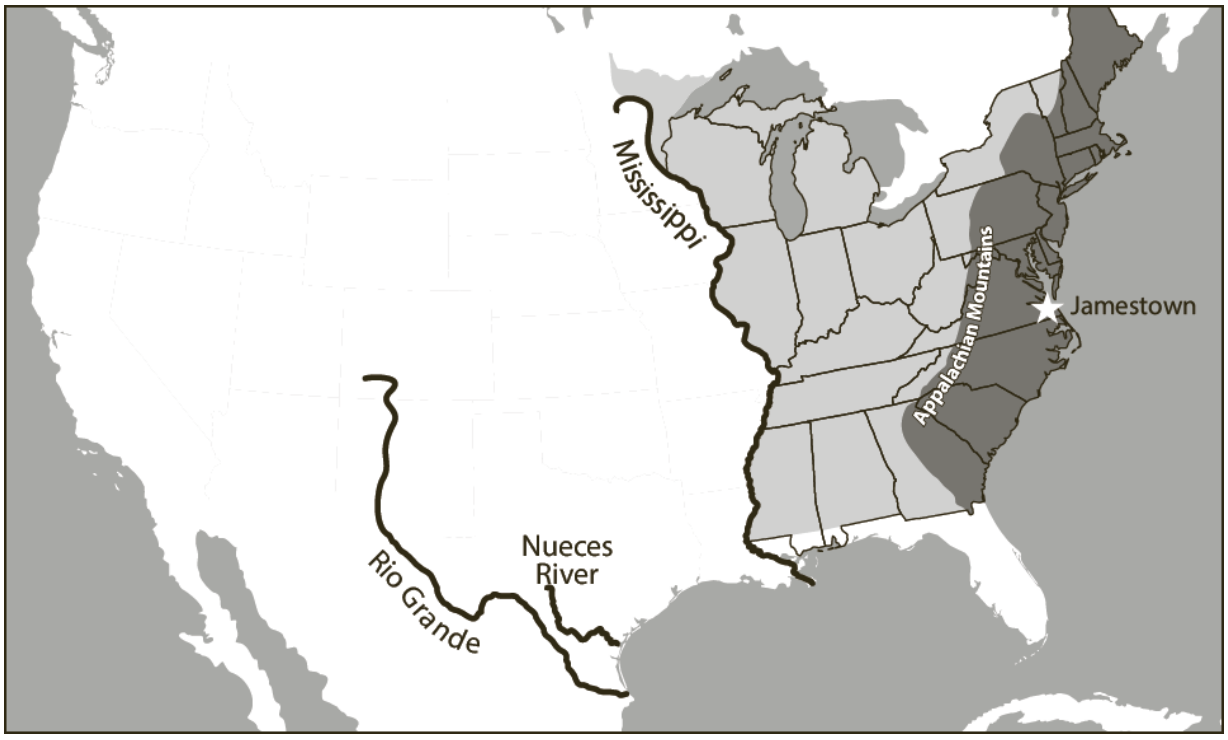
haben damals sehr genau zwischen dem Volk und der Regierung unterschieden. Heute ist das in den USA nicht mehr der Fall. Wer sich gegen die Regierung und den Präsidenten in Washington äußert und ihren Machtmissbrauch anprangert, was Vertreter der Friedensbewegung wiederholt getan haben, wird als unpatriotisch diffamiert. Doch dies ist eine Verdrehung der Begriffe. Der Glaube, dass ein Patriot der Regierung blind gehorcht, ist falsch und konnte nur durch die Massenmedien in die Köpfe eingepflanzt werden. Die Umdeutung war erfolgreich. Wer heute den sogenannten »Krieg gegen den Terror« kritisiert, wird schnell als »unpatriotisch« diffamiert.

Der Kampf gegen das britische Imperium

Unabhängig waren die USA auch nach der Verabschiedung der Unabhängigkeitserklärung noch nicht, weil der britische König den Austritt aus dem britischen Imperium nicht akzeptieren wollte. Die Siedler mussten erst hastig eine reguläre Armee aufbauen. George Washington, der Anführer der Rebellen, führte mit nur 15000 Soldaten einen Guerillakrieg gegen die britischen Truppen. Eine Luftwaffe gab es damals nicht. Der Krieg wurde vorwiegend auf dem Land ausgefochten. Dass die Royal Navy, die damals stärkste Flotte der Welt, den Atlantik dominierte, half London wenig. Denn die dreizehn Kolonien konnten sich selbst ernähren. Ein Abschneiden der Versorgungswege und Aushungern des Gegners, die klassische Kriegsführung der britischen Marine, war gegen die Siedler wirkungslos.

Die Franzosen beobachteten die Rebellion in Nordamerika mit Interesse. Sie wünschten sich eine Niederlage der Briten und belieferten daher die Guerillas von Washington mit Waffen. London wiederum stärkte seine Einheiten dadurch, dass in Europa 30000 Söldner angeworben wurden, die große Mehrheit davon Deutsche, welche in den Krieg nach Nordamerika verschifft wurden. Zudem bewaffneten die Briten auch Indianer, weil sie hofften, so die Rebellion in den dreizehn Kolonien zu zerschlagen. Doch dies gelang nicht. Als Frankreich die Unabhängigkeit der dreizehn Kolonien anerkannte und ab 1780 selbst auf der Seite der Siedler mit französischen Soldaten in den Unabhängigkeitskrieg eingriff und mit

George Washington gegen die Briten kämpfte, wendete sich das Blatt. Das britische Imperium musste im Vertrag von Paris 1783 alle dreizehn Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen und verzichtete auf alle Gebietsansprüche östlich des Mississippi. Nur Kanada blieb unter britischer Souveränität.



Grafik 7: 1783: Im Vertrag von Paris sichern sich die USA das Gebiet bis zum Fluss Mississippi.

Der Vertrag von Paris wurde in London als große Schmach und in Paris und Washington als großer Triumph empfunden. Die dreizehn Kolonien sicherten sich mit diesem Vertrag auch das große Gebiet zwischen den Appalachen und dem Fluss Mississippi, wodurch das Staatsgebiet der noch jungen USA enorm vergrößert wurde. Im Gegenzug erhoben die USA keine Ansprüche mehr auf die britischen Besitztümer im Norden, wodurch die Grenze zu Kanada entstand. Unter der Führung von James Madison gaben sich die 13 Kolonien im Jahre 1788 eine gemeinsame Verfassung und erschufen als Legislative den aus Senat und Repräsentantenhaus bestehenden Kongress, als Exekutive einen von Wahlmännern aus den Einzelstaaten gewählten Präsidenten und als Judikative den Obersten

Gerichtshof als höchste juristische Instanz. George Washington, der dank der Unterstützung von Frankreich die Briten geschlagen hatte, wurde 1789 zum ersten Präsidenten der USA gewählt.

Der unersättliche Landhunger der Siedler schob die Siedlungsgrenze, die Frontier, immer weiter nach Westen. Die Indianer, welche sich gegen die Ausbreitung der Siedler wehrten, wurden getötet oder vertrieben. So entstanden östlich vom Mississippi unter anderem die neuen Bundesstaaten Kentucky (1792), Tennessee (1796), Ohio (1803), Louisiana (1812), Indiana (1816), Mississippi (1817), Illinois (1818) und Alabama (1819) auf dem Land, das den Indianern geraubt worden war. Im Norden versuchten die USA Kanada zu erobern, doch das misslang, weil die Briten 1814 im sogenannten Zweiten Unabhängigkeitskrieg die neue Hauptstadt Washington und das Weiße Haus niederbrannten. Erfolgreicher war die US-Expansion nach Westen. Frankreich verkaufte unter Napoleon 1803 seine große Kolonie Louisiana, benannt nach dem französischen Sonnenkönig Ludwig XIV., für den Spottpreis von 15 Millionen Dollar an die USA, die dadurch ihr Staatsgebiet auf einen Schlag verdoppelten. Auf dem riesigen Gebiet westlich des Mississippis entstanden unter anderem die neuen Bundesstaaten Missouri (1821), Arkansas (1836), Iowa 1846), Minnesota (1858), Kansas (1861), Nebraska (1867) und South Dakota (1889). Der »Louisiana Purchase« war das größte Grundstücksgeschäft der Geschichte. Die Indianer, die das Land seit Generationen bewohnt hatten, wurden durch Kriege vertrieben.

Warum nur verkaufte Napoleon ein so großes Gebiet für so wenig Geld? Weil er sich in Europa auf einen großen Krieg mit England vorbereitete und nicht gleichzeitig in der Neuen Welt ein Kolonialreich unterhalten konnte. Napoleon hoffte, mit der prall gefüllten Kriegskasse die Kontrolle über ganz Europa zu erringen und sich danach wieder Nordamerika zuwenden zu können, was ihm aber nicht gelang. 1815 unterlag Napoleon in der Schlacht von Waterloo dem englischen General Wellington und dem preußischen Feldmarschall Blücher. Heute erinnert noch der Name der Stadt New Orleans im Bundesstaat Louisiana am Golf von Mexiko an den einst großen Kolonialbesitz der Franzosen in Nordamerika. Alaska erwarben die USA

1867 für den Spottpreis von 7 Millionen Dollar von Russland und erzielten dadurch einen weiteren riesigen Gebietszuwachs.

Noch heute erinnert die 1886 eingeweihte Freiheitsstatue im Hafen von New York an den großen Einfluss von Frankreich auf die Geschichte der USA. Die Statue wurde von einem französischen Künstler in Paris gefertigt, mit Schiffen über den Atlantik gebracht und in New York wieder zusammengebaut und ist ein Geschenk des französischen Volkes. Die Freiheitsstatue streckt mit der rechten Hand eine Fackel hoch und hält in der linken Hand eine Inschriftentafel mit dem Datum der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776. Zu Füßen der Statue liegt eine zerbrochene Kette, welche die Befreiung aus der britischen Knechtschaft symbolisiert. Tatsächlich hätten die dreizehn Kolonien ohne die Unterstützung von Frankreich vermutlich nie ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erlangt.

Grafik 8: 1803: Die USA verdoppeln ihre Fläche durch den Kauf der Kolonie Louisiana hellgrau.

Der Krieg gegen Mexiko 1846

Nach der Unabhängigkeitserklärung und dem Sieg über das britische Imperium trafen sich die führenden Männer des neuen Staates USA in Philadelphia und beschlossen im Verfassungskonvent 1788, dass der junge Staatenbund eine eigene Armee aufstellen müsse. »Keine Regierung kann nur auf dem Papier existieren«, argumentierte William Paterson, der Vertreter des Staates New Jersey. »Sie braucht immer ein stehendes Heer, um ihren Machtanspruch auch durchsetzen zu können.« Damit war die Mehrheit einverstanden, und kurz darauf wurde die US-Armee gegründet. Niemand ahnte damals, dass die US-Armee in den folgenden 230 Jahren extrem viel Geld verschlingen und unzählige Länder auf verschiedenen Kontinenten angreifen würde.[88]

Den ersten souveränen Staat, den die USA attackierten, war Mexiko. Das Nachbarland der USA hatte 1821 seine Unabhängigkeit von Spanien erkämpft, nachdem die Spanier als Kolonialmacht während 300 Jahren die Gold- und Silbervorräte des Landes ausgebeutet und die einheimische Bevölkerung fast vollständig ausgerottet hatten. Die spanische Sprache und der katholische Glaube prägen Mexiko noch heute und erinnern an das spanische Kolonialreich. Die Fläche des Staates Mexiko war vor dem Angriff der USA bedeutend größer. Die heute in den USA gelegenen Bundesstaaten Texas, Kalifornien, New Mexico, Arizona, Utah, Nevada und die Hälfte von Colorado gehörten alle zum Staatsgebiet von Mexiko und wurden erst im Mexikanisch-Amerikanischen Krieg von den USA erobert.

Zuerst versuchten die USA die Provinzen Texas und Kalifornien von Mexiko abzukaufen. Doch Mexiko lehnte dies strikt ab. Danach überquerten immer mehr US-Amerikaner die Grenze zu Mexiko und ließen sich in der mexikanischen Provinz Texas nieder, bis die mexikanische Regierung 1830 die anhaltende Besiedlung von Texas durch US-Amerikaner verbot. Die amerikanischen Siedler ignorierten das Verbot und die US-Regierung unterstützte die Einwanderung amerikanischer Siedler in die mexikanische Provinz Texas aktiv. Die US-Amerikaner in Texas bezeichneten sich stolz als »Texaner« und nicht als »Mexikaner«. Sie waren den Mexikanern gegenüber feindlich gesinnt und sprachen Englisch, nicht Spanisch.

Die USA dehnten ihren Einflussbereich immer weiter aus. US-Präsident James Polk von der Demokratischen Partei, der im März 1845 mit 49 Jahren ins Weiße Haus eingezogen war, glaubte, es sei die »offenbare Bestimmung« (Manifest Destiny) der weißen US-Amerikaner, sich über den ganzen Kontinent auszubreiten. Als die US-Amerikaner in der mexikanischen Provinz Texas zu den Waffen griffen und erklärten, man müsse Texas von Mexiko abspalten, kam es zum Krieg. Die relativ schwache mexikanische Regierung versuchte die Revolte in ihrer Provinz Texas niederzuschlagen. Doch die Regierung in Washington unterstützte die Aufständischen. Dadurch gelang es den USA, die Provinz Texas von Mexiko abzutrennen. Unter Präsident Polk wurde Texas annektiert und im Dezember 1845 als 28. Bundesstaat in die USA integriert. Mexiko war über den Gebietsverlust erzürnt und verärgert.

Doch die USA hatten noch nicht genug. Präsident Polk wollte die mexikanischen Hafenstädte am Pazifik erobern, vor allem San Francisco, weil er darin den Schlüssel zum Handel mit Asien sah. Die USA schürten die Spannungen an der Grenze zwischen Texas und Mexiko. Laut Mexiko und dem allgemeinen Verständnis wurde die Grenze durch den Nueces River markiert, während Präsident Polk behauptete, die Grenze verlaufe weiter südlich am Rio Grande. Mexiko wurde dadurch gereizt, dass Präsident Polk im Januar 1846 US-General Zachary Taylor mit einer Armee nach Texas schickte, um von dort den Nueces River und die Grenze zu Mexiko zu überschreiten.

Im umstrittenen Grenzgebiet befahl General Taylor der US-Armee, eine Festung am Rio Grande zu bauen, etwa 250 Kilometer südlich der allgemein anerkannten Grenze. Das Ziel der Provokation war, Mexiko zum ersten Schuss anzustiften. Die Mexikaner beharrten darauf, dass der Nueces River die Grenze zwischen Texas und Mexiko sei. Als sich Mexiko einer Demütigung als einziger Alternative gegenübersah, leisteten sie nach Monaten des Abwartens Gegenwehr und versuchten die USA mit Gewalt aus Mexiko zu vertreiben.

»Die Präsenz von Truppen der Vereinigten Staaten am Rand des umstrittenen Territoriums, weit entfernt von den mexikanischen Siedlungsgebieten, war nicht ausreichend genug, um Feindseligkeiten zu

erzeugen«, erinnert sich der US-Offizier Ulysses Grant in seinen Memoiren an den Ausbruch des Krieges. Präsident Polk drängte daher darauf, dass ein Zwischenfall inszeniert wurde. »Wir wurden losgeschickt, um einen Kampf zu provozieren, aber es war wesentlich, dass Mexiko ihn begann«, so Offizier Grant. »Ob der Kongress einen Krieg erklären würde, war nämlich sehr zweifelhaft. Würde aber Mexiko unsere Truppen angreifen, könnte die Exekutive den Krieg erklären.«[89]

Die USA hatten keinerlei Recht, ihre Truppen auf mexikanisches Territorium zu schicken. Als die Mexikaner am 24. April 1846 am Fluss Rio Grande die eingedrungenen US-Soldaten angriffen und versuchten, sie aus Mexiko zu vertreiben, behauptete Präsident Polk vor dem Kongress, Mexiko habe amerikanisches Blut auf amerikanischem Boden vergossen. Im Repräsentantenhaus war der Abgeordnete Abraham Lincoln aus Illinois, der später selbst US-Präsident wurde, nicht überzeugt. In seiner Rede kritisierte Lincoln Präsident Polk scharf. Der Präsident müsse zeigen, »dass der Boden unser war, auf dem das erste Blut vergossen wurde.« Aber das könne Präsident Polk kaum, vermutete Lincoln, und vermutlich sei sich auch der Präsident selbst bewusst, dass er im Unrecht liege, denn Präsident Polk sei ein »verwirrter, irritierter und jämmerlich ratloser Mann.«[90]

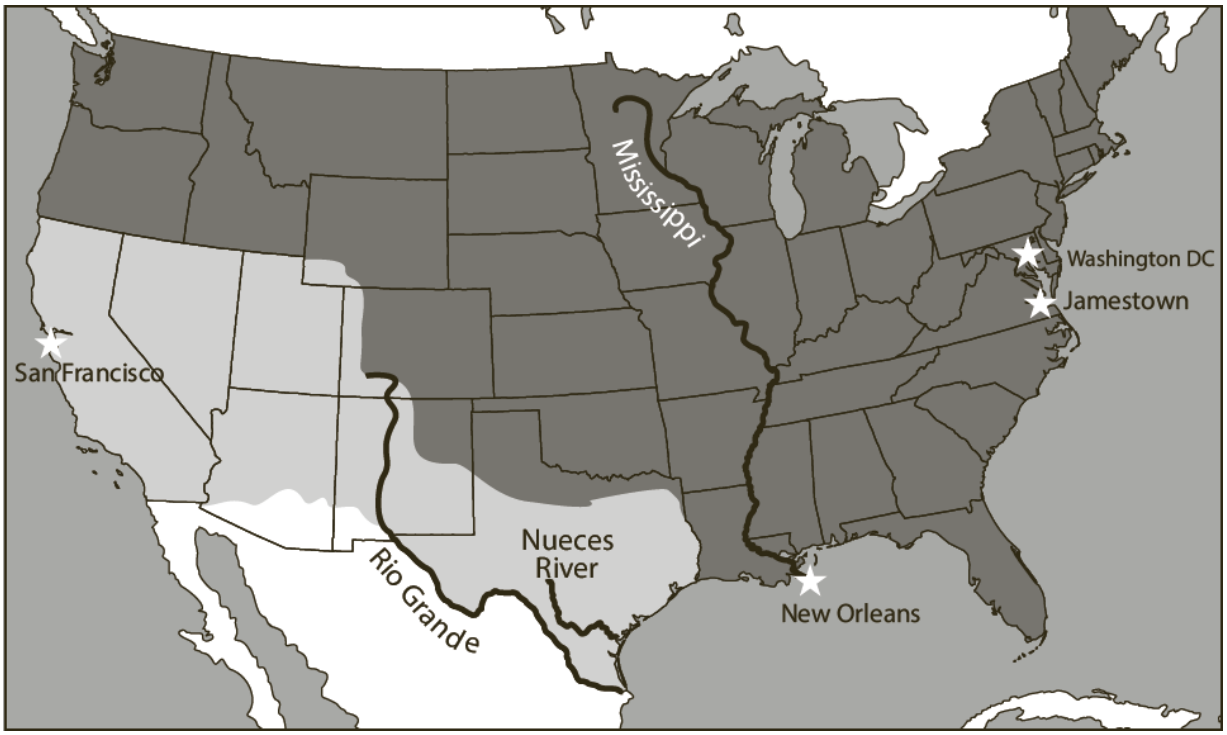
Nach dem inszenierten Zwischenfall am Rio Grande erklärten die USA am 13. Mai 1846 dem Nachbarland Mexiko den Krieg. US-Präsident Polk stellte in seiner Rede vor dem Kongress die USA heuchlerisch als Opfer dar. »Da der Krieg trotz aller unserer Bemühungen, ihn zu vermeiden, nun entstanden ist, da Mexiko ihn selbst verursacht hat, sind wir nun auf Grund unserer Verpflichtungen gegenüber unserem Patriotismus beauftragt, unsere Ehre, Rechte und Interessen gegenüber unserem Land zu verteidigen«, behauptete Polk. In Wirklichkeit traf das Gegenteil zu. Präsident Polk hatte den Krieg angestiftet, indem er US-Soldaten auf mexikanisches Gebiet geschickt hatte. Der inszenierte Zwischenfall am Rio Grande verfehlte seine Wirkung nicht: Im Senat stimmten nur zwei Senatoren gegen den Krieg, während ihn 40 befürworteten, und im Repräsentantenhaus votierten 190 Kongressabgeordnete für den Krieg, nur 14 lehnten ihn ab.[91]

Zumindest bei einem Teil der US-Bevölkerung stieß der Angriff auf Mexiko auf Ablehnung. Die kleine US-Friedensbewegung erkannte schon

damals, dass der Zwischenfall am Rio Grande inszeniert gewesen war. »Obwohl Texas keiner Verteidigung bedurfte, hat Präsident James Polk unter dem Vorwand, Texas zu verteidigen, General Zachary Taylor und seine Truppen jenseits der echten Grenzen von Texas stationiert und gab ihnen sogar die Erlaubnis, den Rio Grande zu überqueren«, erklärte der US-Bürgerrechtler William Goodell 1852, der in der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei engagiert war und die Ausdehnung der Sklaverei auf neu eroberte Gebiete strikt ablehnte. »Nach einigen erfolglosen Versuchen, die Mexikaner zum ersten Schuss zu verleiten, waren es tatsächlich unsere Truppen, die angefangen haben, worauf General Taylor seiner Regierung den Beginn von Kampfhandlungen vermeldete. Daraufhin hat Präsident Polk dem Kongress und der Welt die Unwahrheit präsentiert und gesagt: Mexiko hat die Grenze überschritten und ist auf unser Land vorgedrungen. Mexiko hat amerikanisches Blut auf amerikanischem Boden vergossen.« Mit diesen Kriegslügen, so Goodell, habe man das Volk und den Kongress getäuscht.[92]

Auch andere US-Amerikaner protestierten laut und deutlich gegen den Mexikokrieg. Der Kongressabgeordnete Daniel Webster sprach von einem »Krieg der Vorwände, in dem der wahre Beweggrund nicht offen eingestanden wird, sondern in dem Scheingründe, nachträgliche Erklärungen, Ausflüchte und andere Methoden verwendet werden, um der Allgemeinheit einen Streitfall vorzutäuschen, der in Wirklichkeit gar keiner ist.« Doch Präsident Polk interessierte sich nicht für die Kritik der Friedensbewegung und befahl General Taylor, die am Golf von Mexiko gelegene Stadt Matamoros südlich des Rio Grande auf mexikanischem Boden zu erobern. Daraufhin griff die US-Marine im Pazifik die Stadt San Francisco an und eroberte die mexikanische Provinz Kalifornien. Weil Mexiko über keine nennenswerte Marine verfügte, waren die Mexikaner gegen die US-Kriegsmarine machtlos. Die USA bombardierten Mexiko-Stadt und Vera Cruz mit Granaten. Viele Frauen wurden vergewaltigt und auch Kinder und Betagte wurden getötet. Die mexikanische Stadt Huamantla wurde von US-Soldaten geplündert und zerstört, die Bevölkerung niedergemetzelt.[93]

»Es ist ein niederträchtiger und schändlicher Krieg, den wir kämpfen«, protestierte Pfarrer Theodore Parker in einer öffentlichen Rede in Boston am 4. Februar 1847. »Junge Männer, die das Heu einbringen und der Gesellschaft dienen sollten, marschieren auf den Straßen. Sie lernen, wie man andere Menschen tötet. Menschen, die ihnen oder auch uns nie geschadet haben. Sie lernen ihre Brüder zu töten.« Dies entspreche nicht den Werten des Christentums, der Krieg gegen Mexiko sei falsch und verlogen. »Hier kämpft ein großer Junge gegen einen kleinen Jungen. Und der kleinere Junge ist zudem schwach und krank. Und was alles noch schlimmer macht: Der kleine Junge ist im Recht, und der große Junge hat unrecht und erzählt mit ernster Miene Lügen, um den Anschein zu erwecken, recht zu haben.«[94]



Grafik 9: 1848: Gebietsgewinne der USA (hellgrau) nach dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg.

Durch den Einsatz massiver Gewalt gelang es den USA, das Nachbarland Mexiko zu besiegen. Der Krieg endete mit dem Vertrag von Guadalupe Hidalgo am 2. Februar 1848. Dieser Diktatfrieden zwang die Regierung von

Mexiko, nicht nur die Zugehörigkeit von Texas zu den USA anzuerkennen, sondern darüber hinaus noch die Hälfte ihres Landes inklusive Kalifornien an die USA abzugeben. Den Mexikanern, die in diesem großen Gebiet lebten, blieb die Wahl, entweder innerhalb eines Jahres nach Mexiko auszuwandern oder die US-amerikanische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Präsident Polk hatte damit das Territorium der USA massiv vergrößert. Aber seine Gesundheit litt darunter. Sein Außenminister James Buchanan sagte über Präsident Polk, dieser habe während seiner Präsidentschaft »das Aussehen eines alten Mannes« angenommen. Polk trat nach Ablauf seiner Amtszeit nicht zur Wiederwahl an und starb 1849 im Alter von 53 Jahren. General Zachary Taylor, der den Krieg begonnen hatte, wurde als Kriegsheld gefeiert und als Nachfolger von Polk zum Präsidenten gewählt.[95]

Die Vernichtung der Indianer

Wie die Briten zuvor, führten die USA nach der Unabhängigkeitserklärung von 1776 die Vertreibung und Vernichtung der Indianer in den sogenannten Indianerkriegen fort. Die großen Gebiete, welche die USA von Frankreich durch Kauf und von Mexiko durch Krieg erwarben, waren ja nicht unbewohnt, sondern von verschiedenen Indianerstämmen besiedelt. Diese waren sich bezüglich des Vorgehens gegenüber der US-Armee uneinig und verloren daher immer mehr von ihrem Lebensraum.

Der französische Historiker Alexis de Tocqueville, der 1826 in die USA reiste und als Augenzeuge die Vertreibung der Indianer beobachtete, berichtet, wie die Kolonialisten ihr Wort immer und immer wieder gebrochen haben. »Sobald die europäische Bevölkerung sich der von einem Eingeborenenstamm bewohnten Wildnis zu nähern beginnt, entsendet die Regierung der Vereinigten Staaten gewöhnlich eine feierliche Abordnung zu diesem; die Weißen versammeln die Indianer auf einer großen Ebene, und nachdem sie mit ihnen gegessen und getrunken haben, erklären sie ihnen: Jenseits der Berge, die ihr am Horizont seht, auf der andern Seite des Sees, der im Westen an euer Gebiet grenzt, stößt man auf weite Gegenden, wo es wilde Tiere noch im Überfluss gibt. Verkauft uns euren Boden und

geht dorthin, um glücklich zu leben. Nach dieser Rede breitet man vor den Augen der Indianer Waffen aus, Wollkleider, Branntweinfässer, Halsschmuck aus Glasperlen, Armspangen aus Zinn, Ohrgehänge und Spiegel. Falls sie beim Anblick all dieser Schätze noch zögern, gibt man ihnen zu verstehen, dass sie die verlangte Zustimmung nicht verweigern können«, so berichtet der Franzose Tocqueville. »Halb überzeugt, halb gezwungen entfernen sich die Indianer, sie ziehen in unbewohnte Gebiete, wo die Weißen sie keine zehn Jahre in Frieden lassen werden. So erwerben die Amerikaner zu einem Spottpreis ganze Provinzen.«[96]

Wenn die Indianer nicht freiwillig vor den weißen Siedlern zurückwichen, gingen die US-Soldaten bei der Eroberung rücksichtslos vor. Sie überfielen die Dörfer der Indianer und töteten selbst die nicht in die Kämpfe verwickelten Frauen und Kinder. Die Indianer wurden nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Menschheitsfamilie angesehen, sondern als Tiere oder unterentwickelte Menschen. Vielerorts wurde das Ermorden eines Indianers mit einer Skalpprämie belohnt. Beim Skalpieren wird die Haut mit dem Kopfhaar vom Schädel gezogen. Die Skalpe dienten als Beweis für den Tod eines Indianers. Auch die Indianer skalpierten die Weißen und stellten die Skalpe als Zeichen ihres Mutes zur Schau.

Die 29-jährige Piegan-Indianerin Good Bear Woman erinnert sich an einen Einsatz der 2. US-Kavallerie unter dem Befehl von Major Eugene Baker, der sich am 23. Januar 1870 am Marias River in Montana ereignete. »Ich sah, wie die Soldaten über den Hügel kamen«, so die Indianerin. Piegan-Häuptling Heavy Runner wunderte sich, denn bislang waren seine Beziehungen zu den Weißen friedlich gewesen. Das US-Indianerbüro hatte ihm sogar schriftlich Schutz garantiert. Der Häuptling holte den Geleitbrief aus seinem Wigwam und brachte ihn dem Kommandeur. Kavallerieoffizier Baker las das Dokument und zerriss es, so berichtet die Augenzeugin Good Bear Woman. »Als Heavy Runner sich umdrehte, feuerten die Soldaten auf ihn und töteten ihn.« Nachdem sie den Häuptling getötet hatten, zerstörten die US-Soldaten das Dorf. »Die Soldaten machten alle in ihrer Nähe nieder … und massakrierten alle Männer, Frauen und Kinder«, so berichtet die Piegan-Indianerin. An diesem Tag waren die meisten Piegan-Krieger unterwegs auf der Jagd. Gerade mal 15 von ihnen waren im Dorf, nur einer

schoss überhaupt zurück. Es war ein Massaker. Nur wenige Indianer entkamen. Die Wälder und Flüsse waren voll von Toten. Mindestens 173 Indianer wurden an diesem Tag in diesem Dorf umgebracht.[97]

Dieses Massaker in Montana war kein Einzelfall. Aus anderen Bundesstaaten gibt es ähnliche Geschichten. Der US-Historiker Benjamin Madley, der an der University of California in Los Angeles lehrt, kann belegen, dass die USA nach der Eroberung von Kalifornien im Mexikokrieg rücksichtslos gegen die dort wohnhaften Indianer vorgingen. Gemäß Madley muss man in Kalifornien von einem Genozid an den Indianern sprechen. Zwischen 1846 und 1873 nahm die Anzahl der Indianer, die in Kalifornien lebten, massiv ab, von rund 150000 auf 30000. Die US-Regierung, Politiker aus Kalifornien und US-Soldaten beteiligten sich aktiv und vorsätzlich an der Ausrottung der Indianer, so das Fazit von Madley zum Genozid in Kalifornien.[98]

Über diese dunkle Seite der Geschichte spricht man heute in den USA nur ungern. Während zum Beispiel in Deutschland die Verbrechen des Dritten Reiches aufgearbeitet wurden, werden in den USA die Gräuel der Indianerkriege verdrängt. »Die Zerstörung des indianischen Nordamerika darf als Schlüsselereignis nicht mehr länger aus der Geschichte der USA wegretuschiert werden«, fordert der Schweizer Historiker Aram Mattioli zu Recht. Die USA sind zwar aus einer antikolonialen Revolution hervorgegangen, gebärdeten sich aber selbst rasch als Kolonialmacht, die rücksichtslos nach Westen expandierte. Auch den Cherokee wurde großes Unrecht angetan. In Georgia hatten ihnen die Weißen vertraglich ihr Land zugesichert. Doch als dort Gold gefunden wurde, war dieser Vertrag nichts mehr wert. US-Präsident Andrew Jackson ging rücksichtslos gegen die Indianer vor und schickte 7000 US-Soldaten, welche die Cherokee 1838 zwangen, vom Land ihrer Ahnen auf dem »Pfad der Tränen« über 1600 Kilometer nach Oklahoma umzusiedeln. Viele starben an Kälte, Hunger und Cholera. Wer ausbrechen wollte, wurde niedergemetzelt. »Es war ein Todesmarsch, am Ende säumten 4000 stumme Gräber unseren Weg«, schrieb der Soldat Jesse Burnett.[99]

Die US-Filmindustrie hat die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen den US-Amerikanern und den Indianern immer wieder behandelt, dabei

aber die Rollen der Guten und der Bösen so vertauscht, dass den Indianern oftmals die Rollen der Bösewichte zugewiesen wurde. Und dies, obschon die Indianer die ursprünglichen Bewohner Nordamerikas sind, während die weißen Europäer ihnen das Land raubten. Aber die Bildsprache von Hollywood ist oft mächtiger als die historische Forschung, und durch ständige Wiederholung konnte eine verzerrte Darstellung der Ereignisse weit verbreitet werden. In klassischen Western-Filmen kommt die Kavallerie meist als ersehnte Rettung in der Not, vertreibt die bösen und brutalen Indianer und schützt die hilflosen, unschuldigen, gottesgläubigen weißen Siedler. Durch diese Neuinterpretation versuchen die USA bis heute die Verbrechen, die gegenüber den Indianern begangen wurden, zu verdrängen. Nur wenige Filme, darunter zum Beispiel der im Jahre 1863 spielende Film »Der mit dem Wolf tanzt« mit US-Schauspieler Kevin Costner, zeigen auch die Brutalität der Kavallerie und die Tragik des Landraubes und erwecken beim Zuschauer Sympathien mit den Indianern, in diesem Fall mit dem Stamm der Sioux.

Die historischen Dokumente lassen keinen Zweifel daran, dass die europäische Einwanderung in Nordamerika für die Indianer ein tödliches Desaster war. Die Ermordung der Indianer war ein schweres Verbrechen. Mehr als vier Millionen Indianer Nordamerikas überlebten den Kulturzusammenstoß mit den Europäern nicht, wobei nicht nur Vertreibung und militärische Gewalt, sondern auch die durch die Europäer verbreiteten Infektionskrankheiten Pocken, Masern, Typhus, Diphtherie und Influenza die Indianer dahinrafften. Zudem raubte die Beinahe-Ausrottung der Bisonherden während des Eisenbahnbaus den Indianern ihre Lebensgrundlage. »Ein kalter Wind blies durch die Ebenen, als der letzte Büffel fiel – ein Todeswind für mein Volk«, beklagte Sitting Bull, der Häuptling der Sioux, das wahllose Abschlachten der Büffel durch die Weißen.[100]

Das Massaker bei Wounded Knee 1890

Der Sioux-Häuptling Sitting Bull hat das rücksichtslose Verhalten der USA als Zeitzeuge beobachtet und scharf kritisiert. »Die Liebe zum Besitz ist

eine Krankheit der Weißen«, erklärte Sitting Bull weise. »Diese Menschen haben viele Regeln erschaffen, welche die Reichen brechen dürfen, aber die Armen nicht. Sie haben eine Religion, der die Armen folgen, aber die Reichen nicht. Sie nehmen sogar Abgaben von den Armen, um die Reichen zu unterstützen und jene, die regieren. Sie behaupten, diese unsere Mutter Erde gehöre ihnen, sie sei für ihren Verbrauch da, und sperren die Nachbarn mit Zäunen weg.« Die Gier der weißen Siedler sei unstillbar: »Sogar wenn Amerika doppelt so groß wäre, wie es ist, es wäre immer noch nicht genug für sie.« Damit hatte Sitting Bull eine frühe Kritik am US-Imperialismus formuliert. Doch die Siedler wollten diese nicht hören. Sitting Bull genoss unter den Indianern großen Respekt, weil er 1876 in der Schlacht am Little Big Horn die Truppen von General George Custer vernichtend geschlagen hatte. Die US-Armee stufte Sitting Bull als Unruhestifter ein, und 1890 wurde er während seiner Festnahme getötet.[101]

Immer wieder kam es zu brutalen Massakern, so auch am 29. Dezember 1890 bei Wounded Knee in South Dakota, als die US-Armee Sioux-Häuptling Big Foot festnahm und die 120 Männer und 230 Frauen umzingelte, die Big Foot begleiteten. Die Indianer leisteten keinen Widerstand. Als Oberst James Forsyth die Entwaffnung der Sioux anordnete, lieferten diese ihre Gewehre ab, während die US-Armee ihre Revolverkanonen vom Typ Hotchkiss in Stellung brachte, die pro Minute 100 Schuss abfeuern konnten. Der befehlshabende US-Offizier war mit der Zahl der abgelieferten Waffen nicht zufrieden und befahl seinen Soldaten, die Zelte der Indianer zu durchsuchen. Sie fanden noch zwei Gewehre. Eines gehörte einem jungen Indianer namens Black Coyote, der erklärte, er habe viel Geld für das Gewehr bezahlt und daher sei es sein Eigentum. Die Soldaten packten Black Coyote und es löste sich ein Schuss aus seinem Gewehr. Sofort begannen die Soldaten aus den um das Lager aufgestellten Revolverkanonen zu schießen und richteten ein Blutbad an. Die unbewaffneten Indianer, die zu fliehen versuchten, wurden niedergemäht. Zwischen 150 und 350 Indianer, darunter auch Häuptling Big Foot sowie Frauen mit Säuglingen im Arm und Kinder, starben im Kugelhagel. Der befehlshabende Offizier Forsyth wurde nach dem Massaker nicht bestraft, sondern zum Generalmajor befördert. Mit dem Massaker von Wounded

Knee endeten die Indianerkriege. Danach gab es keinen bewaffneten Widerstand mehr.[102]

Vier Millionen tote Indianer

Der australische Historiker Ben Kiernan, der an der Yale Universität in den USA lehrt, sagt richtig, dass gegen die Indianer ein »Vernichtungskrieg« geführt wurde. Kiernan geht davon aus, dass mehr als fünf Millionen Indianer nördlich vom Rio Grande lebten, als die ersten Europäer 1492 in Nordamerika landeten. Er schätzt, dass drei Jahrhunderte später, also um 1800, von diesen Indianern noch 600000 am Leben waren. Mehr als vier Millionen Indianer hatten also den Zusammenprall mit den weißen Siedlern aus Europa nicht überlebt. Die massive Gewalt gegen die Indianer sei durch den weit verbreiteten Rassismus ermöglicht worden, erklärt Historiker Kiernan richtig, in dem eine Gruppe von Menschen sich eine Welt wünsche, in der eine andere Gruppe von Menschen nicht mehr vorkommt. Die Ermordung der Indianer war nur möglich, weil sie nicht als Teil der Menschheitsfamilie angesehen wurden.[103]

Während die Anzahl der Indianer einbrach, nahm die Anzahl der Einwanderer stetig zu. Mit dem Zustrom aus Europa wuchs die nicht indianische Bevölkerung in den USA von 1800 bis 1900 von 5 auf 75 Millionen Menschen rasant an. In der selben Zeit schrumpfte die schon stark dezimierte Zahl der Indianer von 600000 auf 250000 Menschen. Die überlebenden Indianer waren ab dann und bis heute nur noch eine Minderheit im eigenen Land. Indem die US-Regierung den Indianern ihre Jagdgründe abgenommen und die Bisons getötet hatte, wurde auch die Kultur der stolzen Jäger zerstört. Die überlebenden Indianer wurden in Reservate umgesiedelt, wo viele Selbstmord begingen oder dem Alkohol verfielen.[104]

Es ist nicht so, dass es keine Gewalt gab in Nordamerika, bevor die Europäer mit ihren Schiffen den Atlantik überquerten. Auch die verschiedenen Stämme der Indianer haben sich untereinander bekämpft und getötet. Aber sie haben sich nicht ausgerottet. Der Einsatz von Gewalt war weit weniger extrem, weil es immer wieder weise Indianer gab, die darauf

hingewiesen haben, dass wir alle zur Menschheitsfamilie gehören. Indianische Medizinmänner vertraten eine Weltanschauung, die man auch in der christlichen Mystik, im Zen und im Sufismus findet. Gemäß dieser Weltanschauung wird das Göttliche als allgegenwärtiger Geist verstanden, verkörpert in allen Menschen, Tieren, Pflanzen und Dingen, vom kleinsten Atom bis zur Galaxie. Die Erde wird als Gaia bezeichnet und ist gemäß dieser Weltsicht ein lebendiger Organismus, der weder gekauft noch besessen werden kann. Der Mensch wird nicht als eine in sich abgeschlossene Einheit gesehen, die bei der eigenen dünnen Haut endet, sondern als Energiefeld, das mit der ganzen Wirklichkeit und daher auch mit dem Göttlichen untrennbar verbunden ist. Niemals wäre es den Indianern in den Sinn gekommen, alle Bisons abzuschlachten. Sie erlegten immer nur so viele Tiere, wie sie für ihr Überleben brauchten.

Black Elk, der Medizinmann der Oglala Sioux, war ein Vertreter der Friedensbewegung und beschrieb diese Verbundenheit mit der Menschheitsfamilie so: »Der erste Friede – der wichtigste – ist der, welcher in die Seelen der Menschen einzieht, wenn sie ihre Verwandtschaft, ihre Harmonie mit dem Universum einsehen und wissen, dass im Mittelpunkt der Welt das große Geheimnis wohnt, und dass diese Mitte tatsächlich überall ist. Sie ist in jedem von uns – dies ist der wirkliche Friede, alle anderen sind lediglich Spiegelungen davon. Der zweite Friede ist der, welcher zwischen Einzelnen geschlossen wird, und der dritte ist der zwischen Völkern. Aber vor allem sollt ihr sehen, dass es nie Frieden zwischen Völkern geben kann, wenn nicht der erste Friede vorhanden ist, der, wie ich schon sagte, innerhalb der Menschenseele wohnt.«[105]

4. Die Ausbeutung der Sklaven

Wenn die europäischen Siedler in Nordamerika wie die meisten Indianer auch nomadische Jäger gewesen wären, hätten sie keine Sklaven gebraucht. Aber sie waren sesshafte Bauern, bearbeiteten das Land und bauten auf großen Plantagen Tabak, Zuckerrohr, Baumwolle und Reis an. Dafür war die Arbeitskraft der Menschen zentral, denn es gab noch kein Erdöl, keinen Traktor, keinen Mähdrescher und keine industrialisierte Landwirtschaft. Es gelang den Europäern in Nordamerika aber nicht, die vor Ort lebenden Indianer zu versklaven. Diese starben lieber im Kampf oder in Gefangenschaft oder wurden durch eingeschleppte Krankheiten dahingerafft. Menschen mit schwarzer Hautfarbe aus Afrika hingegen erwiesen sich als widerstandsfähiger. Daher kauften die Siedler schwarze Sklaven, die über den Atlantik aus Afrika importiert wurden.

Die Verschleppung von 12 Millionen Afrikanern

Der Sklavenhandel wurde von den europäischen Kolonialmächten Portugal, Spanien, Holland, Frankreich und England betrieben, um in ihren Kolonien in Nord- und Südamerika mit billigen Arbeitskräften Rohstoffe anzubauen und großflächige Landwirtschaft zu betreiben. Der Sklavenhandel zeigt, dass Gier nach Profit immer wieder zu brutaler Ausbeutung geführt hat. Schwarze Sklavenhändler nahmen Schwarze aus anderen Stämmen in Westafrika gefangen, trieben sie in qualvollen und oft tödlichen Fußmärschen über hunderte von Kilometern an die afrikanische Küste und verkauften sie dort an weiße Europäer, welche die Sklaven eingepfercht und aneinandergekettet auf Schiffen nach Amerika brachten.

Von 1500 bis 1850 wurden rund 12 Millionen Afrikaner über den Atlantik verschleppt, von denen rund eine Million in die USA gelangten. Die Briten, die führenden Sklavenhändler, betrachteten die Schwarzen als Ware. Es kam vor, dass ein Teil der menschlichen »Fracht« mitten im Atlantik einfach über Bord geworfen wurde, wenn Proviant und Wasservorräte nicht ausreichten oder man die Verbreitung ansteckender Krankheiten fürchtete. Wie die Indianer wurden die Schwarzen von den Briten nicht als Mitglieder der Menschheitsfamilie angesehen. Nur dadurch lässt sich erklären, wie schnell die Weißen bereit waren, die Schwarzen zu töten.[106]

Die USA waren nicht das Land mit den meisten Sklaven. Sklaverei gab es auch in der Karibik und in Südamerika. Der 1945 geborene Reggaemusiker Bob Marley aus Jamaika zum Beispiel hatte eine dunkelhäutige Mutter, deren Vorfahren aus Afrika importierte Sklaven gewesen waren, sowie einen weißen Vater, der in der britischen Armee gedient hatte. Seine Musik, darunter Lieder wie »Get Up, Stand Up«, war eng verknüpft mit seinen afrikanischen Vorfahren und dem Protest gegen Unterdrückung. Viele Sklaven wurden nach Brasilien gebracht. Dort bauten sie Zuckerrohr an. Brasilien ist heute das Land mit der größten afroamerikanischen Bevölkerung außerhalb Afrikas.

Die erste Lieferung von 20 afrikanischen Sklaven an die Kolonie Jamestown in Virginia erfolgte durch holländische Händler im Jahr 1619. Die Sklaven arbeiteten ohne Lohn in der Tabakproduktion. Durch den Import von immer mehr Sklaven stieg ihre Anzahl kontinuierlich an. Als die dreizehn Kolonien sich 1776 von Großbritannien lösten, arbeiteten schon 500000 Sklaven in den USA. Während die nördlichen Kolonien nur wenige Sklaven beschäftigten, bauten die südlichen Kolonien Virginia, North Carolina, South Carolina und Georgia ihr Wirtschaftssystem auf der vollständigen Ausbeutung der Sklaven auf. Ohne Sklavenarbeit wären die Tabakplantagen des Südens nicht profitabel gewesen.[107]

Der US-Historiker Edmund Morgan, der an der Universität Yale lehrte, hat sich intensiv mit der Sklaverei beschäftigt und betont zu Recht, dass die edlen Werte der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, darunter vor allem Freiheit und Gleichheit, gegenüber den Schwarzen nicht

umgesetzt wurden. Das ganze Wirtschaftssystem der USA gründete ganz wesentlich auf Rassismus und der Überzeugung, dass Menschen mit weißer Hautfarbe mehr wert sind als Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Auf der Basis dieses Rassismus, der im Gegensatz zum Prinzip der Menschheitsfamilie steht, war aus der Sicht der Plantagenbesitzer das Ausbeuten der Schwarzen als billige Arbeitskräfte völlig in Ordnung. Den eklatanten Widerspruch zu den Werten, die in der Unabhängigkeitserklärung formuliert worden waren, wollten die Siedler nicht sehen, was Morgan als »amerikanisches Paradox« bezeichnet.[108]

Da die Preise für Sklaven sehr niedrig waren, nahmen weder Sklavenhändler noch Plantagenbesitzer groß Rücksicht auf deren Gesundheit. Sie gehörten bis zum Tod ihrem Herrn, konnten misshandelt, vergewaltigt, verkauft oder getötet werden. Ein Viertel der aus Afrika importierten Sklaven starb in Virginia schon innerhalb des ersten Jahres nach der Ankunft. Wenn sich die schwarzen Sklaven gegen das Unrecht und die Ausbeutung wehrten, wurden sie von den Plantagenbesitzern ausgepeitscht oder am Galgen aufgehängt.

In South Carolina und Georgia bauten die Sklaven Reis an und vermehrten dadurch die Profite der Plantagenbesitzer. Der Reisanbau expandierte schnell. Bald gab es mehr Schwarze als Weiße in South Carolina. Aber die Arbeit in den Reisfeldern war weitaus härter als in den Tabakplantagen und die Sterblichkeit der Sklaven daher höher. Immer wieder kam es zu Sklavenaufständen, die jedoch stets mit großer Härte niedergeschlagen wurden, weil die Plantagenbesitzer die Sklaven nie als gleichwertige Menschen betrachteten, sondern als ihren persönlichen Besitz, als Sache.

Den Plantagenbesitzern ging es nicht um eine sadistische Freude an Gewalt, sondern um das egoistische Streben nach Profit ohne Rücksicht auf das Leben anderer. »Die Sklaverei auf den Plantagen hatte ihren Ursprung nicht in einer Verschwörung mit dem Ziel, die schwarzen Menschen zu entwürdigen, zu beschämen, sie brutal zu behandeln oder ihr soziales Ansehen herabzusetzen, obwohl all dies passiert ist«, erklärt der US-Historiker Ira Berlin, der an der Universität Maryland lehrte. »Der üble moralische Geruch der Sklaverei kann das wirkliche Ziel der

amerikanischen Gefangenschaft nicht verhüllen: die Arbeitskraft von vielen zu nutzen, um einige wenige reich und mächtig zu machen.« Gier und Profit waren die treibenden Prinzipien hinter der Sklaverei. Das edle Prinzip der Unabhängigkeitserklärung, »dass alle Menschen gleich erschaffen worden sind« wurden ignoriert.[109]

Die Plantagenbesitzer wurden durch das Halten von Sklaven, deren Arbeit sie nicht bezahlten, reich und stiegen dadurch zur politisch einflussreichsten Klasse der Kolonien auf. Um ihre Privilegien zu wahren und das System der Ausbeutung zu festigen, sicherten sich die Plantagenbesitzer die politischen Schlüsselpositionen der neuen Republik, darunter das Weiße Haus. Der erste Präsident der USA, George Washington, der von 1789 bis 1797 im Weißen Haus regierte, war ein Rassist und Sklavenhalter. In seinen penibel geführten Inventarlisten hatte Washington neben den Namen seiner geliebten Pferde auch die Namen seiner Sklaven aufgelistet. Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, hatte zwar alle Menschen für frei und gleich erklärt, besaß aber hunderte versklavte Afroamerikaner auf seinem Landsitz in Virginia, während er als Präsident von 1801 bis 1809 im Weißen Haus regierte. Ebenso war es für den vierten Präsidenten James Madison (im Weißen Haus 1809 bis 1817) und den fünften Präsidenten James Monroe (im Weißen Haus 1817 bis 1825) selbstverständlich, Sklaven zu halten. Auch Andrew Jackson (im Weißen Haus 1829 bis 1837) und Präsident John Tyler (im Weißen Haus 1841 bis 1845) waren ganz selbstverständlich Sklavenhalter, weil sie zur Oberschicht gehörten.

Nichts fürchteten die weißen Plantagenbesitzer in den USA mehr als Sklavenaufstände. In der Karibik hatten die schwarzen Sklaven sich gegen die französische Kolonialmacht erhoben und 1804 die freie Republik Haiti gegründet. Diese Nachricht verbreitete sich auch in den USA. Einer der erfolgreichsten Aufstände wurde im Sommer 1831 in Virginia von einem schwarzen Prediger namens Nat Turner angeführt. An ihm beteiligten sich 75 Männer. Sie ermordeten zunächst ihre weißen Besitzer und zogen dann bewaffnet mit Äxten, Messern und Hacken von Siedlung zu Siedlung und töteten knapp 60 Weiße, bevor sie von Milizionären und einer weißen

Bürgerwehr getötet wurden. Hunderte Sklaven wurden als Vergeltung durch die Weißen ermordet. Nat Turner wurde erhängt.[110]

Die Überzeugung war damals weit verbreitet, dass Weiße und Schwarze niemals friedlich zusammenleben können. Daher wurde auch darüber nachgedacht, die schwarzen Sklaven wieder über den Atlantik zurück nach Afrika zu schicken. US-Präsident James Monroe trat während seiner Amtszeit dafür ein, in Afrika eine Kolonie für ehemalige Sklaven zu gründen. Monroe war selbst ein Sklavenhalter aus Virginia und keineswegs grundsätzlich gegen die Sklaverei. Aber er wollte, dass die Sklaven zumindest die Möglichkeit zur Auswanderung in einen eigenen Staat hatten. 1824 wurde die Kolonie Liberia gegründet, die Hauptstadt Monrovia wurde nach US-Präsident Monroe benannt. Aber die meisten in den USA geborenen Sklaven wollten nicht in ein fremdes Land auswandern, sondern in den USA ihre Bürgerrechte erkämpfen.

Die Sklaverei in den USA wurde zuerst in den Bundesstaaten abgeschafft, in denen es nur wenige Sklaven gab und die Wirtschaftselite nicht auf billige Arbeitskräfte angewiesen war. Der Bundesstaat Vermont verbot als erster 1777 per Gesetz die Sklaverei, gefolgt von Massachusetts, New Hampshire und anderen nördlichen Bundesstaaten wie New York. Die Afroamerikaner wurden aber im Norden auch nach der Abschaffung der Sklaverei weiterhin diskriminiert und keineswegs als gleichberechtigte Mitglieder der Menschheitsfamilie behandelt. Afroamerikaner seien »Geschöpfe einer so niedrigen Ordnung, dass sie keine Rechte haben, die ein Weißer respektieren müsse«, erklärte noch 1858 das Oberste Gericht in einem höchst umstrittenen Urteil. Auch dort, wo die Sklaverei abgeschafft war, galten die Schwarzen wie im Apartheidsystem in Südafrika als Bürger zweiter Klasse. Sie durften nicht wählen, nicht vor Gericht als Zeugen auftreten, nicht außerhalb ihrer Rasse heiraten und nicht in Gegenden wohnen, die mehrheitlich von Weißen besiedelt waren. Viele Schwarze hausten in separaten Elendsvierteln in größter Armut. Vor allem afroamerikanische Kinder lebten im Norden zudem mit dem Risiko, dass sie entführt, in den Süden gebracht und dort als Sklaven verkauft wurden.[111]

Bürgerkrieg und Abschaffung der Sklaverei 1865

Im Gegensatz zum Norden lehnten die südlichen Bundesstaaten eine Abschaffung der Sklaverei kategorisch ab. Die Plantagenbesitzer in Virginia, South Carolina, Georgia, Alabama, Mississippi und Louisiana hatten dafür handfeste Gründe, denn um 1860 arbeiteten in jedem dieser Bundesstaaten rund 400000 Sklaven. Der auf Sklavenarbeit basierende Reisanbau und die Baumwollproduktion waren zu kapitalintensiven und profitablen Wirtschaftszweigen aufgestiegen. Als Abraham Lincoln, ein erklärter Gegner der Sklaverei, am 6. November 1860 zum Präsidenten gewählt wurde, kam es zur dramatischen Spaltung der USA. Die sklavenhaltenden Südstaaten traten aus den USA aus und gründeten ihr eigenes Land, das sie die »Konföderierten Staaten von Amerika« nannten (Confederate States of America, CSA). Als Milizen aus den Südstaaten im April 1861 den Armeestützpunkt Fort Sumter angriffen, brach der Bürgerkrieg aus.

Im Amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 kämpften die Truppen der Nordstaaten gegen die Südstaaten. Als Oberbefehlshaber der Armee schenkte Präsident Lincoln im September 1862 allen Sklaven in den rebellierenden Südstaaten per Dekret die Freiheit und schwächte dadurch die CSA. Es war ein äußerst blutiger Krieg, weil beide Seiten auch die Zivilbevölkerung angriffen. Zudem wurden erstmalig in der westlichen Kriegsgeschichte Landminen, Torpedos, Panzerschiffe, Maschinengewehre und sogar das allererste U-Boot eingesetzt. Der Krieg dauerte fünf Jahre und forderte über 600000 Tote. Der Bürgerkrieg zählt damit mehr US-Opfer als jeder andere Krieg, in den die USA involviert waren.

Einige US-Amerikaner protestierten gegen den Bürgerkrieg. »Krieg ist falsch, er war gestern falsch, er ist heute falsch, und er wird morgen falsch sein«, erklärte der Schriftsteller Ezra Heywood 1863. Als Mitglied der kleinen US-Friedensbewegung setzte sich Heywood für die Abschaffung der Sklaverei und die Einführung des Stimmrechtes für Frauen ein und lehnte Gewalt grundsätzlich ab. »Mord ist das größte Verbrechen, das ein Mensch begehen kann. Und Krieg ist Mord, multipliziert durch die Mehrheit. Nach welcher Ethik ist ein einzelner Mann ein Krimineller, während die Masse Helden sind?«, fragte Heywood, dessen Glaube im Christentum verwurzelt war. »Selbstverteidigung ist richtig. Aber wie viel

von ihrem Selbst können sie retten? Das Selbst besteht aus dem Körper und der Seele. Wenn sie ihr Leben retten durch Sünde, verlieren sie ihre Seele. Wenn sie ihr Leben verlieren, weil sie der Wahrheit treu bleiben, retten sie ihre Seele. Ich habe mich entschieden, meiner Seele treu zu bleiben.«[112]

Doch die Mehrheit hörte nicht auf die Friedensbewegung und führte Krieg. Der US-Historiker Alan Dawley glaubt, dass, wenn der Bürgerkrieg nicht eine ganze Generation von jungen Männern dahingerafft hätte, die Arbeiterbewegung dann im industrialisierten Norden militant gegen ihre Arbeitgeber vorgegangen wäre und einen Klassenkampf geführt hätte. Denn tatsächlich gab es große Spannungen zwischen der reichen Oberschicht und den Arbeitern. Zu den am meisten gehassten Arbeitgebern gehörte der kapitalistische Raubritter Jay Gould, Herr über ein 24000 Kilometer langes Eisenbahnnetz. Gegenüber der Unterschicht hatte Gould nur Verachtung übrig und erklärte: »Ich kann die eine Hälfte der Arbeiterklasse einstellen, um die andere Hälfte der Arbeiterklasse zu erschießen.«[113]

Nach dem Bürgerkrieg wurden die Südstaaten wieder in die USA aufgenommen und die Konföderierten Staaten von Amerika aufgelöst. Abraham Lincoln wurde im letzten Kriegsjahr erneut zum Präsidenten gewählt und erklärte in seiner Antrittsrede zu seiner zweiten Amtszeit, dass er auf Frieden hoffe, innerhalb der USA, aber auch mit allen anderen Ländern der Welt. »Lasst uns für jene sorgen, die gekämpft haben, und auch für ihre Witwen und Waisenkinder«, so Lincoln. »Lasst uns alles tun, das zu einem gerechten und andauernden Frieden führt unter uns und mit allen Ländern.« Doch den universellen Frieden, den er wünschte, erlebte Präsident Lincoln nicht. Als er am 14. April 1865 zusammen mit seiner Frau ein Theater in Washington besuchte, wurde er von einem fanatischen Sympathisanten der Südstaaten mit einer Pistole von hinten erschossen.[114]

Nach Beendigung des Bürgerkrieges wurde mit der Verabschiedung des 13. Zusatzartikels zur Verfassung 1865 die Sklaverei auf dem gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten endgültig und für immer abgeschafft. Der Zusatz erklärte: »Weder Sklaverei noch Zwangsdienstbarkeit darf, außer als Strafe für ein Verbrechen, dessen die betreffende Person in einem ordentlichen Verfahren für schuldig befunden worden ist, in den Vereinigten Staaten oder in irgendeinem Gebiet unter ihrer Gesetzeshoheit bestehen.«

Damit waren erstmals in der Geschichte der USA schwarze und weiße Männer vor dem Gesetz gleichgestellt, nicht jedoch Frauen und Indianer.[115]

Der Ku-Klux-Klan will die Vorherrschaft der Weißen

Auch nach der Abschaffung der Sklaverei arbeiteten viele ehemalige Sklaven als Pächter weiter auf den Baumwoll- und Tabakfeldern in den Südstaaten. Es wurde eine strikte Rassentrennung eingeführt, die weitere hundert Jahre andauerte. Schwarze mussten in getrennten Eisenbahnabteilen reisen, separate Schulen und Krankenhäuser besuchen und eigene öffentliche Wasserspender und Toiletten benutzen. Ihre Einrichtungen waren jeweils deutlich schlechter ausgestattet als diejenigen der Weißen. Aber das neu eingeführte Wahlrecht gab den Schwarzen die Möglichkeit, ihr Los zu verbessern. Viele Afroamerikaner strömten in die Wahllokale, ähnlich wie nach der Aufhebung der Apartheid in Südafrika 1994. Der Afroamerikaner Hiram Revels aus Mississippi zog als erster schwarzer Senator 1870 unter Applaus in den Kongress ein.

Die Weißen im Süden fürchteten um ihren Einfluss und gründeten kurz nach dem Ende des Bürgerkrieges den Ku-Klux-Klan. Diese rassistische Organisation griff die Schwarzen vor jeder Wahl und während jeder einzelnen politischen Versammlung an. Dadurch wurden Schwarze daran gehindert, ihr Wahlrecht auszuüben. In den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen 1868 wurden in Louisiana 2000 Schwarze vom Ku-Klux-Klan ermordet oder verletzt. »Die Botschaft war deutlich«, erklärt US-Journalist Eric Hansen: »Geht nicht wählen, ihr kommt vielleicht nicht mehr nach Hause.« In den folgenden Jahrzehnten gelang es den Afroamerikanern nur noch selten, in hohe politische Ämter aufzusteigen, denn viele Afroamerikaner gingen gar nicht mehr wählen, weil sie um ihr Leben fürchteten. Heute sehe man den Ku-Klux-Klan bloß als einen Verein »mörderischer Rassisten in albernen Kapuzen«, erklärt Hansen. »Doch der Klan hatte klare politische Ziele und setzte sie auch durch. Das macht ihn zu einer der erfolgreichsten Terrorgruppen der Welt. Er hebelte die Demokratie für eine bestimmte Bevölkerungsschicht aus, ohne die Demokratie insgesamt zu zerstören.«[116]

Der Ku-Klux-Klan negierte das Prinzip Menschheitsfamilie und hatte kein Interesse daran, dass die demokratischen Rechte und die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von der Hautfarbe, im Alltagsleben respektiert wurden. In der Zeit von 1920 bis 1925 schlossen sich zwischen drei und sechs Millionen US-Amerikaner dem rassistischen Ku-Klux-Klan an, der gelegentlich auch gegen Juden, Katholiken und andere Minderheiten vorging. Die meisten Opfer aber waren Afroamerikaner. In Omaha, Nebraska, sah der 14-jährige Henry Fonda, der spätere Filmstar, von der Druckerei seines Vaters aus einem Lynchmord zu. »Es war das Entsetzlichste, was ich je zu Gesicht bekommen hatte«, so Fonda später. »Wir verriegelten die Druckerei, gingen hinunter und fuhren ohne ein Wort zu sagen nach Hause. Meine Hände waren schweißnass und in meinen Augen standen Tränen. Alles, woran ich denken konnte, war dieser junge Schwarze, der am Ende eines Stricks baumelte.«[117]

Martin Luther King stärkt die Bürgerrechtsbewegung

Erst mit Martin Luther King, dem mutigen Anführer der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, und den Gleichstellungsgesetzen der 1960er Jahre endeten diese Zustände. Als Afroamerikaner lehnte der Baptistenpastor die Unterdrückung der Schwarzen kategorisch ab. Martin Luther King wusste aus eigener Familienerfahrung, von was er sprach, sein Großvater mütterlicherseits war ein Sohn von Sklaven gewesen.

Seine bekannte Rede »Ich habe einen Traum« hielt Martin Luther King am 28. August 1963 in Washington. Darin betonte er, dass der Kampf um die Bürgerrechte wichtig sei, aber dass weder Gewalt noch Hass diesen Kampf antreiben dürfen. »Versuchen wir nicht, unseren Durst nach Freiheit zufriedenzustellen, indem wir vom Becher der Bitterkeit und des Hasses trinken«, betonte King vor einer Viertelmillion Menschen, darunter nicht nur Schwarze, sondern auch Weiße. »Wir müssen unseren Kampf immer auf der hohen Ebene der Würde und Disziplin führen. Wir dürfen nicht erlauben, dass unser kreativer Protest in physische Gewalt degeneriert. Wir

müssen uns immer wieder zu den majestätischen Höhen erheben und physische Gewalt mit der Macht der Seele konfrontieren.«

Die Menschen, die ihm zuhörten, waren tief berührt. Vor hundert Jahren habe Präsident Abraham Lincoln die Sklaverei abgeschafft, so Martin Luther King, der während seiner Rede nicht zufällig vor dem Lincoln Memorial stand. Trotzdem »vegetiert der Neger immer noch an den Rändern der amerikanischen Gesellschaft dahin und befindet sich im Exil in seinem eigenen Land«, kritisierte King. Die »grandiosen Worte« der Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung, darunter das Versprechen, dass allen Menschen die unveräußerlichen Rechte von Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück garantiert wären, seien in den USA noch immer nicht für alle realisiert. »Deswegen sage ich Ihnen, meine Freunde, dass ich immer noch einen Traum habe«, so Martin Luther King. »Es ist ein Traum, der seine Wurzel tief im amerikanischen Traum hat, dass sich diese Nation eines Tages erheben wird und der wahren Bedeutung seines Glaubensbekenntnisses – wir halten diese Wahrheiten für offensichtlich, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, – gerecht wird.« Unter dem Beifall der Menschen sprach Martin Luther King über das Prinzip Menschheitsfamilie und erklärte: »Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht wegen der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Wesen ihres Charakters beurteilt werden.«[118]

Martin Luther King erhielt 1964 den Friedensnobelpreis und ist der bekannteste Vertreter der US-Friedensbewegung. »Amerika ist das reichste und mächtigste Land der Welt geworden«, sagte Martin Luther King während einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg 1967 in Los Angeles. »Aber die Ehrlichkeit verpflichtet mich zuzugeben, dass unsere Macht uns oft arrogant gemacht hat. Wir haben das Gefühl, dass wir mit unserem Geld alles tun können. Wir sind arrogant und glauben, dass wir anderen Ländern Lektionen erteilen müssen, aber nichts von ihnen lernen können. Wir glauben in unserer Arroganz oft, dass wir eine Art göttliche messianische Aufgabe als Polizist der Welt haben«, so die scharfe, aber berechtigte Kritik des Friedensaktivisten. »Größere Macht beinhaltet größere Gefahr, wenn sie nicht auch durch ein Wachstum der Seele begleitet

wird«, mahnte King. »Echte Macht besteht darin, die Kraft gerecht einzusetzen. Wenn wir die Macht unserer Nation nicht verantwortungsvoll und mit Zurückhaltung gebrauchen, wird sie sich so verhalten, wie das Sprichwort von Acton sagt: Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut. Unsere Arroganz kann zu unserem Verderben werden.« Ein Jahr nachdem Martin Luther King diese weitsichtige Rede gehalten hatte, wurde er am 4. April 1968 in Memphis, Tennessee erschossen, angeblich von einem verrückten Einzeltäter.[119]

Die Sklaverei ist in den USA seit mehr als 150 Jahren abgeschafft. Aber völlig überwunden ist der Rassismus bis heute nicht, weder in den USA noch anderswo. Sehr leicht lässt sich die Menschheitsfamilie von Demagogen entlang von Rassen spalten. Neben der Vernichtung der Indianer ist die Ausbeutung der Afroamerikaner die zweite Ursünde der USA. Eine finanzielle Entschädigung für die jahrhundertelange Ausbeutung haben die Afroamerikaner nie erhalten.

»Die Zuschreibung von ›Rassenmerkmalen‹ mit daraus folgender Ausgrenzung hat weder mit den Schwarzen begonnen noch mit ihnen geendet«, erklärt die afroamerikanische Literatur-Nobelpreisträgerin Toni Morrison. »Kulturelle Besonderheiten, körperliche Merkmale oder die Religion waren und sind stets im Fokus, wenn Strategien zur Erringung von Vorherrschaft und Macht entwickelt werden.« Sowohl während der Indianerkriege als auch während der Sklaverei herrschte unter den Weißen in den USA ein Rassismus vor, der Rote und Schwarze aus der Menschheitsfamilie ausschloss, wodurch viel Leid entstand.[120]

5. Nordamerika ist nicht genug

Der noch junge Staat USA hatte nach seiner Unabhängigkeitserklärung 1776 in nur hundert Jahren zwischen Kanada im Norden und Mexiko im Süden den ganzen Raum zwischen Atlantik und Pazifik erobert, dabei die dort lebenden Indianer vertrieben oder getötet und dem Nachbarstaat Mexiko große Gebiete abgenommen. Doch das war den USA noch nicht genug. Reiche Unternehmer und Politiker trachteten danach, noch weitere Gebiete zu erobern. Ihr Blick fiel auf die Inselgruppe Hawaii im Pazifik, die Inseln Kuba und Puerto Rico in der Karibik sowie die Inselgruppe der Philippinen vor der Küste Chinas. Mit der sogenannten Monroe-Doktrin hatten die USA 1823 den Europäern untersagt, in Nordamerika oder Südamerika zu intervenieren, während sie versprachen, dies auch nicht in Europa zu tun. Als die USA erkannten, dass die europäische Kolonialmacht Spanien, die damals Kuba und die Philippinen beherrschte, Schwächen zeigte, entschloss sich Washington, die Spanier zu verdrängen. »Amerikanische Fabriken produzieren mehr, als die amerikanische Bevölkerung benutzen kann, amerikanischer Boden produziert mehr, als sie konsumieren können«, erklärte Senator Albert Beveridge aus Indiana im Jahre 1897. »Das Schicksal hat unsere Politik vorbestimmt. Der Handel der Welt muss und wird unserer sein.«[121]

Die Explosion der Maine 1898

Als auf Kuba 1895 ein Aufstand der lokalen Bevölkerung gegen die Kolonialmacht Spanien ausbrach, die das Land seit Jahrhunderten ausbeutete, schürten die USA die Spannungen und belieferten die

kubanischen Rebellen mit Waffen. Das Weiße Haus wollte Krieg, und die Öffentlichkeit wurde durch Kriegspropaganda aufgeheizt. Die Journalisten William Hearst vom *New York Journal* und Joseph Pulitzer von der *New York World* leiteten die Hetzkampagne. Hearst schickte den Zeichner Frederic Remington nach Havanna. »Nichts zu berichten. Alles ruhig. Es gibt keinen Krieg hier. Würde gern heimkehren«, telegraphierte Remington aus Kuba an Hearst. Dieser antwortete: »Bitte bleiben Sie. Liefern Sie Bildmaterial, ich liefere den Krieg.«[122]

Die Zeitungen *New York Journal* und *New York World* erzählten ihren Lesern daraufhin von erfundenen und übertriebenen spanischen Gräueltaten an der kubanischen Bevölkerung, um die US-Bevölkerung aufzuschrecken: »Blut auf den Straßen, Blut in den Feldern, Blut vor den Haustüren, Blut, Blut, Blut! … Gibt es kein Volk, das so weise, so tapfer ist, diesem vom Blutrausch befallenen Land zu helfen?«, schrieben die Kriegstreiber. Hearst wusste, dass es bei der Kriegspropaganda nicht entscheidend ist, ob etwas wahr ist, sondern nur, dass es dauernd wiederholt und aus vielen Medien auf die Bevölkerung einwirken muss.[123]

Die USA brauchten nun nur noch einen dramatischen Zwischenfall, und dieser kam prompt. Am 25. Januar 1898 lief das amerikanische Kriegsschiff *USS Maine* trotz spanischer Proteste im Hafen von Havanna ein und ging dort vor Anker. Um nicht als Aggressor gebrandmarkt zu werden, verbot der US-Kommandant seiner Besatzung, an Land zu gehen und kubanischen Boden zu betreten. Nicht alle in den USA hielten es angesichts der angespannten Lage für eine gute Idee, ein Kriegsschiff nach Kuba zu schicken. Senator Mark Hanna, ein Republikaner aus Ohio, kritisierte: Die *USS Maine* nach Havanna zu schicken sei »wie wenn man zum Spaß ein Streichholz in einem Ölbohrloch anzündet.«[124]

In der tropisch heißen Nacht vom 15. Februar 1898, das Thermometer zeigte über 38 Grad an, explodierte die *USS Maine* an ihrem Ankerplatz in Havanna. Dabei starben 266 US-Amerikaner, darunter 238 Seeleute und 28 Marinesoldaten. Dies löste in den USA einen Schock aus, Wut und Trauer machten sich breit. Kriegstreiber Hearst beschuldigte ohne jeden Beweis sofort Spanien und publizierte am 20. Februar 1898 im *New York Journal* eine Zeichnung mit dem zerstörten Schiff und dazu die Schlagzeile: »Wie

die Maine aussieht, zerstört im Hafen von Havanna, zerstört durch den spanischen Verrat.« Dies war eine Lüge. Denn Spanien hatte nichts mit der Explosion der *Maine* zu tun. Doch das kümmerte Hearst nicht. Er wusste, dass die menschliche Psyche vor allem in den Tagen nach einer Katastrophe sehr empfänglich für Erklärungen ist und diese ohne weitere Prüfung als Wahrheit abspeichert, wenn sie plausibel klingen und oft wiederholt werden. Zusammen mit Josef Pulitzer entwickelte Hearst den einprägsamen Schlachtruf »Denkt an die Maine – schickt Spanien zur Hölle« (Remember the Maine – to hell with Spain). Dieser Spruch war leicht zu merken, weil er sich auf Englisch reimt, und auch von Menschen erinnert wurde, die gar nicht lesen konnten.[125]

Ein Expertenteam der US-Marine behauptete im Monat nach der Explosion, nachdem die Zeitungen schon Spanien die Schuld in die Schuhe geschoben hatten, dass ein Terroranschlag mit einer Mine, die unter dem Schiff detonierte, die Ursache für die Explosion gewesen sei. Die Spanier beteuerten, sie seien unschuldig, und taten alles, um einen Krieg mit den USA zu vermeiden. Eine spanische Expertengruppe, der nicht erlaubt worden war, das Schiff an Bord zu inspizieren, war der Ansicht, die *USS Maine* sei von innen her explodiert. Durch eine genaue Untersuchung des zerstörten Schiffes könne man erkennen, ob die Explosionslöcher nach außen weisen oder nicht. Dadurch könne man klären, ob die Explosion im Schiff oder außerhalb des Schiffes stattgefunden habe. Um diese wichtige Frage zu klären, schlugen die Spanier vor, dass eine unparteiische Expertengruppe die Ursache der Explosion ergründen sollte. Doch die USA lehnten ab, sie wollten keine unabhängige Untersuchung.

Zeitungen waren damals das wichtigste Medium, um Kriegspropaganda zu verbreiten. Smartphones, Internet oder Fernsehen gab es noch nicht. Die meisten Journalisten konnten sich keine eigene Meinung erlauben, sondern mussten der Blattlinie, also der politisch-weltanschaulichen Ausrichtung der Zeitungsbesitzer, folgen, wie US-Journalist John Swinton, der für die *New York Tribune* schrieb, in einer bemerkenswert offenen Rede am 12. April 1883 in New York erklärte: »So etwas wie eine unabhängige Presse gibt es in Amerika nicht, außer in abgelegenen Kleinstädten auf dem Land. Ihr wisst es und ich weiß es. Nicht ein einziger von euch wagt es, seine

ehrliche Meinung auszudrücken. Und wenn ihr es tun würdet, wüsstet ihr, dass es nicht gedruckt wird.« Swinton war Mitglied der Arbeiterbewegung und hielt seine Rede vor anderen Journalisten, die vergleichsweise arm waren wie er selbst, nicht vor den reichen Besitzern der Zeitung. »Derjenige, der so verrückt wäre, ehrliche Meinungen zu schreiben, wäre auf der Straße, um einen neuen Job zu suchen. Das Geschäft des Journalisten in New York ist es, die Wahrheit zu zerstören, unverblümt zu lügen, sie zu pervertieren, zu schmähen, zu Füßen des Mammon zu katzbuckeln und das eigene Land und Volk für sein tägliches Brot zu verkaufen. Ihr wisst es und ich weiß es. Was für ein Unsinn, einen Toast auf die ›Unabhängigkeit der Presse‹ auszubringen! Wir sind Werkzeuge und Dienstleute reicher Männer hinter der Bühne. Wir sind Hampelmänner. Sie ziehen die Fäden und wir tanzen. Unsere Zeit, unsere Fähigkeiten, unser Leben, unsere Möglichkeiten sind alle das Eigentum anderer Menschen. Wir sind intellektuelle Prostituierte.«[126]

Die Eroberung von Kuba und Puerto Rico 1898

Dass die Zeitungen die Bevölkerung und den Kongress mit Kriegspropaganda aufgeheizt hatten, war ganz im Sinne des republikanischen US-Präsidenten William McKinley, der von 1897 bis 1901 im Weißen Haus wirkte. Gemäß US-Verfassung darf nur der Kongress den Krieg erklären. Am 11. April 1898 ersuchte McKinley mit einer dramatischen Rede den Kongress um Erlaubnis, gegen Spanien Krieg zu führen. Am 19. April 1898 verabschiedeten der Senat und das Repräsentantenhaus gemeinsam eine Resolution, die Spanien zum Abzug aus Kuba aufforderte und Präsident McKinley ermächtigte, alle militärischen Mittel einzusetzen, die nötig seien, um Kubas Unabhängigkeit von Spanien zu sichern. Daraufhin erklärte Spanien am 24. April 1898 den USA den Krieg. Kriegstreiber William Hearst vom *New York Journal* fragte selbstgefällig: »Wie gefällt euch der Krieg des *Journal*?«[127]

Präsident McKinley wollte Kuba auf keinen Fall den kubanischen Rebellen überlassen, die für ihre Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Spanien kämpften. Vielmehr trachtete er danach, die Vorherrschaft von

Spanien in Kuba und auch auf der Karibikinsel Puerto Rico durch die Vorherrschaft der USA zu ersetzen. Die »unveräußerlichen Rechte«, welche in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 dargelegt worden waren, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit, galten für den Freiheitskampf der Inselbewohner nicht. Es war der erste Krieg, den die USA außerhalb von Nordamerika führten. Präsident McKinley erklärte, es sei »von Vorteil für das amerikanische Militär, wenn die Armee und die Marine sich in einem realen Einsatz bewähren können.«[128]

US-Kriegsschiffe blockierten ab dem 22. April 1898 sämtliche kubanischen Häfen und schnitten so die Spanier von ihren Versorgungsrouten ab. Im Juni 1898 landeten US-Truppen auf Kuba und kämpften gegen die Spanier. In der Seeschlacht von Santiago de Cuba am 3. Juli 1898 verloren die Spanier ihre gesamte Atlantikflotte. Ohne Nachschub waren die Spanier auf dem kubanischen Festland verloren und wurden von der US-Armee geschlagen. Am 25. Juli 1898 landeten US-Soldaten auch auf der zuvor von Spanien kontrollierten Insel Puerto Rico. Den USA gelang ein schneller Sieg, nach nur drei Monaten und 550 Toten auf amerikanischer Seite war der Spanisch-Amerikanische Krieg vorüber. Am 10. Dezember 1898 unterzeichneten Spanien und die USA in Paris einen Friedensvertrag, gemäß dem Kuba und Puerto Rico formal von Spanien unabhängig wurden und unter den Einflussbereich der USA fielen. Die alte Kolonialmacht Spanien war gedemütigt und die Stimmung in Madrid niedergeschlagen. Doch in Washington herrschte große Freude. US-Außenminister John Hay sprach von einem »glänzenden kleinen Krieg.«[129]

In Kuba gelang es den Rebellen nicht, nach der Befreiung von der spanischen Kolonialmacht die kubanische Wirtschaft und Politik selbst in die Hand zu nehmen. In Kooperation mit einer kleinen kubanischen Oberschicht kontrollierten US-Investoren nach dem Abzug der Spanier auf Kuba die Zuckerplantagen, die Bergwerke, das Telefonnetz und die Energieproduktion. Der US-Konzern United Fruit Company sicherte sich 800000 Hektar Land für den Zuckerrohranbau. Am 2. März 1901 verabschiedete der US-Kongress das sogenannte Platt Amendment, wodurch Kuba ein »Protektorat« der USA wurde. Die USA wollten nicht

von einer Kolonie sprechen, obwohl genau dies der Fall war. Die Kubaner wurden gezwungen, den USA im Südosten der Insel ein Stück Land zu überlassen, wo die US-Kriegsmarine die berüchtigte Guantanamo Bay Naval Base errichtete, die bis heute gegen den Willen der kubanischen Regierung besteht.

Die Insel Puerto Rico wurde durch den Jones–Shafroth Act 1917 zum Territorium der Vereinigten Staaten erklärt und ist dies bis heute geblieben. Erneut wollten die USA nicht von einer Kolonie sprechen. Alle Puerto-Ricaner erhielten die Staatsbürgerschaft der USA. Als Landeswährung wurde der Dollar eingeführt. Doch Puerto Rico ist nicht wie Alaska oder Hawaii ein US-Bundesstaat. Puerto-Ricaner haben daher bei den US-Präsidentschaftswahlen kein Stimmrecht. Im Repräsentantenhaus des Kongresses in Washington ist Puerto Rico mit nur einem Delegierten vertreten, aber dieser hat kein Stimmrecht. »Die meisten Menschen in diesem Land, auch gebildete, wissen wenig bis nichts über unsere überseeischen Besitztümer«, so ein US-Bericht aus dem Zweiten Weltkrieg. »Tatsächlich wissen die meisten gar nicht, dass wir solche Besitztümer im Ausland haben. Sie glauben, dass nur Ausländer wie die Briten ein ›Imperium‹ haben. Amerikaner sind daher manchmal überrascht zu hören, dass wir auch ein Imperium haben.«[130]

Nach den Engländern hatten die USA mit Spanien schon die zweite europäische Großmacht geschlagen. Doch nicht alle US-Amerikaner waren über diese Entwicklung erfreut. »Spanien war die erste, und für eine lange Zeit die größte imperiale Macht der modernen Geschichte«, erklärte der Soziologe William Sumner, der an der Universität Yale lehrte, nach dem kurzen Spanisch-Amerikanischen Krieg. Die USA hätten sich immer gegen imperiale Vorherrschaft gewehrt und für Freiheit und Selbstbestimmung eingesetzt. Doch das Jahr 1898 sei »ein großer Wendepunkt« in der Geschichte der Vereinigten Staaten, erkannte Sumner richtig, weil nun offensichtlich werde, dass auch die USA auf Expansion und Imperialismus setzen und fremde Inseln überfallen, die ganz klar nicht zum Territorium der USA gehören.[131]

Der Soziologe Sumner mahnte, dass mit der Eroberung von Kuba die USA die schlechten Eigenschaften der spanischen Imperialisten

übernommen hatten. »Wir haben die Spanier zwar im militärischen Konflikt geschlagen, riskieren aber, von ihnen im Bereich der Ideen und Vorgehensweisen erobert zu werden«, warnte Sumner. Wer die Kolonialgeschichte von England, Spanien und Frankreich studiere, erkenne, dass diese Länder »auf der ganzen Welt verhasst« seien. Die Vereinigten Staaten würden nun den gleichen Fehler begehen, indem sie andere Länder besetzen und dort den Menschen sagen, wie sie zu leben haben. »Wir gehen davon aus, dass das, was wir mögen und tun, und das, was wir für gut halten, auch für die Kubaner und die Filipinos ein Segen ist. Aber das stimmt ganz offensichtlich nicht. Sie hassen unsere Art. Sie lehnen unsere Ideen ab. Sie ziehen ihre eigene Art vor. Und wenn wir bei ihnen als Herrscher auftreten, dann wird dies zu sozialen Spannungen führen.« Es sei eine Schande, dass die USA die in der Unabhängigkeitserklärung dargelegten Prinzipien von Gleichheit und Freiheit über Bord geworfen haben, die sie einst in ihrem Kampf gegen das britische Imperium geleitet hatten.[132]

Erst 1911, lange nachdem der Krieg der USA gegen Spanien auf Kuba und Puerto Rico beendet war, wurde die *USS Maine* gehoben und genau untersucht. Der angesehene amerikanische Industrielle Edward Atkinson kam zu dem Schluss, dass die Maine tatsächlich – wie die Spanier vermutet hatten – von innen heraus durch ein Zusammenwirken von Gas und Elektrizität zerstört worden war. Spanien hatte also rein gar nichts mit dem Untergang der *USS Maine* zu tun. Wie schon der Zwischenfall am Rio Grande, der 1846 den Krieg mit Mexiko ausgelöst hatte, begann auch der Krieg gegen Spanien 1898 mit einer Kriegslüge.[133]

Im Jahre 1976 bestätigte eine offizielle Untersuchung der US Navy, durchgeführt von US-Admiral Hyman Rickover, dass die Explosionslöcher nach außen wiesen und sich die Explosion im Inneren der *USS Maine* ereignet hatte. Ungeklärt blieb nur, was die Explosion im Schiff ausgelöst hatte. Die Schiffe fuhren damals mit Kohle. Ein unentdeckter Schwelbrand im Kohlebunker habe möglicherweise die Katastrophe ausgelöst, so die These von Admiral Rickover. Die brennende Kohle habe dann möglicherweise das Stahlschott zum daneben liegenden Munitionsbunker

so stark erhitzt, dass sich das dort lagernde Schwarzpulver entzündete und die dort ebenfalls deponierten Granaten zur Explosion brachte.[134]

Admiral Rickover ging also von einem unglücklichen Unfall im Innern des Schiffes aus, der sich zufälligerweise gerade dann ereignete, als die USA einen Krieg mit Spanien vom Zaun brechen wollten. Denkbar ist aber auch ein vorsätzliches Verbrechen, bei dem der Brand im Kohlebunker der *USS Maine* absichtlich gelegt wurde, um eine Explosion zu erzeugen. Denn die Kriegstreiber in den USA wussten, dass mit der Ermordung von 266 eigenen Seeleuten die US-Bevölkerung in Aufruhr gebracht werden konnte. Beweisen kann man eine solche These nicht. Und für viele ist es undenkbar, dass die eigene Regierung ihre Soldaten tötet, um einen Krieg zu beginnen. Aber wer sich lange mit der internationalen Politik beschäftigt, darf ein solch kriminelles Verhalten von Spitzenpolitikern und Militärs nie grundsätzlich ausschließen.

Die heute verfügbaren historischen Quellen beweisen, dass in Washington US-General Lyman Lemnitzer 1962 in einem streng geheimen Plan mit dem Namen Operation Northwoods vorschlug, vor Kuba ein US-Schiff zu sprengen, um einen Krieg zu inszenieren. »Wir könnten ein amerikanisches Schiff in der Guantanamo Bucht in die Luft sprengen und Kuba dafür verantwortlich machen, die Verlustlisten in den US-amerikanischen Zeitungen würden eine nützliche Welle der nationalen Empörung auslösen«, so General Lemnitzer, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs und damit der höchste Offizier im Pentagon. Dieser geheime Plan wurde von US-Präsident John F. Kennedy nicht unterstützt und daher nicht ausgeführt. Operation Northwoods zeigt, dass ein Kriegstreiber immer davon überzeugt ist, dass Gewalt wie auch Lüge erlaubt sind, um den Sieg zu erringen. Das Prinzip Menschheitsfamilie, gemäß dem alles Leben heilig ist, ist einem Kriegstreiber völlig fremd.[135]

Der Putsch in Hawaii 1893

Das Südseeparadies Hawaii ist bekannt für weiße Strände, smaragdgrünes Meer und Kokosnusspalmen und liegt rund 3700 Kilometer vom Festland der USA entfernt. Washington interessierte sich nicht für die schöne Natur

von Hawaii, sondern für seine strategische Lage. China war damals für die amerikanischen Handelsschiffe ein interessanter Markt, und auf dem Weg von der US-Westküste über den Pazifik war Hawaii ein wertvoller Ort, an dem die amerikanischen Handelsschiffe einen Zwischenstopp machen konnten. Nachdem Missionare und Walfänger auf der Inselgruppe gelandet waren, begannen US-Investoren ab 1830 auf Hawaii mit dem Anbau von Zuckerrohr und Ananas. Die USA vereinbarten mit Hawaii die zollfreie Einfuhr hawaiianischer Produkte, woraufhin der Export von Ananas und Zucker in die USA markant anstieg.

Für die Hawaiianer war die Ankunft der Weißen wegen der eingeschleppten Krankheiten eine Katastrophe. Die einheimische Bevölkerung schrumpfte von rund 400000 Hawaiianern vor der Ankunft der Weißen auf knapp 60000 im Jahr 1870. Viele Hawaiianer verloren ihr Land und mussten auf Plantagen der weißen Dienstherren arbeiten. Auch Chinesen, Japaner und Portugiesen wanderten ein und arbeiteten für einen Hungerlohn auf den Plantagen. Königin Liliuokalani, die auf Hawaii regierte, beobachtete diese Entwicklung mit Sorge und versuchte die Interessen der Einheimischen und der Einwanderer auszugleichen. »Liliuokalani ist für viele Hawaiianer eine Symbolfigur. Sie war die erste regierende Königin, sie kämpfte für die Unabhängigkeit und den Erhalt der hawaiianischen Kultur, sie setzte sich für mehr Freiheiten für Mädchen und Frauen ein, und sie schrieb mehr als 200 Lieder«, berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Liliuokalani war die beliebteste Monarchin der Hawaiianer, wurde aber von den USA gestürzt.[136]

US-Staatsbürger, die als wohlhabende Besitzer von Ananas- und Zuckerrohrplantagen auf Hawaii lebten, setzten sich für den Sturz der Königin ein. Die US-Plantagenbesitzer riefen mit Unterstützung des US-Diplomaten John Stevens das US-Militär zu Hilfe und am 17. Januar 1893 kam es zum Putsch. Das Kriegsschiff *USS Boston* landete in Honolulu und eine kleine Gruppe von 162 US-Marines zog mit Kanonen und Gewehren durch die Stadt. Königin Liliuokalani beobachtete die Eindringlinge. Sie hätte den US-Soldaten weit mehr bewaffnete Hawaiianer entgegenstellen können, verzichtete aber auf eine Konfrontation, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Die Königin wusste, dass ein gewaltsamer Zwischenfall von

Washington als Vorwand genutzt worden wäre, um noch mehr Soldaten zu schicken.

Die stille Eroberung von Hawaii blieb nicht unbemerkt. US-Präsident Grover Cleveland von der Demokratischen Partei, der sein Amt nach dem Putsch am 4. März 1893 angetreten hatte, verurteilte am 18. Dezember 1893 in seiner Ansprache zur Lage der Nation vor den beiden Kammern des Kongresses den Putsch in Hawaii. Dieser sei falsch und schändlich für die nationale Ehre der USA. »Die rechtmäßige Regierung von Hawaii wurde gestürzt, ohne dass ein Schuss gefallen wäre oder ein Schwert gezogen wurde«, so Präsident Cleveland. »Durch einen Kriegsakt, unterstützt durch einen Vertreter der US-Regierung, aber ohne Bewilligung des Kongresses, wurde die Regierung eines schwachen, aber freundlichen Landes gestürzt.« Präsident Cleveland, der vor seinem Einzug ins Weiße Haus Scheriff im Bundesstaat New York gewesen war, entließ den Diplomaten John Stevens, der am Putsch beteiligt gewesen war. »Großes Unrecht ist geschehen«, so Präsident Cleveland. »Weil die Rechte der betroffenen Menschen verletzt wurden, sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Monarchie in Hawaii wieder repariert wird.«[137]

Doch die Putschisten in Hawaii dachten nicht daran, die Monarchie wieder zu restaurieren. Sie riefen die Republik Hawaii aus und der Ananasproduzent Sanford Dole wurde ohne Volksabstimmung ihr erster und einziger Präsident. Die Putschisten verabschiedeten eine neue Verfassung, nach der nur wenige Einheimische und gar keine Asiaten wählen oder ein Amt ausüben durften. Zudem musste jeder, der wählen wollte, zuvor einen Eid ablegen, dass er nicht die Wiedereinführung der Monarchie unterstützte. Anhänger der Königin versuchten die Unabhängigkeit Hawaiis zu retten und Königin Liliuokalani wieder an die Macht zu bringen. Doch dies scheiterte. Die Königin wurde am 16. Januar 1895 festgenommen, von den Putschisten wegen Hochverrats verurteilt und im Iolani-Palast in Honolulu inhaftiert.

James Dole, der Vetter des Putschisten Sanford Dole, gründete 1901 die Hawaiian Pinapple Company und druckte den Namen »Dole« in roten Buchstaben auf alle Ananas-Dosen und Ananas-Saftverpackungen, die er mit Erfolg und Gewinn in die USA exportierte. Die Firma Dole mit

Hauptsitz in Kalifornien existiert noch heute und zählt zu den größten Anbietern von Bananen und Ananas, die auf Plantagen in Lateinamerika, Thailand, den Philippinen und Hawaii angebaut und als Konserve verkauft werden. Immer wieder kam es zu Vorwürfen, dass die Firma Plantagenarbeiter ausbeute und gefährliche Pflanzengifte einsetze.[138]

Präsident Cleveland, der keine weitere Amtszeit mehr anstrebte, wurde am 4. März 1897 vom Republikaner William McKinley abgelöst. Präsident McKinley war ein Imperialist. Nachdem er der Kolonialmacht Spanien den Krieg erklärt hatte, kämpften die USA nicht nur auf Kuba und Puerto Rico, sondern auch auf den Philippinen auf der anderen Seite des Pazifiks. Daher wurde Hawaii als amerikanischer Militärstützpunkt unentbehrlich. »Wir brauchen Hawaii, genau so sehr wie wir Kalifornien brauchten, und sogar noch mehr«, erklärte McKinley, »das ist unser offenkundiges Schicksal« (Manifest Destiny). Der Präsident behauptete mit Überzeugung, dass die USA einen göttlichen Auftrag zur Expansion hätten, um dem Rest der Welt die Lebensweise einer freien, gottgemäßen Gesellschaft zu demonstrieren.[139]

Auf Vorschlag von Präsident McKinley wurde Hawaii am 7. Juli 1898 durch eine gemeinsame Erklärung des US-Senates und Repräsentantenhauses annektiert. Das Inselreich wurde von den USA mit einem Pinselstrich als Kolonie übernommen, ohne dass ein Schuss abgefeuert wurde. Über Königin Liliuokalanis Residenz wurde die hawaiianische Flagge eingeholt und anschließend das Sternenbanner gehisst. Der Putschist Sanford Dole wurde zum ersten Gouverneur der Kolonie Hawaii ernannt. Die Königin dankte ab und Hawaii war nun formell Territorium der USA. Die hawaiische Sprache Hula wurde durch Englisch ersetzt. Der Imperialist McKinley hatte damit den Putsch unterstützt, den sein Vorgänger Präsident Grover Cleveland noch abgelehnt hatte.

Wie schon zuvor auf Kuba wurde auch auf Hawaii ein Militärstützpunkt der US-Kriegsmarine errichtet. Der auf der Insel O’ahu gelegene Stützpunkt Pearl Harbor diente im laufenden Krieg gegen die Philippinen als wichtige Basis. Im Zweiten Weltkrieg stieg Pearl Harbor zum weltweit bekanntesten Militärstützpunkt der USA auf, als der japanische Angriff auf

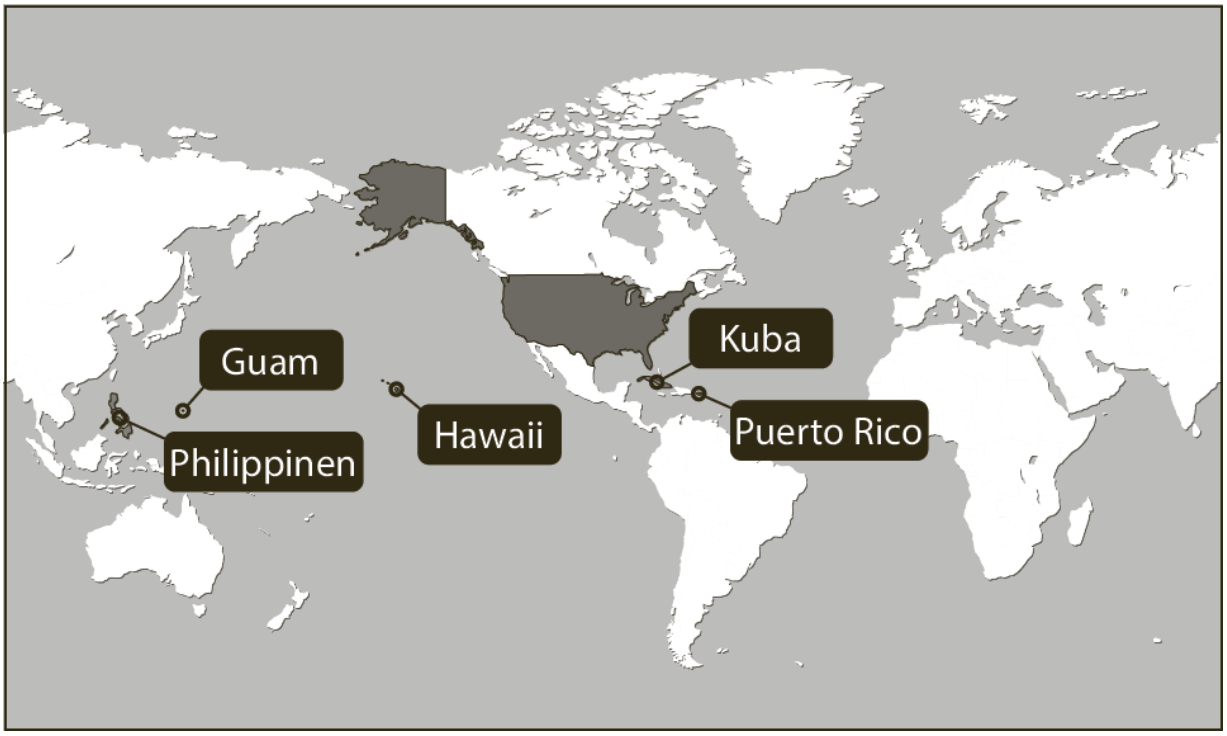
diesen Militärstützpunkt einen großen Schock in den USA erzeugte und zum Kriegseintritt der USA führte. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Hawaii 1959 als 50. Bundesstaat in die Vereinigten Staaten eingegliedert. Das Unrecht, das durch den Putsch und die Annexion dem Königreich Hawaii angetan worden war, blieb lange ein Tabu. Erst am 23. November 1993 unterzeichnete US-Präsident Bill Clinton eine Resolution, in welcher der US-Kongress »um Entschuldigung für den Sturz des Königreichs Hawaii« sowie »für die Aberkennung der Rechte der Hawaiianer auf Selbstbestimmung« bat.[140]

Die Eroberung der Philippinen 1898

Gleichzeitig mit den Kriegen auf Kuba und Puerto Rico griffen die USA die geschwächte Kolonialmacht Spanien auch auf dem philippinischen Archipel an. Ganz offensichtlich konnte man bei diesem Krieg nicht von der Verteidigung der USA sprechen oder dem Anspruch auf grenznahes Gebiet. Manila, die Hauptstadt der Philippinen, liegt 13000 Kilometer von Washington entfernt. Doch für den imperialistischen US-Präsidenten William McKinley war keine Distanz zu groß. Er schickte US-Admiral George Dewey in den Kampf, dem es in der Bucht von Manila am 1. Mai 1898 gelang, innerhalb von sechs Stunden die gesamte spanische Pazifikflotte auszulöschen und dabei nur einen einzigen Seemann zu verlieren. Ein Antiimperialist in den USA kommentierte dies treffend so: »Dewey hat Manila unter Verlust eines Mannes und all unserer Prinzipien eingenommen.«[141]

Die philippinischen Rebellen, ähnlich wie die Rebellen auf Kuba, sahen in den USA irrtümlich zuerst Verbündete und erkannten erst spät, dass die USA kein Interesse daran hatten, die von Spanien eroberten Gebiete in die Freiheit zu entlassen. Im Frieden von Paris wurde die Niederlage von Spanien am 10. Dezember 1898 besiegelt. Weder die Rebellen aus Kuba noch die Rebellen aus den Philippinen durften an den Friedensverhandlungen teilnehmen, wodurch deutlich wurde, dass es nie um ihre Freiheit oder Meinung gegangen war. Spanien musste Kuba und die Philippinen an die USA abtreten, dazu noch die Inseln Puerto Rico in der

Karibik und die Insel Guam im Pazifik, beides ehemalige spanische Kolonien. Für den Gebietsverlust erhielt Spanien von den USA 20 Millionen US-Dollar. Die Insel Guam ist auch heute noch eine Kolonie der USA. Die Einwohner von Guam sind Bürger zweiter Klasse und dürfen nicht an US-Präsidentschaftswahlen teilnehmen, ihr Abgesandter im Repräsentantenhaus hat kein Stimmrecht. Das US-Militär hat die Insel in Besitz genommen und betreibt auf Guam ohne Rücksicht auf die Ureinwohner oder die Umwelt die Andersen Air Force Base der US-Luftwaffe.[142]



Grafik 10: 1898: Hawaii, Kuba, Puerto Rico, Guam und die Philippinen werden von den USA erobert.

Während der Krieg mit Kuba und den Philippinen andauerte, wurde in Boston am 15. Juli 1898 die American Anti-Imperialist League gegründet, zu deren Mitgliedern auch der US-Schriftsteller Mark Twain gehörte. Diese kritisierte den Krieg gegen die Philippinen scharf. »Nicht einer von 500 Amerikanern wusste vor wenigen Monaten, was oder wo die Philippinen sind«, protestierte Henry Van Dyke, ein Mitglied der Anti-Imperialist

League. »Wie können wir die Prinzipien, für die unsere Väter kämpften und starben, einfach aufgeben?« Die Friedensaktivisten erinnerten daran, dass in der US-Unabhängigkeitsbewegung betont werde, dass Regierungen »ihre gerechte Gewalt von der Einwilligung der Regierten« herleiten, aber genau dieses Prinzip werde nun von den USA auf Kuba, Puerto Rico, Guam und den Philippinen verletzt. »Wenn der Imperialismus durch die Türe reinkommt, fliegt die Demokratie aus dem Fenster«, warnte Van Dyke. »Eine imperialistische Demokratie ist ein unmögliches Hybrid, wie atheistische Religion oder weißes Schwarz.«[143]

Trotz ihrer Proteste hatte die Friedensbewegung auf den Kriegsverlauf keinen Einfluss. Die wirtschaftlichen Interessen waren stärker und die US-Investoren hatten kein Interesse, ihre philippinische Kolonie aufzugeben. Auf der Insel Mindanao wurden Ananasplantagen und andere große Monokulturen amerikanischer Konzerne angelegt. Doch die Filipinos wollten sich nicht unterwerfen und rebellierten unter ihrem Anführer Emilio Aguinaldo im Februar 1899. Präsident McKinley befahl der US-Armee, den Aufstand niederzuschlagen und die Filipinos zum christlichen Glauben zu bekehren. Die »unveräußerlichen Rechte«, die in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 dargelegt worden waren, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit, galten für die Filipinos nicht. Die weißen US-Amerikaner waren der Ansicht, die Filipinos seien minderwertige Menschen. William Taft, Generalgouverneur der Philippinen, bezeichnete die Aufständischen als »unsere kleinen braunen Brüder«.[144]

Mehr als 70000 US-Soldaten landeten auf den Philippinen und gingen rücksichtslos gegen die einheimische Bevölkerung vor, weil sie diese nicht als Mitglieder der Menschheitsfamilie betrachteten, sondern wahlweise als unterentwickelte Menschen oder Hunde. »Jeder von uns wollte Nigger killen«, schrieb ein US-Soldat nach Hause. »Auf Menschen schießen ist um Welten besser als Kaninchenjagd.« Der äußerst brutale Philippinisch-Amerikanische Krieg dauerte von 1899 bis 1902 und endete mit der Niederschlagung der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung. Mehr als 20000 philippinische Rebellen und 4000 US-Soldaten wurden getötet.

Zudem verloren 200000 philippinische Zivilisten ihr Leben, viele von ihnen durch Cholera.[145]

Die Zeitungsleser in den USA erfuhren nur wenig über die Gräueltaten der US-Armee auf den Philippinen. Im November 1901 berichtete der *Philadelphia Ledger* so über den Krieg: »Der gegenwärtige Krieg ist keine blutlose Operninszenierung, unsere Männer sind unbarmherzig, sie haben Männer, Frauen, Kinder, Gefangene, aktive Aufwiegler und verdächtige Leute, ab zehn Jahren aufwärts, getötet. Der Hintergrund war der Gedanke, dass Filipinos kaum besser wären als Hunde … Unsere Soldaten haben Salzwasser in Männer gepumpt, um sie zum Reden zu bringen, sie haben Leute gefangen, die sich mit den Händen über den Köpfen friedlich ergeben haben, um sie dann eine Stunde später, ohne auch nur den geringsten Beweis zu haben, dass sie Aufwiegler wären, auf Brücken zu erschießen und sie sodann in das Wasser zu werfen, um diejenigen, die sie finden, abzuschrecken.«[146]

William Bryan, der für Nebraska im US-Repräsentantenhaus saß und später unter Präsident Woodrow Wilson als Außenminister diente, lehnte die brutale Eroberung der Philippinen strikt ab. »Wenn wir eine imperiale Politik verfolgen, dann müssen wir notwendigerweise eine große Armee haben«, erklärte Bryan. Vor dem Krieg mit Spanien hatten die USA eine Armee mit nur 25000 Soldaten, doch Präsident McKinley hatte die US-Armee auf 100000 Soldaten vergrößert. »Die Geisteshaltung, welche die gewaltsame Annexion der Inselgruppe der Philippinen rechtfertigt, wird auch die Eroberung von anderen Inseln und die Unterwerfung anderer Völker gutheißen«, prophezeite Bryan treffend. »Mit solchen Eroberungszügen können wir erwarten, dass unser Militärkomplex anwachsen wird.« Dies aber werde den Charakter der USA grundsätzlich verändern. »Jene, die wollen, dass unsere Nation eine Karriere als Imperium macht, sollten nicht nur die Wirkung des Imperialismus auf die Filipinos bedenken, sondern auch die Wirkung auf unsere eigene Nation berücksichtigen … Wir können das Prinzip einer unabhängigen Regierung nicht auf den Philippinen leugnen, ohne es dadurch hier bei uns zu schwächen«, warnte Bryan weise. Aber seine Warnung wurde ignoriert.[147]

Mit der Eroberung von Kuba, Puerto Rico, den Philippinen, Guam und Hawaii wurden die USA eine Kolonialmacht. Auf dem Höhepunkt seiner Popularität wurde Präsident McKinley am 6. September 1901 von einem Anarchisten angeschossen, der als Grund für das Attentat die US-Gräueltaten auf den Philippinen nannte. Der Präsident erlag wenige Tage später seinen Verletzungen, der Attentäter wurde auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Doch der imperiale Kurs der USA wurde durch den Präsidentenmord nicht verändert. Mit Vizepräsident Theodore Roosevelt übernahm ein noch radikalerer Imperialist das Ruder und führte McKinleys expansionistische Politik fort. »Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen«, so der republikanische Senator Albert Beveridge aus Indiana. »Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.«[148]

Die Warnung von Generalmajor Smedley Butler

Unter den Soldaten, die von den USA auf die Philippinen geschickt wurden, war auch Smedley Butler. Er hatte schon im Alter von 17 Jahren die Schule verlassen, um der Marineinfanterie beizutreten. Zuerst kämpfte Soldat Butler auf Kuba und wurde danach im Jahre 1899 im Alter von 18 Jahren als Offizier auf die Philippinen geschickt. In seinem ersten Kampfeinsatz führte er dort 300 US-Soldaten, um die Aufständischen niederzuschlagen. Später kämpfte er für die USA in China, Mexiko, Haiti und anderen Ländern und erhielt im Laufe seiner Militärkarriere zweimal die Ehrenmedaille, die höchste militärische Auszeichnung, welche die amerikanische Regierung verleihen kann. Im Rang eines Generalmajors quittierte Butler 1931 seinen Dienst bei den Marines.[149]

Im Ruhestand publizierte Butler 1935 ein bemerkenswertes Buch, in dem er offen erklärte, dass Krieg ein »organisiertes Verbrechen« ist, und dass die Kriege der USA immer den US-Wirtschaftsinteressen und den Superreichen gedient haben. Generalmajor Butler ist ein Insider, er ist ein Whistleblower, und auch wenn seine Analyse schon mehr als achtzig Jahre alt ist, hat sich daran bis heute nichts geändert. »Krieg ist nichts als ein

schmutziges Geschäft«, warnte Butler. »Ein schmutziges Geschäft lässt sich, glaube ich, als etwas beschreiben, das nicht das ist, wofür es die Mehrheit der Bevölkerung hält. Nur eine kleine Gruppe Eingeweihter weiß, worum es sich handelt. Es wird betrieben zum Nutzen ganz weniger auf Kosten der Massen. Einige wenige verdienen mit Kriegen sehr viel Geld.« Die Investoren in den USA wollen immer Profite erzielen, Gier treibt sie an, das wusste Butler. »Der Haken an Amerika besteht darin, dass wenn der Dollar hierzulande nur sechs Prozent verdient, er unruhig wird und nach Übersee geht, um einhundert Prozent zu kriegen. Anschließend folgt die Flagge dem Dollar und die Soldaten folgen der Flagge.«[150]

Kriege werden geführt, um Investitionen zu schützen und möglichst hohe Renditen zu realisieren. Kriege dienen dazu, die Gier einer kleinen Gruppe zu befriedigen. Die Soldaten selbst bezahlen oft mit ihrem Leben für den Krieg oder sind traumatisiert, nachdem sie andere Menschen getötet haben. »Ich würde nie wieder in den Krieg ziehen, um irgendwelche lausigen Investitionen von Bankern zu schützen«, erklärte der pensionierte Offizier Butler. »Es gibt keinen Trick im Arsenal schmutziger Geschäftemacherei, den die militärische Bande nicht auf Lager hat. Sie hat ihre Spitzel, die auf die Feinde hinweisen, sie hat ihre Muskelmänner zur Vernichtung der Feinde, sie hat ihre Planer, welche die Kriegsvorbereitungen treffen, und einen Big Boss, den supernationalistischen Kapitalismus. Es mag merkwürdig anmuten, dass ausgerechnet ich als Angehöriger des Militärs einen solchen Vergleich wage. Aber die Wahrhaftigkeit zwingt mich dazu. Ich habe dreiunddreißig Jahre und vier Monate als Mitglied der beweglichsten Militärmacht dieses Landes, der Marineinfanterie, im aktiven Dienst verbracht. Ich habe in allen Rängen gedient, vom Leutnant bis zum Generalmajor. Und währenddessen verbrachte ich den Großteil meiner Zeit als erstklassiger Muskelprotz für das Big Business, für die Wall Street und die Banker. Kurzum, ich war ein Gauner, ein Gangster für den Kapitalismus. Damals ahnte ich, dass ich nichts weiter als ein Teil des schmutzigen Geschäfts war. Jetzt weiß ich es.«

Es ist nicht so, dass jeder Soldat weltweit die Überzeugung hat, dass er dem Geldadel dient. Viele Offiziere lassen sich durch schöne Worte wie Nation, Freiheit oder Demokratie täuschen. Sie fragen sich zu selten, wer

ein Interesse am Krieg hat, für den sie kämpfen. So erging es auch Smedley Butler. »Wie alle Angehörigen des Militärdienstes machte ich mir niemals eigene Gedanken, bis ich den Dienst quittierte«, erinnert sich Butler. »Meine geistigen Fähigkeiten verblieben im Zustand des Scheintodes, während ich die Befehle der Vorgesetzten befolgte. Das ist typisch für jedermann im Militärdienst.« Nicht nur die Auftraggeber, also der von Gier befallene Geldadel, sondern auch die Soldaten und Offiziere müssen in ihrem Handeln ohne Gewissen und Bewusstsein sein. Denn sobald sie ihr Gewissen entdecken, aufwachen und Mitgefühl für fremde Menschen und Kulturen entwickeln und diese als Mitglieder der Menschheitsfamilie erkennen, sind sie für Strukturen, die blinden Gehorsam und das Töten von Mitmenschen einfordern, verloren.

Mitunter wird in Europa die berechtigte Kritik an den Kriegen der USA mit dem Schlagwort »Antiamerikanismus« abgetan. Doch dieser Begriff ist unpräzise und sollte vermieden werden. Denn Amerika ist ein Doppelkontinent, der aus Nordamerika und Südamerika besteht. Wenn die USA Krieg gegen Nicaragua führen, ist das ein inneramerikanischer Konflikt. Der Begriff »Antiamerikanismus« kann einen solchen Konflikt nicht erfassen, weil sowohl die USA wie auch Nicaragua zu Amerika gehören. US-Offiziere wie General Butler wissen, dass der US-Imperialismus in Lateinamerika rücksichtslos wütete. »Von 1909 bis 1912 war ich an der Säuberung Nicaraguas für das internationale Bankhaus Brown Brothers beteiligt«, erinnert sich Butler. »1916 habe ich den amerikanischen Zuckerbaronen die Dominikanische Republik serviert. In China half ich, dafür zu sorgen, dass Standard Oil ungestört seinen Geschäften nachgehen konnte. In diesen Jahren hatte ich, wie die Jungs in den Hinterzimmern sagen würden, eine prächtige Gangsterbande am Laufen. Wenn ich so zurückblicke, glaube ich, dass ich Al Capone ein paar Tipps hätte geben können. Er schaffte es gerade einmal, mit seiner Bande in drei Bezirken zu operieren. Ich operierte auf drei Kontinenten.«[151]

Um den Kriegen ein Ende zu setzen, schlug Smedley Butler vor, ein Gesetz zu erlassen, das festlegt, dass sich die US-Marine nur maximal 320 Kilometer von der US-Küste entfernen darf und ausschließlich der Verteidigung des Landes zu dienen hat. Zudem solle in den USA vor jedem

Krieg eine Abstimmung durchgeführt werden. An dieser Abstimmung, so der kluge Vorschlag, dürften weder der Präsident noch die Senatoren und Abgeordneten und auch nicht die älteren und oft schon gebrechlichen Vorsitzenden der Banken und die Besitzer der großen Rüstungskonzerne teilnehmen, und auch nicht die Journalisten, die alle nie selbst in den Krieg ziehen. Nur jene sollten über Kriege abstimmen, forderte Butler, »welche einberufen werden und im Namen ihres Landes ihr Leben riskieren. Sie sollten das Privileg haben, abzustimmen und zu entscheiden, ob die Nation in den Krieg ziehen soll oder nicht.« Dann, so die plausible Prognose von Butler, würden die Kriege schnell enden. Sein kluger und weiser Vorschlag wurde nicht umgesetzt.[152]

6. Die USA und der Erste Weltkrieg

Wenn der Krieg ein »organisiertes Verbrechen« ist, wie US-Offizier Smedley Butler treffend sagte, dann gehört der Erste Weltkrieg zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Die USA haben immer wieder Krieg gegen europäische Großmächte geführt und gewonnen. Entscheidend dabei war, dass die Vereinigten Staaten niemals gleichzeitig gegen alle europäischen Mächte kämpften, sondern immer nur gegen einzelne, während sie sich mit anderen Kämpfern verbündeten. Im 18. Jahrhundert haben die USA, unterstützt durch Frankreich, auf dem nordamerikanischen Festland die europäische Großmacht Großbritannien geschlagen. Danach haben sie sich auf Kuba und den Philippinen mit den Aufständischen verbündet und die Kolonialmacht Spanien besiegt.

Im Ersten Weltkrieg landeten die USA erstmals mit US-Truppen auf europäischem Boden. Hätten die Briten, Deutschen, Österreicher, Russen, Franzosen und Türken gemeinsam gegen die USA gekämpft, dann wäre es für Washington unmöglich gewesen, in Europa zu gewinnen. Aber die Europäer waren untereinander seit Jahrhunderten zerstritten, töteten sich gegenseitig und schwächten sich dadurch selbst. Die USA kannten die historischen Spannungen in Europa gut und siegten im Ersten Weltkrieg an der Seite von Großbritannien, Frankreich und Russland, der sogenannten Entente, über die europäischen Großmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei, die sogenannten Mittelmächte.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs 1914

Der Erste Weltkrieg zwischen der Entente und den Mittelmächten dauerte von 1914 bis 1918 und kostete rund 20 Millionen Menschen das Leben. Zusammen mit dem Zweiten Weltkrieg zählt der Erste Weltkrieg zu den größten Katastrophen der Geschichte, weil er unsagbares Leid über viele Menschen brachte. Nur eine kleine Gruppe, die sogenannten »Händler des Todes«, wie man sie in den USA treffend nannte, hat am Krieg verdient. Der verbindende Gedanke der Menschheitsfamilie wurde während des Ersten Weltkriegs von allen beteiligten Mächten missachtet. Vierzig Staaten beteiligten sich am Krieg. Die Menschen wurden entlang der nationalen Grenzen gegeneinander aufgehetzt, woraufhin sich die jungen Männer in den unterschiedlichen nationalen Uniformen gegenseitig erschossen. Erstmals in der Geschichte der Kriegsführung wurden Panzer und auch Giftgas eingesetzt. Der Erste Weltkrieg war ein grausames Gemetzel.

Die Historiker streiten sich bis heute, welches Land die Schuld für den komplizierten Ausbruch des Ersten Weltkriegs trägt und warum es überhaupt zum Krieg kam. Der Erste Weltkrieg wurde durch einen politischen Mord ausgelöst. Am 28. Juni 1914 wurden in Sarajevo, der Hauptstadt des damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Kronlandes Bosnien-Herzegowina, der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin von einem bosnisch-serbischen Attentäter ermordet. Die Öffentlichkeit war geschockt und es folgte die sogenannte Julikrise, die zum Krieg führte. Deutschland stellte sich unter Kaiser Friedrich Wilhelm II. sofort in Bündnistreue hinter Österreich-Ungarn, das auf Serbien Druck machte und eine österreichische Beteiligung an der Untersuchung des Mordes verlangte. Doch dies lehnte die serbische Regierung ab, unterstützt durch Großbritannien und bestärkt durch Russlands Zusage militärischer Unterstützung im Konfliktfall. Einen Monat nach dem Mord, am 28. Juli 1914, erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Russland, das Serbien seine Unterstützung zugesichert hatte, versicherte sich seinerseits der Bündnistreue Frankreichs. Und das konnte vereinbarungsgemäß auf die Hilfe Großbritanniens zählen, weil seit 1907 Russland mit Frankreich und Großbritannien in der Triple Entente verbunden waren. So standen sich kurz nach dem Mord in Sarajevo

Serbien, Russland, Frankreich und Großbritannien auf der einen Seite und Österreich-Ungarn und Deutschland auf der anderen Seite gegenüber.

Wenn Serbien Österreich-Ungarn volle Kooperation bei der Aufklärung des Mordes zugesichert hätte oder wenn Österreich-Ungarn weniger Druck auf Serbien ausgeübt hätte, wäre es vielleicht nicht zum Krieg gekommen. Auch ohne die aktive Beteiligung von Russland wäre vermutlich die Triple Entente nicht aktiviert worden. Aber Russland, Frankreich und Großbritannien mobilisierten ihre Truppen. Das schockierte Berlin, das einen Zweifrontenkrieg unbedingt vermeiden wollte. Daher stellte Deutschland am 31. Juli 1914 sowohl Russland wie auch Frankreich ein Ultimatum und forderte von Frankreich Neutralität im Falle eines deutschrussischen Konfliktes, und von Russland das Einstellen der Mobilmachung. Als aber Moskau nicht antwortete, erklärte Deutschland am 1. August 1914 Russland den Krieg. Weil auch Frankreich, bestärkt durch Großbritannien, sich weigerte, eine Neutralitätserklärung abzugeben, erklärte Deutschland am 3. August 1914 Frankreich den Krieg. Hätte Frankreich sich zur Neutralität bekannt, wäre es vermutlich nie zu den verlustreichen Schlachten zwischen Deutschland und Frankreich gekommen. Deutschland hoffte auf die Neutralität von Großbritannien. Doch als deutsche Truppen von Nordosten her Frankreich angriffen und am 3. August 1914 die Neutralität von Belgien verletzten, erklärte Großbritannien am 4. August 1914 Deutschland den Krieg. Das Osmanische Reich versuchte zunächst, sich durch Neutralität aus den Kampfhandlungen herauszuhalten. Doch im November 1914 erklärten Großbritannien, Frankreich und Russland der Türkei den Krieg. Damit waren alle europäischen Großmächte im Krieg und Europa stand in Flammen.

Der deutsche Historiker Fritz Fischer, der an der Universität Hamburg lehrte, vertrat in seinem 1961 publizierten Werk »Griff nach der Weltmacht« die Ansicht, dass Deutschland die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trage. Berlin habe Wien zur schnellen Kriegserklärung gegen Serbien gedrängt, glaubt Fischer. »Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre

1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch eines allgemeinen Krieges«, schrieb Fischer. »Diese verringert sich auch nicht dadurch, dass Deutschland im letzten Augenblick versuchte, das Verhängnis aufzuhalten.«[153]

Ich teile die Einschätzung von Fischer nicht. Meiner Ansicht nach ist die Behauptung, Deutschland trage die Alleinschuld für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, eine Kriegslüge, die von Großbritannien, den USA und Frankreich in Versailles durchgesetzt wurde, um Deutschland langfristig zu schwächen und aus dem laufenden imperialen Rennen um Kolonien in Übersee auszuschalten. Die Julikrise 1914 kann nicht einem einzigen Land als Verursacher zugerechnet werden. Auch Deutschland trägt Schuld am Ersten Weltkrieg, das ist sicher, aber nicht mehr als die anderen beteiligten Staaten, die ebenfalls die Konfrontation suchten.

Auch der australische Historiker Christopher Clark, Professor an der Universität von Cambridge in England, ist auf der Basis seiner 2012 publizierten Forschung zu dem Schluss gekommen, dass es keine Alleinschuld von Deutschland gibt. Clark befasst sich in seinem Buch ausführlich mit der Julikrise 1914 und dem komplizierten und undurchsichtigen Ausbruch des Krieges. »In dieser Geschichte gibt es keine Tatwaffe als unwiderlegbaren Beweis, oder genauer: Es gibt sie in der Hand jedes einzelnen wichtigen Akteurs. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen.« Clark glaubt, dass die europäischen Staaten »schlafwandlerisch« in den Ersten Weltkrieg getaumelt sind.[154]

Die beiden Briten Gerry Docherty und Jim Macgregor kamen in ihrer 2013 publizierten Studie nochmals zu einem anderen Schluss und erklärten, dass ihrer Ansicht nach Großbritannien für den Ersten Weltkrieg verantwortlich sei. Die Briten hätten lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt. Auf Anregung des entschiedenen britischen Imperialisten Cecil Rhodes hätten 1891 einflussreiche Briten und US-Amerikaner beschlossen, die weltweite Dominanz der beiden angelsächsischen Mächte herbeizuführen und dauerhaft zu sichern und die deutschen Kolonien aus Afrika zu verdrängen.

Der Rassist Rhodes, der im Diamantengeschäft zu Reichtum gekommen war, sah die Briten als »erste Rasse der Welt«, vom Prinzip Menschheitsfamilie hielt er nichts. Die wachsende wirtschaftliche Stärke von Deutschland sahen die Angelsachsen mit großem Unbehagen. Eine geheime Elite sehr wohlhabender und einflussreicher Männer in London und Washington habe daraufhin entschieden, mit dem Mord in Sarajevo Deutschland in einen Krieg zu verwickeln und dauerhaft zu schwächen. Diesen Plan habe man mit Erfolg umgesetzt, aber vor der Geschichtsforschung geheim gehalten.

Ob die Sichtweise von Docherty und Macgregor auf den Ersten Weltkrieg stimmt, weiß ich nicht. Sie ist aber interessant und müsste daher diskutiert werden. Doch gemäß meiner persönlichen Erfahrung wird diese Sicht auf den Ersten Weltkrieg in Deutschland, Österreich und der Schweiz weder an Schulen unterrichtet noch an Universitäten gelehrt. »Seit bald einem Jahrhundert wird erfolgreich vertuscht, wie alles begann und warum der Krieg unnötig und vorsätzlich über das Jahr 1915 hinaus verlängert wurde«, schreiben Docherty und Macgregor. »Sorgfältig wurde die Geschichte verzerrt, um die Tatsache zu verschleiern, dass Großbritannien und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war.« Schon lange vor dem Mord in Sarajevo seien die Weichen von den Briten auf Krieg gestellt worden. Nach Kriegsende »schoben Großbritannien, Frankreich und die USA die komplette Kriegsschuld Deutschland zu. Um ein derartiges Urteil zu rechtfertigen, wurden Dokumente und Berichte vernichtet, unterschlagen oder gefälscht.«[155]

Die Händler des Todes profitieren vom Krieg

US-Präsident Woodrow Wilson von der Demokratischen Partei, der von 1913 bis 1921 im Weißen Haus regierte, beobachtete das Gemetzel in Europa aus sicherer Distanz und erklärte, er werde nicht mit US-Soldaten in den europäischen Krieg eingreifen, denn die Mehrheit der US-Bevölkerung bekannte sich zum Isolationismus und lehnte eine Einmischung in den Ersten Weltkrieg entschieden ab. Von den fast 100 Millionen Menschen, die damals in den USA lebten, war mehr als ein Drittel entweder in Europa

geboren oder hatte dort geborene Eltern. Die kulturellen Bande zwischen den USA und Europa waren eng und sind es bis heute.

Dies bedeutet aber nicht, dass die USA während des Ersten Weltkriegs neutral waren. Denn wirtschaftlich schlugen sich die USA klar auf die Seite von Großbritannien und Frankreich und unterstützten die Entente mit Krediten, Lebensmitteln, Waffen und Chemieprodukten. Die Exporte der USA stiegen während des Ersten Weltkriegs um das Dreifache an. Strategisch wichtig waren vor allem die US-Kredite an die Entente in Höhe von mehr als vier Milliarden Dollar. Zudem die Exporte der US-Rüstungsindustrie, darunter Waffen und Munition. »Wirtschaftlich war der Krieg für Amerika ein Segen«, schrieb das *Handelsblatt* hundert Jahre nach Kriegsausbruch im Jahr 2014. Denn der Handel mit Kriegsgütern »machte aus dem Land eine Weltmacht. Keine andere Nation profitierte so sehr von dem Konflikt.«[156]

Tatsächlich war der Sieg im Ersten Weltkrieg für den Aufstieg der USA zur Weltmacht wichtig. »Während die Europäer einander totschlugen und ruinierten für vergleichsweise belanglose Landstriche, stieg durch friedlichen Handel eine Nation zur alle überflügelnden Weltmacht auf, die, für europäische Verhältnisse, gar keine Armee hatte«, umschreibt der deutsche Historiker Jörg Friedrich die damalige Rolle der USA. Ohne den ständigen Strom von Waffen und Munition aus den USA hätten Großbritannien, Frankreich und Russland wohl schon 1915 verloren, glaubt Friedrich. »Für die Entente waren die Vereinigten Staaten nach einem Vierteljahr das materielle Rückgrat des Materialkrieges und der Kriegsbedarf das wirtschaftliche Rückgrat der Vereinigten Staaten. Gewiss hätten sie ohne europäischen Krieg existieren können, wenn auch nicht als das, was sie durch ihn wurden, aber der Krieg hätte kaum ohne die USA fortgewährt. Er wäre notgedrungen zusammengebrochen. Sie bildeten die Schlüsselmacht, lange bevor ein einziger Soldat angelandet war.«[157]

Die Entente-Mächte hatten nicht genügend Geld, um das viele Kriegsmaterial zu bezahlen, das sie aus den USA importierten. Daher vergaben einflussreiche US-Banken Millionenkredite und hielten so den Krieg in Europa am Laufen. Anfangs hatte die US-Regierung amerikanischen Banken die Vergabe von Krediten an kriegsführende

Nationen noch verweigert, da dadurch die Neutralität der USA untergraben werde. Doch im September 1915 vollzog US-Präsident Wilson plötzlich eine Kehrtwende und gab den US-Banken freie Hand. Noch im selben Monat erteilte J. P. Morgan ein Darlehen von 500 Millionen Dollar an Großbritannien und Frankreich. Weitere Millionenkredite der Wall Street an Großbritannien und Frankreich folgten. 1917 hatte das britische War Office bei J. P. Morgan und anderen US-Banken schon 2,5 Milliarden Dollar aufgenommen, und nach dem Krieg im Jahr 1919 schuldete allein Großbritannien den US-Banken die damals atemberaubende Summe von 4,7 Milliarden Dollar. Deutschland hatten US-Banken in der selben Zeit nur Kredite im Umfang von 27 Millionen Dollar gewährt.[158]

Die Friedensbewegung in den USA stand diesen Kriegsgeschäften kritisch gegenüber und bezeichnete die daran beteiligten Personen und Firmen treffend als »Händler des Todes«. Sechzehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde 1934 im US-Kongress unter dem Vorsitz von US-Senator Gerald Nye aus North Dakota ein Untersuchungsausschuss gegründet, um die Gründe für den Kriegseintritt der USA 1917 und die Profite der Händler des Todes genauer auszuleuchten. Senator Nye war ein entschiedener Gegner von US-Kriegseinsätzen in fremden Ländern. »Wenn diese Untersuchung des Senats abgeschlossen ist, werden wir erkennen, dass Krieg und die Vorbereitung von Krieg nichts mit Ehre und Verteidigung der Nation zu tun hat, sondern mit dem Profit für ganz wenige«, erkannte Senator Nye weise.[159]

Seit der Fusion mit der Chase Manhattan Bank im Jahre 2000 ist JPMorgan Chase gemäß Bilanzsumme die größte Bank der USA und weltweit das drittgrößte an einer Börse notierte Unternehmen. JPMorgan Chase gehört heute also zu den ganz Großen im Bankgeschäft. Wie diese Bank zu Macht und Einfluss gekommen ist, wurde weitgehend vergessen. Die Nye-Untersuchung bestätigte, dass die Bank J. P. Morgan aus New York eine zentrale Rolle bei der Finanzierung des Ersten Weltkriegs spielte. Unter den 200 von Senator Nye befragten Zeugen waren auch der US-Banker John Pierpont Morgan junior und der Waffenhändler Pierre du Pont. Beide waren Händler des Todes. J. P. Morgan wickelte während des Ersten Weltkriegs sämtliche Munitionsverkäufe der USA an Großbritannien ab.

Zudem stand J. P. Morgan an der Spitze des Syndikats der US-Banken, welches die Entente mit Milliardenkrediten unterstütze. Der Verkauf von Waffen während des Krieges habe, so die Aussage eines Mitarbeiters der US-Firma Colt vor dem von Senator Nye geleiteten Untersuchungsausschuss, »die hässlichste Seite der menschlichen Natur zum Vorschein gebracht, darunter Lüge, Täuschung, Heuchelei, Gier und Bestechung, die alle eine zentrale Rolle bei den Transaktionen spielten.«[160]

Über die Händler des Todes wurde damals in den USA offen diskutiert. »Nehmen wir mal unsere Freunde, die du Ponts, die Schießpulver herstellen«, rechnete Generalmajor Smedley Butler nach dem Krieg vor. Wie hat sich ihre Firma während des Krieges entwickelt? Vor dem Krieg, von 1910 bis 1914, habe du Pont pro Jahr sechs Millionen Dollar Profit gemacht. »Das war nicht viel, aber es reichte den du Ponts, um durchzukommen«, kommentierte Butler trocken. Doch während des Krieges sei der Jahresgewinn von du Pont auf sagenhafte 58 Millionen Dollar angestiegen. »Fast zehnmal so viel wie in einem normalen Jahr«, erklärte Butler, »der Gewinn hatte um 950 Prozent zugenommen!« Daher waren die Firmeninhaber, die nicht selbst in den Schützengräben kämpften, am Krieg interessiert. Auch der US-Stahlproduzent Bethlehem Steel profitierte vom Ersten Weltkrieg. Vor dem Krieg, also von 1910 bis 1914, als der Konzern Brücken und Eisenbahnschienen produzierte, lag der Jahresgewinn bei sechs Millionen Dollar. Doch dann stellte die Firma auf Kriegsprodukte um und erzielte während des Ersten Weltkriegs jedes Jahr einen Gewinn von 49 Millionen Dollar, erklärte Generalmajor Smedley Butler. Auch die Gewinne der Banken seien riesig gewesen, würden aber nicht öffentlich ausgewiesen. In normalen Zeiten könne eine Firma in den USA sechs, zehn oder auch zwölf Prozent Gewinn erreichen. »Aber Gewinne in Kriegszeiten sind etwas ganz anderes, dann steigen die Profite in den Himmel, zwanzig, sechzig, hundert, dreihundert oder sogar tausendachthundert Prozent Gewinn sind dann möglich«, so die Kritik von Butler an den Händlern des Todes.[161]

Weil US-Banken wie J. P. Morgan den Briten über vier Milliarden Dollar geliehen hatten, um ihre Waffenkäufe zu finanzieren, wollte die US-Machtelite auf keinen Fall, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg gewinnt.

Denn dann wären die Kredite an die Entente eine riesige Fehlinvestition gewesen. Für die Banken in den USA war die Rückzahlung dieser Darlehen plus Zinsen entscheidend. Aber ein Sieg über Deutschland war keineswegs sicher. »Anfang März 1917 liefen bestürzende Meldungen im Washingtoner Oval Office ein: Meuterei im französischen Heer! Zudem zeichnete sich allmählich der Zusammenbruch Russlands ab. Und auf hoher See schien Deutschland mit seinen U-Booten das Rennen zu machen. Ein Sieg Deutschlands und damit der Totalverlust der Kriegsanleihen an die Entente musste mit allen Mitteln verhindert werden, denn ein Zusammenbruch des J. P. Morgan-Imperiums hätte eine Implosion der Wall Street bedeutet«, erklärt der deutsche Historiker Wolfgang Effenberger, der zusammen mit Willy Wimmer ein umfassendes Werk zum Ersten Weltkrieg publiziert hat. Erst mit dem Kriegseintritt der USA wendete sich das Blatt zugunsten von Frankreich und Großbritannien, womit sich die Händler des Todes die Rückzahlung ihrer Kredite sicherten.[162]

Der Federal Reserve Act 1913

US-Präsident Woodrow Wilson war während seiner ganzen Präsidentschaft ein treuer Diener der US-Banken. Noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte er im April 1913 auf Drängen seines Beraters Edward Mandell House und einflussreicher US-Banker wie J. P. Morgan und Paul Warburg eine geheime Gesetzesvorlage für ein Zentralbankengesetz befürwortet, das die Macht der Banken in den USA stark vergrößerte. Dieses wichtige Gesetz wurde weitgehend unbemerkt von der amerikanischen Öffentlichkeit am 22. Dezember 1913 als »Federal Reserve Act« vom Repräsentantenhaus verabschiedet. Am Tag darauf stimmte auch der Senat zu. Mit der Unterschrift von Wilson am 23. Dezember trat das umstrittene FED-Gesetz am Tag vor Heiligabend 1913 in Kraft. Für die Banken war es ein großer Triumph, und die US-Bevölkerung nahm davon keine Notiz.

Das FED-Gesetz wurde nicht zufällig kurz vor Weihnachten in großer Eile verabschiedet, als die meisten Kongressabgeordneten und auch die Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit auf Weihnachten und das Fest in der

Familie gerichtet hatten. Tatsächlich stimmten gar nicht alle über das äußerst wichtige Gesetz ab, denn ein Teil der Abgeordneten und Senatoren hatte schon die Heimreise für das Weihnachtsfest angetreten. Das FED-Gesetz übertrug den US-Banken die Macht zur privaten Geldschöpfung. Mit dem Gesetz verzichtete der US-Kongress auf das Vorrecht, Geld zu drucken, und übertrug diese Aufgabe den im Federal Reserve System zusammengeschlossenen US-Banken, die für dieses Gesetz reichlich Lobbyisten-Gelder hatten fließen lassen. Dies war nichts weniger als eine Revolution in der Finanzgeschichte der USA.

Der Federal Reserve Act ermöglicht es der US-Notenbank FED bis heute, Geld zu erschaffen und es der amerikanischen Regierung gegen Zinsen zu leihen. »Die US-Notenbank FED produziert, wenn nötig, Dollarscheine wie die Firma Hakle Klopapier«, kommentierte in der Schweiz einst trocken Walter Wittmann, der an der Universität Freiburg Wirtschaft lehrte. Indem die FED die Zinsen anheben oder senken kann, steuert die Zentralbank den Gang der Wirtschaft. Dieses enorme Privileg der FED wurde immer wieder kritisiert, weil es sich bei den Mitgliedsbanken und Eigentümern der Federal Reserve Bank um private Gesellschaften handelt, die durch das Privileg der Geldschöpfung enorm an Macht gewonnen haben. Zu den stärksten Kritikern der FED und der Wall Street gehörte in den USA der Republikaner Ron Paul, der von 1976 bis 2013 als Abgeordneter für Texas im US-Repräsentantenhaus saß. »Wir müssen die Monopolmacht der FED abschaffen, denn diese Macht ist nicht legitim«, forderte er, konnte dafür aber im Kongress keine Mehrheit gewinnen.[163]

Die Versenkung der Lusitania 1915

Im Ersten Weltkrieg war die deutsche Flotte der britischen Flotte unterlegen. Die Briten verfügten weltweit über Flottenstützpunkte und fuhren mit Erdöl, während die deutschen Schiffe mit Kohle angetrieben wurden. Deutschland hatte nur zwei Basen in Kiel und Wilhelmshaven, dazu noch einen einzigen Überseestützpunkt in Kiautschou in Nordostchina. Schon vor Kriegsausbruch hatten die Briten die Blockade der

deutschen Häfen genau geplant. Sofort nach Kriegsbeginn errichtete die britische Marine im August 1914 ihre Blockade, welche Deutschland in eine Hungersnot mit 700000 Toten stürzte und die bis Juni 1919 aufrechterhalten wurde. Winston Churchill, der britische Erste Lord der Admiralität, strebte mit der Blockade die »wirtschaftliche Erdrosslung« von Deutschland an. Deutschland brauchte fast sechs Monate für eine Reaktion, und die kam ab Februar 1915 mit dem Einsatz deutscher U-Boote, welche die britischen Schiffe versenkten und damit versuchten, die Blockade zu zerschlagen.[164]

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs standen sich Deutschland und die USA ohne Spannungen gegenüber. Doch die Briten wollten die USA in den Krieg gegen Deutschland ziehen. Am 7. Mai 1915 kam es erstmals zu ernsthaften Spannungen zwischen den USA und Deutschland, als das britische Passagierschiff *Lusitania* vor der Südküste Irlands von einem deutschen U-Boot mit einem Torpedo versenkt wurde, wobei 1198 Menschen ums Leben kamen, darunter 128 US-Amerikaner. Die *Lusitania* verkehrte zwischen Liverpool und New York, zählte zu den schnellsten Atlantikdampfern und schaffte die Überfahrt in nur vier Tagen.

Was damals kaum jemand wusste: Die Briten nutzten das Passagierschiff, um heimlich Kriegsmaterial von den USA nach Großbritannien zu bringen. Die brisante Fracht wurde als »Jägermunition« getarnt. US-Präsident Woodrow Wilson wurde durch seinen Geheimdienst unmittelbar nach der Versenkung der *Lusitania* über diese Tatsache informiert. Gemäß der Ladeliste befanden sich 1248 Kisten mit 7,5-Zentimeter-Granaten, 4927 Kisten mit Gewehrpatronen und 2000 Kisten mit weiterer Munition für Handfeuerwaffen auf dem Schiff. Doch »Wilson war entschlossen, die Wahrheit zu vertuschen«, berichtet *Der Spiegel*. Die Ladeliste verschwand in einem Geheimarchiv und »die Protokolle der Aussagen der überlebenden Seeleute und Passagiere wurden beseitigt.«[165]

Weil die Briten Deutschland durch ihre Seeblockade in die Knie zwingen wollten, hatte die deutsche Regierung im Februar 1915 alle Gewässer um Großbritannien zum Kriegsgebiet erklärt, in dem jedes feindliche Schiff ohne Warnung durch deutsche U-Boote vernichtet werde. US-Außenminister William Bryan war der Ansicht, dass sich US-

Amerikaner grundsätzlich aus der Kriegszone heraushalten sollten, weil sie sonst in Gefahr geraten, getötet zu werden. Deutschland habe ein Recht, so Bryan, zu verhindern, dass seinen Feinden Kriegsmaterial geliefert werde. Vier Tage vor dem Fiasko hatte US-Außenminister Bryan Präsident Wilson darauf hingewiesen, dass die *Lusitania* ein getarnter Munitionstransporter sei. Bryan bat den Präsidenten, die US-Bevölkerung zu warnen. Doch Wilson lehnte ab.[166]

Einer der Kriegstreiber in den USA war der in Texas geborene US-Diplomat Edward Mandell House, der die Präsidentschaftskandidatur von Woodrow Wilson schon unterstützt hatte, als dieser noch Gouverneur von New Jersey gewesen war. House wurde Präsident Wilsons engster Vertrauter und außenpolitischer Berater, obwohl er nie das Amt des Außenministers innehatte. House reiste während des Ersten Weltkriegs in die Hauptstädte Europas und besprach sich dort mit den Entscheidungsträgern. Als der britische Außenminister vor dem Lusitania-Zwischenfall von House wissen wollte: »Was wird Amerika tun, wenn die Deutschen ein Passagierschiff mit amerikanischen Touristen versenken?«, antwortete House: »Das würde uns in den Krieg bringen.«[167]

Doch House irrte sich. Die USA traten nach der Versenkung der *Lusitania* nicht sofort in den Krieg ein, obwohl die Briten dies wünschten. Der britische Journalist Nicholas Tomalin, der für die *BBC* und *ARD* einen Dokumentarfilm zum Thema produziert hat, vertritt die Ansicht, die *Lusitania* sei von der britischen Admiralität unter Winston Churchill absichtlich vor die Torpedorohre deutscher U-Boote gelenkt worden, um den Gegner zu einer Tat zu provozieren, und die Vereinigten Staaten auf der Seite von London in den Krieg zu verwickeln. Auch für Gerd Schultze-Rhonhof, Generalmajor der deutschen Bundeswehr, war die Versenkung der *Lusitania* »offensichtlich ein Schachzug des Ersten Lords der britischen Admiralität, um die amerikanische Bevölkerung für einen Kriegseintritt an Englands Seite zu gewinnen.«[168]

Die deutsche Botschaft in Washington war sich der Gefahr bewusst, dass mit der Versenkung von Transatlantikdampfern die USA auf der Seite von Großbritannien in den europäischen Krieg gezogen werden könnten. Am 23. April 1915 hatte die deutsche Botschaft in Washington daher in US-

Zeitungsanzeigen vor der Benutzung aller Transatlantikdampfer gewarnt: »Achtung! Reisende, die vorhaben, den Atlantik zu überqueren, werden daran erinnert, dass Deutschland und seine Alliierten und Großbritannien und seine Alliierten sich im Kriegszustand befinden; dass das Kriegsgebiet auch die Gewässer rings um die Britischen Inseln umfasst; dass in Übereinstimmung mit der formellen Bekanntgabe der Kaiserlichen Deutschen Regierung alle Schiffe, die die Flagge Großbritanniens oder eines seiner Verbündeten führen, Gefahr laufen, in diesen Gewässern zerstört zu werden, und dass Reisende, die im Kriegsgebiet auf Schiffen aus Großbritannien oder seiner Verbündeten reisen, dies auf eigene Gefahr tun.«[169]

Präsident Wilsons engster Berater House erkannte richtig, dass mit dem Untergang der *Lusitania* der Hass auf Deutschland zugenommen hatte und der amerikanische Kriegseintritt näher rückte. Am 30. Mai 1915 notierte House in sein Tagebuch: »Ich habe entschieden, dass der Krieg mit Deutschland unumgänglich ist.« In der Öffentlichkeit betonte Präsident Wilson weiterhin, die USA seien neutral und würden keine Soldaten auf europäischen Boden entsenden. Dadurch gewann er die Unterstützung der Wähler. Im US-Wahlkampf warben die Demokraten mit dem Spruch »Er hielt uns vom Krieg fern!« für Wilson. Die Bevölkerung sah in Präsident Wilson irrtümlich eine Garantie für den Frieden. So sicherte sich Wilson am 7. November 1916 die Wiederwahl und eine zweite Amtszeit im Weißen Haus.[170]

Der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917

Doch unmittelbar nach seiner Wiederwahl strebte US-Präsident Wilson den Kriegseintritt an, um die Investitionen der US-Banken zu schützen. Der Präsident brauchte aber ein sensationelles Ereignis, um die isolationistisch eingestellte amerikanische Bevölkerung und den US-Kongress umzustimmen und für die erstmalige Entsendung von US-Soldaten auf das europäische Festland zu gewinnen. Erneut waren es die Briten, die dabei eine Schlüsselrolle spielten. Am 19. Januar 1917 traf in der deutschen Botschaft in Washington ein Telegramm ein, das von dort an die deutsche

Botschaft in Mexiko weitergeschickt wurde. Darin wies der deutsche Staatssekretär Arthur Zimmermann, der Leiter des Auswärtigen Amtes, den deutschen Botschafter in Mexiko an, ein Bündnis zwischen Deutschland und Mexiko zu schließen, falls die USA ihre Neutralität aufgeben und in den Ersten Weltkrieg eingreifen sollten. Der Regierung von Mexiko wurde in diesem Falle von Deutschland Unterstützung in Aussicht gestellt für die Rückgewinnung von Teilen des 1848 an die Vereinigten Staaten verlorengegangenen Territoriums, als Mexiko im Vertrag von Guadalupe Hidalgo Kalifornien, Nevada, Arizona, Neu-Mexiko und Utah an die USA abtreten musste. Das Zimmermann-Telegramm war streng geheim, verschlüsselt und nur für die interne Kommunikation unter den deutschen Diplomaten gedacht. Es wurde aber vom britischen Marinegeheimdienst abgefangen und entschlüsselt und an US-Präsident Wilson weitergereicht.

Um Hass gegenüber Deutschland zu schüren, ließ US-Präsident Wilson das abgefangene Telegramm veröffentlichen. Am 1. März erschien das Zimmermann-Telegramm in der *New York Times*. Die US-Bevölkerung war entsetzt. Die amerikanischen Zeitungen behaupteten, Deutschland sei eine Allianz mit Mexiko eingegangen und werde versuchen, die an Mexiko grenzenden Staaten den USA zu entreißen. Das stimmte aber nicht. Deutschland war noch kein Bündnis mit Mexiko eingegangen. Das Telegramm forderte den deutschen Botschafter in Mexiko nur dazu auf, ein solches Bündnis zu prüfen, wenn die USA ihre Politik der Neutralität verlassen und Deutschland den Krieg erklären sollten. Diese Information wurde aber den amerikanischen Zeitungslesern bewusst vorenthalten.

Durch die Veröffentlichung des Zimmermann-Telegramms und der gleichzeitigen Versenkung amerikanischer Handelsschiffe durch deutsche U-Boote entstand ein Meinungsumschwung, den US-Präsident Wilson umgehend nutzte. Der US-Präsident trat am 2. April 1917 mit der Aufforderung vor den US-Kongress, die Abgeordneten sollten Deutschland den Krieg erklären. »Ich stelle fest, dass die in jüngster Zeit von der deutschen kaiserlichen Regierung verfolgte Politik nichts Geringeres ist als ein Krieg gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten«, behauptete Wilson in seiner Rede. Der US-Präsident beteuerte, nicht er suche den Krieg, sondern dieser werde den USA von Deutschland

aufgezwungen. »Der Kongress möge formell den uns aufgezwungenen Kriegszustand akzeptieren. Es ist schrecklich, dieses große friedliebende Volk in einen Krieg zu führen. Doch Recht ist kostbarer als Frieden«, so Wilson.[171]

Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus stimmten Präsident Wilson mehrheitlich zu. Doch es gab auch Opposition. Im Repräsentantenhaus stimmten fünfzig Abgeordnete gegen den Krieg, einschließlich Jeannette Rankin aus Montana, die als erste Frau in der amerikanischen Geschichte in den Kongress gewählt worden war. Sechs Senatoren lehnten den Krieg ab, darunter auch der Republikaner Bob LaFollette aus Wisconsin, der klug die sofortige Ausschreibung einer Volksbefragung über Frieden oder Krieg forderte, von der er zuversichtlich voraussagte, die Bevölkerung der USA würde sich 10:1 gegen den Krieg gegen Deutschland aussprechen. Aus 44 US-Bundesstaaten hätten ihn 15000 Briefe und Telegramme erreicht, erklärte LaFollette im Senat, welche zu mehr als 90 Prozent eine Beteiligung am Krieg in Europa nicht wollten. Die US-Medien diffamierten Senator LaFollette danach als »Befehlsempfänger des deutschen Kaisers«. Die von ihm geforderte Volksbefragung wurde nicht durchgeführt, da in den USA das Volk nie über den Beginn eines Krieges abstimmen darf.[172]

Am 6. April 1917 erklärten die USA Deutschland den Krieg. Im Dezember erfolgte die US-Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Im selben Jahr wurde in den USA die Wehrpflicht für alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren eingeführt. Im Juli 1917 landeten 14000 US-Soldaten in Frankreich. Damit hatten die USA erstmals in ihrer Geschichte Soldaten auf europäischen Boden entsandt. Bis Kriegsende sollten es zwei Millionen US-Soldaten werden. Das französische Parlament freute sich über den Kriegseintritt der USA an der Seite der Entente und rühmte die Entscheidung als »die größte Tat seit der Abschaffung der Sklaverei«. Auch der britische Premierminister Lloyd George lobte die Entscheidung der USA, gegen Deutschland Krieg zu führen, denn dieses Land sei der »blutigste Feind, der die Freiheit je bedroht hat.«[173]

Die Briten und Amerikaner wussten genau, wie man durch Kriegspropaganda die Gefühle und Gedanken der eigenen Bevölkerung

lenken und den Hass gegen den Gegner schüren kann. In den britischen Zeitungen wurden die Deutschen, Österreicher und Türken als brutale Unmenschen dargestellt und dadurch aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen. So zitierte die Londoner *Times* am 27. August 1914 einen Augenzeugen, der gesehen haben wollte, »wie deutsche Soldaten einem Baby, das sich am Rock seiner Mutter festhielt, die Arme abgehackt haben«. Fünf Tage später behauptete die *Times*: »Sie schneiden den kleinen Knaben die Hände ab, damit Frankreich keine Soldaten mehr haben soll.«[174]

US-Kriegspropaganda gegen Deutschland

Auch in den USA wurde Deutschland systematisch diffamiert. Am 14. April 1917, nur acht Tage nach Kriegseintritt, bewilligte US-Präsident Wilson einen Jahresetat von fünf Millionen Dollar für das Committee on Public Information (CPI), das für US-Propaganda im Ersten Weltkrieg zuständig war. Unter der Leitung des Journalisten George Creel finanzierte das CPI hunderttausende Redner, die öffentlich auftraten und kurze Reden hielten, dazu Schriftsteller, Karikaturisten und Journalisten, die alle für den Krieg trommelten. Deutsche Soldaten wurden mit Satansköpfen und Hörnern gezeichnet und als »brutale und bluttriefende Hunnen und Vandalen« diffamiert. Brutale CPI-Plakate schockierten die Öffentlichkeit, darunter ein Bild einer hilflosen Mutter, aus deren Armen deutsche Soldaten ein Baby entrissen. Der deutsche Kaiser wurde als Krimineller dargestellt. Und die preußische Pickelhaube wurde zum Kennzeichen des barbarischen und gefährlichen Deutschen. Ein CPI-Plakat zeigte Deutschland als einen wildgewordenen Gorilla mit riesigen Reißzähnen und Pickelhaube, der eine wehrlose Jungfrau entführt, dazu der Aufruf: »Zerstöre diesen verrückten Wüstling!«, verbunden mit der Aufforderung, sich beim US-Militär einzuschreiben.[175]

Erstmals wurden im Ersten Weltkrieg in der Propaganda auch bewegte Bilder eingesetzt, die in der Öffentlichkeit noch populärer waren als Karikaturen. Das CPI arbeitete eng mit der noch jungen Hollywood-Industrie zusammen. Filme wie »Der Kaiser: Die Bestie von Berlin«

wurden millionenfach in den US-Kinos gespielt. Ein anderer Film mit dem Titel »Zur Hölle mit dem Kaiser« war so beliebt, dass in Massachusetts die Polizei jene Menschen, die keine Eintrittskarten hatten, davon abhalten musste, das Kino zu stürmen. Durch die intensive Propaganda und die ständige Wiederholung wurde die Bevölkerung auf Kriegskurs gebracht. US-Journalisten, die sich gegen den Krieg wandten, wurden diffamiert. »Sollte ein Journalist negativ über den Krieg berichten, ließ die Antwort des CPI nicht lange auf sich warten. Er wurde öffentlich als Nestbeschmutzer und Vaterlandsverräter an den Pranger gestellt«, berichtet der deutsche Journalist Andreas Elter.[176]

Der Hass auf Deutschland nahm in den USA zu. In den Schulen wurde Deutsch als Unterrichtsfach abgeschafft, an Universitäten wurden die Institute für Germanistik geschlossen. Deutsche Bücher wurden aus öffentlichen Bibliotheken entfernt oder durften nicht mehr entliehen werden. Der Hamburger wurde in »liberty steak« umbenannt, und aus Sauerkraut wurde »liberty cabbage«. Durch die antideutsche Hexenjagd kamen die in den USA lebenden Deutschen sowie Amerikaner mit deutschen Wurzeln massiv unter Druck. »Deutschstämmige Bürger wurden oftmals geteert und gefedert und öffentlich in Parks angekettet, wo sie ›to hell with the Kaiser‹ rufen und die US-Flagge küssen mussten«, berichtet der deutsche Historiker Rolf Steininger, der an der Universität Innsbruck lehrte. In der aufgeheizten Stimmung kam es sogar zu Lynchmorden. In Illinois wurde der deutschstämmige Robert Prager als angeblicher Spion aufgehängt, die Täter wurden freigesprochen.[177]

Mit der Verabschiedung des Spionagegesetzes am 15. Juni 1917 wurden alle pazifistischen Reden, die ein Gegengewicht zur Propaganda hätten bilden können, unter Strafe gestellt. »Es ist untersagt, Reden zu halten, die den Kriegswillen unterminieren«, erklärte das Spionagegesetz, das nicht nur gegen Spione, sondern auch gegen Pazifisten gerichtet war und zu den repressivsten Gesetzen in der Geschichte der USA zählt. »Jegliche Äußerung, die dazu geeignet ist, die Loyalität mit den kämpfenden Truppen in Frage zu stellen, steht ebenfalls unter Strafe. Die Strafe für die oben genannten Verbrechen soll mindestens 10000 Dollar und/oder eine Haft von nicht mehr als 20 Jahren betragen.« Damit wurden Kriegsgegner massiv

eingeschüchtert. Das Gesetz war eine erhebliche Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit und damit ein Verstoß gegen den ersten Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der lautet: »Der Kongress soll kein Gesetz erlassen, das die Presse- und Meinungsfreiheit einschränkt.«[178]

Nicht alle beugten sich dem neuen Gesetz. Der mutige US-Sozialist Eugene Debs hielt am 16. Juni 1918 in Canton, Ohio, trotzdem eine Rede gegen den Ersten Weltkrieg. »Eroberung und Plünderung waren in der gesamten Geschichte die Gründe für Kriege, und das ist das Wesen des Krieges«, so Debs. »Immer schon hat die Klasse der Herrschenden Kriege erklärt. Und immer schon hat die Klasse der Untertanen die Schlachten geschlagen.« Der Krieg sei nicht im Interesse der Arbeiterklasse, erklärte Debs seinen Zuhörern. »Die Oberschicht hat viel zu gewinnen und nichts zu verlieren, während die Unterschicht nichts zu gewinnen hat, aber alles verlieren kann, vor allem ihr Leben.« Warum dürfe das Volk, das die Kriege führt, dann nicht selbst darüber abstimmen, wann ein Krieg erklärt werde? »Ihr riskiert euer Leben! Dann habt doch sicher ihr, mehr als alle anderen, das Recht, über die so wichtigen Themen Krieg oder Frieden zu entscheiden«, erklärte Debs unter Applaus und forderte eine Befragung des Volkes, die es aber nicht gab.[179]

Die US-Regierung war erzürnt. Debs wurde unter dem repressiven Spionagegesetz angeklagt und musste vor dem Richter erscheinen. Mehr als hundert Jahre später wurden auch die Whistleblower Edward Snowden und Julian Assange mit dem Spionagegesetz angeklagt, das die freie Rede stark einschränkt. »Euer Ehren, vor Jahren erkannte ich meine Verwandtschaft mit allen lebenden Wesen und kam zu dem Schluss, dass ich kein bisschen besser als der geringste Mensch auf Erden bin«, so Debs in seiner Verteidigung, die er selbst übernahm. »Ich sagte damals, und ich sage es heute, solange es eine Unterschicht gibt, gehöre ich ihr an; solange es ein verbrecherisches Element gibt, gehöre ich dazu; solange ein Mensch im Gefängnis sitzt, bin ich nicht frei.« Den Richter überzeugte das nicht. Der Friedensaktivist Debs wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und trat im April 1919 seine Haftstrafe im Bundesgefängnis in Atlanta, Georgia an. Er wurde im Dezember 1921 vorzeitig entlassen, nachdem ihm Präsident Warren Harding die restliche Haftzeit erlassen hatte.[180]

Als im Februar 1917 Russland in der kommunistischen Revolution versank und als Ostfront gegen Deutschland ausfiel, erhöhte Deutschland mit seinen 145 U-Booten den Druck auf Großbritannien, versenkte mit Erfolg die britischen Schiffe und war dabei, die Seeblockade zu zerschlagen. Der britische Admiral John Jellicoe, Befehlshaber der Grand Fleet, meinte damals zu seinem US-Kollegen Admiral William Sims: »Wir können unmöglich weiterkämpfen, wenn die Verluste weiter so hoch sind. Die Deutschen werden den Krieg gewinnen, wenn wir diesen Verlusten keinen Einhalt gebieten können – und zwar bald.« Erst mit dem Kriegseintritt der USA wendete sich das Blatt. Die Industrie in den USA unterstützte die Entente. Die USA begannen, schneller Schiffe zu bauen, als die deutschen U-Boote diese versenken konnten.[181]

Der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg war kriegsentscheidend. Die USA siegten an der Seite der Briten und Franzosen im Kampf gegen Deutschland und Österreich. Von den zwei Millionen US-Soldaten, die in Frankreich gelandet waren, fielen über 116000. Die Verluste der Europäer waren noch größer und übertrafen die aller früheren Kriege. Deutschland zählte zwei Millionen gefallene Soldaten, Österreich-Ungarn beklagte mehr als eine Million tote Soldaten. Insgesamt starben in Europa knapp zehn Millionen Soldaten und zwischen acht und zehn Millionen Zivilisten, letztere häufig an Krankheiten oder Hunger, wodurch die Gesamtzahl der Toten im Ersten Weltkrieg bei fast 20 Millionen Menschen lag.[182]

Die Reparationen und der Vertrag von Versailles 1919

Mit dem Sieg im Ersten Weltkrieg stiegen die USA zur neuen dominanten Macht in der Welt auf. Die Händler des Todes, die aus dem Krieg obszöne Profite geschlagen hatten, wurden nicht verurteilt, nichts konnte bewiesen werden. Der Erste Weltkrieg endete mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in Frankreich am 28. Juni 1919. Mit der berühmten Kriegsschuldklausel wurde Deutschland die alleinige Schuld für den Ausbruch des Krieges zugeschoben, obwohl dies nicht stimmte. Deutschland wurde verpflichtet, rund 33 Milliarden Dollar an Kriegsreparationen an die Entente zu bezahlen. Thomas Lamont, ein

führender Mitarbeiter der US-Bank J. P. Morgan, nahm persönlich an den Verhandlungen in Versailles teil und sorgte dafür, dass die deutschen Reparationszahlungen an Großbritannien und Frankreich diese in die Lage versetzten, die gigantischen Summen zurückzubezahlen, die sie während des Krieges bei den Händlern des Todes in den USA aufgenommen hatten. Deutschland musste zudem sämtliche Kolonien und zehn Prozent seines Staatsgebietes abgeben, wodurch sich Millionen deutscher Bürger unvermittelt außerhalb der Grenzen ihres geschrumpften Landes wiederfanden.[183]

Deutschland empfand die drakonischen Vertragsbedingungen von Versailles als ungerecht, konnte aber angesichts der totalen militärischen Niederlage nichts dagegen tun. Ohne das Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg »wäre es weder zu Versailles noch zum Nationalsozialismus, noch zu einem Hitler als Reichskanzler, noch zum Zweiten Weltkrieg gekommen«, glaubt Gerd Schultze-Rhonhof, Generalmajor der deutschen Bundeswehr. Als die deutsche Regierung sich weigerte, die hohen Reparationen zu bezahlen, besetzten am 8. März 1921 französische Truppen Düsseldorf und Duisburg. Deutschland nahm daraufhin die Zahlung der Reparationen wieder auf, die über Paris und London zurück in die USA flossen. Als Deutschland mit den Reparationszahlungen in Verzug geriet, besetzten französische und belgische Truppen 1923 erneut das Ruhrgebiet. Ein neuer Zahlungsplan ermöglichte es, dass Deutschland nicht total zusammenbrach, weil die wackelige internationale Finanzarchitektur auf den deutschen Kriegsreparationen beruhte. US-Präsident Wilson, einer der zentralen Akteure im Ersten Weltkrieg, hatte mit der Abwicklung der Reparationen aber nichts mehr zu tun. Er erlitt am 19. September 1921 während einer Rede in Colorado einen schweren Schlaganfall und war für den Rest seines Lebens halbseitig gelähmt.[184]

»Versailles wurde zum großen Trauma der Deutschen«, erklärt auch der deutsche Historiker Eberhard Kolb, der an der Universität Köln lehrte. Sowohl die linken wie auch die rechten Parteien lehnten den »Diktatfrieden«, wie sie ihn nannten, ab. »In keiner Frage waren sich die zerstrittenen Parteien und politischen Lager so einig wie in der Verurteilung des Friedensvertrags, wobei vor allem der Kriegsschuld-Artikel die

Gemüter erregte und nahezu einmütig abgelehnt wurde«, so Kolb. Die Reparationszahlungen waren in Deutschland verhasst und stärkten den Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) von Adolf Hitler. Als Hitler und die Nazis an die Macht kamen, stoppten sie die Tilgung der Auslandsschulden.[185]

Erst nachdem Deutschland im Zweiten Weltkrieg erneut von den USA besiegt worden war, nahm Berlin die Zahlung von Reparationen wieder auf. Im Jahre 2010 zahlte Deutschland »die letzte Rate seiner Kriegsschulden«, berichtete *Die Zeit*. Zum Tag der Deutschen Einheit wurden die letzten 200 Millionen Euro überwiesen. Damit waren alle Reparationszahlungen abgeschlossen. Die Belastung des Deutschen Reichs durch die Versailler Verträge war ein »begünstigender Faktor für die Machtergreifung Hitlers«, erklärte *Die Zeit* ihren Lesern. Und der Historiker Eberhard Kolb fügt an: »Es waren gewaltige Geldbeträge und Sachleistungen, die Deutschland als ›Wiedergutmachung‹ erbracht hat.«[186]

7. Die USA und der Zweite Weltkrieg

Mit dem Zweiten Weltkrieg stiegen die Vereinigten Staaten von Amerika unter Präsident Franklin Roosevelt endgültig zur größten Macht auf Erden auf. Der Zweite Weltkrieg, der 1939 begann, ist die größte durch Menschen verursachte Katastrophe in der Geschichte der Menschheit. Er endete 1945 mit dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki und zeichnete sich durch ein hohes Maß an Brutalität und Rücksichtslosigkeit aus. Am Schluss waren rund 60 Millionen Tote zu beklagen, die Mehrheit davon Zivilisten sowie eine unbekannte Anzahl von Schwerverletzten und Traumatisierten. Nie zuvor, und niemals danach, hat ein Krieg so viele Opfer gefordert. Mit 27 Millionen Toten, davon 14 Millionen Zivilisten, beklagte die Sowjetunion die größten Verluste. Deutschland zählte mehr als sechs Millionen Tote, darunter eine Million Zivilisten. Auch für Polen war der Krieg eine Katastrophe, das Land beklagte sechs Millionen Tote, darunter mehr als fünf Millionen Zivilisten. Japan verlor rund vier Millionen Menschen, darunter fast zwei Millionen Zivilisten. Die USA zählten 400000 tote Soldaten, aber praktisch keine toten Zivilisten, weil der Krieg nicht in Nordamerika geführt wurde. Der Zweite Weltkrieg hat die Friedensbewegung und die Nachkriegsgeneration in ihrer festen Überzeugung bestärkt, dass Konflikte, wenn immer möglich, ohne Gewalt gelöst werden müssen, und dass niemand aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen werden darf.[187]

Der Reichstagsbrand 1933

Wie war es der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) gelungen, das Volk der Dichter und Denker so geschickt auf den Weg in den eigenen Untergang umzuleiten? Mit Lüge und Propaganda. Wobei der Reichstagsbrand bei der Machtergreifung der Nazis eine entscheidende Rolle spielte. Vier Wochen nachdem Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, brannte in der Nacht vom 27. Februar 1933 in Berlin der Reichstag, der Sitz des deutschen Parlamentes. Hitler reagierte hysterisch und schrie, dass der Brand die Tat der Kommunisten und der Beginn eines kommunistischen Aufstandes sei. Doch das war eine Lüge. Es deutet heute alles darauf hin, dass der Reichstagsbrand eine verdeckte Operation der Nazis unter falscher Flagge war. Die Sturmabteilung (SA), eine paramilitärische Kampforganisation der Nazis, führte vermutlich den Anschlag aus. Reichstagspräsident Hermann Göring, der im nahe gelegenen Reichstagspräsidentenpalais residierte, und Joseph Goebbels, Hitlers Propagandaminister, ließen das Feuer vermutlich selbst durch SA-Mitglieder entzünden und schoben die Tat danach Marinus van der Lubbe in die Schuhe, einem geistig zurückgebliebenen Kommunisten aus Holland. Die SA-Mitglieder entkamen durch einen unterirdischen Tunnel zwischen dem Reichstagsgebäude und dem Präsidentenpalais.[188]

Reichskanzler Hitler ließ nach dem Brand kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, Intellektuelle und Politiker verfolgen und festnehmen. Linke Zeitungen wurden geschlossen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Presse- und Versammlungsrecht wurden abgeschafft. Warum verschloss die Masse in Deutschland bewusst die Augen, als immer mehr Nachbarn über Nacht einfach verschwanden? Weil sich viele der Nazi-Propaganda hingaben. Immer wieder wurden dieselben Parolen wiederholt und die Menschheitsfamilie gespalten. Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels war der Ansicht, dass »das Volk meist viel primitiver ist, als wir uns das vorstellen. Das Wesen der Propaganda ist deshalb unentwegt die Einfachheit und die Wiederholung.«[189]

Van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet, obwohl er mit großer Wahrscheinlichkeit unschuldig war. »Die Theorie, dass Marinus van der Lubbe den Reichstag alleine angezündet hat, ist absolut unhaltbar«, so der US-Historiker Benjamin Hett, das »Beweismaterial, das dagegen

spricht ist überwältigend.« Eine einzelne Person habe unmöglich so viele Brandherde legen können. Zudem wurden Gegenstände zum Feuerlegen im Reichstag gefunden, die van der Lubbe gar nicht verwendet hat – wie zum Beispiel eine Brandfackel, die im Plenarsaal von der Polizei entdeckt wurde. »Am wahrscheinlichsten ist die Version, nach der eine kleine Gruppe von SA-Männern, wahrscheinlich unter der Führung des Brandexperten Hans Georg Gewehr von der SA, den Brand im Plenarsaal präpariert und entzündet hat, ohne dass van der Lubbe davon etwas wusste«, erklärt Hett, der den Reichstagsbrand genau untersucht hat. Der Holländer van der Lubbe sei nur ein Bauernopfer gewesen.[190]

Das Prinzip Menschheitsfamilie wird verraten

Reichskanzler Adolf Hitler und alle führenden Nazis erklärten die Deutschen zum »germanischen Herrenvolk«, alle anderen wurden als »Untermenschen« aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen. Jede Empathie mit dem Gegner wurde verboten. »Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und sonst zu niemandem«, forderte Heinrich Himmler, der Leiter der Schutzstaffel (SS), am 4. Oktober 1943 im polnischen Posen am SS-Gruppenführertag. »Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig«, so Himmler. »Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.« Ein tiefer und breiter Panzergraben soll feindliche Panzer am Vorrücken hindern. »Ich wünsche, dass die SS mit dieser Einstellung dem Problem aller fremden, nichtgermanischen Völker gegenübertritt, vor allem den Russen.«[191]

Jede Spaltung der Menschheitsfamilie und Abwertung einer ausgewählten Gruppe löscht das Mitgefühl aus. Die Nazis spalteten die Menschheitsfamilie in »gute Germanen« und »wertlose Untermenschen«.

Dieser Rassismus war menschenverachtend und tödlich. Die Juden wurden von den Nationalsozialisten aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen, sechs Millionen wurden in Konzentrationslagern getötet. Ebenso wurden tausende geistig und körperlich behinderte Menschen von den Nazis ermordet. Das Spalten der Menschheitsfamilie und Abwerten einer Gruppe verläuft immer gleich. In Nordamerika hatten die US-Amerikaner während der Indianerkriege und des Sklavenhandels die Indianer als »barbarische Wilde« und die Schwarzen als »Tiere« abgewertet und dadurch aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen. Im Zweiten Weltkrieg diffamierten sie die Japaner als »gelbe Affen« und warfen Atombomben auf sie ab. Doch die Behauptung, dass bestimmte Rassen oder Volksgruppen von Natur aus anderen überlegen oder unterlegen sind, ist falsch. Die Geschichte zeigt, dass immer dann, wenn das Prinzip Menschheitsfamilie verraten wurde, großes Leid folgte.

Die USA beliefern Adolf Hitler mit Erdöl

Oft wird die Geschichte zum Zweiten Weltkrieg so erzählt, dass die USA bis Pearl Harbor nur ein unbeteiligter Zuschauer an der Seitenlinie waren, bevor sie gegen ihren Willen durch Japan in den Krieg hineingezerrt wurden. Doch das trifft nicht zu. Die USA haben schon vor ihrem offiziellen Kriegseintritt hinter den Kulissen Einfluss auf den Krieg genommen, indem sie Reichskanzler Adolf Hitler mit Erdöl belieferten. Dies war entscheidend. Denn der Zweite Weltkrieg war durch hohe Mobilität zu Lande, zu Wasser und in der Luft charakterisiert. Diese Mobilität, das wussten alle Kriegsparteien, konnte nur durch den Zufluss von Energie, in erster Linie Erdöl, garantiert werden. Deutschland und Italien verfügten aber nicht über nennenswerte Erdölquellen im eigenen Boden und waren daher auf Importe angewiesen.

Italien verfolgte unter Ministerpräsident Benito Mussolini eine aggressive Außenpolitik und griff am 3. Oktober 1935 Äthiopien an. Trotzdem wurde Italien der Erdölhahn nicht zugedreht. Der Völkerbund, ein nach dem Ersten Weltkrieg erschaffenes System zur kollektiven Friedenssicherung, verurteilte Italien zwar als Aggressor und verhängte

Sanktionen, doch der vom englischen Außenminister Anthony Eden geforderte Erdöllieferstopp wurde explizit von den Sanktionen ausgenommen. »Wenn der Völkerbund dem Ratschlag von Eden im Äthiopienstreit gefolgt wäre und die Wirtschaftssanktionen auch auf das Erdöl ausgedehnt hätte«, so Mussolini später gegenüber Hitler, »hätte ich innerhalb einer Woche aus Äthiopien abziehen müssen. Das wäre ein unglaubliches Desaster für mich gewesen.«[192]

Auch Deutschland saß auf dem Trockenen. Adolf Hitler wusste, dass die kleinen Erdölquellen auf deutschem Boden zu wenig für einen Angriffskrieg hergaben. Im sogenannten »Reichsbohrprogramm« ließ Hitler in ganz Deutschland nach Erdöl bohren, aber mit nur sehr bescheidenem Erfolg. Die Nazis versuchten daher aus der deutschen Kohle, die reichlich im eigenen Boden vorhanden war, Erdöl herzustellen. Das Chemieunternehmen IG Farben mit Hauptsitz in Frankfurt am Main war der führende Hersteller von Ersatzerdöl aus Kohle und produzierte unter anderem in Leuna, weshalb der Treibstoff aus Kohle als »Ersatz« oder »Leunabenzin« bekannt war. Doch der Umwandlungsprozess war aufwändig, rund fünf Tonnen Steinkohle waren nötig, um eine Tonne Benzin zu gewinnen. »Die Frage, wie hoch die Produktionskosten für diese Rohstoffe sind, spielt keine Rolle«, erklärte Adolf Hitler. Deutscher Treibstoff müsse »eine Realität werden, auch wenn dafür Opfer notwendig sind.«[193]

Doch trotz Leunabenzin und Reichsbohrprogramm war Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkriegs weit davon entfernt, seinen Erdölbedarf durch im Inland geförderte Kohle oder im Inland gefördertes Erdöl decken zu können. Gemessen wird der Erdölverbrauch eines Landes in Fass zu je 159 Litern. Von den 100000 Fass Erdöl, die Deutschland 1938 pro Tag brauchte, wurden nur gerade 2000 künstlich aus Kohle erzeugt, und weitere 10000 Fass konnten aus den bescheidenen deutschen Erdölquellen gewonnen werden. Mit diesen 12000 Fass konnte Hitler also nur zwölf Prozent seines Erdölbedarfs decken und war mit Importen von 88000 Fass pro Tag stark vom Ausland abhängig.[194]

Der US-Journalist Russell Freeburg, der als Soldat im Zweiten Weltkrieg diente und später für die *Chicago Tribune* schrieb, untersuchte

mit Robert Goralski, der auch als US-Soldat im Zweiten Weltkrieg diente und später als Journalist für *NBC News* arbeitete, den Erdölhandel im Zweiten Weltkrieg. Die USA waren damals der größte Erdölproduzent der Welt. Zu Beginn des Krieges produzierten die USA 3,5 Millionen Fass pro Tag, was 60 Prozent der damaligen Weltförderung entsprach. Bis 1945 konnten die USA ihre Erdölförderung auf 4,7 Millionen Fass pro Tag steigern. Wer im Zweiten Weltkrieg mit den USA kämpfte, hatte genügend Erdöl und gewann. Wer gegen die USA kämpfte, hatte zu wenig Erdöl und verlor.[195]

Freeburg und Goralski weisen nach, dass die USA der wichtigste Erdöllieferant von Adolf Hitler waren. Deutschland bezog kurz vor Kriegsausbruch 25000 Fass Erdöl pro Tag aus den USA sowie je 10000 Fass aus Rumänien und Mexiko und kleinere Mengen aus Venezuela, Russland, Iran und Peru. Hitler konnte aber nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass die USA unter Präsident Franklin Roosevelt Deutschland auch nach einer militärischen Aggression weiter beliefern würden. Eine erste Belastungsprobe für die deutschen Erdölimporte kam, als Hitler am 7. März 1936 das entmilitarisierte Rheinland besetzte. Mit dieser Aggression verletzte Hitler den Vertrag von Locarno, in dem sich Frankreich, Belgien und Deutschland darauf geeinigt hatten, die im Vertrag von Versailles gezogene Westgrenze, die Deutschland als ungerecht empfand, nicht gewaltsam zu verändern. Russland stoppte nach der Besetzung des Rheinlandes prompt die Lieferung von Erdöl an Deutschland. Da jedoch die USA, Venezuela und Rumänien weiter lieferten, blieb die Versorgung von Deutschland gesichert.[196]

Schon im Sommer 1936 folgte die nächste Belastungsprobe, als Hitler und Mussolini den Militärputsch des faschistischen Generals Francisco Franco in Spanien unterstützten. Die spanischen Putschisten um Franco hatten im Februar 1936 die demokratisch gewählte republikanische Regierung Spaniens gestürzt, verfügten aber nur über rudimentäre Luftkriegskapazitäten und fragten daher Deutschland und Italien um Hilfe, worauf diese ab Juli 1936 Transportflugzeuge nach Spanien schickten. Als die spanischen Republikaner, unterstützt durch die Sowjetunion und freiwillige sozialistische Kämpfer aus verschiedenen europäischen Ländern,

immer erfolgreicher waren und Franco und die Putschisten in die Enge trieben, schickte Hitler am 30. Oktober 1936 die Legion Condor. Die mit Erdöl angetriebenen deutschen Kampfflugzeuge und Bomber griffen direkt in den Spanischen Bürgerkrieg ein. Berüchtigt wurde die Bombardierung des baskischen Städtchens Guernica am 26. April 1937. Das Massaker wurde als Symbol für die Gräuel des Krieges durch den berühmten spanischen Maler Pablo Picasso in einem Gemälde festgehalten. Die Operation Condor war streng geheim. Die deutschen Piloten reisten als Urlauber in Spanien ein und operierten in Uniformen ohne jeden Hinweis auf ihre Herkunft. In Deutschland wurde die Existenz der Legion Condor bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geleugnet. Der Einsatz der deutschen Luftwaffe gilt als wichtig für den Sieg von Franco im Spanischen Bürgerkrieg. Trotzdem belieferten die USA Adolf Hitler weiterhin mit Erdöl.[197]

Henry Ford beliefert die Wehrmacht mit Armeefahrzeugen

Nicht alle einflussreichen Menschen in den USA waren gegenüber Adolf Hitler feindlich eingestellt. Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford, wie Hitler ein überzeugter Antisemit, bewunderte die Nazis und erhielt daher zu seinem 75. Geburtstag im August 1938 das Großkreuz des Deutschen Adlerordens, die höchste Auszeichnung des nationalsozialistischen Deutschland für Ausländer. Hitler hatte in seinem Büro ein Porträt von Henry Ford hängen. Henry Ford belieferte während des Zweiten Weltkriegs beide Seiten. Die Ford Motor Company in den USA war der drittgrößte Rüstungslieferant für die US-Armee. Gleichzeitig lieferten die Ford-Werke auch massenhaft Armeefahrzeuge an die deutsche Wehrmacht. »Wenn die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht gebracht wurden, schuldig an Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren, dann traf das auch auf ihre Partner in der Familie Ford zu«, erklärt der britische Historiker Antony Sutton. »Aber die Ford-Geschichte wurde durch Washington vertuscht, wie alles andere, was die Finanzelite an der Wall Street betraf.«[198]

Deutschland unter Hitler war für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich, das ist durch die historische Forschung klar bewiesen. Aber die USA und Großbritannien waren keine unbeteiligten Zuschauer. Gemäß dem deutschen Philosophen Edgar Dahl hatte US-Präsident Roosevelt die Spannungen zwischen Deutschland und Polen absichtlich geschürt und damit zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beigetragen. Auch der in den USA geborene Politologe Guido Preparata, der an der Universität Vancouver in Kanada lehrt, ist der Ansicht, dass die Briten und die USA ein Interesse am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatten. »Die Siegermächte züchteten Hitler ganz bewusst heran, um Deutschland als potenzielle Gefahr für geopolitische Interessen des angloamerikanischen Staatenbundes ein für alle Mal zu beseitigen«, sagt Preparata, dessen Forschungsresultate in Deutschland kaum diskutiert werden. Hitlers »militärische Aggressivität« und »rassistische Feindseligkeit gegenüber den Russen und Slawen« führte Deutschland in den Untergang. »Das war ein grenzenloser Triumph für die Anglo-Amerikaner«, so Preparata.[199]

Auch nach dem Angriff von Deutschland auf Polen am 1. September 1939 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte Roosevelt erstaunlicherweise die Erdöllieferungen an Adolf Hitler nicht ein. Nach der Einnahme Polens landeten die Deutschen, die weiterhin mit Erdöl aus den USA versorgt wurden, im April 1940 in Norwegen und hatten nach kurzer Zeit das ganze Land in der Hand. Auch Dänemark wurde von der Wehrmacht besetzt. Im Frühling und Sommer 1940 fielen Belgien, Holland, Luxemburg und dann Frankreich. Nur Großbritannien konnte von Deutschland im Luftkrieg im Herbst 1940 nicht bezwungen werden, worauf Hitler die geplante Invasion der Insel aufschob. 1941 fielen auch Jugoslawien und Griechenland. Deutschland hatte in erstaunlich kurzer Zeit fast ganz Europa mit Blitzkriegen besetzt. Die Basis dafür bildete das Erdöl, das Deutschland fast vollständig importieren musste.

Die Wiederwahl von Präsident Roosevelt 1940

England lag nahezu am Boden, war von einer Landung deutscher Truppen bedroht und litt unter den Schlägen der deutschen U-Boote, als im

September 1940 US-Präsident Roosevelt 50 US-Kriegsschiffe an Großbritannien lieferte. Doch Waffenlieferungen reichten nicht aus, um die Sicherheit von Großbritannien zu garantieren. Im Sommer 1941 schrieb der ranghöchste Offizier in der US-Armee, Generalstabschef George Marshall, an Präsident Roosevelt: »Großbritannien hat die Grenzen seines nutzbaren Menschenpotentials erreicht. Wir müssen seine Kräfte ergänzen … Deutschland kann nicht allein durch Waffenlieferungen an befreundete Nationen oder durch Luft- und Seeoperationen bezwungen werden. Es werden dazu starke Landstreitkräfte erforderlich sein.« Marshall forderte den Kriegseintritt der USA an der Seite von England und US-Soldaten auf europäischem Boden.[200]

US-Präsident Roosevelt teilte diese Meinung. Aber die US-Bevölkerung und auch der US-Kongress waren strikt dagegen. Wenn aber die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit Japan verwickelt werden könnten, so wusste Roosevelt, würde das vermutlich einen Dominoeffekt auslösen und auch Krieg mit Deutschland bedeuten, weil Japan, Deutschland und Italien sich im sogenannten Dreimächtepakt am 27. September 1940 gegenseitige Unterstützung zugesichert hatten. »In erster Linie wollte Roosevelt gegen Deutschland Krieg führen«, erklärt der US-Journalist George Morgenstern von der *Chicago Tribune*, der seinerzeit führenden isolationistischen Zeitung in den USA. »Aber als Hitler ihm keinen Vorwand für eine Kriegserklärung liefern wollte, wandte er sich dem Pazifik und Japan zu, um durch die Hintertür in den Krieg in Europa einzutreten. Der Dreimächtepakt stellte schließlich sicher, dass er einen Krieg mit allen drei Partnern bekommen würde, wenn er ihn mit einem anfing.«[201]

US-Präsident Roosevelt galt in der Öffentlichkeit als Freund des kleinen Mannes und Vertreter des Friedens. Aber dieser Eindruck täuschte. Der britische Historiker Antony Sutton deckte auf, dass der Aufstieg von Roosevelt von den Superreichen ermöglicht wurde. Gemäß Sutton hatten die reichen Familien du Pont und Rockefeller im Wahlkampf 1932 Roosevelt unterstützt und ihn so 1933 ins Weiße Haus gebracht. Sutton kommt in seiner Forschung zu dem Schluss, dass fast 80 Prozent des Geldes, das Roosevelt für seinen Wahlkampf benötigte, von der Wall Street kam. Roosevelt selbst war sich seiner Abhängigkeit von den Superreichen

durchaus bewusst und wusste auch, dass diese seit US-Präsident Andrew Jackson (1767–1845) die Politik aus dem Hintergrund steuern. »Die tatsächliche Wahrheit ist, und das wissen Sie genau so gut wie ich, dass seit den Tagen von Andrew Jackson gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen«, schrieb US-Präsident Roosevelt 1933 in einem vertraulichen Brief an den US-Diplomaten Edward Mandell House. Natürlich wurde diese Aussage nicht publik gemacht.[202]

Während in Europa und Asien der Zweite Weltkrieg tobte, musste sich Präsident Roosevelt am 5. November 1940 der Wiederwahl stellen. Da er seit 1933 schon zwei Amtszeiten zu je vier Jahren absolviert hatte, war unklar, ob er nochmals antreten würde. Denn nie zuvor hatte ein Präsident mehr als zwei Amtsperioden absolviert, und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dies sogar explizit verboten. Zudem litt der Präsident an Kinderlähmung, von der Hüfte ab war er weitgehend gelähmt und benutzte daher einen Rollstuhl. Viele US-Amerikaner glaubten irrtümlich, Roosevelt sei der richtige Mann, um das Land aus dem Krieg herauszuhalten. Denn Roosevelt hatte gegenüber der Bevölkerung immer erklärt, er werde die USA nicht in den Krieg führen. Kurz vor dem Wahltag versprach Roosevelt am 30. Oktober 1940 in einer Rede in Boston: »Ich habe es bereits gesagt, und ich werde es wieder und wieder sagen: Eure Söhne werden nicht in irgendwelche ausländischen Kriege geschickt werden.« Die Bevölkerung glaubte ihm und wählte den Demokraten mit 54 Prozent der Stimmen für eine dritte Amtszeit. Aber Roosevelt hatte das Volk getäuscht. Er war kein Mann des Friedens.[203]

Die USA unterbrechen die Erdöllieferungen an Japan 1941

Im Onlinelexikon *Wikipedia*, das nicht nur von Schülern, sondern auch von Lehrern und Journalisten viel genutzt wird, steht im deutschen Artikel »Angriff auf Pearl Harbor«, dass dieser »Überraschungsangriff« für die USA völlig unerwartet kam. Doch das stimmt nicht. Präsident Roosevelt und seine engsten Mitarbeiter wussten nicht nur über den kommenden Angriff Bescheid, sondern hatten ihn sogar gezielt provoziert, indem sie

Japan den Erdölhahn zudrehten. Das war eine Verschwörung, also eine geheime Absprache unter zwei oder mehr Personen. Verschwörungen gibt es immer wieder in der Geschichte. Doch auf *Wikipedia* wird im Eintrag zu Pearl Harbor diese reale Verschwörung als »Verschwörungstheorie« abgetan, die angeblich »von der Mehrzahl der Historiker mangels seriöser Belege zurückgewiesen« werde. Natürlich haben Historiker zu Pearl Harbor unterschiedliche Auffassungen. Einige, darunter Manfred Berg, der an der Universität Heidelberg lehrt, stufen dieses Ereignis tatsächlich als einen Überraschungsangriff ein. Andere aber nicht. Es gibt keine Abstimmung unter den Historikern in allen Ländern der Welt und auch nicht im deutschsprachigen Raum, aus der hervorgehen würde, was die Mehrheit zu Pearl Harbor denkt. Die Behauptung von Wikipedia ist ohne Grundlage. Auch die *Neue Zürcher Zeitung* führt ihre Leser in die Irre. »Die Überraschung war total. Der Angriff traf die Amerikaner unvorbereitet«, behauptet die *Neue Züricher Zeitung*. Das ist aber nicht richtig. Nur das Volk und der Kongress waren überrascht, der Präsident und die Verschwörer waren es nicht. Präsident Roosevelt und seine engsten Berater hatten alles dafür gegeben, dass Japan den ersten Schuss auf die USA abgibt.[204]

Es wird erstaunlich viel Aufwand betrieben, um die Massen über Pearl Harbor zu täuschen. Der für 130 Millionen Dollar produzierte Spielfilm »Pearl Harbor« mit den bekannten Schauspielern Ben Affleck und Kate Beckinsale, der in den USA 2001 ins Kino kam, stellt den Angriff der Japaner als völlige Überraschung dar und wurde von Millionen Menschen gesehen. Besser informiert sind die Leser der Zeitung *Rubikon*, welche richtig schreibt: »Präsident Roosevelt wusste von dem bevorstehenden Angriff Japans auf Pearl Harbor, aber verschwieg sein Wissen vor den Betroffenen«, so ein *Rubikon*-Artikel aus dem Jahr 2018. »Die Empörung über das Gemetzel benutzte Roosevelt dann, um die zögernde Bevölkerung auf die Teilnahme der USA am Zweiten Weltkrieg einzustimmen.«[205]

Die Fakten zeigen klar, dass Roosevelt sofort nach seiner Wiederwahl die Spannungen mit Japan absichtlich eskalieren ließ. Der Marinegeheimdienst der USA, das Office of Naval Intelligence (ONI), kannte die Schwächen der Japaner. Der ONI-Mitarbeiter Arthur McCollum

hatte am 7. Oktober 1940 einen Plan vorgelegt, wie man Japan Schritt für Schritt zu einem Angriff auf die USA provozieren könnte. Roosevelt wünschte, dass Japan die erste offene Kriegshandlung begeht, da nur durch einen Schock die US-Bevölkerung und der US-Kongress von der Notwendigkeit eines Krieges gegen Japan und Deutschland überzeugt werden könnten.[206]

Der Provokationsplan des Marinegeheimdienstes schlug vor, ein »Geschwader schwerer Kreuzer mit großem Aktionsradius« nach Japan zu entsenden. Roosevelt folgte dem Plan und schickte im März und Juli 1941, unter Missachtung internationalen Rechts, Flottensonderkommandos über den Pazifik in japanische Hoheitsgewässer, um die Japaner zu provozieren. Die US-Kriegsschiffe, die keine Schüsse abgaben, tauchten plötzlich und wiederholt in der Meerenge zwischen den japanischen Inseln Kyushu und Shikoku auf, dem Hauptoperationsgebiet der Kaiserlich-Japanischen Marine. Die Provokationen reichten aber nicht aus, um Japan zu einer Kriegshandlung gegenüber den USA zu bewegen. Die Japaner begnügten sich mit diplomatischem Protest und beklagten das unerlaubte Eindringen von US-Kriegsschiffen in japanische Hoheitsgewässer.[207]

Ein weiterer Vorschlag des Provokationsplanes riet zur »Konzentration der im Pazifikraum stationierten US-Kriegsschiffe im engen Umkreis der Inseln von Hawaii«. Man solle die US-Pazifikflotte von ihren Stützpunkten an der amerikanischen Westküste abziehen und weit hinaus in den Pazifik verlegen, näher an Japan. Auch diesen Vorschlag setzte Roosevelt um. US-Admiral James Richardson, der Kommandant der Pazifikflotte, hielt das für einen Fehler und versuchte den Präsidenten umzustimmen. Der Admiral kritisierte, dass es auf Hawaii an Trockendocks und umfangreichen Munitions- und Treibstoffvorräten fehle. Zudem sinke die Truppenmoral bei andauernder Trennung der Männer von ihren Familien. Es sei viel klüger, die Flotte an der Westküste zu belassen. Doch US-Präsident Roosevelt bestand darauf, dass die Pazifikflotte nach Hawaii verlegt werde. Admiral Richardson gewann den Eindruck, dass Roosevelt »voll und ganz entschlossen war, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu führen«.[208]

Die Inselgruppe Hawaii liegt weit draußen im Pazifik. Honolulu, die Hauptstadt von Hawaii, ist von San Francisco rund 3700 Kilometer oder

fünf Flugstunden entfernt. Von Tokio nach Hawaii sind es etwa 6300 Kilometer oder acht Flugstunden. Als Admiral Richardson die Anweisung erhielt, eine Pressemitteilung herauszugeben, die besagen sollte, er selbst habe darum gebeten, die Flotte auf Hawaii stationieren zu lassen, weigerte er sich. »Das würde einen perfekten Trottel aus mir machen«, so Richardson. Daraufhin entzog ihm Präsident Roosevelt das Kommando über die Pazifikflotte und übertrug es am 1. Februar 1941 Admiral Husband Kimmel. Dieser freute sich über die Beförderung und die vier silbernen Sterne, die auf seiner weißen Uniform leuchteten. Der entlassene Admiral Richardson hingegen war sehr enttäuscht. »Der Präsident hat meinen Seesack für mich gepackt«, kommentierte er trocken.[209]

Der Provokationsplan des US-Marinegeheimdienstes schlug auch vor, Japan von jeder Erdölzufuhr abzuschneiden. Damit trafen die USA die Japaner an ihrer schwächsten Stelle. Denn Japan verfügte genau wie Deutschland und Italien über wenig bis keinerlei Erdöl aus eigenem Boden. Für den aggressiven Krieg, den die Japaner in Asien führten, waren sie zu hundert Prozent auf Erdölimporte angewiesen. Diese kamen zu 80 Prozent aus den USA, dem damals wichtigsten Exportland für Erdöl, und zu 20 Prozent aus der holländischen Kolonie Niederländisch-Ostindien, dem heutigen Indonesien.[210]

Japan importierte auch Rohstoffe aus der Mandschurei, die heute zu China und Russland gehört, und baute zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Südmandschurische Eisenbahn, um die Rohstoffe nach Korea zu bringen und von dort nach Japan zu verschiffen. Im sogenannten Mukden-Zwischenfall sprengten japanische Offiziere am 18. September 1931 in der Mandschurei ihre eigene Eisenbahn in die Luft und machten China dafür verantwortlich. Diese Operation unter falscher Flagge war eine skrupellose Kriegslist. Sie diente dem japanischen Militär dazu, die Expansion auf das chinesische Festland gegenüber der japanischen Öffentlichkeit zu verkaufen. Japanische Truppen besetzten daraufhin die Mandschurei und riefen das japanische Kolonialreich Mandschuko aus. Als der Völkerbund protestierte, trat Japan aus dem Völkerbund aus. Eine koordinierte Gegenwehr der Chinesen war zuerst ausgeblieben, weil sich das Land mitten im Chinesischen Bürgerkrieg befand. Aber dann rüstete China auf,

um die Japaner wieder aus der Mandschurei zu vertreiben, worauf am 7. Juli 1937 der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg begann.[211]

Trotz des Angriffskrieges, den Japan seit 1937 gegen China führte, hatten die USA weiterhin Erdöl an Tokio geliefert und im Chinesischen Bürgerkrieg Chiang Kai-shek unterstützt. Doch dann drehten im Oktober 1940 die Holländer auf Druck der USA den Japanern den Erdölhahn zu. Eine japanische Delegation reiste sofort nach Indonesien. Die wütenden Japaner warfen den Holländern vor, sie seien bloß Marionetten Washingtons, und verlangten die Zusicherung weiterer Erdöllieferungen. Doch die Holländer weigerten sich und sorgten dafür, dass Japan kein Erdöl mehr aus Indonesien erhielt.[212]

Bald danach reduzierten auch die USA ihre Erdölexporte nach Japan, was die Japaner in Panik versetzte. Im Mai 1941 wurde jegliche Öllieferung von der Ostküste der USA an Japan untersagt, während von der Westküste und vom Golf von Mexiko aus noch geliefert werden durfte. Dann, am 25. Juli 1941, etwas mehr als vier Monate vor Pearl Harbor, drehte Roosevelt den Japanern den Erdölhahn vollständig zu. Nun durfte niemand mehr aus den USA Erdöl an Japan liefern. »Es wird nie mehr ein so günstiger Zeitpunkt eintreten wie im Moment, um die Öllieferungen an Japan einzustellen«, kommentierte Roosevelts Koordinator für Erdölfragen Harold Ickes.[213]

Für Japan war der Lieferstopp eine Katastrophe. Im August 1941 befanden sich noch zwei japanische Erdöltanker leer im Hafen von Los Angeles und warteten auf Öl, das zwar vertraglich zugesagt war, aber nie geliefert wurde. Erst im November lichteten die beiden japanischen Tanker ihre Anker und fuhren ohne Ladung zurück über den Pazifik. »Wenn es keine Ölversorgung gibt, sind Schlachtschiffe und andere Kriegsschiffe nichts weiter als Vogelscheuchen«, protestierte ein japanischer Admiral. Damit hatte er völlig recht, und so standen die Weichen auf Krieg. US-Missionar Stanley Jones, der als inoffizieller Vermittler zwischen den Japanern und dem Weißen Haus fungierte, durchschaute das skrupellose Spiel von Roosevelt. »Ich bin mir nicht sicher, ob die höchsten Beamten in der Exekutive unserer Regierung wirklich den Frieden wollten«, so Missionar Jones. »Die Einstellung einiger unserer Beamten schien die zu

sein: Wir haben Japan durch dieses Ölembargo an der Gurgel, und wir werden es erdrosseln.«[214]

Zusätzlich zum Erdölembargo froren J. P. Morgan und andere US-Banken im Juli 1941 alle japanischen Guthaben in den USA ein. Die USA verhängten auch ein Embargo gegen die Lieferung von Eisen und Stahl. »Wir kappten ihnen den Zugriff auf ihr Geld, ihren Treibstoff und ihren Handel«, erklärte Joseph Rocheforts, ein Mitarbeiter des US-Marinegeheimdienstes ONI. »Wir drehten die Daumenschrauben immer enger zu. Sie sahen kein anderes Mittel, sich aus diesem Würgegriff zu befreien, als den Krieg.« Als ONI-Funkaufklärungsoffizier war Rocheforts über die Reaktion der Japaner genauestens im Bild, und nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor und dem Tod von 2403 US-Amerikanern kommentierte er: »Es war ein recht billiger Preis, den wir für die Einmütigkeit der Nation bezahlen mussten.«[215]

Die Briten unter Premierminister Winston Churchill begrüßten die zunehmenden Spannungen zwischen Washington und Tokio. Churchill hatte Roosevelt wiederholt darum gebeten, den britischen Kolonialbesitz in Singapur gegenüber Japan zu verteidigen. Churchill wollte den Kriegseintritt von Washington gegen Deutschland unbedingt, weil nur dadurch das britische Empire zumindest in Teilen gerettet werden konnte. »Großbritannien versuchte uns offensichtlich in den europäischen Krieg hineinzuziehen, wie Mr. Churchill es später öffentlich zugegeben hat«, erkannte US-Missionar Stanley Jones richtig.[216]

Der japanische Premierminister Fürst Konoe Fumimaro war durch den Abbruch der amerikanischen Erdöllieferungen und die drohende Konfrontation mit den USA sehr besorgt und ersuchte Präsident Roosevelt umgehend um ein Gipfeltreffen. Doch Roosevelt lehnte ab. Die japanische Armeespitze war verzweifelt. »Zur Zeit ist Öl der Schwachpunkt unserer nationalen Stärke und Kampfkraft«, erklärten die ranghöchsten Militärs dem japanischen Kaiser am 6. September 1941. »Immer mehr Zeit verstreicht und unsere Fähigkeit, Krieg zu führen, schwindet dahin, das Kaiserreich wird militärisch machtlos werden.« Außenminister Teijiro Tojoda glaubte, Japan werde mit einer immer enger werdenden Kette eingekreist, »die unter Führung und Beteiligung Englands und der

Vereinigten Staaten geschmiedet wurde. Diese beiden Länder verhalten sich wie ein listiger Drache, der zu schlafen vorgibt.«[217]

Nachdem der japanische Premierminister Fürst Konoe mit seiner Friedensinitiative gescheitert war, trat das Kabinett Konoe am 16. Oktober 1941 zurück und General Hideki Tojo und die radikalen Militärs übernahmen die Regierung in Japan. General Tojo erklärte, es gäbe für Japan nur noch eine Lösung: die Eroberung von Niederländisch-Ostindien, um direkten Zugriff auf die dortigen Erdölquellen zu erlangen. Weil Deutschland in Europa die Kolonialmacht Holland besetzte, glaubte Japan, dass die kaum verteidigte holländische Kolonie leichte Beute sein werde. Die Japaner wussten aber, dass die USA Indonesien und die anderen von den Weißen kontrollierten Kolonialreiche in Asien nicht einfach den Japanern überlassen wollten, vor allem nicht die Philippinen, die Kolonie der USA. Tokio war der Ansicht, dass nur die US-Pazifikflotte das japanische Eroberungsprogramm noch aufhalten konnte, und entschied, diese anzugreifen, bevor den japanischen Schiffen das Erdöl ausging.

Die USA überwachen den Funkverkehr der Japaner

Dem US-Marinegeheimdienst ONI war es gelungen, sowohl den diplomatischen als auch den militärischen Nachrichtenverkehr der Japaner abzuschöpfen und zu entschlüsseln, ohne dass die Japaner dies bemerkten, wie US-Journalist Robert Stinnett in seiner detaillierten Forschung zu Pearl Harbor nachweist. Japan war umzingelt von US-Funkaufklärungsstationen, die im gesamten pazifischen Raum verteilt waren. Die US-Funkaufklärungsstationen befanden sich auf den Philippinen, auf den Inseln Guam, Midway, Wake und Hawaii und an der Westküste in San Diego, in San Francisco und in Alaska. Ergänzt wurde dieses umfassende Überwachungssystem durch regen Austausch mit den britischen Aufklärungsstationen in Singapur, Hongkong und Vancouver Island in British Columbia sowie der holländischen Funküberwachung in Batavia.[218]

Die abgefangenen Daten waren sehr wertvoll und wurden innerhalb des Marinegeheimdienstes als »Magic« bezeichnet. Nur der Präsident und seine engsten Mitarbeiter hatten Zugang zum Magic-Material. Die Rohtexte der

Funkauswertung wurden in Washington im Marineministerium jeweils in eine Ledertasche gesteckt und täglich von einem ONI-Offizier zu Roosevelt ins Weiße Haus gebracht. Der Präsident überwachte die Japaner und teilte diese Informationen nur mit seinen engsten Mitarbeitern. »Wir wissen, was sie wissen, aber sie wissen nicht, dass wir es wissen«, erklärte Generalstabschef George Marshall treffend.[219]

Nur etwa 35 Männer und eine Frau in Washington hatten Zugang zu den Magic-Daten. Nur diese Verschwörer wussten über den unmittelbar bevorstehenden Angriff der Japaner auf die USA Bescheid, teilten ihr Wissen aber nicht mit der US-Bevölkerung oder dem Kongress. Sie alle waren überzeugt, dass der Eintritt der USA in den Krieg richtig und wichtig war. Zu diesem engen Zirkel der Macht zählte neben Roosevelt sein Kabinett, das aus Männern bestand, die Roosevelt selbst ausgesucht hatte: Kriegsminister Henry Stimson, Marineminister Frank Knox, Außenminister Cordell Hull, Generalstabschef George Marshall, der Direktor des Marinegeheimdienstes ONI Theodore Wilkinson und seine engsten Mitarbeiter und der Direktor des militärischen Nachrichtendienstes General Sherman Miles sowie als einzige Frau Agnes Meyer Driscoll, die ranghöchste zivile Kryptologin der US-Marine in Washington.[220]

Erst nach dem Krieg wurde bestätigt, »dass der japanische Geheimcode viele Monate vor Pearl Harbor geknackt worden war, und dass die Männer in Washington, die die abgefangenen Codemeldungen lasen, über die japanischen Pläne und Absichten fast ebenso gut unterrichtet waren, wie wenn sie im Kriegsrat in Tokio gesessen hätten«, so der US-Journalist George Morgenstern. Um ihr Geheimnis möglichst lange zu verbergen, verpflichtete die US-Marine alle Horchfunker und Kryptologen, die an der Abschöpfung und Auswertung der japanischen Kommunikation beteiligt gewesen waren, zum Schweigen. Jeder Angehörige der Marine, der etwas über die erfolgreiche Arbeit der US-Funkaufklärung ausplaudern würde, werde mit Gefängnisstrafe und dem Verlust der Pension bestraft. Diese Drohung wirkte. Die meisten Beteiligten nahmen ihr Geheimnis mit ins Grab.[221]

Der Angriff von Japan auf Pearl Harbor 1941

Im Jahr 1941 besaß Japan eine mächtige Seestreitkraft mit zehn Flugzeugträgern, während die Seestreitkraft der USA mit sieben Flugzeugträgern noch deutlich schwächer war. Zwei Flugzeugträger, die *USS Lexington* und die *USS Enterprise*, befanden sich in Pearl Harbor unter dem Kommando von Admiral Kimmel. Sein Vorgesetzter Admiral Harold Stark, der als Operationschef der US-Marine in Washington Zugang zu den wertvollen Magic-Daten hatte, wollte diese zwei Flugzeugträger schützen und gab Admiral Kimmel den Auftrag, mit den beiden Flugzeugträgern Jagdflugzeuge des Heeres zu den Inseln Wake und Midway zu transportieren. Die *USS Enterprise* verließ Pearl Harbor am 28. November 1941, eskortiert von elf der neusten Kriegsschiffe der Pazifikflotte. Die *USS Lexington* lief am 5. Dezember 1941 aus Pearl Harbor aus, begleitet von acht modernen Kriegsschiffen. Danach gab es in Pearl Harbor keine Flugzeugträger mehr, sondern nur noch alte, aus dem Ersten Weltkrieg übrig gebliebene Kriegsschiffe.[222]

Am 25. November 1941 gab Isoroku Yamamoto, der Oberbefehlshaber der Kaiserlich-Japanischen Marine, seinen Schiffen den Befehl, aus den Häfen von Japan auszulaufen, über den Nordpazifik nach Hawaii vorzustoßen und die dort liegende amerikanische Flotte anzugreifen. Dem US-Marinegeheimdienst ONI gelang es, den verschlüsselten Befehl von Yamamoto abzufangen und zu entschlüsseln. Japan müsse »unter strengster Geheimhaltung seiner Bewegungen und voller Wachsamkeit gegen U-Boote und Flugzeuge in hawaiianische Gewässer vordringen und dort sofort nach Beginn der Kampfhandlungen die Hauptmacht der US-amerikanischen Flotte auf Hawaii angreifen und ihr einen tödlichen Schlag versetzen«, so der Befehl des japanischen Admirals.[223]

Am 7. Dezember 1941 griff Japan die Philippinen an und besetzte die US-Kolonie. Am selben Tag attackierte Japan mit einer riesigen Armada, bestehend aus sechs Flugzeugträgern und einer Eskorte aus Schlachtschiffen, Kreuzern und Zerstörern, die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor. Die 27 japanischen Kriegsschiffe wurden von einem aus sieben Tankern bestehenden Treibstofftross und dreißig U-Booten begleitet.

Kurz vor Hawaii hoben 351 japanische Militärflugzeuge von den japanischen Flugzeugträgern ab und bombardierten den US-Stützpunkt. Weil die amerikanischen Kriegsschiffe eng nebeneinander am Ufer lagen und die meisten US-Flugzeuge noch nicht abgehoben hatten, waren sie leicht zu treffen. Die Japaner töteten 2403 US-Amerikaner, zerstörten 164 Flugzeuge und versenkten achtzehn ältere amerikanische Schiffe.

Vor Pearl Harbor war die US-Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit gegen einen Kriegseintritt gewesen. Doch der japanische Angriff veränderte die Stimmung völlig und erzeugte in den USA Wut und Trauer, da nie zuvor ein anderes Land die USA bombardiert hatte. Kaum hatte die Meldung über den japanischen Angriff die Runde gemacht, meldeten sich junge US-Amerikaner freiwillig und in Massen bei den Rekrutierungsbüros der Armee, um ihr Land zu verteidigen. Die Bevölkerung war geschockt, das Parlament erzürnt und die Zeitungen trommelten für den Krieg. »Als die ersten Nachrichten kamen, dass Japan uns angegriffen hatte, war mein erstes Gefühl das der Erleichterung«, notierte US-Kriegsminister Henry Stimson, der Zugang zu den Magic-Daten hatte, in sein Tagebuch. »Die Unentschlossenheit war vorüber, und die Krise war in einer Weise gekommen, die unser ganzes Volk einigen würde.« Kriegsminister Stimson wollte wie Präsident Roosevelt in den Krieg ziehen. Für beide war der Angriff keine Überraschung.[224]

Der US-Kongress erklärt Japan und Deutschland den Krieg

Am Tag nach dem japanischen Angriff sprach Roosevelt empört vor dem Kongress. Die Zustimmung der Parlamentarier war wichtig, denn die US-Verfassung verleiht nur dem Kongress die Befugnis, Krieg zu erklären, und hält in Artikel 1 Abschnitt 8 fest: »Der Kongress hat das Recht, Krieg zu erklären.« Roosevelt hätte über den japanischen Überfall auf die philippinische Kolonie und deren Besetzung durch Japan sprechen können, da dieser ja andauerte. Aber das tat er nicht, weil dies daran erinnert hätte, dass auch die USA fremde Länder überfallen hatten und als Kolonien hielten. Stattdessen fokussierte der Präsident seine Rede auf Hawaii und

erklärte, das Datum vom 7. Dezember 1941 werde »als Tag der Schande« fortleben. Der Kongress war überzeugt und beide Häuser verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Kriegserklärung an Japan. Im Senat mit seinen 100 Mitgliedern gab es keine Gegenstimme. Im Repräsentantenhaus mit seinen 435 Sitzen stimmten von den Anwesenden 388 für den Krieg, 41 enthielten sich der Stimme. Nur die Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin Jeannette Rankin, eine Republikanerin aus Montana, stimmte gegen den Krieg. Unterstützt durch die Mehrheit des Parlaments unterzeichnete Präsident Roosevelt am 8. Dezember 1941 die Kriegserklärung an Japan. Daraufhin erklärten Deutschland und Italien am 11. Dezember 1941 den USA den Krieg. Dieser Entscheid von Hitler überraschte, weil gemäß des Dreimächtepakts eine Pflicht zu militärischer Unterstützung nur im Falle eines US-Angriffs auf Japan bestanden hätte.[225]

Die Kongressabgeordnete Jeannette Rankin hatte schon 1917 gegen den Krieg gegen Deutschland gestimmt. Auch nach Pearl Harbor weigerte sie sich, für den Krieg zu stimmen, und erklärte: »Obschon ich, gleich wie die anderen Parlamentarier, der Meinung bin, dass die Nachrichten vermutlich wahr sind, die wir über das Radio gehört haben, bin ich doch der Ansicht, dass eine so wichtige Entscheidung über Krieg und Frieden auf verlässlichere Beweise abgestützt werden muss als die Radioberichte, die wir jetzt zur Hand haben.« Natürlich sei es richtig und wichtig, die USA zu verteidigen. »Aber wenn wir unsere Soldaten und unsere Marine tausende Kilometer weit übers Meer schicken, um zu kämpfen und zu sterben, kann man das ganz sicher nicht als Schutz für unsere eigenen Küsten bezeichnen«, so Rankin. »Es ist meine Überzeugung, dass alle Fakten dem amerikanischen Kongress und der amerikanischen Bevölkerung zugänglich gemacht werden müssen.« Doch genau dies geschah nicht. Dem Kongress wurde verschwiegen, dass die US-Regierung die japanischen Funksprüche abgehört und entschlüsselt hatte. Wäre dies Rankin und anderen Abgeordneten bekannt gewesen, wäre die Abstimmung vermutlich anders verlaufen.[226]

Nach ihrer mutigen Stimmabgabe wurde Jeannette Rankin im Radio und in den Zeitungen diffamiert und verspottet. Einige nannten sie »Hure«, andere bezeichneten sie als »Gehilfin von Hitler« oder als »alte Schachtel«,

zudem als »Schande für die Nation« und als »Verräterin«. Doch Freunde kamen zu ihrer Wohnung und unterstützten sie in dieser schweren Zeit. »Ich habe nichts mehr, außer meine Integrität«, so Rankin ihnen gegenüber. Einige schickten ihr Briefe und erklärten, dass sie ihren Mut bewundern. »Vermutlich wollten hundert Männer im Kongress das tun, was sie tat. Aber keiner hatte den Mut, es zu tun«, erklärte die *Kansas Gazette*. Ihre Unterstützer wussten, dass das Engagement von Jeannette Rankin stets der Friedens- und Bürgerrechtspolitik und dem Prinzip Menschheitsfamilie galt. In Indien hatte sie sich mit dem bekannten Friedensaktivisten Mahatma Gandhi getroffen. Doch ihre Voten gegen den Krieg beendeten ihre Politikkarriere in den USA. Vor Weihnachten 1942, als ihre Amtsperiode endete, sprach sie nochmals vor dem Kongress und argumentierte, dass Roosevelt Japan absichtlich keine Alternative zum Angriff gelassen habe und Tokio durch die Erdölblockade wirtschaftlich strangulierte. Roosevelt habe den Krieg gewollt, doch der Kongress sei immer dagegen gewesen, bis Pearl Harbor einen völligen Meinungsumschwung erzeugt habe und Roosevelt seine Kriegserklärung erhielt. »Was hat doch der Präsident für ein Glück gehabt!«, bemerkte Jeannette Rankin, und fügte hinzu: »War es wirklich nur Glück?«[227]

Admiral Kimmel und Generalleutnant Short werden entlassen

Admiral Husband Kimmel, der Oberbefehlshaber der auf Hawaii stationierten Pazifikflotte, und Generalleutnant Walter Short, Befehlshaber der auf Hawaii stationierten Truppenteile der US-Armee, wurden von Präsident Roosevelt als Sündenböcke ausgewählt. Eine vom Präsidenten eilig eingesetzte Untersuchung unter Richter Owen Roberts erklärte zehn Tage nach dem Angriff Kimmel und Short zu den Hauptverantwortlichen für die Niederlage und warf ihnen »Pflichtversäumnisse« vor. Roosevelt enthob beide ihrer Kommandos und versetzte sie in den Ruhestand, was eine Demütigung war.

Erst später erkannte Admiral Kimmel, dass er von seinen eigenen Vorgesetzten im Marineministerium in Washington absichtlich nicht mit

den relevanten Informationen über den bevorstehenden japanischen Angriff auf Hawaii versorgt worden war. »Es hatte etwas von einer bewussten Täuschung an sich«, erklärte Admiral Kimmel gegenüber dem Kongressausschuss, der nach dem Krieg Pearl Harbor untersuchte. »Ich hatte um alle wichtigen Informationen gebeten. Mir wurde versichert, dass ich sie bekommen würde. Meine aktuelle Lagebeurteilung baute auf dieser Grundlage auf. Tatsächlich wurden mir jedoch die weitaus wichtigsten japanischen Funkmeldungen nicht zugeschickt.« Marineminister Frank Knox hatte Zugang zu den Magic-Daten, gab diese aber nicht an Admiral Kimmel weiter. »Durch diese Unterlassung wurden mir nicht nur wichtige Fakten vorenthalten«, erkannte Admiral Kimmel. »Ich wurde in die Irre geführt.«[228]

Auch Generalleutnant Short erkannte mit Bestürzung, dass seine Vorgesetzten in Washington ihm ganz wesentliche Informationen bewusst nicht weitergeleitet hatten. Das Kriegsministerium unter Generalstabschef George Marshall in Washington wusste, dass japanische Spione in Hawaii die Lage der amerikanischen Kriegsschiffe erkundet hatten. Marshall, der Zugang zu den Magic-Daten hatte, hätte Short informieren müssen, aber das tat er nicht. »Das Kriegsministerium hätte mich mit Sicherheit davon unterrichten müssen, dass die Japaner Berichte über die genaue Lage der Schiffe in Pearl Harbor erhielten«, protestierte Short. Die abgefangenen japanischen Dokumente waren »bei kritischer Analyse tatsächlich ein Bombardierungsplan für Pearl Harbor«, so Short. »Das Kriegsministerium war sich der Tatsache bewusst, dass ich nicht über diese Informationen verfügte, und es hatte bereits entschieden, dass ich sie nicht bekommen sollte.«[229]

Die Verschwörer um Roosevelt hatten die Magic-Daten nicht mit den höchsten US-Offizieren auf Hawaii geteilt, und schon gar nicht mit den US-Soldaten. »All diese Informationen wurden Generalleutnant Short und mir vorenthalten«, protestierte Admiral Kimmel. »Hätten wir diese Informationen nur zwei oder drei Stunden vor dem Angriff erhalten, was leicht zu schaffen gewesen wäre, hätte von uns viel getan werden können.« Der Admiral erklärte, er hätte die Flotte ins offene Meer geschickt. Stattdessen lag sie im beengten Hafen, wo sie den japanischen Bomben-

und Torpedoflugzeugen und U-Booten ausgeliefert war. Generalleutnant Short erklärte, er hätte mit einer Vorwarnzeit von zwei Stunden seine Flugzeuge zu einem guten Teil in die Luft gebracht, um die angreifenden Japaner abzufangen. Doch so wurden die meisten Flugzeuge noch am Boden zerstört, bevor sie abheben konnten. »Ich kann bis heute nicht verstehen – ich habe niemals verstanden und werde es vielleicht niemals verstehen –, warum mir die Informationen vorenthalten wurden, die in Washington im Marineministerium … vorgelegen haben«, erklärte Admiral Kimmel enttäuscht.[230]

Erst nach ihrem Tod rehabilitierte der US-Senat die beiden Kommandeure und verabschiedete am 25. Mai 1999 eine Resolution, in der er endlich eingestand, dass Kimmel und Short wichtige Informationen, die in Washington vorlagen, vorenthalten worden waren. »Die Informationen, die man Ende 1941 aus abgefangenen und decodierten japanischen Funksprüchen gewonnen hatte, wurden an die Kommandanten in Hawaii nicht weitergeleitet«, räumte die *New York Times* kurz und bündig ein, ohne zu erwähnen, dass daher die ganze Geschichte zum Kriegseintritt der USA neu geschrieben werden muss. Senator William Roth, Republikaner aus Delaware, drückte sein Bedauern darüber aus, dass den beiden US-Offizieren wichtige Informationen vorenthalten wurden, »die in Washington verfügbar gewesen waren«.[231]

Die andauernde Debatte über Pearl Harbor

Viele US-Amerikaner, und auch viele Europäer, wissen bis heute nicht, dass Roosevelt vom Angriff der Japaner auf Pearl Harbor nicht überrascht war und diesen durch das Erdölembargo sogar provoziert hatte. »Als Veteran des Krieges im Pazifik war ich zunächst empört, als ich entdeckte, welche Geheimnisse vor uns Amerikanern über fünfzig Jahre lang verborgen gehalten worden sind«, erklärte Robert Stinnett, der im Zweiten Weltkrieg selbst in der US-Marine gedient hatte und nach dem Krieg als Journalist für die *Oakland Tribune* in Kalifornien arbeitete. Nach langen Forschungsjahren publizierte Stinnett im Jahr 2000 seine detaillierte Untersuchung über Pearl Harbor. Darin legt er überzeugend dar, »dass für

Präsident Franklin Delano Roosevelt und viele seiner militärischen und politischen Spitzenleute und Berater dieser Angriff kein Überraschungsangriff war«.[232]

Der US-Journalist George Morgenstern, Mitherausgeber der *Chicago Tribune*, kam schon 1947 zum selben Schluss, nachdem er die Untersuchung von Pearl Harbour durch den Ausschuss des US-Kongresses ausgewertet hatte, der vom November 1945 bis zum Mai 1946 getagt und viele relevante Zeugen befragt hatte. Nach dem japanischen Angriff habe man »jahrelang sorgfältig das Märchen gepflegt, der japanische Angriff sei eine verräterische Überraschung gewesen, inszeniert, als es nicht den geringsten Grund gab, ihn zu erwarten«, so Morgenstern. Das amerikanische Volk wusste nicht, dass der US-Marinegeheimdienst die japanische Kommunikation entschlüsselt und täglich an Präsident Roosevelt weitergeleitet hatte. Dass eine Regierung ihre eigenen Bürger durch einen politischen Gegner töten lässt, um das Land auf einen Krieg einzustimmen, ist für viele Menschen völlig undenkbar. Doch im Falle des japanischen Angriffs auf den Pazifikstützpunkt Pearl Harbor ist genau dies geschehen. »Sie kalkulierten mit kalter Gleichgültigkeit das Risiko, einen Gegner dahin zu treiben, den ersten Schuss abzugeben, und sie zwangen in Pearl Harbor 3000 ahnungslose Männer dazu, dieses Risiko zu tragen«, so US-Journalist George Morgenstern.[233]

Immer wenn eine Verschwörung vorliegt, und das ist bei Pearl Harbor der Fall, weil Roosevelt und seine engsten Mitarbeiter die Magic-Daten absichtlich nicht teilten, wird erwartet, dass über die Jahre ein Insider sein Schweigen bricht. Und das ist auch passiert. Zu den wenigen Menschen, die vor dem Angriff der Japaner informiert wurden, zählte Don Smith, der Direktor des Kriegsdienstes beim Roten Kreuz in Washington. Don Smith verstarb 1990 im hohen Alter von 98 Jahren. Seine Tochter Helen Hamman erklärte 1995, dass ihr Vater im Geheimen von Roosevelt über den kommenden Angriff der Japaner informiert worden war. »Kurz vor dem Angriff 1941 rief Präsident Roosevelt ihn ins Weiße Haus für ein Treffen über eine streng geheime Sache«, so die Schilderung der Tochter. »In diesem Treffen erklärte der Präsident meinem Vater, dass sein Geheimdienst ihn über einen bevorstehenden Angriff der Japaner auf Pearl Harbor

informiert habe. Er erwarte viele Verwundete und Verluste und wies daher meinen Vater an, Personal und Material an die Westküste zu schicken, wo diese auf weitere Anweisungen warten sollten. Er machte gegenüber meinem Vater klar, dass keiner der verantwortlichen Militärs auf Hawaii darüber informiert werden durfte, auch nicht die Mitarbeiter des Roten Kreuzes, die schon vor Ort stationiert waren. Als mein Vater protestierte, erklärte ihm der Präsident, dass die amerikanische Bevölkerung dem Eintritt der USA in den Krieg in Europa nie zustimmen würde, außer wenn die Bevölkerung auf eigenem Boden angegriffen werde.« Ihr Vater hatte den Befehl des Präsidenten befolgt und sehr lange geschwiegen, obwohl er die ganze Sache für moralisch falsch hielt. Erst in den 1970er Jahren erzählte er seine Geschichte seinen Kindern. »Und es plagte ihn sehr«, so seine Tochter Helen Hamman.[234]

Die USA werfen Atombomben auf Japan

Sofort nach Pearl Harbor setzte die Kriegspropaganda ein, die zur Spaltung der Menschheitsfamilie führte und den Hass schürte. Die US-Soldaten nannten die Japaner »gelbe Affen«, »Halbmenschen« und »Ratten«. Und die Japaner ihrerseits hetzten gegen die US-Amerikaner, die sie als »dekadente Teufel« bezeichneten. Durch diese Spaltung und die einseitige Berichterstattung ging jegliche Empathie verloren. US-Amerikaner mit japanischen Wurzeln wurden Opfer von zahlreichen Übergriffen. In den Bundesstaaten an der Westküste, wo die meisten US-Amerikaner japanischer Abstammung wohnten, griff die US-Regierung sogar zum Instrument der Umsiedlung. Ab März 1942 wurden mehr als 100000 US-Amerikaner mit japanischen Wurzeln von der Westküste ins Inland deportiert und dort in Barackensiedlungen weit abseits größerer Ortschaften eingesperrt und durch das US-Militär bewacht. Erst in den 1980er Jahren räumte der Kongress ein, dass die Internierung japanischstämmiger US-Amerikaner falsch war und dass damals durch Rassenvorurteile, Kriegshysterie und Versagen der politischen Führung den Internierten schweres Unrecht angetan wurde.[235]

Die Japaner wurden von den USA vernichtend geschlagen. Dem brutalen Luftkrieg, den die USA unter General Curtis LeMay gegen Japan führten, fielen über eine Million Japaner zum Opfer. Die USA warfen Napalm auf Tokio und andere Städte. Viele japanische Zivilisten starben in den Flammen. »Der größte Terroranschlag in der Geschichte der Menschheit ereignete sich am 9. und 10. März 1945, als wir Tokio niederbrannten und zwischen 80000 und 120000 Menschen in einer Nacht töteten«, erklärt der US-Friedensaktivist Daniel Ellsberg, der sich immer wieder mutig gegen die illegalen Kriege der USA ausgesprochen hat. Der Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sei der zweitgrößte und drittgrößte Terroranschlag gewesen, so Ellsberg. Im Krieg ist es verboten, Zivilisten zu töten, das ist ein Kriegsverbrechen. Soldaten dürfen nur auf Soldaten schießen. Doch diese Unterscheidung wurde im Gemetzel des Zweiten Weltkriegs auf allen Kriegsschauplätzen ignoriert. »Curtis LeMay sagte, wir wären alle als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt worden, wenn wir den Krieg verloren hätten. Ich glaube, er hatte recht«, erklärte reumütig auch Robert McNamara, der im Zweiten Weltkrieg in der US-Luftwaffe diente und später zum US-Verteidigungsminister aufstieg. »Er hat sich wie ein Kriegsverbrecher verhalten – genau wie ich auch.«[236]

US-Journalisten an der Front kritisierten das Verbrennen von Zivilisten nicht, denn sie verstanden sich nicht als kritische Beobachter des US-Militärs, sondern als Partner. »Wir waren alle Teil der Kriegsanstrengungen. Wir fanden uns damit ab. Aber nicht nur dies. Wir stimmten dem zu«, so der US-Schriftsteller und spätere Nobelpreisträger John Steinbeck, der im Zweiten Weltkrieg als Kriegsberichterstatter arbeitete. »Das heißt nicht, dass die Korrespondenten Lügner waren. Aber wir schrieben immer nur einen Teil der Geschichte, und wir glaubten stark – sogar uneingeschränkt – daran, dass dies die Sache war, die wir tun mussten.« Der kanadische Kriegsjournalist Charles Lynch, der an der Seite der US-Truppen in Europa war, formulierte es noch selbstkritischer: »Was wir geschrieben haben, war absoluter Mist. Wir waren der Propagandaarm der Regierung. Zu Beginn gab es sanften Druck von den Zensoren, aber später waren wir unsere eigenen Zensoren.« Eine grundsätzliche Kritik an der Erzählung von Pearl Harbor oder am Krieg ganz generell, wie sie später während des-

Vietnamkrieges aufkam, gab es in den US-Medien im Zweiten Weltkrieg nicht.[237]

Die Gesundheit von Präsident Roosevelt litt stark unter dem Stress der Kriegsführung. Er hatte einen chronisch hohen Blutdruck, war häufig müde und wirkte stark gealtert. Am Schluss seines Lebens spürte er einen stechenden Schmerz im Hinterkopf und verstarb am 12. April 1945 mit 63 Jahren an einer Hirnblutung. Wenn der Präsident im Amt stirbt, kommt immer sofort der Vizepräsident an die Macht. Der skrupellose Präsident Harry Truman, wie Roosevelt ein Demokrat, ließ im August 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki Atombomben abwerfen. Es war das erste und bisher einzige Mal in der Geschichte der Menschheit, dass Atombomben tausende von Zivilisten in Sekunden töteten. Präsident Truman sagte später, der Einsatz der Atombomben sei notwendig gewesen. Aber das stimmt nicht. »Nach meiner Meinung war der Einsatz dieser barbarischen Waffe gegen Hiroshima und Nagasaki in unserem Krieg gegen Japan keinesfalls notwendig«, erklärte Admiral William Leahy nach dem Krieg. »Die Japaner waren bereits geschlagen und wegen der wirkungsvollen Seeblockade und der erfolgreichen Bombenangriffe mit konventionellen Waffen bereit, zu kapitulieren.« Nach dem Krieg errichteten die USA auf den besetzten japanischen Inseln Militärbasen, die bis heute bestehen, obwohl sie von vielen Japanern abgelehnt werden.[238]

Atombomben erzeugen eine extrem hohe Hitze bei der Explosion, was den menschlichen Körper sofort zerstört. In Hiroshima starben mehr als 140000 Menschen nach der Explosion, weitere 70000 in Nagasaki. Präsident Truman ist ein Kriegsverbrecher, denn nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hatte ein einzelner Mensch so schnell so viele andere Menschen getötet. Die Überlebenden litten große Qual. Die Japanerin Setsuko Thurlow überlebte die Explosion der Atombombe in Hiroshima als 13-jähriges Mädchen. »Wenn ich an Hiroshima denke, kommt mir immer mein vier Jahre alter Neffe Eiji in den Sinn – wie sein kleiner Körper in einen unerkennbaren Klumpen Fleisch verformt wurde. Mit seiner schwachen Stimme bat er mich inständig um Wasser, bis der Tod ihn von seinen Qualen erlöste.« Die japanische Friedensaktivistin Thurlow setzt sich seither für die weltweite Abschaffung der Atombomben ein und

erhielt dafür zusammen mit ihren Mitstreitern von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) 2017 den Friedensnobelpreis.[239]

Die USA eröffnen die Zweite Front erst 1944

Gemessen an der Anzahl der Toten forderte der Kampf zwischen Deutschland und Russland die meisten Menschenleben im Zweiten Weltkrieg. Nach der Besetzung von Europa hatte die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941, also noch vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, im Rahmen der Operation Barbarossa mit drei Millionen Soldaten die Sowjetunion angegriffen und erreichte im Spätherbst den Stadtrand von Moskau. Adolf Hitler erklärte, Deutschland müsse »Lebensraum im Osten« erobern. Die Eliten in den USA und Großbritannien freuten sich, dass Hitler gegen die Kommunisten in Russland vorging. »Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Wenn jedoch Russland siegt, sollten wir Deutschland helfen«, schrieb Senator Harry Truman aus Missouri, der spätere Präsident, unmittelbar nach Beginn der Operation Barbarossa am 24. Juni 1941 in der *New York Times*. »Lasst sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten, obschon ich auf keinen Fall will, dass am Schluss Hitler gewinnt.«[240]

Die deutschen und sowjetischen Soldaten lieferten sich an der Ostfront erbitterte Kämpfe. Nach dem Kriegseintritt der USA forderte die Sowjetunion unter Generalsekretär Josef Stalin wiederholt von US-Präsident Roosevelt und dem britischen Premierminister Churchill eine Landung in Westeuropa und den Aufbau einer Zweiten Front in Frankreich, um Adolf Hitler zu zwingen, einen Teil seiner Streitkräfte von der Ostfront abzuziehen und die Sowjetunion zu entlasten. Der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow reiste im Mai 1942 nach London und nach Washington und brachte die dringenden Bitten der Sowjets persönlich vor. Roosevelt und Churchill sicherten ihm den Aufbau der Zweiten Front zu. Molotow betonte, es sei wichtig, diese Zweite Front in Frankreich möglichst bald zu errichten, weil dann Hitler bereits im Jahre 1942 niedergerungen werden könne. Roosevelt versicherte, »die

amerikanische Regierung hoffe darauf und strebe danach, die Zweite Front im Jahre 1942 zu errichten«. Doch Churchill war dagegen. So verstrich das ganze Jahr 1942, und die versprochene Zweite Front kam nicht.[241]

Die Briten unter Generalleutnant Bernard Montgomery stoppten aber den deutschen Vormarsch über Nordafrika von Generalfeldmarschall Erwin Rommel an der Grenze zwischen Libyen und Ägypten im Juli 1942, indem sie jeglichen Nachschub mit Erdöl unterbanden. Rommels Panzer standen still, nachdem die Briten die deutschen Erdölschiffe im Mittelmeer versenkt hatten. »Mit der Benzinzufuhr«, so Rommel, »trafen die Briten einen Teil unseres Mechanismus, von dessen Funktionieren alles Weitere abhing.« Ohne Erdöl war Deutschland in Nordafrika geschlagen. »Der tapferste Mann nützt nichts ohne Kanone, die beste Kanone nützt nichts ohne viel Munition, und die Kanone und Munition nützen im Bewegungskrieg nicht viel, wenn sie nicht durch Fahrzeuge mit genügend Benzin bewegt werden können.« An seine Frau schrieb Rommel: »Benzinknappheit! Es ist zum Weinen.«[242]

Roosevelt und Churchill hätten zwar auch den Erdölnachschub an die Ostfront durch Bombardierung der deutschen Erdölinfrastruktur stoppen können, taten es aber nicht. Roosevelt wusste zudem, dass sich Stalin verraten fühlte, weil die Briten und die USA im Jahre 1942 die Zweite Front in Frankreich zwar versprochen, aber nicht eröffnet hatten. »Die Tatsache, dass die Sowjetunion im Jahre 1942 die Hauptlast der Kämpfe und Verluste trägt, wird von den Vereinigten Staaten wohl erkannt«, schrieb Roosevelt am 19. August 1942 an Stalin, »und ich darf feststellen, dass wir die hervorragende Widerstandskraft, die ihr Land entfaltet hat, außerordentlich bewundern. Wir werden ihnen so schnell und so wirksam zur Hilfe kommen, wie es nur möglich ist, und ich hoffe, Sie glauben mir, wenn ich das sage.«[243]

Die Sowjetunion konnte nicht verstehen, warum die Briten und die USA die Zweite Front in Frankreich nicht eröffneten, denn dann hätte der Zweite Weltkrieg viel schneller beendet werden können. »Heute wie auch früher erblicke ich in der schnellsten Errichtung der Zweiten Front in Frankreich die Hauptaufgabe«, betonte Stalin am 16. März 1943. Eine Landung in Sizilien oder Nordafrika sei kein Ersatz für die Zweite Front in Frankreich,

weil nur diese Hitler zwingen werde, einen signifikanten Teil seiner Truppen von der Ostfront abzuziehen. Er hoffe, dass die Zweite Front zumindest 1943 in Frankreich eröffnete werde, so Stalin, aber die vagen Stellungnahmen der Westmächte erfülle ihn »mit ernster Besorgnis«.[244]

Doch auch das Jahr 1943 verstrich und die USA und Großbritannien eröffneten keine Zweite Front in Frankreich. Die sowjetischen Soldaten empfanden dies als gravierenden Treuebruch und erkannte, dass sie die Deutschen alleine besiegen oder untergehen mussten. Die Kämpfe waren äußerst brutal. »An der Ostfront verlor das Dritte Reich zehn Millionen tote, verwundete oder gefangengenommene Soldaten und Offiziere«, erklärt der sowjetische Diplomat Valentin Falin, der in den 1970er Jahren als Botschafter der Sowjetunion in Deutschland diente. »Das waren drei Viertel der gesamten deutschen Verluste. Dies zur Klarstellung, wo der Zweite Weltkrieg entschieden wurde.« Es war die Sowjetunion unter Stalin, die Adolf Hitler besiegte, nicht die USA, die erst eingriffen, als sich Hitler auf dem Rückzug befand.[245]

Wenn die USA in Frankreich 1942 oder 1943 eine Zweite Front eröffnet und zudem Adolf Hitler den Erdölhahn komplett zugedreht hätten, wie sie es 1941 mit Japan getan hatten, hätte der Zweite Weltkrieg früher geendet. Aber die von John D. Rockefeller gegründete amerikanische Standard Oil belieferte Deutschland über ihre spanischen Kanäle auch während des Angriffs auf die Sowjetunion. Die Deutschen erhielten nur noch wenig Erdöl aus den USA, aber das reichte, um zumindest einen Teil der Wehrmacht mobil zu halten. Gemäß Valentin Falin erhielt Deutschland noch 1944 jeden Tag durchschnittlich 12000 Fass amerikanisches Benzin und andere Erdölprodukte, die über Spanien angeliefert wurden. »So kam es«, bilanziert Falin, »dass nahezu während des ganzen Krieges ein Siebtel bis ein Zehntel aller deutschen U-Boote, Flugzeuge und Panzer, die gegen die UdSSR und dann auch gegen die USA eingesetzt wurden, Treibstoff benutzten, der aus westlichen Zapfsäulen stammte.«[246]

Die Wende kam, als die deutschen Soldaten in Stalingrad im Februar 1943 kapitulierten. Nun begann Moskau die Gegenoffensive und die sowjetischen Soldaten drängten die Deutschen zurück. Sowohl Churchill als auch Roosevelt erkannten, dass die Sowjets möglicherweise ganz

Deutschland alleine besetzen könnten. Deutschland wäre dann unter die Kontrolle von Moskau geraten. Das aber wollten Churchill und Roosevelt auf gar keinen Fall. Daher eröffneten sie am 6. Juni 1944 im Rahmen der Operation Overlord endlich die Zweite Front und landeten in der Normandie in Frankreich. Gleichzeitig begannen die Briten und die USA mit ihren Bombern die synthetische Ölproduktion in Deutschland auszuschalten, was dem Dritten Reich den Todesstoß versetzte. Deutschland konnte dieser Übermacht nichts entgegensetzen. Adolf Hitler beging am 30. April 1945 im Führerbunker in Berlin Selbstmord. Daraufhin kapitulierte Deutschland am 8. Mai 1945 bedingungslos und wurde wie Österreich von den alliierten Siegermächten USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich mit Truppen besetzt.

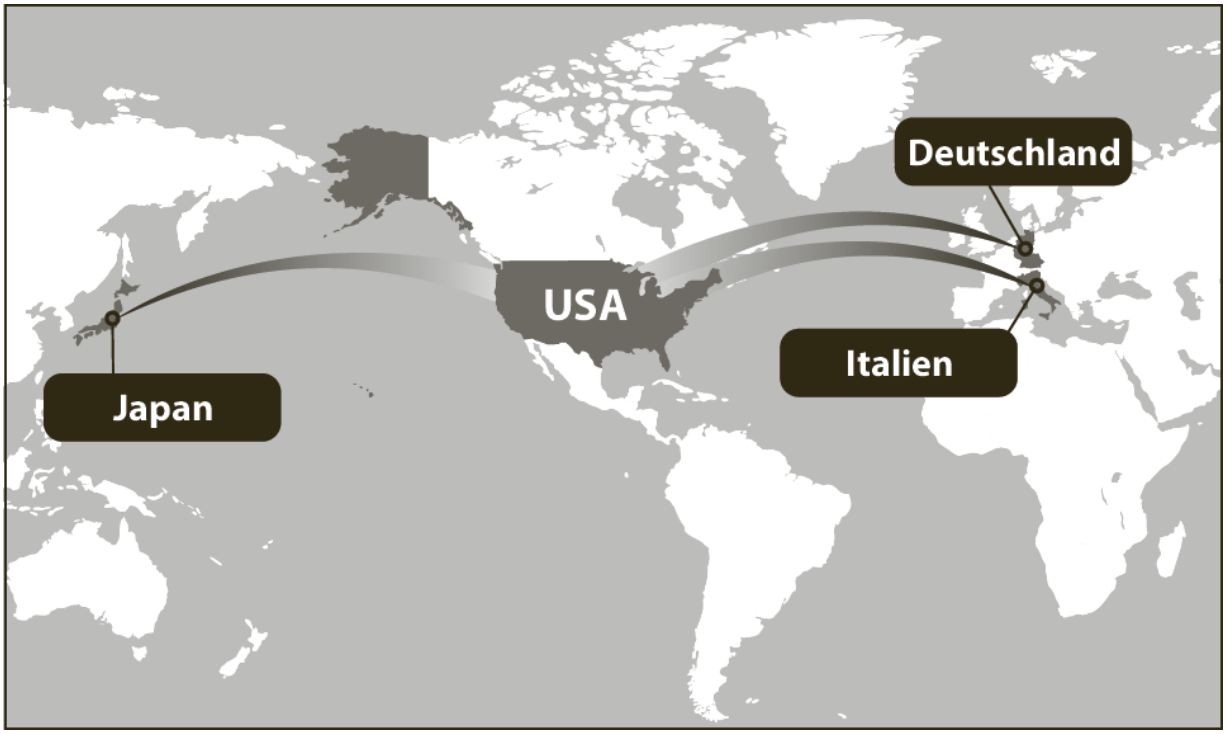
Die vier Siegermächte übernahmen die Hoheitsgewalt über das Deutsche Reich und teilten sein Gebiet untereinander in Besatzungszonen auf. Auch die inmitten der sowjetischen Zone gelegene, frühere Reichshauptstadt Berlin wurde in vier Sektoren aufgeteilt, in denen die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte ihren Sitz hatten.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion führten zur Spaltung von Deutschland: Ab 1949 gab es im Westen unter dem Einfluss von Washington die Bundesrepublik Deutschland, und im Osten die Deutsche Demokratische Republik, die unter dem Einfluss von Moskau stand. Erst nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges wurde mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 diese Spaltung des Landes überwunden.

Mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg schieden Deutschland, Italien und Japan aus dem Kreis der militärischen Großmächte aus. Auch die westeuropäischen Staaten Frankreich, Niederlande und Großbritannien waren durch den Weltkrieg derart geschwächt, dass sie in den auf das Kriegsende folgenden Jahrzehnten ihre Kolonialreiche aufgeben mussten.

Die USA hingegen stiegen zur mächtigsten Nation der Welt auf und sind seit 1945 das Imperium. Nach der Kapitulation von Japan am 2. September 1945 besetzen amerikanische Truppen die japanischen Hauptinseln und errichteten große Militärstützpunkte. Auch in Deutschland

und Italien errichteten die USA große Militärstützpunkte, die bis heute bestehen, obschon sie von einem Teil der Bevölkerung abgelehnt werden.



Grafik 11: 1945: Die USA errichten Militärstützpunkte in Deutschland, Italien und Japan.

8. Verdeckte Kriegsführung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das UNO-Gewaltverbot verabschiedet, das Kriege verbietet. Erlaubt sind seither nur noch Kriege zur Selbstverteidigung oder ein Krieg mit explizitem Mandat des UNO-Sicherheitsrates und der Zustimmung der Vetomächte Russland, China, Frankreich, Großbritannien und der Vereinigten Staaten. Doch die USA und auch andere Staaten hielten sich nicht an das UNO-Gewaltverbot. Um ihre Kriege vor der Öffentlichkeit zu verbergen, setzten die USA auf verdeckte Kriegsführung. Diese umfasst Kriegshandlungen gegen souveräne Staaten, bei denen der Angreifer nicht offen auftritt. Dabei wird zum Beispiel eine fremde Regierung durch US-Geheimdienste oder US-Spezialeinheiten in Zusammenarbeit mit lokal rekrutierten Söldnern gestürzt, ohne dass eine vom US-Kongress verabschiedete Kriegserklärung vorliegen würde. Gleichzeitig wird vom US-Präsidenten und seinen führenden Ministern, die die verdeckte Operationen leiten, gegenüber der Öffentlichkeit jede Beteiligung abgestritten. Dadurch ist eine Kultur der Lüge entstanden, die Washington prägt. »In der amerikanischen Politik wird heute die Fähigkeit, überzeugend zu lügen, als grundlegende Voraussetzung angesehen, um sich für hohe Ämter zu qualifizieren«, erklärt der US-Historiker Eric Alterman treffend.[247]

Die USA gründen den Nationalen Sicherheitsrat 1947

Das wichtigste politische, rechtliche und moralische Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war nicht die Kapitulation von Deutschland, Italien oder Japan, sondern die Gründung der Vereinten Nationen (UNO) anlässlich der

Konferenz von San Francisco am 26. Juni 1945 und das dort verabschiedete Gewaltverbot. Erstmals in der Geschichte der Menschheit wurde Krieg als Mittel der internationalen Politik verboten, mit Ausnahme von Selbstverteidigung oder einem Krieg mit Mandat des Sicherheitsrates. »Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt«, erklärt das in der UNO-Charta in Artikel 2 Absatz 4 verankerte Gewaltverbot klar und deutlich. Das UNO-Gewaltverbot bildet den Kern des heute gültigen Völkerrechts. Auch wenn es oft verletzt wurde, gehört es zusammen mit den Prinzipen Menschheitsfamilie und Achtsamkeit zu den wichtigsten Prinzipien der Friedensbewegung. Kurz darauf, am 10. Dezember 1948, verabschiedete die UNO-Generalversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, welche sich am Prinzip Menschheitsfamilie orientiert und im Artikel 1 festhält: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.«

US-Präsident Harry Truman und sein Nachfolger Dwight Eisenhower dachten nicht im Traum daran, das Gewaltverbot zu respektieren. Denn mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg hatten die USA eine globale imperiale Vormachtstellung erreicht, die sie nun absichern und ausweiten wollten. »Mit 50 Prozent des Reichtums auf der Welt, aber nur 6,3 Prozent ihrer Bevölkerung … sind wir unweigerlich das Objekt von Neid und Missgunst«, erklärte 1948 der US-Historiker George Kennan in einer nüchternen Analyse. »Unsere eigentliche Aufgabe besteht darin, ein Muster für internationale Beziehungen zu entwickeln, das es uns erlaubt, diese Position der Ungleichheit aufrechtzuerhalten«, riet Kennan. »Dazu müssen wir uns von allen Sentimentalitäten und Tagträumen verabschieden … Wir müssen aufhören, über vage und … unrealistische Ziele wie Menschenrechte, die Erhöhung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden … Wir müssen mit offenen Machtkonzepten vorgehen. Je weniger uns idealistische Slogans behindern, desto besser.«[248]

Am 26. Juli 1947 verabschiedete der US-Kongress den weitreichenden National Security Act, der die US-Außenpolitik auf völlig neue Grundlagen stellte und sie bis heute prägt. Das Kriegsministerium wurde in »Verteidigungsministerium« umbenannt, mit dem Marineministerium fusioniert und im neu erbauten Pentagon in Arlington, Virginia, an der Grenze zu Washington untergebracht. Mit dem gleichen Gesetz wurde auch der mächtige Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) erschaffen und mit umfassenden Kompetenzen zur verdeckten Kriegsführung ausgestattet. Die CIA erhielt den Auftrag, »solche Funktionen und Aufgaben durchzuführen, die etwas mit Geheimdiensten zu tun haben, wenn sie die nationale Sicherheit betreffen, wie es der Nationale Sicherheitsrat zeitweise anordnen könnte«. Diese schwammige Formulierung täuschte eine solide gesetzliche Grundlage vor, während man gleichzeitig vermied, explizit gegen die US-Verfassung und das UNO-Gewaltverbot zu verstoßen. Clark Clifford, der Rechtsberater des Weißen Hauses, erklärte, dass man die verdeckte Kriegsführung »nicht namentlich erwähnte, weil wir das Gefühl hatten, es würde unseren nationalen Interessen schaden, wenn wir die Tatsache bekanntmachten, dass wir uns an derartigen Aktionen beteiligen würden«.[249]

Mit diesem Gesetz wurde auch der mächtige Nationale Sicherheitsrat (National Security Council), kurz NSC, ins Leben gerufen, in dem der Präsident den Vorsitz hat. Der NSC tagt in aller Regel im Lagebesprechungsraum im fensterlosen Keller des Weißen Hauses und vereinigt die Spitzen der Exekutive. Der NSC hat das Gewaltverbot wiederholt missachtet. Die Sitzungsprotokolle des NSC sind geheim und werden nicht veröffentlicht. Neben dem Präsidenten nehmen der Vizepräsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister an den Sitzungen des NSC teil sowie, je nach Bedarf, der CIA-Direktor, der Nationale Sicherheitsberater, der Generalstabschef und weitere hochrangige Beamte. Der NSC prägt die Außenpolitik der USA. »Der Rat ist die höchste Ebene des Politikbetriebes«, erklärt US-Historiker John Prados. Die Mitglieder des Rates halten »die Schlüssel der Macht« in den Händen und kommandieren die US-Armee und alle US-Geheimdienste.[250]

Die CIA manipuliert die Wahlen in Italien 1948

Mit der Gründung der CIA verfügte der Präsident über ein neues Instrument, mit dem er in allen Ländern der Welt verdeckt Einfluss nehmen konnte, ohne dass dies der Öffentlichkeit bekannt wurde. »Die CIA führt im Auftrag des Präsidenten verdeckte Operationen durch«, erklärte Ralph McGehee die Hauptfunktion des neuen Geheimdienstes. McGehee, der 25 Jahre in der CIA diente, betont, dass »das meiste Personal, das meiste Geld und die meiste Energie« innerhalb der CIA für die verdeckten Operationen eingesetzt wurde und nicht, um Informationen zu sammeln.[251]

Italien hatte das Pech, das erste Land der Welt zu sein, das von der CIA in einem unerklärten geheimen Kriege angegriffen wurde. Der NSC gab der CIA den Auftrag, zu verhindern, dass die italienischen Linken die ersten nationalen Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg am 16. April 1948 gewinnen. Präsident Harry Truman machte sich große Sorgen, weil die italienische kommunistische Partei PCI und die italienische sozialistische Partei PSI, die beide gegen den faschistischen Diktator Benito Mussolini gekämpft hatten und daher hohes Ansehen genossen, für die Wahlen in Italien ein Wahlbündnis geschlossen hatten, die Fronte Democratico Popolare (FDP). Beobachter erwarteten, dass die FDP die Mehrheit im italienischen Parlament gewinnen werde, da sie schon bei den Kommunalwahlen siegreich gewesen war.

Um dies zu verhindern, baute die CIA eine neue Partei auf, die sie Christlich Demokratische Partei (Democrazia Christiana Italiana, DCI) nannte und die mit Kollaborateuren, Monarchisten und Faschisten aus dem Zweiten Weltkrieg durchsetzt war. Die CIA pumpte 10 Millionen Dollar in die DCI und bewarf gleichzeitig die Kommunisten und Sozialisten mit frei erfundenem Schmutz. Die CIA war erfolgreich. Die DCI gewann 48 Prozent der Stimmen und 307 Sitze im italienischen Parlament und durfte die Regierung stellen, während die linke FDP unerwartet nur 13 Prozent der Stimmen erhielt und sich als Verlierer mit 200 Sitzen im Parlament begnügen musste. Die CIA hatte die Kommunisten erfolgreich aus der italienischen Regierung ausgeschlossen. Die US-Armee baute ihre Militärstützpunkte im besetzten Italien aus und unter der DCI-Regierung

trat Italien am 4. April 1949 der neu geschaffenen Militärallianz NATO als Gründungsmitglied bei.[252]

US-Präsident Truman war über den Erfolg in Italien begeistert. Um die Macht der CIA auszubauen, verabschiedete der Nationale Sicherheitsrat am 18. Juni 1948 die Direktive NSC 10/2, welche die CIA ermächtigte, weltweit verdeckte Operationen durchzuführen. Der NSC betraute die CIA mit »Propaganda, Wirtschaftskrieg, vorbeugenden direkten Aktionen wie Sabotage, Sabotage-Abwehr, Sprengungen und Evakuierungsmaßnahmen«. Zudem gab das neue Gesetz der CIA den Auftrag, in fremden Staaten Banden zu bewaffnen, was bis heute der Klassiker im Bereich der verdeckten Kriegsführung ist. Die CIA sei zuständig für »Subversion gegen feindliche Staaten durch Unterstützung von Widerstandsorganisationen im Untergrund, Guerillas und Freiheitskämpfern«, verfügte das neue Gesetz. All diese verdeckten, streng geheimen Operationen, so betonte NSC 10/2, mussten »so geplant und durchgeführt werden, dass jegliche Verantwortung der Vereinigten Staaten nicht autorisierten Personen verborgen bleibt, und dass die amerikanische Regierung, wenn sie dennoch aufgedeckt werden, jegliche Verantwortung immer glaubhaft abstreiten kann«.[253]

Die CIA stürzt die Regierung im Iran 1953

Diese Texte waren nicht nur trockene Theorie, sondern wurden in die Tat umgesetzt. Im Auftrag des Nationalen Sicherheitsrates stürzte die CIA zusammen mit dem britischen Auslandsgeheimdienst MI6 im August 1953 den demokratisch gewählten iranischen Premierminister Mohammad Mossadegh. Der iranische Premier hatte das iranische Erdöl verstaatlicht und sich dadurch den Zorn der Briten zugezogen, die das iranische Erdöl als ihren kolonialen Besitz betrachteten. Mossadegh glaubte irrigerweise, die USA seien seine Verbündeten im Kampf gegen die Briten, weil auch die Vereinigten Staaten sich einst vom britischen Imperium befreit hatten. »Wir teilen mit den USA die Liebe zur Freiheit«, beteuerte Mossadegh gegenüber Truman in Washington, »aber wir waren weniger erfolgreich, unsere Freiheit von jenem Land zu fordern, das ihnen diese Freiheit 1776 zugestehen musste.«[254]

Präsident Truman wollte keinen illegalen Putsch in Teheran. Doch als US-Präsident Dwight Eisenhower am 20. Januar 1953 ins Weiße Haus einzog, drehte der Wind. Der neue Präsident gab Allen Dulles, dem skrupellosen Chef der CIA, den Auftrag, den iranischen Premier zu stürzen. Dulles bewilligte eine Million Dollar, die »für alle Aktionen eingesetzt werden sollen, die den Sturz von Mossadegh herbeiführen«. In den Abendnachrichten wurde 1953 nur über Unruhen im Iran berichtet, die zu einem Regierungssturz geführt hatten. Die Beteiligung von CIA und MI6 blieb für die Fernsehzuschauer und Zeitungsleser unsichtbar. Nur im CIA-Hauptquartier in Langley war man besser informiert und freute sich. »Es war ein Tag, der nie hätte enden sollen«, befand die CIA. »Denn er war so mit Aufregung, Erfüllung und Jubel verbunden, dass es zweifelhaft ist, ob dies je wieder möglich sein wird.« Der Sturz der iranischen Regierung war ein klarer Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot und eine Tragödie für den Iran. »Die Dinge, die wir taten, waren verdeckt«, notierte Eisenhower später in sein Tagebuch. »Würden sie öffentlich bekannt, würden wir nicht nur in Verlegenheit geraten …, sondern unsere Chancen, irgendetwas Ähnliches in Zukunft zu tun, würden sich nahezu gänzlich in Luft auflösen.«[255]

Die CIA stürzt die Regierung in Guatemala 1954

In Guatemala wurde Jacobo Arbenz im Januar 1951 Präsident, nachdem er die demokratischen Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen hatte. Arbenz, Sohn eines Schweizer Einwanderers, war davon überzeugt, dass die Unterschicht in vielen Ländern der Welt ausgebeutet wird. Eine reiche Oberschicht besaß in Guatemala große Ländereien, kontrollierte die mächtigsten Firmen und schöpfte daraus große Gewinne ab, während ein Heer von armen Menschen kein Land besaß und für einen Hungerlohn arbeiten musste, der kaum reichte, um die Familie zu ernähren oder im Krankheitsfall Medizin zu kaufen. Arbenz führte daher eine Landreform durch. Große Flächen, viel davon unkultiviertes Land, verteilte er an rund 100000 landlose Bauern. Dies machte ihn zum Erzfeind der Großgrundbesitzer und der mächtigen amerikanischen United Fruit

Company, die in Guatemala viel Land besaß und der er als Entschädigung aber nur 525000 US-Dollar anbot. Das war exakt die Summe, welche das Unternehmen als Wert des Landes für den Zweck der Besteuerung angegeben hatte. Die United Fruit Company heißt heute Chiquita und gehört zu den größten Bananenproduzenten der Welt.

Die CIA war von der Landreform von Arbenz nicht begeistert. CIA-Direktor Allen Dulles war Aktionär der United Fruit Company. Sein Bruder, Außenminister John Foster Dulles, besaß ebenfalls ein großes Aktienpaket und die New Yorker Anwaltsfirma der Gebrüder Dulles, Sullivan & Cromwell, war Rechtsberater der United Fruit. Die Aktionäre der United Fruit Company waren also dieselben Männer, die im Nationalen Sicherheitsrat in Washington saßen. Der NSC gab daraufhin der CIA den Auftrag, Präsident Arbenz zu stürzen. General Robert Cutler, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, der die verdeckten Operationen abzusegnen hatte, saß im Direktorium der United Fruit.[256]

Der illegale Krieg der USA gegen Guatemala begann am 18. Juni 1954 und war ein klarer Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Von der CIA bewaffnete Banden fielen vom Nachbarland Honduras in Guatemala ein und Flugzeuge bombardierten Häfen, Militäreinrichtungen, eine Schule, den internationalen Flughafen und verschiedene Städte. Am 27. Juni 1954 musste Präsident Arbenz fliehen. Der von der CIA bezahlte Anführer der Rebellen, Castillo Armas, erklärte sich am 1. September 1954 zum neuen Präsidenten von Guatemala. Armas stoppte die Landreform, bereits erfolgte Enteignungen wurden für ungültig erklärt und die United Fruit Company erhielt all ihr Land zurück. Zudem verbot die neue Regierung die Gewerkschaft der Bananenarbeiter, besonders aktive Gewerkschafter wurden ermordet. Der Chiquita-Putsch war erfolgreich, wurde aber vor der US-Bevölkerung geheim gehalten.[257]

Die CIA ermordet Premierminister Lumumba im Kongo 1961

Die CIA operierte auf allen Kontinenten und beeinflusste auch die Poltik in der Demokratischen Republik Kongo. Das afrikanische Land von der Größe

Westeuropas war 1885 vom belgischen König Leopold II. zu seinem Privatbesitz erklärt worden. Die Hauptstadt hieß damals Leopoldville, heute Kinshasa. Belgische, britische und US-Unternehmen förderten im Kongo Kupfer, Kobalt, Diamanten, Gold, Zinn, Mangan und Zink und beuteten das Land aus, während die lokale Bevölkerung brutal unterdrückt wurde. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg regte sich Widerstand im Kongo. »Unser Ziel ist die Befreiung des Kongos vom Kolonialregime, die absolute Emanzipation des Landes«, erklärt der Missionsschüler Patrice Lumumba, der das Land in die Unabhängigkeit führte.[258]

Nachdem der Kongo die Unabhängigkeit von Belgien erlangt hatte, wurde der charismatische Patrice Lumumba am 30. Juni 1960 der erste frei gewählte Ministerpräsident der jungen afrikanischen Republik. Als während der Unabhängigkeitsfeier der belgische König Baudouin die Kolonialherrschaft lobte, widersprach Lumumba und kritisierte die jahrelange Ausbeutung. »Wir haben zermürbende Arbeit kennengelernt und mussten sie für einen Lohn erbringen, der es uns nicht gestattete, den Hunger zu vertreiben, uns zu kleiden oder in anständigen Verhältnissen zu wohnen oder unsere Kinder als geliebte Wesen großzuziehen«, so Premierminister Lumumba. »Wir kennen Spott, Beleidigungen, Schläge, die morgens, mittags und nachts unablässig ausgeteilt wurden, weil wir Neger waren … Wir werden die Massaker nicht vergessen, in denen so viele umgekommen sind, und ebenso wenig die Zellen, in die jene geworfen wurden, die sich einem Regime der Unterdrückung und Ausbeutung nicht unterwerfen wollten.«[259]

Die USA und Belgien waren beunruhigt und stuften Premierminister Lumumba als eine Gefahr ein, auch weil er Bergbaufirmen, die im Kongo tätig waren, verstaatlichen wollte. Um dem Premier die Kontrolle über die Bodenschätze zu entziehen, förderten Washington und Brüssel die Abspaltung der rohstoffreichen Provinzen Katanga und Karsai und unterstützten dort die separatistischen Kräfte. Präsident Eisenhower entschied, dass Lumumba gestürzt werden musste. Auf einer Sitzung des mächtigen Nationalen Sicherheitsrates im August 1960 erteilte Eisenhower seinem skrupellosen CIA-Direktor Allen Dulles die Genehmigung, Lumumba zu »eliminieren«. Das war ein eklatanter Verstoß gegen das

UNO-Gewaltverbot. Robert Johnson, der bei der NSC-Sitzung Protokoll führte, erinnerte sich später an den Schock, der durch den Raum ging, als Präsident Eisenhower den Mordbefehl gegeben hatte. »Es gab ein bestürztes Schweigen, das etwa fünfzehn Sekunden dauerte, dann ging die Sitzung weiter«, so Johnson. »Ich war erstaunt, dass ich jemals einen Präsidenten etwas wie dieses in meiner Gegenwart oder der Anwesenheit einer Gruppe von Leuten sagen hörte. Ich war bestürzt.«[260]

Der Leiter der CIA-Station im Kongo, Lawrence Devlin, wurde von Dulles beauftragt, die Ermordung von Lumumba zusammen mit Belgien in die Wege zu leiten. Am 14. September 1960 übernahm die Armee unter Oberst Joseph Mobutu in einem mit den USA und Belgien abgesprochenen Putsch die Macht. Premierminister Lumumba wurde von Mobutus Truppen verhaftet, gefoltert und zu seinen Erzfeinden, den Sezessionisten in Katanga geflogen, wo er am 17. Januar 1961 erschossen wurde. Um alle Spuren zu verwischen, wurde Lumumbas Leiche in Batteriesäure aufgelöst. Nach dem brutalen Mord am mutigen Premierminister installierten die USA Joseph Mobutu als neuen Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo. Mobutu regierte das Land unter dem Namen »Zaire« mehr als 30 Jahre als brutaler Diktator, garantierte europäischen und amerikanischen Konzernen vorteilhafte Konditionen beim Abbau der Rohstoffe und versteckte sein Geld auf Bankkonten in der Schweiz.[261]

Die Ermordung von Trujillo in der Dominikanischen Republik 1961

Die Dominikanische Republik in der Karibik ist heute dank ihrer weißen Palmenstrände eine beliebte Feriendestination für sonnenhungrige Touristen aus aller Welt. Doch während drei Jahrzehnten litten die Bewohner der Insel unter Diktator Rafael Trujillo, der 1930 mit Unterstützung der USA durch einen Putsch an die Macht gelangt war. Trujillo ließ seine Gegner ermorden und regierte das Land 31 Jahre lang wie ein Gangsterboss in Chicago. Trotzdem genoss Trujillo die Unterstützung der USA, weil er sich als Bollwerk gegen den Kommunismus inszenierte. Präsident Franklin Roosevelt empfing den Despoten sogar im Weißen Haus. Roosevelts

Außenminister Cordell Hull erklärte: »Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn!«[262]

Doch als 1959 auf der Nachbarinsel Kuba Fidel Castro die Macht übernahm und den von den USA unterstützen Diktator Fulgenicio Batista stürzte, entschied Washington, dass Trujillo nicht mehr der richtige Mann war, um die Karibikinsel zu führen. Mit Unterstützung der CIA wurde Trujillo am Abend des 30. Mai 1961 von dominikanischen Dissidenten in seinem Chevrolet in San Cristobal erschossen. Seine Mörder, so eine Untersuchung des US-Senates, wurden von der CIA trainiert und mit Waffen versorgt. Es sei aber nicht klar, ob Präsident Trujillo mit den Waffen getötet worden sei, welche die CIA an die Dissidenten geliefert hatte, so die US-Senatoren. Die Dominikaner wählten 1962 den Schrifsteller Juan Bosch zum Präsidenten. Präsident Bosch stärkte das Land durch soziale Reformen, wurde aber schon sieben Monate später von der CIA gestürzt, weil er eine größere Unabhängigkeit von den USA anstrebte.[263]

Es ist irreführend, wenn die CIA als »Nachrichtendienst« bezeichnet wird, was oft geschieht. Denn dann entsteht in der Vorstellung des Medienkonsumenten der Eindruck, dass es der CIA vor allem um das Sammeln und Auswerten von »Nachrichten« geht, und dass die CIA das Gleiche macht wie Journalisten in einer Zeitungsredaktion oder Studentinnen in einem historischen Seminar: viel lesen und viel schreiben.

Doch dies ist falsch. Natürlich sammelt die CIA auch über ausländische Regierungen und Personen Informationen, um diese den verschiedenen Zweigen der amerikanischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Doch weitaus wichtiger als die Abteilung für Analysen ist der operative Arm der CIA, die Abteilung für verdeckte Operationen. Diese hat wiederholt aktiv in die internationale Politik eingegriffen und organisierte den Sturz von Premierminister Mossadegh im Iran 1953, den Sturz von Präsident Arbenz in Guatemala 1954 sowie 1961 die Ermordung von Premierminister Lumumba im Kongo und von Diktator Trujillo in der Dominikanischen Republik.

Weil die CIA Mordanschläge durchgeführt hat, um politische Ziele zu erreichen, unterscheidet sich der Auslandsgeheimdienst der USA nicht grundsätzlich von einer Terrororganisation wie der IRA oder der RAF, die

auch Gewalt einsetzten, um politische Ziele zu erreichen. Noam Chomsky bezeichnet die USA daher als »den führenden terroristischen Staat«. Diese Aussage ist wahr und gut fundiert. Im November 1975 publizierte der US-Senat einen 350 Seiten langen brisanten Bericht und deckte die Mordanschläge der CIA auf. Das war damals eine Sensation und ein Skandal. Der Bericht wurde von einer aus elf Senatoren bestehenden Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des mutigen demokratischen Senators Frank Church aus Idaho verfasst. Es war die gründlichste und ehrlichste Untersuchung zum Thema Mordanschläge, die der Senat je verfasst hatte. CIA-Agenten reisten danach nach Idaho und verhinderten, dass Senator Frank Church 1980 wiedergewählt wurde.[264]

»Wir glauben, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat zu erfahren, welche Instrumente ihre Regierung einsetzt«, erklärte die Church-Kommission in ihrem brisanten Mordbericht. »Die Kommission ist der Überzeugung, dass die Wahrheit über diese Mordversuche ausgesprochen werden muss, da die Demokratie von einer gut informierten Wählerschaft« abhängig ist.

Im Bericht drückten die Senatoren ihre »Abscheu gegenüber dem, was wir erfahren haben« aus. »Das ist eine traurige Geschichte. Aber dieses Land hat die Kraft, diese Geschichte anzuhören und daraus zu lernen«, glaubten die Senatoren. »Wir müssen ein Volk bleiben, das seine Fehler sieht und das fest entschlossen ist, sie nicht zu wiederholen. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir untergehen. Aber wenn wir es schaffen, wird unsere Zukunft strahlend sein wie die besten Zeiten unserer Vergangenheit.«[265]

Die Ermordung von Präsident Diem in Vietnam 1963

Die Mordanschläge der CIA, so fanden die Senatoren, erstreckten sich über den ganzen Erdball. In Vietnam hatten die USA nach der Niederlage der Kolonialmacht Frankreich das Land geteilt und in Südvietnam die Herrschaft des korrupten Präsidenten Ngo Dinh Diem abgesichert. Doch dann änderte die CIA ihre Taktik und unterstützte einen Putsch, bei dem Diem gestürzt wurde. Das Unterstützen von Staatstreichen ist natürlich

illegal. Dass Präsident Diem beim Putsch am 1. November 1963 getötet wurde, sei aber vermutlich eine spontane Aktion der Putschisten gewesen, glaubt die Church-Kommission. Zumindest gäbe es keine Beweise, dass die USA den Mord an Diem gezielt planten, so die Senatoren, das Hauptziel der Aktion sei der Putsch, nicht der Mord gewesen.[266]

Auch die Pentagon-Papiere bestätigen, dass die USA Diem stürzten. »Für den Militärputsch gegen Ngo Dinh Diem müssen die USA ihren vollen Teil der Verantwortung tragen«, so die Pentagon-Papiere, die früher streng geheim waren. »Seit August 1963 haben wir die Putschpläne der vietnamesischen Generäle autorisiert und ermuntert und unsere volle Unterstützung für eine Nachfolgeregierung zugesichert … Sowohl während der Planung als auch während der Ausführung des Putsches haben wir im Geheimen den Kontakt mit den Generälen aufrechterhalten.«

Nicht nur Ngo Dinh Diem, sondern auch sein Bruder Nhu wurde während des Putsches getötet. »Wer die Amerikaner als Alliierte hat, braucht keine Feinde«, kommentierte die Witwe Madame Nhu mit Sarkasmus den Tod ihres Mannes.[267]

Die Ermordung von General Schneider in Chile 1970

In Chile erhielt während der Präsidentschaftswahl am 4. September 1970 der Arzt und Sozialist Salvador Allende am meisten Stimmen. Das gefiel dem US-Imperium nicht. Als der Oberbefehlshaber des Heeres, René Schneider, sich dem Drängen der USA widersetzte, einen Militärputsch durchzuführen, wurde er am 22. Oktober 1970 von einem von der CIA organisierten Kommando entführt und angeschossen, und erlag drei Tage später seinen Verletzungen. General Schneider stand treu zur chilenischen Verfassung und war ein Schutzschild für Präsident Salvador Allende. Die Church-Kommission enthüllte, dass die CIA die Entführung von General Schneider organisiert und Waffen an die Terroristen geliefert hatte. Es gäbe aber keinen Beweis, dass die USA die Ermordung von General Schneider anstrebten oder erwarteten, dass er nach der Entführung durch das CIA-Kommando sterben werde, so die US-Senatoren.[268]

Präsident Allende wurde von US-Präsident Richard Nixon als Gefahr eingestuft. »Washington hat im demokratischen Sozialismus immer eine größere Gefahr gesehen als im totalitären Kommunismus«, erklärt die kanadische Journalistin Naomi Klein. Denn das Vorbild Allende inspirierte viele Menschen in Lateinamerika. Die CIA förderte daher innerhalb des Militärs von Chile den Irrglauben, dass Allende und seine Getreuen russische Spione seien. »In Wahrheit war das Militär der wirkliche Feind im Innern, denn es war bereit, seine Waffen gegen die Bevölkerung zu richten, die zu schützen es geschworen hatte«, so Naomi Klein. Nach dreijährigen Sabotage- und Destabilisierungsaktivitäten führte der Nachfolger Schneiders, General Augusto Pinochet, am 11. September 1973 den CIA-Putsch durch und stürzte Präsident Allende. Natürlich war auch dieser Putsch illegal und ein Verstoß gegen die chilenische Verfassung und das UNO-Gewaltverbot.[269]

General Pinochet griff den Präsidentenpalast La Moneda im Zentrum von Santiago de Chile mit Bombern und Panzern an und setzte Teile des Gebäudes in Brand. Salvador Allende befand sich mit seinen Getreuen im Gebäude und wählte den Freitod, um sich Demütigung und Folter durch die Putschisten zu ersparen. Pinochet ergriff die Macht und ließ Allende heimlich im Badeort Vina del Mar begraben. Diktator Pinochet ging äußerst brutal gegen die Bevölkerung vor und inhaftierte 80000 linksgerichtete Dissidenten und Unterstützer von Allende. Viele wurden gefoltert. Einige wurden aus Flugzeugen in den Pazifik geworfen. Andere auf Brücken gebracht, erschossen und in den Fluss geworfen. US-Präsident Gerald Ford, der nach dem Rücktritt von Nixon 1974 ins Weiße Haus einzog, erklärte, dass das, was die USA taten, »im besten Interesse von Chile war, und sicher auch in unserem besten Interesse«. Erst als Chile 1990 zur Demokratie zurückkehrte, wurden Allendes Überreste in die Hauptstadt Santiago überführt. »Allende ist das bekannteste von mindetens 3000 Opfern während der Pinochet-Diktatur«, kommentierte *Die Zeit*. Der Staatsstreich der CIA in Chile war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.[270]

Che Guevara wird in Bolivien erschossen 1967

Nachdem die USA 1898 Kuba erobert hatten, regierten lokale Diktatoren mit Unterstützung von Washington die Insel als informelle Kolonie der USA und sicherten den US-Konzernen vorteilhafte Konditionen und der US-Marine den Militärstützpunkt Guantanamo. Doch 1959 stürzte der Kubaner Fidel Castro zusammen mit dem argentinischen Arzt Ernesto Che Guevara den von den USA unterstützten Diktator Fulgencio Batista, der die Insel seit Jahren ausgeplündert hatte. Das verärgerte Washington sehr. Die beiden Revolutionäre Fidel Castro und Che Guevara kamen ins Visier der CIA.

Che Guevara war in den 1960er Jahren der weltweit bekannteste Kritiker der USA. Als 25-jähriger Arzt hatte Che Guevara in Guatemala den CIA-Sturz von Arbenz aus nächster Nähe miterlebt. Er glaubte an revolutionäre Gewalt als Mittel der internationalen Politik und forderte die »Vernichtung des Imperialismus durch die Eliminierung seiner mächtigsten Basis: Der imperialistischen Herrschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika«. Nach der kubanischen Revolution diente Che Guevara in Kuba als Industrieminister, verließ die Insel aber 1965, um in Bolivien eine Revolution anzuzetteln.[271]

Als oberster Befehlshaber gab US-Präsident Lyndon Johnson dem US-Militär und den US-Geheimdiensten den Auftrag, Che Guevara zu töten. Im Juni 1967 schickten die USA 16 Männer der US-Spezialeinheit Green Berets als Instruktoren nach Bolivien, die aus ausgewählten bolivianischen Soldaten das 2nd Ranger Batallion formten, das zusammen mit der CIA Che Guevara festnahm. Nach einer kurzen Befragung wurde der 39-jährige Revolutionär erschossen. Präsident Lyndon Johnson wurde durch seinen Nationalen Sicherheitsberater Walt Rostow am 11. Oktober 1967 so über die streng geheime Operation informiert: »Die CIA sagt, dass gemäß neuesten Informationen Che Guevara lebend gefasst wurde. Nach einer kurzen Befragung, um seine Identität zu überprüfen, ordnete General Ovando, der Chef der Armee Boliviens, seine Erschießung an.« Die CIA trennte dem leblosen Körper Che Guevaras die Hände ab und schickte sie nach Washington, um die Identität des Revolutionärs zu überprüfen.[272]

Die Mordanschläge der CIA auf Fidel Castro 1961

Die CIA versuchte mehrmals den kubanischen Präsidenten Fidel Castro zu ermorden, aber ohne Erfolg. Der hochrangige CIA-Mitarbeiter Richard Bissell, der an der Eliteuniversität Yale lehrte, kam 1954 zur CIA. Richard Bissell war ein strenger Verstandesmensch. Als rechte Hand von CIA-Direktor Allen Dulles war Bissell zuständig für verdeckte Operationen. Es war Bissell, der CIA-Mitarbeiter William Harvey zu Beginn des Jahres 1961 die Aufgabe gegeben hatte, in der CIA eine Abteilung für Mordanschläge aufzubauen, die intern unter dem unscheinbaren Namen »Executive Action« lief. Der rüde und dickbäuchige Harvey hatte gemäß CIA-Chef Dulles eine »Bullenmentalität«, die im Bereich von Mordanschlägen gut zu gebrauchen war. In internen CIA-Sitzungen brachte Harvey seine Vorgesetzten in Aufregung, indem er eine seiner vielen Pistolen zückte, den Zylinder drehte und die Munition kontrollierte, so als wolle er gleich losschießen.[273]

Die CIA wusste, dass Fidel Castro gerne rauchte. Im Februar 1961, so fand die Church-Kommission heraus, gab die CIA einem Attentäter Zigarren, die mit einem stark wirkenden Gift imprägniert waren, das bereits bei der Berührung mit dem Mund tödlich wirken sollte. Der Anschlag war aber nicht erfolgreich. Die CIA fragte auch die Mafia, ob sie Fidel Castro töten könne. Im September 1960 traf sich der ehemalige FBI-Agent und Privatdetektiv Robert Maheu auf Bitten der CIA in Beverly Hills mit John Rosselli, einem Gangster aus dem Las Vegas-Milieu der Mafia, und bot ihm 150000 Dollar, um Castro zu ermorden. Als Rosselli Interesse signalisierte, erhielt er von William Harvey, dem Leiter der CIA-Abteilung für Mordanschläge, Giftampullen und Waffen, um sie an die von der Mafia angeheuerten Killer in Kuba weiterzuleiten. Für viele Menschen ist es noch heute schwer zu glauben, dass die CIA wie eine Terrororganisation mit der Mafia zusammen Mordpläne schmiedete, aber dies ist durch die Church-Kommission historisch belegt.[274]

Die CIA knüpfte mit der Hilfe von Rosselli Kontakte zu den Mafiosi Salvatore Giancana und Santos Trafficante. Giancana stand auf der Fahndungsliste der zehn am meisten gesuchten Verbrecher der USA, doch das kümmerte die skrupellose CIA nicht. Die Mafia lehnte den Vorschlag der CIA ab, Präsident Castro im Stile eines Banditenüberfalls einfach

niederzuschießen. Mafioso Giancana schlug vor, Giftpillen in Castros Getränke zu schütten. Die Giftpillen, die von der CIA bereitgestellt und erfolgreich an Affen getestet worden waren, wurden von Mafioso Rosselli 1961 zusammen mit mehreren Tausend Dollar an einen Mörder in Kuba übergeben. Aber der Mordversuch schlug fehl. Ein Jahr später wurden wiederum gedungene Mörder von den USA mit Giftpillen, Sprengstoff, Zündern, Gewehren, Pistolen, Funkgeräten und Schiffsradar ausgerüstet. Doch auch diese Mordpläne führten nicht zum Tod von Präsident Castro.[275]

Den Kubanern blieben die vielen Mordanschläge der CIA auf ihren Präsidenten nicht verborgen. Am 10. Oktober 1961 teilte Kuba der UNO mit, dass die Vereinigten Staaten Verschwörungen zur Ermordung von Fidel Castro und seinem Bruder Raul geplant hätten. Dies sei ein skrupelloser Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Der amerikanische UNO-Botschafter, Adlai Stevenson, erklärte, dass diese »widerwärtige Anschuldigung« völlig »lächerlich« sei und dass die Vereinigten Staaten, »trotz der geringen Zuneigung, die sie für Fidel Castro und seine Anhänger hegten, Mordanschläge als ein Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ablehnten«. Das entsprach nicht der Wahrheit, auch wenn unklar ist, ob Botschafter Stevenson über die damals streng geheimen Mordanschläge der CIA Bescheid wusste.[276]

Weil Fidel Castro ein passionierter Taucher war, plante die CIA Anfang 1963 in einem Gebiet, in dem Castro oft Tauchen ging, eine exotische Muschel zu platzieren, die bei Berührung explodieren sollte. Der Plan wurde aber als undurchführbar aufgegeben. Später präparierte die CIA einen Taucheranzug mit einem Mittel, das eine chronische Hautkrankheit erzeugen sollte, und ein Atemgerät, vergiftet mit Tuberkelbazillen, die als Geschenk an Castro übergeben werden sollten. Jedoch erhielt Castro eine normale Taucherausrüstung von anderer Seite und das tödliche CIA-Geschenk verließ nie das Labor.[277]

Als Mafioso John Rosselli vor den Senatoren zum Thema Mordanschläge aussagen musste, erklärte er mit großer Offenheit, dass er die ganze Zeit gewusst hatte, dass die Mordanschläge auf Fidel Castro von der CIA finanziert wurden. Kurz darauf wurden die Überreste von John Rosselli, zerhackt und in Stücke geschnitten, in einem Ölfass gefunden, das

an der Küste von Florida in der Dumfounding Bay trieb. Das US-Justizministerium behauptete, es handele sich um einen Mord des organisierten Verbrechens und die CIA schloss sich dieser Auffassung an.[278]

CIA-Direktor Allen Dulles lenkt die Mörder

Weil es die Aufgabe der Legislative ist, die Exekutive zu überwachen, wollten die Senatoren um Frank Church herausfinden, wer im Weißen Haus und der CIA den Auftrag für die vielen Mordanschläge gegeben hatte. Auf der untersten Stufe in der CIA war William Harvey für diese »Executive Action« zuständig. Über ihm hatten Richard Bissell als Deputy Director of Plans und sein Nachfolger Richard Helms die Mordanschläge auf Fidel Castro autorisiert, das konnten die Senatoren zweifelsfrei feststellen. Innerhalb der CIA ist der Deputy Director of Plans für verdeckte Operationen zuständig. Die US-Senatoren konnten auch nachweisen, dass CIA-Direktor Allen Dulles die Mordanschläge als graue Eminenz wie ein Pate der Mafia koordiniert hatte. Weil Allen Dulles zum Zeitpunkt der Untersuchung aber schon verstorben war, konnten ihn die Senatoren nicht mehr direkt befragen. Aber Richard Bissell lebte noch und bestätigte vor der Church-Kommission, dass CIA-Direktor Allen Dulles über die Mordanschläge auf Fidel Castro informiert gewesen war und diese auch autorisiert hatte. Allen Dulles war auch über die Zusammenarbeit mit der Mafia informiert gewesen, die er jedoch nie schriftlich, sondern »nur mit einem Nicken« abgesegnet habe, so Bissell.[279]

Der von Präsident Kennedy eingesetzte Nachfolger von Dulles, CIA-Direktor John McCone, erklärte hingegen vor den Senatoren, er habe nichts von all diesen Mordanschlägen gewusst, darüber auch nicht mit seinem Vorgänger Allan Dulles gesprochen, und er habe auch niemals Mordanschläge autorisiert. Die in die Mordanschläge involvierten hochrangigen CIA-Mitarbeiter Richard Helms und Richard Bissell bestätigten, dass sie nach der Entlassung von Allen Dulles seinen Nachfolger McCone nicht über die Mordanschläge informiert hatten, obschon diese streng geheimen Operationen weiterliefen.[280]

Die CIA ist ein Instrument der amerikanischen Regierung und wie das Pentagon dem Präsidenten unterstellt. Einen schriftlichen Mordbefehl auf Che Guevara, Lumumba oder Castro hat aber kein Präsident der USA je unterschrieben, auch um solche illegalen Operationen glaubwürdig abstreiten zu können, falls sie je entdeckt werden sollten. Da das Thema zu sensibel war, wurde vieles nur mündlich vereinbart. Gemäß Richard Bissell habe man sogar das Wort »Mord« vermieden, aber die Präsidenten mit Umschreibungen wie »Castro verschwinden lassen«, »Castro entfernen« oder »Castro ausschalten« auf dem Laufenden gehalten.

»Es ist schwer zu sagen, auf welcher Stufe die Mordanschläge bekannt und autorisiert wurden«, ärgerten sich die Senatoren. Durch die Methode glaubhaften Dementierens wurden sowohl hochrangige Beamte als auch Präsidenten vor Strafverfolgung oder sonstigen negativen Konsequenzen geschützt, indem sie mit ihren Untergebenen nie schriftlich, sondern immer nur mündlich über besonders heikle illegale Operationen sprachen. Als Senator Frank Church wissen wollte, warum die CIA-Mitarbeiter sich über dieses Thema »in rätselhafter Sprache« unterhalten hatten, antwortete Richard Bissell: »Ich glaube, der Grund war, dass wir nicht einmal auf einem mündlichen Protokoll Elemente dieser Operationen dokumentiert sehen wollten.«[281]

Die Senatoren konnten klar aufzeigen, dass CIA-Direktor Allen Dulles als graue Eminenz die Mordanschläge leitete, während Präsident Eisenhower möglichst viel Abstand zu diesen Operationen hielt. »Das Ziel dabei war, dass der Präsident glaubhaft behaupten kann, dass er nichts über die Operationen weiß, wenn sie bekannt werden sollten«, erklärte Richard Bissell. Er selbst habe Präsident Eisenhower nicht über die Mordanschläge informiert, so Bissell. CIA-Direktor Dulles habe Präsident Eisenhower in einer »verdeckten Art« informiert, aber dies wisse er nicht sicher, das sei nur seine »persönliche Meinung«.[282]

Wusste Präsident Kennedy von den Mordanschlägen auf Fidel Castro? Ted Sorensen, Chefberater von Kennedy, erklärte gegenüber dem Sonderausschuss des US-Senats, Kennedy habe niemals Mordanschläge auf Castro erlaubt, »so etwas war seinem Charakter fremd«, so Sorensen. Kennedy habe sich darüber geärgert, dass CIA-Chef Allen Dulles ihm oft

keine expliziten Informationen zu spezifischen Operationen gegeben habe, ergänzte Sorensen. Auch Verteidigungsminister Robert McNamara und Außenminister Dean Rusk erklärten, Kennedy habe von den Mordanschlägen auf Castro nichts gewusst. Nur der für die Mordanschläge verantwortliche CIA-Mitarbeiter Richard Bissell widersprach und erklärte, er glaube, auch Kennedy sei über die Mordanschläge von CIA-Direktor Allen Dulles in verdeckter Art informiert worden. Dafür habe er zwar keine Beweise, dies sei aber seine »persönliche Meinung«. Kennedy konnte dieser persönlichen Meinung nicht widersprechen, weil er zur Zeit der Untersuchungen von Frank Church schon ermordet worden war.[283]

Man muss heute davon ausgehen, dass die Idee, gezielte Mordanschläge durchzuführen, innerhalb der CIA entstanden ist, vermutlich bei CIA-Direktor Allen Dulles, der die Ermordung von Premierminister Lumumba im Kongo und die Mordanschläge auf Fidel Castro als graue Eminenz leitete. Die Senatoren konnten aber nicht abschließend klären, ob Eisenhower oder Kennedy die Mordanschläge auf Castro autorisiert hatten. »Es ist denkbar, dass die glaubhafte Abstreitbarkeit so eingesetzt wurde, dass die Operationen von den Präsidenten autorisiert wurden, was jetzt aber nicht mehr bewiesen werden kann«, so die Senatoren. Die Church-Kommission hielt aber fest, dass die Präsidenten auch dann die Verantwortung tragen, wenn sie nicht informiert waren. »Unabhängig davon, ob die verschiedenen Präsidenten um die Anschläge wussten und diese autorisierten oder nicht, trägt jeder Präsident als oberster Befehlshaber letztendlich die Verantwortung für die Taten seiner Untergebenen.« Die politische Verantwortung für die Mordanschläge lag nicht bei der CIA, sondern im Weißen Haus und beim Nationalen Sicherheitsrat, der vom Präsidenten geleitet wird.[284]

CIA-Chef Allen Dulles hat in seiner Karriere immer wieder gelogen und getötet. Der langjährige Chef der Spionageabwehr in der CIA, James Jesus Angleton, bestätigte zwei Jahre vor seinem Tod 1985 gegenüber Journalisten, dass Allen Dulles zu den »Großmeistern« der CIA gehörte und dass die führenden Männer der CIA alle ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit hatten. »Grundsätzlich waren die Gründerväter des US-Geheimdienstes Lügner. Je besser einer lügen und betrügen konnte, desto

eher wurde er befördert«, enthüllte Angleton. »Diese Leute zogen sich gegenseitig an und beförderten sich gegenseitig. Außer ihrer Doppelzüngigkeit war das Einzige, was sie gemeinsam hatten, das Streben nach absoluter Macht.« Die CIA ging dafür sprichwörtlich über Leichen und hatte keinerlei Interesse am Prinzip Menschheitsfamilie oder am UNO-Gewaltverbot. »Die CIA hat Zehntausende anständiger Menschen getötet«, erklärt Angleton, und ist daher von einer Terrororganisation kaum zu unterschieden. »Allen Dulles, Richard Helms, Carmel Offie und Frank Wisner waren die Großmeister«, so Angleton. »Wenn man mit ihnen in einem Zimmer war, war man umgeben von Menschen, die verdientermaßen in der Hölle enden würden.«[285]

Der illegale Angriff der CIA auf Kuba 1961

Die CIA beschränkte sich nicht auf Mordanschläge, um Fidel Castro loszuwerden, sondern führte auch einen geheimen Krieg gegen die Karibikinsel. Als die kubanische Revolution ein Jahr alt war, stimmte Präsident Eisenhower im März 1960 einer Empfehlung von CIA-Direktor Allen Dulles zu und ordnete die Rekrutierung, Ausrüstung, Ausbildung und Finanzierung von bewaffneten Einheiten aus Kreisen der Exilkubaner in Florida an, um Castro zu stürzen. Dulles versprach, der Sturz von Fidel Castro werde ebenso problemlos verlaufen wie der Putsch im Iran 1953. Die CIA rekrutierte im Rahmen der »Operation Zapata« Exilkubaner in Florida und trainierte sie in Guatemala. Das Geld, die Waffen und die Ausbilder kamen aus den USA. Im August 1960 genehmigte Präsident Eisenhower für den illegalen Krieg gegen Kuba ein Budget von 13 Millionen Dollar.[286]

Als der kubanische Geheimdienst über seine Spitzel in Florida von der geplanten Invasion erfuhr, sprach der kubanische Außenminister Raul Roa im November 1960 vor der UNO-Vollversammlung. Dort erinnerte er an das UNO-Gewaltverbot, das allen UNO-Mitgliedstaaten klar und deutlich untersage, in ihren internationalen Beziehungen jede Art von Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Außenminister Roa bat die Weltfriedensorganisation zu untersuchen, ob die USA eine Invasion in

Kuba vorbereiteten. Doch US-Botschafter James Jeremiah Wadsworth wies Roas Mutmaßungen als »monströse Verzerrungen und absolute Unwahrheiten« mit aller Entschiedenheit zurück.[287]

Nachdem John F. Kennedy im Januar 1961 als neuer Präsident ins Weiße Haus eingezogen war und Präsident Eisenhower ersetzt hatte, wurde er von CIA-Direktor Allen Dulles und Richard Bissell, dem Chef für verdeckte Operationen, über die geplante Invasion in Kuba informiert. Präsident Kennedy hatte als oberster Befehlshaber die Macht, die Invasion in Kuba abzusagen, aber er tat es nicht. Gegenüber der Öffentlichkeit nutzte auch der junge und charismatische Präsident das Instrument der Täuschung. Am 11. April 1961, vier Tage vor dem illegalen Angriff, wurde Kennedy auf einer Pressekonferenz zum Thema Kuba befragt. Er antwortete, dass er »unter keinen Umständen eine Intervention von Streitkräften der USA in Kuba« auslösen werde. Später bezeichnete ein Kommentator dies als »eine vorzügliche Leistung der Irreführung«, weil es ja tatsächlich keine US-Soldaten, sondern von der CIA trainierte Exilkubaner waren, die von Guatemala und Nicaragua aus die Invasion durchführten.[288]

Der illegale CIA-Angriff begann am 15. April 1961 mit der Bombardierung von Kuba. In Nicaragua starteten B-26-Bomber, die von CIA-Piloten geflogen wurden, und zerstörten einen Teil der kubanischen Luftwaffe. Die CIA hatte die B-26-Bomber von der U. S. Air Force erhalten und die kubanische Flagge unter den Tragflächen und »FAR« (Fuerzas Armadas Revolucionarias), die Abkürzung für die kubanischen Streitkräfte, am Heck aufgemalt, um gegenüber der Öffentlichkeit die ganze Operation als »innerkubanische Revolte« darstellen zu können. Präsident Castro, der die Invasion erwartet hatte, war darauf vorbereitet. Als die Bomben fielen, soll er gesagt haben: »Das ist die Aggression.« Auf die Bombardierung folgte am 17. April 1961 die Invasion mit Bodentruppen. Als die von der CIA trainierten Exilkubaner am Strand der Schweinebucht landeten, wurden sie von kubanischen Kampfflugzeugen vom Typ T-33 unter Feuer genommen, auch das Transportschiff, das die Munition der Invasoren für die nächsten zehn Tage geladen hatte, wurde versenkt. Damit hatten die Invasionstruppen keinerlei Nachschub mehr. Der geheime Krieg der CIA gegen Kuba war gescheitert.[289]

Kennedy feuert CIA-Direktor Allen Dulles 1961

Als oberster Befehlshaber hätte Kennedy die Möglichkeit gehabt, das US-Militär einzusetzen und einen offenen Krieg mit Kuba zu führen. Kennedy hatte US-Flugzeugträger in unmittelbarer Nähe der Insel. Doch er entschied sich dagegen, akzeptierte die Niederlage und verbot, wie auf der besagten Pressekonferenz angekündigt, dem Pentagon, mit US-Soldaten einzugreifen. »Mir wurde von jedem der Hurensöhne – von all den Militärexperten und CIA-Leuten –, mit denen ich den Fall geprüft habe, versichert, dass der Plan erfolgreich sein werde«, protestierte Kennedy wütend nach dem Fiasko. Aber das war ein Irrtum, der Plan war nicht erfolgreich. Ab diesem Tag entbrannte ein heftiger Streit zwischen dem Weißen Haus und der CIA. Die Wut des Präsidenten traf den mächtigen CIA-Direktor Allen Dulles, der acht Jahre lang die CIA angeführt hatte. Kennedy entließ Allen Dulles, zusammen mit Richard Bissell, dem Chefplaner der Schweinbuchtinvasion. Damit waren die Verantwortlichen für Mordanschläge plötzlich arbeitslos.[290]

Allen Dulles fühlte sich durch die Entlassung schwer gedemütigt und betrachtete den viel jüngeren Kennedy als ein Sicherheitsrisiko sowohl für die CIA wie auch für die imperialen Interessen der USA. Allen Dulles war skrupellos. Er hatte schon mehrmals Menschen ermorden lassen und verfügte über ein Netzwerk von Killern. Nun entschied er, dass Kennedy ausgeschaltet werden musste. Auch wenn es nicht bewiesen werden kann, deutet doch vieles darauf hin, dass der frühere CIA-Direktor Allen Dulles die Ermordung von Präsident John F. Kennedy in Auftrag gegeben hat und danach als Mitglied der Warren-Kommission die Untersuchung des Präsidentenmordes manipulierte, indem er der Öffentlichkeit erzählte, ein verrückter Einzeltäter namens Lee Harvey Oswald habe den beliebten Präsidenten erschossen.

9. Die Ermordung von Präsident Kennedy

US-Präsident John F. Kennedy, der im Januar 1961 ins Weiße Haus einzog, wollte neue Wege in der US-Außenpolitik beschreiten. Er weigerte sich während der Invasion in der Schweinebucht, die CIA mit Truppen des Pentagons zu unterstützen, als klar wurde, dass der Putschversuch gegen Fidel Castro scheitern würde. Auch während der Kubakrise 1962, welche die Welt an den Rand eines Atomkriegs führte, weigerte sich Kennedy, dem Rat seiner führenden Generäle zu folgen, die eine Invasion der Insel vorgeschlagen hatten, und entschied sich stattdessen für eine Seeblockade. Daraufhin verhandelte Kennedy mit Nikita Chruschtschow, dem Anführer der kommunistischen Sowjetunion, und versprach ihm, von jedem weiteren Angriff auf Kuba abzusehen. Chruschtschow zog im Gegenzug die sowjetischen Atomwaffen aus Kuba ab und Kennedy befahl seinem Militär, die amerikanischen Atomwaffen aus der Türkei zu entfernen. Kennedy misstraute der CIA und wollte den US-Geheimdienst auch aus Südvietnam abziehen.

Einige in der CIA und im Pentagon hassten Kennedy und kamen zu dem Schluss, dass der charismatische junge Präsident eine Gefahr für die imperiale Vorherrschaft der USA sei und eliminiert werden müsse. Besonders der alte und hinterlistige frühere CIA-Direktor Allen Dulles, der von Kennedy nach dem Fiasko in der Schweinebucht gefeuert wurde, war ein Todfeind des Präsidenten. Auch wenn es nicht bewiesen werden kann, deutet doch vieles darauf hin, dass der skrupellose frühere CIA-Direktor Allen Dulles die Ermordung von Kennedy organisierte und danach als

einflussreiches Mitglied der Warren-Kommission, die den Mord untersuchte, seine Spuren verwischte und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Lee Harvey Oswald lenkte und ihm den Mord in die Schuhe schob. Weil auch Oswald umgehend erschossen wurde und sich nie in einem regulären Prozess gegen die gravierende Anschuldigung verteidigen konnte, breitete sich ein Nebel über die ganze Affäre, der jede klare Sicht verhinderte. Dies konnte Allen Dulles nur recht sein. Er starb 1969 im Alter von 75 Jahren, ohne dass er je vor einem Richter über seine Rolle beim Präsidentenmord befragt worden wäre.

Tatort Dallas, 22. November 1963

Im November 1963 flogen US-Präsident John F. Kennedy und seine Gattin Jackie für eine Wahlkampfreise nach Texas. Dieser Bundesstaat war kein leichtes Pflaster für Kennedy. In kaum einem anderen Staat war der Präsident weniger willkommen. Es hatte sogar Morddrohungen gegen den Präsidenten gegeben, in denen er als Kommunist oder Landesverräter beschimpft worden war. Am 22. November 1963 fuhr Präsident Kennedy in der offenen Präsidentenlimousine durch Dallas. Der Empfang in Texas war unerwartet freundlich, die Menschen an den Straßenrändern jubelten dem Präsidenten und seiner attraktiven Gattin begeistert zu. An der Dealey Plaza, einem offenen Parkgelände, das die Westgrenze der Innenstadt von Dallas bildet, wurde der Konvoi auf der Elm Street um 12:30 Uhr plötzlich unter Feuer genommen. Einer der Schüsse traf den Präsidenten in den Kopf. Der Fahrer der Präsidentenlimousine raste zum nahe gelegenen Parkland Hospital. Doch für den Präsidenten kam jede Hilfe zu spät. Um 13:00 Uhr Ortszeit wurde Kennedy von den behandelnden Ärzten für tot erklärt.

Der Geheimdienst hatte den Präsidenten an diesem Tag schlecht geschützt. Die Fenster und Dächer der Gebäude entlang der Fahrtroute waren nicht gesichert. Der Secret Service, eigentlich zuständig für die Sicherheit des Präsidenten, hatte auch auf die Schutzkuppel der Präsidentenlimousine verzichtet. Zudem hatte man die Fahrtroute in Dallas noch am Tag des Anschlags kurzfristig geändert, sodass die Wagenkolonne an der Dealey Plaza scharf abbiegen und ihre Geschwindigkeit auf knapp

fünfzehn Stundenkilometer verringern musste. Indem man auf diese Art dem jungen Präsidenten jeden Schutz entzogen hatte, wurde er zu einem einfachen Ziel für seine Mörder.

Eigentlich hätten die Wunden des toten Präsidenten im Parkland Hospital in Dallas genau untersucht werden müssen, um mit einer sorgfältigen Autopsie festzustellen, wie oft und aus welchen Richtungen man auf Kennedy geschossen hatte. Doch das geschah nicht. »Der Körper des Präsidenten wurde den für die Autopsie Verantwortlichen, den Behörden von Texas, gewaltsam weggenommen«, protestierte später der Chirurg Charles Crenshaw, der sich im Parkland Hospital vergeblich um den tödlich verwundeten Kennedy bemüht hatte. Trotz des heftigen Widerstandes von Dr. Earl Rose, dem Chef der gerichtsmedizinischen Pathologie im Parkland Hospital, wurde die Leiche von Agenten des Secret Service mit vorgehaltener Waffe noch am selben Tag um 14 Uhr entführt. »Wäre Dr. Rose nicht beiseitegetreten, hätten diese Verbrecher ihn sicher erschossen«, erinnert sich Crenshaw an die Entführung. »Sie hätten mich und jeden anderen, der sich ihnen in den Weg gestellt hätte, getötet.« Der Secret Service brachte die Leiche mit einem Krankenwagen zur Air Force One, dem Flugzeug des Präsidenten. Dieses flog den Leichnam auf die Andrews Air Force Base bei Washington. Dort wurde die Leiche um 17 Uhr von einem Krankenwagen übernommen und ins Marinekrankenhaus in Bethesda, Maryland, gefahren, wo um 19 Uhr die Autopsie begann. Im Bethesda Naval Hospital hatten hochrangige Militärs das Kommando und leiteten die Autopsie, also genau jene Kreise, die Kennedy als eine Gefahr für die imperiale Außenpolitik ansahen. Die Militärs manipulierten den Obduktionsbericht. »Wäre die Leichenöffnung in Parkland vorgenommen worden, wären mehr Fragen aufgetaucht, und die Autopsiefotos hätten eine andere Geschichte dokumentiert, eine, die die Untersuchung in eine andere Richtung gelenkt hätte«, so Chirurg Crenshaw.[291]

Im selben Flugzeug saß auch Vizepräsident Lyndon Johnson, der noch während des Fluges als neuer Präsident der USA vereidigt wurde. In einem Staatsstreich, der nur sechs Sekunden gedauert hatte, war Johnson ohne Volkswahl an die Spitze der Exekutive aufgestiegen. Die Machtelite wusste, dass mit Johnson eine imperiale Politik viel besser zu machen war. Johnson

enttäuschte die Machtelite nicht, eskalierte die Spannungen mit Vietnam und schickte mehr als zwei Millionen US-Soldaten nach Südostasien. Nach dem Mord an Kennedy versanken die USA in Schock und Trauer. Kennedy wurde nur 46 Jahre alt und hinterließ eine junge Frau und zwei kleine Kinder. Auch in Europa trauerten die Menschen über den skrupellosen Mord an dem jungen, gutaussehenden und charismatischen US-Präsidenten. In Berlin sagte der amtierende Bürgermeister und spätere Bundeskanzler Willy Brandt: »Eine Flamme ist erloschen für alle Menschen, die auf einen gerechten Frieden und auf ein besseres Leben hoffen. Die Welt ist an diesem Abend sehr viel ärmer geworden.«[292]

Das Märchen vom verrückten Einzeltäter Lee Harvey Oswald

Die Ermordung von Präsident Kennedy zählt wie Pearl Harbor und 9/11 zu den Schlüsselereignissen der amerikanischen Geschichte. Eine fast unüberschaubare Anzahl von Büchern wurde zum Thema publiziert. Dass Präsident Kennedy ermordet wurde, ist unbestritten. Dass er nicht erwürgt, vergiftet oder niedergestochen, sondern erschossen wurde, steht auch ohne Zweifel fest. Gestritten wird in der historischen Forschung aber über die Frage, ob Kennedy einer Verschwörung mit mehreren Schützen zum Opfer fiel oder ob ein verrückter Einzeltäter den Präsidenten ermordet hat. Das ist die erste Frage, die jede Forscherin und jeder Forscher bei der Behandlung des Präsidentenmordes beantworten muss. Wenn Kennedy von einem verrückten Einzeltäter erschossen wurde, dann war es keine Verschwörung. Denn ein einzelner Mensch kann sich nicht mit sich selbst verschwören. Wenn zwei oder mehr Schützen im Auftrag von Dritten auf Kennedy schossen, dann war es eine Verschwörung, weil sich die Schützen und Auftraggeber vorher im Geheimen absprechen mussten.

Nur eine halbe Stunde nach dem Tod von Kennedy wurde in einem Kino im Stadtteil Oak Cliff in Dallas ein junger Mann verhaftet, Lee Harvey Oswald, der angeblich den Präsidenten aus dem fünften Stock des an der Dealey Plaza gelegenen Schulbuchlagers, dem Texas School Book Depository, erschossen haben soll und danach ins Kino gegangen sei. Der

erst 24 Jahre alte Lee Harvey Oswald, der seit einem Monat im Schulbuchlager arbeitete, bestritt die Tat vehement und erklärte, er habe niemanden erschossen, er sei nur ein Sündenbock. Im Hauptquartier der Polizei von Dallas wurde Oswald unter chaotischen Umständen vernommen. Obwohl auch bei geringeren Kapitalverbrechen solche Verhöre routinemäßig aufgezeichnet werden, wurde der vermeintliche Mörder des Präsidenten von der Polizei in Dallas während zwölf Stunden verhört, ohne dass dabei ein Tonband lief oder ein Stenograph mitschrieb. Das war nicht nur eine Schlamperei, sondern das vorsätzliche Vertuschen der Aussagen des Beschuldigten.[293]

Bei einem Prozess hat der Angeklagte das Recht, sich mit Hilfe seiner Anwälte zu verteidigen. Doch zu einem Prozess gegen den jungen Oswald kam es nie, weil Jack Ruby, ein Barbesitzer aus Dallas, der enge Verbindungen zur Mafia und zu den Geheimdiensten unterhielt, Oswald zwei Tage nach dem Attentat am 24. November 1963 im Keller der Polizeistation von Dallas bei seiner Überstellung ins Bezirksgefängnis vor laufenden Fernsehkameras erschoss. Die Nation war erneut geschockt. Nun war nicht nur Präsident Kennedy tot, sondern auch der Mann, der von der Polizei und den Medien als Mörder des Präsidenten präsentiert worden war, ohne dass es einen Prozess gegeben hatte. Jack Ruby wurde des Mordes für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Er verstarb im Gefängnis am 3. Januar 1967 an Krebs.

Wer heute im Online-Lexikon *Wikipedia* den Eintrag zu Lee Harvey Oswald nachschlägt, liest dort, Oswald sei »der Mörder von Präsident Kennedy«. Weil viele Journalisten, Schüler und Studenten von der *Wikipedia* abschreiben, steht auch heute noch in vielen Zeitungen und Seminararbeiten, dass Oswald als verrückter Einzeltäter Kennedy erschossen habe. Doch viele Indizien deuten darauf hin, dass die Geschichte vom verrückten Einzeltäter ein Märchen ist.

Der offensichtlichste und stichhaltigste Beweis, der Oswald entlastet hat, war der Nitrattest, dem er sich am Abend des Attentates unterziehen musste. Mit einem Nitrattest kann man auf der Hand oder den Kleidern Schmauchspuren nach einem Schusswaffengebrauch erkennen. Solche Tests sind wichtig, weil sie auf den Gesetzen der Naturwissenschaft

beruhen. Wenn ein Alkoholtest zum Beispiel null Promille angibt, darf die Polizei einen Autofahrer nicht wegen Alkohol am Steuer einsperren. Das Ergebnis des Nitrattests zeigte, dass Oswald in den letzten 24 Stunden keine Waffe abgefeuert hatte. Daher kann Oswald nicht der Mörder sein. Trotzdem wurde Oswald von der Polizei von Dallas gegenüber den Medien als der mutmaßliche Mörder präsentiert, wodurch sofort eine Vorverurteilung stattfand. Gleichzeitig wurde die wichtige Information mit dem negativen Nitrattest vor den Medien zehn Monate geheim gehalten, bis sie schließlich im Bericht der Warren-Kommission veröffentlicht wurde.[294]

Ein weiteres gewichtiges Indiz dafür, dass Oswald nicht der Mörder von Kennedy ist, tauchte unmittelbar nach dem Mord auf. Zeugen in Dallas erklärten, Oswald habe sich zur Tatzeit nicht an dem Ort befunden, von wo geschossen wurde. Der Hausmeister des Schulbuchgebäudes, Roy Truly, rannte unmittelbar nach den Schüssen zusammen mit dem Streifenpolizisten Marrion Baker in das Schulbuchgebäude, wo sie Oswald in der Kantine im ersten Stock bei einer Cola antrafen, die er zuvor aus dem Getränkeautomaten gezogen hatte. Seit dem ersten Schuss waren nur 90 Sekunden vergangen. Oswald wirkte ruhig und gelassen. Trotzdem behaupteten die Ermittler später, dieser flinke Oswald habe kurz zuvor aus dem fünften Stock des Schulbuchgebäudes den Präsidenten erschossen, sei dann vier Stockwerke hinuntergerast, habe sich ein Getränk aus dem Automaten geholt und entspannt den Hausmeister Truly und den Polizisten Baker gegrüßt, und das alles in nur 90 Sekunden. Später sei er ins Kino gegangen, wo er verhaftet wurde. Das ist nicht glaubhaft. Oswald befand sich mit größter Wahrscheinlichkeit zur Tatzeit nicht an dem Ort, von wo aus geschossen wurde.[295]

Zudem konnten Oswalds Fingerabdrücke nicht auf dem Mannlicher-Carcano-Gewehr gefunden werden, mit dem er angeblich den Präsidenten erschossen hatte. Dieses billige, zweitklassige italienische Gewehr eignet sich nicht für einen Präsidentenmord. Als drei Meisterschützen der *National Rifle Association* aufgeboten wurden, mit der 23 Jahre alten Büchse mit behäbigem Nachlademechanismus aus ähnlicher Entfernung auf eine Puppe zu schießen, versagten alle. Nur einer der drei Meisterschützen war imstande, drei Schüsse in der vorgegebenen Zeit von sechs Sekunden

abzufeuern. Aber keiner der Meisterschützen traf auch nur ein einziges Mal den vergrößert dargestellten Kopf oder den Nacken der Zielpuppe. Doch genau dies soll Oswald zweimal gelungen sein. Es ist nicht glaubhaft, dass Oswald eine Leistung vollbrachte, die Meisterschützen nicht wiederholen konnten.[296]

Das Schulbuchgebäude befand sich hinter dem Präsidenten, als die Schüsse fielen. Doch mehr als 50 Zeugen hatten von Schüssen berichtet, die von einem Grashügel vor dem Präsidenten am Rande der Dealey Plaza abgegeben worden seien. Abraham Zapruder, der als Amateurfilmer und Zuschauer den Präsidentenmord in Texas zufällig gefilmt hatte, konnte mit seinem Film belegen, dass diese Zeugen sich nicht alle irrten. Der Zapruder-Film zeigt, wie Kennedys Kopf vom tödlichen Schuss heftig nach links hinten geschleudert wird. Dies bedeutet, dass auch jemand von vorne auf den Präsidenten geschossen haben muss. Das konnte aber nicht Oswald gewesen sein, weil der sich hinter dem Präsidenten im Schulbuchgebäude befand und dort eine Cola trank.

Der Nitrattest hatte ergeben, dass Oswald nicht geschossen hatte. Die Zeugen vor Ort hatten bestätigt, dass Oswald zur Tatzeit nicht im fünften Stock gewesen war. Gute Schützen waren nicht in der Lage, mit dem Mannlicher-Carcano-Gewehr aus ähnlicher Distanz eine Puppe zu treffen. Und gemäß dem Zapruder-Film und verschiedenen Zeugen wurde nicht nur vom Schulbuchgebäude aus, sondern auch von vorne vom Grashügel auf Kennedy gefeuert, worauf der Präsident im Kreuzfeuer starb. Diese Indizien deuten darauf hin, dass die Geschichte vom verrückten Einzeltäter Oswald nicht glaubhaft ist und dass der Präsident das Opfer einer Verschwörung wurde.

Der Bericht der Warren-Kommission 1964

Nach dem Mord übernahmen die Polizei von Dallas und der US-Inlandsgeheimdienst Federal Bureau of Investigation (FBI) den brisanten Fall. Der mächtige 68-jährige FBI-Chef Edgar Hoover, ein enger Vertrauter von Präsident Lyndon Johnson, vertrat sofort und mit Nachdruck die These vom verrückten Einzeltäter. Schon am 24. November 1963, wenige Stunden

nachdem Oswald erschossen worden war, erklärte FBI-Direktor Hoover: »Woran mir am meisten liegt, ist, etwas herauszugeben, womit wir die Öffentlichkeit davon überzeugen können, dass Oswald der wahre Attentäter ist.« Das FBI folgte dieser Vorgabe und prägte damit die Geschichtsschreibung zum Kennedy-Mord. Für den Inlandsgeheimdienst ist der Mord an Kennedy der wichtigste und zugleich brisanteste Fall seiner ganzen Geschichte. Ist es nicht merkwürdig, dass das FBI nicht alle Spuren verfolgte, sondern sich sofort auf die Geschichte mit dem verrückten Einzeltäter festlegte?[297]

Eigentlich hätte nach dem Mord das US-Parlament eine Untersuchungskommission einberufen müssen, denn es obliegt der Legislative, die Exekutive zu kontrollieren. Doch Lyndon Johnson, der durch den Mord zum Präsidenten aufgestiegen war, kam dem Parlament zuvor und gründete schon am 29. November 1963 die sogenannte Warren-Kommission, benannt nach ihrem Vorsitzenden Earl Warren, der damals Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington war. Indem Präsident Johnson die sieben Mitglieder der Warren-Kommission selbst auswählte, konnte er die Geschichtsschreibung steuern. Das wichtigste Mitglied der Warren-Kommission war der frühere CIA-Direktor Allen Dulles, der Todfeind von Kennedy. Zudem saß in der Kommission der Kongressabgeordnete und spätere Präsident Gerald Ford, der von *Newsweek* als »der beste Freund der CIA im Kongress« bezeichnet wurde. Die Warren-Kommission ignorierte die zahlreichen und glaubhaften Zeugen, die gehört hatten, wie vom Grashügel aus auf Kennedy geschossen wurde. Sie ignorierte auch den Zapruder-Film, der zeigte, wie Kennedy von vorne getroffen wurde.

In ihrem Abschlussbericht, den die Warren-Kommission im September 1964 veröffentlichte, behauptete diese genau wie das FBI, Oswald sei der alleinige Täter gewesen und habe Kennedy von hinten erschossen. Es habe keine Verschwörung von mehreren Tätern gegeben. Oswald habe mit dem italienischen Militärgewehr vom Typ Mannlicher-Carcano drei Schüsse aus dem Schulbuchgebäude abgegeben. Der erste Schuss sei fehlgegangen, der zweite habe Kennedys Halswunde und sämtliche Verletzungen des vor ihm sitzenden Gouverneurs von Texas John Connally verursacht, der dritte sei

der tödliche Kopftreffer gewesen. Der Präsident sei also mit zwei Treffern niedergestreckt worden. »Es gibt keinerlei glaubwürdige Beweise, dass Kennedy von vorne erschossen wurde«, behauptete die Warren-Kommission in ihrem 880 Seiten langen Bericht. »Die Schüsse, die Kennedy töteten, wurden durch Lee Harvey Oswald abgefeuert.«[298]

Aber die vielen Schusswunden von Kennedy und Gouverneur Connally passten nicht zur Geschichte mit den zwei Treffern, welche die Warren-Kommission präsentierte. Gemäß der Warren-Kommission habe der zweite Schuss von Oswald bei Kennedy und Connally insgesamt sieben Ein- und Austrittswunden verursacht und dabei mehrmals seine Flugbahn geändert. In der Kennedy-Forschung wird dieser zweite Schuss daher als »magische Kugel« (magic bullet) bezeichnet: Diese kam angeblich von hinten oben, weil sich das Schulbuchgebäude hinter der Präsidentenlimousine befand, drang von schräg oben in Kennedys Rücken ein, änderte dann die Richtung, trat wieder nach oben aus seinem Hals aus, durchschlug dann Connallys Oberkörper, dann sein Handgelenk und blieb dann in Connallys Oberschenkel stecken. Später tauchte die magische Kugel auf einer Krankenbahre im Flur des Parkland Hospitals wieder auf und passte auf wundersame Weise zu den leeren Patronenhülsen, welche im Schulbuchgebäude gefunden wurden.

Der abenteuerliche Bericht der Warren-Kommission wurde nach seiner Veröffentlichung von der *New York Times*, der *Washington Post* und von *Newsweek* als ein »Meisterwerk« gelobt. Aber das war er nicht. Vielmehr hatte der Bericht einen ganz gravierenden Mangel, über den damals aber fast niemand Bescheid wusste. Der Bericht der Warren-Kommission informierte nicht über die wichtige Tatsache, dass es innerhalb der CIA eine Mordabteilung gab, die nur zwei Jahre zuvor den Mord an Premierminister Lumumba im Kongo durchgeführt hatte. Der Bericht zeigte auch nicht auf, dass die CIA mehrere erfolglose Mordanschläge auf Fidel Castro unternommen hatte. Niemand in der Öffentlichkeit wusste damals, dass die CIA sich weltweit an Mordanschlägen beteiligte. Und keiner ahnte, dass der frühere CIA-Direktor Allen Dulles, der die Mordanschläge auf Lumumba und Castro geleitet hatte, die Arbeit der Warren-Kommission manipulierte. »Keine der Zeugenaussagen und keines der Dokumente, welche die

Warren-Kommission behandelte, erwähnte die Mordanschläge der CIA«, kritisierte die Church-Kommission, als sie 1975 ihren Bericht zu den Mordanschlägen publizierte.[299]

Lange prägte die Warren-Kommission die offizielle Geschichtsschreibung zum Kennedy-Mord. Aber als in den 1970er Jahren publik wurde, dass die CIA in Mordanschläge verwickelt war, stimmte das Repräsentantenhaus im September 1976 mit 280 zu 65 Stimmen für eine neue Untersuchung. Das aus 14 Abgeordneten zusammengesetzte House Select Committee on Assassinations (HSCA) präsentierte 1979 eine alternative Erzählung und erklärte, Oswald habe zusammen mit einem anderen unbekannten Schützen auf den Präsidenten gefeuert. Der Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses fühlte sich verpflichtet, die Arbeit der Warren-Kommission zu loben, und versicherte, man sei wie diese der Ansicht, dass Lee Harvey Oswald vom fünften Stock des Schulbuchgebäudes drei Schüsse auf den Präsidenten abgegeben habe. Anders als die Warren-Kommission sah der Untersuchungsausschuss aber »eine hohe Wahrscheinlichkeit«, dass zwei Männer auf Kennedy geschossen hatten. Damit wich die offizielle Geschichtsschreibung erstmals von der Geschichte mit dem verrückten Einzeltäter ab. »Die Kommission ist der Meinung, dass Präsident John F. Kennedy vermutlich als Resultat einer Verschwörung ermordet wurde. Die Kommission ist nicht in der Lage, den zweiten Schützen und den Umfang der Verschwörung zu identifizieren«, so der damals veröffentlichte Bericht.[300]

Jim Garrison rollt den Fall 1967 neu auf

Einer der Ersten, der die Geschichte der Warren-Kommission nicht glauben wollte, war der mutige und scharfsinnige Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison aus New Orleans. Er bestellte sich die sechsundzwanzig Bände der Warren-Kommission und las nicht nur den Abschlussbericht, sondern auch die Aussagen der verschiedenen Zeugen genau durch. Der Bericht überzeugte ihn nicht. Die Beweisführung gegen Oswald sei schwach, weil dieser die Tat nicht gestanden hatte und zur Tatzeit auch nicht im fünften Stock des Schulbuchgebäudes gesehen wurde, erkannte Garrison. Der Nitrattest zeige,

dass Oswald an diesem Tag überhaupt nicht geschossen habe. Vor allem aber sei es nicht zulässig, alle glaubwürdigen Zeugen zu ignorieren, welche sagten, sie hätten gehört, wie auch vom Grashügel aus auf Kennedy geschossen wurde. »Zu Beginn der Untersuchung«, schrieb Garrison später, »ahnte ich nur, dass die Geheimdienste irgendwie in das Attentat verstrickt gewesen waren, aber ich wusste nicht, welcher Dienst oder welche Dienste. Als die Zeit verging und sich mehr Spuren auftaten, wiesen die Beweise jedoch immer stärker in Richtung CIA.«[301]

Im Jahr 1967 leitete Bezirksstaatsanwalt Garrison in New Orleans die erste Strafermittlung zum Mord am Präsidenten ein. Der Garrison-Prozess war das erste und bisher einzige Gerichtsverfahren in Sachen Kennedy-Mord. Bezirksanwalt Garrison wies die Geschichte mit dem verrückten Einzeltäter als unglaubwürdig zurück und erklärte, dass eine ehrliche Berücksichtigung aller Zeugenaussagen klar belege, dass Kennedy das Opfer einer Verschwörung wurde. »Ich bin mir ziemlich sicher, dass Lee Harvey Oswald am 22. November 1963 keinen einzigen Schuss abgefeuert hat«, erklärte Bezirksstaatsanwalt Garrison. »Der negativ ausgefallene Nitrattest, seine schlechten Leistungen als Schütze bei der Marine, sein wenig aggressiver Charakter und die armselige Qualität des Mannlicher-Carcano-Gewehrs … bestätigen, dass er niemanden getötet hat, sondern lediglich, wie er behauptete, hereingelegt worden war.«[302]

Über fünf Jahre hatte man die Aufnahmen über das Attentat von Zapruder der Öffentlichkeit verheimlicht. Das FBI hatte der Warren-Kommission eine Kopie des Filmes überlassen, doch diese unterdrückte das brisante Filmmaterial. Erst Bezirksanwalt Garrison konnte per Gerichtsbeschluss erwirken, dass der Zapruder-Film im dicht gedrängten Gerichtssaal in New Orleans erstmals der Öffentlichkeit gezeigt wurde. John Nichols, außerordentlicher Professor für Pathologie an der Universität Kansas, hatte den Zapruder-Film genau studiert und erklärte als Sachverständiger im Gerichtssaal: »Nachdem ich mir die Dias, Fotos und Zapruders Film angesehen habe, bin ich zu dem Schluss gelangt, dass sie einen von vorne kommenden Schuss zeigen.« Zudem sei auch von hinten auf Kennedy geschossen worden. Dies bedeute, dass Schützen von unterschiedlichen Standorten aus auf den Präsidenten geschossen haben

mussten, weshalb die Geschichte vom verrückten Einzeltäter nicht länger glaubwürdig sei.[303]

Auch der Chirurg Charles Crenshaw, der die Leiche von Kennedy sah, ist der Ansicht, dass der Präsident zweimal von vorn getroffen worden war: einmal in den Hals und einmal in die rechte Kopfseite, weshalb Kennedys gesamte rechte Hirnhälfte weggerissen wurde. Kennedys Wunden stammten von Kugeln, die »von vorn auf ihn abgefeuert wurden, nicht von hinten, wie man es der Öffentlichkeit weisgemacht hat«, erklärte Chirurg Crenshaw und bezeichnete die Theorie der Warren-Kommission mit der magischen Kugel als lächerlich. Der Arzt Crenshaw wurde unter Druck gesetzt und schwieg aus Angst viele Jahre. »Ich vermutete, dass jeder, der so weit geht, den Präsidenten der Vereinigten Staaten aus dem Weg zu räumen, auch nicht davor zurückschreckt, einen Arzt zu töten«, erklärte er später sein Verhalten. Auch die anderen Ärzte schwiegen. »Uns allen lag unsere medizinische Karriere zu sehr am Herzen«, erklärte Crenshaw. Erst 1992 machte er sein Wissen publik und erklärte in einem Buch, dass er den Bericht der Warren-Kommission für »ein Märchen« halte, »für eine regelrechte Beleidigung der Intelligenz des amerikanischen Volkes«. Die US-Bevölkerung verdränge die Wahrheit, weil diese zu schmerzhaft sei. »Personen innerhalb unserer Regierung haben den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermordet«, so Crenshaw. »Es war ein Staatsstreich«.[304]

Der erfolgreiche US-Regisseur Oliver Stone, der vor allem für politische Filme bekannt ist und dreimal mit dem Oscar ausgezeichnet wurde, hat in seinem Film *JFK – Tatort Dallas* die Strafermittlung von Bezirksanwalt Garrison nacherzählt. In dem Film, der 1991 in die Kinos kam, spielt der Schauspieler Kevin Costner Bezirksanwalt Garrison. Auch der Zapruder-Film wird von Oliver Stone gezeigt und ist seither weltbekannt. »Ich habe mit meinem Film versucht … die bereits geschlossenen Akten über den Mordanschlag wieder zu öffnen«, erklärte Oliver Stone. »*JFK* behauptet, dass es eine Verschwörung bis in die Regierungskreise gab, dass Mitglieder des CIA und des FBI« dabei waren. »Sie alle standen im Dienst des militärisch-industriellen Komplexes, vor dem uns Präsident Eisenhower gewarnt hat«, so Oliver Stone. Kennedy sei ermordet worden, weil er den Krieg gegen Vietnam und Kuba nicht wollte

und »dabei war, die Richtung der amerikanischen Außenpolitik drastisch zu verändern.«[305]

Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison teilte diese Ansicht. »Ich glaube, am 22. November 1963 fand an der Dealey Plaza in Dallas ein Staatsstreich statt. Ich glaube, er wurde schon lange zuvor von fanatischen Antikommunisten in den Geheimdiensten der USA geplant und vorbereitet. Ausgeführt wurde er, höchstwahrscheinlich ohne offizielle Billigung, von Einzelpersonen aus dem Apparat für verdeckte Operationen der CIA und anderen, außerhalb der Regierung stehenden Kollaborateuren. Vertuscht wurde er von Einzelpersonen ähnlicher Gesinnung in FBI, Secret Service, der Polizei von Dallas und dem Militär. Sein Zweck war, Kennedy davon abzuhalten, Entspannung mit der Sowjetunion und Kuba zu suchen und den Kalten Krieg zu beenden.«[306]

Die CIA behauptet, es gab keine Verschwörung

Die CIA beobachtete die Arbeit von Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison genau und mit Sorge. Sie verwanzte sein Büro und infiltrierte seine Arbeitsgruppe mit CIA-Mitarbeitern, die sich als freiwillige Helfer ausgaben, alle relevanten Unterlagen kopierten und an die CIA weiterreichten. Richard Helms war zum Zeitpunkt des Kennedy-Mordes stellvertretender Planungsdirektor für verdeckte Operationen bei der CIA und in dieser Funktion als Nachfolger von Richard Bissell auch zuständig für Mordanschläge. Helms, der 1966 zum Direktor der CIA befördert wurde, kannte alle illegalen geheimen Operationen der CIA und wünschte nicht, dass diese durch Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison ausgeleuchtet wurden. Victor Marchetti, ein hochrangiges Stabsmitglied im CIA-Hauptquartier, nahm an den morgendlichen Lagebesprechungen von Direktor Helms teil und bezeugte, dass dort regelmäßig über Bezirksstaatsanwalt Garrison und seine Nachforschungen gesprochen wurde.

»Desinformation macht einen großen Teil der verdeckten Operationen der CIA aus, und es ist vor allem die US-Bevölkerung, welche die CIA mit Lügen bearbeitet«, enthüllte Ralph McGehee, der 25 Jahre bei der CIA

gearbeitet hatte. Auch nach der Ermordung von Kennedy versuchte die CIA die öffentliche Meinung zu steuern. Die von Bezirksstaatsanwalt Garrison vertretene These, dass mehrere Schützen den Präsidenten ermordet und dieser daher das Opfer einer Verschwörung geworden sei, beunruhigte die CIA und Direktor Helms sehr. Als die Kritik am Warren-Bericht und seiner These vom verwirrten Einzeltäter immer lauter wurde, schickte die CIA im Auftrag von Direktor Richard Helms im Januar 1967 ein geheimes Memorandum von drei Seiten an alle CIA-Stationen der Welt, in dem sie empfahl, alle vom Warren-Bericht abweichenden Theorien als dumme Verschwörungstheorien abzuwerten. Das CIA-Memorandum mit dem Titel »Abwehr von Kritik am Warren-Report« war damals geheim. Heute ist es offiziell freigegeben und jeder kann es lesen.[307]

Im Memorandum steht, dass gemäß einer Umfrage 46 Prozent der US-Bevölkerung der Meinung seien, dass Oswald nicht alleine gehandelt habe. »Diese Entwicklung der öffentlichen Meinung ist für die US-Regierung und auch unsere Organisation besorgniserregend«, beklagte das Memorandum. Die CIA müsse darauf achten, dass sich die Kritik an der Warren-Kommission nicht auch noch im Ausland ausbreite und daher bei »allen Kontakten mit befreundeten Eliten«, vor allem Politikern und Verlegern, betonen, dass »die Warren-Kommission eine so gründliche Untersuchung durchgeführt hat, wie es nur menschenmöglich war, und dass die Vorwürfe der Kritiker ohne jede seriöse Basis« seien. Alle Verschwörungstheorien zum Kennedy-Mord seien mit folgenden Argumenten zurückzuweisen: Die Verschwörungstheorien würden von Kommunisten verbreitet. Die Verschwörungstheoretiker hätten sich festgelegt, bevor die Fakten feststanden. Die Verschwörungstheoretiker würden politische oder finanzielle Interessen verfolgen. Die Nachforschungen der Verschwörungstheoretiker seien ungenau. Eine große Verschwörung könne man niemals lange geheim halten. Der Tod von wichtigen Zeugen sei auf natürliche Ursachen zurückzuführen.[308]

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden die Kampfbegriffe »Verschwörungstheorie« und »Verschwörungstheoretiker« erneut eingesetzt, um kritische Fragen zu 9/11 lächerlich zu machen, genau wie nach dem Mord in Dallas. Wenige wussten, dass die CIA schon 1967

dazu aufgerufen hatte, Verschwörungstheorien zu bekämpfen. »Diese Direktive mit einschlägigen Handlungsanweisungen und Argumentationshilfen legte den Grundstein für die Umdeutung des ursprünglich neutralen Begriffs ›Verschwörungstheorie‹ zu einer negativ konnotierten, Unbehagen und Angst auslösenden Vokabel, die seitdem als Disziplinierungs- und Kontrollinstrument im öffentlichen Diskurs fungiert«, erklärt der deutsche Journalist Mathias Bröckers. »Zwar kann niemand bestreiten, dass es reale Verschwörungen gibt«, gab Mathias Bröckers zu bedenken. Aber gemäß der CIA-Vorgabe werden »legitime Fragen zu offiziellen Verlautbarungen zu Gedankenverbrechen erklärt, vor denen das öffentliche Bewusstsein geschützt werden muss«.[309]

Der Kampfbegriff »Verschwörungstheorie« ist bis heute im Einsatz und prägt auch die Darstellung des Kennedy-Mordes in dem Online-Lexikon *Wikipedia*. Der Warren-Report wird dort als »schlüssig« präsentiert, obwohl er das nicht ist. Gleichzeitig wird jede Kritik am Warren-Bericht unter der Rubrik »Verschwörungstheorien« abgehandelt, was beim wenig informierten Leser sofort Unbehagen auslöst. Ganz im Sinne der CIA wird auf *Wikipedia* behauptet: »Die Kritiker der Einzeltäterthese haben eine Vielzahl von Indizien und Argumenten vorgebracht, weshalb Oswald nicht der Täter oder zumindest nicht der alleinige Täter sein könne. Es ist ihnen aber nicht gelungen, sich auf eine kohärente Gegenthese zu einigen, die die offenen Fragen schlüssiger beantworten würde als der Warren-Report.«[310]

Die Rache von CIA-Direktor Allen Dulles

Die These, dass der frühere CIA-Direktor Allen Dulles den Präsidenten ermorden liess, wird in den USA von Journalist David Talbot vertreten, der immer wieder mit gut recherchierten Büchern aufgefallen ist. »Allen Dulles war einer der durchtriebensten Meister verborgener Machtausübung, die Amerika je hervorgebracht hat«, erklärt Talbot. Unter ihm entwickelte sich die CIA »zu einer wirkungsvollen Mordmaschine«, jeder nationale Führer, der aus seiner Sicht ein Problem für die amerikanischen Interessen darstellte, betrachtete Dulles als »Freiwild«. Seine Frau, Clover Dulles, hatte einen Spitznamen für ihren kalten, ehrgeizigen Ehemann: »Der Hai«.

Über seine geheimen Mordoperationen sprach Allen Dulles jedoch nie mit ihr. In ein Tagebuch, das sie ihren Kindern hinterließ, notierte Clover Dulles: »Mein Ehemann unterhält sich nicht mit mir. Nicht, dass er mit mir nur nicht über seine Arbeit spricht, er spricht mit mir über gar nichts.«[311]

Während des Zweiten Weltkriegs hatte Allen Dulles in Bern für das Office of Strategic Services (OSS) gearbeitet, dem Auslandsgeheimdienst der USA und Vorläufer der CIA. Von der Schweiz aus überblickte er den Kriegsschauplatz Europa und unterhielt auch enge Kontakte zu hochrangigen Nationalsozialisten, wie etwa dem SS-General Karl Wolff, für den er sich am Kriegsende einsetzte, damit dieser bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge auftreten durfte und nur geringfügige Strafen erhielt. Zurück in den USA wurde Dulles 1945 Präsident des einflussreichen Council on Foreign Relations (CFR), dem einige tausend Personen aus den obersten Etagen der US-Gesellschaft angehören und der als Netzwerk der Reichen und Einflussreichen gilt. Während seiner Zeit als Präsident des CFR schrieb Allen Dulles eine Studie, die 1947 zur Schaffung der CIA führte, bevor er 1950 als Direktor für verdeckte Operationen zur CIA kam und verdeckte militärische Operationen zur Hauptfunktion der CIA machte. Im Jahr 1953 beförderte der neue Präsident Dwight Eisenhower Allen Dulles zum CIA-Direktor. Allen Dulles war kühl und kalkulierend und sah sich selbst gern als Schachmeister. Auch Mordanschläge unterstützte er, wenn sie ihm dazu dienten, sein Ziel zu erreichen. »Er war der Meister der finsteren Taten, nach denen Imperien verlangen«, und zu »großer persönlicher Grausamkeit fähig«, berichtet Talbot.[312]

Als Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison eine Beteiligung der CIA an der Ermordung von Kennedy vermutete, wollte er den pensionierten Allen Dulles vorladen. Dem Bezirksstaatsanwalt war aufgefallen, dass in den neun Jahren, in welchen Dulles die CIA geleitet hatte, General Charles Cabell sein Stellvertreter gewesen war und in dieser Funktion die Invasion in der Schweinebucht geleitet hatte. Als diese scheiterte, hatte General Cabell den Präsidenten angerufen und ihn gebeten, den US-Kampflugzeugen, die auf den US-Flugzeugträgern vor Kuba bereitstanden, die Starterlaubnis zu geben. Doch Kennedy hatte den Einsatz des Militärs

verboten und nach dem Desaster in der Schweinebucht nicht nur Allen Dulles, sondern auch General Cabell entlassen. Danach war es in Washington kein Geheimnis, dass nicht nur Allen Dulles, sondern auch General Cabell den jungen Präsidenten hassten.

Sein Bruder, Earle Cabell, war der Bürgermeister von Dallas. Bezirksstaatsanwalt Garrison fiel auf, dass in Dallas die Wagenkolonne von Präsident Kennedy vermutlich auf Verlangen des Bürgermeisters kurzfirstig auf die Elmstreet umgeleitet worden war, sodass die Limousine des Präsidenten scharf abbiegen und ihre Geschwindigkeit auf knapp fünfzehn Stundenkilometer verringern musste, wodurch der Präsident zu einem einfachen Ziel für seine Mörder wurde. War dies der Warren-Kommission nicht aufgefallen? Warum hatte sie Bürgermeister Cabell nicht befragt? Bezirksstaatsanwalt Garrison wollte Allen Dulles dazu befragen und schickte eine Vorladung nach Washington. Doch dort wurde er gestoppt. »Kurz darauf kam ein knapper Brief vom Justizminister der Vereinigten Staaten in Washington, der mich darüber informierte, dass er es ablehne, Mr. Dulles die Vorladung zuzustellen«, erinnert sich Garrison.[313]

Obwohl Allen Dulles den Schutz von einflussreichen Personen genoss, waren er und die CIA in den 1960er Jahren in Washington nicht unumstritten. Nach der Invasion in der Schweinebucht vertraute der führere Präsident Truman dem Schriftsteller Merle Miller an, dass er die Gründung der CIA bereue. »Ich glaube, das war ein Fehler«, sagte Truman. »Wenn ich gewusst hätte, was passieren würde, hätte ich das nie gemacht.« Unter Präsident Eisenhower und CIA-Direktor Allen Dulles sei die CIA außer Kontrolle geraten. Die skrupellosen Männer in der CIA »sind zu einer eigenen Regierung geworden, und natürlich ganz geheim. Sie schulden niemandem Rechenschaft«, so Truman besorgt. »In einer demokratischen Gesellschaft ist das eine ganz gefährliche Sache.«[314]

Nach seiner Entlassung hegte Allen Dulles einen großen Hass auf den jungen Präsidenten. Allen Dulles wollte nicht abtreten, sondern »verwandelte sein Haus in Georgetown in eine Anti-Kennedy-Regierung im Exil«, berichtet Talbot. Dort empfing er die Gegner von Kennedy. In den Wochen vor der Ermordung Kennedys habe sich die Frequenz der Treffen in Dulles' Haus erhöht. Am Tatort in Dallas war Dulles nicht anwesend,

sondern auf einer geheimen CIA-Einrichtung in Nordvirginia, die als »die Farm« bekannt war. US-Journalist Talbot ist davon überzeugt, dass der frühere CIA-Direktor an zentraler Stelle in den Präsidentenmord involviert war und das Team gegen Kennedy einsetzte, das er zusammengestellt hatte, um ausländische Staatsmänner zu töten. Einen konkreten Beweis, also zum Beispiel einen Brief von Allen Dulles an einen CIA-Mitarbeiter, in dem er den Mord an Kennedy anordnet, kann Talbot nicht vorlegen, weil es einen solchen Brief vermutlich gar nicht gibt. Wenn Allen Dulles den Präsidentenmord in Auftrag gab, war er viel zu klug, um dies in schriftlicher Form zu tun.[315]

Mehr als 50 Jahre nach dem Mord sollten 2017 nach Ablauf der Sperrfrist alle Geheimakten zum Attentat auf Kennedy veröffentlicht werden. Doch die CIA legte ihr Veto ein und nicht alle Akten wurden freigegeben. »Der US-Auslandsgeheimdienst CIA hatte der Regierung geraten, einen Teil der Papiere weiter unter Verschluss zu halten«, berichtete die *Neue Zürcher Zeitung*. Präsident Donald Trump folgte diesem Vorschlag der CIA, der auch vom FBI unterstützt wurde. Daher sind noch heute wichtige Akten zum Mord an Präsident Kennedy unter Verschluss, was eine vollständige Aufklärung des skrupellosen Verbrechens verhindert.[316]

10. Der Vietnamkrieg

Die Verwicklung der USA in das, was später der Vietnamkrieg wurde, begann am 2. September 1945, als Japan auf dem Schlachtschiff *USS Missouri* in der Bucht von Tokio seine Kapitulation unterschrieb und der Zweite Weltkrieg endete. Denn am selben Tag unterzeichnete Ho Chi Minh, der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, in Hanoi die Unabhängigkeitserklärung von Vietnam. Die Vietnamesen kämpften zuerst von 1946–1954 im Indochinakrieg gegen die Kolonialmacht Frankreich, danach von 1964–1975 im Vietnamkrieg gegen das Imperium USA und besiegten beide. Heute herrscht in Vietnam die Kommunistische Partei (KPV). Eine Wahlmöglichkeit unter verschiedenen Parteien gibt es für die vietnamesische Bevölkerung nicht.

Frankreich verliert seine Kolonie Indochina 1954

Die vietnamesische Unabhängigkeitserklärung begann mit den selben Worten wie die Unabhängigkeitserklärung der USA: »Alle Menschen sind gleich. Von ihrem Schöpfer wurden ihnen eine Reihe unverzichtbarer Rechte mitgegeben, darunter das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück.« Während des Zweiten Weltkriegs hatten die USA Ho Chi Minh und seine Kämpfer für die Unabhängigkeit von Vietnam, kurz Vietminh, mit ganzen Schiffsladungen voller Waffen versorgt, um Japan zu schwächen. Dabei setzten die USA auf das Prinzip: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Ho Chi Minh glaubte, die USA würden weltweit die Demokratie fördern, und erklärte: »Ein Volk, das mehr als achtzig Jahre lang tapfer der französischen Vorherrschaft widerstanden hat, ein Volk, das in den letzten

Jahren Seite an Seite mit den Alliierten gegen die Faschisten gekämpft hat – so ein Volk muss frei und unabhängig sein.«[317]

Doch die Franzosen hatten keinerlei Interesse daran, ihre Kolonie Indochina in die Unabhängigkeit zu entlassen. Seit 1887 gehörte das heutige Gebiet von Vietnam, Laos und Kambodscha zum französischen Kolonialreich und wurde vom 10000 Kilometer weit entfernten Paris ausgebeutet. Die französische Reifenfabrik Michelin unterhielt firmeneigene Kautschukplantagen in Indochina. Wer gegen die Herrschaft der Franzosen aufbegehrte, wurde verhaftet und in ein Gefängnis auf einer Insel vor der Küste deportiert und gefoltert. In Saigon bauten die Kolonialisten prächtige Villen. Die Franzosen sahen sich aber nicht als Unterdrücker. »Die höherstehenden Rassen«, behauptete Ende des 19. Jahrhunderts der französische Ministerpräsident Jules Ferry, haben »die Pflicht, die niedrigen Rassen zu zivilisieren.«[318]

Gemäß US-Oberst Fletcher Prouty, der im Zweiten Weltkrieg in der US-Luftwaffe diente, haben die USA sowohl die vietnamesische Unabhängigkeitsbewegung wie auch die französische Kolonialmacht mit Waffen unterstützt. Nach der Kapitulation von Tokio lagerten auf der japanischen Insel Okinawa noch große Waffenbestände aus den USA. Diese wurden jedoch nicht zurück in die USA verschifft, sondern nach Korea und Indochina weitergeleitet, wo bald darauf Kriege ausbrachen. »Wir haben keine präzise Antwort auf die Frage, warum wir Ho Chi Minh 1945 US-Waffen zur Verfügung stellten und dann ein paar Jahre später seinen Feinden, den Franzosen, Waffen im Wert von drei Milliarden Dollar lieferten«, so Flechter Prouty nachdenklich. »Am Ende des Zweiten Weltkriegs stand nur fest, dass in Indochina Krieg sein musste.«[319]

Im November 1946 beschossen französische Kriegsschiffe Haiphong und töteten 6000 Vietnamesen. Frankreich glaubte, einen schnellen Sieg erringen zu können. Doch schon bald steckten die französischen Streitkräfte in Schwierigkeiten und baten die USA um Hilfe. Die USA lieferten Panzer, Gewehre und Munition und trugen gemäß den ehemals geheimen »Pentagon-Papieren« 78 Prozent der Kriegskosten der Franzosen. Weil die USA aber gleichzeitig auch die aufständischen Vietnamesen mit Waffen belieferten, konnte Paris nicht gewinnen. Auch das kommunistische China

unterstützte die Vietminh. Oberst Fletcher Prouty glaubt, dass die Waffen aus den USA, vor allem die schwere Artillerie, den Vietminh am 8. Mai 1954 zum Sieg über die Franzosen in Dien Bien Phu verhalfen, worauf die Franzosen abziehen mussten. Das Vorgehen der USA in Vietnam erinnert an die Waffenlieferungen an die kubanischen Rebellen, welche entscheidend zur Niederlage der europäischen Kolonialmacht Spanien auf Kuba 1898 beigetragen hatten. Die Vietnamesen beklagten 300000 Tote im Unabhängigkeitskrieg, Frankreich verlor 100000 Soldaten.[320]

Vietnam wird in zwei Teile gespalten

Bei der Indochinakonferenz in Genf wurde 1954 das Ende des Krieges in Vietnam und die Niederlage der Franzosen verkündet. Frankreich räumte Indochina, was dazu führte, dass auch Laos und Kambodscha unabhängige Staaten wurden. Dies wäre eine passende Gelegenheit gewesen, auch Vietnam unter Ho Chi Minh in die Unabhängigkeit zu entlassen. Doch die USA hatten andere Pläne. Das Land wurde am 17. Breitengrad gespalten und zerfiel in ein von Präsident Ho Chi Minh kommunistisch regiertes Nordvietnam mit der Hauptstadt Hanoi und eine Militärdiktatur in Südvietnam mit der Hauptstadt Saigon. Die siegreichen Vietminh zogen sich in den Norden zurück. In Südvietnam setzten die USA den Katholiken Ngo Dinh Diem als Präsidenten ein, der zuvor im Exil in New Jersey in den USA gelebt hatte. Allen wurde versprochen, dass 1956 im ganzen Land freie Wahlen abgehalten und danach Vietnam wiedervereinigt werde.

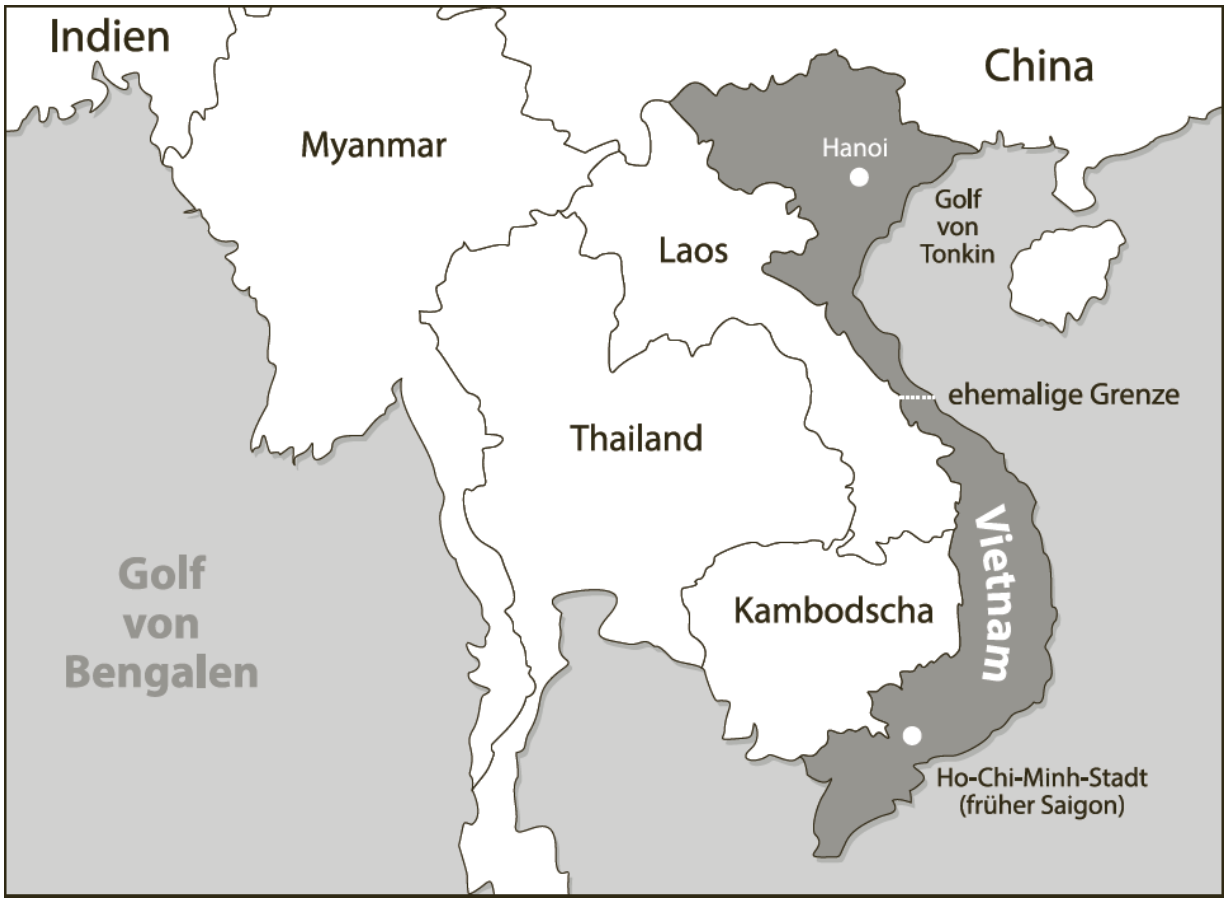
Doch Präsident Diem hielt sich nicht an dieses Versprechen. Er wusste, dass er in freien Wahlen gegen Ho Chi Minh verloren hätte. Nur weil sich die USA hinter Diem und seinen künstlich erschaffenen Staat Südvietnam stellten, konnte dieser sich dieses wortbrüchige Verhalten leisten. Der Vietnamkrieg war nicht notwendig, es gab viele Alternativen. »Die offensichtliche Alternative bestand darin, Ho zu erlauben, mit seiner von Kommunisten dominierten Vietminh das Land zu übernehmen«, erklärte der US-Botschafter in Japan Edwin Reischauer. »Das wäre schon sehr früh passiert, wenn die USA 1945 klar gemacht hätten, dass sie den Kolonialismus in Asien nicht schätzen und ihn auch nicht unterstützen

würden. Es wäre auch noch passiert, wenn wir ab 1949 den Krieg der Franzosen nicht massiv unterstützt hätten. Es wäre auch passiert, wenn wir 1954 das Abkommen von Genf geachtet und kein permanentes Regime unter Diem in Südvietnam aufgebaut hätten.«[321]

Doch Washington wollte Vietnam nicht in die Unabhängigkeit entlassen und schickte General Edward Lansdale, ein Spezialist für verdeckte Kriegsführung, nach Südvietnam. General Lansdale leitete in Saigon das Büro der CIA und schürte die Spannungen, indem er Terroranschläge gegen die Vietminh in Nordvietnam durchführen ließ. Von der CIA angeheuerte Agenten ließen in Nordvietnam Postämter in die Luft fliegen, schütteten Zucker in die Tanks der Truppenlastwagen von Ho Chi Minh, machten Treibstoffvorräte unbrauchbar, verteilten Anti-Vietminh-Flugblätter und druckten falsches Geld und brachten es in Nordvietnam in Umlauf. Eine Zunahme der Spannungen war von CIA-Direktor Allen Dulles und anderen Kriegstreibern in Washington gewollt.[322]

Offiziell waren die USA an keinerlei Kampfhandlungen beteiligt. Als die CIA-Station in Saigon 1960 große Kampfhubschrauber von der US-Armee anforderte, musste die geheime Lieferung zuerst vom Nationalen Sicherheitsrat in Washington genehmigt werden. Danach wurden die Hubschrauber »gereinigt«, damit nicht erkennbar war, dass sie aus den Beständen der US-Marines kamen. Sie trugen keine Hoheitszeichen und keine Seriennummern. Vietnamesische Bordschützen feuerten danach aus den Kampfhubschraubern auf Menschen, welche die CIA als »Banditen« oder »Kommunisten« bezeichnete und damit aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen hatte. Oft waren es hungrige Flüchtlinge aus dem Norden, die sich seit dem chaotischen Rückzug der Franzosen auf der Suche nach Nahrung durch Südvietnam trieben und in den Dörfern Nahrungsmittel stahlen. Damit begann die direkte Beteiligung der USA an Gefechten in Vietnam. Geflogen und gewartet wurden die Helikopter von amerikanischen »Beratern«, also CIA-Mitarbeitern. Dies waren ehemalige Marines, die mit den Helikoptern vertraut waren. »Sie hatten den Dienst verlassen, bekamen nur eine höhere Bezahlung und die Garantie, ohne Verluste des Beförderungsanspruchs direkt in ihre alten Einheiten zurückkehren zu können«, erklärt Prouty das Versteckspiel.[323]

Unterstützt wurde die CIA von den Spezialeinheiten der US-Armee, den Green Berets. Diese Special Forces waren die ersten US-Soldaten, die im Geheimen im Mai 1961 in Südvietnam eintrafen und im neu geschaffenen Staat Südvietnam eine Armee aufbauten. Die Green Berets trainierten die Südvietnamesen, nahmen aber nicht selbst an Kampfhandlungen teil. So operierten die USA in Vietnam hinter den Kulissen. Die US-Bevölkerung wusste zu diesem Zeitpunkt nicht, dass die USA in Vietnam in militärische Operationen verstrickt waren.[324]



Grafik 12: Vietnam wird von der USA 1964 angegriffen.

Nach dem Amtsantritt von Kennedy im Januar 1961 änderte sich die Lage. Kennedy misstraute der CIA nach dem Fiasko in Kuba und beobachtete mit Sorge, wie die Spannungen in Südvietnam zunahmen und die buddhistische Bevölkerungsmehrheit unterdrückt wurde. Der korrupte katholische

Präsident Diem hatte alle Schlüsselpositionen des Staates mit Katholiken besetzt und ging rücksichtslos gegen die Buddhisten vor. Im Sommer 1963 zündete sich der vietnamesische buddhistische Mönch Thich Quang Duc selbst an und verbrannte als lebende Fackel in Saigon, um so gegen die Unterdrückung der Buddhisten zu protestieren. »Menschen brennen verblüffend schnell«, berichtete der US-Journalist David Halberstam, der als Augenzeuge dabei war. »Hinter mir konnte ich das Schluchzen der Vietnamesen vernehmen, die sich nun zusammenfanden. Ich war zu erschüttert, um zu weinen, zu durcheinander, um mir Notizen zu machen oder Fragen zu stellen, sogar zu bestürzt, um überhaupt zu denken.« Buddhistische Mönche wie Thich Quang Duc haben keine Angst vor dem Tod und üben sich in Achtsamkeit, um kein Leid zu erzeugen. Es ist ihr Glaube, dass das Bewusstsein nicht ausgelöscht werden kann, auch wenn der Körper zerfällt. »Während er brannte, bewegte er keinen einzigen Muskel, gab keinen Laut von sich und bildete damit durch seine sichtliche Gefasstheit einen scharfen Gegensatz zu den klagenden Leuten um ihn herum«, so Halberstam.[325]

Im Jahr 1963 befanden sich gemäß den Pentagon-Papieren noch 16000 US-Amerikaner als »Berater« in Vietnam. Präsident Kennedy wollte diese schrittweise abziehen. US-Verteidigungsminister Robert McNamara befahl, »dass ein umfassendes und langfristiges Programm zur Stärkung der südvietnamesischen Armee und zum stufenweisen Rückzug der USA entwickelt werde«. Präsident Kennedy, so bestätigen die Pentagon-Papiere, hatte »ein echtes Verlangen, die USA aus einer direkten militärischen Beteiligung fernzuhalten«.[326]

Verteidigungsminister Robert McNamara bestätigt in seinen Memoiren, dass Kennedy am 2. Oktober 1963, etwas mehr als einen Monat vor seiner Ermordung, im Nationalen Sicherheitsrat im Keller des Weißen Hauses erklärt hatte, er wolle alle »Berater« bis Ende 1965 aus Südvietnam zurückholen. Am 11. Oktober 1963 unterzeichnete Kennedy das National Security Action Memorandum 263 und befahl darin den Rückzug von 1000 US-Beratern aus Vietnam bis zum Ende des Jahres 1963 sowie den Abzug aller Amerikaner bis 1965. »Hätte Kennedy noch gelebt, wäre all der Irrsinn, den wir in Vietnam seit 1964 erlebten, nie passiert«, erklärt Oberst

Fletcher Prouty mit Bedauern. Die Abzugspläne von Kennedy waren eindeutig und definitiv. Doch genau zu dem Zeitpunkt, als Präsident Kennedy abziehen lassen wollte, wurde das Chaos in Südvietnam größer. Der korrupte Präsident Diem, der nie über großen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt hatte, wurde mit Unterstützung der CIA am 1. November 1963 während eines Militärputsches in Saigon von seinen Generälen ermordet. Damit war Südvietnam führungslos. Im selben Monat, am 22. November 1963, wurde Präsident Kennedy in Dallas erschossen. Damit starb auch der Rückzugsplan.[327]

Die Lüge vom Tonkin-Zwischenfall 1964

Nach dem Doppelmord in Saigon und Dallas übernahm Kennedys Vizepräsident Lyndon Johnson die Regierung und erklärte, er werde Vietnam nicht aufgeben. Johnson stoppte den Rückzug und eskalierte den Krieg. Er schickte 4000 zusätzliche Militärberater nach Südvietnam und wies die CIA an, zusammen mit den Südvietnamesen die verdeckten Militäraktionen gegen Nordvietnam auszudehnen. Spezialeinheiten führten Sabotageakte gegen Brücken, Eisenbahnlinien und Hafenanlagen in Nordvietnam durch, entführten Nordvietnamesen und bombardierten grenznahe Dörfer.[328]

Im Rahmen des streng geheimen CIA-Programms Operational Plan 34A (OPLAN 34A) wurden schnelle Patrouillenboote an Südvietnam geliefert, die von der Küste her im Schutz der Nacht militärische Anlagen von Nordvietnam wie Waffenlager und Radaranlagen zerstörten. Diese von der CIA geleiteten Angriffe von Südvietnam auf die Infrastruktur von Nordvietnam waren vom NSC abgesegnet, aber illegal und der Öffentlichkeit in den USA völlig unbekannt. Nur wenige US-Senatoren durchblickten die Intrige und forderten ein Ende der CIA-Provokationen. »Dieser Kampf ist nicht unser Kampf, und wir hätten nie in diesen Kampf geraten sollen«, erklärte der demokratische Senator Ernest Gruening aus Alaska am 10. März 1964. »Die Zeit, den Kampf zu beenden, ist jetzt, bevor weitere Amerikaner ihr Leben verlieren. Lasst uns Vietnam zu möglichst guten Bedingungen verlassen, aber wir müssen jetzt raus.«[329]

Doch Präsident Johnson und die CIA wollten auf keinen Fall raus und suchten nach einem Vorwand, die USA in einen offenen Krieg zu verwickeln. »Johnson verfügte über ein geradezu krankhaftes Talent zur Lüge«, erklärt der US-Historiker Peter Kuznick, der Zeitgeschichte an der American University in Washington lehrt. Um den Kongress für den Vietnamkrieg zu begeistern, verdrehte Präsident Johnson die Tatsachen und behauptete, dass Nordvietnam ein US-Kriegsschiff im Golf von Tonkin angegriffen habe, obschon dies nicht der Wahrheit entsprach. Das Gegenteil war wahr. Die CIA hatte im Rahmen von OPLAN 34A Nordvietnam angegriffen. Zudem hatte Johnson als oberster Befehlshaber das Kriegsschiff *USS Maddox* in den Golf von Tonkin östlich der nordvietnamesischen Hafenstadt Haiphong geschickt, um Nordvietnam zu provozieren. Nordvietnam ging davon aus, dass die *USS Maddox* die Angriffe der Patroullienboote unterstützte.[330]

Der Lügner Johnson behauptete am 4. August 1964 in einer Rede, die spät in der Nacht vom US-Fernsehen übertragen wurde, dass Nordvietnam die *USS Maddox* angegriffen habe. »Als Präsident und oberster Befehlshaber ist es meine Pflicht, dem amerikanischen Volk zu berichten, dass wiederholte feindliche Handlungen gegen amerikanische Schiffe im Golf von Tonkin mich heute gezwungen haben, das Militär der USA anzuweisen, zu reagieren«, so Johnson. »Der erste Angriff auf das Schiff *Maddox* vom 2. August wurde heute am 4. August durch feindliche Boote wiederholt … Dieser neue Akt der Aggression gegen unsere Truppen zeigt, wie wichtig der Kampf um Frieden und Sicherheit in Südostasien ist … Es braucht Härte, um den Frieden zu sichern.« Schon am 5. August 1964 warf die US-Luftwaffe auf Befehl von Präsident Johnson Bomben auf Nordvietnam. Damit begann ganz offiziell der Vietnamkrieg.[331]

Die US-Presse übernahm die Kriegslügen von Präsident Johnson und stellte die USA als unschuldiges Opfer von Vietnam dar, das auf einen hinterhältigen und bösen Angriff reagieren musste. »US-Flugzeuge bombardierten Vietnam nach dem zweiten Angriff auf unsere Kriegsschiffe. Die Handlung erfolgte, um neue Aggressionen zu stoppen«, lautete die Schlagzeile in der *Washington Post* am 5. August 1964. Auch die *New York Times* trommelte für den Krieg und berichtete am selben Tag auf ihrer

Titelseite: »Nach erneuten Angriffen auf amerikanische Schiffe im Golf von Tonkin hat Präsident Johnson Vergeltungsschläge gegen vietnamesische Schiffe und Infrastruktur in Nordvietnam angeordnet.«

Der Angriff der USA auf Nordvietnam war illegal und ein klarer Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Aber in der Sitzung des UNO-Sicherheitsrates in New York am 5. August 1964 wurden die Ereignisse falsch dargestellt. Die Briten erklärten, die USA seien von Nordvietnam angegriffen worden und daher bestehe ein Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UNO-Charta. »Weil wir es hier mit wiederholten Angriffen zu tun haben, die stärker wurden, hatten die USA das Recht, gemäß dem Prinzip der Selbstverteidigung … aktiv zu werden, um weitere solche Angriffe auf ihre Schiffe zu verhindern«, erklärte der britische UNO-Botschafter. »Präventive Aktionen, welche diesem Ziel dienen … stehen völlig im Einklang mit der UNO-Charta und Artikel 51«, behauptete der britische Vertreter.[332]

Die gleichgeschaltete Presse steuerte zusammen mit dem Weißen Haus nicht nur die Öffentichkeit, sondern auch den US-Kongress, bestehend aus 435 Abgeordneten und 100 Senatoren. Schon am 7. August 1964 verabschiedete der Kongress die Tonkin-Resolution und gab Präsident Johnson die Erlaubnis, »alle notwendigen Schritte einzuleiten, um einen Angriff auf die US-Streitkräfte zurückzuschlagen und weitere Aggressionen zu verhindern.« Das Repräsentantenhaus folgte der Darstellung des Präsidenten blind und nahm die Resolution nach nur vierzig Minuten Debatte mit 416 zu null Stimmen an. Im Senat stimmten 88 Senatoren mit Ja. Nur zwei Senatoren, der Demokrat Wayne Morse aus Oregon und der Demokrat Ernest Gruening aus Alaska, stimmten dagegen. Der Zwischenfall im Golf von Tonkin sei »der unvermeidliche und absehbare Begleiteffekt und das Resultat der einseitigen und aggressiven Politik der USA in Südostasien«, erklärte Senator Gruening richtig. Wenn die Johnson-Administration »den Frieden mit gleicher Inbrunst gesucht hätte, wie sie den Krieg führen will«, dann hätte sie alle Soldaten aus Vietnam abziehen müssen, so Gruening in seiner klugen Rede.[333]

Auch Senator Wayne Morse lehnte den Vietnamkrieg ab. »Ich denke, die Geschichte wird feststellen, dass wir einen großen Fehler gemacht

haben, als wir damit begannen, die Verfassung der Vereinigten Staaten zu untergraben und zu hintergehen«, warnte Senator Morse besorgt. »Ich glaube, dass im nächsten Jahrhundert zukünftige Generationen mit Bestürzung und großer Enttäuschung auf diesen Kongress blicken werden, der nun einen so großen Fehler macht.« Senator Morse hatte recht. Aber das Verhalten der beiden Senatoren, die sich dem Frieden verpflichtet hatten und den Vietnamkrieg ablehnten, wurde nicht unterstützt. Beide scheiterten 1968 bei der Wiederwahl.[334]

Die Parallelen zum illegalen Angriff auf den Irak 2003 und der von Präsident George Bush junior präsentierten Lüge mit den ABC-Waffen sind offensichtlich. »Wie später vor dem Feldzug im Irak erteilte der Kongress auch 1964 einem amerikanischen Präsidenten eine Generalvollmacht zum Krieg aufgrund einer Lüge«, kritisierte der Schweizer Journalist Martin Kilian im *Tages-Anzeiger*. Der Kongress war einfach zu täuschen. »Ich nehme normalerweise nicht an, dass der Präsident mich anlügt«, rechtfertigte der demokratische Senator William Fulbright aus Arkansas später seine Zustimmung zur Tonkin-Resolution.[335]

Die Lüge von Präsident Johnson bestand darin, dass er behauptet hatte, Nordvietnam habe angefangen. Aber das stimmte nicht. Die CIA hatte angefangen und Nordvietnam wiederholt mit schnellen Patrouillenbooten überfallen, so auch am 2. August 1964. Nordvietnam erwiderte die Provokation und schickte drei Schnellboote in den Golf von Tonkin, einem Küstenabschnitt vor Nordvietnam, um die Angriffe abzuwehren. Als die nordvietnamesischen Schnellboote näher als sechs Meilen an die *USS Maddox* kamen, eröffnete diese das Feuer. Eines der nordvietnamesischen Schnellboote wurde durch die *USS Maddox* getroffen und vier vietnamesische Besatzungsmitglieder wurden getötet. Die Nordvietnamesen schossen Torpedos ab, doch diese trafen die *USS Maddox* nicht. Das amerikanische Kriegsschiff wurde beim Scharmützel vom 2. August nicht getroffen und nicht beschädigt, kein US-Soldat starb.[336]

Kapitän John Herrick von der *USS Maddox* wollte nach dem Scharmützel das Gebiet verlassen, aber seine Vorgesetzten im Pentagon befahlen ihm, in den Golf von Tonkin zurückzukehren. »Das Schiff sollte als Provokateur zur See seinen scharfen, grauen Bug und die amerikanische

Flagge so nahe wie möglich in den Bauch Nordvietnams stecken, quasi seine 5-Inch-Kanonen in die Nase der kommunistischen Marine rammen«, erklärte US-Journalist James Bamford die Taktik von Präsident Johnson. »Die Mission provozierte umso mehr, weil sie gleichzeitig mit den Kommandoüberfällen an der Küste stattfand und dadurch der Eindruck entstand, dass die *USS Maddox* diese Überfälle leitete.«[337]

Am 4. August berichtete Verteidigungsminister Robert McNamara an Präsident Johnson, dass die *USS Maddox* erneut von Torpedos beschossen worden sei. Dies war eine Lüge. Es war ein »Torpedo-Angriff, den es nie gab«, erklärte später der *Spiegel*. Die National Security Agency, die für die weltweite Überwachung und Entschlüsselung elektronischer Kommunikation zuständig ist, hat im Dezember 2005 mehr als 140 früher streng geheime Dokumente zum Zwischenfall im Golf von Tonkin freigegeben, darunter auch eine Studie des NSA-Historikers Robert Hanyok. Diese bestätigt, was andere Historiker schon lange vermutet hatten: Es gab keinen Angriff auf US-Schiffe im Golf von Tonkin am 4. August 1964. »Die meisten Berichte, wenn man sie denn ausgewertet hätte, zeigten klar, dass es keinen Angriff gab«, so das klare Fazit von Hanyok.[338]

Das Scharmützel vom 2. August war durch die CIA provoziert worden. Und der angebliche Angriff auf die *USS Maddox* vom 4. August war eine reine Erfindung. Gene Poteat, der leitende Radar-Analytiker der CIA zu dieser Zeit, erkannte richtig, dass Johnson den Krieg wollte und einen Zwischenfall inszeniert hatte. »Es ist ziemlich klar, sie hatten sich ihre Gedanken gemacht, wie sie vorgehen wollten, der Präsident und McNamara. Sie wollten Krieg. Ich war fassungslos, als ich am nächsten Morgen die Zeitung las und die Luftangriffe begonnen hatten«, erinnerte sich Poteat später. »Ich glaubte, dass es nicht verkehrt ist, die Fakten zu bekommen, bevor man beginnt. Es wäre einfach zu ermitteln gewesen, ob es ein glaubwürdiger Angriff war oder nicht, und das ziemlich schnell.«[339]

Einige Senatoren erkannten zumindest im Rückblick, dass Präsident Johnson sie 1964 angelogen hatte. »Das Land und dieses Komitee wurden unter falschen Vorwänden in einen Konflikt gezerrt, der Tausende von Leben gekostet und der der moralischen Position unseres Landes in der Welt massiv geschadet hat«, kritisierte US-Senator Albert Gore senior

1968. Tatsächlich war der Zwischenfall im Golf von Tonkin eine skrupellose Kriegslüge. Als Robert McNamara, der unter Präsident Johnson als Verteidigungsminister gedient hatte, 1999 gefragt wurde, ob es den »Angriff« vom 4. August 1964 auf die *USS Maddox* gegeben habe oder nicht, gab er gegenüber dem *Guardian* ehrlich zu: »Was ich denke ist, klar, …, er fand nicht statt.«[340]

Die USA werfen Napalm auf Babys und Buddhisten

Präsident Johnson führte als oberster Befehlshaber einen erbarmungslosen Krieg gegen Vietnam. Über dem kleinen Land warfen die USA von 1964 bis 1975 dreimal so viele Bomben ab wie im gesamten Zweiten Weltkrieg auf allen Kriegsschauplätzen zusammen. Neben konventionellen Bomben setzten die USA auch Napalmbomben ein. Napalm ist eine aus Benzin hergestellte, zähflüssige, klebrige Masse, die brennend an den Menschen haftet und ihre Haut schrecklich versengt. Der US-Chemiker Louis Fieser von der Universität Harvard hatte Napalm 1942 erfunden. Die US-Luftwaffe hatte schon im Zweiten Weltkrieg erste Erfahrungen mit Napalm gesammelt und im März 1944 Napalmbomben auf Berlin abgeworfen und 1945 bei der Bombardierung von Japan mehr als 16000 Tonnen Napalm eingesetzt. Große Städte wie Tokio, Kawasaki und Osaka brannten wie Zunder, denn die Japaner hatten beim Bau ihrer Städte auf Leichtbauweise aus Holz und Papier gesetzt, um sich vor den immer wieder auftretenden Erdbeben zu schützen.[341]

Auch in Vietnam waren die Häuser in den Dörfern nicht aus Beton und Backstein wie in der Schweiz, sondern aus brennbarem Material wie Palmwedel, die schnell brannten. Die USA warfen über Vietnam die riesige Menge von 388000 Tonnen Napalm ab. Jagdbomber warfen die Brandbomben im Tiefflug auf die vietnamesischen Dörfer. Kleine US-Kriegsschiffe fuhren auf den Flüssen von Vietnam und benutzten Napalm-Flammenwerfer mit einer Reichweite von 150 Metern, um die an den Flüssen gelegenen Dörfer auszulöschen. »Jeder, der einen Angriff mit Napalm überlebt, ist grässlich verbrannt«, berichtete die *New York Times*,

»ohne sofortige und erstklassige ärztliche Hilfe wird das Opfer langsam und unter großen Schmerzen sterben oder sein Leben lang entstellt sein.«[342]

Das vietnamesische Mädchen Kim Phuc rannte 1972 als Neunjährige mit schweren Verletzungen aus ihrem von Napalm zerstörten Dorf. Das Schwarz-Weiß-Bild des vietnamesischen Fotografen Nick Ut mit der nackten, schreienden Kim ging als »Napalm-Girl« um die Welt und wurde zum bekanntesten Bild des Vietnamkriegs. Kim Phuc hatte sich ihre brennenden Kleider vom Leib gerissen und überlebte den Napalmangriff, obschon ein Drittel ihrer Körperoberfläche, darunter ihr ganzer Rücken, der Nacken und ihr linker Arm, verbrannt waren. Es bedurfte mehrerer Hauttransplantationen, um ihr Überleben zu sichern. Kim Phuc hat sich trotz ihrer andauernden Schmerzen nicht für den Hass entschieden, sondern den USA vergeben. Stets betont sie, dass wir alle zur Menschheitsfamilie gehören. Dafür wurde sie 2019 mit dem Dresden-Friedenspreis geehrt. »Ich wurde sehr schwer verbrannt, aber meine Hände und mein Gesicht sind noch schön«, sagte Kim Phuc später. »Ich habe gelernt, meine Segnungen zu zählen«, also nicht auf das zu achten, was schlecht ist, sondern an das zu denken, was gut ist. »Die Liebe ist stärker als jede Waffe«, betonte Kim Phuc und machte damit vielen Menschen Mut.[343]

Der Erfinder von Napalm, der US-Chemiker Louis Fieser, und auch die Chemiefirma Dow Chemical, die das Napalm herstellte, wurden während des Vietnamkriegs von der US-Friedensbewegung scharf kritisiert. Wissenschaftler und Waffenproduzenten seien mitschuldig an dem großen Leid, das durch ihre Erfindungen und Produkte ermöglicht werde. »Es ist nicht meine Sache, mich mit den politischen oder moralischen Fragen zu befassen«, wies Fieser jede Verantwortung von sich. »Ich konnte nicht wissen, dass dieses Zeug gegen Babys und Buddhisten eingesetzt wird … Der Mann, der ein Gewehr baut, ist auch nicht verantwortlich dafür, wenn damit der Präsident erschossen wird.«[344]

Die Friedensbewegung und das Kent-State-Massaker 1970

Nach der intensiven Bombardierung landeten am 8. März 1965 die ersten US-Kampftruppen am Strand von Da Nang in Südvietnam. Erstmals seit dem Koreakrieg betraten damit amerikanische Kampftruppen ganz offiziell und für die Öffentlichkeit gut sichtbar wieder asiatischen Boden. Bis Ende 1967 erhöhte Präsident Johnson als oberster Befehlshaber die Truppenstärke in Vietnam auf 500000 US-Soldaten. Insgesamt schickten die USA im Laufe des Krieges 2000000 US-Soldaten nach Vietnam. Heute haben die USA eine Berufsarmee. Aber damals war in den USA der Militärdienst für Männer ab 18 Jahren obligatorisch. Auch daher protestierten viele junge Männer gegen den Vietnamkrieg. Nur einflussreiche Politiker konnten ihre Söhne schützen, indem sie diese während des Vietnamkriegs auf ungefährlichen Posten in den USA stationierten.

Viele junge Männer glaubten dem Präsidenten und waren vom Vietnamkrieg überzeugt. »Ich glaubte damals wirklich, dass wenn wir die Kommunisten nicht in Vietnam stoppen, wir sie dann bald in San Diego bekämpfen müssen«, erinnert sich US-Soldat William Ehrhart. Gemäß den von den Massenmedien verbreiteten Informationen führten »Kommunisten aus Nordvietnam, unterstützt durch die Russen und Chinesen, einen brutalen Eroberungskrieg gegen die freie Republik Südvietnam«, so Ehrhart. »Ich hatte damals keinen Grund, meiner Regierung, meinen Lehrern oder der *New York Times* zu misstrauen«, so der Veteran, der sich nach Abschluss der High School, der gesetzlich vorgeschriebenen Schulausbildung, mit nur 17 Jahren bei den US-Marines meldete und bald darauf nach Vietnam geschickt wurde, wo er 13 Monate diente.[345]

Es ist heute eines der wichtigen Prinzipien der Friedensbewegung, dass man dem US-Präsidenten und den Massenmedien niemals blind trauen darf. Erst in Vietnam durchschaute Soldat William Ehrhart die ganze Propaganda. »Der US-Bevölkerung wurde erzählt, dass wir in Vietnam sind, um einen ausländischen Angriff abzuwehren. Aber ich habe herausgefunden, dass wir die Aggressoren waren, wir waren die Ausländer, und die Menschen, welche wir angeblich verteidigen sollten, hassten uns, weil wir ihre Wälder mit chemischen Entlaubungsmitteln vergifteten und ihre Felder mit Napalm abfackelten«, so Ehrhart, der nach dem Krieg ein

Friedensaktivist wurde und Studenten in den USA davor warnte, in den Krieg zu ziehen. »Ich habe wiederholt an der Zerstörung von einzelnen Häusern und ganzen Dörfern teilgenommen. Ich war dabei, als Zivilisten in Vietnam brutal befragt und unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder getötet wurden, auch ihr Tierbestand und ihre gesamte Ernte wurden ausgelöscht«, so Ehrhart reumütig. Als nach dem Krieg ganz Vietnam an die Kommunisten fiel, habe sich gezeigt, dass die sogenannte Dominotheorie, gemäß der sich der Kommunismus nach einem Sieg in Vietnam weltweit ausbreiten werde, nicht stimmte. Der Sieg der Kommunisten in Vietnam »wurde in den Abendnachrichten mitgeteilt und hatte kaum mehr Einfluss als ein schweres Feuer in Cleveland«, erkannte Ehrhart.[346]

Jene, welche die Kriegslügen durchschauten, protestierten gegen den Krieg. Viele hatten kein Interesse, in Südvietnam ein korruptes Regime zu verteidigen und die Guerillas der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams, kurz Vietcong, zu bekämpfen. Die »Hippies« wollten den Krieg mit der Macht der Liebe besiegen. Sie wurden auch »Blumenkinder« genannt, weil sie bunte Kleider trugen und Blumen ihr Symbol der Gewaltlosigkeit waren. 1965 umstellten 20000 Demonstranten das Weiße Haus. Wie kein zweites Thema beherrschte der Vietnamkrieg die Diskussion in den USA. Auch Boxweltmeister Muhammad Ali verweigerte den Wehrdienst und erklärte: »Ich hab keinen Streit mit den Vietcong. Kein Vietcong hat mich je Nigger genannt.« Studenten verteilten Flugblätter, auf denen stand: »Moralisch ist, sich gegen den unmoralischen Krieg in Vietnam zur Wehr zu setzen und die Kriegsmaschinerie lahmzulegen. Unmoralisch ist, den Befehlen eines unmoralischen Staates Folge zu leisten.« Auf öffentlichen Plätzen kritisierten die Hippies Präsident Lyndon B. Johnson (LBJ) und sangen: »Hey, hey, LBJ, how many boys did you kill today?«[347]

Angeführt durch Martin Luther King kamen im April 1967 mehr als 300000 Menschen zu einem Protestmarsch in New York. Es war die bis dahin größte Antikriegs-Demonstration in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Im Oktober 1967 blockierten Kriegsgegner mit Sitzblockaden die Zufahrtswege zum Pentagon, der Kommandozentrale des Vietnamkriegs.

An der University of Wisconsin kam es im selben Monat zu gewaltsamen Ausschreitungen, als die Polizei auf Kriegsgegner einschlug und Trängengas einsetzte, was aber noch mehr Studenten und Studentinnen mobilisierte. An der Kent State University in Ohio wurden am 4. Mai 1970 während einer Demonstration zwei Studenten und zwei Studentinnen von der US-Nationalgarde erschossen und weitere schwer verletzt. »Die Soldaten der Nationalgarde waren auch fassungslos«, erinnerte sich die Studentin Chrissie Hynde. »Wir schauten sie an und sie schauten uns an. Sie waren noch Jungs, 19 Jahre alt, wie wir. Aber in Uniform. Wie unsere Jungs in Vietnam.«[348]

Das Kent-State-Massaker erschütterte die USA. Mehr als vier Millionen Studentinnen und Studenten und 350000 Universitätsangestellte und Dozenten gingen landesweit auf die Straße. An vielen Universitäten wurde der Lehrbetrieb eingestellt. »Während wir Vietnam zerstören«, notierte der US-Journalist Izzy Stone, »zerstört der Krieg unser Land.« Mit dem Vietnamkrieg bildete sich eine kriegskritische Öffentlichkeit, die es in dieser Form während der Indianerkriege, dem Krieg gegen Mexiko, dem Krieg gegen Kuba und den Philippinen und auch während der zwei Weltkriege nie gegeben hatte. Zum Ende des Jahres 1970 sprachen sich mehr als die Hälfte der US-Amerikaner gegen den Vietnamkrieg aus.[349]

Der Vietnamkrieg war der erste Krieg, der im Fernsehen übertragen wurde. Oft wurden Kampfjets gezeigt, die in die untergehende Sonne starteten. Das war ganz im Sinne des Pentagons, denn so sah der Krieg gut aus. Das Bildmaterial wurde in Farbe gesendet direkt zum Zuschauer im Fernsehsessel, der so etwas bislang noch nie gesehen hatte. Hin und wieder wurden auch kritische Fernsehbeiträge gesendet, die das Leiden der Vietnamesen zeigten, darunter ein Bericht des kanadischen Journalisten Morley Safer, der am 5. August 1965 von *CBS* gezeigt wurde. Safer begleitete US-Marines beim Einrücken in das Dorf Cam Ne in Südvietnam und zeigte, wie die Bewohner gezwungen wurden, ihre mit Palmwedeln gedeckten Hütten zu verlassen. Danach brannten die Marines das Dorf nieder. Es war der erste nüchterne Bericht über die Zustände in Vietnam. Doch die US-Bevölkerung wollte nicht glauben, was sie mit ihren eigenen Augen sah. Journalist Safer wurde als Kommunist diffamiert und *CBS* der

Lüge bezichtigt. Auch Präsident Johnson hatte keine Freude und rief am Morgen nach der Ausstrahlung *CBS*-Chefredaktor Frank Stanton an: »Frank«, sagte die Stimme herrisch: »Versuchen Sie, mich in den Arsch zu treten?« »Wer ist dran?«, anwortete der schläfrige Stanton: »Frank, ich bin es, Ihr Präsident. Gestern haben Ihre Leute auf die amerikanische Flagge geschissen.«[350]

Die USA stürzen Präsident Sukarno in Indonesien 1965

Während in Vietnam der Krieg tobte, schlug Indonesien zum Ärger der USA einen klar antiimperialistischen Kurs ein. Nach einem blutigen Befreiungskampf unter Führung von Achmed Sukarno hatte sich das Land 1949 von der holländischen Kolonialmacht befreit und Sukarno wurde zum ersten Präsidenten von Indonesien gewählt. In der indonesischen Stadt Bandung gründete Präsident Achmed Sukarno zusammen mit bekannten Politikern aus Asien und Afrika, wie Jawaharlal Nehru aus Indien und Gamal Abd el Nasser aus Ägypten, 1955 die Bewegung der blockfreien Staaten. Diese bezeichnete sich als »Dritte Welt«, lehnte Imperialismus und Rassismus ab und wollte einen unabhängigen Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus gehen. Dies gefiel Washington nicht. Präsident Sukarno wurde von der CIA umgehend als Kommunist eingestuft.

Am 30. September 1965 fand in Indonesien ein schlecht geplanter Putschversuch der bis dahin unbekannten »Bewegung 30. September« statt, bei dem sechs Generäle des indonesischen Militärs getötet wurden. Der Putschversuch wurde der Kommunistischen Partei Indonesien angelastet, die mit mehr als drei Millionen Mitgliedern die drittstärkste kommunistische Partei der Welt war. Der Putsch scheiterte und seine genauen Hintergründe blieben im Dunkeln. Vermutlich hatte der Nationale Sicherheitsrat der USA mit Hilfe der CIA »einen Kampf zwischen den Linken und Rechten provoziert, weil sie annahmen, dass die Rechte in einem bewaffneten Endkampf gewinnen werde«, erklärt der kanadische Historiker Geoffrey Robinson, der an der University of California lehrt.[351]

Auf Befehl von General Mohamed Suharto verübte die Armee danach einen Gegenputsch und verfolgte während sechs Monaten in einer

gnadenlosen Hetzjagd echte und vermeintliche Kommunisten, Angehörige der ungeliebten chinesischen Minderheit und Anhänger von Präsident Sukarno. Mehr als 500000 Menschen wurden in einem der größten Massenmorde seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs getötet. Präsident Sukarno wurde schrittweise entmachtet und am 11. März 1966 übernahm General Mohamed Suharto mit Unterstützung der USA die Regierungsgeschäfte und erklärte sich ein Jahr später zum neuen Staatspräsidenten. Als neuer starker Mann Indonesiens und treuer Gefolgsmann von Washington öffnete Präsident Suharto sein Land westlichen Investoren und herrschte als Diktator bis 1998.

Indonesien tut sich schwer mit der Aufarbeitung des Massakers von 1965. Keiner der Täter musste sich bisher vor Gericht für seine Taten verantworten. Dies auch deshalb, weil im Hintergrund die USA die Machtergreifung von Diktator Mohamed Suharto unterstützt hatten, was der Bevölkerung in den USA völlig unbekannt ist. Die CIA hatte Listen mit mehr als 5000 Kommunisten erstellt und diese an das indonesische Militär verteilt. »Wir hatten viel genauere Informationen über die Kommunisten als selbst die Indonesier«, erklärte Marshall Green, US-Botschafter in Jakarta zur Zeit des Putsches. Die auf den Listen aufgeführten Personen wurden durch das indonesische Militär gejagt und getötet, zusammen mit ihrer ganzen Familie und vielen anderen, die auf keiner Liste standen. Danach wurde der Name auf der Liste abgehakt. »Niemand hat sich über das Abschlachten aufgeregt, solange es Kommunisten waren«, erklärte Howard Federspiel, der Experte für Indonesien im US-Außenministerium. Die Bezeichnung »Kommunist« reichte, um tausende Indonesier aus der Menschheitsfamilie auszuschließen. Auch Robert Martens, der in der US-Botschaft in der indonesischen Hauptstadt Jakarta arbeitete, hielt es noch 1990 für richtig, dass die USA den Putsch mit diesen Todeslisten unterstützt hatten. »Das war wirklich eine große Hilfe für die Armee«, erklärte Martens. »Die haben viele Menschen getötet, und ich habe vermutlich viel Blut an meinen Händen. Aber das ist nicht nur schlecht. Es gibt entscheidende Momente, in denen man hart zuschlagen muss.«[352]

Das Massaker von My Lai wird aufgedeckt

Als Präsident Johnson erklärte, er wolle im Wahlkampf 1968 nicht nochmals antreten, beflügelte der charismatische Robert Kennedy, der jüngere Bruder von John F. Kennedy, die Phantasie der Kriegsgegner. »Ich muss herausfinden, wer meinen Bruder umgebracht hat«, sagte Robert Kennedy. Er glaubte, dass sein Bruder das Opfer einer Verschwörung geworden war, als deren Brutstätte er die CIA verdächtigte, welche auch in Vietnam und Indonesien die Spannungen schürte. Doch diese These konnte Robert Kennedy nie beweisen, weil er es nicht bis ins Weiße Haus schaffte. Er wurde während des Wahlkampfes am 6. Juni 1968 in Los Angeles erschossen und wie sein Bruder auf dem Nationalfriedhof Arlington begraben.[353]

Gewählt wurde am 5. November 1968 Richard Nixon von der Republikanischen Partei. Nixon, ein paranoider Charakter, der Kommunisten, Juden und Schwarze hasste, hatte seinen Wählern versprochen, er werde den Vietnamkrieg binnen sechs Monaten beenden. Doch als er im Januar 1969 ins Weiße Haus einzog, eskalierte Nixon zusammen mit seinem Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry Kissinger den Krieg. Der in Deutschland geborene Heinz Kissinger war als Jude mit seiner Familie vor dem Zweiten Weltkrieg vor den Nationalsozialisten in die USA geflohen. Als Nationaler Sicherheitsberater spielte Kissinger eine dominante Rolle im NSC und forderte ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Vietnamesen. »Ich weigere mich zu glauben, dass wir eine kleine viertklassige Macht wie Nordvietnam nicht an den Punkt bringen können, an dem sie zerbricht«, so Kissinger.[354]

US-Soldaten haben in Vietnam viele Zivilisten getötet. Das ist verboten und ein Kriegsverbrechen. Im November 1969 berichtete der kritische US-Journalist Seymour Hersh über ein Massaker, das US-Truppen am 16. März 1968 im Dorf My Lai in Südvietnam angerichtet hatten. Unter dem Kommando von US-Offizier William Calley hatten US-Soldaten das Dorf überfallen. Säuglinge, Schwangere und Alte wurden vergewaltigt, skalpiert und in Stücke gehackt. Am Ende lagen 504 tote Zivilisten am Boden, darunter 173 Kinder und 76 Babys. Ähnliche Verbrechen hatte es auch in vielen anderen Dörfern gegeben. Als US-Offizier William Calley später vor Gericht zu dem Massaker befragt wurde, wollte oder konnte er nicht sehen,

dass er in My Lai ein Kriegsverbrechen begangen und das Prinzip Menschheitsfamilie verraten hatte. »Ich habe an diesem Tag in My Lai keinen Menschen getötet, nicht ich als Person tat es«, beteuerte der traumatisierte Calley. »Ich tat es für die Vereinigten Staaten von Amerika, mein Land. Und wir waren nicht da, um menschliche Wesen zu töten. Wir waren da, um eine Ideologie zu töten. Um den Kommunismus zu zerstören.«[355]

Obwohl die USA extrem viel Gewalt einsetzten, verloren sie den Krieg in Vietnam. Die Vietnamesen erlangten nach vielen Jahren des Kampfes ihre Unabhängigkeit und vereinten das geteilte Land. Mehr als drei Millionen Vietnamesen starben im Vietnamkrieg, darunter zwei Millionen Zivilisten. Die USA beklagten 58000 tote Soldaten, mehr als in jedem anderen Krieg seit 1945. Viele US-Veteranen waren schwer traumatisiert, denn bevor sie nach Vietnam geschickt wurden, hatten sie kaum etwas von der Welt gesehen. »500000 von uns haben versucht, sich das Leben zu nehmen«, erklärt der Veteran William Ehrhart. »55000 waren mit ihrem tragischen Selbstmordversuch erfolgreich oder starben an einer Überdosis von Drogen oder bei einem selbst inszenierten Autounfall.« Damit starben fast gleich viele US-Soldaten durch Selbstmord in den USA wie auf den Schlachtfeldern in Vietnam, weshalb die Anzahl der durch den Vietnamkrieg verursachten amerikanischen Toten bei über 100000 US-Soldaten liegt. Doch Washington dachte nicht im Traum daran, nun auf Gewalt zu verzichten.[356]

Präsident Nixon holte die letzten amerikanischen Kampftruppen im März 1973 zurück in die USA. Damit war der Krieg aber noch nicht vorbei. Die USA flogen weiterhin Luftangriffe auf Nordvietnam und versuchten Südvietnam mit Geld und Waffen in die Lage zu versetzen, eigenständig gegen Nordvietnam und den Vietcong zu kämpfen. Der Krieg schleppte sich noch zwei Jahre hin, bis die südvietnamesische Armee zusammenbrach und die Truppen von Nordvietnam im April 1975 Saigon einnahmen. Für seine illegalen Kriege wurde Nixon nie bestraft, weil er sich darin nicht grundsätzlich von anderen US-Präsidenten unterschied. »Ich glaube, nach dem Gesetz ließe sich mit sehr gutem Recht jeder amerikanische Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg öffentlich anklagen«, erklärt Noam Chomsky,

ein aktives Mitglied der US-Friedensbewegung. »Alle waren sie entweder ausgesprochene Kriegsverbrecher oder in ernsthafte Kriegsverbrechen verwickelt.«[357]

Der geheime Krieg gegen Kambodscha und Laos

Als oberster Befehlshaber gab Nixon im März 1969, gegen den Rat von Verteidigungsminister Melvin Laird und Außenminister William Rogers, den Befehl, das neutrale Nachbarland Kambodscha zu bombardieren. Dies war ein klarer Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Doch das kümmerte Nixon nicht. Zudem verstärkte Präsident Nixon den Bombenhagel auf Südvietnam. »Wir werden dieses gottverdammte Land dem Erdboden gleichmachen«, erklärte Nixon, dem Irrsinn nahe. »Jetzt haben wir, verdammt noch mal, nichts mehr zu verlieren.«[358]

Nixon griff auch das neutrale Nachbarland Laos an, was ein weiterer Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot war. Die CIA baute in Laos eine Armee aus Kindern auf und schickte sie gegen die Vietnamesen in den Kampf. »Die meisten der Soldaten waren Kinder, junge Burschen im Alter von 14, 15 oder 16 Jahren«, deckte der US-Journalist Douglas Valentine auf, der die illegalen Operationen der CIA in Südostasien genau untersucht hat. Die CIA schickte »tausende von diesen jungen Burschen in den Tod, indem sie ihnen den Auftrag gab, die Vietcong-Kämpfer zu stoppen, die über den Ho-Chi-Minh-Pfad durch Laos marschierten. Sie haben sie einfach als Kanonenfutter benutzt«, kritisiert Valentine. »Und das machen sie überall auf der Welt immer wieder.« Doch über diese geheimen Kriege der CIA werde in den US-Medien nie berichtet, weil die CIA dies erfolgreich verhindert. »Darum haben einfache Zivilisten in den USA keine Ahnung darüber, was in der Welt passiert«, beklagte Valentine im Jahr 2019.[359]

Präsident Nixon verheimlichte den illegalen Angriff auf Kambodscha vor dem US-Kongress. Die US-Luftwaffe gab vor, sie hätte Ziele in Vietnam bombardiert und fälschte die Flugdaten. Welche Ziele in Kambodscha bombardiert wurden, war nur dem Präsidenten und einer kleinen Gruppe von Verschwörern im Militär bekannt. In Südvietnam wurde bei Lagebesprechungen eine US-Einheit über angebliche militärische

Ziele in Südvietnam informiert. In einer zweiten Lagebesprechung, bei der nur noch die in die Verschwörung eingeweihten Offiziere anwesend waren, wurden den Namen der angeblich südvietnamesischen Ziele echte Ziele in Kambodscha zugewiesen.[360]

Erst am 30. April 1970 verkündete Nixon der Öffentlichkeit, dass er auch Kambodscha bombardiere. »USA raus aus Kambodscha«, forderten die Kriegsgegner umgehend. Auch Teile des US-Kongresses fühlten sich hintergangen und erklärten, dass sie einer Bombardierung von Kambodscha nie zugestimmt hatten. Die Menschen in Kambodscha bezahlten einen hohen Preis für den skrupellosen Angriff der USA auf ihr Land. Mehr als 150000 Zivilisten starben durch die Bomben, die aus US-Militärflugzeugen vom Typ B52 auf ihr Land abgeworfen wurden. »Das trieb die Dorfbewohner in die Arme der Roten Khmer«, kommentierte die Zeitschrift *Geo*. Denn die Luftschläge trafen vor allem die Bauern, weshalb Nixons Bombenhagel »den entscheidenden Grund für den Aufstieg der Roten Khmer« lieferte. Die CIA wusste, dass der illegale Krieg von Nixon die Roten Khmer stärkte. »Sie benutzen den Schaden, der durch die B52 Angriffe entstanden ist als Hauptthema ihrer Propaganda«, berichtete die CIA am 2. Mai 1973. »Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass viele junge Männer rekrutiert werden konnten. Anwohner sagten, dass die Propaganda vor allem bei Flüchtlingen erfolgreich war, die aus Gebieten kamen, die von B52 Flugzeugen bombardiert worden waren.«[361]

Der Abwurf von US-Bomben auf Kambodscha endete erst, als der US-Kongress im August 1973 die dafür benötigten Mittel zusammenstrich. Doch damit war der Alptraum in Kambodscha nicht vorbei, denn die Roten Khmer lösten sich nicht in Luft auf, sondern stürzten im April 1975 in der Hauptstadt Phnom Penh die Regierung und errichteten eine kommunistische Diktatur. Unter Diktator Pol Pot und seiner Schreckensherrschaft wurde von 1975 bis 1979 das Prinzip Menschheitsfamilie brutal verraten. Ungefähr zwei Millionen Menschen, ein Fünftel der Bevölkerung des Landes, wurde von den kommunistischen Roten Khmer in geplanter Barbarei ausgelöscht. Die Roten Khmer hassten die Vietnamesen und fielen immer wieder in Vietnam ein. Rund 30000 Zivilisten in Südvietnam wurden dabei getötet. Die Armee von Vietnam

reagierte auf diese Grenzverletzungen und marschierte am 25. Dezember 1978 in Kambodscha ein und befreite das Land. Binnen zwei Wochen fiel die Herrschaft der Roten Khmer in sich zusammen, Pol Pot wurde gestürzt, und der Alptraum endete. Die geschlagenen Roten Khmer flohen über die Grenze nach Thailand und liessen sich im Dschungel nieder.[362]

Die Briten und die USA bewaffnen die Roten Khmer in Thailand

Es ist in Europa und den USA kaum bekannt, dass Washington nach der demütigenden Niederlage gegen Vietnam im Geheimen begann, Pol Pot und seine brutalen Roten Khmer im Dschungel von Thailand zu unterstützen. Warum trainierten sie Kommunisten, die zuvor einen Genozid durchgeführt hatten? Weil die CIA das siegreiche Vietnam hasste und gemäß dem Prinzip »der Feind meines Feindes ist mein Freund« handelte. Die zynische Operation sei eine »Politik des Hasses« gewesen, erklärt der US-Historiker Jack Colhoun.[363]

»Die USA haben im Geheimen Pol Pot im Exil ab Januar 1980 unterstützt«, bestätigt auch der mutige australische Journalist John Pilger. »Der Umfang der Unterstützung von 1980 bis 1986 betrug 85 Millionen Dollar, wie die Korrespondenz mit dem Ausschuss des Senats der Vereinigten Staaten zur Außenpolitik zeigt«, so Pilger. Die USA unterstützten die Roten Khmer mit Uniformen, Geld und Satellitenbildern, Waffen wurden aus China geliefert, weil auch China die kommunistische Regierung in Vietnam hasste. In Thailand, an der Grenze zu Kambodscha, errichtete die CIA verschiedene Trainingslager für die Roten Khmer. Im November 1980 besuchte Ray Cline, Vizedirektor der CIA, diese Trainingslager.[364]

Trainiert wurden die Roten Khmer nicht nur von der CIA und von US-Spezialeinheiten wie den Green Berets, sondern ab 1983 auch von britischen Spezialeinheiten des Special Air Service (SAS), die von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher direkt nach dem Falklandkrieg 1982 in geheimer Mission nach Kambodscha geschickt worden waren. Die streng geheime Operation war der Öffentlichkeit in

Großbritannien und in den USA nicht bekannt. Als der Iran-Contra-Skandal bekannt wurde, zogen sich die US-Spezialeinheiten 1986 zurück, denn US-Präsident Ronald Reagan konnte sich keinen weiteren Skandal erlauben. Die Briten führten danach die Operation alleine weiter. Als John Pilger dies publik machte, schrieben 16000 Menschen Protestbriefe an Premierministerin Margaret Thatcher. Doch diese stritt alles ab und erklärte in einer Antwort an Oppositionsführer Neil Kinnock von der Labour-Party: »Ich bestätige, dass es keine Beteiligung der britischen Regierung irgendwelcher Art gibt beim Training, der Ausrüstung oder der Zusammenarbeit mit den Roten Khmer oder ihren Alliierten.« Doch das war eine Lüge. Als John Major als Premierminister Margaret Thatcher ablöste, musste seine Regierung 1991 zugeben, dass die SAS tatsächlich die Roten Khmer trainiert hatte. »Wir mochten die Briten«, hatte ein Kämpfer der Roten Khmer gegenüber John Pilger erklärt. »Sie haben uns sehr gut beigebracht, wie man Sprengfallen baut. Ahnungslose Menschen, wie Kinder in Reisfeldern, waren die Hauptopfer dieser Waffen.«[365]

John Pilger gelang es, mit SAS-Elitesoldaten zu sprechen, die in Thailand gedient hatten. »Wir haben die Roten Khmer in verschiedenen technischen Disziplinen unterrichtet«, bestätigte ihm ein britischer SAS-Soldat. »Wir lehrten sie viel über Landminen. Wir verwendeten Landminen aus den Beständen der britischen Armee, die wir über Ägypten erhielten, mit abgeänderten Kennzeichen … Wir haben sie auch in psychologischen Techniken unterrichtet. Zuerst wollten sie gleich in die Dörfer gehen und die Menschen zerhacken. Aber wir lehrten sie, wie man es ruhig angeht.« Der britische Friedensaktivist Rae McGrath, der sich weltweit für das Entschärfen und Entfernen von Minen engagiert, kritisierte, dass die SAS die Roten Khmer lehrten, wie man »mit Sprengstoffen improvisiert und Sprengfallen baut, und wie man Zünder mit Zeitverzögerung herstellt.« Dies alles, so erkannte Rae McGrath, »war eine kriminell unverantwortliche und zynische Strategie der SAS.«[366]

Die Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer in Kambodscha gestaltet sich als schwierig. Der brutale Diktator Pol Pot verstarb 1998, ohne dass er für seine Verbrechen verhaftet oder bestraft worden wäre. Nach seinem Tod wurde das Rote-Khmer-Tribunal in Phnom Penh ins

Leben gerufen. Mit Ta Mok, die Nummer 2 hinter Pol Pot, und Kaing Guek Eav, der das Folterzentrum in Phnom Penh geleitet hatte, wurden zwei hochrangige und brutale Anführer der Roten Khmer verhaftet. Doch Benson Samay, der Anwalt von Ta Mok, forderte, dass auch die USA und Großbritannien für ihre Rolle bei den Gewaltexzessen in Kambodscha angeklagt werden müssten. »Alle Ausländer, die beteiligt waren, müssen vor Gericht erscheinen, es darf keine Ausnahmen geben«, so Anwalt Samay. »Madeleine Albright, Margaret Thatcher, Henry Kissinger, Jimmy Carter, Ronald Reagan und George Bush … wir werden sie einladen, damit sie der Welt erzählen können, warum sie die Roten Khmer unterstützt haben.«[367]

Doch dazu kam es nie. Der Prozess gegen Ta Mok wurde immer wieder verschoben, bis dieser 2006 im Gefängnis verstarb, ohne dass er verurteilt worden wäre. Nur Kaing Guek Eav, genannt Duch, gestand seine Verbrechen. Er wurde 2010 für schuldig befunden, an der Tötung von mindestens 14000 Menschen im Gefängnis S-21 beteiligt gewesen zu sein, und zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Urteil war historisch, weil es der erste Schuldspruch gegen ein führendes Mitglied der kommunistischen Diktatur mehr als 30 Jahre nach der Terrorherrschaft der Roten Khmer war. Die verantwortlichen Politiker aus den USA und Großbritannien, die Kambodscha mit ihrem Bombenhagel zerschlagen und danach in Thailand die Roten Khmer trainiert hatten, saßen nie auf der Anklagebank.[368]

11. Die Iran-Contra-Affäre

Im Herbst 1986 wurde die sogenannte Iran-Contra-Affäre öffentlich bekannt. Der Skandal erlaubte einen seltenen Blick hinter die Kulissen der US-Machtpolitik. Die Regierung von Präsident Ronald Reagan hatte Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran an brutale Guerillas in Nicaragua weitergeleitet, die sogenannten Contras, um die Regierung in Nicaragua zu stürzen. Dies war aus mehreren Gründen brisant. Erstens verstieß der geheime Krieg, den die Contras mit Hilfe der CIA gegen die Regierung von Nicaragua führten, gegen das UNO-Gewaltverbot und war damit gemäß internationalem Recht illegal. Zweitens hatte der US-Kongress der CIA explizit untersagt, die für die Contras bewilligten Gelder für einen Regierungssturz zu verwenden, weshalb die verdeckte Operation auch gegen US-Gesetze verstieß. Drittens gehörte der Iran seit der Islamischen Revolution von 1979 zu den politischen Feinden der USA, und Waffenverkäufe an den Iran verletzten das strikte Wirtschaftsembargo, das der US-Kongress verhängt hatte. Doch all das kümmerte die CIA nicht, die den Contras half, tonnenweise Kokain in die USA zu schmuggeln um ihren illegalen Krieg zu finanzieren, was ein weiteres schweres Vergehen war. Die Iran-Contra-Affäre zeige, so bilanzierte damals *Die Zeit* in Deutschland, dass unter Präsident Reagan im Weißen Haus »Außenpolitik wider die Vernunft und gegen die Gesetze« betrieben wurde.[369]

Der geheime Krieg der USA gegen Nicaragua 1981

Als der Schauspieler Ronald Reagan am 4. November 1980 zum neuen Präsidenten der USA gewählt wurde und im folgenden Januar ins Weiße

Haus einzog, ernannte er seinen Wahlkampfleiter Bill Casey zum neuen CIA-Direktor. Casey war eine zwielichtige Figur. Als Wall-Street-Haudegen hatte er sein Vermögen mit dem Verkauf von Steuerschlupflöchern gemacht. »Seine Begabung bestand darin, Gesetze bis an den Rand des Rechtsbruchs zu beugen«, berichtet US-Journalist Tim Weiner von der *New York Times*. Ähnlich wie Präsident Richard Nixon vor ihm vertrat Casey die Ansicht, »dass alles rechtens war, solange es geheim blieb.« Der CIA-Direktor pflegte eine enge Beziehung zu Präsident Reagan und suchte ihn auch privat auf, um wichtige Entscheidungen zu fällen. »Casey brauchte dazu nur ein paar Minuten mit dem Präsidenten, ein Augenzwinkern und ein kurzes Nicken, und schon war er wieder verschwunden«, so Weiner.[370]

CIA-Direktor Bill Casey war, wie viele seiner Vorgänger, fasziniert von der verdeckten Kriegsführung und nahm Nicaragua ins Visier. Dort herrschte seit 1934 der Somoza-Clan mit diktatorischer Gewalt. Die Somozas hatten während Jahrzehnten alles getan, um den USA ihren vorbehaltlosen Rückhalt zu zeigen. In internationalen Organisationen wie der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) stimmte der Somoza-Clan immer mit den USA und unterstützte auch den illegalen US-Putsch in Guatemala 1954 sowie die illegale US-Invasion in der Schweinebucht in Kuba 1961. Diktator Somoza hatte den USA sogar die Entsendung nicaraguanischer Truppen nach Vietnam angeboten, was Washington aber ablehnte. Die USA sicherten als Gegenleistung über viele Jahre das Überleben des brutalen Somoza-Regimes, das ihr engster Vertrauter in Zentralamerika war.[371]

Als 1979 die Sandinisten den korrupten Diktator Anastasio Somoza stürzten, floh dieser nach Miami. Washington hatte keine Freude am Machtwechsel in Nicaragua. Die Sandinisten führten soziale Reformen in ihrem Lande durch, um die Lage der Unterschicht zu verbessern. Viele arme nicaraguanische Bauern erhielten erstmals Zugang zur Bildung und lernten Lesen und Schreiben. Zudem pflegten die linken Sandinisten enge Beziehungen zu Kuba und zu den Ländern des Warschauer Paktes. CIA-Direktor Casey kam zu dem Schluss, dass die Sandinisten Kommunisten seien und daher gestürzt werden müssen.

Nicaragua grenzt im Norden an Honduras und im Süden an Costa Rica. Die Gegner der Sandinisten, die Nationalgarde des gestürzten Diktators Somoza, hatten sich nach der Revolution über die nördliche Grenze ins Nachbarland Honduras zurückgezogen. Diese Männer bildeten den Kern der Contras. In Absprache mit CIA-Direktor Casey gab Präsident Reagan am 1. Dezember 1981 der CIA den Auftrag, »paramilitärische Operationen gegen Nicaragua« durchzuführen. Schon Monate vorher hatte die CIA Kontakt mit den Contras in Honduras aufgenommen. Nun begann die CIA die Contras im Geheimen zu trainieren und mit Waffen und Geld zu versorgen. Der geheime Krieg gegen Nicaragua, der mit dieser für die Bevölkerung von Nicaragua fatalen Entscheidung von Präsident Reagan begann, blieb der US-Bevölkerung zu Beginn völlig unbekannt. CIA-Direktor Casey hatte Präsident Reagan davon überzeugt, dass die rechtsgerichteten Contras Nicaragua im Sturm erobern und die Sandinisten in Managua stürzen würden, das sei keine große Sache.[372]

Grafik 13: Der geheime Krieg der USA gegen Nicaragua war illegal.

Der geheime Krieg der USA gegen Nicaragua war illegal. Die »Aggression ist die schwerste und gefährlichste Form der rechtswidrigen Anwendung von Gewalt«, hatte die UNO-Generalversammlung 1974 erklärt und damit das UNO-Gewaltverbot von 1945 in Erinnerung gerufen. Als Angriffshandlung und damit als Verbrechen der Aggression definierte die UNO »die Invasion oder den Angriff der Streitkräfte eines Staates auf das Hoheitsgebiet eines anderen Staates« sowie »die Beschießung oder Bombardierung des Hoheitsgebietes eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates«, zudem auch »die Blockade der Häfen oder Küsten eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates«. Diese Grundsätze verletzte Washington zumindest zu Beginn des geheimen Krieges nicht, weil die Vereingten Staaten ja keine US-Streitkräfte einsetzten, sondern einen geheimen CIA-Krieg führten und dafür die Contras bewaffneten. Doch auch das war illegal, denn das UNO-Gewaltverbot verbietet explizit auch geheime Kriege, also »das Entsenden bewaffneter Banden, Gruppen, Freischärler oder Söldner durch einen Staat oder in seinem Namen, wenn diese mit Waffengewalt Handlungen gegen einen anderen Staat ausführen«, wie die UNO-Generalversammlung festhielt.[373]

Aber das internationale Recht, und auch die Gesetze der USA, kümmerten den skrupellosen CIA-Direktor Bill Casey nicht, wie sich später zeigen sollte. Im nördlich von Nicaragua gelegenen Honduras begannen die USA Flugplätze, Militärbasen und Radaranlagen für die Contras aufzubauen. Die Contras sprengten die Brücken zwischen Honduras und Nicaragua, zündeten Häuser an und erschossen lokale Sicherheitskräfte. Die Contras gingen wie die Roten Khmer sehr brutal vor und zeigten keinerlei Respekt für das Prinzip Menschheitsfamilie. Um die Moral der Sandinisten zu brechen, vergewaltigten und folterten die Contras die Frauen der Sandinisten. Die Contras, so stellte ein amerikanischer Untersuchungsbericht fest, waren verantwortlich für »rücksichtslose Angriffe gegen zivile Ziele, Entführungen, Vergewaltigungen, Morde, Verstümmelungen und andere Formen von Gewalttaten.«[374]

Präsident Reagan und CIA-Direktor Casey beobachteten diese Gräueltaten aus sicherer Distanz, hielten ihre schützende Hand über diese

brutalen Banditen und beteuerten, die Contras seien »Freiheitskämpfer«. Die Contras griffen von Honduras aus Nicaragua an und zogen sich dann wieder über die Grenze zurück. Innerhalb der CIA war Duane Clarridge, der Chef der Abteilung für Lateinamerika, zuständig für den geheimen Krieg in Nicaragua. Die Contras legten Minen, stahlen Vieh, verbrannten die Ernte und führten Terroranschläge auf die Zivilbevölkerung von Nicaragua aus, um das Land zu destabilisieren und einen Sturz der sandinistischen Regierung zu bewirken. Die Befragung von früheren Contra-Führern sowie anderen Zeugen ergab, dass die Contras »unbewaffnete Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, folterten, zerstückelten, köpften oder ihnen die Augen ausstachen.«[375]

Offiziell hatten die USA Nicaragua nicht den Krieg erklärt. Aber der geheime Krieg der CIA war real und brutal. Die Anführer der Contras wurden in die USA geflogen und in Florida und Kalifornien von amerikanischen Spezialeinheiten und Experten der CIA trainiert. In ihren Handbüchern riet die CIA den Contras explizit, Gewalt gegen Zivilisten einzusetzen. US-Piloten flogen Operationen gegen nicaraguanische Truppen und Versorgungsflüge für die Contras. Der US-Geheimdienst CIA verwanzte die Büros der Sandinisten, damit die USA beobachten konnten, wie Nicaragua und die Regierung in der Hauptstadt Managua auf die Angriffe der Contras reagierte. »Unsere Überwachung von Nicaragua funktioniert so gut, dass wir die Toilettenspülung in Managua hören können«, prahlte ein CIA-Analytiker.[376]

Der Kongress verbietet einen Putsch in Nicaragua

Der geheime Krieg der CIA gegen Nicaragua blieb dem US-Kongress nicht verborgen. Doch die Abgeordneten reagierten auf eine verwirrende Art. Einerseits bewilligte der Kongress mehrere Millionen Dollar an »Hilfe« für die Contras, verbot aber gleichzeitig der CIA, diese Gelder für den Sturz der Sandinisten in Nicaragua zu verwenden. Der Abgeordnete Edward Boland aus Massachusetts, der als Vorsitzender des Geheimdienstausschusses besser als andere Parlamentarier über die verdeckten Operationen der CIA informiert war, brachte ein entsprechendes

Gesetz ein, das vom Repräsentantenhaus am 8. Dezember 1982 als Boland Amendment verabschiedet und von Präsident Reagan im selben Monat unterzeichnet wurde. Präsident Reagan, der aus dem Filmgeschäft kam und schon verschiedene Rollen gespielt hatte, erklärte mit ernster Miene, die USA seien nicht darauf aus, das Regime in Nicaragua zu stürzen. »Das war das erste Mal, dass der hochgeschätzte Präsident den Kongress belog, um verdeckte Operationen der CIA zu schützen«, kommentiert US-Journalist Tim Weiner. »Das letzte Mal sollte es freilich nicht bleiben.«[377]

Auch CIA-Direktor Bill Casey dachte nicht daran, sich an die vom Kongress vorgegebenen Einschränkungen zu halten. Als Direktor hatte Casey pro Jahr drei Milliarden Dollar für die CIA zur Verfügung. Sein Ziel war, mit Hilfe der Contras die Sandinisten zu stürzen, auch wenn der Kongress genau das verboten hatte.

Die CIA arbeitete bei der Ausbildung der Contras eng mit John Negroponte, dem US-Botschafter in Honduras, und den Spezialeinheiten des Pentagons zusammen und trainierte die Contras auch in Costa Rica, das im Süden an Nicaragua grenzt. Viele der Special Forces waren Veteranen des Vietnamkriegs. Sie besaßen Comic-Hefte, die verwendet worden waren, um den vietnamesischen Bauern beizubringen, wie man ein Dorf in seine Gewalt bringt, indem man den Bürgermeister, den Polizeichef und die Angehörigen der Miliz tötet. Die CIA übersetzte dieses »Handbuch für Mörder« ins Spanische und verteilte die Hefte an die Contras. Die Brutalität, die schon die Vietnamesen getroffen hatte, traf nun auch die mehrheitlich armen Bauern in Nicaragua.[378]

Im Mai 1983 gab Präsident Reagan erstmals zu, dass seine Administration die »Freiheitskämpfer« in Nicaragua unterstützte. Im April 1984 ließ CIA-Direktor Casey den nicaraguanischen Hafen Corinto am Pazifik verminen, um die schon stark geschwächte Wirtschaft von Nicaragua vollends zu ruinieren. Zudem sprengte die CIA in Nicaragua Erdölspeicher und Pipelines in die Luft. Dies waren ganz offensichtlich illegale Kriegshandlungen, welche die CIA ausgeführt hatte, ohne vorher den Kongress zu informieren. Auch Parlamentarier, die ansonsten die aggressive Außenpolitik der USA unterstützt hatten, reagierten erzürnt, weil sie erkannten, dass die CIA sich nicht an die vom Kongress verabschiedeten

Gesetze hielt. Am 12. Oktober 1984 verschärfte der Kongress das Boland Amendment und verbot strikt jegliche weitere Finanzierung der Contras durch die CIA oder das Pentagon. Das Gesetz »beendete die Unterstützung der USA für den Krieg in Nicaragua«, glaubte der Abgeordnete Boland.[379]

Auch die UNO verurteilte den Krieg der CIA gegen Nicaragua als schweren Rechtsbruch. Am 27. Juni 1986 wurden die USA vom Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, dem Hauptrechtsprechungsorgan der UNO, verurteilt. »Der Gerichtshof lehnte die Begründung der USA, es handle sich um einen Akt der kollektiven Selbstverteidigung, ab und stellte fest, dass sich die USA durch die Unterstützung der Contras unrechtmäßig in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates eingemischt haben«, erklärten die Richter. Mit der Bombardierung von nicaraguanischen Häfen habe die USA unrechtmäßig Gewalt gegen einen anderen Staat angewandt. Auch durch die Verminung der Gewässer Nicaraguas habe die USA das Gewaltverbot verletzt und unrechtmäßig Gewalt gegen einen anderen Staat eingesetzt. Der Gerichtshof erklärte, »dass die USA verpflichtet sind, unverzüglich all diese unrechtmäßigen Aktionen zu beenden … und an Nicaragua Reparationen zu zahlen.« CIA-Direktor Bill Casey und Präsident Ronald Reagan entschieden, das Urteil zu ignorieren.[380]

Der NSC eröffnet ein geheimes Bankkonto in der Schweiz

Mit der Verschärfung des Boland-Amendment hätte der geheime Krieg der CIA gegen Nicaragua enden müssen. Aber Präsident Ronald Reagan und CIA-Direktor Bill Casey wollten nicht nachgeben und suchten neue Wege, wie man die Militärhilfe an die Contras im Geheimen weiterführen könnte. Casey entschied, die CIA auf Distanz zu halten und stattdessen die Infrastruktur des Nationalen Sicherheitsrates zu nutzen. Er gab NSC-Mitarbeiter Oliver North, einem Veteranen des Vietnamkriegs, den Auftrag, neue Geldquellen für die Contras zu finden. »Dies war ein gefährlicher Missbrauch von NSC-Mitarbeitern«, kritisierte der US-Kongress später, da es nur der CIA erlaubt war, verdeckte Kriege zu führen.[381]

Oliver North wendete sich an verschiedene Länder mit der Bitte für eine Spende für die Contras. Es gelang ihm, mehr als 40 Millionen Dollar zu sammeln, wobei 32 Millionen Dollar von Saudi-Arabien und zwei Millionen von Taiwan kamen. Privatpersonen spendeten weitere zwei Millionen Dollar und durften dafür mit Präsident Reagan ein Foto machen. Während dies geschah, versicherte Langhorne Motley, ein hochrangiger Mitarbeiter des US-Außenministeriums, gegenüber dem Kongress, dass die Administration Reagan »keine Drittländer darum bitten oder ermuntern werde«, Gelder an die Contras zu geben.

Auch das entsprach nicht der Wahrheit. Der Kongress wurde getäuscht und protestierte später, dass es nicht gehe, dass verdeckte Operationen der USA, ohne Wissen des Kongresses, durch fremde Länder finanziert werden, dies sei »gefährlich und unzulässig«, da dadurch eine Abhängigkeit von den Sponsoren entstehe.[382]

CIA-Direktor Casey wählte zusammen mit Oliver North den pensionierten US-General Richard Secord, um die Geldgeschäfte so abzuwickeln, dass sie geheim blieben. General Secord, wie North ein Veteran des Vietnamkriegs und Spezialist für verdeckte Operationen, eröffnete ein geheimes Bankkonto in der Schweiz, damit der US-Kongress den Geldfluss nicht mehr überwachen konnte. Zusammen mit seinem Vertrauten Albert Hakim baute Secord ein verdecktes System auf, das er das »Unternehmen« nannte.

Das Unternehmen hatte seine eigenen Flugzeuge, Landeplätze, Schiffe und Mitarbeiter, um die Contras zu unterstützen. Hakim und Secord arbeiteten nicht gratis, sondern zweigten mehr als vier Millionen Dollar für sich selbst ab, wie der Kongress herausfand. Indem die Reagan-Administration den geheimen Krieg in Nicaragua an private Personen ausgelagert hatte, die sich zudem persönlich bereicherten, »verletzte die Regierung grundsätzliche Prinzipien der US-Verfassung«, kritisierte eine Untersuchung durch das US-Parlament richtig.[383]

Die CIA und der Kokainhandel

Das neue Geld für die Contras kam nicht nur aus den Spenden, die Oliver North sammelte, sondern auch aus dem Drogenhandel. Kokain aus Kolumbien lässt sich in den USA mit großem Profit verkaufen. Die mutige US-Journalistin Leslie Cockburn, die sich intensiv mit dem Krieg in Nicaragua beschäftigte, enthüllte 1988, dass die Contras direkt in den Kokainhandel in Mittelamerika verwickelt waren und dabei von der CIA unterstützt wurden. Auch US-Senator John Kerry aus Massachusetts, der später in der Administration von Präsident Barack Obama als US-Außenminister diente, leuchtete dieses brisante Themenfeld aus. »Es sieht so aus, als ob der Kampf gegen den Drogenhandel nur ein zweitrangiges Ziel der US-Außenpolitik ist«, protestierte Senator Kerry damals. Dieses Ziel werde immer wieder für andere Ziele geopfert, »darunter für den Wunsch, die Regierung in Nicaragua zu stürzen, oder die Regierung in Panama zu stärken, Drogenhändler als Informationsquellen zu benutzen oder Mitarbeiter des Militärs und der Geheimdienste zu schützen, die in den Drogenhandel verwickelt sind.« Es sei aber völlig unsinnig, wenn die US-Regierung Millionen Dollars für den Kampf gegen Drogen ausgebe und sich gleichzeitig im Geheimen selbst am Drogenhandel beteilige. »Das ist doch verrückt«, so Senator Kerry.[384]

Am 13. April 1989 legte ein von Senator Kerry präsidierter Ausschuss des US-Senats einen 144 Seiten langen Abschlussbericht zum Thema Drogen und Contras vor und kam darin zu dem Schluss, dass die von der CIA unterstützten Contras intensiv mit Kokain gehandelt hatten. »Die verfügbaren Daten zeigen überzeugend, dass einzelne Contra-Kämpfer, Contra-Piloten, Söldner, die mit den Contras zusammenarbeiteten, und die Unterstützer der Contras in der Region alle am Drogenhandel beteiligt waren«, kritisierte der Bericht. Die Regierung von Präsident Reagan tat jedoch nichts dagegen, im Gegenteil. »Die involvierten US-Vertreter in Zentralamerika haben das Thema Drogen nicht angesprochen, weil sie fürchteten, dies könne den Krieg gegen Nicaragua gefährden«, so fanden die Senatoren. Die CIA war über den Drogenhandel gut informiert und freute sich, darin eine Geldquelle für die Contras gefunden zu haben. »Führende US-Politiker waren der Ansicht nicht abgeneigt, dass

Drogengeld die perfekte Lösung für die fehlende Finanzierung der Contras war« so der Bericht.[385]

Als Präsident leitete Reagan die geheimen Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates, an denen nicht nur CIA-Direktor Bill Casey, sondern auch Vizepräsident George Bush senior, Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Außenminister George Schultz teilnahmen. NSC-Mitarbeiter Oliver North spielte in dieser Runde nur eine untergeordnete Rolle. Er war dem Nationalen Sicherheitsberater Robert McFarlane unterstellt und danach ab 1985 dessen Nachfolger Admiral John Poindexter. »Nie, niemals« habe er während seiner fünf Jahre im Sicherheitsrat etwas unternommen, was nicht zuvor durch seine Vorgesetzten abgesichert worden sei, beteuerte Oliver North. »Mein militärisches Training hat mir einen tiefen Glauben an eine hierarchische Befehlsstruktur eingeflößt«, so North. Seine Vorgesetzten seien zu ihm gekommen und hätten gesagt: »Kümmer dich drum«. Diese Insider wussten auch, dass die USA im Geheimen Waffen an den Iran verkauften und mit den Gewinnen die Contras finanzierten.[386]

Saddam Hussein überfällt Iran und setzt Giftgas ein

Im Jahr 1979, als in Nicaragua die Sandinisten Diktator Somoza stürzten, übernahm im Irak Saddam Hussein als Präsident die Macht. Die CIA hatte seinen Aufstieg unterstützt. Dass Saddam Hussein brutal war, wusste der US-Geheimdienst. Kurz nach seiner Machtergreifung diffamierte Saddam Hussein öffentlich Mitglieder seiner irakischen Bath Partei, worauf diese abgeführt und ermordet wurden. Die Todeslisten hatte Saddam Hussein von der CIA, die ihm half, seine Macht abzusichern. James Critchfield, der damalige CIA Station Chief in Bagdad, bestätigte, dass die CIA im Grunde genommen »Saddam Hussein erschaffen hat«.[387]

Als im Nachbarland Iran der Fundamentalist Ayatollah Khomeini 1979 die Macht übernahm und den prowestlichen Schah Mohammad Reza Pahlavi stürzte, entschied Saddam Hussein, das Nachbarland Iran anzugreifen und Khomeini aus Teheran zu vertreiben. Am 22. September 1980 griff die irakische Armee auf einer Front von 600 Kilometern im

Ersten Golfkrieg den Iran an. Es war ein illegaler Angriffskrieg ohne UNO-Mandat. Saddam Hussein ist daher ein Kriegsverbrecher, denn das UNO-Gewaltverbot verbietet Angriffskriege. Diktator Hussein hoffte, einen schnellen Sieg zu erringen, was indes nicht gelang. Der Krieg zog sich bis 1988 hin und forderte mehr als 400000 Tote. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger wusste um den tiefen Hass zwischen Hussein und Khomeini. »Ich hoffe, sie bringen sich beide um«, erklärte Kissinger zynisch. »Es ist zu schade, dass sie nicht beide verlieren können.«[388]

Der Erste Golfkrieg wurde mit großer Brutalität geführt. Das Prinzip Menschheitsfamilie wurde missachtet. Saddam ließ Luftschläge gegen die iranische Hauptstadt Teheran fliegen. Dabei wurde er von den USA unterstützt. Die CIA unter Direktor Bill Casey lieferte Saddam Hussein militärische Nachrichtentechnik und kriegsrelevante Informationen aus US-Spionagesatelliten. Um den Iran zu schwächen, »schlugen wir uns tatsächlich auf die Seite des Irak«, bestätigt Philip Wilcox, der Verbindungsmann des US-Außenministeriums zur CIA. »Wir lieferten ihm nachrichtendienstliche Informationen und strichen ihn von der Liste der Staaten, die den Terrorismus beförderten«. Die USA nutzten den brutalen Diktator, um ihren Einfluss in der erdölreichen Region auszubauen. »Viele fingen optimistischerweise an, im Irak einen potentiellen Stabilisierungsfaktor zu sehen und in Saddam Hussein einen Mann, mit dem sich zusammenarbeiten ließ«, erklärt Wilcox die merkwürdige Allianz zwischen Washington und Bagdad.[389]

Mit Hilfe von westlichen Firmen gelang es Saddam Hussein, chemische Waffen herzustellen, darunter Senfgas und Sarin. Um eine Niederlage gegen den Iran abzuwenden, schreckte Diktator Hussein nicht vor Kriegsverbrechen zurück und setzte Chemiewaffen gegen sein Nachbarland ein. Dokumentierte Giftgasangriffe durch Saddam Hussein auf die Iraner erfolgten 1983 und 1984. Der internationalen Presse wurden in Teheran die Opfer der Giftgasangriffe gezeigt. Einige vergiftete Iraner wurden zur Behandlung in die Schweiz, nach Österreich, Schweden und Deutschland geflogen. Auch die Europäer wussten danach über die Verbrechen am Golf Bescheid, aber die Politik der USA wurde nicht kritisiert.

Der deutsche Journalist Udo Ulfkotte fand heraus, dass ein Teil des Giftgases, das von Diktator Hussein eingesetzt wurde, aus Deutschland kam, und dass die USA den Einsatz von Giftgas unterstützten. »Ich arbeitete als Journalist bei der *FAZ*. Anfang Juli 1988 war ich an der Front im Krieg zwischen Irak und Iran«, erinnert sich Ulfkotte. »Da wurde ich Augenzeuge, wie unter amerikanischer Aufsicht mit deutschem Giftgas, Senfgas, die Iraker die Iraner vergast haben.« Ulfkotte war entrüstet. Das Giftgas kam direkt aus Deutschland, als Pestizide deklariert. Ulfkotte wollte unbedingt in den deutschen Medien darüber berichten, stieß aber auf eine Mauer des Schweigens. »Ich habe gedacht, das wird eine Riesengeschichte weltweit«, erinnert sich Ulfkotte im Gespräch mit dem deutschen Journalisten Ken Jebsen. »Aber in Bagdad im Sheraton Hotel haben die Amerikaner, Iraker und die Deutschen die Vergasung gefeiert! Ich flog zurück nach Frankfurt. Aber auch in der *FAZ* gab es nur eine winzige Geschichte. Mir wurde sogar verboten, meine grauenvollen Fotos an den *Stern* weiterzugeben, sonst würde ich entlassen.« In den deutschen Massenmedien wurden die Verbrechen von Saddam Hussein vertuscht, um die USA nicht zu brüskieren.[390]

Die USA verkaufen trotz Embargo Waffen an den Iran

In Nicaragua wurden die Contras nicht nur durch Spenden von reichen Personen und Gewinnen aus dem Kokainhandel finanziert, sondern auch durch den streng geheimen Verkauf von US-Waffen an den Iran. Dieser Verkauf wurde durch ein Ereignis ausgelöst, das so niemand in Washington erwartet hatte. Am 14. Juni 1985 entführte die terroristische »Organisation für die Unterdrückten der Welt« mit Verbindungen zur libanesischen Hisbollah Flug 847 der US-Fluggesellschaft Trans World Airlines mit 153 Passagieren an Bord. Die Terroristen brachten das Flugzeug in den Libanon und landeten es in Beirut, wo Frauen und Kinder freigelassen wurden. Als die Entführer erkannten, dass auch der US-Navy Taucher Robert Stethem unter den Passagieren war, töteten sie ihn und warfen seine Leiche auf die Landebahn.

Washington war alarmiert und beriet sich mit Israels Premierminister Schimon Peres. »Die Regierung von Israel schlug den USA vor, Raketen an den Iran zu verkaufen«, um die Herausgabe von US-Geiseln zu erwirken, die im Libanon festgehalten wurden, so der Bericht des US-Kongresses. Der iranische Waffenhändler Manucher Ghorbanifar versicherte gegenüber CIA-Direktor Casey, dass der Iran sehr an US-Waffen interessiert sei, um sich gegen die Angriffe von Saddam Hussein zu wehren. Durch Waffengeschäfte mit dem Iran könne man die Geiseln befreien, erklärte der Waffenhändler, weil der Iran Einfluss auf die Hisbollah habe.[391]

Offiziell bestand damals aber gegenüber dem Iran ein von den USA verhängtes striktes Embargo. Niemand durfte Waffen an den Iran liefern, auch kein Bohrgerät oder Babynahrung. Trotzdem erteilte am 3. August 1985 Präsident Reagan der CIA die Erlaubnis, einen geheimen Waffenhandel mit dem Iran abzuschließen. Auch der frühere CIA-Direktor George Bush senior, der unter Reagan als Vizepräsident diente und nach der Iran-Contra-Affäre selbst zum Präsidenten aufstieg, unterstützte den geheimen Waffenhandel. Über Israel schickten die USA im September 1985 erstmals Waffen in den Iran. Die erste Lieferung umfasste 504 amerikanische TOW-Panzerabwehrraketen. Die CIA erhielt die Panzerabwehrraketen vom Pentagon zum Schnäppchenpreis von 3500 Dollar pro Stück und verkaufte sie an die Iraner zum Wucherpreis von 10000 Dollar pro Stück. Die Gewinne aus dem Waffenhandel flossen auf das Schweizer Bankkonto, das vom pensionierten General Richard Secord verwaltet wurde, und von dort zu den Contras in Nicaragua. Der Iran machte seinen Einfluss auf die Hisbollah geltend und eine US-Geisel wurde freigelassen. Danach verlangte der Iran HAWK-Luftabwehrraketen. Der NSC unterstützte den geheimen Deal und im November 1985 brachte ein kleines Flugzeug HAWK-Luftabwehrraketen mit hebräischer Beschriftung von Tel Aviv nach Teheran.[392]

Mit der Geheimoperation verletzten die Mitglieder des NSC gleich zwei Gesetze, die vom US-Kongress erlassen worden waren. Erstens war es verboten, die Contras mit Geld zu unterstützen. Und zweitens war es verboten, Waffen an den Iran zu verkaufen, weil das Land unter einem US-Embargo stand. Robert McFarlane, der im NSC von 1983 bis 1985 als

Reagans Nationaler Sicherheitsberater diente und die Geheimoperation antrieb, kümmerte das nicht. »In der Regierung gibt es keinen Platz für Gesetzesbrecher«, protestierte später der US-Kongress, als die geheime Operation aufflog. »Der Präsident ist für diese Politik verantwortlich«, weil er als oberster Befehlshaber auch die verdeckten Kriege der USA führt, erkannte der Kongress richtig und zitierte warnend Louis Brandeis, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, der einst gesagt hatte: »Kriminalität ist ansteckend. Wenn die Regierung die Gesetze bricht, erzeugt sie Verachtung für die Gesetze und lädt jedermann ein, seine eigenen Gesetze zu machen, was zu Anarchie führt.«[393]

Die Iran-Contra Affäre erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung

Die Geschichte lehrt, dass geheime Operationen nicht für immer geheim bleiben, und so war es auch in diesem Fall. Der US-Drogenhändler Barry Seal flog damals mit seinem kleinen Transportflugzeug und seinen Piloten vom US-Bundesstaat Arkansas nach Kolumbien. Nachdem er dort Kokain vom Medellin-Kartell geladen hatte, machten seine Piloten in Honduras einen Zwischenstopp zum Auftanken und flogen dann mit dem Kokain zurück in die USA, wo sie das Kokain an Fallschirmen abwarfen und es von Drogenhändlern in Pickups übernommen und in New Orleans, Miami und New York auf den Straßen an die Süchtigen verkauft wurde. Die Piloten von Barry Seal machten jede Woche mehrere Flüge und konnten pro Flug 200 bis 500 Kilo Kokain in die USA transportieren, das auf der Straße rund 13 Millionen Dollar wert war. Die CIA wusste über diesen Drogenring und überzeugte Seal 1982, seine Flüge um ein Element zu ergänzen und Waffen aus Arkansas an die Contras in Honduras zu fliegen. Im Gegenzug schützte die CIA den Drogenhändler Seal vor der DEA, welche den Drogenhandel bekämpfte und rüstete seine Flugzeuge mit High-Tech aus.[394]

Die Kooperation war für beide Seiten interessant. Doch am 5. Oktober 1986 wurde ein Transportflugzeug von Barry Seal, das fünf Tonnen Waffen und Munition an die Contras liefern wollte, von den Sandinisten in

Nicaragua abgeschossen. CIA-Mitarbeiter Eugene Hasenfus, der einzige Überlebende, wurde festgenommen und gestand vor laufenden Kameras, dass die USA die Contras mit Waffen unterstützten und dass er schon mehrmals erfolgreich Waffen und Munition für die Contras abgeworfen hatte. In Washington bemühte man sich um Schadensbegrenzung. Präsident Reagan beteuerte vor den Medien, das Weiße Haus habe mit Hasenfus und den Waffenlieferungen an die Contras nichts zu tun. Aber das war nicht die Wahrheit.

Am 3. November 1986 machte die libanesische Zeitung *Al-Shiraa* die Tatsache publik, dass die USA Waffen an den Iran verkauft hatten, um Geiseln zu befreien. Präsident Reagan stritt auf Anraten von CIA-Direktor Casey erneut alles ab und erklärte am 10. November 1986 im Fernsehen: »Unsere Regierung hat eine klare Linie, vor terroristischen Forderungen nicht zu kapitulieren. Diese Politik, keine Konzessionen zu machen, bleibt in Kraft. Trotz der äußerst spekulativen und falschen Berichte über Waffen für Geiseln und angebliche Lösegeldzahlungen haben wir nicht – ich wiederhole, nicht – Waffen oder sonst etwas gegen Geiseln eingetauscht. Und wir werden das auch nicht tun.« Damit hatte der US-Präsident die ganze Bevölkerung belogen.[395]

Die Administration Reagan stand unter Druck, da alle hochrangigen Mitglieder des NSC direkt in beide Skandale verwickelt waren. US-Justizminister Edwin Meese, der in die verdeckten Operationen eingeweiht war, präsentierte ein Bauernopfer und lenkte am 29. November 1986 das Interesse der Öffentlichkeit auf NSC-Mitarbeiter Oliver North, der zuvor in der Öffentlichkeit völlig unbekannt gewesen war. Damit wurden mächtigere Männer wie Präsident Reagan und Vizepräsident Bush aus der Schusslinie genommen. Der Justizminister erklärte, es gäbe eine Verbindung zwischen den illegalen Hilfsaktionen für die Contras in Nicaragua und dem iranisch-amerikanischen Waffen-gegen-Geiseln-Skandal, da Gelder aus den Waffengeschäften zwischen Israel und dem Iran an die Contras geflossen seien. Die einzige Person innerhalb der amerikanischen Regierung, die genau darüber Bescheid wisse, behauptete Meese, sei Oliver North vom Stab des Nationalen Sicherheitsrates im Weißen Haus. Von diesem Moment an stand Oliver North im Mittelpunkt des Medieninteresses.

Die Verschwörer müssen nicht ins Gefängnis

Der US-Kongress gründete eine Kommission, die unter dem Vorsitz von Lee Hamilton aus Indiana vom Mai bis zum August 1987 Anhörungen durchführte, die im US-Fernsehen übertragen wurden und die Nation erschütterten. Oliver North musste vor dem Ausschuss aussagen und gab zu, dass er in die verdeckten Operationen involviert gewesen war, betonte aber, er bereue nichts. »Ich muss gestehen, dass ich der Meinung war, es sei richtig, das Geld der Ajatollahs zur Unterstützung des Widerstandes in Nicaragua zu verwenden. Und ich war nicht der Einzige, der davon begeistert war«, so North. CIA-Direktor Casey habe das Vorgehen als die »ultimative verdeckte Operation« gelobt. Der Kongress hätte gerne auch den CIA-Direktor vernommen. Doch dieser brach in seinem Büro im siebten Stock des CIA-Hauptquartieres zusammen. Die Ärzte diagnostizierten einen bösartigen Hirntumor. Bill Casey verstarb am 6. Mai 1987.[396]

Präsident Reagan sprach am 4. März 1987 zur Nation und versuchte in einer merkwürdigen Fernsehansprache seine früheren Lügen zu erklären. »Vor einigen Monaten habe ich der amerikanischen Bevölkerung erklärt, dass ich keine Waffen gegen Geiseln eingetauscht habe. Mein Herz und meine gute Absicht sagen mir noch immer, dass dies wahr ist, aber die Fakten und die Beweislage sagen mir, dass es nicht so ist. Was mit einer strategischen Öffnung gegenüber Iran begann, entartete in einen Tausch von Waffen gegen Geiseln.« Damit gestand der Präsident öffentlich ein, dass er gelogen hatte. Dies führte aber nicht zu einer strafrechtlichen Verurteilung oder zum Rücktritt. Reagan musste nie ins Gefängnis und verstarb 2004 in Los Angeles.[397]

Den Contras gelang es nie, in Nicaragua die Sandinisten zu stürzen. Diese wurden 1990 von der Bevölkerung abgewählt und mussten die Macht abgeben. Aber fast hätte der geheime Krieg gegen Nicaragua die Regierung in den USA zu Fall gebracht. Der Nationale Sicherheitsberater Admiral John Poindexter, der im NSC den Iran-Contra-Handel koordiniert hatte, wurde für die Teilnahme an einer kriminellen Verschwörung angeklagt. Poindexter wurde vorgeworfen, den Kongress belogen, die Regierung

betrogen und Beweise vernichtet zu haben. Dies alles hatte er getan. Daher sprach ihn am 7. April 1990 ein Gericht in allen Punkten schuldig und verurteilte ihn zu sechs Monaten Haft. Doch ein Jahr danach hob ein anderes Gericht dieses Urteil wieder auf und alle Anschuldigungen wurden fallengelassen.

Auch gegen Oliver North wurde im April 1988 ein Strafverfahren eingeleitet. North wurde vom Gericht verurteilt und für schuldig befunden, illegal Waffen in den Iran geliefert und mit den Gewinnen aus diesen Transaktionen die Contras unterstützt zu haben. North gab dies alles zu. Er gestand auch, dass er die Behörden belogen und belastende E-Mails der Reagan-Regierung vernichtet hatte. Das Gericht verurteilte ihn wegen der Beteiligung an einer Verschwörung zu einer Haftstrafe von drei Jahren und einer Geldstrafe von 150000 Dollar. Doch wegen eines Verfahrensfehlers wurde auch dieses Urteil von einem anderen Gericht wieder aufgehoben. Auch Oliver North blieb ein freier Mann und musste nicht ins Gefängnis.

Lawrence Walsh, der mutige unabhängige Ermittler und Ankläger während der Iran-Contra-Affäre, klagte auch Verteidigungsminister Caspar Weinberger an, weil dieser direkt in den illegalen Waffenhandel mit dem Iran und den illegalen Krieg in Nicaragua verstrickt gewesen war und den Kongress über beides belogen hatte. Doch kurz bevor Präsident Bush durch Präsident Bill Clinton im Weißen Haus abgelöst wurde, begnadigte Bush am 24. Dezember 1992 seinen Kollegen Weinberger und andere in die Iran-Contra-Affäre verstrickte hohe Beamte. »Damit ist die Vertuschung des Iran-Contra-Skandals, welche seit sechs Jahren andauert, abgeschlossen«, kritisierte der Sonderermittler Walsh resigniert, da keiner der Täter ins Gefängnis musste. »Mächtige Männer mit mächtigen Freunden können schwere Verbrechen begehen, während sie im Amt sind, und das Vertrauen der Öffentlichkeit schwer missbrauchen, und dies alles ohne jede Konsequenz«, erklärte Walsh mit Bedauern.[398]

Die Brutkastenlüge und der Krieg gegen Kuwait 1991

Dass die US-Bevölkerung am 8. November 1988 ausgerechnet den Republikaner George Bush senior als ihren neuen Präsidenten wählte,

obschon dieser als Vizepräsident direkt in den brutalen Krieg der USA gegen Nicaragua verstrickt gewesen war und auch die illegalen Waffenverkäufe an Iran unterstützt hatte, ist erstaunlich. Voller Selbstvertrauen zog der frühere CIA-Direktor George Bush am 20. Januar 1989 ins Weiße Haus ein.

Der irakische Präsident Saddam Hussein glaubte, dass der neu gewählte Präsident Bush eine weitere Expansion des Iraks unterstützen werde, da die USA ja schon den Angriff auf den Iran 1980 befürwortet hatten. Am 2. August 1990 griff der irakische Präsident Hussein mit 100000 Soldaten das Nachbarland Kuwait an und eroberte das kleine Land binnen kürzester Zeit. Dieser Krieg war illegal, denn das UNO-Gewaltverbot verbietet explizit Angriffskriege. Vor seinem Feldzug hatte Hussein am 25. Juli 1990 die amerikanische Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, zu sich in den Regierungspalast gerufen und über seinen geplanten Angriffskrieg informiert, weil er sich der Unterstützung oder Neutralität von Washington versichern wollte. Botschafterin Glaspie antwortete damals: »Ich habe eine direkte Anweisung des Präsidenten [Bush], die Beziehungen zum Irak zu verbessern«, um dann hinzuzufügen: »Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie dem Grenzkonflikt mit Kuwait … Wir hoffen, dass Sie das Problem mit den Ihrer Meinung nach passenden Mitteln lösen können.«[399]

Durch diese Aussage von Botschafterin Glaspie ließ der durchtriebene US-Präsident George Bush senior den brutalen irakischen Präsidenten Hussein in eine Falle locken. Die USA gaben vor, dass sie Saddam Hussein erneut freie Hand ließen, was dann aber nicht der Fall war. Ramsey Clark, der unter Präsident Johnson als US-Justizminister diente, glaubt, dass Präsident Bush den Grenzkonflikt zwischen dem Irak und Kuwait absichtlich schürte. »Die US-Regierung benutzte die königliche Familie aus Kuwait, um eine irakische Invasion zu provozieren«, so Clark. Das Ziel der Intrige von George Bush senior habe darin bestanden, »einen massiven Angriff auf den Irak und den Aufbau einer amerikanischen Dominanz am Golf« zu legitimieren.[400]

In der Öffentlichkeit zeigte sich Präsident Bush senior über den Einmarsch des Iraks in Kuwait entrüstet, und in der UNO protestierten die

USA wegen der Verletzung des UNO-Gewaltverbots durch den Irak. Es gehe nicht, dass ein Land ein anderes Land überfalle, erklärte Präsident Bush, obwohl er selbst am 20. Dezember 1989 ohne UNO-Mandat und daher illegal in Panama einmarschiert war und dort in der »Operation Just Cause« Manuel Noriega gestürzt hatte. Diktator Noriega stand seit mindestens zehn Jahren auf der Gehaltsliste der CIA, hatte sich 1983 in Washington mit CIA-Chef Bill Casey getroffen und Waffenlieferungen über Panama an die Contras unterstützt und mit Kokain gehandelt. Erst als die Iran-Contra-Affäre aufflog, verlor der korrupte Noriega seinen Schutz und Präsident Bush stürzte ihn. »Es war das siebte Mal, dass die USA in Panama einmarschierten seit sie die Provinz von Kolumbien 1903 geklaut hatten, um den Panamakanal zu bauen«, kommentierte US-Journalist William Blum.[401]

Die Öffentlichkeit in den USA kritisierte den Einmarsch in Panama kaum, stand aber einem Feldzug gegen den fernen Irak ablehnend gegenüber. Daher verbreitete Präsident Bush zusammen mit der königlichen kuwaitischen Familie Kriegspropaganda, unterstützt durch die amerikanische Kommunikationsfirma Hill & Knowlton. Um die Öffentlichkeit zu schockieren, entwickelte Hill & Knowlton die »Brutkastenlüge« und dämonisierte die Iraker als Barbaren. Am 10. Oktober 1990 erzählte ein 15-jähriges Mädchen, das als Nayirah vorgestellt worden war, vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses unter Tränen, dass sie während der Invasion in einem Spital in Kuwait gearbeitet und beobachtet habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus den Brutkästen genommen hätten, um sie auf den Boden zu werfen, wo diese starben. Das war gelogen, Nayirah hatte nie im Spital in Kuwait gearbeitet. Aber Präsident George Bush senior griff diese schockierende Geschichte auf, wiederholte sie im Fernsehen und behauptete, 312 Neugeborene seien auf diese Art gestorben. Erst nach dem Krieg stellte sich heraus, dass die Brutkastengeschichte eine infame Lüge war und dass Nayirah in Wahrheit Nijirah al-Sabah hieß und die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA war. George Bush hatte die Öffentlichkeit erneut und mit Erfolg getäuscht.[402]

Am 17. Januar 1991 begannen die USA im Rahmen der Operation Desert Storm mit massiven Luftangriffen auf Kuwait und den Irak. Eine internationale Streitmacht von 960000 Soldaten, von denen die USA drei Viertel stellten, vertrieb unter dem Kommando von US-General Norman Schwarzkopf die Iraker aus Kuwait. Brennende Erdölquellen verdunkelten den Himmel mit schwarzem Rauch. Der US-Fernsehsender *CNN* inszenierte den Krieg als technisches Spektakel und Feuerwerk, brutale Bilder wurden zensiert. Die Realität war ganz anders. Irakische Soldaten, die in Schützengräben lagen, wurden durch gepanzerte amerikanische Bulldozer, die den Sand in die Schützengräben schoben, lebendig begraben. Gemäß *Reuters* wurden 85000 Iraker in diesem Zweiten Golfkrieg getötet, obschon der Krieg nur drei Monate dauerte. Es war ein Gemetzel. Die von Präsident George Bush senior als oberstem Befehlshaber angeführte Streitmacht verlor nur 313 Soldaten, darunter 266 US-Amerikaner, 44 Briten, zwei Franzosen und einen Italiener. Japan und Deutschland schickten keine Truppen, bezahlten aber einen Teil der Kriegskosten. Am 3. April 1991 erklärte Präsident Bush Kuwait für befreit und den kurzen Krieg für beendet. Kurz darauf eröffneten die USA ihren ersten permanenten Militärstützpunkt am Persischen Golf und stationierten Panzer, Flugzeuge und anderes Militärmaterial in Kuwait.[403]

12. Die Anschläge vom 11. September

New York ist mit mehr als acht Millionen Menschen die größte Stadt der USA, vor Los Angeles und Chicago. Die Terroranschläge vom 11. September 2001, kurz 9/11, erschütterten nicht nur diese berühmte Stadt, sondern die ganze Welt. Sie gehören zusammen mit der Ermordung von Präsident Kennedy und dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor zu den Schlüsselereignissen in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Alle drei Ereignisse haben die US-Bevölkerung zutiefst verängstig und schockiert, und immer hat der US-Präsident sein Land danach in den Krieg geführt.

Der Schock von Pearl Harbor wurde von Präsident Roosevelt 1941 benutzt, um die US-Bevölkerung in den Krieg gegen Deutschland und Japan zu führen. Die US-Bevölkerung wusste damals nicht, dass Präsident Roosevelt und seine engsten Mitarbeiter über den kommenden Angriff der Japaner informiert gewesen waren.

Nach dem Mord an Präsident Kennedy zog Präsident Johnson in den Vietnamkrieg. Die US-Bevölkerung wusste damals nicht, dass der angebliche Angriff auf die *USS Maddox* am 4. August 1964 im Golf von Tonkin nie stattgefunden hatte und eine reine Erfindung war, und dass Kennedy alle US-Berater aus Vietnam abziehen und den Konflikt in Südostasien beenden wollte.

Nach 9/11 hat Präsident George Bush junior den sogenannten »Krieg gegen den Terror« ausgerufen und 2001 zuerst Afghanistan und danach 2003 den Irak angegriffen. Präsident Bush hat behauptet, der Irak habe etwas mit den Terroranschlägen vom 11. September zu tun und verfüge über Massenvernichtungswaffen, was beides nicht der Wahrheit entsprach.

Ein neues Pearl Harbor

Mit rund 3000 Toten ist 9/11 der bisher größte Terroranschlag in der Geschichte. Was damals passierte, ist bis heute nicht geklärt. Drei Geschichten sind im Umlauf. Jeder muss sich selbst eine Meinung bilden, welche der drei Geschichten die wahre ist. Die erste Geschichte, die offizielle Erzählung von Präsident Bush, besagt, dass der Anschlag von arabischen Muslimen vom Terrornetzwerk al-Qaida durchgeführt und die US-Regierung völlig überrascht wurde (Surprise-Geschichte). Die zweite Geschichte besagt, dass der Anschlag von radikalen Muslimen durchgeführt wurde, die Administration von Präsident Bush aber, wie bei Pearl Harbor 1941, vom bevorstehenden Anschlag wusste und diesen auch bewusst zugelassen hat, um das eigene Volk zu schockieren (LIHOP-Geschichte: Let it happen on purpose). Die dritte Geschichte besagt, dass 9/11 ein Anschlag unter falscher Flagge war, der von Kriminellen innerhalb der US-Geheimdienste organisiert wurde, die die Türme sprengten und das Verbrechen den Muslimen in die Schuhe schoben, um Krieg im Nahen Osten zu führen (MIHOP-Geschichte: Make it happen on purpose). In diesem Kapitel sollen einige der vielen offenen Fragen zu 9/11 dargelegt werden, darunter das Versagen der Luftwaffe, der Handel mit Put-Optionen und der Einsturz von WTC7. Hoffentlich gelingt es der historischen Forschung in Zukunft, 9/11 vollständig auszuleuchten und die Wahrheit zu finden.

Im September 2000, ein Jahr vor dem Terroranschlag, hat die neokonservative Denkfabrik Project for the New American Century (PNAC) in ihrem Strategiepapier *Rebuilding Americas Defenses* gefordert, dass, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die USA ihre imperiale Macht ausbauen sollten. »Wir glauben, dass die USA versuchen müssen, ihre globale Führungsrolle zu bewahren und auszubauen, indem die Vormachtstellung des US-Militärs erhalten bleibt«, forderten die Autoren. Es sei notwendig, die US-Militärausgaben massiv zu erhöhen und modernste Waffen zu kaufen, denn das US-Militär müsse in der Lage sein, gleichzeitig in verschiedenen Ländern Kriege zu führen. »Dieser Prozess der Transformation … wird aber vermutlich lange dauern, wenn nicht ein

katastrophales und beschleunigendes Ereignis eintritt – wie etwa ein neues Pearl Harbor«, so die Autoren.[404]

Die Leser der Studie ahnten nicht, dass genau ein Jahr nach der Publikation dieser Schrift tatsächlich so etwas wie ein neues Pearl Harbor stattfand, also ein Angriff auf das US-Festland mit vielen Toten. Ein entführtes Passagierflugzeug, American Airlines 11, raste am Dienstag, den 11. September 2001 um 8:46 Uhr in New York in den Nordturm des World Trade Centers (WTC), eine Viertelstunde später flog United Airlines 175 in den Südturm des WTC. Noch während die beiden Türme brannten, traf die Meldung ein, dass um 9:37 Uhr ein weiteres Passagierflugzeug, American Airlines 77, das Pentagon getroffen habe. Kurz vor 10 Uhr stürzte mit WTC2 der Südturm ein, riesige Staubwolken drückten sich durch die Straßenschluchten von New York, Feuerwehrleute und Anwohner rannten um ihr Leben. Kurz nach 10 Uhr stürzte mit United Airlines 93 bei Shanksville ein viertes Passagierflugzeug ab. Um 10:28 Uhr stürzte auch der Nordturm WTC1 ein. Die meisten Menschen verfolgten den Terroranschlag live am Fernsehgerät und waren geschockt. Der Einsturz der Zwillingstürme wurde immer wieder gezeigt. Spät am Nachmittag stürzte um 17:20 Uhr noch das Gebäude WTC7 ein, obwohl es nicht durch ein Flugzeug getroffen worden war. Am Abend dieses Tages, so berichtet US-Journalist Bob Woodward, notierte US-Präsident George Bush in sein Tagebuch: »Heute fand das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts statt.«[405]

Die gescheiterte Untersuchung von Kean und Hamilton 2004

Nach dem Anschlag hätten aktive Mitglieder des US-Kongresses eine kritische Untersuchung durchführen müssen, ähnlich wie jene zu den Mordanschlägen der CIA, die in den 1970er Jahren durch Senator Frank Church geleitet wurde. Aber das geschah nicht. Stattdessen wählten US-Präsident George Bush junior und Vizepräsident Dick Cheney zehn Personen aus, die gar nicht mehr im Kongress saßen, und betrauten diese handverlesene Gruppe mit der Untersuchung. Zuerst wollten sie den früheren Außenminister Henry Kissinger beauftragen, doch als die Familien

der Opfer protestierten, musste das Weiße Haus diesen Plan fallenlassen. Daraufhin berief Präsident Bush im Dezember 2002 den früheren Gouverneur von New Jersey Thomas Kean zum Leiter der Untersuchungskommission. Als stellvertretender Leiter wurde Lee Hamilton ernannt, der bis 1999 für den Bundesstaat Indiana im Repräsentantenhaus gesessen hatte. Kean und Hamilton schrieben zusammen mit dem Historiker Philip Zelikow die offizielle Geschichte zum Terroranschlag und legten am 22. Juli 2004 ihren 567 Seiten dicken Abschlussbericht vor. Darin bestätigten sie die zuvor schon von Präsident Bush präsentierte Surprise-Geschichte, gemäß der die Terroranschläge im Auftrag des Saudis Osama Bin Laden in Afghanistan geplant und durch 19 muslimische Terroristen vom Netzwerk al-Qaida durchgeführt worden seien. Die USA seien durch die Anschläge völlig überrascht worden.[406]

Doch wie waren Kean, Hamilton und Zelikow zu dieser Erzählung gekommen? Wie konnten sie die Schuld von Afghanistan oder Osama Bin Laden beweisen? Im Krieg gegen Afghanistan, der unmittelbar nach dem Terroranschlag am 7. Oktober 2001 begann, hatten US-Militärs verschiedene Muslime festgenommen, die sie auf den US-Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba flogen, wo diese gefoltert wurden. Zuständig für die Folter auf Guantanamo war der Geheimdienst CIA, der Schlafentzug und Waterboarding einsetzte. Beim Waterboarding wird beim Folteropfer der Eindruck des drohenden Ertrinkens hervorgerufen. Die CIA lieferte mehr als 100 Verhörberichte aus Guantanamo an Kean, Hamilton und Zelikow, die selbst zwar nicht an der Folter beteiligt waren, aber darauf ihren Bericht aufbauten. Mehr als ein Viertel aller Fußnoten in ihrem Abschlussbericht verweisen auf »Berichte der Geheimdienste«. Auch der Kronzeuge der USA, der Pakistaner Chalid Scheich Mohammed, wurde gefoltert. Es ist aber bekannt, dass Folter nicht der Wahrheitsfindung dient. Folteropfer erklärten später, sie hätten nur ausgesagt, damit sie nicht weiter gefoltert würden. Auf dem Umschlag des Kean-Hamilton-Buches hätte man darauf hinweisen müssen, dass der offizielle 9/11-Bericht auf Folter beruht. Der Historiker Philip Zelikow versuchte dieses erstaunliche Vorgehen später zu rechtfertigen, indem er erklärte, »die CIA hat uns den direkten Zugang zu den Häftlingen verwehrt«. Aber ein solches Vorgehen ist in der historischen

Forschung nicht zulässig. Jeder Folterknecht kann ein Buch schreiben und darin irgendetwas behaupten, mit dem Verweis, seine Folteropfer hätten das bestätigt. Weil er auf Folter beruht, ist der Bericht von Kean, Hamilton und Zelikow nicht vertrauenswürdig.[407]

Zudem stimmt im Bericht von Kean und Hamilton die Anzahl der in New York eingestürzten Hochhäuser nicht: Der Einsturz von WTC7, das nicht von einem Flugzeug getroffen worden war, fehlt völlig. Dies ist ein grobes Versagen. Die offizielle Geschichtsschreibung von Kean, Hamilton und Zelikow zu 9/11 kann daher nicht ernst genommen werden. »Die Kommission hat ein unangenehmes Problem – die Erklärung, wie WTC7 praktisch im freien Fall einstürzen konnte – so umgangen, indem sie den Einsturz des Gebäudes einfach nicht erwähnte«, protestierte der Theologe David Ray Griffin, der intensiv zu 9/11 geforscht hat.[408]

Dass Kean, Hamilton und Zelikow keine ehrliche Untersuchung durchführten, wurde auch einigen wachen Mitgliedern der Untersuchugskommission klar. Kommissionsmitglied Max Cleland, der im Vietnamkrieg beide Beine und einen Arm verloren hatte und später als Senator für Georgia diente, durschaute den Cover-up als Erster. Das Weiße Haus habe die Untersuchung andauernd behindert und behauptet, 9/11 habe etwas mit dem Irak zu tun. »Sie hatten einen Plan, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, und nach 9/11 haben sie genau das gemacht, sie zogen in den Krieg«, erklärte Kriegsveteran Cleland. Der Präsident bestimmte, welche Dokumente die Kommission überhaupt sehen durfte, und Kean, Hamilton und Zelikow beugten sich diesem Diktat. »Das ist lächerlich«, erkannte Cleland richtig, wurde aber von den meisten Medien ignoriert. Schon die Warren-Kommission zur Ermordung von Kennedy habe versagt. Nun geschehe mit 9/11 das gleiche. »Das sollte ein nationaler Skandal sein«, protestierte Cleland und trat im Dezember 2003 aus der von Kean und Hamilton geleiteten Kommission aus, weil er bei der Vertuschung nicht mitmachen wollte.[409]

Lee Hamilton räumte gegenüber dem Fernsehsender *CBC News* 2006 ein, dass er »keine Minute lang glaube, dass wir alles richtig verstanden haben. Wir haben nur eine erste Skizze der ganzen Geschichte geschrieben.« Der Druck auf die Untersuchungskommission sei derart groß

gewesen, »dass es wirklich erstaunlich wäre, wenn wir alles richtig verstanden hätten«, räumte Hamilton ein, ohne konkret auf das heikle Thema der Folter der Zeugen einzugehen oder sich dafür zu entschuldigen, dass die Kommission den Einsturz von WTC7 einfach ignoriert hatte. Hamilton hatte schon den Vorsitz bei der Untersuchung der Iran-Contra-Affäre innegehabt und damals verhindert, dass der Kokainhandel der CIA ausgeleuchtet wurde. Zusammen mit Kean veröffentlichte er ein weiteres Buch, in dem er zugab, dass ihre Untersuchung »zum Scheitern verurteilt war«, weil ihnen der Zugang zu wichtigen Dokumenten und Personen verunmöglicht wurde. Dies bedeutet, dass es heute keine glaubwürdige offizielle Untersuchung der USA zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gibt.[410]

Totalausfall der US-Luftabwehr

Die US-Amerikanerin Catherine Austin Fitts, die Ende der 1980er Jahre in der Administration von George Bush senior im Ministerium für Wohnungswesen und Stadtentwicklung diente, hat die offizielle Erzählung von Präsident Bush junior zu 9/11 nie geglaubt. Ein Misstrauen gegenüber der eigenen Regierung in Washington sei damals schon vorhanden gewesen, vor allem unter den Afroamerikanern, so Fitts. »Was ich in meinem Wohnort in dem Monat nach den Anschlägen bemerkte, war, dass die Afroamerikaner die Anschläge ganz anders beurteilten als die Weißen«, berichtet Fitts. »Die Weißen glaubten felsenfest, dass wir angegriffen wurden. Aber die Afroamerikaner wussten, dass die ganze Geschichte zum Himmel stinkt.« Erst mit der Zeit sei auch das Misstrauen unter den Weißen gewachsen, erklärte Fitts im Jahr 2018. »Sie haben gemerkt, dass etwas nicht stimmt.«[411]

Besonders erstaunt war Fitts, dass die US-Kampfjets an diesem Tag die vier langsamen Passagierflugzeuge nicht abgefangen hatten, nachdem feststand, dass sie von Terroristen entführt worden waren. »Ich wusste noch am selben Tag, dass dies eine Operation unter falscher Flagge war«, erinnert sich Austin Fitts. »Wenn man die Sicherheitsprotokolle der US-Bundesluftfahrtbehörde FAA kennt, dann weiß man sofort, dass ein solcher

Anschlag ohne Hilfe von innen nicht durchgeführt werden kann.« Die Regierung von George Bush habe die US-Bevölkerung getäuscht. Die Massen seien durch die TV-Bilder manipuliert worden und hätten sich gar nicht gefragt, warum die US-Luftabwehr nicht funktionierte. »Ich besitze keinen Fernseher«, so Fitts. »Aber mir ist damals aufgefallen, dass die Menschen, die einen Fernseher hatten und dauernd schauten, der offiziellen Erzählung viel eher glaubten.«[412]

Wenn Fluglotsen den Kontakt zu einem Passagierflugzeug verlieren oder ein Passagierflugzeug von der Luftstraße abkommt, wird sofort das Militär informiert. Dieses steigt mit Kampflugzeugen auf, die Kontakt zum Passagierflugzeug aufnehmen. Weshalb ist das am 11. September 2001 nicht passiert? Nach dem Terroranschlag wurde bekannt, dass die US-Luftwaffe am 11. September 2001 verschiedene Übungen durchführte. Im Rahmen dieser Übungen wurden vom Militär auch Flugzeugentführungen und Luftangriffe auf die USA simuliert. Dies führte zu einer Verwirrung unter den beteiligten Militärs, aber auch unter den Zivilisten in der Bundesluftfahrtbehörde FAA. Richard Clark, der im Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus für Terrorismusabwehr zuständig war, erinnert sich, dass er während der Anschläge Generalstabschef Richard Myers anrief, um ihn zu fragen, wie es mit der Luftabwehr aussehe, woraufhin ihn Myers über die laufenden Übungen informierte und antwortete: »Kein schönes Bild Dick. Wir stecken mitten in Vigilant Warrior, einer NORAD-Übung.«[413]

Wieso funktionierte die Flugabwehr an diesem Tag nicht? Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet. Zuständig für die Flugabwehr in den USA ist das North American Aerospace Defense Command (NORAD). Dieses ist in verschiedene Sektoren unterteilt. Die Flugzeugentführungen und der Terroranschlag fanden im Nordostsektor (NEADS) von NORAD statt. Die Bundesluftfahrtbehörde FAA rief um 8:37 Uhr NEADS an und bat um Hilfe: »Wir haben ein Problem. Ein entführtes Flugzeug steuert auf New York zu. Bringt dort einige F-16-Kampfflugzeuge in die Luft und helft uns aus.« Worauf der NEADS-Offizier Jeremy Powell antwortete: »Ist das echte Welt oder eine Übung?« Worauf FAA bestätigte: »Das ist keine Übung. Das ist kein Test.«[414]

Das NORAD verfügt unter anderem über Militärflugzeuge vom Typ F-16, die auf Meereshöhe 1500 Kilometer pro Stunde fliegen können. Trotzdem ist es dem NORAD nicht gelungen, auch nur ein einziges der vier langsamen Passagierflugzeuge abzufangen. Das erste Passagierflugzeug AA11, das um 7:59 Uhr in Boston abhob, wurde von NORAD nicht daran gehindert, um 8:46 Uhr in den Nordturm zu rasen. Die Vorwarnzeit war angeblich zu kurz, das NORAD sei erst um 8:38 über die Entführung unterrichtet worden, behauptet der Kean-Report. Aber auch UA175, das eine Viertelstunde später in den Südturm flog, wurde von NORAD nicht abgefangen. Daraufhin vergingen nochmals fast 40 Minuten, bis AA77 um 9:37 Uhr in das Pentagon einschlug. Erneut hat NORAD das Flugzeug nicht abgefangen. Und auch das Flugzeug UA93, das um 10:03 Uhr bei Shanksville abstürzte, wurde nicht abgefangen. Das ist ein Totalausfall der Flugabwehr.[415]

Wie konnte das geschehen? Welche NORAD-Piloten waren an den Übungen beteiligt? Welche NORAD-Piloten mussten den Luftraum verteidigen? General Ralph Eberhart, der Kommandant von NORAD, wurde dazu von der Untersuchungskommission befragt. »Wer war verantwortlich für die Koordination der verschiedenen War Games am 11. September und die Übersicht?«, fragte der Abgeordnete Timothy Roemer, Mitglied der 9/11-Untersuchungskommission, am 19. Juni 2004 den Luftwaffengeneral. Doch General Eberhart weigerte sich, diese wichtige Frage zu klären, und antwortete: »Kein Kommentar.«[416]

Neben der Übung Vigilant Warrior liefen noch andere Übungen mit anderen Namen, darunter Vigilant Guardian und Amalgam Virgo. Thomas Kean, der die Untersuchungskommission leitete, war nicht zufrieden mit den Antworten der Militärs und hielt auch die Angaben von verschiedenen Mitarbeitern der Flugsicherheitsbehörde für unglaubwürdig. Immer wieder änderten sowohl NORAD wie auch FAA ihre Zeitangaben zu den Flugzeugentführungen und erzeugten dadurch Verwirrung. »Die Vertreter von FAA und NORAD haben eine Version von 9/11 präsentiert, die unwahr ist«, so Kean. »Wir wissen bis heute nicht, warum NORAD uns das gesagt hat, was sie uns gesagt haben … es war einfach so weit weg von der Wahrheit.«[417]

In Deutschland ist Oberstleutnant Jochen Scholz das Versagen der US-Luftwaffe aufgefallen. »Es ist völlig unvorstellbar, dass in einem Land wie den Vereinigten Staaten etwas passiert, über fast zwei Stunden, ohne dass von der eigenen Luftwaffe eingegriffen wird«, erklärt Scholz, der bis zum Jahr 2000 als Berufsoffizier in der deutschen Luftwaffe diente, darunter auch mehrere Jahre in multinationalen NATO-Stäben. Das NORAD habe »jede Maus auf dem Radarschirm«. Auch während militärischen Übungen sei immer ein Teil der Luftwaffe für den Schutz des Landes zuständig, die War Games können also unmöglich die Ursache für den Totalausfall der Luftverteidigung sein, so Scholz. Niemals würden alle Piloten an einer Übung teilnehmen, ein Teil der Piloten sei immer für die Verteidigung des Landes zuständig.

Wenn über einen Zeitraum von zwei Stunden vier Flugzeuge entführt werden, ohne dass die Luftwaffe interveniert hat, sei das »nicht vorstellbar, definitiv nicht vorstellbar«, betont Scholz. Nachdem ein Fluglotse, aus welchem Grund auch immer, den Kontakt zu einem Passagierflugzeug verliert, werde sofort die Luftwaffe informiert. Die Piloten gehen dann sofort in die Luft und nehmen Kontakt zum Passagierflugzeug auf. Das habe im Jahr 2001 vor den Anschlägen mehr als 60-mal reibungslos funktioniert, und nach 9/11 auch wieder. Das sei Routine. Nur am Dienstag, am 11. September, war der Wurm drin. »Das kann nur dann der Fall sein, wenn jemand in diesen Mechanismus eingegriffen hat«, schlussfolgert Scholz, und fügt an, Osama Bin Laden könne das nicht gewesen sein.[418]

Millionengewinne mit Put-Optionen

In den Tagen vor dem 11. September 2001 haben Unbekannte mit Put-Optionen massenweise auf stark sinkende Börsenkurse der betroffenen Fluggesellschaften, Banken und Rückversicherungen gewettet und damit Millionen verdient. Woher wussten diese Unbekannten, dass am 11. September ein Terroranschlag stattfinden wird? Die Unbekannten verfügten über Insiderwissen und erwarteten einen Kurssturz der betreffenden Aktien. Als die Flugzeuge von American Airlines und United Airlines in die Türme einschlugen, brach der Aktienkurs dieser zwei Airlines ein, woraus ein

Gewinn von rund neun Millionen Dollar für die Halter der Put-Optionen resultierte. Auch die Put-Optionen, die auf die Aktien der Finanzinstitute Bank of America, Merrill Lynch, Citigroup und J. P. Morgan gekauft worden waren, zahlten sich aus. Weil diese Banken in den Türmen ihre Büros hatten, gab ihr Aktienkurs nach dem Terroranschlag nach und die Besitzer der Put-Optionen realisierten einen Gewinn von elf Millionen Dollar. Im Weiteren spekulierten die Insider auch mit Put-Optionen auf die in Europa beheimateten Rückversicherungen Swiss Re und Münchner Rück, weil diese für den Schaden an den Türmen bezahlen mussten. Auch diese Spekulation ging auf und ergab einen Gewinn von elf Millionen Euro. Insgesamt war der Terroranschlag für die Insider ein Millionengeschäft. Sie verdienten mehr als 30 Millionen Dollar, während fast 3000 Menschen ihr Leben verloren.[419]

Zumindest ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses hielt dies für merkwürdig. »Diese Menschen, welche an unüblichen Börsengeschäften kurz vor dem 11. September beteiligt waren, wussten genug, um mit den Aktien von United und American Airlines sowie ausgewählten Banken und Versicherungen Millionen von Dollars zu verdienen«, kritisierte die afroamerikanische Abgeordnete Cynthia McKinney diese Machenschaften. »Was wusste unsere Regierung über die Ereignisse des 11. Septembers, und wann wusste sie es?« Die mutige Abgeordnete McKinney, die für Georgia im Repräsentantenhaus saß und sich immer wieder für die Anliegen der Friedensbewegung stark machte, erklärte, es sei moralisch verwerflich, dass die Insider sich bereichert hätten, anstatt die Menschen zu warnen. »Wer sonst wusste etwas, und warum haben sie die unschuldigen Menschen in New York, welche ohne Grund ermordet wurden, nicht gewarnt?«[420]

Doch was ist überhaupt eine Put-Option? Eine Put-Option ist ein legales Finanzprodukt, bei dem der Käufer das Recht erwirbt, aber nicht die Pflicht, eine Aktie zum Beispiel von American Airlines zu einem bestimmten Preis an einem bestimmten Tag zu verkaufen. Jede Put-Option hat ein Verfallsdatum, sie kann also nur innerhalb einer vorher definierten Zeit ausgeübt werden. Der Halter muss für den Kauf der Option einen Preis bezahlen, aber die Aktie, auf welche sich die Option bezieht, muss er nicht erwerben. Wenn die Aktie einbricht, steigt der Wert der Put-Option, weil

der Halter der Option dann über dem Marktpreis verkaufen kann. Wenn die Aktie nicht einbricht, läuft die Option aus und der Investor verliert das Geld, das er für den Kauf der Option aufgewendet hat. Mit Put-Optionen konnte ein großer Gewinn erziehlt werden, weil der Börsenkurs der ausgewählten Aktien am 11. September wirklich einbrach. Wichtig zu wissen ist, dass niemand anyonym Put-Optionen kaufen kann. Um einen solchen Handel abschließen zu können, muss man mit Namen identifiziert sein.

In den USA ereigneten sich die Anschläge vor der Öffnung der Börsen. Nach dem Terroranschlag blieben die Börsen in den USA auf Anordnung der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC (Securities and Exchange Commission) vom 11. bis zum 17. September geschlossen. In Europa waren die Börsen offen, als sich kurz vor 15 Uhr europäischer Zeit die Nachricht über den Einschlag eines Flugzeuges ins WTC in New York verbreitete. Einige dachten an einen Unfall. Doch als um 15:06 Uhr europäischer Zeit noch ein zweites Flugzeug in den anderen Turm raste, machte sich Bestürzung breit. Alle Händler verfolgten das Geschehen am Fernseher. Innerhalb von Minuten stürzten die Kurse an den europäischen Aktienmärkten ab. Die Aktien der Rückversicherung Swiss Re erlitt mit minus 14 Prozent den größten Verlust, gefolgt von der Münchner Rück mit minus 12 Prozent. Als der Staub sich legte, schauten sich auch die Europäer den verdächtigen Handel mit den Put-Optionen genauer an. Ernst Welteke, der Chef der Deutschen Bundesbank, sprach von »fast unwiderlegbaren Beweisen« für Insider-Handel.[421]

Marc Chesney, Dozent am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich, ist es mit einer aufwändigen Analyse der damaligen Börsenbewegungen gelungen, diese dubiosen Geschäfte nachzuweisen. Ins Auge gestochen ist auch ihm die explosionsartige Zunahme von Put-Optionen, die unmittelbar vor dem 11. September 2001 gekauft wurden. »Die statistische Studie deckt eindeutig äußerst dubiose Geschäfte auf, die möglicherweise von Insidern getätigt wurden«, erklärt der Finanzexperte Chesney, der seine Studie im *Journal of Empirical Finance* veröffentlichte. Für einen endgültigen Beweis müssten die Behörden von der Börsenaufsicht SEC in den USA die Namen der Optionen-Käufer verlangen

und deren Netzwerke offenlegen. Es liegen mehr als genügend Verdachtsmomente vor, um eine neue unabhängige Untersuchung über allfällige kriminelle Machenschaften zu rechtfertigen, so der Finanzexperte, der den Gewinn der Insider auf mehr als 30 Millionen Dollar bezifferte.[422]

Wie wurden die Millionen verdient? Hier das Beispiel der Put-Optionen, die auf American Airlines gekauft wurden. Am 10. September 2001, ein Tag vor dem Terroranschlag, wurde eine Rekordmenge von 1535 Kontrakten zu je 100 Put-Optionen abgeschlossen, und zwar mit Frist Oktober 2001 und zum Ausübungspreis von 30 Dollar, so fand Chesney heraus. Dieses Volumen war sechzigmal größer als das durchschnittliche Tagesvolumen während der vorausgegangenen drei Wochen. Die Optionen kosteten 2,15 Dollar. Vom 11. bis 17. September blieben die Börsen in den USA geschlossen. Nach Wiedereröffnung konnten die Put-Optionen für 12 Dollar verkauft werden – eine Rendite von 458 Prozent. Die Optionen wurden bis zum 5. Oktober alle ausgeübt, mit einem kumulierten Gewinn von 1,18 Millionen Dollar. Im gleichen Zeitraum dieser Woche sank der Kurs der Aktie von American Airlines von 29 auf 18 Dollar. Der Aktienkurs von United Airlines verhielt sich ähnlich und stürzte von 30 auf 17 Dollar ab.

Anstatt die Insider, die mit den Put-Optionen handelten, namentlich zu identifizieren, versenkte die Kean-Kommission das heikle Thema in die klein gedruckte Fußnote 130 ganz hinten im Bericht auf Seite 499. »Ungewöhnliche Handelsbewegungen haben tatsächlich stattgefunden, aber für jede Transaktion gibt es eine harmlose Erklärung«, behauptete die Kean-Kommission. »Aber weitere Untersuchungen haben ergeben, dass es keine Verbindung zu 9/11 gab«, so die Kommission. »Ein einziger US-ansässiger institutioneller Investor mit keinen denkbaren Verbindungen zu al-Qaida« habe die meisten Put-Optionen auf American Airlines und United Airlines gekauft. Die Namen der Käufer hätten im Kean-Bericht aufgelistet sein müssen. Das war keine Aufklärung, sondern eine Vertuschung, ein Cover-up.[423]

Die Mehrheit der Optionen sei über die Investmentbank Alex Brown gekauft worden, berichtete die Zeitschrift *Hintergrund* und wies darauf hin, dass der langjähriger Direktor von Alex Brown, Buzzy Krongard, danach

eine hohe Funktion in der CIA übernahm. David Callahan, der leitende Redakteur des US-Magazins *SmartCEO*, reichte im Rahmen des Freedom of Information Acts (FOIA) eine Anfrage bei der SEC zu den Put-Optionen ein und verlangte Auskunft, wer die Put-Optionen gekauft hatte. Das FOIA-Gesetz soll der Öffentlichkeit umfassenden Zugang zu den Datensammlungen der staatlichen Behörden geben und so die Transparenz in der Demokratie fördern. Doch die SEC teilte Redakteur Callahan am 23. Dezember 2009 mit, sie könne diese Daten nicht herausgeben, angeblich »weil sie zerstört wurden«.[424]

Die Sprengung von WTC7

Die meisten Menschen glauben, beeindruckt durch das Fernsehen, dass am 11. September 2001 in New York nur zwei hohe Türme eingestürzt sind. Aber das stimmt nicht, es waren drei. Nämlich die bekannten je 415 Meter hohen Zwillingstürme WTC1 und WTC2 sowie das 186 Meter hohe WTC7. Im Unterschied zu den Zwillingstürmen war WTC7 zuvor nicht durch ein Flugzeug getroffen worden. Trotzdem stürzte die massive Stahlskelettkonstruktion in nur sieben Sekunden um 17:20 Uhr ein. Das war rätselhaft. »Bis heute ist der Einsturz von WTC7 ein ungelöstes Rätsel der Anschläge«, erklärte die *New York Times* ein Jahr nach dem Terroranschlag, »weil vor diesem Tag in den USA noch nie ein Hochhaus aus Beton und Stahl wegen Feuer kollabierte.« Ist es glaubhaft, dass die drei Türme wegen Feuer einstürzten, obwohl dies zuvor noch nie passiert war? Der Einsturz von WTC7 setzte plötzlich ohne erkennbare Vorzeichen ein und erfolgte vollständig in den eigenen Grundriss.[425]

In England sorgte damals Reporterin Jane Stanley von *BBC*, die am Tag der Anschläge live aus New York über den Einsturz von WTC7 berichtete, für Verwirrung. Sie berichtete am 11. September 20 Minuten zu früh über den Einsturz von WTC7, das Gebäude stand noch und war hinter ihr klar zu sehen. »Das war ein Fehler«, räumte Jane Stanley später ein. Auch *BBC*-Nachrichtenchef Richard Porter entschuldigte sich 2008 für das Versehen. *BBC* argumentierte, man habe diese Nachricht von der Nachrichtenagentur

Reuters erhalten. Aber woher wusste *Reuters* vom Einsturz von WTC7, noch bevor dieser stattfand?[426]

Der Einsturz von WTC7 kann nur zwei mögliche Ursachen haben: Feuer oder kontrollierte Sprengung. Während der ersten zweieinviertel Sekunden fiel der Turm mit seinen 47 Stockwerken im freien Fall, also ohne jeden Widerstand mit Erdbeschleunigung nach unten. »Wenn ein Körper aus der Ruhelage frei fällt, beträgt seine Geschwindigkeit nach einer Sekunde 35 km/h, nach zwei Sekunden 70 km/h. WTC7 beschleunigte auch nach der Phase des freien Fallens immer weiter bis deutlich über 100 km/h«, erklärt der deutsche Physiker Ansgar Schneider, und fügt an: »Das ist atemberaubend, selbst für David Copperfield.« Das Hochhaus WTC7 stürzte genauso schnell gegen den Boden wie ein Fallschirmspringer, der bei geschlossenem Schirm vom Dach des Gebäudes springen würde. Wie ist das möglich? WTC7 war ein solider Stahlskelettbau mit insgesamt 81 starken senkrechten Säulen, 57 verliefen entlang der Außenseiten, 24 Säulen bildeten den Kern. Wie kann ein Stahlskelettbau plötzlich in den freien Fall übergehen und wie ein Porsche auf über 100 km/h beschleunigen?[427]

Zu dieser wichtigen Frage wurde erst 18 Jahre nach dem Terroranschlag die Antwort gefunden. Am 3. September 2019 publizierte US-Bauingenieur Dr. Leroy Hulsey von der Universität Alaska Fairbanks (UAF) eine 114 Seiten lange, fundierte Studie zum Einsturz von WTC7, die von der Gruppe *Architects & Engineers for 9/11 Truth* und deren Präsident Richard Gage in Auftrag gegeben worden war. Die Hulsey-Studie kam nach vier Jahren Untersuchung zu einem klaren und eindeutigen Ergebnis: »Feuer hat den Einsturz von WTC7 nicht verursacht. Der Einsturz des Gebäudes kann nur durch das praktisch gleichzeitige Versagen aller Säulen erklärt werden«, so der Bericht. Obschon das Wort »Sprengung« im Bericht nirgends vorkommt, ist der Befund von Hulsey eindeutig und überzeugend: WTC7 wurde gesprengt.[428]

Dieses Forschungsergebnis ist eine Sensation. Die ganze Geschichte zum Terroranschlag vom 11. September 2001 und zu den darauffolgenden Kriegen der USA muss neu geschrieben werden. Als Historiker interessiert mich der Einsturz von WTC7 seit vielen Jahren. Ich arbeitete als Senior

Researcher an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, als ich 2006 mit ETH-Dozenten für Baustatik und Konstruktion den Einsturz von WTC7 diskutierte. »Nach meiner Meinung ist das Gebäude WTC7 mit großer Wahrscheinlichkeit fachgerecht gesprengt worden«, erklärte mir damals Jörg Schneider, ein emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion. Auch Hugo Bachmann, ebenfalls emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion, sagte mir, WTC7 wurde mit großer Wahrscheinlichkeit gesprengt. Diese Aussagen wurden 2019 durch den Hulsey-Bericht bestätigt.[429]

Auch der Physiker Ansgar Schneider hat das plötzliche und gleichzeitige Nachgeben aller 81 Stahlsäulen zu Recht als »extrem erstaunlich« eingestuft. »WTC7 war ein riesiger Stahlskelettbau. Ein Wolkenkratzer von 186 Metern Höhe und 100 Metern Breite. Das ist gigantisch! Es gibt in Deutschland nur eine Handvoll Gebäude, die höher sind, die stehen alle in Frankfurt, sonst kein einziges«, erklärt Schneider. In der Schweiz wäre WTC7 das höchste Gebäude, in etwa vergleichbar mit dem Roche-Turm in Basel am Rhein. »Können Sie mir nun eine wissenschaftliche Erklärung geben, wie vereinzelte, lokal begrenzte Brände es ermöglichen, dass sich die Stahlstützen am östlichen Ende mit denen 100 Meter weiter westlich absprechen, um gleichzeitig nachzugeben?«, fragt Schneider in einem Interview, das von *Rubikon* publiziert wurde. Nur eine Sprengung könne dies erklären.[430]

Während einiger Jahre wurde behauptet, WTC7 sei wegen Feuer eingestürzt. Auch auf *Wikipedia* steht im Artikel zu WTC7 noch heute, der Einsturz sei durch ein Feuer verursacht worden, obwohl dies nicht stimmt. Die Behauptung, Feuer habe das Gebäude zum Einsturz gebracht, wurde prominent von der US-Regierungsbehörde National Institute of Standards and Technology (NIST) in einem Bericht vertreten, der am 21. August 2008 publiziert wurde. NIST-Untersuchungsleiter Shyam Sunder hatte damals erzählt, dass beim Einsturz des Nordturms WTC1 um 10:28 Uhr Trümmerteile auf das 110 Meter entfernt gelegene WTC7 gefallen seien und dort Bürobrände ausgelöst hätten. Es gab tatsächlich kleinere Brände im WTC7. Doch die Behauptung von Sunder, dass sich wegen des Feuers

der horizontale Stahlträger A2001 ausdehnte und von seiner Halterung an der Säule 79 sprang, entspricht nicht der Wahrheit.[431]

Der Hulsey-Bericht zeigt überzeugend und nach Jahren der Untersuchung, dass Stahlträger A2001 niemals von der Säule 79 abrutschen konnte, das war nicht möglich. Der Träger war fest verschraubt, und auch Feuer konnten ihn nicht aus seiner Halterung schieben. Dies wiederum bedeutet, dass Säule 79 niemals frei stand, wie das NIST noch 2008 behauptet hatte. Auch die Säulen 80 und 81 wurden nicht durch Feuer zerstört, dies konnte der Bauingenieur Hulsey mit umfangreichen Tests nachweisen. »Die Säulen 79, 80 und 81 haben in den tieferen Stockwerken des Gebäudes nicht versagt, wie das NIST behauptet«, erklärt Hulsey. Damit aber entfällt die von NIST präsentierte Ursache für den Einsturz des ganzen Gebäudes. Feuer kann nicht der Grund für den Einsturz dieses Hochhauses gewesen sein. WTC7 wurde gesprengt.[432]

Auch US-Architekt Richard Gage erkannte, dass Feuer den Einsturz von WTC7 nicht erklären kann. »Wir sind mehr als 2200 Architekten und Ingenieure, die eine neue 9/11-Untersuchung verlangen«, so Gage in einem Gespräch mit dem Fernsehsender *CSPAN*. »WTC7 fiel wie ein Stein im freien Fall symmetrisch. Die Ursache kann kein Bürobrand gewesen sein, obwohl das NIST dies behauptet. Alle 81 Säulen müssen gleichzeitig ihre Stabilität verloren haben.« Die Feuer im WTC7 waren klein. Es habe in anderen Wolkenkratzern in anderen Städten viel heißere und größere Feuer gegeben, die länger brannten, und trotzdem seien diese Gebäude nicht eingestürzt, erklärte Gage richtig.[433]

Der US-Mathematiker Peter Michael Ketcham, der von 1997 bis 2011 am NIST gearbeitet hatte, aber nicht an der WTC7-Untersuchung beteiligt gewesen war, hat erst im August 2016 angefangen, die NIST-Berichte zu lesen. »Ich wurde schnell wütend. Erstens über mich selbst: Wie konnte ich so viele Jahre am NIST arbeiten und dies nicht bemerken? Zweitens wurde ich wütend über das NIST«, erinnert sich der Mathematiker Ketcham. »Je länger ich nachforschte, desto klarer wurde mir, dass das NIST eine vorgefasste Schlussfolgerung präsentierte und dafür die Fakten ignoriert und weggelassen hat. Der Hulsey-Bericht hat die Vertuschung des NIST

nun aufgeklärt und damit einen äußerst wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Terroranschläge vom 11. September 2001 geleistet.«[434]

Um seine Feuer-These zu untermauern, hatte das NIST ein Computermodell zum Einsturz von WTC7 veröffentlicht, bei dem sich die Außenwände des Gebäudes stark verformen, was jedoch beim realen Einsturz des Gebäudes nicht der Fall war. Als Bürger vom NIST die Eingangsdaten der Computersimulation verlangten, lehnte das NIST dies ab. Wenn aber Wissenschaftler die Daten nicht öffentlich zugänglich machen, die sie verwenden, dann ist das keine Wissenschaft. Das NIST argumentierte, es könne die Daten nicht herausgeben, weil dies die nationale Sicherheit gefährde. Aber das ist nicht glaubwürdig. »Es gab viele Menschen im NIST, die an diesen Berichten mitgearbeitet haben. Warum lassen wir sie nicht öffentlich mit ihrer eigenen Stimme Fragen beantworten, sodass sie ihr detailliertes Wissen einbringen können?«, schlug der frühere NIST-Mitarbeiter Ketcham vor. Es sei ganz wichtig für die USA, die Wahrheit über 9/11 herauszufinden, denn »unsere Heilung kann nur durch Wahrheit erfolgen«, erklärte Ketcham weise.[435]

Im Staub der Zwillingstürme wird Sprengstoff gefunden

Die vom US-Architekten Minoru Yamasaki erbauten Twin Towers wurden 1973 eröffnet und prägten während fast 30 Jahren die Skyline von New York. Weil die Studie von Leroy Hulsey die Sprengung von WTC7 wissenschaftlich nachweist, wird nun auch wieder über den Einsturz der Zwillingstürme WTC1 und WTC2 debattiert. Wurden auch die Zwillingstürme gesprengt? Oder sind sie wegen der Feuer eingestürzt? Das ist unklar, jeder muss sich nach bestem Wissen und Gewissen selbst eine Meinung bilden. Die im Jahre 2019 publizierte Studie der Universität Alaska von Leroy Hulsey fokussiert auf WTC7 und behandelt die Zwillingstürme nicht.

In Dänemark hat der Chemiker Niels Harrit, der an der Universität Kopenhagen Dozent war, zusammen mit dem US-Physiker Steven Jones, der an der Brigham Young University in Utah lehrte, den Staub untersucht, der sich nach dem Einsturz der drei Türme über Manhattan gelegt hatte.

»Wir fanden Nanothermit in den Trümmern«, erklärte Niels Harrit 2009 im dänischen Fernsehen. Nanothermit ist ein vom Militär entwickelter Sprengstoff, den die Forscher in Form von winzigen rotgrauen Plättchen im Staub fanden. »Es brauchte 18 Monate, um den wissenschaftlichen Artikel vorzubereiten, auf den wir uns hier beziehen«, erklärte der Chemiker Harrit, der seine Forschungsresultate im *Open Chemical Physics Journal* publizierte. Für was wurde der Sprengstoff eingesetzt?[436]

Die Türme waren mit Asbest belastet

Beim Bau des WTC wurde hitzebeständiger Spritzasbest als Brandschutz verwendet. »Die WTC-Gebäude enthielten hunderte Tonnen von Asbest«, fand US-Journalist Michael Bowker heraus, der ein Buch über Asbest und seine Opfer geschrieben hat. »Spritzasbest wurde im Nordturm auf mindestens 40 Etagen eingesetzt«. Totzdem habe die US Environmental Protection Agency (EPA) in den Stunden und Tagen nach den Terroranschlägen »absichtlich veraltete Messtechnik eingesetzt« und die Feuerwehrleute und Polizisten, welche vor Ort Erste Hilfe leisteten, nicht vor dem Asbest in der Luft gewarnt. Dies sei »schockierend und nicht erklärbar«, kritisiert Bowker.[437]

Der New Yorker Milliardär Larry Silverstein, der bereits das Gebäude WTC7 besaß, unterschrieb sechs Wochen vor 9/11 einen Pachtvertrag für 99 Jahre für den gesamten WTC-Komplex. Die Twin Towers hätten wegen der Asbestbelastung saniert werden müssen. Doch diese Renovationen entfielen wegen des Terroranschlages. Weil seine Versicherungspolice Terroranschläge ausdrücklich deckte, erhielt Silverstein nach dem Anschlag 4,5 Milliarden Dollar von sieben verschiedenen Versicherungen, darunter auch vom Schweizer Rückversicherer Swiss Re. Damit erbaute der Immobilienhändler ein neues WTC7 sowie als Ersatz für die Twin Towers das 540 Meter hohe One World Trade Center, das zum Zeitpunkt seiner Eröffnung 2014 das höchste Gebäude der USA war.[438]

Wenn Asbest durch Sprengung oder Feuer in die Luft gelangt, können sich seine mikroskopisch kleinen Fasern in der Lunge einnisten. »Mehr als 5000 New Yorker, die den von Asbest durchsetzten Staub einatmeten, der

sich durch den Einsturz der Türme des World Trade Centers über Manhattan legte«, seien dadurch an Krebs erkrankt, berichtete *Zeit Online*. Viele Feuerwehrleute und Polizisten sind an den Folgen gestorben. Allein im Nordturm waren 400 Tonnen krebserregendes Asbest enthalten, so *Zeit Online*. Doch weil die durch Asbest erzeugten Gesundheitsschäden erst mit großer Zeitverzögerung auftreten, wurde lange nicht darüber gesprochen. »Was Asbest anrichtet, zeigt sich erst nach Jahrzehnten«, erklärt der deutsche Arbeitsmediziner Hans-Joachim Woitowitz.[439]

13. Der sogenannte »Krieg gegen den Terror«

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 führten die USA Krieg gegen Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen, Syrien und andere Länder. Gemäß dem UNO-Gewaltverbot sind Angriffskriege aber strikt verboten. Doch US-Leitmedien wie *New York Times, Washington Post, Fox News, CNN* und *USA Today* erwähnen das UNO-Gewaltverbot praktisch nie. Stattdessen haben sie zusammen mit dem Präsidenten und dem Kongress den sogenannten »Krieg gegen den Terror« ausgerufen und die US-Angriffe auf Afghanistan und Irak unterstützt, obwohl beide Kriege klar gegen das UNO-Gewaltverbot verstießen. Umgekehrt wäre es auch illegal gewesen, wenn der Irak oder Afghanistan mit Soldaten die USA angegriffen hätten. Der sogenannte »Krieg gegen den Terror« ist seit 2001 das neue Narrativ der USA, die neue Rahmenerzählung, um die Menschen zu täuschen und die altbekannten imperialen Kriege der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit zu verkaufen. Der sogenannte »Krieg gegen den Terror« muss daher von der Friedensbewegung abgelehnt werden.

Der Angriff auf Afghanistan 2001

Präsident George Bush, Vizepräsident Dick Cheney und die Leitmedien machten nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 umgehend den Saudi Osama Bin Laden und das muslimische Terrornetzwerk al-Qaida für die Anschläge verantwortlich. Dass Bin Laden gegnüber *CNN* sagte, er habe nichts mit dem Anschlag vom 11. September zu tun, interessierte in

Washington niemanden. »Ich möchte der Welt versichern, dass ich diese Anschläge nicht geplant habe«, beteuerte Bin Laden in Afghanistan. Doch die USA ignorierten diese Aussage und starteten am 7. Oktober 2001, weniger als einen Monat nach 9/11, einen illegalen Angriffskrieg gegen Afghanistan. Die NATO rief zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages aus. Auch Deutschland unter Bundeskanzler Gerhard Schröder schickte Soldaten der Bundeswehr nach Afghanistan, ohne dass zuvor der genaue Tathergang der Terroranschläge vom 11. September ermittelt wurde.[440]

»Der Kalte Krieg ist zu Ende«, erklärte der Journalist Peter Scholl-Latour während einer Konferenz in Berlin im Jahre 2012. Mit Russland gäbe es keine Probleme mehr. »Wer ist an die Stelle des Feindbildes Sowjetunion getreten? Das ist der islamische Terrorismus.« Doch der Terrorismus sei kein Feind, »er ist nicht definierbar«, warnte Scholl-Latour. Er ist eine Form, Krieg zu führen. Die Formel »Krieg gegen den Terror« greife daher ins Leere. »Das wäre so, als wenn man im Zweiten Weltkrieg gegen den Blitzkrieg Krieg geführt hätte«, mahnte der erfahrene deutsche Journalist. Die NATO sei in die »fatale Situation« geraten, dass sie Kriege gegen undefinierbare Gegner in weit entfernen Ländern führe, »was gar nicht vorgesehen war«, so Scholl-Latour. »Und wir kommen dann eben zu Entscheidungen wie in Afghanistan, wo unter dem Eindruck der Tragödie von 9/11 – also der Sprengung des World Trade Centers – eine derartige Welle der pro-amerikanischen Sympathie entstanden ist, dass praktisch der Artikel 5 der NATO angewendet wurde, der in diesem Falle gar nicht zutraf. Denn dazu gehört ein definierter Gegner, und der Terrorismus ist kein Gegner.« Zudem habe sich herausgestellt, dass die Verantwortlichen für die Terroranschläge »auf jeden Fall keine Afghanen gewesen sind«, so Scholl-Latour, der das Land oft bereist hat, sondern Saudis, also die »liebsten Verbündeten des Westens und engsten Wirtschaftspartner der USA.«[441]

Laut US-Verfassung hat nur der Kongress und nicht der Präsident das Recht, den Krieg zu erklären. Geschockt durch den Terroranschlag verabschiedete der US-Kongress am 14. September 2001 mit großer Mehrheit eine »Genehmigung zum Einsatz militärischer Gewalt gegen Terroristen« (Authorization for Use of Military Force Against Terrorists,

AUMF) und gab dem Präsidenten die Erlaubnis, alle »notwendige und angemessene Gewalt« gegen jeden einzusetzen, der nach seinem Ermessen die Angriffe am 11. September 2001 »geplant, autorisiert, durchgeführt oder unterstützt« oder solchen Personen oder Gruppen geholfen hat. Das Gesetz gab dem Präsidenten einen Blankoscheck, um endlose Kriege in ganz verschiedenen Ländern zu führen. Fast zwanzig Jahre später erklärte der republikanische Abgeordnete Mac Thornberry, er hätte sich damals nie vorstellen können, dass dieses Gesetz für so viele Kämpfe in ganz verschiedenen Ländern verwendet werde.[442]

Das AUMF-Gesetz wurde im Senat mit 98 zu null Stimmen durchgewunken. Im Repräsentantenhaus stimmten 420 Abgeordnete mit Ja. Nur eine einzige mutige Frau, die afroamerikanische Abgeordnete Barbara Lee aus Kalifornien, weigerte sich, eine Erlaubnis für endlose Kriege auszustellen, und stimmte mit Nein. Daraufhin wurde sie als »Kommunistin« und »Verräterin« beschimpft und erhielt sogar Morddrohungen. »Unser Land trauert«, begründete Lee ihre Ablehnung. »Es muss einige unter uns geben, die sagen: Lasst uns für einen Moment innehalten und die Folgen unserer Taten bedenken, sodass die Gewaltspirale nicht außer Kontrolle gerät«, so ihre klugen Worte. »Ich bin davon überzeugt, dass militärische Gewalt alleine zukünftige Terroranschläge nicht verhindern kann«, erklärte Lee und warnte davor, der Exekutive zu viel Macht zu geben. »Wir müssen vorsichtig sein, damit wir uns nicht auf einen unbefristeten Krieg einlassen, ohne Ausstiegstrategie und ohne genaues Ziel«, so Lee. »Unter dem Deckmantel der Nationalen Sicherheit können viele unserer Bürgerrechte sehr schnell weggewischt werden«, warnte Lee weise, fand damit aber keine Mehrheit.[443]

Ermächtigt durch die neue Vollmacht erklärte die Regierung Bush die gesamte Welt zum Schlachtfeld. US-Spezialeinheiten, kommandiert vom Joint Special Operations Command (JSOC), erhielten ein Budget von mehreren Milliarden Dollar und wurden zum »paramilitärischen Arm der Regierung« ausgebaut, wie der US-Journalist Jeremy Scahill enthüllte. Viele verdeckte Operationen, die früher vom Directorate of Operations der CIA durchgeführt worden waren, wurden nun vom US-Militär und dessen Spezialeinheiten übernommen. Geheime Operationen, bei denen Menschen

gefangen, gefoltert oder getötet wurden, fanden außerhalb erklärter Kriegsgebiete statt und die US-Bevölkerung erfuhr nichts davon. Jeder Einsatz von Gewalt wurde als Terrorbekämpfung verkauft. US-Spezialeinheiten operierten nicht nur in Afghanistan, Pakistan und im Irak, sondern auch in Somalia, Algerien, auf den Philippinen, in Indonesien, Thailand, Mali, im Jemen, in Kolumbien, Peru und weiteren Ländern, enthüllte Scahill. Dabei missachtete das Imperium die Souveränität der betroffenen Staaten und das UNO-Gewaltverbot.[444]

Bob Barr, der für Georgia von 1995 bis 2003 im Repräsentantenhaus saß, hatte für das AUMF-Gesetz gestimmt und bereute das später. Die Präsidenten Bush, Obama und Trump würden das Gesetz als Ermächtigung für Maßnahmen zitieren, die »von der Überwachung amerikanischer Bürger ohne Untersuchungsbefehl bis hin zu Angriffen mit Marschflugkörpern auf Luftstützpunkte der syrischen Regierung sowie Maßnahmen gegen ISIS im gesamten Nahen Osten reichen«, kritisierte Barr. Der Kongress habe sich mit diesem Gesetz »weitestgehend jeglicher Verantwortung entzogen«, die Außenpolitik mitzubestimmen und zu viel Macht an das Weiße Haus abgegeben. Natürlich kann der Kongress das AUMF-Gesetz wieder aufheben, aber bisher gab es dafür keine Mehrheit. »Machtbefugnisse, die der Kongress einmal an den Präsidenten abgetreten hat, sind – wenn überhaupt – sehr schwer wieder zurückzuerobern«, warnte Barr nachdenklich im Jahr 2019.[445]

Kampfdrohnen revolutionieren die Kriegsführung

Die Geschichte des globalen Drohnenkriegs begann mit dem Krieg gegen Afghanistan im Oktober 2001. Dort setzte das Special Operations Command erstmals massiv ferngesteuerte unbemannte Drohnen vom Typ Predator (Raubtier) und Reaper (Sensemann) ein. Ausgerüstet mit Raketen vom Typ Hellfire (Höllenfeuer), können diese ein Gebiet aus großer Höhe überwachen und verfügen über Fernsehkameras bei Tageslicht und Wärmebildkameras für die Nacht. Anfang 2001 besaßen die USA weltweit nicht mehr als 50 Kampfdrohnen, 2013 waren es bereits mehr als 7000. »Das US-Militär bildet heute weitaus mehr Drohnenpiloten als

konventionelle Kampfflieger aus«, berichtet der Journalist Emran Feroz und warnt, dass andere Länder die USA imitieren werden. Die Drohnenpiloten sehen ihre Opfer nur über die Kamera und betreten das angegriffene Land nicht. »Wie in einem Computerspiel töten sie Menschen, die sich viele tausende Kilometer entfernt befinden, per Knopfdruck«, kritisiert Feroz. Die Afghanen konnten sich gegen die hoch fliegenden Drohnen nicht wehren. Der US-Amerikaner Noam Chomsky, seit Jahren engagiert in der Friedensbewegung, verurteilte den Einsatz der Drohnen daher als »die mörderischste Terror-Kampagne der Gegenwart.«[446]

Mit jedem Drohnenopfer stirbt ein Teil des Rechtsstaates, weil es in einem demokratischen System eigentlich streng verboten ist, Menschen ohne Prozess und Verteidigung hinzurichten. Doch unter der neuen Rahmenerzählung »Krieg gegen den Terror« war plötzlich alles anders. US-Soldat Brandon Bryant diente als Drohnen-Pilot in einem fensterlosen Bunker in der Wüste von Nevada. Weil die US-Regierung und die Leitmedien die Afghanen als Terroristen bezeichneten, wurden sie aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen. »Das sind schlechte Menschen und wir tun gut daran, sie loszuwerden«, glaubte auch Bryant, der noch nie vom Prinzip Menscheitsfamilie gehört hatte. Die Drohnenpiloten seien während der Arbeit im »Zombie-Modus«, erklärte Bryant, ohne jede Empathie für die Opfer. Nach sechs Jahren kündigte Bryant und erhielt zum Abschied ein Zertifikat, das seine Leistungen auswies: 6000 Flugstunden und 1626 im Kampf getötete Feinde. Das entspricht mehr als der Hälfte der Todesopfer der Terroranschläge von 9/11. »Bei der Zahl wurde mir schlecht im Bauch«, erinnert sich Bryant.[447]

Mit dem Drohnenkrieg haben die USA in fremden Ländern Menschen ohne Gerichtsverfahren exekutiert, nachdem der US-Präsident sie als Verbrecher eingestuft hatte. Dass dabei immer wieder Unschuldige ermordet wurden, wird vom Pentagon als »Kollateralschaden« bagatellisiert. Eine solche Entwicklung ist ein fundamentaler Verrat an der Menscheitsfamilie. Man stelle sich die Empörung vor, wenn Deutschland oder China mit Drohnen in den USA aus großer Höhe Menschen erschießen würden, nachdem die deutsche Bundeskanzlerin oder der chinesische Präsident diese als Verbrecher einstuften. »Zu sagen, der Präsident habe das

Recht, Bürger ohne ordentliches Gerichtsverfahren töten zu lassen, bedeutet nichts anderes, als die Verfassung in möglichst kleine Stücke zu reißen, sie anzuzünden und schließlich mit Füßen zu treten«, protestierte der US-Journalist Glenn Greenwald.[448]

Der Drohnenkrieg wurde von Präsident Bush junior begonnen und von seinem Nachfolger Präsident Barack Obama und dessen Nachfolger Präsident Donald Trump weitergeführt. Mit der Aufstellung von Todeslisten und der Ausweitung der Drohnenangriffe auf andere Länder habe Obama sein Versprechen gebrochen, die Antiterrorpolitik mit der US-Verfassung in Einklang zu bringen, kritisiert Michael Boyle, Dozent an der La Salle University in Philadelphia. »Obama hat vom Oval Office aus die außergerichtliche Tötung zur Routine und zu einem normalen Vorgang gemacht, indem er Amerikas einstweiligen Vorsprung in der Drohnentechnologie dazu nutzt, in Afghanistan, Pakistan, im Jemen und in Somalia Schattenkriege zu führen. Ohne eine Prüfung durch die Legislative und die Gerichte und unsichtbar für die Öffentlichkeit genehmigte Obama Woche für Woche Morde, wobei die Debatte über die Schuld und Unschuld der Kandidaten für die Todesliste hinter verschlossenen Türen geführt wird.«[449]

Vor allem die Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani am 3. Januar 2020 in Bagdad durch US-Drohnen vom Typ »Sensemann« führte zu weltweiter Kritik. Der Iran verurteilte den Mord als »Akt des internationalen Terrors«. Doch US-Präsident Donald Trump, der öffentlich die Verantwortung für den Mord übernahm, rechtfertigte ihn als »Terrorbekämpfung«.

Gesteuert werden die US-Drohnen über die US-Basis Ramstein. Deutschland hat sich auf Druck der USA auch am Krieg gegen Afghanistan beteiligt und deutsche Soldaten an den Hindukusch geschickt. Doch einige deutsche Offiziere und Soldaten haben begonnen, kritisch über das US-Imperium nachzudenken. Unter ihnen ist Jürgen Rose, der als Offizier der Bundeswehr im Range eines Oberstleutnants 2007 aus Gewissensgründen seine Beteiligung an der Unterstützung des Tornado-Einsatzes in Afghanistan verweigerte. Rose hat das Verhalten des US-Imperiums studiert und verweist auf die Drohnen-Morde, die Todesstrafe, die zeitlich

unbegrenzte Gefangennahme ohne Anklage in Lagern wie Guantanamo und kommt zu dem Schluss, dass »die USA zu einem wahrhaftigen Imperium der Barbarei degeneriert sind, das jeder Beschreibung spottet«.[450]

Die durch 9/11 ausgelösten brutalen Kriege gegen Afghanistan und Pakistan haben einen hohen Blutzoll von der lokalen Bevölkerung gefordert. Eine Untersuchung der Physicians for Social Responsibility kam 2015 zu dem Schluss, dass durch den Krieg in Afghanistan 220000 und in Pakistan 80000 Menschen getötet wurden. Wenn man im Rahmen einer Arithmetik des Grauens diese 300000 Toten mit den 3000 Toten der Terroranschläge vom 11. September 2001 vergleicht, dann haben die USA und ihre Alliierten für jeden toten US-Amerikaner 100 Afghanen oder Pakistaner getötet. Und dies, obschon die getöteten Afghanen und Pakistaner nichts mit der Sprengung von WTC7 zu tun hatten und noch nie in den USA gewesen waren.[451]

»Der Nationalismus bewirkt, dass man jedes Augenmaß verliert«, erklärte der US-Historiker Howard Zinn nach dem Angriff auf Afghanistan. »Das Töten von 2300 Menschen in Pearl Harbor wird zur Rechtfertigung für das Töten von 240000 in Hiroshima und Nagasaki. Das Töten von 3000 Menschen am 11. September wird zur Rechtfertigung, um Zehntausende in Afghanistan und im Irak zu töten.« Das sei falsch, so Zinn, der mit seinen Analysen immer wieder die Friedensbewegung gestärkt hat. Die US-Soldaten seien ohne Zweifel brutal. »Aber auch sie sind Opfer, von den Lügen unserer Regierung«, erklärte Zinn richtig. Die laufenden Kriege der USA seien falsch. »Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass sich unsere Nation von den anderen imperialen Mächten der Weltgeschichte grundsätzlich unterscheidet oder diesen moralisch überlegen ist. Unsere Treue muss der Menschheit gelten, nicht irgendeiner Nation«, forderte der Historiker Zinn weise, wurde aber nicht gehört.[452]

Der illegale Angriff auf den Irak 2003

Die Leitmedien sind in der Lage, unser Denken und Fühlen zu steuern, zumindest dann, wenn wir unbewusst sind. Sobald wir wach werden, ist dies nicht mehr möglich. Die Manipulation geschieht, indem Texte, Bilder

und Videos so kombiniert werden, dass sie unser Denken in eine bestimmte Richtung lenken und dadurch entsprechende Gefühle auslösen. Vor jedem Krieg wurden durch die Leitmedien in den USA und in den NATO-Ländern die Gefühle Angst und Hass gegenüber dem Land erzeugt, das die USA angriffen. So war es im Ersten Weltkrieg, als Hass und Angst gegenüber den Deutschen geschürt wurde. So war es im Zweiten Weltkrieg, als nach Pearl Harbor Angst und Hass gegenüber den Japanern geschürt wurde. So war es auch beim illegalen Angriff auf Vietnam 1964, als Hass und Angst gegenüber den Vietnamesen geschürt wurde, und so war es vor dem illegalen Angriff auf Serbien 1999, als die Leitmedien Geschichten verbreiteten, die Hass und Wut gegenüber den Serben erzeugten. Dies hat immer funktioniert. Die Leitmedien können die Wut und den Hass der US-Bevölkerung gegen jedes beliebige Land der Welt richten.

Die Leitmedien bestimmen sowohl die Themenauswahl wie auch die Art, wie die Menschen über ausgewählte Themen denken. In den USA dominieren die Stellungnahmen des Präsidenten und seiner Mitarbeiter die öffentliche Diskussion. Nicht alle, aber viele US-Bürger gehen noch immer davon aus, dass der US-Präsident die Wahrheit sagt. Dies obschon Historiker belegen können, dass US-Präsidenten sehr viel gelogen haben. Auch nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 haben die meisten US-Bürger dem Präsidenten und den Leitmedien blind vertraut. Der Präsident nutzte dieses Vertrauen und griff den Irak an, indem er behauptete, dass der irakische Präsident Saddam Hussein etwas mit 9/11 zu tun habe, was aber eine Lüge war. Schon an der zweiten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates hatte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Irak ins Visier genommen und erklärt: »Worüber wir nachdenken sollten, ist, wie wir es schaffen, Saddam Hussein loszuwerden.«[453]

Der Krieg gegen Irak war lange vor 9/11 geplant und hatte nichts mit der »Bekämpfung von Terrorismus« zu tun. Paul O'Neill, Finanzminister in der Bush-Administration, bestätigt, dass schon in der ersten Sitzung des NSC im Weißen Haus im Januar 2001 der Sturz von Saddam Hussein das zentrale Thema gewesen sei. »Schon im Februar ging es um die logistische Umsetzung« des Irakfeldzuges, so O'Neill, »nicht mehr um das Warum, sondern um das Wie und Wie schnell.« Dies bedeutet, dass der Irakkrieg

lange vor den Terroranschlägen vom 11. September und der Sprengung von WTC7 geplant wurde, und dass der sogenannte »Krieg gegen den Terror« nur Kriegspropaganda ist, um die Menschen zu verwirren.[454]

Vor dem Irakkrieg haben Friedensaktivisten gegen den Krieg protestiert, darunter tausende in New York, London, Rom, Paris, Berlin und Bern. Doch US-Präsident George Bush junior und der britische Premierminister Tony Blair ließen sich dadurch nicht beeindrucken und führten ihre Länder auf der Basis von dreisten Lügen in den Krieg. Sie behaupteten nicht nur, Saddam Hussein habe Verbindungen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001, sondern zudem, der Irak besitze biologische und chemische Massenvernichtungswaffen. Beides waren faustdicke Lügen. Blair sagte wörtlich: »Der Irak besitzt chemische und biologische Waffen … Seine Raketen sind binnen 45 Minuten einsatzbereit.« Solche Lügen wurden über die Leitmedien verbreitet und erzeugten Angst und Hass.[455]

Auch die amerikanischen Soldaten wurden durch die Kriegspropaganda verwirrt. Wenn eine Behauptung immer wieder in den Leitmedien *New York Times, Washington Post, Fox News, CNN* und *USA Today* auftaucht, wird sie nach einiger Zeit geglaubt, völlig unabhängig davon, ob sie wahr oder falsch ist. Es kommt nur auf die Wiederholung an, und dass die Behauptung in vielen Kanälen auftaucht. Bei einer Umfrage im Jahre 2006 erklärten 85 Prozent der US-Soldaten im Irak, dass ihre »Hauptmission« darin bestehe, »Saddam für seine Rolle bei den Terroranschlägen vom 11. September zu bestrafen.« Doch Saddam Hussein hatte rein gar nichts mit den Terroranschlägen in New York und Washington zu tun. Die Soldaten wurden getäuscht.[456]

Für die Menschen im Irak bedeutete der Krieg eine Katastrophe. Kinder wurden durch Splitterbomben zerrissen. Frauen vergewaltigt und getötet. Alte Menschen wurden erschossen. Viele verloren ihr Haus und ihr ganzes Hab und Gut. US-Soldaten folterten Iraker, indem sie an ihren Händen und am Penis stromführende Drähte befestigten, wie der Abu-Ghraib-Folterskandal 2004 aufdeckte. Die detaillierte Untersuchung »Body Count« der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) kam 2015 zu dem Schluss, dass der Krieg seit 2003 eine Million Iraker getötet hatte. Weil »der Überfall auf den Irak eine eindeutig

völkerrechtswidrige Aggression war, sind die USA und ihre Verbündeten auch verantwortlich für die Folgen«, so das klare Fazit der Studie.[457]

Nach Ausbruch des Irakkriegs haben mutige Journalisten ihre Stimme gegen den Krieg erhoben. Zu diesen mutigen Journalisten zählt der Australier Julian Assange, der mit *Wikileaks* 2006 eine Enthüllungsplattform gründete, auf der Dokumente anonym veröffentlicht werden, die ansonsten der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. 2010 veröffentlichte *Wikileaks* das Video »Collateral Murder«, das den Angriff von US-Kampfhubschraubern vom Typ Apache auf Bagdad am 12. Juli 2007 dokumentiert und zeigt, wie US-Soldaten aus dem Helikopter heraus mit ihrer Bordkanone elf Menschen erschießen, die Mehrheit davon Zivilisten. Weil Assange die Verbrechen des US-Imperiums so drastisch aufzeigte, wollten ihn die USA festnehmen. Er verbrachte fast sieben Jahre in der Botschaft von Ecuador in London. Als Ecuador ihn nicht mehr länger schützen wollte, wurde er 2019 in London in ein Gefängnis eingesperrt. »Heute ist es Julian Assange, morgen kann es jeden anderen Journalisten treffen, der wahrheitsgetreue Informationen in öffentlichem Interesse publiziert hat, die dem Narrativ der US-Regierung entgegenlaufen«, warnte die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel von der Partei Die Linke und forderte zusammen mit vielen engagierten Menschen aus der Friedensbewegung die Freilassung von Assange.[458]

Das durch den Irakkrieg erzeugte Leiden ist groß. Nicht nur die Iraker, auch US-Soldaten leiden, und vielen Veteranen fällt es nach ihrer Rückkehr in die USA schwer, ein unabhängiges, selbständiges Leben zu führen. Einige sind gesundheitlich angeschlagen und haben zum Beispiel ihre Beine oder ein Auge verloren. Andere leiden unter posttraumatischen Störungen. Im Krieg ist nicht nur jener betroffen, der erschossen wird, sondern auch jener, der den Schuss abfeuert. Alles ist mit allem vernetzt. Es gibt keine isolierte Handlung. Die traumatisierten US-Soldaten versuchen mit Alkohol oder einem täglichen Pillen-Cocktail über die Runden zu kommen. Wenn es nicht mehr geht, bringen sie sich um. Im Jahr 2017, so schätzt das US-Veteranenministerium, haben sich 20 Veteranen pro Tag umgebracht. Das sind 7300 pro Jahr und damit mehr als doppelt so viele wie die Terroropfer von 9/11.[459]

Wie Leitmedien Kriegspropaganda verbreiten

Wie hätte die westliche Wertegemeinschaft reagiert, wenn Russland, Nigeria oder China die Länder Afghanistan, Pakistan und den Irak angegriffen hätten? Hätten unsere Leitmedien nicht sofort – und zu Recht – den eklatanten Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot kritisiert? Hätte man nicht sofort auf das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker verwiesen und erklärt, dass sich andere Länder nicht einmischen dürfen? Warum hat sich in den USA niemand darüber aufgeregt, dass im Irakkrieg mehr als eine Million Iraker getötet wurden? Warum störte sich niemand an den 300000 Toten in Afghanistan und Pakistan?

Die sehr effiziente US-Kriegspropaganda hat solch grundlegende Fragen verhindert und, wenn sie auftauchten, als lächerlich oder unwichtig abgetan. Natürlich gibt es in den USA und in Europa gute und fähige Journalisten, das steht außer Frage. Aber es ist auffallend, wie gehorsam viele Journalisten den Erklärungen der US-Präsidenten und Verteidigungsminister gefolgt sind und das Narrativ »Krieg gegen den Terror« verbreitet haben, ohne zu prüfen, ob dieses Narrativ auch stimmt. Die Leitmedien haben immer wieder für Kriege getrommelt und gleichzeitig die vielen Opfer des US-Imperialismus verschleiert. Über die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Leitmedien sehr unausgewogen berichtet, die offenen Fragen wurden verschwiegen und die Geschichte von Präsident George Bush junior wurde ohne Prüfung blind an die Massen weitergegeben. Die Sprengung von WTC7 wurde vertuscht.

Leitmedien wie die *New York Times* versagten auch vor dem Angriff auf den Irak, als sie die Lüge von den Massenvernichtungswaffen verbreiteten. »Das Ganze lief damals so ab«, erklärt Ray McGovern, der von 1963 bis 1990 bei der CIA in der Abteilung für internationale Analysen arbeitete und sich danach der US-Friedensbewegung anschloss: »Anfang September 2002 übergab das Weiße Haus Michael Gordon, Journalist der *New York Times*, einen Bericht, in dem es hieß, Aluminiumröhren, die nur zur Uran-Anreicherung genutzt werden könnten, seien auf dem Weg in den Irak und das sei ein sicheres Zeichen dafür, dass Saddam Hussein an der Atombombe arbeite – obwohl klar war, dass es sich dabei um Artillerie-

Rohre handelte. Zwei Tage später erschien die Story in der *New York Times* auf der Titelseite. Am selben Tag saß Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in verschiedenen Fernsehtalkshows, wo sie dann stets auf den *New York Times*-Artikel angesprochen wurde. Sie erklärte daraufhin, man habe selbst auch solche Informationen erhalten, die Entwicklung sei sehr, sehr gefährlich und man wolle vermeiden, dass der Beweis für das irakische Atomwaffenprogramm eines Tages in Form eines Atompilzes daherkomme. Das Weiße Haus übergab also einen Bericht an Michael Gordon, der setzte das dann in die *New York Times*, und das Weiße Haus erklärte daraufhin, man könne den *New York Times*-Bericht bestätigen.«[460]

Durch solche Tricks wurde die US-Bevölkerung in Angst versetzt und auf den Krieg vorbereitet, den Präsident Bush im März 2003 vom Zaun brach. Später stellte sich heraus, dass es keine ABC-Waffen im Irak gab. Das ganze Gerede über Massenvernichtungswaffen und auch über eine angebliche Verbindung von Saddam Hussein mit 9/11 war alles nur Lüge. Zumindest US-Außenminister Colin Powell entschuldigte sich später für die Kriegspropaganda, die er vor der UNO in New York vor dem Krieg verbreitet hatte, und erklärte 2005, er fühle sich »furchtbar«, dass er damals die ganze Welt angelogen habe. Diese Rede, so Powell zum US-Fernsehsender *ABC*, sei ein »Schandfleck« in seiner politischen Karriere, das sei »schmerzhaft«.[461]

Die USA produzieren die größte Show der Welt

Der Brite Harold Pinter kennt als Theaterautor die Techniken der Massenkommunikation und nannte die US-Kriegspropaganda und den Angriff auf den Irak einen »Banditenakt«, als er 2005 in Oslo den Nobelpreis für Literatur erhielt. »In diesen Ländern hat es Hunderttausende von Toten gegeben. Hat es sie wirklich gegeben? Und sind sie wirklich alle der US-Außenpolitik zuzuschreiben?«, fragte Pinter sein erlesenes Publikum, das ob der Klarheit der Worte des Preisträgers überrascht und irritiert war. »Die Antwort lautet: Ja. Es hat sie gegeben, und sie sind der amerikanischen Außenpolitik zuzuschreiben. Aber davon weiß man natürlich nichts. Es ist nie passiert. Nichts ist jemals passiert. Sogar als es

passierte, passierte es nicht. Es spielte keine Rolle. Es interessierte niemand.« Keinem anderen Land der Welt ist es in der Zeit nach 1945 gelungen, seine Verbrechen so meisterhaft zu kaschieren wie den USA. »Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen«, so Pinter. »Das muss man Amerika lassen. Es hat weltweit eine ziemlich kühl operierende Machtmanipulation betrieben und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet«, erklärte Pinter. »Ein glänzender, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt. Ich behaupte, die Vereinigten Staaten ziehen die größte Show der Welt ab, ganz ohne Zweifel. Brutal, gleichgültig, verächtlich und skrupellos, aber auch ausgesprochen clever.«[462]

Viele Menschen sind unbewusst und glauben diese Show. Aber immer mehr Menschen wachen langsam auf, blicken hinter die Kulissen der Machtpolitik und trauen dem Gerede über die Gutmütigkeit der US-Außenpolitik und den angeblich so selbstlosen Kriegen des Westens nicht mehr. »Die Geschichte des Westens ist eine Geschichte brutaler Gewalt und großer Heuchelei«, erklärt auch der mutige deutsche Journalist Jürgen Todenhöfer, der viele Kriegsschauplätze besucht und vor Ort mit den betroffenen Menschen gesprochen hat. »Nirgendwo auf der Welt kämpft der Westen für die Werte seiner Zivilisation. Sondern ausschließlich für seine kurzsichtigen Interessen. Um Macht, Märkte und Moneten. Oft mit terroristischen Methoden. Die Leiden anderer Völker und Kulturen interessieren ihn nicht.«[463]

Gemäß dem Psychologen Rainer Mausfeld, der an der Universität Kiel lehrte, wird beim Meinungsmanagement neben der ständigen Wiederholung von Kernbotschaften auf Fragmentierung und Dekontextualisierung gesetzt. Dabei werden die Fakten in Fragmente, also kleine Stücke zerlegt, sodass für den Beobachter kein Sinnzusammenhang mehr entsteht. Dadurch kann man Fakten auflösen oder unsichtbar machen. Bei der Dekontextualisierung werden Informationen aus ihrem Kontext, also Sinnzusammenhang gerissen, indem zum Beispiel verschwiegen wird, was zuvor passierte. Zudem werden die Fakten in einen neuen Kontext gestellt, also rekontextualisiert. Kriege sind dann plötzlich nicht mehr abscheulich und

grausam, sondern ein notwendiges Übel, um das Böse zu bekämpfen. Insgesamt seien die USA, nach offiziellen Angaben und Schätzungen, seit dem Zweiten Weltkrieg »durch Angriffe auf andere Länder für den Tod von 20 bis 30 Millionen Menschen verantwortlich«, so Mausfeld. Doch diese Zahlen seien kaum bekannt. »Es bedarf in der medialen Darstellung dieser Verbrechen einer beträchtlichen Fragmentierung und einer radikalen Rekontextualisierung als ›Kampf für Demokratie und Menschenrechte‹, damit Verbrechen dieser Größenordnung sowie ihre geschichtliche Kontinuität für die Öffentlichkeit nahezu unsichtbar werden. Obwohl all dies ausführlich dokumentiert ist, sind diese Verbrechen im öffentlichen Bewusstsein so gut wie nicht präsent«, erklärt Mausfeld.[464]

Die Menschen in Nordamerika und Europa werden täglich mit News, Sport, Werbung und einer Flut von oft unnützen Informationen zugeschüttet, und viele fühlen sich daher über alles Wesentliche unterrichtet. »Die Bürger, die beim Frühstück die *Süddeutsche Zeitung* lesen, nachmittags in *Spiegel Online* schauen und sich abends die *Tagesschau* ansehen, sind im Gefühl umfassender Informiertheit so selbstzufrieden, dass sie die Krankheit, an der sie leiden … nicht einmal mehr erkennen können«, erläutert Mausfeld. Die Krankheit ist die Illusion des Informiertseins. Erzeugt wird sie durch andauernden und unkritischen Medienkonsum.[465]

Alternative Medien stärken die Friedensbewegung

Zum Glück ist diese Krankheit aber heilbar. Jeder kann selbst entscheiden, weniger Medien zu konsumieren. Denn wer eine Mediendiät macht, nimmt auch weniger Kriegspropaganda auf. Gerade wenn man niedergeschlagen und traurig ist, kann eine Mediendiät helfen, kombiniert mit guter Ernährung, Gesprächen mit Freunden und langen Aufenthalten in der Natur. Zudem ist es ratsam, statt News spannende Bücher zu lesen. Denn News sind fragmentiert, daher kann man sich nur schlecht an die News erinnern, die man vor einer Woche gelesen oder gehört hat. Umfangreiche Sachbücher hingegen liefern Kontext und verschiedene Beispiele zum

selben Thema, wodurch die Information im Gehirn vernetzt und dadurch viel besser abgespeichert wird.

Natürlich gibt es auch in den Leitmedien mutige und unabhängige Journalisten, die der Wahrheit und der Aufklärung verpflichtet sind und dafür auch Widerstände auf sich nehmen. Zu ihnen zählt Seymour Hersh, der während des Vietnamkriegs das Massaker von My Lai aufdeckte. Aber oft sind Journalisten darauf bedacht, ihre Anstellung nicht zu gefährden und die Grenzen des eng abgesteckten Meinungsspektrums nicht zu verletzen. Die bekannten Leitmedien *Fox News, CNN, BBC, Washington Post, New York Times, Economist, MSNBC, New York Post, ABC News, USA Today* und das *Wall Street Journal* berichten nur selten kritisch über die Kriege der Vereinigten Staaten. Das Wort »US-Imperialismus« taucht in diesen Leitmedien praktisch nie auf, was bewirkt, dass die Fernsehzuschauer und Zeitungsleser nie über den US-Imperialismus und seine Folgen nachdenken.

Nur wenige Medienmarken, die auf Englisch berichten, sind gegenüber dem US-Imperialismus kritisch eingestellt. Diese sind weniger bekannt als die Leitmedien, ihre Darstellung der internationalen Politik wird daher weniger gelesen und gesehen. Zudem haben sie weniger finanzielle Mittel. Zu diesen alternativen Medien zählen *Democracy Now, The Nation, Global Research, The Empire Files, Truthdig, offGuardian, Zero Hedge, Russia Today, Information Clearing House, Veterans Today* und andere. Es ist die Aufgabe von Historikern wie mir, aber auch von kritischen Zeitzeugen ganz allgemein, sowohl Leitmedien wie *New York Times* und *BBC* als auch alternative Medien wie *Democracy Now* oder *Global Research* zu lesen. Wer dies tut, wird schnell feststellen, dass *Democracy Now* ganz anders über den Syrienkrieg berichtet als *Fox News*. Und *Global Research* publiziert völlig andere Texte zu 9/11 als die *New York Times*. »Unsere angeblichen Leit- und Qualitätsmedien erwecken den Eindruck, die Meinung der Herrschenden sei die herrschende Meinung«, erklärt der Politikwissenschaftler Ulrich Teusch, der an der Universität Trier lehrte. »Im Kampf gegen den Krieg, im Kampf für den Frieden ist auf die Medien der Herrschenden kein Verlass«, warnt daher Teusch.[466]

Wer auf Deutsch liest, hat rund 80 Medienmarken zur Auswahl, darunter Leitmedien wie *ARD, ZDF, Spiegel, Neue Zürcher Zeitung,*

Süddeutsche Zeitung, Die Zeit und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Wie im englischen Sprachraum gibt es aber auch auf Deutsch alternative Medienmarken, die dem US-Imperialismus kritisch gegenüberstehen, darunter *Rubikon, KenFM, Nachdenkseiten, Free21, Cashkurs, Sputnik, RT Deutsch, Telepolis* und *Infosperber*. Der Medien-Navigator von Swiss Propaganda Research gibt über die verschiedenen Marken einen nützlichen Überblick. Wer seine Medienkompetenz verbessern will, kann den Medien-Navigator gratis auf der Website von »Swiss Propaganda Research« herunterladen und immer dann, wenn er einen Text liest oder ein Video anschaut, prüfen, wie die Medienmarke, welche die Information publiziert hat, geostrategisch ausgerichtet ist. Wenn man sich als Historiker auf eine Geschichte konzentriert und dabei die Berichte der Leitmedien mit den alternativen Medien vergleicht, fällt sofort auf, dass zum Beispiel *Der Spiegel* über die Terroranschläge vom 11. September genau so berichtet wie vom US-Präsidenten vorgeschrieben und keine kritischen Fragen zulässt, während *KenFM* seine Leser auf die Sprengung von WTC7 hinweist und den sogenannten »Krieg gegen den Terror« als Täuschungsmanöver ablehnt. Persönlich schätze ich die Arbeit von mutigen Journalisten sowohl in den Leitmedien als auch in den alternativen Medien, sofern sie sich dem Frieden verpflichtet wissen und dafür auch bereit sind, den vorgegebenen Meinungskorridor zu verlassen.[467]

14. Das digitale Imperium

Weil wir alle im Informationszeitalter leben, hinterlassen wir täglich digitale Spuren. Es ist noch nicht so lange her, als Apple-Chef Steve Jobs 2007 in San Francisco der Welt das erste iPhone präsentierte. Heute tragen fast alle Smartphones mit sich herum. Daher wird unser Weg täglich aufgezeichnet. Am Ende des Jahres können wir auf Google Maps sehen, wo wir überall waren. Das gab es noch nie in der Menschheitsgeschichte. Wenn wir statt mit Bargeld mit der Kreditkarte bezahlen, wird unser Einkauf registriert. Daher wollen die Freunde der totalen Überwachung das Bargeld weltweit abschafffen. In der U-Bahn oder im Fußballstadion erfassen Kameras unser Gesicht. Jede Website, die wir besuchen, wird notiert. Wenn wir online ein Ferienhaus in Italien mieten, erhalten wir danach wochenlang Werbung für Ferienhäuser. Wenn wir auf dem Smartphone einen Tisch in einem Möbelhaus suchen, werden wir bald danach Möbelwerbung erhalten. Wer auf YouTube Beiträge über vegane Ernährung schaut, erhält zum selben Thema weitere Vorschläge.

Algorithmen, also Computerprogramme, erfassen fast jeden Schritt, den wir tun. Sie schlagen uns beim Schach oder empfehlen uns einen passenden Partner beim Online-Dating. Jeder Like auf Facebook und jeder Film, den wir auf Netflix anschauen, wird registriert. Auch die Kontakte auf unserem Smartphone können abgegriffen werden. Aus all diesen Daten ist eine digitale Akte über jede und jeden von uns entstanden. Aber wir selbst haben keinen Zugriff auf diese digitale Akte, wir können also nicht prüfen, welche Informationen über uns gesammelt wurden. Wir wissen nicht einmal, wer

alles eine digitale Akte über uns hat. Und es ist auch nicht möglich, die eigene digitale Akte zu löschen.

Der Fichenskandal in der Schweiz 1990

Jeder Staat der Welt sammelt Daten über seine Bürger und führt zumindest ein Einwohnerregister. Doch oft wird noch viel mehr gesammelt. In der Schweiz hat die Bundespolizei im Kalten Krieg 900000 Akten, sogenannte Fichen, über politisch aktive Menschen angelegt. Die Akteneinträge waren auf Karton gedruckt und lagerten ordentlich sortiert in Archivschränken bei der Bundesanwaltschaft in Bern. Jeder 20. Schweizer und jeder dritte Ausländer hatte eine solche Akte, wusste aber nichts davon. Vor allem Sozialisten, Gewerkschafter, Anarchisten, Mitglieder der Friedensbewegung, Schriftsteller, Menschen, die gegen Atomkraftwerke oder gegen den Diktator Pinochet öffentlich demonstriert hatten, sowie Ausländer wurden von der Bundespolizei erfasst. Die Akte enthielt Name, Geburtsdatum, Wohnort, Beruf, Nationalität und Zivilstand, gefolgt von einer Beschreibung der politischen Aktivität. Ziel der Behörden war es, die Schweiz vor Subversion durch Geheimdienste aus dem Ausland und radikalen politischen Bewegungen zu schützen.[468]

Als eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) unter Nationalrat Moritz Leuenberger (SP) die Existenz der geheimen Registrierkarten 1990 aufdeckte, löste dies in der Schweiz ein politisches Erdbeben aus. Es gab öffentliche Proteste gegen den Überwachungsstaat, der auch als »Schnüffelstaat« kritisiert wurde. Einige klagten wegen Verletzung ihres Privatlebens und bekamen Recht. Mehr als 300000 Schweizerinnen und Schweizer verlangten von der Bundespolizei die Herausgabe ihrer persönlichen Akte und durften danach ihre Fiche einsehen. »Als ich meine Fiche lesen konnte, wusste ich nicht, ob ich lachen oder weinen sollte – es war unglaublich«, erinnert sich der Journalist Jean-Michel Berthoud, der Mitglied der Revolutionären Marxistischen Liga war. »Ich war in Untermiete bei Architekten, und wir redeten offen miteinander. Sie erzählten alles über mich der Polizei.« Und diese schrieb es in die Akte. Ohne, dass Berthoud dies wusste.[469]

Die Überwachung der Bürger in China

Analoge Akten aus Papier wie beim Fichenskandal in der Schweiz sind nicht mehr zeitgemäß. Heute dominieren digitale Akten, abgespeichert in unzähligen Computern. Auch China setzt auf digitale Akten, kombiniert mit automatischer Gesichtserkennung. Und geheim ist die Überwachung auch nicht mehr. In der chinesischen Stadt Rongcheng mit einer Million Einwohnern wurde 2013 ein »Sozialkreditsystem für vorbildliches Betragen« eingeführt, das nach einer Testphase auf ganz China ausgeweitet werden soll. Alle größeren Plätze und Straßen wurden mit Kameras zur Gesichtserkennung ausgestattet. Die Einwohner von Rongcheng erhielten zu Beginn jeder ein Guthaben von 1000 Punkten. Wer Müll auf der Straße liegen lässt, büßt drei Punkte ein. »Deshalb sind die Busse und Trottoirs extrem sauber, man sieht nirgendwo eine Zigarettenkippe oder eine leere Getränkedose herumliegen«, berichtet *Amnesty International* über die Stadt am Gelben Meer. Zahlreiche Überwachungskameras ersetzen die Streifenpolizei. Täglich sendet das Lokalfernsehen eine in der Bevölkerung beliebte Zusammenfassung der Fehltritte, die von den Überwachungskameras innerhalb der vorangegangenen 24 Stunden aufgezeichnet wurden. Wer die Obstbäume des Nachbarn schneidet, ein Auto aus dem Graben zieht oder einen alten Menschen ins Krankenhaus begleitet, erhält Punkte gutgeschrieben. Wer aber seine Hühner frei herumlaufen lässt, verliert 10 Punkte. Für regierungskritische Graffiti sind 50 Punkte fällig. Durch dieses Überwachungssystem und die digitalen Akten werden nicht nur die Straßen sauber gehalten, was viele begrüßen, sondern auch jede Kritik an der Regierung im Keim erstickt, weil man dadurch zu viele Punkte verlieren würde.[470]

Um das chinesische Internet abzuschirmen, hat China zudem eine digitale Mauer um das ganze Land errichtet, welche die Onlinedienste, die in den USA und Europa verbreitet sind, blockiert. Die vom US-Imperium kontrollierten Websiten Google, Youtube, Facebook, Twitter und Wikipedia sind in China nicht zugänglich. Als Ersatz bietet Peking eigene chinesische Dienste an, die von der allmächtigen kommunistischen Partei kontrolliert werden. WeChat ersetzt Whatsapp. Und statt Twitter gibt es Weibo. Als

Weibo 2009 lanciert wurde, entdeckten die Bürger ihre eigene Macht. Millionen von Chinesen diskutierten angeregt auf Weibo über Lebensmittelskandale, Luftverschmutzung, Polizeigewalt und Korruption in der Politik. Doch dann löschte die Regierung die Weibo-Konton von bekannten regierungskritischen Bloggern wie dem Künstler Ai Weiwei oder dem Schriftsteller Murong Xuecun. Deplatforming nennt man das, wenn soziale Netzwerke ausgewählten Personen das Mikrofon abdrehen. Das gibt es nicht nur in China, sondern auch in den USA. Murong Xuecun verlor nach dem Deplatforming den Kontakt zu Millionen von Chinesen, die gerne seine Texte auf Weibo gelesen hatten. »Die Wahrheit ist, dass wir die Wahrheit nicht aussprechen dürfen«, protestierte Schriftsteller Xuecun in der *New York Times*. »Wir dürfen das System nicht kritisieren oder die Aktualität diskutieren.«[471]

Die digitale Mauer hat Auswirkungen auf den Informationsfluss in China. Wer zum Beispiel auf der US-Suchmaschine Google »Tiananmen« eingibt, erhält als erstes Suchresultat den Eintrag »Tiananmen-Massaker« vom US-Onlinelexikon *Wikipedia*, gefolgt von Bildern von jenem Mann, der sich während des Massakers 1989 im weißen Hemd vor die chinesischen Panzer stellte. Doch Google gibt es nicht in China. Das chinesische Google heißt Baidu und wird von der kommunitischen Partei kontrolliert. Gibt man »Tiananmen« auf der chinesischen Suchmaschine Baidu ein, erhält man schöne touristische Ansichten des berühmten Tiananmenplatzes im Herzen Pekings. Das Bild des Mannes, der sich vor die Panzer stellte, erscheint auf Baidu nicht. Daraus wird ersichtlich, dass Suchmaschinen wie Google und Baidu den Informationsfluss steuern können.[472]

Die Überwachung der Bürger in den USA

Auch Politiker und Militärs in den USA überwachen ihre eigene Bevölkerung. Weil die USA gegenwärtig das Imperium sind, versuchen sie sogar, über jeden Menschen auf der ganzen Welt eine digitale Akte anzulegen. Denn Information ist Macht. Durch das Abfangen und Entschlüsseln der militärischen Kommunikation der Japaner war es dem

US-Marinegeheimdienst 1941 gelungen, den Angriff auf Pearl Harbor vorauszusagen. Das Weiße Haus war damals im Bilde, die US-Soldaten auf Hawaii aber nicht. Die zwei Gruppen hatten nicht denselben Informationsstand, die Soldaten bezahlten dafür mit dem Leben. Indem das Weiße Haus die eigenen Soldaten opferte, konnte das Volk in Aufruhr versetzt werden. Dies ging nur, weil das Volk nicht wusste, dass das Weiße Haus die Funksprüche der Japaner mitlesen konnte. Einflussreiche Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer wissen, wie wertvoll heute Informationen sind. »Daten, nicht Erdöl, sind der wertvollste Rohstoff der Welt«, behauptete der *Economist* im Jahr 2017.[473]

Der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) und mächtige US-Technologiekonzerne wie Google, Facebook, Amazon, Apple und Microsoft sammeln über Millionen von Menschen auf der ganzen Welt möglichst viele Daten. Die NSA wurde 1952 gegründet und hat den Hauptsitz auf der Militärbasis Fort Meade in Maryland, auch als Crypto City bekannt. Die NSA ist ein Teil des US-Militärs. Sie überwacht in enger Kooperation mit dem britischen Geheimdienst GCHQ (Government Communications Headquarters) weltweit die elektronische Kommunikation und wertet die abgefangenen Daten aus. Die NSA hat die Terroranschläge vom 11. September 2001 als Rechtfertigung benutzt, um alle Menschen weltweit zu überwachen und über jeden und jede eine digitale Akte anzulegen.

»Sie wollen Informationen über alles haben. Das ist wirklich ein totalitärer Ansatz, den man bislang nur bei Diktatoren gesehen hat«, kritisierte der Mathematiker William Binney in Berlin in einer Rede vor dem Bundestag. Binney ist ein Insider, er hatte 30 Jahre für die NSA gearbeitet, bevor er den Geheimdienst Ende 2001 aus Protest gegen die Datensammelwut verließ. »Nach dem 11. September hat sich alles geändert«, erklärt Binney. Früher habe man vor allem fremde Militärs überwacht, doch jetzt strebe die NSA die »Sammlung von Daten der sieben Milliarden Menschen unseres Planeten« an, also der gesamten Menschheit. Die NSA speichere die Daten für immer. »Die schmeißen nichts weg. Wenn sie erst mal was haben, dann behalten sie es.«[474]

Einer breiten Öffentlichkeit wurden die Aktivitäten der NSA erst bekannt, als der mutige US-Amerikaner Edward Snowden im Juni 2013 den von der NSA aufgebauten Überwachungsstaat, in dem wir heute leben, detailliert beschrieb. Snowden muss seither im Exil in Moskau leben, weil Deutschland, die Schweiz, Frankreich und andere Staaten ihm kein Asyl gewähren wollten. Die NSA und der britische Geheimdienst GCHQ betreiben »das größte Überwachungsprogramm in der Geschichte der Menschheit«, enthüllte Snowden, der weltweit bekannteste Kritiker des Überwachungsstaates. »Ich möchte nicht in einer Welt leben, in der alles, was ich tue und sage, aufgezeichnet wird. Das ist nichts, was ich unterstützen oder wo ich leben möchte«, so Snowden gegenüber dem *Guardian*. Snowden ist ein Insider. Bevor er Whistleblower wurde, arbeitete er als Computerspezialist für die Beratungsfirma Booz Allen Hamilton in einem NSA-Büro auf Hawaii und hatte Zugriff auf viele geheime NSA-Dokumente.[475]

US-Präsident Barack Obama hatte keine Freude an Whistleblower Snowden und hätte ihn festgenommen, wenn Snowden nicht zu Wladimir Putin nach Russland geflüchtet wäre. Denn Obama unterstützte den Ausbau des Überwachungsstaates, die NSA ist dem US-Präsidenten unterstellt. In Deutschland, wo der Überwachungsstaat von Kritikern als Stasi 2.0 bezeichnet wird, wurden durch die NSA jeden Monat rund eine halbe Milliarde E-Mails, SMS und Telefonate abgegriffen, wie der *Spiegel* enthüllte. An Spitzentagen waren es bis zu 60 Millionen Telefonverbindungen. Die Deutschen werden durch die NSA sehr genau beobachtet. »Abhören von Freunden, das ist inakzeptabel, das geht gar nicht«, kritisierte Regierungssprecher Steffen Seibert im Juli 2013 die NSA, welche aber nicht beeindruckt war. Auch die deutsche Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger prangerte im Anschluss an die Enthüllungen von Snowden den »Speicherwahn« an und sprach von einer »Katastrophe« und einem »Alptraum«, weil die NSA ohne jeden Verdachtsmoment einfach jeden Bürger in Deutschland überwacht. Es muss davon ausgegangen werden, dass über jeden von uns eine digitale Akte existiert. Wenn Sie dieses Buch als eBook lesen, kann die NSA sogar beobachten, auf welcher Seite sie gerade sind. Auch Amazon wertet genau

aus, wie die Endnutzer eBooks lesen und wann sie ein Buch zur Seite legen.[476]

Die NSA verfügt über die neueste Technik und kann grundsätzlich jeden überwachen. »Amerika hat das Handy der Kanzlerin abgehört«, enthüllte empört die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 23. Oktober 2013. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die 2005 ins Kanzleramt eingezogen war und auf Gerhard Schröder folgte, war blamiert. Merkel erklärte in einem Telefongespräch mit Obama, »dass sie solche Praktiken, wenn sich die Hinweise bewahrheiten sollten, unmissverständlich missbilligt und als völlig inakzeptabel ansieht.« Politiker aller Parteien zeigten sich empört. »Diese Unverschämtheiten der USA müssen endlich unterbunden werden«, forderte Gregor Gysi von der Partei Die Linke. Und der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl ergänzte, »die Kanzlerin muss natürlich abhörsicher kommunizieren können.« Doch wie das gehen soll, wussten die Politiker nicht. Schon die Japaner hatten vor Pearl Harbor versucht, abhörsicher zu kommunizieren, und es ist ihnen nicht gelungen. Die NSA kann zwar nicht jeden Code knacken. Aber sie hat viel Erfahrung darin, sich Zugang zu Daten zu verschaffen, die eigentlich geheim bleiben sollten.[477]

Die NSA beobachtet und sammelt nicht nur. Sie greift auch an, wie Dokumente enthüllten, die von Edward Snowden publiziert wurden. Der Direktor der NSA ist gleichzeitig der Chef des sogenannten Cyber Command der US-Streitkräfte. Ein Teil der 45000 NSA-Mitarbeiter sind Cyberkrieger und für zerstörerische Netzangriffe zuständig. Dazu gehören jene NSA-Mitarbeiter, die in der dritten Etage des NSA-Hauptgebäudes im sogenannten »Remote Operations Center« (ROC) in Fort Meade in Maryland arbeiten. Diese NSA-Hacker können unentdeckt in fremde Computer und Smartphones einbrechen, ohne Spuren zu hinterlassen. Der Endnutzer weiß gar nicht, dass die NSA in sein Gerät eingebrochen ist. Die ROC-Mitarbeiter missachten die Privatsphäre anderer Menschen andauernd und folgen dem Motto: »Deine Daten sind unsere Daten, deine Geräte sind unsere Geräte.«[478]

Immer wieder haben mutige US-Amerikaner gegen den real existierenden Überwachungsstaat der NSA protestiert. Für Whistleblower ist es aber nicht leicht. »Als ich 2006 dann tatsächlich Kontakt zu einer

Reporterin aufnahm, stürmte wenig später das FBI mein Haus«, erinnert sich Thomas Drake, der seit 2001 bei der NSA arbeitete. »Das Justizministerium klagte mich an, ich sollte 35 Jahre ins Gefängnis.« Drake verlor seinen Job, seine bürgerliche Existenz, seinen Freundeskreis und wurde zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Das US-Justizministerium konnte Drake aber keinen illegalen Geheimnisverrat nachweisen. Als Whistleblower hatte er sich nur dagegen gewehrt, dass nach dem 11. September 2001 die Massenüberwachung in den USA Realität wurde und auch Daten von völlig unbescholtenen Amerikanern erfasst wurden, ohne Anlass, ohne Gerichtsbeschluss. »Nur wenige Agenten wussten vom Ausmaß der Überwachung«, erklärt der NSA-Insider. »Aber viele der Eingeweihten hatten Bauchschmerzen wegen der illegalen Praktiken und der Geldverschwendung«. Aber keiner der Militärs wollte sein bisheriges Leben aufs Spiel setzen. »Keiner wollte den Kopf hinhalten – sie sahen ja, was mit mir geschah. Und genau diese Warnung sollte meine Anklage auch senden: Wenn du auspackst, werden wir dich brechen.«[479]

Weil die NSA über jeden einzelnen Menschen auf der Welt eine umfassende digitale Akte anlegen will, braucht sie viel Speicherplatz. Den hat sie im Bundesstaat Utah. Dort hat die NSA 2013 das Data Center in Bluffdale eröffnet. Dieses Datenzentrum könne »mindestens 100 Jahre der globalen Kommunikation speichern«, erklärt der frühere NSA-Mitarbeiter Binney. »Dieser Ort sollte uns endgültig in Angst und Schrecken versetzen. Die NSA will alles. Jederzeit.« Die Größe der Speicher ist fast unvorstellbar. Der Mathematiker Binney erklärt, das Utah Data Center könne 20 Terabytes speichern – was der ganzen Library of Congress in Washington entspricht, der größten Bibliothek der Welt –, und zwar jede Minute. Die NSA hat also mehr als genügend Speicherplatz. Im Utah Data Center werden Texte, Bilder und Videos gespeichert, welche die Menschen sorglos in den sozialen Netzwerken teilen. »Die Menschen widmen dieser Sache keine Aufmerksamkeit, bis es zu spät ist«, warnt der US-Journalist James Bamford, der ein Standardwerk über die NSA publiziert hat. Wer seine digitale Akte oder die seiner Kinder löschen will, wird keinen Erfolg haben. Auch Einsicht gewährt die NSA nicht. Nach den Enthüllungen von Snowden haben Menschen vor dem Datenzentrum in Bluffdale protestiert.

Aber die NSA lässt niemanden zu nahe heran. Auf Mauern weisen gelbe Schilder darauf hin, dass dies eine militärische Anlage ist und dass Unbefugte keinen Zutritt haben. Kameras, Hunde und Polizisten bewachen das Datenzentrum des Militärs. Jeder Demonstrant wird digital erfasst.[480]

Das Ausmaß der weltweiten Überwachung und Datenausbeutung ist enorm, kritisiert auch Werner Meixner, der am Institut für Informatik an der Technischen Universität München lehrt. Das Ziel der USA bestehe darin, mit der digitalen Überwachung ihre globale Vormachtstellung abzusichern, wobei die amerikanischen IT-Konzerne »die Grundlagen der wirtschaftlichen und militärischen Hegemonie der USA« liefern, so der Computerexperte. Die überwachten Bürger interessieren sich nicht für ihre digitale Akte, aus schlichter Bequemlichkeit. Vor allem aber sind viele im falschen Glauben, dass Widerstand gegen NSA, Facebook und Google nicht möglich sei. Dies ist aber nicht so. »Der Einbruch in die Privatsphäre ist ein krimineller Akt, und zwar nach allgemeinem Menschenrecht«, erklärt Meixner und ruft zum Widerstand auf. »Was hindert uns daran, die Vernichtung unserer Privatsphäre als Verbrechen zu bezeichnen?« Nur wenn der Einzelne den Verlust der eigenen Privatsphäre als Problem erkannt habe, sei Widerstand möglich.[481]

Das Internet revolutioniert die Welt 1994

»Das Internet ist für uns alle Neuland«, behauptete Bundeskanzlerin Angela Merkel 2013 in Berlin bei einer Pressekonferenz mit US-Präsident Obama. Merkel wies damit Kritik am NSA-Überwachungsprogramm Prism zurück, in dessen Rahmen Facebook und Google ihre Daten mit der NSA teilen. Völlig falsch war die Beobachtung von Merkel nicht. Denn tatsächlich ist die Geschichte des Internets gerade für Historiker wie mich noch sehr jung. Wir wissen noch nicht, wohin die Reise im 21. Jahrhundert gehen wird. Das Internet kann durch das Militär zur totalen Überwachung aller Bürger genutzt werden, was der düsteren Seite einer Vision entspricht. Oder es kann als helle Seite einer Vision durch die Friedensbewegung genutzt werden, um Informationen über Kriegslügen auszutauschen, friedliche Proteste zu organisieren und einen Bewusstseinswandel anzustoßen, wofür

ich mich einsetze. Auch ich habe ein Konto bei Facebook und Twitter sowie einen eigenen YouTube-Kanal und nutze das Internet, um die Friedensbewegung zu stärken.

Ich bin als Student zum ersten Mal mit dieser neuen Technologie in Kontakt gekommen. Es war das Jahr 1996, ich war 24 Jahre jung, studierte Geschichte und war für ein Jahr an der Universität in Amsterdam. Eine hübsche Studentin aus Zypern, die im selben Studentenheim wohnte, fragte mich: »Daniele, kommst Du auch ins Internet?«. Meine Antwort war: »Was ist das?« Ich hatte keine Ahnung, von was sie sprach. Darauf ihre Erklärung: »Ich weiß es auch nicht. Aber ich glaube, es ist spannend. Heute wurde ein neuer Internetraum eröffnet.« Das interessierte mich und so gingen wir zusammen zu diesem Raum, wo etwa hundert Computer standen, alle verbunden mit dem Internet. Viele Studentinnen und Studenten surften an diesem Tag das erste Mal in ihrem Leben. Es war aufregend. Alle legten sich sofort eine E-Mail-Adresse zu, denn das war gratis. An die NSA, den Überwachungsstaat oder unsere digitale Akte dachten wir damals nicht. Wir hatten einfach Spaß.[482]

Die Menschen lieben es, Informationen auszutauschen, und das Internet macht dies viel einfacher. Erfunden wurde das Internet in den USA. Unter dem Namen Arpanet wurde 1968 im Auftrag der US-Luftwaffe ein Netzwerk von Computern aufgebaut, um US-Universitäten, die für das Pentagon forschten, miteinander zu verbinden. Damals tobte der Vietnamkrieg und Studenten von Harvard und der Technischen Universität von Massachusetts (MIT) protestierten gegen das Arpanet, berichtet der Journalist Yasha Levine. Sie hatten über einen MIT-Professor erfahren, dass dieses Netzwerk von den Regierungsbehörden auch dazu benutzt werde, möglichst viele Daten über politisch aktive Studenten und Kriegsgegner zu sammeln.[483]

Doch aufhalten konnten diese frühen Proteste den Ausbau des Internets nicht. Im Jahre 1990 ging am europäischen Kernforschungszentrum CERN in der Schweiz die erste Website »info.cern.ch« online, programmiert vom britischen Informatiker Tim Berners-Lee, dem Erfinder des World Wide Web. Doch kaum jemand bemerkte das. Erst 1994, zwei Jahre bevor ich in Amsterdam zum ersten Mal in meinem Leben das Internet benutzte, kam in

den USA der Webbrowser Netscape Navigator auf den Markt, der bald vom Internet Explorer von Microsoft verdrängt wurde. Mit dem Netscape Navigator wurde das Surfen leichter und das Internet erstmals für Millionen von Menschen interessant. Es ist daher nicht falsch, den Beginn des Internets auf das Jahr 1994 zu datieren. Als »digitale Eingeborene« werden heute Menschen mit Jahrgang 1980 oder jünger bezeichnet, die in einer digitalen Welt aufgewachsen sind. Meine beiden Kinder gehören zu dieser Gruppe. Sie kennen nur eine Welt, in der das Internet, Smartphones, Google und YouTube immer existiert haben. Menschen, die vor 1980 geboren wurden, darunter auch ich, sind »digitale Einwanderer«, weil sie sich noch an eine Zeit erinnern, in der es kein Internet gab. Digitale Einwanderer wie ich werden aussterben.[484]

Google verdiente 30 Milliarden Dollar in 2018

Das Internet hat vieles verändert, einiges zum Guten, anderes zum Schlechten. Ein Antreiber dieses Wandels ist der US-Konzern Google, dessen Internet-Suchmaschine die meistbesuchte Website der Welt ist. Die Suchmaschine von Google ist seit 1997 online und wurde von Larry Page und Sergey Brin an der Stanford University in Kalifornien entwickelt. Der Einfluss von Google ist derart groß, dass im deutschen Sprachraum das neue Verb »googeln« entstand, mit der Bedeutung von »etwas recherchieren, etwas nachschlagen«. Die Suchmaschine zeigt in der Regel zehn Suchergebnisse je Seite an. Weil die meisten Menschen aus den obersten von Google angebotenen Vorschlägen auswählen, kann Google durch Algorithmen festlegen, welche Informationen am meisten gelesen werden. Google mischt Werbung unter die Suchergebnisse und verdient damit viel Geld. Im Jahr 2018 hat der Technologiegigant bei einem Umsatz von 130 Milliarden Dollar einen Reingewinn von 30 Milliarden Dollar realisiert.[485]

Neben der Suchmaschine bietet Google seit 2005 auch Google Maps an, das auf Papier gedruckte Landkarten nach und nach verdrängt. Google Maps verarbeitet Satellitenbilder und überlagert diese mit Geodaten. Der Nutzer kann sich in jeder Stadt der Welt über sein Smartphone die lokale

Landkarte anzeigen lassen, wenn er genügend Akku und Zugang zum Internet hat. Google Maps zeigt dem Autofahrer auch Staus in Echtzeit an, wobei alle Smartphones mit dem Google-Betriebssystem Android erfasst werden. Weil sehr viele Menschen im Auto ihr Smartphone dabeihaben, sind die Stauangaben sehr präzise, denn wenn die Smartphones stauen, stauen sich auch die Autos. Google kann erkennen, wohin wir wollen und woher wir kommen. »Es wird so weit kommen, dass es für uns gar nicht mehr nötig sein wird, dass Sie etwas eintippen«, erklärte Google-CEO Eric Schmidt 2010 selbstbewusst. »Weil wir wissen, wo Sie sind. Wir wissen auch, wo Sie waren. Wir können mehr oder weniger erraten, über was Sie nachdenken.«[486]

Google besitzt auch das 2005 gegründete Videoportal YouTube. Dort können die Nutzer nicht nur Videos ansehen, sondern diese auch bewerten, kommentieren und selbst hochladen. Ich selbst habe auch einen YouTube-Kanal, auf dem mehr als 30 meiner Vorträge gratis angeschaut werden können. Ich versuche mit meinen Vorträgen die Friedensbewegung zu stärken. Google hat ein anderes Interesse, sie schalten vor meine Vorträge Werbespots und verdienen dadurch Geld. Google weiß, was uns interessiert. Algorithmen registrieren, was wir auf welchen Geräten anschauen, und machen uns Vorschläge, die zu unseren Interessen passen. Google will unsere Aufmerksamkeit und baut immer leistungsfähigere Computer, sogenannte Quantencomputer, die noch schneller rechnen können.

Die Google-Produkte YouTube, Suchmaschine und Maps sind nur scheinbar gratis. In Tat und Wahrheit bezahlen die Kunden nicht mit Geld, sondern mit ihren Daten. Die Produkte bieten einen Mehrwert und ziehen daher unsere Aufmerksamkeit magisch an. Diese Aufmerksamkeit verkauft Google an Werbekunden, die ihre Botschaften dann mit nur wenig Streuverlust zielgenau platzieren können. »Google, Apple und Facebook wissen, wenn eine Frau eine Abtreibungsklinik besucht, auch wenn sie es niemandem sagt, denn die GPS-Koordinaten des Smartphones lügen nicht«, erklärt der Journalist Yasha Levine. Mit Google Maps werden die Bürger überwacht. »Sexuelle Abenteuer und außereheliche Affären sind sehr leicht zu entdecken: zwei Smartphones, die sich noch nie getroffen haben, kreuzen sich in einer Bar und bewegen sich danach in ein Hotel, bleiben

dort die ganze Nacht und gehen am Morgen wieder auseinander.« Die Technologiekonzerne »kennen uns ganz genau«, betont Levine. »Sie wissen sogar Dinge, die wir vor unseren engsten Freunden geheim halten.« Wer die Überwachung satt hat, kann sich wehren. Dann bleibt das Smartphone so oft wie möglich aus oder zu Hause, wenn möglich, wird der Akku entfernt. Und man löscht Facebook, Twitter, YouTube, Instagram und alle anderen Social-Media-Accounts und bezahlt immer mit Bargeld. Aber das tun nur wenige.[487]

Facebook verdrängt auf Papier gedruckte Zeitungen

Die »allgegenwärtige Überwachung und ständige, subtile Manipulation« durch tausende von Algorithmen sei »unmoralisch, grausam, gefährlich und unmenschlich«, protestiert der US-Informatiker Jaron Lanier. Facebook habe die Menschen absichtlich süchtig gemacht. Wenn jemand auf Facebook sieht, dass sein Posting geliked wurde, erzeuge das einen Dopamin-Kick und soziale Anerkennung. Wenn sich dieser Prozess wiederhole, entstehe dadurch eine Abhängigkeit, die dazu führe, dass Menschen ihre Social-Media-Accounts mehrmals täglich anschauen. Nicht um etwas Neues zu lernen, sondern um den Dopamin-Kick zu erhalten. Und weil dieser Prozess unbewusst ablaufe, seien die Nutzer sich ihrer Sucht nicht bewusst. »Wenn du dich befreien willst, authentischer und weniger süchtig sein willst, wenn du weniger manipuliert werden und weniger paranoid sein willst – dann musst du deine Social-Media-Accounts löschen«, rät Jaron Lanier.[488]

Facebook hat heute weltweit mehr als 2 Milliarden Nutzer, was rund einem Viertel der Weltbevölkerung entspricht. Die Firma mit Hauptsitz in Kalifornien wurde 2004 gegründet und verkauft gezielt Werbung. Im Jahr 2018 machte Facebook einen Gewinn von 22 Milliarden Dollar und gehört daher wie Google zu den Großen im Geschäft. Während die NSA im Geheimen Daten sammelt, tut dies Facebook öffentlich und für alle sichtbar. Auf Facebook erstellt jeder seine eigene digitale Akte, die dann von der NSA einfach abgegriffen werden kann. Facebook besitzt auch den beliebten Chatdienst WhatsApp und die Fotoplattform Instagram. Facebook-Gründer

Mark Zuckerberg gehört zu den Superreichen in den USA, die das Imperium lenken. Gemäß dem US-Magazin *Forbes* lag sein Vermögen im Jahr 2018 bei 61 Milliarden Dollar.[489]

Facebook ist auch ein Nachrichtenkanal. Immer mehr Menschen konsumieren Nachrichten über soziale Medien und Suchmaschinen, und nicht mehr markengestützt in Form von gedruckten Zeitungen oder online entlang von gebündelten Gesamtangeboten wie Spiegel Online. Obwohl der Newsfeed Nachrichten aus verschiedenen Zeitungen enthält, wollen weder Facebook noch die Nutzer dafür bezahlen. Dies ärgert verständlicherweise die Journalisten in den verschiedenen Zeitungsredaktionen. Denn Facebook bedroht ihre Existenz. Junge Menschen kaufen kaum noch gedruckte Zeitungen. Gedruckte Zeitungen sterben aus, weil die Zahl der Abonnenten zurückgeht und die Werbegelder an Facebook und Google abwandern. Keine Zeitungsredaktion der Welt kann mit der Finanzkraft von Facebook mithalten.

Facebook und die Wahl von Donald Trump 2016

Mit Facebook-Werbung kann man nicht nur Autos und Waschpulver verkaufen, sondern auch Präsidentschaftswahlen beeinflussen. Dies ist völlig neu in der Geschichte der USA. Der Sieg des Republikaners Donald Trump über die Demokratin Hillary Clinton bei den Präsidentschaftswahlen am 8. November 2016 war knapp. Clinton hatte mit 65 Millionen Stimmen sogar 2 Millionen Stimmen mehr als Trump erhalten. Doch wer in den USA Präsident wird, richtet sich nicht nach der Gesamtzahl der Stimmen, sondern nach den gewonnenen Wahlmännerstimmen. Wer einen Bundesstaat gewinnt, wenn auch nur knapp, bekommt alle Wahlmännerstimmen. Am Wahltag zeigen Grafiken dieses Wettrennen: Wenn die Republikaner einen Staat gewinnen, wird er rot eingefärbt, wenn die Demokraten gewinnen, wird der Staat blau. Eine dritte Partei mit Einfluss gibt es in den USA nicht.

Als Swing States bezeichnet man diejenigen Bundesstaaten, in denen sowohl Demokraten als auch Republikaner eine Chance auf den Sieg haben. Jedes Wahlkampfteam will die Wahlmännerstimmen in den Swing States

gewinnen. Clinton erhielt 227 Wahlmännerstimmen. Doch Trump siegte in wichtigen Swing States wie Florida und Wisconsin und sicherte sich mit 304 Wahlmännerstimmen den Sieg. Das Team von Trump kannte die Wähler sehr genau, weil es ihre Facebook Profile und Likes analysiert hatte, ohne dass die Wähler das wussten. Danach wurden über den Nachrichtenstrom von Facebook ganz spezifische Botschaften an unsichere Wähler in den Swing States verschickt, in denen Hillary Clinton als korrupte Politikerin bezeichnet und dadurch geschwächt wurde.[490]

Während des Wahlkampfes hatten Beobachter dem Einfluss von Facebook noch kaum Beachtung geschenkt. Erst im März 2018 deckte der 28 Jahre alte Computerexperte Christopher Wylie in London auf, dass Facebook zum Wahlsieg von Trump beigetragen hatte. »Wir haben psychologische Profile von 230 Millionen Amerikanern erstellt, indem wir ihre Facebook-Daten ausgewertet haben«, enthüllte Wylie der verblüfften Öffentlichkeit. Wylie war Mitarbeiter einer bis dahin unbekannten englischen Firma mit dem Namen Cambridge Analytica gewesen. Diese Firma hatte die Daten der Facebook-Nutzer in den USA ohne deren Wissen ausgewertet und für politische Zwecke missbraucht. »Riesiger Datenmissbrauch blamiert Facebook«, titelte die *Neue Zürcher Zeitung*. Der Insider Wylie war an diesem Datenmissbrauch beteiligt, lehnte aber die Politik von Trump ab. Als ihm klar wurde, dass seine Firma den Wahlsieg von Trump unterstützt hatte, wurde Wylie Whistleblower.[491]

US-Bürger, die älter als 18 Jahre sind und in einem der 50 Bundesstaaten ihren Wohnsitz haben, sowie im Ausland lebende US-Soldaten und US-Diplomaten dürfen an der Präsidentschaftswahl teilnehmen, die alle vier Jahre stattfindet. Das sind insgesamt 230 Millionen Menschen. Über diese hatte Cambridge Analytica eine digitale Akte angelegt. Eine solch umfassende Überwachung der Wähler hatte es nie zuvor in der Geschichte der USA gegeben. Cambridge Analytica sammelte im Auftrag von Präsidentschaftskandidat Donald Trump und unterstützt durch den US-Milliardär Robert Mercer Daten über alle Wähler, darunter Vorname, Nachname, Foto, Alter, Wohnsitz, Einkommen, Religion, Waffenbesitz, Parteizugehörigkeit, Grundbucheinträge, Bonuskarten, medizinische Daten, Clubmitgliedschaften und Zeitschriftenabonnements.

Am interessantesten aber waren die Facebook-Daten für Cambridge Analytica. Warum waren diese Daten so wertvoll? Mit dem »Gefällt mir«-Knopf, dem Like, können Facebook-Nutzer zum Ausdruck bringen, was ihnen gefällt oder was sie unterstützen. Der Psychologe Michal Kosinski von der Stanford University in Kalifornien ist der Ansicht, dass man mit Facebook-Likes die Persönlichkeit einer Person vermessen kann. Gemäß Kosinski, der dafür plädiert, dass möglichst viele Menschen auf Facebook sind und ihre Ansichten öffentlich teilen, könne man mit 68 Facebook-Likes eines Users vorhersagen, welche Hautfarbe er habe, ob er homosexuell sei, ob Demokrat oder Republikaner. Zum Beispiel seien Männer, die die Kosmetikmarke MAC liken, mit hoher Wahrscheinlichkeit schwul. Einer der besten Indikatoren für Heterosexualität sei das Liken der New Yorker Hip-Hop-Gruppe Wu-Tang Clan. Lady-Gaga-Follower wiederum seien mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit extrovertiert. Wer Philosophie like, sei eher introvertiert. 70 Likes würden reichen, um die Menschenkenntnis eines Freundes, 150, um die der Eltern zu überbieten. Mit 300 Likes könne ein Computer das Verhalten einer Person eindeutiger vorhersagen als deren Partner, behauptet zumindest Kosinski.[492]

Erst seitdem fast jeder US-Amerikaner ein Facebook-Konto hat, ist eine solche Vermessung der Persönlichkeitsmerkmale möglich. Natürlich hatten Wahlkampfteams in den USA schon immer zwischen verschiedenen Wählern unterschieden, also zwischen Männern und Frauen oder zwischen Latinos, Afroamerikanern und Weißen und diese Gruppen auf unterschiedliche Art angesprochen. Doch Cambridge Analytica verfeinerte die Kommunikation erheblich und unterteilte die Wähler in »ängstlich« oder »aufgeschlossen«. Demografische Konzepte, nach denen in der Vergangenheit Wahlkämpfe geführt wurden, seien »eine lächerliche Idee«, erklärte Alexander Nix, CEO von Cambridge Analytica während des Wahlkampfes im September 2016 bei einem Vortrag in New York. »Alle Frauen erhalten die gleiche Nachricht, bloß weil sie das gleiche Geschlecht haben – oder alle Afroamerikaner, wegen ihrer Rasse?«, das mache doch keinen Sinn, so Nix. Man könne und müsse die Persönlichkeit der Menschen vermessen und sie dann mit genau abgestimmten Botschaften ansprechen, nur das bringe den Erfolg.[493]

Der Cambridge-Analytica-Skandal wird aufgedeckt

Um mehr über die schmutzigen Tricks von Cambridge Analytica herauszufinden, gaben sich Journalisten des britischen Fernsehsenders *Channel 4* als vermögende Klienten aus, die in Sri Lanka die Wahlen gewinnen wollen, und trafen sich in London mit Alexander Nix und Mark Turnbull von Cambridge Analytica. Ohne dass Nix und Turnbull das wussten, wurde das Gespräch im Geheimen aufgezeichnet. Turnbull erklärte, dass ihre Firma schon in vielen Ländern die Wahlen manipuliert habe, indem man die Wähler mit Mikrotargeting angesprochen habe, darunter USA, Kenia, Mexiko, Malaysia, Brasilien, Australien und auch in Osteuropa. Bei Wahlen gehe es immer um Emotionen, nie um Fakten, es gehe um Angst, betonte Turnbull im vertraulichen Gespräch. Nix ergänzte, dass die Geschichten, die man in Umlauf bringt, nicht unbedingt wahr, sondern nur glaubhaft sein müssen. Zudem könne man den politischen Gegner schwächen, indem man ihm Bestechungsgelder anbiete und das Gespräch heimlich filme und danach ins Internet stelle, »so hat man einen Videobeweis von Korruption«, erklärte Nix, dem nicht klar war, dass er selbst gefilmt wurde. Man könne auch »schöne Mädchen aus der Ukraine zum Haus des Kandidaten schicken«, so der Vorschlag von Nix, »das funktioniert sehr gut«. Cambridge Analytica habe diese Techniken in der Vergangenheit erfolgreich eingesetzt und in verschiedenen Ländern für seine Klienten die Wahlen gewonnen.[494]

Auch in den USA setzte Alexander Nix auf Mikrotargeting, also auf genau auf die Zielperson abgestimmte Botschaften, welche als bezahlte Werbung über Facebook den Wählern unterbreitet wurden. Vor der Gründung von Facebook war dies nicht möglich, man hätte niemals genau auf den Leser abgestimmte Briefe auf Papier drucken können, um diese danach in die Briefkästen zu werfen, das wäre viel zu aufwändig gewesen. Auch Zeitungen und TV-Sendungen können nicht einzelne Personen gezielt ansprechen. Aber über Facebook ist dies möglich. Für das Schalten der Werbebotschaften bezahlte Cambridge Analytica rund fünf Millionen Dollar an Facebook. Das Team von Clinton setzte viel weniger Geld für

Facebook-Werbung ein, wie der Dokumentarfilm »The Great Hack« enthüllte.[495]

Eine Vorliebe für US-gefertigte Autos sei das beste Anzeichen für mögliche Trump-Wähler, fand Cambridge Analytica dank der Auswertung der Facebook-Likes heraus. Das Wahlkampfteam von Trump ermunterte diese Gruppe über Facebook, unbedingt wählen zu gehen. Die Gruppe der »unentschlossenen Demokraten« versuchte man hingegen von der Urne fernzuhalten. In Miamis Stadtteil Little Haiti versorgte Cambridge Analytica die Einwohner mit Nachrichten über das Versagen der Clinton-Stiftung nach dem Erdbeben in Haiti. Dadurch wurden in Florida zweifelnde Linke, Afroamerikaner und junge Frauen, die normalerweise die Demokraten wählen, von der Urne ferngehalten. Weil nicht nur in den USA viele Menschen mehrmals täglich wie Süchtige ihr Facebook anschauen, war diese Methode effizient. »Wir sind begeistert, dass unser revolutionärer Ansatz der datengetriebenen Kommunikation einen derart grundlegenden Beitrag zum Sieg für Donald Trump geleistet hat«, rühmte sich Alexander Nix nach der Wahl von Trump.[496]

Ob der Einfluss von Cambridge Analytica tatsächlich »grundlegend« war für die Wahl von Trump, ist unklar. Aber Mikrotargeting über Facebook war sicher ein Element, das zum Sieg von Trump beigetragen hat. Früheren Präsidenten, wie Kennedy oder Reagan, standen solche Techniken im Wahlkampf nicht zur Verfügung. Nur wenige US-Amerikaner haben sich die Mühe gemacht, hinter die Kulissen der Macht zu blicken. Zu ihnen zählt David Carroll, Dozent für Medienwissenschaft in New York, der monatelang für die Herausgabe seiner digitalen Akte gekämpft hat, die Cambridge Analytica über ihn zusammengestellt hatte. Als Caroll schließlich seine digitale Akte erhielt, war er überrascht und musste feststellen: Alle Daten waren korrekt. »Ich denke, wenn die Amerikaner wüssten, was hier auch international vor sich geht, wären sie empört.«[497]

Cambridge Analytica wusste, dass die Swing States Florida, Michigan, Wisconsin und Pennsylvania durch Trump gewonnen werden mussten, um genügend Wahlmännerstimmen zu erringen. Die Experten berechneten, dass 70000 unentschiedene Wähler in diesen vier Staaten die Präsidentschaftswahl entscheiden können. In diesen Staaten wurden daher

besonders ängstliche oder besorgte Menschen herausgesucht, weil diese leicht beeinflusst werden können. Diese besorgten Wähler wurden in den Wochen vor der Wahl intensiv bearbeitet. »Wusstest Du, dass Hillary Clinton Dir Deine Schusswaffe wegnehmen will?«, war zum Beispiel eine Nachricht, die von Cambridge Analytica über Facebook verschickt wurde, um den Wähler davon abzuhalten, Hillary Clinton zu wählen. »Defeat crooked Hillary«, war ein anderer Spruch von Cambridge Analytica, was auf Deutsch heißt: »Besiege die betrügerische Hillary«, wobei die zwei »oo« in crooked in der Form von Handschellen dargestellt wurden.[498]

Die Wähler wussten nicht, wer ihnen diese Nachrichten zugeschickt hatte und warum. Die britische Journalistin Carole Cadwalladr von der Zeitung *Observer* kritisierte diese undurchsichtige Wahlbeeinflussung. »Eine politische Debatte sollte in aller Öffentlichkeit stattfinden, damit jeder die Argumente der anderen sehen kann«, so Cadwalladr. »Aber die Leute heimlich und gezielt anzusprechen und ihnen alles Mögliche auf ihre Handys und Computer zu schicken, ist falsch.« Wenn eine Partei Wahlkampfwerbung in Zeitungen druckt oder Plakate aufhängt, dann kann das auch viele Jahre später im Archiv nachgelesen werden. Diese Daten bilden die Basis der Quellenarbeit für uns Historiker. Doch beim US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 hat sich die Quellenlage stark verändert. Ich habe als Historiker keinen Zugang zum Archiv von Facebook und kann die Botschaften nicht sichten, die an besorgte und ängstliche Bürger verschickt wurden. »Sie könnten alles Mögliche gesagt haben, von dem wir nie erfahren werden, weil es weg ist«, erklärt die Journalistin Cadwalladr. Vermutlich wurden auch frei erfundene Geschichten, also Fake News, verschickt. »Es ist interessanterweise noch auf den Facebook-Servern. Aber sie geben es nicht raus.«[499]

Nachdem diese Manipulationen dank des Whistleblowers Christopher Wylie im März 2018 erstmals öffentlich bekannt wurden, brach ein Sturm der Empörung los. Kunden wendeten sich von der Firma ab und die Anwaltskosten stiegen in die Höhe. Alexander Nix wurde entlassen. Im Mai 2018 meldete Cambridge Analytica Insolvenz an und stellte den Betrieb ein. Cambridge Analytica wurde durch den Skandal zerstört. Aber Facebook überstand den Skandal ohne Probleme. Nur wenige kündigten

ihren Account. Facebook wuchs weiter und realisierte trotz des Skandals 2018 einen Rekordgewinn von 22 Milliarden Dollar. Facebook-CEO Mark Zuckerberg musste sich zwar öffentlich für das Fehlverhalten entschuldigen und auch vor dem Senat aussagen. »Das war ein großer Vertrauensbruch. Es tut mir leid, dass das passiert ist«, so Zuckerberg reumütig gegenüber *CNN*. Aber in der Sache blieb Facebook hart, die umstrittenen Anzeigen, welche während der Präsidentschaftswahlen 2016 an ängstliche Wähler verschickt worden waren, wurden von Facebook nicht publiziert und sind bis heute weder für Journalisten noch Historiker zugänglich.[500]

Cambridge Analytica und der Brexit 2016

Wer glaubt, dass digitale Politkampagnen und Mikrotargeting auf die USA beschränkt seien, der irrt sich. Diese Techniken wurden auch in anderen Ländern eingesetzt und werden in Zukunft ein integraler Bestandteil von Politkampagnen sein. Bei der Brexit-Abstimmung vom 23. Juni 2016 in Großbritannien hat sich eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Volksbefragungsteilnehmer für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ausgesprochen. Die britische Journalistin Carole Cadwalladr fand heraus, dass auch hier Cambridge Analytica mit Mikrotargeting Einfluss auf unentschlossene Wähler genommen hatte. »In den Fokus rückten Menschen, die als leicht beeinflussbar galten – zunächst junge, weiße Wähler aus der Arbeiterklasse«, erklärt Cadwalladr. Auch in Großbritannien wurden digitale Akten mit den Persönlichkeitsprofilen aller Wähler erstellt. »So ließ sich das Schlüsselpublikum finden, das auf das Thema Immigration anspringt«, so Cadwalladr. In den Tagen vor der Brexit-Abstimmung habe man dann »den Hahn voll aufgedreht« und diese Leute bekamen massenhaft auf sie zugeschnittene Facebook-Anzeigen zu sehen.[501]

Im Militär wird die Beeinflussung von Gedanken und Gefühlen als psychologische Kriegsführung bezeichnet, auf Englisch Psychological Operations, kurz Psyops. Die moderne Friedensbewegung muss Psyops durchschauen, denn fast jeder Krieg wurde auf Lügen aufgebaut. Zu den bekannten Psyops zählen das Täuschen der Bevölkerung durch

Kriegspropaganda, wie die Geschichte mit den ABC-Waffen vor dem Angriff auf den Irak 2003, die Brutkastenlüge vor dem Krieg in Kuwait 1991 oder die erfundene Geschichte mit dem Zwischenfall im Golf von Tonkin 1964 vor dem Angriff auf Vietnam. Auch der Abwurf von Flugblättern über Feindesland zählt zu Psyops. In meinen Vorträgen zeige ich Psyops-Beispiele und erkläre, wie wir psychologische Kriegsführung abwehren können, indem wir lernen, unsere Achtsamkeit zu stärken und unsere eigenen Gedanken und Gefühle aus einer gewissen Distanz zu betrachten. Wir sind nicht unsere Gedanken und auch nicht unsere Gefühle, sondern das klare und ruhige Bewusstsein, in dem sie aufsteigen und auch wieder vergehen. Wer das erkennt, kann Psyops neutralisieren.

Mikrotargeting beeinflusst Abstimmungen in der Schweiz

Auch in der Schweiz wurde schon Mikrotargeting eingesetzt. Das Stimmvolk musste am 28. Februar 2016 entscheiden, ob durch den Gotthard ein zweiter Straßentunnel gebaut werden soll, weil der bestehende Tunnel saniert werden muss. Die Schweizer Kommunikationsagentur Enigma aus Bern beeinflusste die Wähler. »Wir setzen in der Tat ähnliche Instrumente in der Datenanalyse, der Beeinflussung von Wählern und der Steuerung von politischen Kampagnen ein wie Cambridge Analytica«, bestätigte Firmenchef Martin Künzi. »Wir haben verstanden, dass es um Emotionen und einfache, politische Botschaften geht«, so Künzi. »Wenn ein Wähler eine Botschaft acht bis zwölf Mal hört, dann glaubt er sie.« Man habe über hundert unterschiedliche Kombinationen von Bild- und Textbotschaften erstellt und diese genau auf die Wähler abgestimmt. »Unser Ziel war es, dass der Modedesigner aus dem Zürcher Kreis 4, aber auch der Rentner aus Airolo individuelle Botschaften zum Thema erhielt«, so Künzi. Mikrotargeting über Facebook sei effizient. Es bringe jedenfalls mehr, als wenn man die ganze Schweiz von Glarus bis Lausanne mit dem gleichen Plakat zupflastere. Moralische Bedenken hat Künzi keine. »Was ist daran falsch? Es ist jeder freiwillig auf Facebook, oder?«, fragt er. Mit einem Ja-

Stimmen-Anteil von 57 Prozent stimmten die Schweizer für die zweite Röhre.[502]

Auch als die Schweizerinnen und Schweizer am 20. Oktober 2019 ein neues Parlament wählten, wurde Mikrotargeting eingesetzt. Jeder Bürger und jede Bürgerin, welche die Webseite der Parteien FDP, CVP oder SVP besuchte, wurde automatisch als potenzieller Wähler an Facebook gemeldet und erhielt dann von diesen Parteien über Facebook Werbung. Es war erneut die Firma Enigma, die auf der Homepage der CVP Schweiz den Datenspion »Facebook Pixel« installierte, der heimlich eine Verbindung zum Facebook-Server herstellte, ohne dass der Nutzer dies merkte. Werbung auf Facebook sei viel effizienter und günstiger, als gedruckte Prospekte in alle Briefkästen zu verteilen. Doch nicht alle Schweizer sind bei Facebook. Wenn der potenzielle Wähler kein Facebook hatte, konnte er nach dem Besuch der CVP-Website nicht gezielt angesprochen werden.[503]

Die Parteien hatten die Bürger, die ihre Webseiten besuchten, »ungefragt an Facebook verraten«, kritisierte die Presse. Und auch der eidgenössische Datenschutzbeauftragte Adrian Lobsiger zeigte sich erbost. »Es wird versucht, Bauernfängerei mit Daten zu betreiben und die Leute hinters Licht zu führen«, bemängelte Lobsiger. Man schicke den Bürgern über die sozialen Netzwerke politische Nachrichten, die vermeintlich von ihren Freunden stammten, während sie tatsächlich bezahlte Werbung von politischen Parteien erhielten. »Der Stimmbürger hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, mit welchen informatischen Mitteln seine Daten aufbereitet werden und wie er personalisiert mit Botschaften angesprochen wird«, forderte Lobsiger. Es brauche dringend mehr Transparenz und mehr Aufklärung, weil vielen Menschen noch gar nicht bekannt sei, wie diese Techniken eingesetzt werden.[504]

Die Gründung des Online-Lexikons Wikipedia 2001

Neben Facebook und Google gehört Wikipedia zu den meistbesuchten Webseiten. Wikipedia wurde 2001 in den USA von Jimmy Wales gegründet und ist rasant zum Monopolisten aufgestiegen. Die Online-Enzyklopädie ist in China verboten. Aber in Nordamerika und Europa hat sie es geschafft,

alle anderen Lexika zu verdrängen. Zu den Opfern von Wikipedia gehört zum Beispiel die Brockhaus Enzyklopädie, die in Deutschland seit 1808 auf Papier gedruckt wurde. Doch der Brockhaus ist gestorben, er wird seit 2014 nicht mehr nachgedruckt. Die Machtübernahme durch Wikipedia geschah geräuschlos und ohne nennenswerten Widerstand. Jetzt dominiert die US-Enzyklopädie die Interpretation der Welt.

Der durchschlagende Erfolg von Wikipedia besteht darin, dass dieses Lexikon gratis ist und auf jedem Smartphone oder Computer mit Internetzugang überall abgerufen werden kann. Das gab es noch nie in der Menschheitsgeschichte. Die 24 Bände der Brockhaus Enzyklopädie hatten ein Gewicht von fünfzig Kilo. In der Regel stand der Brockhaus daher früher in der guten warmen Stube. Niemand wäre auf die Idee gekommen, das Lexikon mit sich herumzutragen. Es war schlicht zu schwer. Zudem gibt es Wikipedia in verschiedenen Sprachen. Auf Englisch gibt es fast 6 Millionen Artikel auf Wikipedia, und auch auf Deutsch findet man mehr als 2 Millionen Artikel. Das sind weit mehr als in der 32-bändigen Ausgabe der Encyclopaedia Britannica, die rund 75000 Artikel umfasste, aber wie der Brockhaus nicht mehr nachgedruckt wird.

Bei Internetrecherchen ist Wikipedia oft die erste Adresse. Das Online-Lexikon gilt bei vielen Nutzern als seriös, und bei unstrittigen Themen trifft dies auch zu. Im Bereich Naturwissenschaften gibt es viele ausgezeichnete Wikipedia Artikel. Nehmen wir als Beispiel die Biologie. Was ist Photosynthese? Der Wikipedia-Eintrag erklärt richtig: »Ein biochemischer Vorgang, bei dem mithilfe von lichtabsorbierenden Farbstoffen wie Chlorophyll Lichtenergie in chemische Energie umgewandelt wird.« Auch Antworten auf Fragen zur Geografie sind unstrittig. Wenn man nicht weiß, wie die Hauptstadt von Ecuador heißt, findet man auf Wikipedia die richtige Antwort: »Die auf 2850 Meter über Meer gelegene Hauptstadt heißt Quito«. Auch Sportresultate sind korrekt dokumentiert. Wer vergessen hat, wer 2014 die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien gewonnen hat, findet die Antwort verlässlich auf Wikipedia: »Weltmeister wurde zum vierten Mal Deutschland, das im Endspiel Argentinien besiegte.«

Aber in den Bereichen Geld, Geopolitik und Weltanschauung ist Wikipedia nicht immer objektiv und verlässlich. Die US-Journalistin Helen

Buyniski fand heraus, dass über Computer der CIA der Wikipedia-Eintrag zum illegalen Angriff der USA auf den Irak 2003 bearbeitet wurde, wie auch der Artikel zu CIA-Direktor William Colby, der die Contras in Nicaragua bewaffnet hatte. Von Computern des FBI wurde auch der Eintrag zu Guantanamo bearbeitet. Und von CIA-Computern wurden die Wikipedia-Artikel zu US-Präsident Nixon und US-Präsident Reagan aufgewertet. Gemäß Buyniski ist Wikipedia daher »bis in den Kern hinein verfault«.[505]

Nicht nur die Geheimdienste, auch die PR-Industrie arbeitet täglich am Online-Lexikon. Da fast alle Wikipedia-Autoren mit Decknamen schreiben, kann in der Regel nicht festgestellt werden, wer den Eintrag verändert hat. Diese Anonymität ist heute das Hauptproblem von Wikipedia, was wiederholt zu Missbrauch geführt hat. »Unter unscheinbaren Pseudonymen ließ Daimler den Einsatz von Zwangsarbeitern während des Faschismus ebenso löschen wie die Abordnung eines Leihmanagers ins Bundesverkehrsministerium, als der Vertrag über die LKW-Maut verhandelt wurde«, erklärt der deutsche Journalist Werner Rügemer, der an der Universität Köln lehrt. »So verschiedene Akteure wie BMW, Ebay, Dell, die CIA, der Vatikan manipulierten Einträge. Von einer IP-Adresse im RWE-Konzern wurden Angaben zu Störfällen im AKW Biblis entschärft. CDU und SPD verschönten ihre Einträge, das FDP-Plappermaul Christian Lindner ließ über eine IP-Adresse im Düsseldorfer Landtag seinen Eintrag 40-mal ändern.« Das alles wäre beim gedruckten Brockhaus natürlich nicht möglich gewesen.[506]

Dass das Pentagon PR-Agenturen angestellt hat, ist bekannt. Doch was diese genau tun, wissen wir nicht. »Das US-Militär hat seine Propagandaabteilung gewaltig ausgebaut. Nichts wird unversucht gelassen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen«, berichtete der *Tages-Anzeiger* schon 2009. Gemäß Tom Curley, dem Chef der amerikanischen Nachrichtenagentur *AP*, verfügt das Pentagon über 27000 Personen, die ausschließlich für PR und Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind. Diese bearbeiten den Informationsfluss in Zeitungen, Radio, Fernsehen und vermutlich auch Wikipedia. Die PR-Maschinerie des Militärs kostete die Steuerzahler in den USA im Jahr 2009 mehr als vier Milliarden Dollar.

»Wozu diese Mittel genau eingesetzt werden, bleibt meist geheim«, beklagte der *Tages-Anzeiger*.[507]

Schülerinnen, Studenten, Lehrerinnen und Journalisten nutzen Wikipedia. Doch vielen ist nicht klar, dass einflussreiche Gruppen in der Wikipedia darauf achten, dass bei geopolitischen Themen die transatlantische Sichtweise dominiert. So wird zum Beispiel der Krieg in Syrien unter der falschen Rubrik »Bürgerkrieg in Syrien seit 2011« behandelt. Aber es ist kein Bürgerkrieg, sondern ein von ausländischen Mächten angezettelter Stellvertreterkrieg, bei dem die CIA versuchte, die syrische Regierung zu stürzen. Auch der Artikel »Terroranschläge am 11. September 2001« zeigt die transatlantische Ausrichtung. Wikipedia gibt völlig unkritisch die von US-Präsident Bush verbreitete Geschichte wieder. Die Sprengung von WTC7 wird als falsches Denken eingestuft und im separaten Wikipedia Artikel »Verschwörungstheorien zum 11. September« behandelt.[508]

Dass Wikipedia ausgerechnet US-Präsident Bush als glaubwürdige Quelle einstuft und seine Erzählung zu 9/11 vehement verteidigt, ist auffällig. Denn Bush hat die erfundene Geschichte mit den ABC-Waffen präsentiert und danach den Irak angegriffen, was gemäß UNO-Gewaltverbot illegal war. Wikipedia beruft sich also auf einen Kriegsverbrecher und stellt seine Erzählung als die Wahrheit dar. Warum nur? »9/11 ist das große Tabu des 21. Jahrhunderts«, erklärt der mutige deutsche Journalist Mathias Bröckers, und wird dafür natürlich mit einem schlechten Wikipedia-Artikel abgestraft. »Und die Legende, dass 19 Studenten mit Teppichmessern, gesteuert aus einer afghanischen Höhle, ganz allein die gesamte US-Luftabwehr zwei Stunden am Boden hielten und drei Türme pulverisierten, auch wenn nur zwei von ihnen getroffen wurden, ist das Dogma dieses großen Tabus. Es darf nicht angezweifelt werden.« Daher bleibt 9/11 »der Lackmustest für echten Journalismus und die Prinzipien der Aufklärung.«[509]

Tatsächlich werden Menschen, die den US-Imperialismus kritisieren und 9/11 hinterfragen, mit einem abwertenden Wikipedia-Artikel zu ihrer Person bestraft. Das weiß ich aus erster Hand, weil ich es persönlich erlebt habe. Bis ich 35 Jahre alt war, gab es keinen Artikel zu meiner Person in

dem Online-Lexikon. Ich war keine Person von öffentlichem Interesse. Dann im Jahre 2008, als ich am Historischen Seminar der Universität Basel unterrichtete, erstellte eine Geschichtsstudentin einen Wikipedia Artikel über meine Person, weil sie meine Forschung spannend fand. Ich hatte nichts dagegen. Der Artikel war sachlich und erklärte: »Daniele Ganser (*29. August 1972 in Lugano) ist ein Schweizer Friedensforscher und Historiker. Gansers Forschungsschwerpunkte sind gemäß eigenen Angaben: Internationale Zeitgeschichte ab 1945, verdeckte Kriegsführung und Geostrategie, Geheimdienste und Spezialeinheiten sowie Ressourcenkriege, Wirtschaftspolitik und Menschenrechte.« Das war fair und objektiv.

Jetzt bin ich 47 Jahre alt und habe seit mehr als zehn Jahren einen Wikipedia-Artikel. Mir ist aufgefallen, dass mein Wikipedia-Artikel dann schlechter wurde, als ich begann, in öffentlichen Vorträgen kritische Fragen zu den illegalen Kriegen der USA und auch zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu stellen. Mir unbekannte Autoren fügten das Wort »Verschwörungstheorie« ganz an den Anfang in meinen Artikel ein, ohne dass ich dagegen etwas tun konnte. Als Historiker ist mir klar, dass es in der Geschichte immer wieder Verschwörungen gegeben hat, darunter der Mord an Julius Caesar vor mehr als 2000 Jahren. Wer aber Verschwörungen untersucht, wird diffamiert. Das Wort »Verschwörungstheorie« wird bei Psyops verwendet, um beim Leser ein unangenehmes Gefühl zu erzeugen. Nun hieß es plötzlich im Artikel zu meiner Person: »Er greift Verschwörungstheorien insbesondere zum 11. September 2001 auf und stellt sie als von Wissenschaftlern noch zu prüfende Erklärungsansätze dar.« Einige Monate später wurde dieser Satz so umformuliert: »Er verbreitet Verschwörungstheorien zu verschiedenen Themen, besonders zu den Terroranschlägen am 11. September 2001.«[510]

Der Wikipedia-Artikel zu meiner Person ist nicht neutral, weil das Wort »Verschwörungstheorien« ganz klar abwertend ist. Wenn der Eintrag fair wäre, müsste er heißen: »Er stellt kritische Fragen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und vertritt die Ansicht, dass WTC7 gesprengt wurde.« Genau so lautete mein Wikipedia-Eintrag am 2. November 2019, nachdem die Sichterin »Dee.lite« ihn korrigiert hatte. Doch diese faire Version überlebte nur wenige Minuten und wurde noch am selben Tag von

»Jonaster« wieder gelöscht, der wieder die alte diffamierende Formulierung einfügte: »Er verbreitet Verschwörungstheorien zu verschiedenen Themen, besonders zu den Terroranschlägen am 11. September 2001.« Verschiedene Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die meine Bücher und Vorträge kennen und schätzen, haben versucht, diesen abwertenden Satz zu löschen. In einem freien Online-Lexikon, bei dem jeder einen Fehler korrigieren darf, wird das doch sicher bald korrigiert sein, glaubten viele. Doch genau das war bisher nicht möglich. Die hierarchisch höher gestellten Sichter, Administratoren und Bürokraten verhinderten, dass das Wort »Verschwörungstheorie« aus den ersten fünf Sätzen meines Artikels gelöscht wurde, weil es der Kern der Diffamierung ist. Wenn User mehrmals versuchten, meinen Eintrag zu ändern, wurde ihr Konto gesperrt, sodass sie auch an keinem anderen Artikel in der Wikipedia mehr Änderungen vorschlagen konnten. Derzeit findet bei meinem Wikipedia-Eintrag ein sogenannter »Edit-War«, ein Kampf um die Deutungshoheit statt. Wie sich mein Artikel in Zukunft entwickeln wird, weiß ich nicht.[511]

In der Wikipedia herrscht eine strenge Hierarchie, die wenig bekannt ist. Ganz unten stehen die nicht angemeldeten Benutzer. Sie sind die große Mehrheit. Sie schauen sich einen Artikel gratis an, haben aber nie selbst in der Wikipedia geschrieben. Eine Stufe höher gibt es die angemeldeten Benutzer. Sie haben Freude am Lexikon und schreiben hin und wieder einen Artikel oder korrigieren Fehler in schon bestehenden Texten. Eine Stufe höher stehen in der deutschsprachigen Wikipedia 5000 »Sichter«, die mindestens einmal pro Monat etwas schreiben. Die Sichter können Texte von Neu-Autoren freigeben und rückgängig machen. Noch eine Stufe höher stehen 140 »Administratoren«, die mindestens einmal pro Monat etwas schreiben. Die Administratoren werden auf Lebenszeit gewählt und überwachen die Sichter, können Texte unsichtbar machen und Benutzer sperren. Über den Administratoren stehen vier mächtige Bürokraten, diese bilden die Spitze der deutschen Wikipedia und kontrollieren die mehr als zwei Millionen Artikel.[512]

Wie wird man Administrator oder Sichter? Der Kunstförderer Gottfried Böhmer von der Gesellschaft Freunde der Künste in Düsseldorf berichtet folgende Geschichte. Ein IT-Unternehmen aus Wiesbaden bot ihm

zehntausend Euro monatlich als Zuverdienst, wenn er regelmäßig in der Wikipedia schreiben würde. Der Vorschlag war, dass Böhmer sich Schritt für Schritt hocharbeitet und mit seiner Reputation irgendwann Administratorenrechte per Wahl durch die Wikipedia-Gemeinde erwerben würde. »Der so überaus großzügige Gesprächspartner Böhmers erklärte diesem abschließend, dass er schon ein großes Netz von Journalisten hätte, die für Wikipedia schreiben, diese würden Böhmer dann schon zu gegebener Zeit als Administrator vorschlagen«, so berichtet *Tichys Einblick*. Doch Böhmer lehnte ab. Er wollte bei diesem undurchsichtigen Spiel nicht mitmachen.[513]

Und jetzt kommt das Problem: Weil Sichter, Administratoren und Bürokraten unter Pseudonym arbeiten, sind ihre wahren Namen in der Öffentlichkeit unbekannt. Das ist erstaunlich. In der Wissenschaft kann niemand einen Artikel in einer Fachzeitschrift publizieren, ohne seinen echten Namen zu nennen. Auch jedes Sachbuch druckt den Namen des Autors auf den Umschlag. Denn es sind ja immer Menschen, die schreiben, und jeder Mensch blickt anders auf die Welt. Warum gilt diese einfache Regel nicht auch für Wikipedia? Eine Reform ist dringend notwendig. Alle Wikipedia-Autoren müssten meiner Meinung nach mit Klarnamen schreiben, und auch die Namen der Sichter, Administratoren und Bürokraten müssten bekannt sein, denn die Anonymität schützt jene Gruppen, welche die Wikipedia manipulieren.

Die dunkle Seite der Wikipedia

Der spannende Dokumentarfilm »Die dunkle Seite der Wikipedia« von Filmemacher Markus Fiedler hat die Geschichte des Wikipedia-Artikels über mich ausgeleuchtet und kann seit 2015 auf YouTube gratis angesehen werden. Von diesem Film habe ich viel über Wikipedia gelernt. Der Film weist nach, dass hinter der Struktur der deutschsprachigen Wikipedia ein spezieller Personenkreis agiert, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Kritiker US-amerikanischer Politik zu diskreditieren. »Wir weisen am Beispiel des Wikipedia-Artikels zur Person von Dr. Daniele Ganser nach, dass hierin gezielt Rufmord betrieben wird«, erklärt Markus Fiedler. Die

verwendeten Methoden umfassen selektive Negativquellenauswahl, Zulassen von unsachlichen meinungsmachenden Zeitungsartikeln und absichtlich falsche Auslegung der Wikipedia-Regeln.[514]

Die Bürokratin, die meinen Artikel überwacht, heißt »Itti«, ihr wahrer Name ist noch unbekannt. Itti hat sozusagen einen Gitterzaun um meinen Artikel gelegt und verhindert zusammen mit befreundeten Sichtern und Administratoren, dass mein Artikel neutral formuliert wird. Die Statistik zu meinem Artikel zeigt auch, dass vor allem »Kopilot«, »Phi« und »Jonaster« meinen Eintrag kontrollieren und mich an den digitalen Pranger stellen. Natürlich ist es ärgerlich, wenn man auf Wikipedia diffamiert wird. Aber es geht nicht um meine Person, sondern darum, wie Wikipedia funktioniert. Wer steckt hinter diesen Decknamen? Der Wikipedia-Experte Markus Fiedler konnte Phi und Kopilot enttarnen und kennt ihre Klarnamen. Phi ist ein Latein- und Geschichtslehrer aus Hamburg. Kopilot ist ein Klavierlehrer aus der Nähe von Osnabrück. Die Identität von Jonaster ist noch unbekannt.

Ich habe weder den Geschichtslehrer Phi noch den Klavierlehrer Kopilot je getroffen, finde es aber falsch, dass sie meinen Artikel unter dem Schutz der Anonymität verunstaltet haben. Der Wikipedia-Experte Fiedler deckte auf, dass Kopilot in fünf Jahren insgesamt 50000 Einträge bei Wikipedia verfasst hat. Das sind im Schnitt 39 Einträge am Tag. Er schrieb ohne Unterbrechung, auch an Weihnachten und Ostern. Weil Kopilot in allen Artikeln, die er bearbeitet hat, seinen Decknamen hinterlassen hat, kann man empirisch zeigen, dass Kopilot in folgenden Artikeln auf Wikipedia mitschrieb und sich dabei stets als Experte ausgab: Daniele Ganser, Jesus Christus, Martin Luther, Barack Obama, Osama Bin Laden, Holocaust, Luftangriffe auf Dresden, Verbrechen der Wehrmacht, Linksfaschismus, Nationalanarchismus, Pazifismus, Zionismus, Weltjudentum, Terroranschläge 11. September 2001, Besetzung des Irak seit 2003, Gladio, Vietnamkrieg, Hamas, Verschwörungstheorien zum Angriff auf Pearl Harbor, Kernkraftwerk Fukushima, Alternative für Deutschland und viele mehr.[515]

Bei naturwissenschaftlichen Artikeln oder bei Fußballresultaten ist Wikipedia zuverlässig. Aber wenn es um Geld, Geopolitik und Weltanschauung geht, ist das nicht der Fall. Es sind »zahlreiche empirische

Beweise vorgelegt worden, dass es Wikipedia nicht nur an der gebotenen Objektivität mangelt, sondern dass interessierte Redakteure die digitale Enzyklopädie als Kampfinstrument nutzen, um politische Gegner durch vermeintlich sachliche Aussagen zu diskreditieren«, erklärt Hermann Ploppa, der zum Thema transatlantische Netzwerke publiziert hat. »Zu Hilfe kommt ihnen die Immunität durch Anonymität: Kein Wikipedia-Redakteur oder Hierarch muss sich durch Nennung seines Klarnamens überprüfbar und kritisierbar machen lassen«, erläutert Ploppa das Kernproblem des Gratis-Lexikons. Weil sich zudem der Sitz der Wikimedia Foundation als Rechtssubjekt in den USA befindet, ist ein juristisches Vorgehen gegen unausgewogene oder diffamierende Wikipedia-Artikel für »Normalbürger nahezu unmöglich«.[516]

15. Der Kampf um Eurasien

Als »Eurasien« bezeichnet man in der Geostrategie die riesige zusammenhängende Landmasse der beiden Kontinente Europa und Asien mit mehr als vier Milliarden Einwohnern. Die USA mit ihren nur 330 Millionen Einwohnern sind durch Atlantik und Pazifik von Eurasien getrennt. Seit die ersten US-Soldaten während des Ersten Weltkriegs an den Küsten Eurasiens landeten, hat das US-Imperium wiederholt mit Kriegen in Eurasien interveniert. Aber die mächtigen eurasischen Staaten China und Russland widersetzen sich der US-Vorherrschaft. Es ist in Washington kein Geheimnis, dass diese beiden Länder die globale Vorherrschaft der USA zurückweisen und keine US-Militärbasen auf ihrem Boden zulassen. Vor allem China strebt danach, seinen globalen Einfluss mit der neuen Seidenstraße auszuweiten. Einige Beobachter glauben, dass China im 21. Jahrhundert die USA als globales Imperium ablösen werde. Ob das stimmt, wird aber erst die Zukunft zeigen.

»Teile und herrsche«

Der Imperialismus der Neuzeit hat im Jahre 1500 mit den Eroberungszügen der Spanier und Portugiesen begonnen, gefolgt vom Imperialismus der Briten, Franzosen, Holländer und Belgier. Die deutschen Imperialisten haben als »verspätete Nation« erst 1884 mit Namibia die erste deutsche Kolonie in Afrika erworben. »Seit den Anfängen der Kontinente übergreifenden politischen Beziehungen vor etwa fünfhundert Jahren ist Eurasien stets das Machtzentrum der Welt gewesen«, erklärt der US-Geostratege Zbigniew Brzezinski richtig. Erst nach dem Ersten und

Zweiten Weltkrieg stieg mit den USA zum ersten Mal in der Geschichte ein außereurasischer Staat zur »überragenden Weltmacht schlechthin« auf. Die globale Vormachtstellung der USA hänge in Zukunft davon ab, so Brzezinski, wie das Imperium »mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann.«[517]

Die USA können nie ganz Eurasien mit Soldaten besetzen, das Gebiet ist viel zu groß, die US-Soldaten wären stets in der Unterzahl. Daher setzten die USA in den vergangenen hundert Jahren in Eurasien immer auf die Strategie »Teile und herrsche« (lateinisch: Divide et impera), die schon von den Briten angewendet wurde, um ihr Imperium abzusichern. Wiederholt haben die USA in einem Land oder in einer Region das Trennende gestärkt und das Verbindende geschwächt. Gemäß dem Prinzip »Der Feind meines Feindes ist mein Freund« haben die USA verschiedene Gruppen bewaffnet und dadurch Eurasien in Untergruppen aufgespalten, die unterschiedliche Interessen hatten und sich bekämpften und dadurch schwächer wurden. Die Strategie »Teile und herrsche« bewirkte, dass die zerstrittenen Länder oder Gruppen gegeneinander kämpften, statt sich vereint gegen das US-Imperium zu stellen.

In Afghanistan zum Beispiel haben die USA 1979 mit den Mudschaheddin die Gegner der Sowjetunion bewaffnet und beide in einen langen Krieg verwickelt. US-Geostratege Zbigniew Brzezinski diente damals US-Präsident Jimmy Carter als Nationaler Sicherheitsberater und erinnert sich so an den Krieg am Hindukusch: »Gemäß der offiziellen Version der Geschichte hat die CIA-Hilfe für die Mudschaheddin 1980 begonnen, also nachdem die Sowjetunion am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierte«, erklärt Brzezinski. »Aber die Wahrheit, streng gehütet bis heute, ist total anders. Schon am 3. Juli 1979 unterschrieb Präsident Carter eine geheime Anweisung, um die Mudschaheddin zu unterstützen. Am gleichen Tag habe ich dem Präsidenten schriftlich mitgeteilt, dies würde eine sowjetische Invasion provozieren.« Die französische Zeitung *Observateur* fragte daraufhin: »Bereuen Sie es, islamistische Terroristen unterstützt zu haben?« Die Frage war gut, denn viele Menschen glauben die USA würden niemals Terroristen aufrüsten.

Doch Brzezinski lobte das Prinzip »Teile und herrsche« und antwortete: »Das war eine ausgezeichnete Idee … Was ist wichtiger für die Geschichte der Welt? Die Taliban oder der Zusammensturz des sowjetischen Imperiums? Einige aufgescheuchte Muslime oder die Befreiung von Zentraleuropa und das Ende des Kalten Krieges?«[518]

Es ist wichtig zu verstehen, dass es für die USA 1979 keinen Grund gab, in Afghanistan Krieg zu führen. Das Land war weit weg und keine Bedrohung für die USA. Das Ziel der Operation bestand einzig darin, Russland zu schwächen, was dem Imperium auch gelang. Dieser Stellvertreterkrieg, der erst 1988 endete, forderte einen hohen Blutzoll, rund eine Million Menschen starben in Afghanistan, darunter 15000 Russen. Es gab keine echte Freundschaft zwischen der CIA und den Mudschaheddin, diesen »aufgescheuchten Muslimen«, wie Brzezinski sie nannte. Sie waren nur eine Zeitlang Waffenbrüder. Nach der Niederlage der Sowjetunion wechselte das Imperium erneut die Fronten und landete 2001 mit eigenen Truppen in Afghanistan und bekämpfte jene Männer, die Washington 20 Jahre zuvor aufgerüstet hatte.

Wer das Thema Spaltung ernst nimmt, erkennt es überall. In Deutschland streiten Die Linke und die AfD gegeneinander, anstatt sich gemeinsam für den Abzug der US-Soldaten aus Deutschland zu engagieren. In der Türkei streiten die Türken und die Kurden, anstatt gemeinsam die Schließung der US-Militärstützpunkte in der Türkei zu fordern. In Serbien haben die USA die Provinz Kosovo abgespalten und den US-Militärstützpunkt Camp Bondsteel errichtet, nachdem sie die paramilitärischen muslimischen UCK aufgerüstet hatten und diese in ihrem Kampf gegen die christlich-orthodoxen Serben unterstützten. Die Muslime im Kosovo waren nur ein Mittel, um die Strategie »Teile und herrsche« in Serbien umzusetzen. Genau wie in Nicaragua, wo die USA die Contras bewaffneten, um die Sandinisten zu stürzen, was allerdings nicht gelang.

Die gleiche Strategie haben die USA auch mit dem Irak und dem Iran verfolgt. Zuerst hat die CIA im Irak Saddam Hussein 1979 an die Macht gebracht, woraufhin er ein Jahr später den Iran angriff und in einen langjährigen Krieg verwickelte. Die USA standen damals an der Seite von Diktator Hussein. Aber im Geheimen lieferten sie auch Waffen an den Iran,

was während der Iran-Contra-Affäre aufgedeckt wurde. Durch den Krieg wurden beide Länder geschwächt, wie US-Geostratege George Friedman vom Think Tank Stratfor 2015 in einem Vortrag in Chicago erklärte. »Die USA können als Imperium nicht andauernd in Eurasien intervenieren«, so Friedman. »Ich empfehle eine Technik, die von Präsident Ronald Reagan eingesetzt wurde gegen den Iran und den Irak: Er unterstützte beide Kriegsparteien! Dann haben sie gegeneinander und nicht gegen uns gekämpft. Das war zynisch und amoralisch. Aber es funktionierte. Denn die USA sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu besetzen. In dem Moment, wo wir einen Stiefel auf europäischen Boden setzen, sind wir aufgrund der demographischen Unterschiede zahlenmäßig total unterlegen.« Friedman, der wenig Empathie für das Leiden der betroffenen Bevölkerung zeigte, riet explizit dazu, verfeindete Länder gegeneinander zu hetzen. »Wir können zerstrittene Mächte unterstützen«, so Friedman. »Auch die Briten haben damals nicht Indien besetzt, sondern einzelne indische Staaten gegeneinander aufgehetzt.«[519]

Dieselbe Strategie wurde auch eingesetzt, um Deutschland und Russland zu schwächen. Für die USA ist es laut Friedman zentral, dass Deutschland und Russland nicht kooperieren, sondern sich bekämpfen. »Das Hauptinteresse der USA, für das wir immer wieder Krieg geführt haben – im Ersten und Zweiten Weltkrieg und auch im Kalten Krieg –, waren die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse besteht darin, sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt.« Weil die USA im Zweiten Weltkrieg die Zweite Front erst spät eröffneten, töteten sich die Deutschen und Russen gegenseitig, Millionen starben, was beide Länder schwächte. Dies war im Interesse der USA.[520]

Nur selten wird in der Öffentlichkeit offen über die Strategie »Teile und herrsche« gesprochen. Viele wissen nicht einmal, dass es diese Strategie gibt. Im Bundestag in Berlin griff die kluge Parlamentarierin Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linke die Aussagen von Friedman auf und warnte vor einer Konfrontation mit Russland. »Die spezifischen US-Interessen in Europa, die hat vor kurzem der Chef von Stratfor in eindrucksvoller Offenheit erläutert: Hauptinteresse der USA sei es, ein

Bündnis zwischen Deutschland und Russland zu verhindern«, so Wagenknecht. Wagenknecht forderte zu Recht, dass Deutschland die Freundschaft mit Russland pflegen solle. Damit hat sie recht. Der Friede zwischen Berlin und Moskau ist wichtig.[521]

Unter dem Strich war die Strategie »Teile und herrsche« für die USA sehr erfolgreich. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die USA keinen einzigen Militärstützpunkt in Eurasien. Danach gelang es dem Imperium mit einer Vielzahl von Kriegen, in vielen Ländern Eurasiens Militärstützpunkte zu errichten. Diese befinden sich heute unter anderem in Afghanistan, Bahrain, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Georgien, Holland, Island, Italien, Irak, Japan, Katar, Kuwait, Kosovo, Kambodscha, Norwegen, Oman, Pakistan, Portugal, Rumänien, Singapur, Spanien, Südkorea, Syrien, Ungarn, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate und auf Diego Garcia im Indischen Ozean.

Russland ist nur eine Regionalmacht

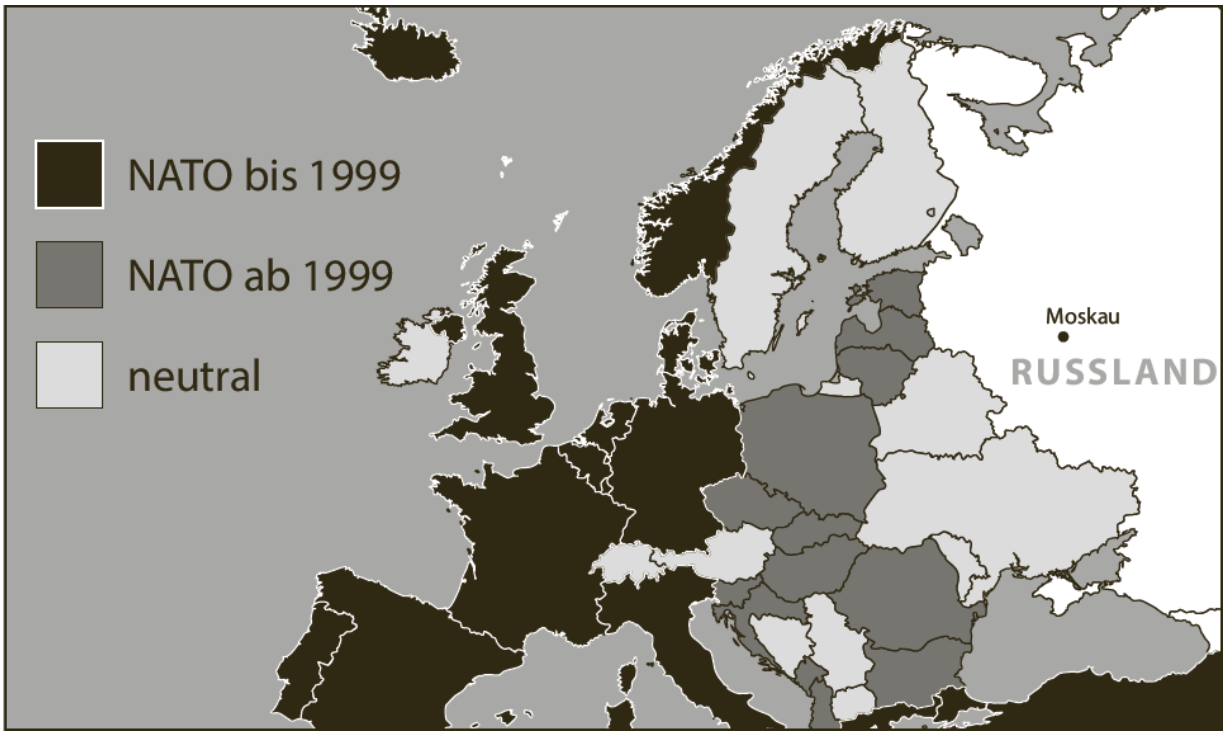
Russland ist das größte Land der Erde, umfasst elf Zeitzonen und ist doppelt so groß wie die USA und siebzigmal so groß wie Großbritannien. Aber Russland ist kein Imperium, sondern »bloß eine Regionalmacht«, wie US-Präsident Barack Obama einst richtig sagte. Während die USA über elf Flugzeugträger verfügen und damit die Weltmeere beherrschen, besitzt Russland nur einen einzigen Flugzeugträger, die Admiral Kusnezow. Dieser russische Flugzeugträger hatte 2016 im Syrienkrieg seinen bisher einzigen Kampfeinsatz. Russland ist eine Landmacht. Moskau fehlt ein eisfreier Hafen mit direktem Zugang zu den Weltmeeren. Die Häfen am Nordpolarmeer sind jedes Jahr mehrere Monate zugefroren. Selbst der russische Pazifikhafen Wladiwostok wird rund vier Monate pro Jahr von Eis blockiert. Der Hafen Sewastopol auf der Krim im Schwarzen Meer mündet ins Mittelmeer, das von der NATO kontrolliert wird.[522]

In den deutschsprachigen Medien wird immer wieder das Bild des »bösen Russen« bemüht, der bis an die Zähne bewaffnet und gefährlich sei. Doch das ist US-Propaganda, um Eurasien und vor allem Deutschland und Russland zu spalten. Die 150 Millionen Menschen in Russland haben nie

zugelassen, dass die USA auf russischem Boden Militärstützpunkte errichten. Wie der Iran wird Russland in NATO-freundlichen Medien daher andauernd diffamiert. Die Fakten zeigen aber klar, dass nicht Russland, sondern die USA bis an die Zähne bewaffnet sind. Im Jahr 2018 lagen die russischen Militärausgaben bei 61 Milliarden Dollar, jene der USA betrugen 649 Milliarden Dollar. 1979 ist die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert, das war illegal und ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Aber die Atommacht Russland hat weit weniger Länder überfallen als die USA und verfügt über viel weniger Militärstützpunkte im grenznahen Ausland, nämlich in Georgien, Armenien, Weißrussland, Vietnam, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Syrien und Moldawien.[523]

Die NATO-Osterweiterung verärgert Russland

In der Vergangenheit wurde Russland mehrfach vom Westen überrannt. Die Franzosen griffen Russland 1812 unter Napoleon an, die Deutschen in den beiden Weltkriegen. Die nordeuropäische Tiefebene, die sich von Frankreich bis zum Uralgebirge erstreckt, ist flach und für Russland schwierig zu verteidigen. Als Antwort auf die Gründung der NATO 1949 durch die USA errichtete die Sowjetunion zusammen mit den meisten kommunistischen Staaten in Osteuropa 1955 den Warschauer Pakt zur militärischen Verteidigung und zum wechselseitigen Beistand. Innerhalb des Warschauer Paktes unterdrückte Russland jede Demokratiebewegung und schlug den Prager Frühling 1968 in der Tschechoslowakei brutal nieder.



Grafik 14: 1999: Mit der NATO-Osterweiterung brachen die USA ihr Versprechen gegenüber Russland.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf und das US-Imperium nutzte die Schwäche von Moskau, um seinen Einfluss auf Osteuropa auszudehnen und die ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes in die NATO aufzunehmen. Dadurch kam ein großer Teil der nordeuropäischen Tiefebene unter den Einflussbereich der USA, die dort umgehend Panzer und Raketen stationierten, obschon man den Russen versprochen hatte, dies nicht zu tun. Zum 50. Geburtstag der NATO, als das Militärbündnis unter US-Präsident Bill Clinton einen illegalen Angriffskrieg gegen Serbien führte, wurden Polen, Tschechien und Ungarn 1999 NATO-Mitglieder. Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien traten 2004 der NATO bei. Albanien und Kroatien wurden 2009 in die NATO aufgenommen. Montenegro trat 2017 der NATO bei. Durch diese Expansion stieg die Zahl der NATO-Staaten auf heute 29 Länder.

Aus der Sicht der Russen ist die Ausdehnung der NATO nach Osten ein Wortbruch und eine Provokation. Nach dem Mauerfall war es dem

deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher verdienstvoll gelungen, die Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu stärken. Daher unterstützte der sowjetische Präsident Michael Gorbatschow die friedliche Wiedervereinigung von Deutschland. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) trat aus dem Warschauer Pakt aus und wurde durch die Wiedervereinigung Mitglied der NATO. Moskau zog seine 340000 in der DDR stationierten Soldaten friedlich ab. Deutschland sollte Russland für den Truppenabzug dankbar sein, weil dies ein wichtiger Beitrag zur Unabhängigkeit von Deutschland war.

US-Außenminister James Baker hatte damals erklärt, die USA hätten nichts gegen eine Wiedervereinigung, aber nur wenn das wiedervereinigte Deutschland NATO-Mitglied sei. Baker versprach am 9. Februar 1990 im Katharinensaal des Kreml in Moskau gegenüber Gorbatschow, die NATO werde ihren Einflussbereich »nicht einen Zentimeter weiter nach Osten ausdehnen«, wie die vom National Security Archive in Washington veröffentlichten Originalprotokolle des Gesprächs zeigen. Doch dieses Versprechen wurde gebrochen, es war eine Täuschung, die an das Verhalten der USA gegenüber den Indianern im 19. Jahrhundert erinnert. Schon damals hatte Washington verschiedenen Indianerstämmen versprochen, dass sie sich nur über die Berge zurückziehen müssten, dann würde das US-Militär sie in Ruhe lassen. Diese Versprechen waren eine Kriegslist und wurden immer gebrochen, bis das US-Militär den Pazifik erreichte und alle Indianer getötet oder vertrieben waren.[524]

Die Russen können nicht wie die Indianer vertrieben werden. Die NATO-Osterweiterung erzürnte die Russen. Die USA, Deutschland und andere westliche Staaten hatten versprochen, dass die NATO sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen werde, kritisierte Gorbatschow 2009, als Albanien und Kroatien der NATO beitraten. Dieser Wortbruch habe dazu geführt, dass die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauten. Auch der russische Präsident Wladimir Putin erklärte am 18. März 2014 während der Krise in der Ukraine: »Unsere Kollegen im Westen haben uns wiederholt angelogen, haben Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, uns vor vollendete Tatsachen gestellt«, so Putin. »So war es bei

der Ost-Erweiterung der NATO und dem Ausbau militärischer Einrichtungen an unseren Grenzen.«[525]

US-Rüstungskonzerne haben von der NATO-Osterweiterung profitiert, da sie die neuen NATO-Mitglieder mit Waffen ausstatten konnten, erklärt US-Oberst Lawrence Wilkerson, der als Hubschrauberpilot in Vietnam kämpfte. »Warum hat Bill Clinton die NATO-Osterweiterung durchgezogen, obwohl George Bush senior und sein Außenminister James Baker gegenüber Gorbatschow und Jelzin versprochen hatten, die NATO würde sich keinen Zentimeter nach Osten ausdehnen?«, fragte Wilkerson. »War das im Interesse von US-Rüstungsfirmen wie Lockheed Martin, Raytheon, Boeing und anderen, um neue Absatzmärkte für ihre Produkte zu erhalten? Natürlich war es das!« Immer wieder geht es um Macht und Geld. »Die USA verkaufen weit mehr Waffen als Russland oder irgendein anderes Land der Welt. Wir sind die Händler des Todes«, so Wilkerson selbstkritisch.[526]

Bis zum Ural gehört Russland zu Europa. Mit der NATO-Osterweiterung ist es den USA gelungen, Europa zu spalten und Russland zu verärgern. Europa ist »Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent«, erklärte US-Geostratege Zbigniew Brzezinski. Europa ist der »natürliche Verbündete« der USA, denn es ist »die ursprüngliche Heimat der großen Mehrzahl der Amerikaner«, so Brzezinski. »Die Alte Welt ist für die USA von enormem geostrategischen Interesse«, denn ohne die NATO wäre es für die USA nicht möglich, Militärstützpunkte an den Grenzen von Russland zu unterhalten.[527]

Der Putsch der USA in der Ukraine 2014

Um die Spannungen zwischen der NATO und Russland anzuheizen, wurde beim NATO-Gipfel in der rumänischen Hauptstadt Bukarest im April 2008 von US-Präsident George Bush junior beschlossen, die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen. Russland war erzürnt. Schon im August 2008 griff Georgien, ermuntert durch die USA, das abtrünnige Südossetien an. Russland intervenierte und gewann den Krieg in nur fünf

Tagen. Die Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini, die den Ausbruch des Krieges im Auftrag der Europäischen Union untersuchte, kam zu dem Schluss, dass der georgische Präsident Micheil Saakaschwili den Georgienkrieg in der Nacht vom 7. auf den 8. August begonnen hatte. Georgien war der Agressor, unterstützt im Hintergrund durch die USA, die Militärberater nach Georgien entsandt hatten.[528]

Auch in der Ukraine, die direkt an Russland grenzt, hat das US-Imperium gemäß der Strategie »Teile und herrsche« die Spannungen geschürt und 2014 die Regierung in einem geheimen Putsch gestürzt. Präsident Wladimir Putin besetzte daraufhin den Osten der Ukraine und sicherte sich die Halbinsel Krim, die sich nach einer Volksabstimmung von der Ukraine löste und heute zu Russland gehört. Diesmal setzte die Europäische Union keine Untersuchungskommission ein, um den Putsch genau zu untersuchen. In *ARD, ZDF, Spiegel, Bild* und *Süddeutscher Zeitun*g begnügte man sich mit Vorwürfen an Russland. Dadurch wurde die Rolle des US-Imperiums verschleiert, das durch den Putsch den Krieg in der Ukraine ausgelöst hatte. »Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen«, gab der US-Politologe John Mearsheimer zu bedenken, der an der Universität Chicago lehrt. Mearsheimer erkannte richtig, dass US-Präsident Barack Obama und nicht der russische Präsident Wladimir Putin den Konflikt in der Ukraine losgetreten hatte.[529]

Der Putsch in der Ukraine wurde durch Scharfschützen ausgelöst, die in Kiew am 20. Februar 2014 sowohl Demonstranten wie auch Polizisten erschossen und das Land ins Chaos stürzten. Präsident Wiktor Janukowytsch und Ministerpräsident Nikolai Asarow mussten zurücktreten. Die USA installierten Arsenij Jazenjuk als neuen Ministerpräsidenten und Petro Poroschenko als neuen Präsidenten. »Es war ein vom Westen gesponserter Putsch, es gibt kaum Zweifel daran«, erklärte der gut informierte frühere CIA-Offizier Ray McGovern. Im US-Außenministerium hatte Victoria Nuland die Fäden gezogen, zusammen mit Geoffrey Pyatt, dem US-Botschafter in der Ukraine. Die Telefongespräche zwischen Nuland und Botschafter Pyatt, in denen sie vor dem Putsch die

Zusammenstellung der neuen Regierung besprachen, wurden abgehört und erregten Aufsehen, weil Nuland mit dem Ausdruck »Fuck the EU« die Europäische Union beleidigt hatte.[530]

Die gestürzten Politiker in der Ukraine verstanden, dass das US-Imperium für den Putsch in Kiew verantwortlich war. »Die Amerikaner forcierten erkennbar die konfrontative Entwicklung«, erläuterte der gestürzte Ministerpräsident Nikolai Asarow. Die Anführer der Demonstration auf dem Maidan seien in der US-Botschaft ein und aus gegangen und von dort befehligt worden. Es sei jedoch nie wirklich um die Ukraine gegangen, erklärt Asarow, sondern um den Kampf um Eurasien. »Die Ukraine war nur der Keil in der strategischen Operation der Amerikaner, einen eurasischen Wirtschaftsraum von Westeuropa bis Wladiwostok zu verhindern«, erklärt Asarow das Prinzip »Teile und herrsche«.[531]

Die USA bombardieren Syrien 2014

Auch in Syrien hat das US-Imperium interveniert und versucht, Präsident Baschar al-Assad zu stürzen, was indes nicht gelang. Die Operation lief im Verborgenen, doch jetzt sind die relevanten historischen Daten zugänglich. »Depeschen des Außenministeriums, die über Wikileaks bekannt wurden, belegen, dass die Regierung Bush die Destabilisierung Syriens betrieb und dass diese Bemühungen bis in die Regierung Obama hineinreichten«, enthüllte der US-Journalist Seymour Hersh. Im Dezember 2006, mehr als fünf Jahre vor Kriegsausbruch, reichte William Roebuck, der in der US-Botschaft in Damaskus arbeitete, eine Analyse der »Schwachstellen« der Regierung Assad ein und empfahl, die religiösen Spannungen anzuheizen, worauf die US-Botschaft in Syrien »fünf Millionen Dollar für die Finanzierung von Dissidenten« ausgegeben hat, berichtete Hersh.[532]

Der Angriff auf Syrien war in Washington in gut informierten Kreisen kein Geheimnis. US-General Wesley Clark, der als Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) die NATO-Streitkräfte beim illegalen Angriff der USA auf Serbien 1999 kommandiert hatte, bestätigte, dass die USA Präsident Baschar al-Assad stürzen wollten. Dies habe ihm der

stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz schon 1991 im Pentagon erzählt, kurz nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war. »Was wir aus dem Golfkrieg gelernt haben, ist, dass wir unser Militär in dieser Region – dem Nahen Osten – einsetzen können, und die Sowjets stoppen uns nicht«, habe Wolfowitz damals gesagt. »Wir haben jetzt etwa fünf oder zehn Jahre, um diese alten Sowjetregime – Syrien, Iran und Irak – wegzuräumen, bevor die nächste große Supermacht kommt und uns herausfordert.«[533]

Auch die Briten wollten den Sturz von Präsident Assad, wie der ehemalige französische Außenminister Roland Dumas gegenüber dem französischen Fernsehsender *LCP* enthüllte. »Ich war in England, zwei Jahre bevor der Krieg in Syrien ausbrach«, erinnert sich Dumas an das Jahr 2009. »Ich traf mich mit Spitzenbeamten der Briten, die mir anvertrauten, sie würden etwas in Syrien vorbereiten«, so Dumas. Wie immer arbeiteten die Briten im Geheimen. Die britische Bevölkerung hatte von den Kriegsvorbereitungen ihrer Regierung keine Ahnung. Aber Dumas bestätigt: »Großbritannien bereitete die Invasion von Syrien durch Rebellen vor. Sie fragten mich, obwohl ich nicht mehr Außenminister war, ob ich nicht teilnehmen wollte.«[534]

Im März 2011 brach in Syrien der Krieg aus. Syrische Sicherheitskräfte stoppten in der syrischen Stadt Dara nahe der Grenze zu Jordanien einen Lastwagen, der aus dem Irak kam und eine große Menge an Waffen und Sprengstoff geladen hatte. Die Nachrichtenagentur der syrischen Regierung erklärte, dass die Waffen dazu bestimmt waren, »Aktionen in Syrien auszulösen, die Syriens innere Sicherheit gefährden, und um Aufstand und Chaos zu verbreiten.« Während dieser Lastwagen abgefangen wurde, erreichten andere Lastwagen ihr Ziel, denn es war für Syrien unmöglich, die Grenzen zum Irak und zu Jordanien systematisch zu kontrollieren. Eine Facebook-Seite rief die syrische Bevölkerung zum Aufstand gegen Präsident Assad auf und forderte ein Ende von Korruption und Unterdrückung. Die Staatsmacht reagierte mit Wasserwerfern und Tränengas auf die Demonstrationen und es kam zu den ersten Todesopfern. Bald darauf versank Syrien im Chaos.[535]

US-Präsident Barack Obama, der zu Unrecht den Friedensnobelpreis erhalten hat, war direkt am illegalen Angriff auf Syrien beteiligt. Erneut wurde die Strategie »Teile und herrsche« eingesetzt. Die CIA trainierte und bewaffnete die Gegner von Präsident Assad, obschon das UNO-Gewaltverbot es strikt untersagt, in fremden Ländern militante Gruppen zu bewaffnen. »Wir wissen, sie haben die CIA reingeschickt, um Assad zu stürzen«, enthüllte der US-Ökonom Jeffrey Sachs, der an der Columbia University lehrt. »Die CIA-Operation Timber Sycamore wurde von Obama autorisiert, aber nie in der US-Öffentlichkeit diskutiert. Das läuft alles im Geheimen.« Die blutigen Gefechte zwischen der syrischen Regierung und den Rebellen forderten einen hohen Blutzoll. »Wir haben in Syrien einen Stellvertreterkrieg geführt. 500000 Tote in sieben Jahren. Wir müssen aus Syrien raus«, forderte der Ökonom Sachs im Jahre 2018.[536]

Es verstößt gegen internationales Recht, Rebellen in einem anderen Land zu unterstützen, welche die Regierung stürzen wollen. »Der Internationale Gerichtshof (IGH) hatte im Nicaragua-Urteil anerkannt, dass die Bewaffnung und Ausbildung paramilitärischer Kräfte einen Verstoß gegen das UNO Gewaltverbot darstellt«, erklärte der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages richtig. »So verhält es sich auch mit der Bewaffnung und Ausbildung der syrischen Rebellengruppen durch die USA seit 2012.«[537]

Der Krieg gegen Syrien war »eine der teuersten verdeckten Operationen in der Geschichte der CIA«, enthüllte die *New York Times*. Die CIA investierte mehr als eine Milliarde Dollar in die Operation Timber Sycamore, »eines der teuersten Programme der CIA, um Rebellen zu bewaffnen und zu trainieren, seit der Bewaffnung der Mudschaheddin in Afghanistan in den 1980er Jahren.« Das US-Imperium setzte auf die altbekannte Taktik »Teile und herrsche« und bewaffnete auch muslimische Terroristen, um Assad zu stürzen. »AQ (al-Qaida) ist auf unserer Seite in Syrien«, schrieb Jake Sullivan, der außenpolitische Berater von US-Außenministerin Hillary Clinton, an seine Chefin per E-Mail am 12. Februar 2012. Die US-Bevölkerung wusste nichts davon. In der Öffentlichkeit betonte US-Präsident Obama heuchlerisch, er bekämpfe den

Terrorismus, während die CIA gleichzeitig im Geheimen Terroristen bewaffnete.[538]

Weil die von der CIA bewaffneten Banden in Syrien nur mäßig erfolgreich waren, begann Obama am 23. September 2014 mit der Bombardierung von Syrien, was erneut ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot war. Obama erklärte, der Einsatz von Gewalt sei notwendig, um den Terrorismus zu bekämpfen, und forderte den Sturz des syrischen Präsidenten Assad. Doch Russland und der Iran eilten Syrien zu Hilfe. Auf Befehl von Präsident Putin bombardierte die russische Luftwaffe ab dem 30. September 2015 die von der CIA unterstützten Rebellen in Syrien, wobei auch Zivilisten getötet wurden. Die russische Luftwaffe und die syrische Armee waren erfolgreich und zwangen die Rebellen zum Rückzug. Unter Präsident Donald Trump zogen die USA 2019 einen Grossteil ihrer Soldaten aus Syrien ab, nachdem es den USA nicht gelungen war, Assad zu stürzen. »Die Welt hat in Syrien sehr vieles falsch gemacht«, bilanzierte Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt der Universität Mainz. »Aber wir müssen auch sagen, wer was falsch gemacht hat: Und hier liegt die Hauptverantwortung bei den USA.«[539]

Die Demütigung von China im Opiumkrieg 1839

Nicht Russland, sondern China ist der größte Herausforderer des US-Imperiums im 21. Jahrhundert. Auch China lässt keine US-Militärstützpunkte auf seinem Territorium zu. Mit 1,4 Milliarden Menschen ist China das Land mit der weltweit größten Bevölkerung. In seiner mehr als 4000 Jahre alten Geschichte war China stets eine Landmacht und keine Seefahrernation gewesen. Zwar waren im 15. Jahrhundert Chinesen unter Admiral Zheng He mit der sogenannten Schatzflotte nach Vietnam, Indien, Sri Lanka und entlang der Ostküste Afrikas bis nach Mosambik gefahren und hatten Giraffen nach China gebracht. Aber der chinesische Kaiser trachtete nicht wie die Europäer danach, mit Schiffen über die Weltmeere zu fahren, um fremde Länder zu erobern. Denn die Chinesen glaubten, dass ihre Kultur und Wirtschaft allen anderen überlegen sei, was eine Zeitlang auch zutraf. »China war in der späten Kaiserzeit, das heißt etwa ab dem 11.

bis 12. Jahrhundert, dem Rest der Welt weit überlegen«, so der Sinologe Kai Vogelsang von der Universität Hamburg. »China hatte Millionenstädte in einer Zeit, als in Europa die größten Städte 20000 bis 30000 Einwohner hatten. China kannte den Buchdruck Jahrhunderte vor Europa, hatte Papiergeld, als in Europa noch lange nicht davon die Rede war. China kannte den Kompass, hatte das Schießpulver.«[540]

Überzeugt von der eigenen Überlegenheit schottete sich China gegen die »Barbaren« ab und versank hinter der mehr als 7000 Kilometer langen berühmten großen Mauer in selbstgewählter Isolation. Die Schatzflotte wurde zerstört, der chinesische Kaiser verbot jede weitere Expedition. »China war niemals besonders am Erobern, Besetzen und Kolonialisieren fremder Staaten interessiert«, erklärt der Sinologe Roderich Ptak von der Universität München. Es kam China nicht in den Sinn, Südamerika, Nordamerika oder Afrika zu erobern, weshalb die europäischen Kolonialmächte dort auf ihren Eroberungszügen auch nicht auf Chinesen trafen.[541]

Der Kaiser von China wollte auch keinen Handel mit dem Westen. Die »Barbaren« und ihre »minderwertigen Produkte« interessierten ihn nicht. Nur über den Hafen Kanton in der Nähe von Hongkong erlaubte China beschränkten Handel mit den Briten, die vor allem chinesischen Tee und chinesische Seide nach Großbritannien exportierten. Umgekehrt hatten die Briten aber wenig Ware, die sie in China absetzen konnten, außer Opium, das die Briten aus Indien nach China importierten. Das Opium breitete sich rasch in der chinesischen Gesellschaft aus und schwächte das Land, was durchaus im Sinne der Briten war. »Das war ein ganz abgefeimtes Verbrechen«, sagt der Sinologe Kai Vogelsang. »Das war Drogenhandel.« Hilflos versuchte der chinesische Kaiser den Opiumhandel einzudämmen, ließ Opium beschlagnahmen und öffentlich verbrennen. Daraufhin kritisierten die Briten die Zerstörung ihrer Handelsware und 1839 brach der von den Briten angezettelte Opiumkrieg aus.[542]

Nun wurde deutlich, dass im militärischen Bereich China keineswegs die führende Nation der Welt war. Im Opiumkrieg zerschlugen die Briten die schwache chinesische Marine und überschwemmten das Land mit noch mehr Opium. »Wo, bitte, ist Euer Gewissen?«, fragte Lin Zexu, der

Sonderbeauftragte des Kaisers von China im Kampf gegen den Opiumschmuggel. »Angenommen, es kämen Ausländer nach England, um Opium zu verkaufen und die Menschen zum Konsum zu verführen: das würdet Ihr, ehrenhafte Königin, sicher tief verabscheuen«, so Lin Zexu in einem Brief an die britische Königin Victoria. Die Chinesen verlangten den sofortigen Stopp des Drogenimports. »Wenn Ihr solchen Schaden in Eurem Land nicht zulasst, solltet Ihr ihn doch wohl nicht auf andere Länder übertragen, schon gar nicht auf China!« Aber es half nichts. Die Briten schickten noch mehr Opium nach China und zwangen die Chinesen, alle Häfen zu öffnen. Hongkong wurde von Großbritannien erobert, von China abgespalten und im Vertrag von Nanking 1842 als Kolonie an London abgetreten.[543]

Die Niederlage im Opiumkrieg und der Verlust von Hongkong waren für China ein Schock. China, das sich lange als fortschrittlichste Nation der Welt betrachtet hatte, war gedemütigt. Die Chinesen erkannten, dass ihr Militär mit den Briten nicht mithalten konnte. Die Kanonen der Briten hatten eine deutlich größere Reichweite. »Sie können uns treffen, wenn wir es nicht können«, räumte Lin Zexu ein, der im Auftrag des Kaisers erfolglos den Drogenhandel bekämpft hatte. Die Feuerkraft der Briten war der der Chinesen überlegen. Jeder britische Soldat schieße durchgehend. »Wenn wir einen Schuss abfeuern, brauchen unsere Soldaten viel Zeit zum Herumeilen, bevor sie erneut feuern. Dies ist das Ergebnis unserer mangelnden Vertrautheit mit diesen Künsten«, bedauerte Lin Zexu. Es gäbe zwar viele chinesische Offiziere und Soldaten mit militärischer Erfahrung, aber diese beschränke sich auf den Nahkampf. Die meisten hatten noch nie ein Gefecht erlebt, »bei dem man kämpfen muss, ohne das Gesicht des Feindes zu sehen«, kommentierte Lin Zexu verwundert.[544]

China hat die größte Armee der Welt

Seit dem Opiumkrieg sind mehr als 180 Jahre vergangen. In Europa und den USA ist dieser Krieg kein Thema mehr. Aber in China wurde diese Demütigung nie vergessen. Peking rüstet auf und ist dabei, eine eigene Hochseemarine aufzubauen. China verfügt aber erst über zwei

Flugzeugträger, während die USA mit elf Flugzeugträgern weiterhin die führende Macht auf den Weltmeeren sind. Der chinesische Flugzeugträger Liaoning mit einer Sprungschanze am Bug nahm 2012 den Betrieb auf. Im Jahre 2018 folgte der zweite chinesische Flugzeugträger Shandong, der Kampfflugzeuge und Hubschrauber tragen kann. Nie wieder will China sich den USA, den Briten oder anderen Kolonialmächten beugen. Mit zwei Millionen Soldaten verfügt China über die größte Armee der Welt. »Wir nähern uns mit immer mehr Selbstbewusstsein und Kraft dem Ziel des großen Wiederaufstiegs der chinesischen Nation«, erklärte zuversichtlich der chinesische Präsident Xi Jinping, der das Land seit 2013 anführt.[545]

Während das US-Imperium fast die ganze Welt mit Militärstützpunkten überzogen hat, verfügt China bisher nur über einen einzigen Militärstützpunkt in einem fremden Land, im afrikanischen Dschibuti. Aber China ist hinter den USA das Land mit den höchsten Rüstungsausgaben. Im Jahr 2018 waren es 250 Milliarden Dollar, verglichen mit knapp 650 Milliarden im selben Jahr in den USA. Die hohen Rüstungsausgaben von China werden in den USA sehr kritisch beobachtet. »China baut eine robuste und tödliche Armee auf«, warnte US-General Robert Ashley, der Direktor der US Defense Intelligence Agency (DIA) 2019 in einem Bericht. US-Präsidenten werden sich in Zukunft »einem China gegenübersehen, das darauf besteht, bei globalen Interaktionen eine stärkere Stimme zu haben, was zuweilen im Gegensatz zu den Interessen der USA stehen kann.«[546]

Nach der Gründung der kommunistischen Volksrepublik China 1949 durch Mao Zedong ist China am 7. Oktober 1950 in Tibet einmarschiert. »Zum Zeitpunkt der gewaltsamen Einverleibung in den chinesischen Staatsverband war Tibet ein eigenständiger Staat«, erklärt der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Daher war die Invasion von Tibet illegal und ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot. Ein Volksaufstand der Tibeter wurde am 21. März 1959 durch China brutal niedergeschlagen. Der Dalai Lama, das Oberhaupt der tibetischen Regierung, floh im selben Jahr ins Exil nach Indien. Der Dalai Lama ist zusammen mit Mahatma Gandhi für mich ein Vorbild und eine große Inspiration für die Friedensbewegung. »Was mich angeht, so betone ich stets den Wert dessen, was ich innere Abrüstung nenne«, erklärte der

buddhistische Mönch weise. »Sie geschieht durch den Abbau von Hass und die Förderung des Mitgefühls.«[547]

China erhebt auch Anspruch auf Taiwan. Im Chinesischen Bürgerkrieg hatten die USA verdeckt in China interveniert und Chiang Kai-shek unterstützt, der dann aber gegen Mao verlor und sich mit seinen Anhängern auf die Insel Taiwan vor der Küste Chinas zurückziehen musste und dort die »Republik China« ausrief. Bis heute unterstützen die USA die nur 225 Kilometer vor der Küste Chinas liegende Insel Taiwan diplomatisch und militärisch und treiben dadurch gemäss dem Prinzip »Teile und heusche« einen Keil in die chinesische Gesellschaft.

Mit Hilfe der USA erhielt Taiwan den ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat in New York und musste diesen erst 1971 an die Volksrepublik China abgeben. Die Chinesen betrachten Taiwan als abtrünnige Provinz und möchten die Insel unbedingt wieder mit dem Festland vereinen, notfalls mit militärischer Gewalt. Die USA, mehr als 10000 Kilometer von der Insel entfernt, haben die taiwanesische Luftwaffe und Marine mit den neusten Militärprodukten aus den USA aufgerüstet. Ob China Taiwan militärisch angreifen wird, ist unklar. Gemäß Alex Neill, China-Experte beim Londoner Strategieinstitut IISS, ist es unwahrscheinlich, dass die USA eine chinesische Invasion in Taiwan erfolgreich verhindern könnten.[548]

China beansprucht auch nahezu das gesamte Südchinesische Meer und die dort vorhandenen Rohstoffe. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, hat China auf Riffen und Atollen Inseln aufgeschüttet. Doch auch Malaysia, Taiwan, Vietnam und die Philippinen machen im Südchinesischen Meer ihre Gebietsansprüche geltend, unterstützt durch die US-Marine. Peking bezeichnet die Inseln im Südchinesischen Meer als einen »unveräußerlichen Teil« des chinesischen Territoriums. »Die chinesische Nation hat immer den Frieden geliebt«, heißt es in offiziellen Studien des chinesischen Militärs. China werde »nicht angreifen, außer wenn wir angegriffen werden. Aber wir werden sicher zurückschlagen, wenn wir angegriffen werden«, so die chinesische Verteidigungsdoktrin.[549]

China hat längst erkannt, dass in Hollywoodfilmen das US-Militär stets die Rolle der Guten einnimmt. Daher produzieren die Chinesen nun ihre

eigenen Actionfilme und geben darin den Chinesen die Rolle der Guten. Weil Millionen von Chinesen sich diese Filme anschauen, hat dies einen großen Einfluss auf ihre Psyche. Im Actionfilm »Wolf Warrior 2« erleben chinesische Helden Kampfszenen, Explosionen und Verfolgungsjagden durch exotische Landschaften und verhelfen der Gerechtigkeit zum Sieg.

Der Film schaffte es 2017 sogar zum erfolgreichsten chinesischen Film aller Zeiten. Die Handlung ist wie bei Hollywoodfilmen einfach und im Kern identisch mit Actionfilmen aus den USA, mit dem einzigen, aber entscheidenden Unterschied, dass nun Chinesen und nicht US-Amerikaner die Guten sind: Der chinesische Held landet in Afrika, um den Mord an seiner geliebten Frau zu rächen, sieht sich dann aber schnell in der Pflicht, eine Gruppe chinesischer Landsleute vor einem mörderischen Trupp weißer Söldner zu retten. Die letzte Szene des Films zeigt das Bild eines chinesischen Reisepasses, auf den die Worte projiziert werden: »Bürger der Volksrepublik China! Wenn Ihr im Ausland in Gefahr geratet, verzagt nicht! Hinter Euch steht ein starkes Vaterland.«[550]

China hat die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt

Die Chinesen sind stolz auf ihr Land, weil es eine bedeutende globale Wirtschaftsmacht ist und viele Chinesen aus der Armut befreit hat. Die USA und Europa sind es nicht gewohnt, dass mit China erstmals seit 500 Jahren eine Macht globalen Anspruch erhebt, die nicht aus dem Westen kommt. Noch vor hundert Jahren war China ein armes Land, in dem einfache Bauern die Wirtschaft prägten. Nach der Gründung der kommunistischen Volksrepublik China 1949 durch Mao Zedong herrschte überall materieller Mangel. »Auf den Straßen waren kaum Fahrräder zu sehen, geschweige denn Autos«, erinnert sich der Chinese Geng Wenbing, der später China als Botschafter in der Schweiz vertrat. Es mangelte an allem. Getreide, Stoff, Speiseöl und Fleisch waren rationiert und nur gegen Marken zu bekommen, die von der kommunistischen Regierung zugeteilt wurden. »Zu jener Zeit gab es nur geringfügige Unterschiede zwischen Arm und Reich, denn alle waren gleich arm«, so Wenbing.[551]

Erst nach dem Tod von Mao Zedong 1976 führte Deng Xiaoping tiefgreifende Reformen durch und öffnete die chinesische Wirtschaft für Investoren aus dem Westen. Das Einkommen der Chinesen erhöhte sich danach ständig, das Lebensmittelangebot wurde vielfältiger. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs Jahr für Jahr um zehn Prozent, wodurch China gemessen am BIP von der sechstgrößten zur heute zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufstieg, hinter den USA, aber vor Japan und Deutschland. China ist Mitglied der Welthandelsorganisation WTO und die chinesische Währung Yuan, auch als Renminbi bekannt, zählt neben dem US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund offiziell als fünfte Weltwährung.

Gemäß dem deutschen Fondsmanager Dirk Müller sind die offiziellen Wirtschaftsdaten aus China und auch die Bilanzdaten chinesischer Unternehmen manipuliert und »oft völlig überzogen«. Der Aufstieg Chinas in den letzten 25 Jahren sei zwar ohne Zweifel »das größte Wirtschaftswunder, das je stattgefunden hat«, so Müller. Aber wenn die US-Notenbank FED die Zinsen anhebe, werde Chinas Wirtschaft einbrechen, weil dann die Investoren ihr Geld abziehen werden. Die USA haben »den Finger am Abzug und entscheiden ganz alleine, zu welchem Zeitpunkt sie abdrücken«, glaubt Müller.[552]

Nach den USA zählt das kommunistische China zu den Ländern mit den meisten Milliardären der Welt. Im Jahr 2017 gab es 250 Milliardäre in China, unter ihnen Jack Ma, der Gründer des Onlinehändlers Alibaba, der mehr Umsatz und Gewinn macht als Amazon und eBay zusammen. Einige Milliardäre liegen mit der Regierung von China im Streit. In New York lebt der chinesische Milliardär Guo Wengui in seinem 70 Millionen-Dollar-Appartement mit Blick über den Central Park. Der Immobilienhändler hatte in Peking 1999 für 15 Dollar pro Quadratmeter Land gekauft. Als China 2001 den Zuschlag für die Olympischen Spiele bekam, habe sich der Landpreis vertausendfacht. So wurde er reich. Die chinesischen Politiker wurden neidisch und der Vizebürgermeister verlangte einen Teil des Geldes. Als Wengui sich weigerte, kam er ins Gefängnis. »Jeden Tag haben die mich gefoltert«, berichtet der Milliardär auf *Arte*. »Sie wollten mich umbringen.« Daher sei er über Hongkong und London nach New York

geflohen und verlangt über die sozialen Medien den Sturz der chinesischen Regierung. »Die bringen die Leute ohne weiteres um und lassen sie verschwinden«, kritisiert Wengui. China verlangt seine Auslieferung, aber die USA lehnen ab. Washington mag es, wenn die Verbrechen Chinas an die Öffentlichkeit kommen. Umgekehrt schätzen es die USA aber nicht, wenn Journalisten wie Julian Assange die Verbrechen der USA öffentlich dokumentieren.[553]

In China regiert die Kommunistische Partei mit eiserner Hand. Der Nationale Volkskongress, mit rund 3000 Mitgliedern das größte Parlament der Welt, tagt jedes Jahr für zehn Tage im März. Der amtierende Präsident Xi Jinping hat vom Parlament umfassende Vollmachten erhalten. Im März 2018 entschied der Volkskongress die in der chinesischen Verfassung festgeschriebene Amtszeitbeschränkung für den Präsidenten aufzuheben. Zuvor durfte ein Präsident maximal zwei Mal fünf Jahre sein Amt ausüben. Die Entscheidung fiel mit 2958 gegen nur zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen sehr deutlich aus. »Xi Jinping kann damit bis an sein Lebensende Präsident bleiben«, erklärte die *Süddeutsche Zeitung*.[554]

Als Parteichef und Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee ist Präsident Xi der mächtigste Mann in China. Aber die Vorstellung, dass wirtschaftliche Öffnung und wachsender Wohlstand automatisch eine politische Liberalisierung Chinas und ein System mit mehreren Parteien mit sich bringen würden, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Die Pressefreiheit in China ist stark eingeschränkt, Kritik an Präsident Xi oder der Kommunistischen Partei sind nicht erwünscht. China hat sich dem Kapitalismus geöffnet, ohne aber das Land ausländischen Firmen zu unterwerfen. Die Kommunistische Partei Chinas hat den Zusammenbruch der Sowjetunion genau studiert und tut alles, um ein ähnliches Schicksal zu vermeiden.

Der wirtschaftliche Aufstieg von China verlief rasant. Noch unter der Herrschaft Mao Zedongs mussten die Chinesen »eine Existenz im Steinzeitalter fristen«, erklärt der Schweizer China-Kenner Urs Schoettli. Doch dann folgte ein Wirtschaftswachstum, das auch durch US-Investitionen angetrieben wurde. »Heute beeindruckt das Reich der Mitte nicht nur mit glitzernden Skylines, riesigen Shopping-Malls und

gigantischen Industrieparks, sondern auch mit einer Infrastrutur von Weltniveau«, so Schoettli. China ist auf Exportmärkte angewiesen, da die chinesische Binnennachfrage noch zu schwach ist, um alle in China produzierten Güter und Dienstleistungen aufzunehmen. Die USA wissen das und haben unter US-Präsident Donald Trump einen Handelskrieg gegen China vom Zaun gebrochen. Trump stört sich daran, dass die USA weit mehr aus China importieren als dorthin verkaufen, und versucht China durch Strafzölle zu schwächen. Die Rivalität zwischen den USA und China gehört zu den großen Geschichten des 21. Jahrunderts. Niemand weiß heute, wie sich diese Rivalität bis ins Jahr 2050 entwickeln wird. Sicher ist nur, dass China derzeit der größte Herausforderer für das US-Imperium ist.[555]

Die neue Seidenstraße 2013

Die chinesischen Geostrategen wissen, dass das US-Imperium die Weltmeere beherrscht. Daher verstärken sie die chinesische Flotte und investieren massiv in die Infrakstruktur auf der Landmasse von Eurasien. Chinas Präsident Xi Jinping verkündete 2013 das Megaprojekt »Neue Seidenstraße«, auch als Belt and Road Initiative (BRI) bekannt. Damit hat China endgültig die lange Zeit der selbstgewählten Isolation hinter sich gelassen. Im Rahmen der neuen Seidenstraße entsteht derzeit in Eurasien ein Netzwerk aus Eisenbahnstrecken, Autobahnen, Tiefseehäfen und Flughäfen, das immer stabilere und schnellere Handelsverbindungen ermöglicht. China versucht damit die internationale Ordnung in Eurasien nach den Vorgaben von Peking zu gestalten und den Einfluss der USA zurückzudrängen. Auch für Europa können daraus viele Vorteile entstehen. Aber das Misstrauen ist groß. Die neue Seidenstraße stehe »für den Versuch, ein umfassendes System zur Prägung der Welt im chinesischen Interesse zu etablieren«, kritisierte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel 2018 auf der Münchner Sicherheitskonferenz.[556]

Um Zugang zum Indischen Ozean zu erhalten und die von der US-Marine kontrollierte Seestraße von Malakka zu umgehen, baut China im Rahmen der neuen Seidenstraße in Myanmar in der Stadt Kyaukpyu einen

Tiefseehafen, der über Erdöl- und Erdgaspipelines und Eisenbahnlinien mit China verbunden wird. Die USA haben daran wenig Freude. Im Jahr 2017 brachen in Myanmar zwischen der muslimischen Rohingya-Minderheit, darunter viele Einwanderer aus Bangladesch, und der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit von Myanmar Unruhen aus. Die USA protestierten sofort gegen die Unterdrückung der Rohingya und Myanmar wurde auch in den europäischen Medien kritisiert. »Es war kaum irgendwo zu lesen, dass es bestialische Morde an buddhistischen Mönchen durch Rohingya-Terroristen gab oder dass diese muslimische Minderheit mit Gewalt eine Abspaltung des von ihnen bewohnten Territoriums von Myanmar und somit einen eigenen islamischen Staat zu erzwingen versuchte«, berichtet der Fondsmanager Dirk Müller. Das eng mit den USA verbündete Saudi-Arabien habe den Terrorarm der Rohingya ausgebildet und finanziert, um den Bau der Seidenstraße zu behindern. Die USA wissen, dass sie mit Unruhen oder sogar Krieg den Bau der Seidenstrasse empfindlich stören können.[557]

Die neue Seidenstraße erinnert an die Bagdadbahn, die Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg bauen wollte. Deutschland wusste damals, dass es als Kontinentalmacht das britische Imperium zur See nicht herausfordern konnte. Daher suchten die Deutschen den Landweg zu den Erdölquellen und planten den Bau einer Eisenbahn von Berlin bis nach Bagdad im Irak. Die Deutschen sprengten Tunnels in den Fels, errichteten Brücken und bauten Ende des 19. Jahrhunderts erfolgreich eine Eisenbahnstrecke von Berlin bis Istanbul und von dort weiter bis nach Konya im Zentrum der Türkei. Die Briten beobachteten diese Entwicklung mit großer Sorge. Robert Laffan, der damalige britische Militärberater in Serbien, glaubte, die Bagdadbahn gefährde das britische Imperium. »Würde Berlin-Bagdad fertiggestellt«, so Laffan, »wäre ein riesiges Gebiet, in dem jeder erdenkliche wirtschaftliche Reichtum hergestellt werden könnte, das aber für eine Seemacht unangreifbar wäre, unter deutscher Kontrolle.« Das Projekt müsse daher unbedingt verhindert werden. Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, bedeutete dies das Ende für die Bagdadbahn.[558]

Die Chinesen möchten nicht ein ähnliches Schicksal wie Deutschland erleiden und planen daher sehr sorgfältig. Die neue Seidenstraße ist ein

gigantisches internationales Infrastrukturprojekt, an dem sich auch viele Länder Europas beteiligen, darunter Griechenland, Polen, Ungarn und Italien. »Asien und die Seidenstraßen sind im Aufstieg begriffen, und dieser Aufstieg geschieht schnell – nicht isoliert vom Westen, nicht einmal im Wettbewerb mit ihm«, glaubt der britische Historiker Peter Frankopan, der an der Universität Oxford lehrt. Der Westen müsse erkennen, dass der Erfolg von Asien nicht auf Kosten von Europa gehe, sondern dass ganz Eurasien davon profitieren könne. Entlang der Seidenstraße gehe der Trend »in Richtung Abbau von Spannungen und Aufbau von Allianzen«, und man diskutiere über Lösungen zum wechselseitigen Vorteil. »Die Zeiten, da der Westen die Welt noch nach seinem eigenen Bild formen konnte, sind lange vorbei«, glaubt Frankopan.[559]

16. Fazit

Im Laufe der Geschichte haben die Menschen einander unendlich oft auf grausamste Weise Gewalt angetan, und sie tun es auch heute noch. Einige Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten fühlen sich daher deprimiert und ohnmächtig. Aber diese Gefühle helfen uns nicht weiter. Weil wir als Menschen verantwortlich für die Gewalt sind, haben wir auch den Schlüssel in der Hand, das Drama zu beenden. Denn Krieg, Terror und Folter sind keine Naturgewalten wie Erdbeben oder Tornados, denen wir hilflos ausgesetzt sind. An jedem Einsatz von Gewalt ist immer mindestens ein Mensch beteiligt, oft eine ganze Gruppe. Immer mehr Menschen wird klar, dass die destruktive und zerstörerische Bewusstseinsebene, auf der wir uns heute befinden, am Ende ihrer Nützlichkeit angekommen ist. »Wir haben die Sklaverei, die Hexenverbrennung, den Kolonialismus, den Rassismus und die Apartheid überwunden«, betont Jürgen Todenhöfer. »Wenn es uns gelingt, auch noch den Krieg zu ächten, hat die Menschheit einen großen Schritt nach vorne getan.«[560]

Die Friedensbewegung muss darauf vertrauen, dass eine Welt ohne Krieg möglich ist. »Entschlossenheit und Zuversicht sind, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, die Schlüssel zum Gelingen«, rät der Dalai Lama weise. Als ersten und auch wichtigsten Schritt braucht es daher den Willen zum Frieden. Ich bin davon überzeugt, dass der Ausstieg aus der Gewaltspirale grundsätzlich möglich ist. Entscheidend ist, dass wir den inneren und äußeren Frieden wirklich wollen. Wenn dieser Wille stark ist, können wir uns für die praktische Umsetzung an den drei Prinzipien Menschheitsfamilie, UNO-Gewaltverbot und Achtsamkeit orientieren,

welche uns wie drei hell leuchtende Sterne den Weg durch das 21. Jahrhundert weisen.[561]

Das Prinzip Menschheitsfamilie ist ein zentraler Leuchtstern für die Friedensbewegung. Die in diesem Buch dargelegten Beispiele zum brutalen europäischen Imperialismus und zum skrupellosen Imperialismus der USA belegen, dass der Einsatz von Gewalt jeweils dadurch ermöglicht wurde, dass die Imperialisten eine Gruppe von Menschen – Indianer, Afroamerikaner, Japaner, Deutsche, Vietnamesen, Iraker, Afghanen und viele andere mehr – explizit aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen hatten. Durch Kriegspropaganda wurde jedes Mitgefühl mit der ausgeschlossenen Gruppe ausgelöscht. Die Deutschen wurden als »brutale und bluttriefende Hunnen« und die Japaner als »gelbe Affen« bezeichnet. Danach wurde der Einsatz von Gewalt, inklusive der Abwurf von Atombomben, als notwendig dargestellt. Dieser Wahnsinn zeigt, wie verwirrt und unbewusst wir Menschen immer wieder sind. Wenn wir uns an das Prinzip Menschheitsfamilie erinnern, wachen wir aus diesem unbewussten Zustand auf. Dann wird uns klar, dass jede und jeder durch seine Geburt zur Menschheitsfamilie gehört, unabhängig von Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht, Bildung, Religion oder Vermögen. Und in der Familie gilt die einfache Regel, dass man durchaus unterschiedliche Ansichten vertreten darf, sich aber untereinander nicht töten soll.

Das Prinzip UNO-Gewaltverbot ist ein weiterer wichtiger Leuchtstern für die Friedensbewegung. Nach dem unsäglichen Leiden im Zweiten Weltkrieg formulierten die Menschen 1945 ein revolutionäres neues Prinzip, das den Angriff von einem Land auf ein anderes Land strikt untersagt, wie auch das verdeckte Bewaffnen von Banden, um in einem anderen Land die Regierung zu stürzen. Dies war ein großer Fortschritt. Das in der UNO-Charta in Artikel 2 Absatz 4 verankerte Gewaltverbot ist das heute geltende Völkerrecht und besagt: »Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.« Wenn jeder Staat sich an dieses Gewaltverbot hält und seine Soldaten nicht ins Ausland schickt, sondern strikt innerhalb

der eigenen Landesgrenzen als rein defensive Armee hält, wird das den Frieden stärken. »Die Zukunft der Demokratie hängt von den Menschen ab und ihrem wachsenden Bewusstsein für einen würdevollen Umgang mit allen Menschen der Erde«, erklärt US-Historiker Howard Zinn treffend.[562]

Das Prinzip Achtsamkeit ist der dritte Leuchtstern für die Friedensbewegung. Wir brauchen im 21. Jahrhundert einen Bewusstseinswandel und mehr Achtsamkeit. Wenn wir mit geschlossenen Augen den Blick nach innen richten, können wir erkennen, wie verschiedene Kriegstreiber unsere Gedanken und Gefühle durch Kriegspropaganda seit Jahrzehnten gezielt verwirrt haben und dies auch heute noch tun. Die von US-Präsident Johnson vorgetragene Lüge über den Zwischenfall im Golf von Tonkin 1964 war verheerend, denn sie führte in den Vietnamkrieg. Ebenso hat die von US-Präsident Bush vorgetragene Lüge über die ABC-Waffen großen Schaden angerichtet und 2003 den illegalen Angriff auf den Irak ausgelöst. Auch die Sprengung von WTC7 am 11. September 2001 irritiert. Wer aus seinem unbewussten Zustand aufwacht, wird schnell erkennen, dass Krieg und Lüge immer Hand in Hand gehen. Der israelische Historiker Yuval Noah Harari berichtet, dass er jeden Tag zwei Stunden mit geschlossenen Augen meditiert und dabei seinen Atem beobachtet. »Das ist keine Flucht vor der Wirklichkeit«, erklärt Harari. »Es bedeutet im Gegenteil, mit der Wirklichkeit in Berührung zu kommen.«[563]

Auch ich übe mich in Achtsamkeit, versuche immer wieder den Blick nach innen zu richten und meine Gedanken und Gefühle zu beobachten. Um aus der Gewaltspirale auszusteigen, müssen wir alle Kriegslügen hinter uns lassen. Wer sich in Achtsamkeit übt, kann nicht mehr so leicht durch psychologische Operationen getäuscht werden. Bekannte Achtsamkeitslehrer wie Eckhart Tolle erklären, dass wir dann achtsam sind, wenn wir unsere Gedanken und Gefühle aus einer gewissen Distanz wie vorbeiziehende Wolken beobachten und erkennen, dass wir nicht unsere Gedanken und Gefühle sind, sondern das formlose klare Bewusstsein, in dem diese aufsteigen und auch wieder vergehen. Dieses formlose Bewusstsein lebt in allen Mitgliedern der Menschheitsfamilie. Jeder kann für den Frieden etwas tun, indem er sich täglich in Achtsamkeit und

friedlicher Kommunikation übt. Durch Achtsamkeit wird der innere Frieden gestärkt. Und dieser ist die Basis für jeden Frieden in der Außenwelt.[564]

Chronologie

Ausgewählte Daten zur Geschichte der USA

1492 Der italienische Seefahrer Christoph Kolumbus überquert im Auftrag von Spanien den Atlantik und landet auf den Bahamas.

1607 Die Engländer gründen mit Jamestown die erste ständig bewohnte englische Kolonie in Nordamerika.

1619 Die erste Lieferung von 20 afrikanischen Sklaven an die britische Kolonie Virginia erfolgt durch holländische Händler.

1646 Für die Powhatan-Indianer endet der Kontakt mit den Engländern in einer Katastrophe. Sie werden verdrängt und zu Tributzahlungen an Virginia in Form von Pelzen verpflichtet.

1776 In der Boston Tea Party vernichten die »Patrioten« englischen Tee und demonstrieren so ihren Widerstand gegen die britische Kolonialmacht.

1776 Die dreizehn britischen Kolonien in Nordamerika erklären am 4. Juli ihre Loslösung von Großbritannien und gründen den neuen Staat »Vereinigte Staaten von Amerika«.

1783 Das britische Imperium muss nach verlustreichen Kämpfen im Vertrag von Paris die dreizehn Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen.

1788 Die Verfassung der USA tritt in Kraft.

1789 George Washington wird zum ersten Präsidenten der USA gewählt.

1803 Frankreich verkauft seine große Kolonie Louisiana für nur 15 Millionen Dollar an die USA, die dadurch ihr Staatsgebiet verdoppeln. Die Ansprüche der Indianer werden ignoriert.

1823 Die Monroe-Doktrin verbietet den Europäern, in Amerika zu intervenieren, während die USA versprechen, dies auch in Europa nicht zu tun.

1831 In Virginia wird der Sklavenaufstand von Nat Turner niedergeschlagen.

1845 Die USA erobern die mexikanische Provinz Texas und vergrößern dadurch ihr Staatsgebiet.

1846 Die USA inszenieren einen Zwischenfall am Rio Grande und erklären Mexiko den Krieg.

1848 Im Diktatfrieden von Guadalupe Hidalgo muss Mexiko die Hälfte seines Landes inklusive Kalifornien an die USA abgeben. Damit ist die Ausdehnung der USA bis an den Pazifik abgeschlossen.

1860 Abraham Lincoln wird zum Präsidenten gewählt.

1861 Die sklavenhaltenden Südstaaten treten aus den USA aus und gründen ihr eigenes Land, das sie die »Konföderierten Staaten von Amerika« nennen. Ein blutiger Bürgerkrieg bricht aus.

1865 Der Bürgerkrieg endet mit der Kapitulation der Südstaaten. Die Sklaverei wird in den USA verboten. Präsident Abraham Lincoln wird erschossen.

1867 Russland verkauft Alaska für sieben Millionen Dollar an die USA.

1870 Der Afroamerikaner Hiram Revels aus Mississippi zieht als erster schwarzer Senator in den Kongress ein.

1890 Mit dem Massaker bei Wounded Knee enden die Indianerkriege. Von den ursprünglich fünf Millionen leben nur noch 250000 Indianer, die in Reservate eingesperrt werden.

1893 Im Königreich Hawaii stürzen die USA Königin Liliuokalani und übernehmen die Regierung.

1895 In Kuba unterstützen die USA den Aufstand der lokalen

Bevölkerung gegen die Kolonialmacht Spanien.

1898 Das Kriegsschiff *USS Maine* explodiert im Hafen von Havanna. Obschon Spanien dafür nicht verantwortlich ist, erklären die USA Spanien den Krieg.

1898 Im Frieden von Paris muss Spanien Kuba, die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die USA abtreten. Die USA werden zur imperialistischen Macht.

1913 Mit der Verabschiedung des Federal Reserve Act durch den Kongress und der Unterschrift von Präsident Wilson überträgt die Regierung den US-Banken die Macht zur privaten Geldschöpfung.

1914 In Europa bricht nach einem Mord in Sarajevo der Erste Weltkrieg aus.

1915 Präsident Wilson erlaubt US-Banken die Vergabe von Krediten an die europäischen Kriegsparteien. Nach dem Krieg schuldete Großbritannien den USA mehr als vier Milliarden Dollar.

1915 Ein deutsches U-Boot versenkt das britische Passagierschiff *Lusitania* vor der Südküste Irlands, das heimlich Kriegsmaterial von den USA nach Großbritannien transportierte.

1917 Die USA erklären Deutschland den Krieg, landen erstmals mit Truppen in Europa und verhelfen Großbritannien und Frankreich zum Sieg im Ersten Weltkrieg.

1919 In Versailles wird Deutschland die Alleinschuld für den Ersten Weltkrieg aufgebürdet und zu Reparationszahlungen in Milliardenhöhe verpflichtet, die über Frankreich und Großbritannien zurück in die USA fließen.

1920 In den USA erhalten Frauen das Wahlrecht.

1921 Frankreich besetzt Düsseldorf, nachdem Deutschland die Reparationszahlungen aussetzte. Deutschland verspricht, die Reparationszahlungen weiterzuführen.

1933 In Deutschland wird nach dem Reichstagsbrand von Adolf Hitler das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Presse- und Versammlungsrecht abgeschafft.

1937 Japan greift China an und löst den Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg aus.

1939 Mit dem Angriff von Hitler auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg. Deutschland wird weiterhin von den USA mit Erdöl versorgt.

1940 Präsident Roosevelt kandidiert erfolgreich für eine dritte Amtszeit.

1941 Die USA als größtes Erdölförderland stoppen im Juli alle Erdölexporte nach Japan.

1941 Der japanische Angriff am 7. Dezember auf Pearl Harbour ist für Präsident Roosevelt keine Überraschung, schockt aber die Bevölkerung und führt zum Kriegseintritt der USA.

1944 Die USA eröffnen die Zweite Front und landen mit Soldaten in der Normandie in Frankreich.

1945 US-Präsident Truman lässt Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwerfen.

1945 Das UNO-Gewaltverbot tritt in Kraft und verbietet Krieg weltweit.

1947 Die USA gründen den Nationalen Sicherheitsrat und die CIA und statten den Geheimdienst mit umfassenden Kompetenzen im Bereich der verdeckten Kriegsführung aus.

1948 Die CIA manipuliert die Wahlen in Italien und verhindert einen Sieg der Sozialisten und Kommunisten.

1949 Die USA gründen zusammen mit europäischen Staaten das Militärbündnis NATO und versichern, dass dieses rein defensiven Charakter hat.

1953 Im Iran stürzt die CIA zusammen mit dem britischen Geheimdienst MI6 Premierminister Mohammad Mossadegh in einem illegalen

Putsch.

1954 In Guatemala stürzt die CIA Präsident Jacobo Arbenz in einem illegalen Putsch.

1959 Hawaii wird als 50. Bundesstaat in die USA eingegliedert.

1961 Der scheidende Präsident Eisenhower warnt vor der Macht des militärisch- industriellen Komplexes.

1961 Im Kongo lässt die CIA Premierminister Patrice Lumumba ermorden, der das Land in die Unabhängigkeit führte, und installiert Diktator Joseph Mobutu.

1961 In der Dominikanischen Republik ermorden von der CIA unterstützte Rebellen Diktator Rafael Trujillo.

1961 In Kuba versucht die CIA mit der illegalen Invasion in der Schweinebucht ohne Erfolg Präsident Fidel Castro zu stürzen.

1961 Die CIA gibt der Mafia den Auftrag, den kubanischen Präsidenten Fidel Castro zu ermorden.

1963 Martin Luther King spricht in Washington vor dem Lincoln Memorial über seinen Traum von Gleichberechtigung und Frieden.

1963 In Südvietnam unterstützen die USA einen Putsch gegen Präsident Diem, der gestürzt und ermodet wird.

1963 In Texas wird US-Präsident John F. Kennedy erschossen, vermutlich im Auftrag des früheren CIA-Direktors Allen Dulles.

1964 Vietnam wird in einem illegalen Krieg von den USA angegriffen, nachdem US-Präsident Lyndon Johnson die eigene Bevölkerung mit einer Lüge über einen Zwischenfall im Golf von Tonkin täuschte.

1965 In Indonesien ergreift General Mohamed Suharto in einem blutigen Putsch, unterstützt durch die USA, die Macht.

1967 In Bolivien wird Che Guevara festgenommen und von der

bolivianischen Armee auf Anweisung der CIA erschossen.

1968 In den USA wird Martin Luther King in Memphis, Tennessee erschossen.

1969 Kambodscha wird von den USA in einem illegalen Krieg bombardiert.

1970 In Chile bewaffnet die CIA Rebellen, die General René Schneider entführen und töten.

1970 Die Nationalgarde erschießt bei Antikriegsprotesten an der Kent State Universität in Ohio vier Studenten.

1973 In Chile wird Präsident Salvador Allende durch General Augusto Pinochet mit Unterstützung der CIA in einem illegalen Putsch gestürzt.

1980 In Thailand bewaffnet und trainiert die CIA die kommunistischen Roten Khmer, die zuvor in Kambodscha einen Genozid durchgeführt hatten.

1981 In Nicaragua unterstützt die CIA die Contra-Rebellen und versucht in einem illegalen Krieg vergeblich die Regierung zu stürzen.

1987 In den USA werden die Anhörungen über den Iran-Contra-Skandal im Fernsehen übertragen und erschüttern das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung.

1989 US-Präsident George Bush senior marschiert ohne UNO-Mandat und daher illegal in Panama ein.

1990 Der irakische Diktator Saddam Hussein überfällt in einem illegalen Angriffskrieg das Nachbarland Kuwait, nachdem US-Botschafterin April Glaspie ihm versichert hatte, er könne den Konflikt so lösen, wie er es für richtig halte.

1991 US-Präsident George Bush senior vertreibt Saddam Hussein aus Kuwait und errichtet am Golf erstmals einen permanenten US-Militärstützpunkt.

1994 In den USA kommt der Webbrowser Netscape Navigator auf den Markt. Das Internetzeitalter beginnt und revolutioniert den Informationsaustausch.

2001 Die Terroranschläge vom 11. September verbreiten in New York und Washington Angst und Schrecken. Das Gebäude WTC7 wird gesprengt.

2001 Die USA rufen den sogenannten »Krieg gegen den Terror« aus und bombardieren Afghanistan und Pakistan in einem illegalen Angriffskrieg ohne UNO-Mandat.

2003 Der Irak wird von US-Präsident George Bush junior und dem britischen Premierminister Tony Blair in einem illegalen Krieg angegriffen.

2008 Mit Barack Obama wird erstmals ein Afroamerikaner zum US-Präsidenten gewählt.

2011 Libyen wird von Präsident Obama in einem illegalen Angriffskrieg bombardiert.

2011 In Syrien bricht ein Krieg aus. Die Briten und die USA bewaffnen die Rebellen und versuchen ohne Erfolg Präsident Baschar al-Assad zu stürzen.

2013 In China startet Präsident Xi Jinping das Megaprojekt »Neue Seidenstraße«, das den Warentransport in Eurasien revolutionieren soll.

2013 Der Whistleblower Edward Snowden enhüllt den Überwachungsstaat der NSA und flieht nach Russland.

2013 In einer weltweiten Umfrage von Gallup werden die USA als die größte Gefahr für den Weltfrieden eingestuft.

2014 In der Ukraine stürzt die CIA Präsident Wiktor Janukowytsch und Ministerpräsident Nikolai Asarow, worauf Russland die Krim

besetzt und nach einer Abstimmung in das russische Territorium integriert.

2017 In den USA zieht Präsident Donald Trump ins Weiße Haus ein.

2018 In China entscheidet der Nationale Volkskongress, dass Xi Jinping bis an sein Lebensende Präsident bleiben darf.

2019 Präsident Trump beschließt den Abzug der US-Truppen aus Syrien.

2020 Präsident Trump lässt den iranischen General Qasem Soleimani mit einer Drohne in Bagdad ermorden.

Anmerkungen

1 Noam Chomsky: Was Onkel Sam wirklich will (Pendo Verlag 1993), S. 142.
2 Frans de Waal: »Ich glaube, dass wir Tiere sind.« NZZ am Sonntag, 10. April 2011.
3 Torsten Krauel: Die Folter-Bilder verfolgen die USA bis heute. Die Welt, 1. Mai 2014.
4 Mathias Bröckers: JFK. Staatsstreich in Amerika (Westend 2013), S. 105.
5 Arun Gandhi: Wut ist ein Geschenk. Das Vermächtnis meines Großvaters Mahatma Gandhi (Dumont 2017), S. 13 und 31.
6 Das ist das teuerste Kriegsschiff der Welt. Spiegel Online, 22. Juli 2017.
7 Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärische Konflikte von 1500 bis 2000 (Fischer 1991), S. 794.
8 Paul Adams: Happy new year? The world's getting slowly more cheerful. BBC, 30. Dezember 2013.
9 Fletcher Prouty: JFK. Der CIA, der Vietnamkrieg und der Mord an John F. Kennedy (Zsolnay 1993), S. 278.
10 Dorothy Manevich und Hanyu Chwe: Globally, more people see US power and influence as a major threat. Pew Research Center, 1. August 2017.
11 Simon Kaminski: Was finden die Deutschen nur an Putin? Augsburger Allgemeine Zeitung, 21. April 2018.
12 Die Deutschen sehen die USA als größte Bedrohung für den Frieden. Handelsblatt, 13. Februar 2019.
13 Sicherheitsreport 2019. Centrum für Strategie und Höhere Führung, 13. Februar 2019. Sowie: Vor Nordkorea und Russland: Sicherheitsreport 2019: USA sind die größte Bedrohung für den Weltfrieden. RTL, 13. Februar 2019.
14 Paul Craig Roberts: A Government of Morons and War Criminals. Global Research, 15. April 2017.
15 Gabriel Kolko: Century of War. Politics, Conflict, and Society since 1914 (The New Press 1994), S. 412. Sowie: Brett Wilkins: Jimmy Carter: die USA sind die ›kriegerischste Nation der Weltgeschichte‹. Telepolis, 21. April 2019.
16 Helmut Scheben: Das US-Rüstungsmonster ist »too big to fail». Infosperber, 15. Dezember 2017.
17 Hermann Ploppa: Präsident Eisenhower warnte vor Militär-Industriellem Komplex. Free21, 26. Januar 2016.
18 Hartmut Wasser: USA: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (Springer 1991), S. 144.
19 John F. Kennedy vor den Vereinten Nationen in New York, 25. September 1961. Zitiert in: Hamburger Abendblatt, 22. November 2013.
20 Andrew Bacevich: American Empire: The Realities and Consequences of US Diplomacy (Harvard University Press 2002), S. 30 und 127.
21 Rumsfeld cuts Pentagon red tape. BBC, 10. September 2001.
22 Donald Rumsfeld speech. Rumsfeld identifies his »adversary«, the Pentagon bureaucracy. Mentions 2.3 trillion in missing receipts, talks about defense cuts. CSPAN, 10. September 2001.
23 United States Department of Defense. Fiscal Year 2016 Budget Request. 20. Januar 2015, S. 5.
24 So setzen die USA ihr massives Militärbudget ein. Tages-Anzeiger, 28. Februar 2017.
25 Willy Brandt: Der organisierte Wahnsinn. Wettrüsten und Welthunger (Kiepenheuer 1985), S. 10.

26 Trends in World Military Expenditure 2018. Stockholm International Peace Research Institute, 29. April 2019.
27 Trump unterzeichnet Verteidigungsetat über 716 Milliarden Dollar. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. August 2018. Sowie: Andre Damon: Trump launches the most dangerous arms race in History. Defend Democracy Press, 19. Januar 2019.
28 David Stockman: The Donald Undone: Tilting at the Swamp, Succumbing to the Empire. Information Clearing House, 9. Dezember 2018.
29 Waffenhandel. Weltweite Rüstungsproduktion steigt weiter – Russland holt auf. Spiegel Online, 10. Dezember 2018.
30 Aude Fleurant: The SIPRI top 100 arms-producing and military services companies, 2017. Stockholm International Peace Research Institute, 10. Dezember 2018.
31 Reinhard Wolff: Deutsche Panzer schwer im Kommen. TAZ, 10. Dezember 2018.
32 Howard Zinn: The Bomb (City Lights Books 2010), S. 23. Sowie: James Rachels: The Elements of Moral Philosophy (Mc Graw Hill 2015), S. 127.
33 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Auswärtiges Amt, 1. April 2019.
34 Hans Kristensen: Status of World Nuclear Forces. Federation of American Scientists, 1. Mai 2019.
35 Department of Defense: Base Structure Report FY 2018 Baseline, S. 2 und 7.
36 Chalmers Johnson: Nemesis: The Last Days of the American Republic (Macmillan 2007), S. 138 und 140.
37 George Friedman: Vortrag über die strategischen Ziele der USA am 4. Februar 2015 auf Einladung des Chicago Council on Global Affairs. Youtube: STRATFOR: US-Hauptziel seit einem Jahrhundert ist es, ein deutsch-russisches Bündnis zu verhindern.
38 US-Soldaten inklusive Nationalgarde und Reservisten. Quelle: US Department of Defense: Office of the Secretary of Defense, Defense Manpower Data Center: Military and Civilian Personnel by Service/Agency by State/Country. September 2018.
39 Knut Mellenthin: Angriffsbasen weltweit. Junge Welt, 12. Juli 2004.
40 Chalmers Johnson: The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic (Henry Holt 20004), S. 1.
41 Olaf Ihlau: Ein militärischer Moloch. Spiegel Online, 1. Oktober 2003.
42 Jürgen Heiser: USA betrieben im 17. Jahr ihr illegales Gefangenenlager auf Marinebasis Guantanamo Bay in Kuba. Junge Welt, 11. Januar 2019. Sowie: Manfred Berg: Geschichte der USA (Oldenburg Verlag 2013), S. 68.
43 Sonja Blaschke: Landaufschüttung für US-Basis erzürnt Japaner. Die Welt, 27. Dezember 2013.
44 Soll das US-Militär aus Deutschland abziehen? Loyal. Das Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 9, 2018.
45 Albrecht Müller: Wir sind dem Feindbildaufbau und der Kriegsvorbereitung schutzlos ausgeliefert. NachDenkSeiten, 22. September 2018.
46 Elmar Thevessen: Kosten für US-Streitkräfte. Die NATO vor der Zerreißprobe. ZDF, 10. März 2019.
47 Mehrheit der Deutschen will vollständigen Abzug der US Truppen. RT Deutsch, 12. Juli 2018. Sowie: YouTube: Dr. Daniele Ganser: Stopp Air Base Ramstein (Kaiserslautern, 8.9.2017).
48 Noam Chomsky: Requiem für den amerikanischen Traum. Die 10 Prinzipien der Konzentration von Reichtum und Macht (Ullstein 2019), S. 10 und 162.
49 Jeffrey Winters und Benjamin Page: Oligarchy in the United States? Perspectives on Politics, 7 (04), Dezember 2009, S. 738 und 741.
50 Stephen Kinzer: Putsch! Zur Geschichte des amerikanischen Imperialismus (Verlag Eichhorn 2007), S. 9.

51 Peter Phillips: Giants. The Global Power Elite (Seven Stories Press 2018).
52 Peter Phillips: Exposing the Giants: The Global Power Elite. Global Research, 30. August 2018.
53 Jürgen Todenhöfer: Die Welt-Eroberer. Rubikon, 14. März 2019. Siehe auch: Jürgen Todenhöfer: Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten (Propyläen 2019).
54 Jeffrey Winters und Benjamin Page: Oligarchy in the United States, S. 735 und 736.
55 Andreas von Bülow: Im Namen des Staates. CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste (Piper 2003), S. 21.
56 Kim Bode: Millionen sind in den USA auf Gratis-Essen angewiesen. NZZ am Sonntag, 24. August 2014. Sowie: Thorsten Schröder: Auf Kosten der Armen. Zeit Online, 21. Mai 2018.
57 Martin Greive: Essensmarken. Trauriges Hunger-Schauspiel in US-Supermärkten. Die Welt, 9. Juni 2012.
58 Martin Greive: Essensmarken. Die Welt, 9. Juni 2012.
59 Angus Deaton: The US Can No Longer Hide From Its Deep Poverty Problem. New York Times, 24. Januar 2018.
60 Board of Governors of the Federal Reserve System: Report on the Economic Well-Being of U.S. Households in 2017, Mai 2018, S. 2 und 3.
61 Capgemini: World Wealth Report 2018, Juni 2019, S. 11.
62 Wealth X. World Ultra Wealth Report 2018, S. 16.
63 2018 Forbes 400. The Definitive Ranking of the Wealthiest Americans, 3. Oktober 2018.
64 Kerstin Kohlenberg: Geld stinkt nicht, es regiert. Zeit Online, 7. Juni 2017.
65 Noam Chomsky: Requiem (Ullstein 2019), S. 91.
66 Chris Hedges: Der Wahnsinn der Milliardäre. Rubikon, 10. November 2018.
67 Noam Chomsky: Requiem (Ullstein 2019), S. 11.
68 Andreas Mink: Am Ende aller Träume. NZZ am Sonntag, 4. September 2016.
69 Martin Gilens: Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America. (Princeton University Press 2014) Introduction.
70 Jimmy Carter on whether he could be president today: »Absolutely not». Oprah Winfrey Network (OWN), 22. September 2015. Sowie: Eric Zuesse: Jimmy Carter Is Correct That the US is no Longer a Democracy. Huffpost, 3. August 2015
71 Lee Drutman: How Corporate Lobbyists Conquered American Democracy. The Atlantic, 20. April 2015.
72 Carolin Wollschied: Alexandria Ocasio-Cortez: »Wir haben ein System, das grundlegend kaputt ist.« Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 2019.
73 YouTube: Davos 2015: Nouriel Roubini says Income Inequality Creates U.S. Plutocracy, 21. Januar 2015.
74 Study: US is an oligarchy, not a democracy. BBC News, 17. April 2014.
75 Martin Gilens und Benjamin Page: Testing Theories of American Politics. Elites, Interest Groups, and Citizens. Publiziert in: Perspectives on Politics, Volume 12, Issue 3, September 2014, S. 564–581. Siehe vor allem S. 575, 576 und 577. Siehe auch: Martin Gilens: Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America (Princeton University Press 2014).
76 Eric Zuesse: The Contradictions of the American Electorate. Counterpunch, 15. April 2014.
77 Eckhart Tolle: Eine neue Erde (Arkana 2005), S. 57.
78 Noam Chomsky: Requiem (Ullstein 2019), S. 20.
79 Robert Fuson: Das Logbuch des Christoph Kolumbus. Die authentischen Aufzeichnungen des großen Entdeckers (Gustav Lübbe Verlag 1989).

80 Felipe Fernández-Armesto: Amerigo. The man who gave his name to America (Weidenfeld & Nicolson 2006).
81 Zahlen aus: Bernd Stöver: Geschichte der USA. Von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart (C. H. Beck 2017), S. 57.
82 James Horn: The Conquest of Eden. Possession and Dominion in Early Virginia. In: Robert Appelbaum (Hrsg.): Envisioning an English Empire. Jamestown and the Making of the North Atlantic World (University of Pennsylvania Press 2005).
83 Bernd Stöver: Geschichte der USA (C. H. Beck 2017), S. 36.
84 Bernd Stöver: Geschichte der USA (C. H. Beck 2017), S. 95.
85 Vincent Wilson: The Book of Great American Documents (Donnelley & Sons 1998), S. 15.
86 Manfred Berg: Geschichte der USA (Oldenburg Verlag 2013), S. 1.
87 Vincent Wilson: The Book of Great American Documents (Donnelley & Sons 1998), S. 15.
88 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005 (Suhrkamp 2005), S. 15.
89 Jack Anderson und George Clifford: The Anderson Papers (Ballantine Books 1974), S. 256.
90 Rede von Abraham Lincoln im Repräsentantenhaus 12. Januar 1848. Zitiert in: Murray Polner und Thomas Woods: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 33.
91 Richard Bruce Winders: Mr. Polk's Army. The American Military Experience in the Mexican War (Texas University Press 1997), S. 9.
92 Murray Polner und Thomas Woods: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 40.
93 Mansur Khan: Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege (Grabert 2003), S. 48.
94 Murray Polner und Thomas Woods: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 28.
95 Christof Mauch: Die Präsidenten der USA (C. H. Beck 2013), S. 162.
96 Alexis de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika (Zürich 1987), S. 491.
97 Ben Kiernan: Erde und Blut. Völkermord und Vernichtung von der Antike bis heute (DVA 2009), S. 469. Siehe auch: Stefan Korinth: War es Völkermord? Rubikon, 12. Dezember 2017.
98 Benjamin Madley: An American Genocide. The United States and the California Indian Catastrophe (Yale University Press 2016).
99 Aram Mattioli: Verlorene Welten: Eine Geschichte der Indianer Nordamerikas 1700–1910 (Klett Cotta 2017). Sowie: Eric Frey: Schwarzbuch USA (Eichborn 2004), S. 25.
100 Christof Münger: Wie Amerika die Welt der Indianer zerstörte. Tages-Anzeiger, 13. November 2017.
101 Sitting Bull: The Collected Speeches (Coyote Books 1998), S. 75.
102 Mansur Khan: Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege (Grabert 2003), S. 21.
103 Ben Kiernan: Erde und Blut. Völkermord und Vernichtung von der Antike bis heute (DVA 2009).
104 Stefan Korinth: War es Völkermord? Rubikon, 12. Dezember 2017.
105 Joseph Epes Brown: The Sacred Pipe: Black Elk's Account of the Seven Rites of the Oglala Sioux (University of Oklahoma Press 2012), S. 115.
106 Jochen Meissner: Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei (C. H. Beck 2008), S. 9.
107 Jürgen Heideking und Christof Mauch: Geschichte der USA (UTB 2008), S. 7.
108 Edmund S. Morgan: Slavery and Freedom: The American Paradox. The Journal of American History, Vol. 59, No. 1, Juni 1972, S. 5–29.
109 Ira Berlin: Generations of Captivity. A History of African-American Slaves (Harvard University Press 2003), S. 3.

110 Kenneth Greenberg: Nat Turner: A Slave Rebellion in History and Memory (Oxford University 2003).
111 Eric Frey: Schwarzbuch USA (Eichborn 2004), S. 43.
112 Murray Polner und Thomas Woods: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 59.
113 Alan Dawley: Working for Democracy: American Workers from the Revolution to the Present (University of Illinois Press 1985), S. 41.
114 Abraham Lincoln: Second Inaugural Address 1865. Zitiert in: Vincent Wilson: The Book of Great American Documents (Donnelley & Sons 1998), S. 80.
115 Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika von 1787. Zusatzartikel 13.
116 Eric Hansen: Wann entschuldigt sich Europa für die Sklaverei? Zeit Online, 15. Januar 2013.
117 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte. Die Schattenseiten der Weltmacht (Ullstein 2016), S. 36.
118 Martin Luther King: Ich habe einen Traum. Ansprache während des Marsches auf Washington für Arbeitsplätze und Freiheit, 28. August 1963. Übersetzung: US Diplomatic Mission to Germany.
119 The Casualties of the War in Vietnam. Rede von Martin Luther King vom 25. Februar 1967 in Los Angeles. Online abrufbar unter: www.thekingcenter.org
120 Toni Morrison: Die Herkunft der anderen. Über Rasse, Rassismus und Literatur (Rowohlt 2018).
121 Mansur Khan: Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege (Grabert 2003), S. 92.
122 Martin Löffelholz: Krieg als Medienereignis (Springer 2013), S. 183.
123 Mira Beham: Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik (dtv 1996), S. 24.
124 Geoff Simons: Cuba. From Conquistador to Castro (Springer 1996), S. 189.
125 Martin Löffelholz: Krieg als Medienereignis (Springer 2013), S. 183.
126 Upton Sinclair: The Brass Check. A Study of American Journalism (University of Illinois Press 2002), S. 400.
127 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte. Die Schattenseiten der Weltmacht (Ullstein 2016), S. 13.
128 Geoff Simons: Cuba. From Conquistador to Castro (Springer 1996), S. 187.
129 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 13.
130 Daniel Immerwahr: How the US has hidden its empire. The Guardian, 15. Februar 2019.
131 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to now (Basic Books 2008), S. 93.
132 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to now (Basic Books 2008), S. 93.
133 David Hoggan: Das blinde Jahrhundert: Erster Teil Amerika (Grabert 1992) S. 291.
134 Hyman George Rickover: How the Battleship Maine was destroyed (Naval Institute Press 1976).
135 James Bamford. NSA. Die Anatomie des mächtigsten Geheimdienstes der Welt (Bertelsmann 2001), S. 91.
136 Bernd Steinle: Paradise lost. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2017.
137 Brian Landers: Empires Apart: A History of American and Russian Imperialism (Pegasus Books 2011), S. 286.
138 Klaus Werner: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne (Deuticke 2004), S. 302.
139 Benjamin Beede: The War of 1898 and US Interventions 1898–1934 (Taylor and Francis 1994), S. 226.
140 Bernd Steinle: Paradise lost. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2017.
141 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 14.

142 David Vine: Most countries have given up their colonies. Why hasn't America? Washington Post, 28. September 2017.
143 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to now (Basic Books 2008), S. 112.
144 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 15.
145 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 15.
146 Mansur Khan: Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege (Grabert 2003), S. 104.
147 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 103.
148 Bernard Weisberger: The Life History of the United States, Vol. 8: 1890–1901 (Time 1964) S. 138.
149 Hans Schmidt: Maverick Marine: General Smedley D. Butler and the Contradictions of American Military History (University Press of Kentucky 1998).
150 Smedley Butler: War is a Racket (Feral House 2003), S. 23.
151 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 18.
152 Smedley Butler: War is a Racket (Feral House 2003), S. 40 und 41.
153 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18 (Droste 1964), S. 97.
154 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (DVA 2013), S. 716.
155 Gerry Docherty und Jim Macgregor: Hidden History: The Secret Origins of the First World War (Mainstream Publishing 2013). Einleitung.
156 Thorsten Giersch: USA: Der große Profiteur des Weltkriegs. Handelsblatt, 23. August 2014.
157 Jörg Friedrich: 14/18: der Weg nach Versailles (Propyläen 2014), S. 677 und 682.
158 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 22.
159 Andrew Glass: Senator Nye assails ›Merchants of Death‹. Politico, 3. September 2016.
160 Report of the Special Committee on Investigation of the Munitions Industry (The Nye Report), U.S. Congress, Senate, 74th Congress, 2nd session, February 24, 1936, S. 3–13.
161 Smedley Butler: War is a Racket (Feral House 2003), S. 27 und 28.
162 Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer: Wiederkehr der Hasardeure (Verlag Zeitgeist 2014). Sowie: Wolfgang Effenberger: Banker und Rüstungsindustrielle tricksten 1917 die USA in den Krieg. Neue Rheinische Zeitung, 24. April 2019.
163 Walter Wittmann zitiert in: Auch die freie Marktwirtschaft hat Regeln. Basellandschaftliche Zeitung, 30. September 2008. Sowie: Nikolaus Piper: Ron Paul: »Schafft die Fed ab«. Süddeutsche Zeitung, 21. Dezember 2010.
164 Gerd Schultze-Rhonhof: 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte (Lau Verlag 2018), S. 80.
165 Lusitania-Affäre: Schmutziges Geschäft. Der Spiegel, 30. Oktober 1972.
166 Mansur Khan: Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege (Grabert 2003), S. 126.
167 Lusitania-Affäre: Schmutziges Geschäft. Der Spiegel, 30. Oktober 1972.
168 Who Sank the Lusitania? Dokumentarfilm von Nicholas Tomalin, BBC 2, 22. Oktober 1972. Auf Deutsch: Der Fall Lusitania. Eine Schiffsversenkung vor Gericht. ARD, 9. September 1974. Sowie: Gerd Schultze-Rhonhof: 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte (Lau Verlag 2018), S. 81.
169 Eric Sauder: RMS Lusitania. The Ship and Her Record (Stout 2009), S. 66.
170 Walter Millis: Road to War – America 1914–1917 (Riverside Press 1935), S. 187.
171 Rolf Steininger: Der große Krieg 1914–1918 in 92 Kapiteln (Lau Verlag 2016).
172 Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer: Wiederkehr der Hasardeure (Verlag Zeitgeist 2014), S. 304.
173 Rolf Steininger: Der große Krieg 1914–1918 in 92 Kapiteln (Lau Verlag 2016).
174 Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer: Wiederkehr der Hasardeure (Verlag Zeitgeist 2014), S. 342.

175 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005 (Suhrkamp 2005), S. 30.
176 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer (Suhrkamp 2005), S. 39.
177 Rolf Steininger: Der große Krieg 1914–1918 in 92 Kapiteln (Lau Verlag 2016), Kapitel 47.
178 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer (Suhrkamp 2005), S. 51.
179 Alex Barnett: Words That Changed America: Great Speeches That Inspired, Challenged, Healed, And Enlightened (Rowman & Littlefield 2006), S. 174.
180 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 24.
181 Rolf Steininger: Der große Krieg 1914–1918 in 92 Kapiteln (Lau Verlag 2016), Kapitel 48.
182 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 25.
183 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 31.
184 Gerd Schultze-Rhonhof: 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte (Lau Verlag 2018), S. 658.
185 Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles (C. H. Beck 2005), S. 91.
186 Reparationen: Deutschland begleicht letzte Schulden aus Erstem Weltkrieg. Die Zeit, 1. Oktober 2010. Sowie: Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles (C. H. Beck 2005), S. 100.
187 Zahlen aus: Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 10. Anhang: Die Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg (DVA 2008).
188 Benjamin Carter Hett: Der Reichstagsbrand. Wiederaufnahme eines Verfahrens (Rowohlt 2016). Sowie: Alexander Bahar und Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Geschichte einer Provokation (PapyRossa 2013).
189 Lutz Hachmeister (Hrsg.): Das Goebbels-Experiment. Propaganda und Politik (DVA 2005), S. 50.
190 Armin Fuhrer: Historiker findet neue Belege: SA-Gruppe zündete 1933 den Reichstag an. Focus Online, 8. September 2016.
191 Leon Poliakov: Das Dritte Reich und seine Denker (Walter de Gruyter 2015), S. 482.
192 Robert Goralski und Russell Freeburg: Oil & War. How the Deadly Struggle for Fuel in WWII meant Victory or Defeat (William Morrow and Company 1987), S. 24.
193 Rainer Karlsch und Raymond Stokes: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974 (C. H. Beck 2003), S. 137. Sowie Goralski und Freeburg: Oil & War (William Morrow and Company 1987), S. 21 und 25
194 Goralski und Freeburg: Oil & War (William Morrow and Company 1987), S. 26.
195 Goralski und Freeburg: Oil & War (William Morrow and Company 1987), S. 166.
196 Goralski und Freeburg: Oil & War (William Morrow and Company 1987), S. 26.
197 Ian Westwell: Condor Legion: The Wehrmacht's Training Ground (Ian Allan 2004).
198 Antony Sutton: Wall Street and the Rise of Hitler (Clairview 2010), S. 97. Sowie: Gesche Sager: Der Diktator von Detroit. Henry Ford und die Nazis. Spiegel Online, 29. Juli 2008.
199 Guido Preparata: Die Siegermächte züchteten Hitler ganz bewusst heran. Milieu, 15. September 2019. Sowie: Guido Preparata: Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten (Perseus 2010). Und: Edgar Dahl: Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Wie die USA den Zweiten Weltkrieg planten (Alitheia Verlag 2019).
200 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941. Eine amerikanische Katastrophe (Herbig 1998) S. 121.
201 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 316.
202 Antony Sutton: Roosevelt und die internationale Hochfinanz (Grabert 1990), S. 15 und 142. Sowie: Brief vom 21. November 1933. Zitiert in: Peter Appleseed: Franklin Delano Roosevelt's Life and Times (Civilogy Instituto Publishing House 2014), S. 206.
203 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 90.

204 Wikipedia-Eintrag: Angriff auf Pearl Harbor. Abgerufen am 12. Oktober 2019. Sowie: Berg, Manfred: Geschichte der USA (Oldenburg Verlag 2013), S. 65. Sowie: Beat Bumbacher: Der Tag der Schande. Neue Zürcher Zeitung, 7. Dezember 2016.
205 Elias Davidsson: Die 9/11-Angst. Rubikon, 8. November 2018.
206 Robert Stinnett: Pearl Harbor. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ (Zweitausendeins 2003), S. 23.
207 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 29.
208 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 42.
209 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 41 und 64.
210 Daniele Ganser: Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit (Orell Füssli 2012), S. 79.
211 David Ray Griffin: The American Tajectory: Divine or Demonic? (Clarity Press 2018) S. 306.
212 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 75.
213 Daniel Yergin: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht (Fischer 1991), S. 409.
214 Daniel Yergin: Der Preis (Fischer 1991), S. 412. Sowie: George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 132.
215 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 197 und 323.
216 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 132
217 Daniel Yergin: Der Preis (Fischer 1991), S. 413.
218 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 106.
219 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 252.
220 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 483.
221 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 44 und 294. Sowie: Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 410.
222 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 243.
223 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 82.
224 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 341.
225 Jean Edward Smith: FDR (Random House Publishing 2007), S. 506
226 Norma Smith: Jeannette Rankin. America's Conscience (Montana Historical Society Press 2002), S. 184.
227 Norma Smith: Jeannette Rankin. America's Conscience (Montana Historical Society Press 2002), S. 185 und 189.
228 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 278.
229 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 285 und 293.
230 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 286.
231 Philip Shenon: Senate Clears 2 Pearl Harbor ›Scapegoats‹. New York Times, 26. Mai 1999.
232 Robert Stinnett: Pearl Harbor (Zweitausendeins 2003), S. 11.
233 George Morgenstern: Pearl Harbor 1941 (Herbig 1998), S. 44 und 361.
234 Daryl Borgquist: Advance Warning? The Red Cross Connection. Naval History Magazine, Vol. 13, No. 3, June 1999.
235 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005 (Suhrkamp 2005), S. 72.
236 Dennis Bernstein: Interview with legendary whistleblower Daniel Ellsberg. Covert Action Magazine, 24. September 2019. Sowie: Matthias Heine: McNamaras elf goldene Regeln: The Fog of War. Die Welt, 30. September 2004.
237 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer (Suhrkamp 2005), S. 75.
238 Jane Claypool: Hiroshima and Nagasaki (Franklin Watts 1984), S. 86.
239 Bryan Walsh: The Morning We Learned How to Destroy the World. Medium, 15. August 2019.

240 Michael Beschloss: The Conquerors: Roosevelt, Truman and the Destruction of Hitler's Germany 1941–1945 (Simon and Schuster 2003), S. 229.
241 Valentin Falin: Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition (Droemer Knaur 1995) S. 299.
242 Daniel Yergin: Der Preis (Fischer 1991), S. 445.
243 Valentin Falin: Zweite Front (Droemer Knaur 1995), S. 322.
244 Valentin Falin: Zweite Front (Droemer Knaur 1995), S. 354.
245 Valentin Falin: Zweite Front (Droemer Knaur 1995), S. 495.
246 Valentin Falin: Zweite Front (Droemer Knaur 1995), S. 412.
247 Eric Alterman: When Presidents Lie. A History of official deception and its consequences (Viking 2004), S. 1.
248 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 244.
249 Chrsitopher Andrew: Fort he President's Eyes Only. Secret Intelligence and the Ameican Presidency from Washington to Bush (Harper Collins 1995), S. 171.
250 John Prados: Keepers of the Keys. A History of the National Security Council from Truman to Bush (William Morrow 1991), S. 27.
251 Ralph McGehee: Deadly Deceits. My 25 Years in the CIA (Ocean Press 1983) Introduction.
252 William Corson: The Armies of Ignorance: The Rise of the American Intelligence Empire (Dial Press 1977), S. 298.
253 Thomas Etzold und John Gaddis: Containment. Documents on American Policy and Strategy 1945–1950 (Columbia University Press 1978), S. 125.
254 Profits not motive, says Mossadegh. Associated Press, 22. Oktober 1951.
255 James Risen: The CIA in Iran. New York Times, 16. April 2000. Sowie: David Talbot: Das Schachbrett des Teufels. Die CIA, Allen Dulles und der Aufstieg Amerikas heimlicher Regierung (Westend 2016), S. 222.
256 Warren Hinckle und William Turner: The Fish is Red. The Story of the Secret War Against Castro (Harper & Row 1981), S. 41.
257 William Blum: Killing Hope. US Millitary and CIA Interventions since World War II (Common Courage Press 1995), S. 79.
258 Vor 45 Jahren: Patrice Lumumba wird ermordet. WDR, 17. Januar 2006.
259 Werner Ruf: Schlaglichter auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika. AG Friedensforschung, 25. August 2010.
260 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels (Westend 2016), S. 345.
261 Scott Shane: Lawrence R. Devlin, 86, CIA Officer Who Balked on a Congo Plot, is dead. New York Times, 11. Dezember 2008. Siehe auch: Commission d'enquête parlementaire chargée de déterminer les circonstances exactes de l'assassinat de Patrice Lumumba et l'implication éventuelle des responsables politiques belges dans celui-ci. Brüssel, 16. November 2001.
262 Christian Schmidt-Häuer: Fluch der Karibik. Zeit Online, 26. Mai 2011.
263 United States Senate: Alleged Assassination Plots, S. 5.
264 Noam Chomsky: Wer beherrscht die Welt? Die globalen Verwerfungen der amerikanischen Politik (Ullstein 2016), S. 266. Sowie: Loch Johnson: Senator Frank Church and the Intelligence Investigation in the United States in 1975. Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies (JIPSS), Vol. 12, No. 2/2018, S. 187.
265 United States Senate: Alleged Assassination Plots Involving Foreign Leaders. An Interim Report of the Select Committee to study Governmental Operations with respect to Intelligence Activities (US Government Printing Office 1975), S. 2 und 285.
266 United States Senate: Alleged Assassination Plots, S. 5.

267 US Department of Defense: United States – Vietnam Relations, 1945–67. A Study Prepared by the Department of Defense. Part IV: The Overthrow of Ngo Dinh Diem May – November 1963, S. VIII. Sowie: Geoffrey Shaw: The Lost mandate of Heaven: The American Betrayals of Ngo Dinh Diem (Ignatius Press 2015), Conclusion.
268 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 5.
269 Naomi Klein: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus (Fischer 2007) S. 110 und 636.
270 William Blum: Killing Hope. US Millitary and CIA Interventions since World War II (Common Courage Press 1995), S. 214. Sowie: Thomas Wagner: Die Akte Allende ist geschlossen – endgültig? Zeit Online, 22. Juli 2011.
271 Michael Greven: Systemopposition: Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre (Verlag Barbara Budrich 2011), S. 106.
272 Peter Kornbluh: The Death of Che Guevara: Declassified. National Security Archive Electronic Briefing Book No. 5: The White House. Washington. Wednesday October 11, 1967. Memorandum for the President. Subject: Death of ›Che‹ Guevara. Siehe auch: Michael Ratner und Michael Steven Smith: Who Killed Che? How the CIA Got Away with Murder (OR Books 2011), S. 67.
273 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels (Westend 2016), S. 426.
274 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 74.
275 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 77 und 80.
276 UNO-Generalversammlung, 10. Oktober 1961.
277 United States Senate: Alleged Assassination Plots, S. 85 und 86.
278 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? Auf der Spur der Mörder von Dallas (Gustav Lübbe Verlag 1992), S. 100.
279 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 92 und 95.
280 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 92 und 95.
281 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 95.
282 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 109.
283 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 117–120.
284 United States Senate: Alleged Assasination Plots, S. 7.
285 Mathias Bröckers: JFK. Staatsstreich in Amerika (Westend 2013) S. 17.
286 Arthur Schlesinger: A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House (Fawcett Publications 1965), S. 215.
287 UNO-Generalversammlung, 1. November 1960.
288 Warren Hinckle und William Turner: The Fish is Red (Harper & Row 1981), S. 82.
289 Warren Hinckle und William Turner: The Fish is Red, (Harper & Row 1981), S. 85.
290 Warren Hinckle und William Turner: The Fish is Red, (Harper & Row 1981), S. 96.
291 Charles Crenshaw: JFK. Verschwörung des Schweigens (Heyne 1992), S. 112, 119 und 136.
292 Judith Michel: Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1992 (V & R unipress 2010), S. 162.
293 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 38.
294 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 127.
295 Charles Crenshaw: JFK. Verschwörung des Schweigens (Heyne 1992), S. 72.
296 Kein Meister traf den Kopf der Puppe. Der Spiegel, 3. April 1967.
297 Andrew Kiel: J. Edgar Hoover. The Father of the Cold War. How His Obsession with Communism Led to the Warren Commission Coverup and Escalation of the Vietnam War (University Press of America 2000), S. 218.

298 The Warren Commission Report. Report of President's Commission on the Assassination of President John F. Kennedy (St. Martin's Press 1964), S. 19.
299 US-Senate: Final Report of the Select Committee to study governmental Operations with respect to Intelligence Activities, Book V, 1976, S. 5.
300 Final Report of the Select Committeee on Assassinations. US House of Representatives. Summary of Findings and Recommendations, 2. Januar 1979, S. 3.
301 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 214.
302 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 256.
303 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 206.
304 Charles Crenshaw: JFK: Verschwörung des Schweigens (Heyne 1992), S. 17, 18, 135, 136 und 171.
305 Fletcher Prouty: JFK. Der CIA, der Vietnamkrieg und der Mord an John F. Kennedy (Zsolnay 1993), Vorwort von Oliver Stone, S. 30.
306 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 351.
307 Ralph McGehee: Deadly Deceits. My 25 Years in the CIA (Ocean Press 1983), Widmung.
308 CIA: Countering Criticism of the Warren Report, 4. Januar 1967.
309 Mathias Bröckers: Staatsstreich in Amerika (Westend 2013), S. 168.
310 Online-Lexikon Wikipedia: Artikel »Attentat auf John F. Kennedy«. Abgerufen am 16. September 2019.
311 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels. Die CIA, Allen Dulles und der Aufstieg Amerikas unheimlicher Regierung (Westend 2016), S. 13, 44, 116 und 220.
312 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels (Westend 2016), S. 14.
313 Jim Garrison: Wer erschoss John F. Kennedy? (Gustav Lübbe 1992), S. 236.
314 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels (Westend 2016), S. 517.
315 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels (Westend 2016), S. 17.
316 Geheimakten über Kennedy-Attentat doch nur teilweise veröffentlicht. Neue Zürcher Zeitung, 27. Oktober 2017.
317 Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 87.
318 Max Mittler: Der Weg zum Ersten Weltkrieg: Wie neutral war die Schweiz? Kleinstaat und europäischer Imperialismus (NZZ Verlag 2003), S. 476.
319 Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 60 und 92.
320 US Department of Defense: United States – Vietnam Relations, 1945–67. A Study Prepared by the Department of Defense. Part II: US Involvement in the Franco-Viet Minh War 1950–1954, S. 2. Sowie: Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 255.
321 Edwin Reischauer: What Choices Do We Have in Vietnam, Look, 19. September 1967.
322 Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 109.
323 Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 141.
324 Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 211.
325 David Halberstam: The Making of a Quagmire (Random House 1965), S. 211.
326 US Department of Defense: United States – Vietnam Relations, 1945–67. A Study Prepared by the Department of Defense. Part IV. Evolution of the War. Phased Withdrawal of US Forces 1962–1964, Summary, S. I und IV.
327 Robert McNamara: In Retrospect: The Tragedy and Lessons of Vietnam (Vintage 1995), S. 444. Sowie: Fletcher Prouty: JFK (Zsolnay 1993), S. 155
328 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 222.
329 Lars Klein: Die »Vietnam-Generation« der Kriegsberichterstatter (Wallstein Verlag 2012) S. 170.
330 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 222.

331 Rede von Präsident Johnson vom 4. August 1964 spät in der Nacht um 23:36 Uhr. Youtube: Lyndon Johnson – Report on the Gulf of Tonkin Incident.
332 UNO-Sicherheitsrat, 5. August 1964.
333 Robert David Johnson: Ernest Gruening and the American Dissenting Tradition (Harvard University Press 1998), S. 1.
334 Marvin Gettleman: The Middle East and Islamic World Reader (Open Road 2012) Kapitel 34.
335 Martin Kilian: 18 Leitersprossen bis zur Freiheit. Tages-Anzeiger, 30. April 2005.
336 Donald Schmidt: The Folly of War: American Foreign Policy 1898–2005 (Algora Publishing 2005), S. 264.
337 James Bamford: Body of Secrets (Anchor 2002), S. 296.
338 John Prados: Tonkin Gulf Intelligence »Skewed« According to Official History and Intercepts. National Security Archive Washington, 1. Dezember 2005. Siehe auch: Joachim Hoelzgen: Der Torpedo-Angriff, den es nie gab. Spiegel Online, 15. November 2005.
339 Peter Lennon: The attack that never was. The Guardian, 17. April 1999.
340 Sebastian Moll: Die Lüge im Golf von Tonkin. Frankfurter Rundschau, 1. August 2014. Sowie: Peter Lennon: The attack that never was. The Guardian, 17. April 1999.
341 Robert Neer: Napalm. An American Biography (Harvard University Press 2013) S. 111.
342 Robert Neer: Napalm (Harvard University Press 2013) S. 111.
343 Kathy Sheridan: Kim Phuc, the napalm girl: Love is more powerful than any weapon. Irish Times, 28. Mai 2016.
344 Robert Neer: Napalm (Harvard University Press 2013) S. 138.
345 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 246.
346 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 249 und 250.
347 Reymer Klüver: Die gespaltene Nation. Geo Epoche Vietnamkrieg, 22. Juli 2016, S. 97
348 Chrissie Hynde: Reckless (Ebury Press 2015), S. 80
349 Reymer Klüver: Die gespaltene Nation. GEO Epoche: Der Vietnamkrieg, 22. Juli 2016, S. 101.
350 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005 (Suhrkamp 2005), S. 130.
351 Geoffrey Robinson: The Killing Season: A History of the Indonesian Massacres 1965–66 (Princeton University Press 2019), S. 113.
352 William Blum: Killing Hope. US Military and CIA Interventions since World War II (Common Courage Press 1995), S. 194.
353 David Talbot: Das Schachbrett des Teufels (Westend 2016), S. 549.
354 Oliver Stone und Peter Kuznick: Amerikas ungeschriebene Geschichte (Ullstein 2016), S. 230.
355 Cordt Schnibben: My Lai – die Karriere eines Kriegsverbrechens. Die Zeit, 12. September 1986.
356 Murray Polner: American Antiwar Writing from 1812 to Now (Basic Books 2008), S. 251.
357 Noam Chomsky: Was Onkel Sam wirklich will (Pendo Verlag 1993), S. 48.
358 Jörg-Uwe Albig: Das seltsame Leben der Gis in Indochina. GEO Epoche: Der Vietnamkrieg, 22. Juli 2016, S. 119.
359 Michael Steven Smith: Inside the Organized Crime Syndicate known as the CIA: an Interview with Douglas Valentine. Covert Action Magazine 21. November 2019
360 Andreas Elter: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005 (Suhrkamp 2005), S. 149.
361 Johannes Strempel: Kambodscha. Der rote Wahn. GEO Epoche: Der Vietnamkrieg, 22. Juli 2016, S. 148. Sowie: John Pilger: How Thatcher gave Pol Pot a hand. New Statesman, 17. April 2000.

362 Gregory Elich: Who supported the Khmer Rouge? Counterpunch, 16. Oktober 2014.
363 Jack Colhoun: On the side of Pol Pot. US supports Khmer Rouge. Covert Action Quarterly, Issue 34, Summer 1990.
364 John Pilger: How Thatcher gave Pol Pot a hand. New Statesman, 17. April 2000.
365 John Pilger: Dance on Thatcher's grave, but remember there has been a coup in Britain. New Statesman, 23. April 2013.
366 John Pilger: How Thatcher gave Pol Pot a hand. New Statesman, 17. April 2000. Sowie: Tom Fawthrop und Helen Jarvis: Getting Away with Genocide? Elusive Justice and the Khmer Rouge Tribunal (University of New South Wales Press 2005), S. 68.
367 John Pilger: How Thatcher gave Pol Pot a hand. New Statesman, 17. April 2000. Sowie: Butcher of Cambodia set to expose Thatcher's role. The Guardian, 9. Januar 2000.
368 Kerkermeister Duch bekommt lebenslänglich. Spiegel Online, 3. Februar 2012.
369 Ulrich Schiller: Bilanz der Iran-Contra-Affäre: Viele Fragen bleiben offen. Die Zeit, 7. August 1987.
370 Tim Weiner: CIA. Die ganze Geschichte (Fischer 2009), S. 496.
371 Jürgen Bellers: Handbuch der Außenpolitik: Von Afghanistan bis Zypern (Walter de Gruyter 2018), S. 439.
372 Peter Kornbluh und Malcolm Byrne: The Iran-Contra Scandal. The declassifided History. A National Security Archive Documents Reader (New Press 1993), S. 1.
373 UNO-Generalversammlung: Definition der Aggression, 14. Dezember 1974.
374 Investigative report commissioned by the Washington office on Latin America by Congressman James Jefferson (R-Vt) and Peter Kostmayer (D-Pa), February 1986.
375 William Blum: Killing Hope. US Military and CIA Interventions since World War II (Common Courage Press 1995), S. 293.
376 William Blum: Killing Hope (Common Courage Press 1995), S. 293.
377 Tim Weiner: CIA (Fischer 2009), S. 503.
378 Tim Weiner: CIA (Fischer 2009), S. 524.
379 Peter Kornbluh: The Iran-Contra Scandal (New Press 1993), S. 3.
380 Nicaragua v. United States of America. Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes, 27. Juni 1986 in Den Haag. Siehe auch: The Times vom 28. Juni 1986.
381 Lee Hamilton (Chairman): Report of the Congressional Committees Investigating the Iran-Contra-Affair. Washington, 13. November 1987, S. 18.
382 Lee Hamilton: Iran-Contra-Affair. Washington, 13. November 1987, S. 4 und 15.
383 Lee Hamilton: Iran-Contra-Affair. Washington, 13. November 1987, S. 4 und 16.
384 Leslie Cockburn: Guns, Drugs and the CIA. Dokumentarfilm PBS Frontline, 17. Mai 1988. Siehe auch: Leslie Cockburn: Out of Control: The Story of the Reagan Administration's Secret War in Nicaragua, the Illegal Pipeline, and the Contra Drug Connection (Atlantic Monthly Press 1987).
385 Peter Dale Scott: Cocaine Politics: Drugs, Armies, and the CIA in Central America (University of California Press 1998), S. 10.
386 Ein Star. Oberstleutnant Oliver North hatte seinen großen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses. Der Spiegel, 13. Juli 1987.
387 Robert Kennedy: Why The Arabs don't want us in Syria. Politico, 23. Februar 2016.
388 Ramsey Clark: The Fire this Time – US War Crimes in the Gulf (Thunder's Mouth Press 1992), S. 6.
389 Tim Weiner: CIA (Fischer 2009), S. 556.
390 Youtube: KenFM im Gespräch mit Dr. Udo Ulfkotte (1960–2017), 4. Dezember 2014.
391 Lee Hamilton: Iran-Contra-Affair. Washington, 13. November 1987, S. 7.

392 Tim Weiner: CIA (Fischer 2009), S. 528.
393 Lee Hamilton: Iran-Contra-Affair. Washington, 13. November 1987, S. 22.
394 Alexander Cockburn: Air Cocaine. Counterpunch, 4. November 2016.
395 Peter Philipp: Die Iran-Contra-Affäre. Deutsche Welle, 20. Juli 2009.
396 Peter Philipp: Die Iran-Contra-Affäre. Deutsche Welle, 20. Juli 2009.
397 Peter Kornbluh: The Iran-Contra Scandal (New Press 1993), S. 408.
398 Peter Kornbluh: The Iran-Contra Scandal (New Press 1993), S. 411. Siehe auch: Lawrence Walsh: Firewall: The Iran-Contra Conspiracy and Cover-Up (Norton 1998).
399 Larry Everest: Oil, Power and Empire. Iraq and the US global Agenda (Common Courage Press 2004), S. 125.
400 Ramsey Clark: The Fire this Time – US War Crimes in the Gulf (Thunder's Mouth Press 1992), S. 3.
401 William Blum: Killing Hope (Common Courage Press 1995), S. 311.
402 Nicholas Cull: Propaganda and Mass Persuasion: A Historical Encyclopedia, 1500 to the Present (ABC-CLIO 2003), S. 158.
403 Muhammad Faour: The Arab World After Desert Storm (US Institute of Peace Press 1993), S. 16.
404 Project for the New American Century: Rebuilding Americas Defenses (Washington September 2000), S. IV und 51.
405 Bob Woodward: Bush at War (Pocket Books 2003), S. 37.
406 Thomas Kean (Chair) und Lee Hamilton (Vice Chair): The 9/11 Commission Report. Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks upon the United States (Norton 2004).
407 The 9/11 Commission & Torture: How information gained through waterboarding & harsh interrogations form major part of 9/11 Commission Report. Democracy Now, 7. Februar 2008.
408 David Ray Griffin: The 9/11 Commission Report. Omissions and Distortions (Olive Branch Press 2005), S. 28.
409 Eric Boehlert: The president ought to be ashamed. Salon, 22. November 2003.
410 Evan Solomon interviews Lee Hamilton: 9/11: Truth, lies and conspiracy. CBC News, 21. August 2006. Sowie: Thomas Kean und Lee Hamilton: Without Precedent. The inside Story of the 9/11 Commission (Knopf Doubleday Publishing Group 2006). Vgl. auch: David Ray Griffin: The 9/11 Commission Report. Omissions and Distortions (Olive Branch Press 2005).
411 Interview of Thomas Meyer with Catherine Austin Fitts: Chartres, 9/11, Financial Fraud, and the story of Gideon. The Present Age, Dezember 2018, S. 13.
412 Interview of Thomas Meyer with Catherine Austin Fitts: Chartres, 9/11, Financial Fraud, and the story of Gideon. The Present Age, Dezember 2018, S. 13.
413 Richard Clarke: Against all Enemies. Inside America's War on Terror (Free Press 2004), S. 5.
414 Thomas Kean: The 9/11 Commission Report (Norton and Company 2004), S. 20.
415 Zeitangaben aus: Thomas Kean: The 9/11 Commission Report (Norton and Company 2004), S. 32.
416 Michael Ruppert: Crossing the Rubicon (New Society Publishers 2004), S. 394.
417 Kevin Barrett: Truth Jihad: My Epic Struggle Against the 9/11 Big Lie (Progressive Press 2007), S. 20.
418 Oberstleutnant a.D. Jochen Scholz: Das Versagen der Luftabwehr. Nuoviso, 30. Januar 2011.
419 Urs Gasche: Erhärteter Verdacht auf Insiderhandel vor 9/11. Infosperber, 21. November 2016.
420 Cynthia McKinney: Thoughts On Our War Against Terrorism, Counterpunch, 13. April 2002.
421 Wichtige Ermittlungsakten zu verdächtigen Finanztransaktionen im Vorfeld des 11. Septembers von US-Behörden vernichtet. Hintergrund, 3. Quartal 2010, S. 21.

422 Urs Gasche: Erhärteter Verdacht auf Insiderhandel vor 9/11. Infosperber, 21. November 2016. Sowie: Marc Chesney, Remo Crameri, Loriano Mancini: Detecting abnormal trading activities in option markets. Journal of Empirical Finance, 26. März 2015.
423 Thomas Kean: The 9/11 Commission Report (Norton and Company 2004), S. 499.
424 Lars Schall: Insider Trading on 9/11. Global Research, 17. September 2015. Sowie: Wichtige Ermittlungsakten zu verdächtigen Finanztransaktionen im Vorfeld des 11. Septembers von US-Behörden vernichtet. Hintergrund, 3. Quartal 2010, S. 21.
425 James Glanz: Burning Diesel Is Cited in Fall Of 3rd Tower. New York Times, 2. März 2002.
426 The Conspiracy Files: 9/11 – The Third Tower. BBC News, 6. Juli 2008.
427 Ansgar Schneider: Stigmatisierung statt Aufklärung. Das Unwesen des Wortes »Verschwörungstheorie« und die unerwähnte Wissenschaft des 11. Septembers als Beispiel einer kontrafaktischen Debatte (Peace Press 2018), S. 42.
428 Leroy Hulsey, Zhili Quan, Feng Xiao: A Structural Reevalutaion of the Collapse of World Trade Center 7. Draft. University of Alaska Fairbanks, 3. September 2019. Sowie: Daniele Ganser: Der dritte Turm. Weltwoche, 18. September 2019.
429 Daniele Ganser: Der erbitterte Streit um den 11. September. Tages-Anzeiger, 9. September 2006.
430 Klaus-Dieter Kolenda: Geplanter Zusammenbruch. Rubikon, 10. Mai 2019.
431 E. Lipton: Report Says Fire, Not Explosion, Felled 7 W.T.C. New York Times, 22. August 2008. Sowie: NIST: Global Structural Analysis oft he Response of World Trade Center Buidling 7 to Fires and debris Impact Damage. US Departement of Commerce, November 2008. Siehe auch: Wikipedia Eintrag »World Trade Center 7«. Abgerufen am 21. Oktober 2019.
432 Leroy Hulsey, Zhili Quan, Feng Xiao: A Structural Reevalutaion of the Collapse of World Trade Center 7. Draft. University of Alaska Fairbanks, 3. September 2019.
433 Richard Gage in der Sendung »Washington Journal«, CSPAN, 1. August 2014.
434 Peter Michael Ketcham: Thoughts from a Former NIST Employee. Europhysics News, 25. November 2016.
435 Peter Michael Ketcham: Thoughts from a Former NIST Employee. Europhysics News, 25. November 2016.
436 Dänischer TV-Sender TV2, 6. April 2009. Youtube: Sprengstoff im Staub vom WTC erwiesen. Niels Harrit über Nanothermit. Sowie: Niels Harrit et al: Active Thermitic Material Discoverd in Dust from the 9/11 World Trade Center Catastrophe. Open Chemical Physics Journal, 2009.
437 Michael Bowker: Fatal Deception. The terrifying true story of how asbestos is killing America (Simon and Schuster 2003), S. 278.
438 Heike Buchter: Der Wolken-Kratzer. Zeit Online, 31. August 2006.
439 Lara Malberger: Was Asbest anrichtet, zeigt sich erst nach Jahrzehnten. Zeit Online, 10. September 2016.
440 Bin Laden says he wasn't behind attacks. CNN, 17. September 2001.
441 Peter Scholl-Latour: Der Kalte Krieg mit Russland, die heißen Kriege im Nahen Osten und die Rolle Deutschlands. Souveränitätskonferenz Berlin, 24. November 2012. Youtube: Der neue Kalte Krieg mit Russland – P. Scholl-Latour (November 2012). Minute 32.
442 Kathy Gilsinan: How can Congress authorize war when it can't decide what war is? The Atlantic, 21. Juli 2019.
443 Barbara Lee: A Lone Voice of Dissent. Counterpunch, 18. September 2001.
444 Jeremy Scahill: Schmutzige Kriege. Amerikas geheime Kommandoaktionen (dtv 2015), S. 230 und 232.
445 Bob Barr: An 18-year-old congressional authorization shouldn't enable a new war. Liberty Guard, 8. Juli 2019.

446 Emran Feroz: Tod per Knopfdruck. Das wahre Ausmaß des US-Drohen-Terrors oder wie Mord zum Alltag werden konnte (Westend 2017), S. 10. Sowie: Emran Feroz: Die mörderischste Terror-Kampagne der Gegenwart. Telepolis, 6. Juli 2015.
447 Ragnar Vogt: Geständnis eines Drohnenpiloten. Es sah aus wie eine kleine menschliche Person. Zeit Online, 27. Oktober 2013.
448 Jeremy Scahill: Schmutzige Kriege (dtv 2013), S. 598.
449 Jeremy Scahill: Schmutzige Kriege (dtv 2013), S. 594.
450 Jürgen Rose: Wegtreten NATO. Die Entsorgung des transatlantischen Kriegsbündnisses ist überfällig. Rubikon, 29. Oktober 2018.
451 Physicians for Social Responsibility (PSR) und International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW): Body Count. Casualty Figures after 10 Years of the War on Terror. Iraq, Afghanistan, Pakistan. März 2015.
452 Howard Zinn: Put Away the Flags. Progressive, 4. Juli 2006.
453 Jeremy Scahill: Schmutzige Kriege (dtv 2015), S. 32.
454 Ron Suskind: The Price of Loyalty (Simon & Schuster 2004), S. 96.
455 Zwei Jahre danach. Bush's endloser Krieg gegen den Terror. Der Spiegel, 18. September 2003.
456 Martin Amis: The real conspiracy behind 9/11. The Times, 2. September 2006.
457 IPPNW: Body Count. Opferzahlen nach 10 Jahren. September 2015, S. 16, 17 und 33.
458 Heike Hänsel: Verfolgung von Julian Assange schafft einen gefährlichen Präzedenzfall. Telepolis, 21. Oktober 2019.
459 Rita Schwarzer: Jeden Tag nehmen sich 20 US-Kriegsveteranen das Leben. Neue Zürcher Zeitung, 11. November 2017.
460 Ray McGovern: Wir haben keine freie Presse mehr. Hintergrund, 9. September 2014.
461 Powell Calls His U.N. Speech a Lasting Blot on His Record. New York Times, 9. September 2005.
462 Harold Pinter: Kunst, Wahrheit & Politik – Nobelvorlesung, 7. Dezember 2005. Free21, 14. Februar 2018.
463 Jürgen und Frederic Todenhöfer: Die Große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten (Ullstein 2019), S. 314.
464 Rainer Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören (Westend 2018), S. 40 und 42.
465 Rainer Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer? (Westend 2018), S. 33.
466 Ulrich Teusch: Der Krieg vor dem Krieg. Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet (Westend 2019), Vorwort.
467 Vgl. Medien-Navigator auf Swiss Propaganda Research: www.swprs.org
468 Sie rückten unsere Tätigkeit in die Nähe der Stasi. Tages-Anzeiger, 17. November 2014.
469 Simon Bradley: Fichenskandal kaum noch ein Thema – zu Unrecht? Swissinfo, 11. Dezember 2014.
470 René Raphael: Der dressierte Mensch. Amnesty. Magazin der Menschenrechte, August 2019.
471 Murong Xuecun's Acceptance Speech for the 2010 People's Literature Prize. New Yorkr Times, 6. November 2011.
472 Chinas mediale Gegenwelt. Dokumentarfilm. Arte, 31. Mai 2019.
473 The world's most valuable resource is no longer oil, but data. Economist, 6. Mai 2017.
474 US-Informant vergleicht NSA mit einer Diktatur. Spiegel Online, 3. Juli 2014.
475 Johannes Kuhn: Prism-Informant Snowden auf der Flucht. Obamas Jagd auf die Wachhunde. Süddeutsche Zeitung, 10. Juni 2013.
476 Tobias Brunner: Dr. Merkels gesammeltes Schweigen. Regierungs-Reaktionen auf NSA-Skandal. Spiegel Online, 19. Juli 2013.

477 Amerika hat das Handy der Kanzlerin abgehört. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2013. Siehe auch: Jacob Appelbaum: Merkel beschwert sich bei Obama. Spiegel Online, 23. Oktober 2013.
478 Jacob Appelbaum: Neue Snowden-Dokumente. Die NSA rüstet zum Cyber-Feldzug. Spiegel Online, 18. Januar 2015.
479 Steven Geyer: Ex-NSA-Agent Thomas Drake: »Auch Deutschland bräuchte einen Snowden«. Berliner Zeitung, 9. Juni 2014.
480 Andre Meister: NSA-Whistleblower William Binney: BND erhielt von NSA Quellcode des Abhör- und Analyseprogramms ThinThread. Netzpolitik, 25. Juli 2013. Sowie: Welcome to Utah, the NSA's desert home for eavesdropping on America. The Guardian, 14. Juni 2013.
481 Werner Meixner: Der Digital-Imperialismus. Manifest gegen die digitale Diktatur und das Ende der Privatsphäre. Rubikon, 13. Oktober 2018.
482 Patrick Beuth: Prism: Die Kanzlerin von Neuland. Zeit Online, 19. Juni 2013.
483 Yasha Levine: Surveillance Vallye. The Secret Military History of the Internet (Icon Books 2018).
484 John Perry Barlow: A Declaration of the Indepence of Cyberspace. Electronic Frontier Foundation, 8. Februar 1996. Siehe auch: Tim Berners-Lee: Der Web-Report. Der Schöpfer des World Wide Webs über das grenzenlose Potential des Internets (Econ 1999).
485 Daniel Sokolov: Google-Mutter Alphabet erzielt 2018 über 30 Milliarden US-Dollar Reingewinn. Heise Online, 5. Februar 2019.
486 Yasha Levine: Google's Earth: How the Tech Giant is helping the State Spy on us. Guardian, 20. Dezember 2018.
487 Yasha Levine: Google's Earth: How the Tech Giant is helping the State Spy on us. Guardian, 20. Dezember 2018.
488 Jaron Lanier: Zehn Gründe, warum du deine Social Media Accounts sofort löschen musst (Hoffmann und Campe 2018), S. 14 und 38.
489 Umsatz und Nettoergebnis von Facebook weltweit bis 2018. Statista, 9. August 2019.
490 Federal Election Commission. Official 2016 Presidential General Election Results. 30. Januar 2017.
491 Riesiger Datenmissbrauch blamiert Facebook. Neue Zürcher Zeitung, 18. März 2018. Sowie: Carole Cadwalladr: The Cambridge Analytica Files. Meet the Data War whistleblower. Guardian, 18. März 18.
492 Hannes Grassegger und Mikael Krogerus: Da ist eine Bombe. Brexit, Trump: Wie die britische Firma Cambridge Analytica die Politpropaganda auf den Kopf gestellt hat. Das Magazin, 3. Dezember 2016.
493 Hannes Grassegger und Mikael Krogerus: Da ist eine Bombe. Das Magazin, 3. Dezember 2016.
494 Andy Davies: Revealed: Trump's election consultants filmed saying they use bribes and sex workers to entrap politicians. Channel 4 News, 19. März 2018.
495 Karim Amer: The Great Hack. Netflix, Juli 2019.
496 Diese Firma weiß, was Sie denken. Tages-Anzeiger, 3. Dezember 2016.
497 TV-Dokumentation: Thomas Huchon: Fake America Great Again. Wie Facebook und Co. die Demokratie gefährden. Arte, 25. Oktober 2018.
498 Karim Amer: The Great Hack. Netflix, Juli 2019.
499 TV-Dokumentation: Thomas Huchon: Fake America Great Again. Wie Facebook und Co. die Demokratie gefährden. Arte, 25. Oktober 2018.
500 Mark Zuckerberg räumt Fehler ein. Neue Zürcher Zeitung, 22. März 2018.
501 Harald Schumann: Carole Cadwalladr zwang Facebook in die Knie, indem sie Verflechtungen zwischen dem Trump-Wahlkampf und Brexit-Kampagne bewies. Tagesspiegel, 22. März 2019.

502 David Torcasso: Facebook-Krise. Für Schweizer Politkampagnen setzen wir Bots und AI ein. Handelszeitung, 23. März 2018
503 Timo Großenbacher: Keine Chance auf Widerspruch. Wie uns Parteien ungefragt an Facebook verraten. SRF, 27. Juni 2019.
504 Iwan Santoro: Bauernfängerei mit Daten. Parteien betreiben Datenmissbrauch. SRF, 18. Juni 2019.
505 Helen Buyniski: Wikipedia: Rotten to the Core. Medium, 26. Oktober 2018.
506 Werner Rügemer: Wie Wikipedia die Wahrheitsfrage ausblendet. Neue Rheinische Zeitung, 2. April 2014.
507 Marc Brupbacher: 27.000 PR-Berater polieren Image der USA. Tages-Anzeiger, 12. Februar 2009.
508 Deutsche Wikipedia: Artikel »Bürgerkrieg in Syrien seit 2011« und Artikel »Terroranschläge am 11. September 2001« sowie Artikel »Verschwörungstheorien zum 11. September 2001«, aufgerufen am 18. Oktober 2019.
509 Mathias Bröckers: Du Verschwörungstheoretiker! Kurze Geschichte eines psychologischen Kampfbegriffs. Zeitpunkt, 1. September 2018.
510 Wikipedia Eintrag zu Daniele Ganser. Abgerufen am 3. September 2019. Sowie am 23. Oktober 2019.
511 YouTube: Medial vermittelte Feindbilder und die Anschläge vom 11. September 2001 – Vortrag von Daniele Ganser. Publiziert am 3. Februar 2015.
512 Propaganda in der Wikipedia. Swiss Propaganda Research, 1. Oktober 2018.
513 Alexander Wallasch: Enttarnung eines Wiederholungstäters – Wikipedia: das kontaminierte Lexikon. Tichys Einblick, 12. September 2018.
514 Geschichten aus Wikihausen: Dokumentation: Dokumentarfilm: Die dunkle Seite der Wikipedia. KenFM, 21. Oktober 2015.
515 Ilona Pfeffer: Wird Wikipedia von der Transatlantifa gesteuert? Sputnik, 29. Mai 2018. Sowie: Ulrike Sumfleth: Wikipedia regulieren? Tja, wenn Sie betroffen wären. NachDenkSeiten, 4. Februar 2018.
516 Hermann Ploppa: Wikipedia an der Propagandafront gegen Historiker. Telepolis, 19. September 2018.
517 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft (Fischer 1999) S. 15.
518 Vincent Javert: The CIA's Intervention in Afghanistan. Nouvel Observateur, 15. Januar 1998.
519 George Friedman in Chicago in einem Vortrag für den Chicago Council on Global Affairs, 4. Februar 2015. Youtube: STRATFOR: US-Hauptziel seit einem Jahrhundert war, Bündnis Russland+Deutschland zu verhindern.
520 Youtube: STRATFOR: US-Hauptziel seit einem Jahrhundert war, Bündnis Russland+Deutschland zu verhindern.
521 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 19. März 2015.
522 Tim Marshall: Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt (dtv 2017), S. 93.
523 Russian Military Bases Abroad: Facts and Details. Sputnik, 8. Oktober 2016.
524 Record of conversation between Mikhail Gorbachev and James Baker in Moscow. 9. Februar 1990. National Security Archive, 12. Dezember 2017.
525 Ralph Pöhner: Gemeinsam zogen sie Gorbatschow über den Tisch. Basler Zeitung, 30. Dezember 2017. Sowie: Marie Katharina Wagner: Das große Rätsel um Genschers angebliches Versprechen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. April 2014.

526 Ben Norton: »We are the death merchant of the world«: Ex-Bush official Lawrence Wilkerson condemns military-industrial complex. Salon, 29. März 2016.
527 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft (Fischer 2001), S. 91.
528 Reinhard Veser: Georgien hat den Krieg begonnen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. September 2009.
529 John Mearsheimer: Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist. Foreign Affairs. 1. September 2014.
530 Harald Neuber von weltnetz.tv im Gespräch mit Ray McGovern am 11. September 2014 in Berlin. Youtube: Ex-CIA-Offizier: Das sind die wahren Schuldigen am Ukraine Krieg. 21. September 2014.
531 Stefan Korinth: An unseren Händen klebt kein Blut. NachDenkSeiten, 22. Oktober 2015. Sowie: Nikolai Asarow: Ukraine: Die Wahrheit über den Staatsstreich. Aufzeichnungen des Ministerpräsidenten (Das Neue Berlin 2015).
532 Seymour Hersh: Die Akte Assad. Cicero, 28. April 2016.
533 Rede von Wesley Clark vom 3. Oktober 2007 beim Commonwealth Club in San Francisco. Zitiert in: Glenn Greenwald: Wes Clark and the neocon dream. Salon News, 26. November 2011.
534 Christof Lehmann: Dumas, »Top British officials confessed to Syria war plans two years before Arab Spring«, NSNBC, 1. Juni 2013. Siehe auch: T. J. Coles: Britain's Secret Wars: How and why the United Kingdom sponsors conflict around the world (Clairview 2018), S. 14.
535 Tim Anderson: Der schmutzige Krieg gegen Syrien. Washington, Regime Change und Widerstand (Liepsen Verlag 2016), S. 57.
536 Professor Jeffrey Sachs, Columbia University 19. April 2018 MSNBC. Youtube: Professor Lays Down Truth about Syria on Corporate Media. 19. April 2018.
537 Völkerrechtliche Bewertung der russischen, amerikanischen und israelischen Beteiligung am Syrienkonflikt. Deutscher Bundestag Berlin. Wissenschaftlicher Dienst, 28. Juni 2018.
538 Mark Mazzetti: Behind the sudden death of a 1 Billion Dollar secret CIA war in Syria. New York Times, 2. August 2017. Sowie: Max Blumenthal: The Management of Savagery. How Americas National Security State Fueled the Rise of Al Qaeda, ISIS and Donald Trump (Verso 2019), S. 1.
539 Syrien Krieg. Hauptverantwortung liegt bei den USA. ZDF heute, 22. Dezember 2016.
540 Stefan Brauburger: Supermächte – Angst vor China? ZDF, 16. August 2019.
541 Andreas Lorenz: Unter roten Seidensegeln. Der Spiegel, 29. August 2005.
542 Stefan Brauburger: Supermächte – Angst vor China? ZDF, 16. August 2019.
543 Berthold Seewald: So stieg England zum weltgrößten Drogendealer auf. Die Welt, 20. Januar 2018.
544 Mao Haijian: The Qing Empire and the Opium War – The Fall of the Heavenly Dynasty (Cambridge University Press 2016), S. 491.
545 Stefan Brauburger: Supermächte – Angst vor China? ZDF, 16. August 2019.
546 China: Military Power. Modernizing a Force to Fight and Win. Defense Intelligence Agency 2019.
547 Dalai Lama: In die Herzen ein Feuer (Barth Verlag 1996), S. 44. Sowie: Deutscher Bundestag Berlin. Wissenschaftlicher Dienst, 12. August 1987.
548 Fredy Gsteiger: Bei einer Invasion in Taiwan wären die USA machtlos. SRF, 31. Mai 2019.
549 Patrick Zoll: Die USA gefährden den Weltfrieden – sagt China. Neue Zürcher Zeitung, 25. Juli 2019.

550 Kai Strittmatter: Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert (Piper 2019), S. 57.
551 Geng Wenbing: Mein Vaterland und ich. Weltwoche, 18. September 2019.
552 Dirk Müller: Machtbeben. Die Welt vor der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten (Heyne 2018), S. 184 und 203.
553 Sebastien Le Belzic: China: Milliardäre verschwinden einfach. Arte, 20. September 2019.
554 Xi Jinping, Präsident auf Lebenszeit. Süddeutsche Zeitung, 11. März 2018.
555 Urs Schoettli: Geopolitik als Treiber der Weltwirtschaft. Notenstein Privatbank Fokus Asien, Juni 2015.
556 Dirk Müller: Machtbeben (Heyne 2018), S. 221.
557 Dirk Müller: Machtbeben (Heyne 2018), S. 217.
558 Robert Laffan: The Serbs. The Guardians of the Gate (Dorset Press 1989), S. 163.
559 Peter Frankopan: Die neuen Seidenstraßen. Gegenwart und Zukunft unserer Welt (Rowohlt 2019), S. 52, 60 und 289.
560 Jürgen Todenhöfer. Du sollst nicht töten. Mein Traum vom Frieden (Bertelsmann 2015), S. 5.
561 Vgl. Dalai Lama: In die Herzen ein Feuer (Barth Verlag 1996) S. 44.
562 Howard Zinn: A People's History of the United States (Harper 2015), S. 682. Siehe auch: Daniele Ganser: Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien (Orell Füssli 2016).
563 Yuval Noah Harari: 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert (C. H. Beck 2019), S. 410.
564 Eckhart Tolle: Eine neue Erde: Bewusstseinssprung anstelle von Selbstzerstörung (Arkana Verlag 2005).

Literatur

Empfohlene Bücher zur weiteren Vertiefung

BITTNER, WOLFGANG*: Die Eroberung Europas durch die USA. Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung* (Westend 2017)

BLUM, WILLIAM*: Killing Hope. US Millitary and CIA Interventions since World War II* (Common Courage Press 1995)

BRZEZINSKI, ZBIGNIEW*: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft* (Fischer 1999)

CHOMSKY, NOAM*: Was Onkel Sam wirklich will* (Pendo Verlag 1993)

ELTER, ANDREAS*: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005* (Suhrkamp 2005)

GARRISON, JIM*: Wer erschoss John F. Kennedy? Auf der Spur der Mörder von Dallas* (Gustav Lübbe 1992)

GRIFFIN, DAVID RAY*: The American Trajectory. Divine or Demonic?* (Clarity Press 2018)

KENNEDY, PAUL*: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärische Konflikte von 1500 bis 2000* (Fischer 1991)

KHAN, MANSUR*: Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege* (Grabert 2003)

MAUSFELD, RAINER*: Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören* (Westend 2018)

POLNER, MURRAY*: American Antiwar Writing from 1812 to Now* (Basic Books 2008)

SCAHILL, JEREMY*: Schmutzige Kriege. Amerikas geheime Kommandoaktionen* (dtv 2015)

STINNETT, ROBERT*: Pearl Harbor. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ* (Zweitausendeins 2003)

STONE, OLIVER UND KUZNICK, PETER*: Amerikas ungeschriebene Geschichte. Die Schattenseiten der Weltmacht* (Ullstein 2016)

TALBOT, DAVID*: Das Schachbrett des Teufels. Die CIA, Allen Dulles und der Aufstieg Amerikas unheimlicher Regierung* (Westend 2016)

TODENHÖFER, JÜRGEN UND FREDERIC*: Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten* (Ullstein 2019)

VON BÜLOW, ANDREAS*: Im Namen des Staates. CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste* (Piper 2003)

ZINN, HOWARD*: A People's History of the United States* (Harper 2015)

Index

A

Abu-Ghraib-Folterskandal *17, 277*
Achtsamkeit *16, 18, 57, 60, 212, 304, 335*
Affleck, Ben *147*
Afghanistan *20, 24, 29, 37, 40, 46, 251, 254, 269–272, 274–275, 278, 314–315, 317, 324, 345, 362, 365, 368*
Aggression *142, 186, 214, 233, 277, 362*
Ägypten *36, 163, 222, 229*
Ai Weiwei *287*
Albanien *319–320*
Albright, Madeleine *229*
Algerien *271*
Ali, Muhammad *220*
Alleinschuld *119–120, 341*
Allende, Salvador *178–179, 344, 358*
al-Qaida *252, 254, 262, 269, 324*
al-Sabah, Nijirah *248*
Alterman, Eric *167, 357*
Amazon *50, 54, 289–290, 331*
American Airlines *253, 259–262*
American Anti-Imperialist League *111*
Amerikanischer Bürgerkrieg *92, 94, 340*
Amerikanischer Traum *52, 95, 349*
Angleton, James Jesus *184–185*
Anscombe, Elizabeth *34*
Antiamerikanismus *115*
Apartheid *91, 94, 335*
Apple *285, 289, 296*
Arbenz, Jacobo *172–173, 176, 179, 342*
Armut *46–48, 52, 91, 330*

Arpanet *294*
Asarow, Nikolai *322, 345, 369*
Asbest *267–268, 365*
Assad, Baschar al *322–325, 345, 369*
Assange, Julian *277–278, 331, 366*
Atombomben *34–35, 39, 137, 140, 160–162, 336, 342*
Australien *21–22, 36, 59, 300*
Authorization for Use of Military Force Against Terrorists (AUMF) *270*

B

Bacevich, Andrew *27, 347*
Bachmann, Hugo *264*
BAE Systems *33*
Bagdad *240–241, 247, 277, 334*
Bagdadbahn *333–334*
Bahamas *36, 60, 339*
Bahrain *36, 317*
Baidu *288*
Baker, James *319–320, 369*
Bamford, James *216, 292, 352, 360*
Bank of America *259*
Barr, Bob *272, 365*
Batista, Fulgenicio *175, 179*
Beckinsale, Kate *147*
Belgien *36, 39, 119, 142, 144, 173–174, 317*
Berg, Manfred *39, 71, 146, 348*
Berlin *40, 119, 136, 138, 165, 192, 217, 276, 289, 316, 334*
Berlin, Ira *89, 351*
Bern *203, 276, 286, 304*
Berners-Lee, Tim *294, 367*
Berthoud, Jean-Michel *286*
Bethlehem Steel *124*
Beveridge, Albert *99, 113*
Bewegung *30*. September *222*

Bezos, Jeff *50*
Bin Laden, Osama *254, 259, 269, 312*
Binney, William *289, 292, 367*
Bissell, Richard *180, 182–184, 186–187, 200*
Black Elk *86, 351*
Black Rock *46, 50, 54*
Blair, Tony *276, 345*
Bluffdale *292*
Blum, William *11, 248, 357*
Boeing *29, 33, 320*
Böhmer, Gottfried *310*
Boland-Amendment *235–237*
Boston Tea Party *70, 339*
Bowker, Michael *267, 365*
Boyle, Michael *273*
Brandt, Willy *30, 40, 192, 348*
Brexit *303, 367–368*
Brin, Sergey *294*
Bröckers, Mathias *11, 308, 347, 368*
Brockhaus Enzyklopädie *305*
Brutkastenlüge *248, 303*
Bryant, Brandon *273*
Bryan, William *112, 127*
Brzezinski, Zbigniew *313–315, 320, 368–369*
Büffel *62, 84*
Buffett, Warren *50*
Bulgarien *36, 317, 319*
Bülow, Andreas von *47, 349*
Bundeswehr *33, 41, 46, 128, 135, 270, 274*
Bush, George junior *22, 24, 215, 251–254, 256, 269, 271, 273, 276, 279, 308, 321–322, 337, 345*
Bush, George senior *229, 239, 242, 245–247, 256, 320, 344*
Butler, Smedley *113–117, 123–124, 353*
Buyniski, Helen *306, 368*

C

Cabell, Charles *204*
Cadwalladr, Carole *302–303, 367–368*
Caesar, Julius *309*
Callahan, David *262*
Calley, William *224–225*
Calvin, Johannes *65*
Cambridge Analytica *298–304, 367*
Camp Bondsteel *315*
Capone, Al *115*
Carroll, David *301*
Carter, Jimmy *25, 53–54, 229, 314, 347, 350*
Casey, Bill *232–240, 242, 244–245, 248*
Castro, Fidel *175, 179–186, 189, 197, 343, 352, 357*
Central Intelligence Agency (CIA) *12, 38, 169, 171–173, 177. passim*
Che Guevara, Ernesto *179*
Cheney, Dick *253, 269*
Chesney, Marc *261, 364*
Chile *24, 43, 178–179, 344*
China *19–20, 22, 30, 34, 39, 49, 57, 99, 106, 115, 148–149, 228, 278, 287–288, 305, 313, 326, 328, 331–333*
Chiquita *172–173*
Chomsky, Noam *11, 43–44, 51–52, 59, 176, 225, 272, 347, 349, 358, 361*
Christentum *79, 92*
Chruschtschow, Nikita *189*
Church, Frank *12, 176, 182–184, 253, 358*
Churchill, Winston *126, 128, 150, 163, 165*
Church-Kommission *176–178, 180–182, 184, 197*
Citigroup *259*
Clark, Christopher *120, 353*
Clark, Ramsey *247, 363*
Clark, Wesley *323, 369*
Cleland, Max *255*
Cleveland, Grover *107–109*

Clifford, Clark *169*
Cline, Ray *228*
Clinton, Bill *22, 24, 109, 246, 319–320*
Clinton, Hillary *297, 301–302, 324*
Colby, William *306*
Committee on Public Information (CPI) *131*
Confederate States of America (CSA) *92*
Connally, John *196*
Contras *231, 233, 236, 242, 246, 315*
Costa Rica *36, 232, 236*
Costner, Kevin *83, 200*
Council on Foreign Relations (CFR) *203*
Creel, George *131*
Crenshaw, Charles *199, 359*
Curley, Tom *307*
Cyberkrieger *291*

D

Da Gama, Vasco *61*
Dahl, Edgar *143, 355*
Dalai Lama *328, 335, 370*
Dallas *192, 200, 204, 212, 358*
Deaton, Angus *48, 349*
Debs, Eugene *133*
Defense Intelligence Agency (DIA) *328*
Dekontextualisierung *281*
Demokratische Republik Kongo *24, 175, 184, 197, 343*
Deng Xiaoping *330*
De Tocqueville, Alexis *81, 351*
Deutschland *11, 21–22, 30, 33, 35, 37, 39, 45–46. passim*
Devlin, Lawrence *174, 357*
De Waal, Frans *17, 347*
Diem, Ngo Dinh *177, 209–212, 343, 358*
Divide et impera *314*

Djibouti *36*
Docherty, Gerry *120–121, 353*
Dole, Sanford *108–109*
Dopamin *296*
Drake, Thomas *291, 366*
Drewermann, Eugen *41*
Drohnen *40, 273–274, 365*
Drutman, Lee *55, 350*
Dulles, Allen *171–172, 174, 180, 182–187, 189–190, 196–197, 202–205, 210, 343, 357*
Dulles, Clover *203*
Dulles, John Foster *172*
Dumas, Roland *323, 369*
Du Pont, Pierre *123, 145*

E

Eberhart, Ralph *258*
Effenberger, Wolfgang *124, 353*
Ehrhart, William *219–220, 225*
Eisenhower, Dwight *25–27, 168, 171–172, 174, 183–186, 200, 203–204, 343, 347*
Ellsberg, Daniel *160, 356*
El Salvador *36*
Elter, Andreas *350*
England, Lynndie *17*
Enigma *304–305*
Entente *117–118, 121–124, 131, 134–135*
Erster Golfkrieg *240*
Erster Weltkrieg *61, 117–118, 120–124, 126, 129, 131–135, 140, 153, 275, 316, 333, 341, 353, 360*
Estland *319*
Eurasien *313–315, 317, 322, 332, 334, 345*
Europa *66, 69, 74, 85, 99, 117, 119, 121, 127. passim*
ExxonMobil *54*

F

Facebook *50, 285, 287, 289, 292–293, 296, 304, 367–368*
Fake News *38, 302*
Falin, Valentin *164–165, 357*
Federal Reserve Act *125, 341*
Federspiel, Howard *223*
Feroz, Emran *272, 365*
Fichenskandal *286, 366*
Fiedler, Markus *311–312*
Fieser, Louis *217–219*
Fischer, Fritz *119–120, 353*
Fitts, Austin *256, 363–364*
Fleurant, Aude *32, 348*
Flugzeugträger *19, 25, 153, 187, 317, 327*
Fonda, Henry *94*
Food Stamps *47–49*
Ford, Henry *143*
Forsyth, James *84–85*
Fragmentierung *281*
Franco, Francisco *142–143*
Frankopan, Peter *334, 370*
Franz Ferdinand, Erzherzog *118*
Freeburg, Russell *141–142, 355*
Freiheitsstatue *75*
Friedensbewegung *12, 15–16, 18, 27, 29, 34, 40, 49, 60, 71–72, 78–79, 86, 92, 96, 111, 123, 137, 168, 218–219, 225, 260, 272, 275, 279, 282, 286, 293, 295, 303, 328, 335–337*
Friedensdividende *27*
Friedman, George *36, 315–316, 368*
Friedrich, Jörg *122, 353*
Fumimaro, Konoe *150*

G

Gabriel, Sigmar *333*

Gage, Richard *11, 263, 265, 365*
Gandhi, Mahatma *18, 156, 328*
Garrison, Jim *12, 198–201, 203–204, 358–359*
Gates, Bill *50*
General Dynamics *33*
Genscher, Hans-Dietrich *319, 369*
George, Lloyd *131*
Gewaltverbot *16, 18–19, 59, 167–169, 172, 174, 178, 181, 185, 214, 226, 231, 233, 237, 240, 247, 269, 272, 278, 308, 317, 324–325, 328, 335–336, 342*
Ghorbanifar, Manucher *242*
Giancana, Salvatore *181*
Gilens, Martin *56–57, 349–350*
Glaspie, April *247, 344*
Goebbels, Joseph *138*
Goldman Sachs *46, 50, 54*
Golf von Tonkin *213–217, 251, 304, 337, 343, 361*
Goodell, William *78*
Google *285, 287–289, 292–297, 305, 367*
Goralski, Robert *141–142, 355*
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch *319–320, 369*
Gordon, Michael *279*
Gore, Albert *217*
Göring, Hermann *138*
Gould, Jay *93*
Green, Marshall *223*
Greenwald, Glenn *273*
Griechenland *24, 36, 144, 317, 334*
Griffin, David Ray *11, 255, 356, 363*
Großbritannien *19, 21–22, 30, 33–34, 36, 45, 61, 69–70, 75, 88, 117–123, 125, 127–128, 134–135, 143–144, 150, 162, 164–165, 167, 228–230, 303, 317, 323, 326–327, 339, 341*
Gruening, Ernest *213, 215, 360*
Guam *110–111, 113, 151, 341*

Guantanamo *39, 103, 106, 179, 254, 274, 306, 348*
Güllner, Manfred *22*
Gysi, Gregor *290*

H

Hakim, Albert *238*
Halberstam, David *211, 360*
Hamilton, Lee *245, 253–255, 290, 362–363*
Hamman, Helen *159–160*
Händler des Todes *118, 123, 125, 134, 320*
Hänsel, Heike *278, 366*
Hansen, Eric *94, 352*
Hanyok, Robert *216*
Harari, Yuval Noah *337, 370*
Harding, Warren *134*
Harrit, Niels *267, 365*
Harvey, William *180, 182*
Hasenfus, Eugene *244*
Havanna *100, 340*
Hawaii *99, 104, 106–110, 113, 147–148, 151, 153–154, 156–159, 288, 290, 340, 342*
Hay, John *103*
Hearst, William *100–102*
Hedges, Chris *52, 349*
Helms, Richard *182–183, 185, 200–201*
Hersh, Seymour *224, 282, 322–323, 369*
Hett, Benjamin *138–139, 355*
Hexenverbrennung *335*
Heywood, Ezra *92*
Hill & Knowlton *248*
Himmler, Heinrich *139*
Hiroshima *34, 137, 160–162, 275, 342*
Hitler, Adolf *25, 135–136, 138–145, 155, 162–165, 341–342, 355, 357*
Ho Chi Minh *207–210*

Holland *22, 36, 87, 138, 144, 151, 317*
Hongkong *152, 326–327, 331*
Hoover, Edgar *195, 359*
House, Edward Mandell *125, 127–128*
House Select Committee on Assassinations (HSCA) *197*
Hull, Cordell *152, 175*
Hulsey, Leroy *263–266, 364*
Hussein, Saddam *240–242, 247, 276–277, 279, 315, 344*
Hynde, Chrissie *221, 361*

I

Ickes, Harold *149*
Imperialismus *11–12, 16, 36–37, 43, 45, 84, 104, 111–112, 115, 179, 222, 279, 282–283, 308, 313, 336, 349, 360, 367*
Imperium USA *207*
Indianer *16, 59, 62, 66, 69, 81–82, 84–85. passim*
Indien *18, 20, 30, 34, 49–50, 59–61, 69, 156, 222, 316, 325–326, 328*
Indochinakonferenz *209*
Indonesien *271*
Instagram *296–297*
Internationaler Gerichtshof (IGH) *236, 324*
Irak *20, 22, 24, 29, 37, 53, 215, 240–241, 247–249, 251, 255, 269, 271, 275–280, 303, 306, 308, 312, 315, 317, 323, 334, 337, 345*
Iran *20, 24, 142, 171, 176, 185, 228, 231, 239–248, 255, 315, 317, 323, 325, 342, 344, 357, 362–363*
Island *36, 66, 152, 317*
Israel *20, 34–35, 242, 245*
Italien *21, 36, 40, 140, 142, 145, 148, 155, 166–167, 170, 285, 317, 334, 342*

J

Jackson, Andrew *83, 90, 145*
Jamestown *63–64, 66, 88, 339, 350*
Janukowytsch, Wiktor *322, 345*

Japan *20, 22, 35, 37, 39, 49, 51, 67, 137, 140, 144, 146–151, 153–154, 156, 160, 164, 166–167, 207, 209, 217, 249, 251, 317, 330, 341–342*
Jazenjuk, Arsenij *322*
Jebsen, Ken *11, 241*
Jefferson, Jefferson *90*
Jefferson, Thomas *70*
Jellicoe, John *134*
Jelzin, Boris Nikolajewitsch *320*
Jemen *271, 274*
Jobs, Steve *285*
Johnson, Chalmers *36, 38, 348*
Johnson, Lyndon *180, 191, 195–196, 213–214, 216–217, 224, 337, 343, 360*
Johnson, Robert *174*
Joint Special Operations Command (JSOC) *271*
Jones, Stanley *150*
Jones, Steven *267*
JPMorgan Chase *46, 123*

K

Kaing Guek Eav *229–230*
Kambodscha *24, 36, 208–209, 226–230, 317, 343–344, 361*
Kanada *21–22, 24, 36, 57, 61–63, 73–74, 99, 143, 321*
Kasachstan *318*
Katar *26, 33, 35, 317*
Kean, Thomas *253–255, 258, 262, 363–364*
Kenia *36, 300*
Kennan, George *168*
Kennedy, Jackie *190*
Kennedy, John F. *12, 18, 27, 106, 186, 189–190, 198, 224, 343, 347, 358–359*
Kennedy, Paul *20, 347*
Kennedy, Robert *224, 362*
Kent-State-Massaker *221*

Kerry, John *238–239*
Ketcham, Peter Michael *265–266, 365*
Khomeini, Ayatollah *240*
Kiernan, Ben *85, 351*
Kilian, Martin *215, 360*
Kimmel, Husband *148, 153, 156–158*
Kim Phuc *218, 361*
King, Martin Luther *15, 95–96, 220, 343, 352*
Kinnock, Neil *228*
Kinshasa *173*
Kinzer, Stephen *45, 349*
Kirgistan *318*
Kissinger, Henry *224, 229, 240, 253*
Klein, Naomi *178*
Knox, Frank *152, 157*
Koch, Charles *50–51*
Koch, David *50–51*
Köhler, Horst *46*
Kohl, Helmut *319*
Kokain *231, 238–239, 243, 248*
Kolb, Eberhard *135–136, 354*
Kolko, Gabriel *24, 347*
Kolonialismus *60, 209, 335*
Kolumbien *36, 238, 243, 248, 271*
Kolumbus, Christoph *60, 339, 350*
Konzentrationslager *17, 140*
Kosinski, Michal *299*
Krauss-Maffei Wegmann *33*
Krieg gegen den Terror *17, 29, 72, 251, 269–270, 273, 276, 279, 283, 345, 365*
Kriegspropaganda *15–17, 38, 49, 100–102, 131, 160, 248, 276–280, 282, 303, 336–337*
Kriegsverbrechen *160, 224–225, 241*
Krim *317, 321, 345*

Kroatien *319–320*
Krongard, Buzzy *262*
Kuba *24, 36, 39, 67, 99–100, 102–106, 108–111, 113, 117, 175, 179, 181, 185–187, 189, 200, 204, 209, 211, 221, 232, 254, 340–341, 343, 348, 370*
Kubakrise *189*
Ku-Klux-Klan *94*
Künzi, Martin *304*
Kuwait *36, 247–249, 303, 317, 344*
Kuznick, Peter *213, 352–354*

L

LaFollette, Bob *130*
Lamont, Thomas *135*
Landsdale, Edward *210*
Lanier, Jaron *296–297, 367*
Leahy, William *162*
Lee, Barbara *271, 365*
Legion Condor *142*
Lehman Brothers *44*
LeMay, Curtis *160*
Lemnitzer, Lyman *106*
Lettland *319*
Leuenberger, Moritz *286*
Leunabenzin *141*
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine *290*
Levine, Yasha *294, 296, 367*
Liberia *91*
Liliuokalani *106–108, 340*
Lincoln, Abraham *78, 91–93, 95, 340, 343, 350–351*
Lindner, Christian *307*
Lin Zexu *326–327*
Litauen *319*
Lobsiger, Adrian *305*

Lockheed Martin *29, 32, 54, 320*
Louisiana Purchase *74*
Lubbe, Marinus van der *138–139*
Lüders, Michael *11*
Lumumba, Patrice *173–174, 176, 183–184, 197, 343, 357*
Lupien, Hanna *48*
Lusitania *126–128, 341, 354*
Luther, Martin *312*
Lynch, Charles *161*

M

Macgregor, Jim *120–121, 353*
Madison, James *73, 90*
Madley, Benjamin *82, 351*
Mafia *180–182, 193, 343*
Magic *152–154, 157, 159*
Maheu, Robert Aime *180*
Malaysia *300, 329*
Mali *271*
Manifest Destiny *76, 108*
Manila *109*
Mao Zedong *328, 330*
Marchetti, Victor *201*
Marley, Bob *88*
Marshall, George *144, 152, 157*
Martens, Robert *223*
Masern *66, 84*
Mausfeld, Rainer *11, 281, 366*
McCollum, Arthur *147*
McCone, John *182*
McFarlane, Robert *239, 243*
McGehee, Ralph *170, 201, 357, 359*
McGovern, Ray *279, 322, 366, 369*
McKinley, William *102, 108–109, 111–113*

McKinney, Cynthia *260, 364*
McNamara, Robert *161, 184, 212, 216–217, 360*
Mearsheimer, John *321, 369*
Medien-Navigator *283, 366*
Meese, Edwin *244–245*
Meixner, Werner *292, 367*
Menschenrechte *45, 168, 281, 308, 366*
Menschheitsfamilie *16–18, 59–60, 71, 81, 85–86, 88–89, 91, 94–97, 106, 111, 115, 118, 120, 131, 137–139, 156, 160, 168, 185, 210, 218, 223, 225, 227, 234, 240, 273, 335–336*
Mercer, Robert *299*
Merkel, Angela *40, 290, 293, 366*
Merrill Lynch *259*
Meyer Driscoll, Agnes *152*
Meyer, Günter *325*
Michelin *208*
Mikrotargeting *300–301, 303–304*
Militärisch-industrieller Komplex *25, 27, 29, 31, 200*
Milliardäre *50–51, 331, 349, 370*
Millionäre *49–50*
Mittelmächte *117*
Mobutu, Joseph *174–175, 343*
Mohammed, Chalid Scheich *254*
Moldawien *318*
Molotow, Wjatscheslaw *163*
Monroe-Doktrin *99, 339*
Monroe, James *90–91*
Montenegro *319*
Montgomery, Bernard *163*
Morgan, Edmund *88, 351*
Morgan junior, John Pierpont *123*
Morgenstern, George *145, 152, 158–159, 355*
Morrison, Toni *96, 352*
Morse, Wayne *215*

Mossadegh, Mohammad *171, 176, 342, 357*
Motley, Langhorne *237*
Mudschaheddin *314–315, 324*
Mukden-Zwischenfall *149*
Müller, Dirk *11*
Münchner Rück *259, 261*
Mussolini, Benito *140–142, 170*
Myanmar *333*
My Lai-Massaker *224–225, 282, 361*

N

Nagasaki *34, 137, 160–161, 275, 342*
Nanothermit *267, 365*
Napalm *17, 160, 217–218, 220, 361*
Napoleon *74, 318*
Nasser, Gamal Abd el *222*
Nationaler Sicherheitsrat (NSC) *53, 169–170, 173, 224, 243, 246*
National Institute of Standards and Technology (NIST) *265–266, 364*
National Security Agency (NSA) *216, 289, 291, 293, 297, 345, 352, 366*
NATO-Osterweiterung *318, 320*
Nehru, Jawaharlal *222*
Netscape Navigator *294, 344*
Neue Seidenstraße *313, 333–334, 345*
New York *31, 48, 52, 55, 66–67, 75, 91, 100–102, 107, 123, 127, 129, 158, 163, 197, 214, 218–220, 232, 244, 251, 253–254, 257, 260, 262–263, 266, 269, 276–277, 279, 282, 288, 299, 301, 324, 329, 331, 344, 347, 357, 364, 369*
Nicaragua *24, 115, 186, 231–240, 242–246, 306, 315, 324, 344, 362*
Nitrattest *193, 195, 198*
Nix, Alexander *299–302*
Nixon, Richard *178–179, 224–227, 232, 306*
Nordkorea *20, 22–23, 34–35, 347*
Noriega, Manuel *248*
North American Aerospace Defense Command (NORAD) *257*
North Atlantic Treaty Organization (NATO) *19, 41, 170, 270, 317. passim*
North, Oliver *237–239, 245–246, 362*
Northrop Grumman *33*
Norwegen *36, 144, 317*
NSC *10/2* *170*
Nuland, Victoria *322*
Nye, Gerald *123, 353*

O

Obama, Barack *20–21, 24, 39, 238, 272–274, 290, 293, 312, 317, 321–322, 324–325, 345, 366*
Ocasio-Cortez, Alexandria *55, 350*
Occupy-Wall-Street *52–53*
Offie, Carmel *185*
Okinawa *39, 208*
Oligarchie *43–44, 53–54, 56–57*
Oman *36, 317*
O'Neill, Paul *276*
Operation *34*A *213*
Operation Barbarossa *162*
Operation Desert Storm *249*
Operation Northwoods *106*
Operation Overlord *165*
Operation Timber Sycamore *324*
Operation Zapata *185*
Opiumkrieg *326–327*
Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) *232*
Oslo *280*
Österreich *165, 309*
Österreich-Ungarn *117–119, 130, 134*
Oswald, Lee Harvey *187, 190, 192–198, 201–202*

P

Page, Benjamin *56–57, 349*
Page, Larry *294*
Pahlavi, Mohammad Reza *240*
Pakistan *20, 24, 34, 269, 271, 274, 278, 317, 345, 365*
Parker, Theodore *79*
Patrioten *70, 72, 339*
Paul, Ron *126, 354*
Pearl Harbor *12, 109, 140, 146–147, 149–162, 192, 251–253, 275, 288, 291, 312, 355–356*
Pence, Mike *51*

Pentagon *26–29, 31, 35–37, 106, 169, 177, 183, 187, 189, 208, 212, 216, 221, 236, 242, 253, 257, 273, 294, 307, 323, 347*
Peres, Schimon *242*
Peru *36, 142, 271*
Philippinen *99, 108–109, 111–112, 117, 151, 153, 221, 271, 329, 341*
Phillips, Peter *45, 349*
Physicians for Social Responsibility *274*
Picasso, Pablo *142*
Piegan-Indianer *82*
Pilger, John *228–229, 361–362*
Pinochet, Augusto *178–179, 286, 344*
Pinter, Harold *280, 366*
Ploppa, Hermann *312, 347, 368*
Plutokratie *55*
Pocken *66, 84*
Poindexter, John *239, 246*
Polen *66, 137, 143–144, 319, 334, 342*
Polk, James *76–80, 350*
Polner, Murray *12, 350*
Pol Pot *227–229, 361–362*
Poroschenko, Petro *322*
Porter, Richard *263*
Portugal *36, 60–61, 87, 317*
Poteat, Gene *217*
Powell, Colin *279, 366*
Powhatan-Indianer *62, 64, 339*
Prados, John *11, 169, 357, 360*
Prager, Robert *132*
Predator *272*
Preparata, Guido *143–144, 355*
Project for the New American Century (PNAC) *252, 363*
Prouty, Fletcher *208, 210, 212, 347*
Psychological Operations (Psyops) *303*
Ptak, Roderich *326*

Puerto Rico *99, 102–103, 105, 108–111, 113, 341*
Pulitzer, Joseph *100–101*
Putin, Wladimir *22, 290, 320–321, 325, 347*
Put-Optionen *252, 259–262*
Pyatt, Geoffrey *322*

R

Ramstein *40, 349*
Rankin, Jeannette *15, 130, 155–156, 356*
Raytheon *33, 320*
Reagan, Ronald *24, 27, 228–229, 231–239, 242, 244–246, 306, 316, 362*
Reichstagsbrand *138–139, 341, 355*
Reischauer, Edwin *209, 360*
Revels, Hiram *94, 340*
Rheinmetall *33*
Rhodes, Cecil *120*
Rice, Condoleezza *279*
Richardson, James *148*
Rickover, Hyman *105, 352*
Roa, Raul *185*
Roberts, Owen *156*
Roberts, Paul Craig *24, 347*
Robinson, Geoffrey *222, 361*
Rocheforts, Joseph *150*
Rockefeller, John D. *164*
Rocky Mountains *62*
Roebuck, William *322*
Rohingya *333*
Rom *38, 276*
Rommel, Erwin *163*
Rongcheng *287*
Roosevelt, Franklin *137, 142–152, 154–159, 161, 163–165, 175, 251, 342, 355, 357*
Roosevelt, Theodore *113*

Rose, Jürgen *274, 365*
Rosselli, John *180–182*
Rostow, Walt *180*
Rote Khmer *227–230, 234, 344*
Roth, William *158*
Roubini, Nouriel *55–56, 350*
RUAG *33*
Ruby, Jack *193*
Rügemer, Werner *307, 368*
Rumänien *36, 142, 317, 319*
Rumsfeld, Donald *28–29, 276, 347*
Rusk, Dean *184*
Russland *21–22, 30, 34, 39, 50, 57, 75, 117–119, 122, 134, 142, 148, 162, 167, 270, 278, 290, 313, 315–321, 325, 340, 345, 347–348, 365, 368*

S

Safer, Morley *221–222*
Saigon *208–213, 225*
Samay, Benson *229*
Sarajevo *118, 120–121, 341*
Sarin *241*
Saudi-Arabien *26, 30, 237, 333*
Scahill, Jeremy *271, 365*
Schierhorn, Uwe *39*
Schmidt, Eric *295*
Schmidt, Helmut *40*
Schneider, Ansgar *264*
Schneider, Jörg *264*
Schneider, René *178, 344*
Schnüffelstaat *286*
Schoettli, Urs *332, 370*
Scholl-Latour, Peter *270, 365*
Scholz, Jochen *258*
Schröder, Gerhard *270, 290*

Schultze-Rhonhof, Gerd *128, 135, 354*
Schweden *22, 66, 241*
Schweinebucht *186, 189, 204, 232, 343*
Schweiz *11–12, 21, 33, 49–50, 55, 121, 125, 175, 203, 218, 237–238, 241, 264, 286, 289, 294, 304–305, 309, 330, 360*
Seal, Barry *243–244*
Secord, Richard *238, 243*
SEC (Securities and Exchange Commission *260–262*
Seibert, Steffen *290*
Short, Walter *156–158*
Silverstein, Larry *267*
Singapur *36, 150, 152, 317*
Sioux *61–62, 83–84, 86, 351*
Sitting Bull *84, 351*
Skalp *81*
Sklaverei *78, 88–89, 91–93, 95–97, 131, 335, 340, 351–352*
Slowakei *319*
Slowenien *319*
Smith, Don *159*
Snowden, Edward *15, 289–292, 345, 366*
Soleimani, Qasem *274, 345*
Somalia *21*
Somoza, Anastasio *232–233, 240*
Sorensen, Ted *184*
Sowjetunion *27, 34, 37, 137, 142, 162–165, 189, 200, 252, 270, 314–315, 317–318, 323, 332*
Spanien *36, 60–61, 65, 76, 87, 99–105, 108–110, 112, 117, 142, 165, 209, 317, 339–341*
Sri Lanka *300*
Stalin, Josef *163–164*
Standard Oil *115, 164*
Stanley, Jane *263*
Stanton, Frank *222*
Stark, Harold *153*

Steinbeck, John *161*
Stevenson, Adlai *181*
Stimson, Henry *152, 154*
Stinnett, Robert *12, 151, 158, 355*
Stockman, David *31–32, 348*
Stone, Izzy *221*
Stone, Oliver *200, 352, 359*
Südchinesisches Meer *329*
Suharto, Mohamed *223, 343*
Sukarno, Achmed *222–223*
Sullivan, Jake *324*
Sumner, William *104*
Sunder, Shyam *265*
Sutton, Antony *143, 145, 355*
Swinton, John *101*
Swiss Re *259, 261, 267*

T

Tadschikistan *318*
Taft, William *111*
Tagliavini, Heidi *321*
Taiwan *237, 328–329, 370*
Talbot, David *202–203, 205, 357–358*
Taylor, Zachary *77–80, 352*
Teheran *171, 240–241, 243*
Terroranschläge vom *11*. September *2001* (*9/11*) *29, 38, 192, 202, 251–259, 261–267, 269–270, 273–274, 276, 278–279, 283, 289, 291, 307–309, 312, 337, 355, 363–366, 368*
Teusch, Ulrich *283, 366*
Texas *76–78, 80, 126–127, 190, 192, 194, 196, 340, 343*
Thailand *227–228, 230, 271, 344*
Thatcher, Margaret *228–229, 361–362*
Thich Quang Duc *211*
Thornberry, Mac *271*

Thurlow, Setsuko *162*
Thyssen-Krupp *33*
Tiananmen-Massaker *288*
Tibet *328*
Todenhöfer, Jürgen *11*, *46*, *280*, *335*, *349*, *366*, *370*
Todesstrafe *23*, *274*
Tojoda, Teijiro *151*
Tojo, Hideki *151*
Tokio *148–152*, *156*, *160*, *207–208*, *218*
Tolle, Eckhart *57*, *337*, *350*, *370*
Tomalin, Nicholas *128*, *354*
Toynbee, Arnold *21*
Trafficante, Santos *181*
Triple Entente *118–119*
Truly, Roy *194*
Truman, Harry *33–34*, *161–162*, *168*, *170–171*, *204*, *342*
Trump, Donald *19*, *21–24*, *26*, *30–31*, *39*, *51*, *205*, *272–273*, *297–299*, *301*, *325*, *332*, *345*, *348*, *367–369*
Türkei *36*, *40*, *117*, *119*, *189*, *315*, *317*, *334*
Turnbull, Mark *300*
Turner, Nat *90*, *340*, *351*, *357*, *359*
Twain, Mark *111*
Twitter *287*, *293*, *296*
Tyler, John *90*

U

Uhl, Hans-Peter *290*
Ulfkotte, Udo *241*, *363*
Unabhängigkeitserklärung *71–72*, *75*, *81*, *88*, *90*, *95*, *99*, *102*, *105*, *111*, *207*
Ungarn *317*, *334*
United Airlines *253*, *259*, *261–262*
United Fruit Company *103*, *172–173*
USS Enterprise *153*
USS George Washington *19*

USS Gerald Ford *19*
USS Lexington *153*
USS Maddox *213–214, 216–217, 251*
USS Maine *100–101, 105, 340*

V

Vereinigte Arabische Emirate *317*
Vereinte Nationen (UNO) *181, 232, 234, 236, 248, 279*
Vereinten Nationen (UNO) *167*
Versailles *120, 135, 142, 341, 353–354*
Verschwörung *89, 146, 159, 192, 195–196, 198, 200–202, 224, 226, 246, 359*
Vespucci, Amerigo *60*
Vietcong *220, 225*
Vietminh *207–210*
Vietnam *24, 177, 191, 200, 207–215, 217–222, 224–228, 232, 251, 275, 304, 318, 320, 325, 329, 343, 352, 358–360*
Vigilant Guardian *258*
Vogelsang, Kai *325–326*
Völkerbund *140, 149*

W

Wadsworth, James Jeremiah *186*
Wagenknecht, Sahra *316*
Wales, Jimmy *305*
Walsh, Lawrence *246, 363*
Warburg, Paul *125*
Warren-Kommission *187, 189, 193, 196–199, 201, 204, 255*
Warschauer Pakt *232, 318–319*
Washington, George *70, 72–73, 90, 339*
Wasser, Hartmut *27, 347*
Webster, Daniel *79*
Weibo *287*
Weinberger, Caspar *239, 246*

Weiner, Tim *232, 235, 362*
Weißrussland *318*
Wengui, Guo *331*
Wernicke, Jens *11*
WhatsApp *297*
Whistleblower *113, 290–291, 298, 302, 345, 367*
Wikipedia *146, 193, 202, 264, 287–288, 305–312, 355, 359, 364, 368*
Wilcox, Philip *240–241*
Wilhelm II., Kaiser *118*
Wilkerson, Lawrence *320, 369*
Wilson, Woodrow *112, 121–122, 125, 127–131, 135, 341, 350*
Wimmer, Willy *124, 353*
Winfrey, Oprah *54, 350*
Winters, Jeffrey *44, 47, 349*
Winthrop, John *66*
Wisner, Frank *185*
Wladiwostok *317, 322*
Wolff, Karl *203*
Wolfowitz, Paul *323*
Woodward, Bob *253, 363*
World Economic Forum (WEF) *55*
Wounded Knee *84–85, 340*
WTC*7* *252–255, 262–267, 275–276, 279, 283, 308–309, 337, 344*
Wylie, Christopher *298, 302*

X

Xi Jinping *328, 331, 333, 345, 370*
Xuecun, Murong *287–288, 366*

Y

Yamamoto, Isoroku *153*
YouTube *285, 293–296, 311*
Yuan *330*

Z

Zapruder, Abraham *194–196, 199–200*
Zelikow, Philip *254–255*
Zheng He *325*
Zimmermann-Telegramm *129–130*
Zinn, Howard *275, 336, 365, 370*
Zuckerberg, Mark *50, 297, 303, 367*
Zuesse, Eric *57, 350*
Zürich *13, 261, 264*
Zweiter Golfkrieg *249*
Zweiter Weltkrieg *12, 15–16, 22, 25, 104, 109, 118, 135–137, 140–141, 145, 147, 158, 161–162, 167–168, 170, 173, 208, 217, 224–225, 270, 275, 281, 313, 316, 336, 355*

© Christoph Hardt

DR. DANIELE GANSER ist Historiker und Friedensforscher, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Menschenrechte. Er ist Gründer und Leiter des «Swiss Institute for Peace and Energy Research» (SIPER) in Basel (www.siper.ch).

Daniele Ganser hat zwei Kinder und lebt mit seiner Familie in der Nähe von Basel.

Söhne und Weltmacht

Heinsohn, Gunnar
9783280090718
224 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Ein Buch mit einer ungewöhnlichen These: nicht Religionen, Stammesfehden oder Armut sind die Hauptgründe für Terror und Krieg. Vielmehr erweisen sich der übergroße Anteil männlicher,

perspektivloser Jugendlicher als wesentliche Ursache für Gewalt, Terror und Krieg. Waren es im Mittelalter noch die sohnesreichen Regionen Europas, die Aggression und Zerstörung brachten, sind es heute die Gebiete des Islam, die mit einem explosiven Bevölkerungswachstum ein enormes Reservoir potentieller Kämpfer und Eroberer darstellt.

"Söhne und Weltmacht" hat bei seiner Ersterscheinung 2003 für heftige Kontroversen gesorgt. Dies ist nun die von Gunnar Heinsohn selbst überarbeitete bzw. aktualisierte Neuausgabe.

.

Titel jetzt kaufen und lesen

Illegale Kriege

Ganser, Daniele
9783280039434
320 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

"Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat –, haben beschlossen: Alle Mitglieder unterlassen in

ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt." Charta der Vereinten Nationen,abgeschlossen in San Francisco am 26. Juni 1945 Mit der Gründung der UNO gilt ein weltweites Kriegsverbot. Nur in zwei Ausnahmen sind kriegerische Maßnahmen zugelassen (Selbstverteidigung oder Mandat des UNO-Sicherheitsrats). Die Realität ist jedoch eine ganz andere. Dieses Buch beschreibt, wie in Vergangenheit und Gegenwart illegale Kriege geführt werden. Es zeigt, wie die Regeln der UNO und vor allem das Kriegsverbot gezielt sabotiert wurden und welch unrühmliche Rolle hierbei die Länder der NATO spielen. Es ist ein Buch von beklemmender Aktualität.

Titel jetzt kaufen und lesen

Wann wird diese Hölle enden?

Berg, Mary
9783280090688
356 Seiten

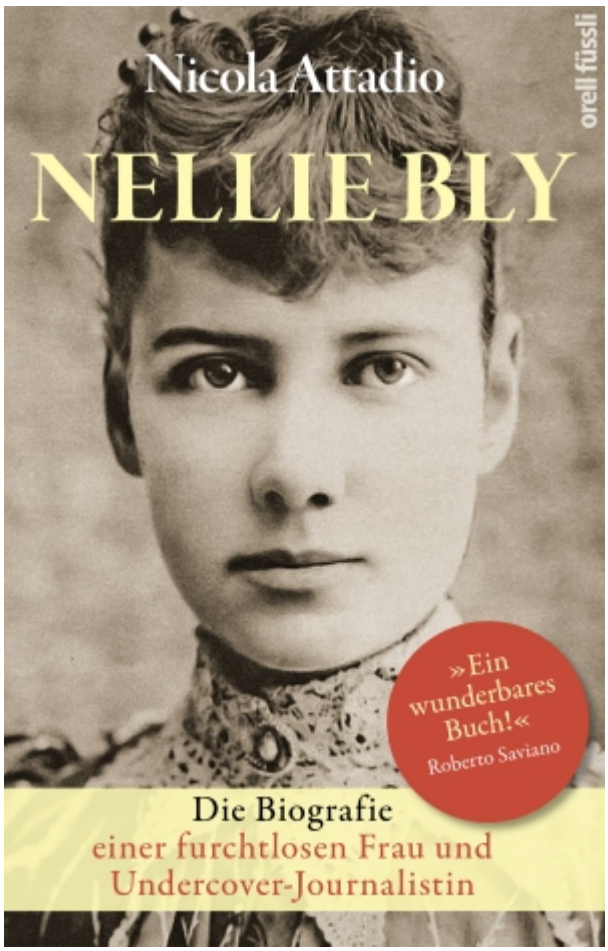
Titel jetzt kaufen und lesen

Das Tagebuch von Mary Berg wurde in Amerika vor Ende des Zweiten Weltkriegs veröffentlicht und war der erste Augenzeugenbericht über das Leben im Warschauer Ghetto. Es

beschreibt eindringlich den vergeblichen Versuch, sich möglichst lange einen normalen Alltag aufrechtzuerhalten, dass aber nach und nach Hunger, Krankheit und der Tod Einzug hielten. Es dokumentiert, wie die Nazis 1942 die "Große Aktion" starteten, die zur schrittweisen Auflösung des Ghettos führte, und wie die ersten Berichte über Deportationen ins Vernichtungslager Treblinka die zurückgebliebenen Bewohner erschütterten. Es schildert die Gewissenbisse von Mary Berg, die 1943, kurz vor dem blutigen Aufstand im Warschauer Ghetto, mit ihren Eltern und der jüngeren Schwester fliehen kann, aber Freunde und Familienangehörige zurücklassen muss.

Mary Berg gelingt es, die 12 kleinen Notizblöcke 1944 nach Amerika zu schmuggeln. Ihr Tagebuch gewährt dem Leser einen zutiefst persönlichen Einblick in den Holocaust und die Schuldgefühle einer Überlebenden. Ein erschütterndes Zeitdokument – erstmals in deutschsprachiger Buchfassung.

Titel jetzt kaufen und lesen



Nellie Bly

Attadio, Nicola
9783280090633
224 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Die Biografie über Nellie Bly ist die unglaubliche Lebensgeschichte der ersten amerikanischen Undercover-Reporterin.

September 1887: Eine junge Frau klopft an die Tür von John Cockerill, Direktor von Pulitzers Zeitung "New York World". Sie verlangt, als Reporterin eingestellt zu werden. Keine Frau hat sich bisher so weit vorgewagt. Ihr Name ist Elizabeth Cochran, sie ist 23-jährig, seit drei Jahren schreibt sie unter dem Pseudonym Nellie Bly für den "Pittsburgh Dispatch".

Nellie Blys Idee, undercover in die psychiatrische Anstalt Blackwell's Island zu gehen und aus erster Hand über die dortigen Zustände zu berichten, überzeugt Cockerill. Es entsteht eine Reportage, die in die Geschichte des Journalismus eingeht und weit über New York hinaus Schlagzeilen macht.

Doch das ist erst der Anfang einer beeindruckenden journalistischen Karriere. Sie reist allein und in Rekordgeschwindigkeit um die Welt, wird zum Albtraum korrupter Politiker und berichtet von Beginn weg als einzige Kriegsreporterin von der Ostfront des Ersten Weltkriegs, wo sie vier Jahre bleibt.

Die furchtlose Frau und Starreporterin, die ihr Leben in die eigenen Hände nimmt und mit spitzer Feder die Zustände ihrer Zeit hinterfragt, ist auch heute noch von größter Aktualität.

Titel jetzt kaufen und lesen

Nato-Geheimarmeen in Europa

Ganser, Daniele
9783280038604
446 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Dieses Buch zeichnet ein erschreckendes Bild: Ein durch die NATO und die militärischen Geheimdienste koordiniertes Netzwerk von Geheimarmeen war bis zum Auseinanderfall der Sowjetunion in mehreren westeuropäischen Ländern in schwere Verbrechen

verwickelt, darunter Mord, Folter, Staatsstreich und Terror. Daniele Ganser ist in seiner mehrjährigen Forschungsarbeit auf brisante Dokumente gestoßen: Sie belegen, dass die von den USA angeführte Militärallianz nach dem Zweiten Weltkrieg in allen Ländern Westeuropas geheime Armeen aufgebaut hat, welche von den Geheimdiensten CIA und MI6 trainiert wurden. Ihr Ziel: im Falle einer sowjetischen Invasion als Guerilla zu kämpfen, um die besetzten Länder wieder zu befreien. Doch dabei ist es nicht geblieben. Gezielt wurden Attentate gegen die eigene Bevölkerung ausgeführt, um Unsicherheit zu erzeugen und den Ruf nach einem starken Staat zu unterstützen. Sowohl die ursprüngliche Planung als auch die antikommunistisch motivierten Verbrechen sind heute der Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt.

Titel jetzt kaufen und lesen